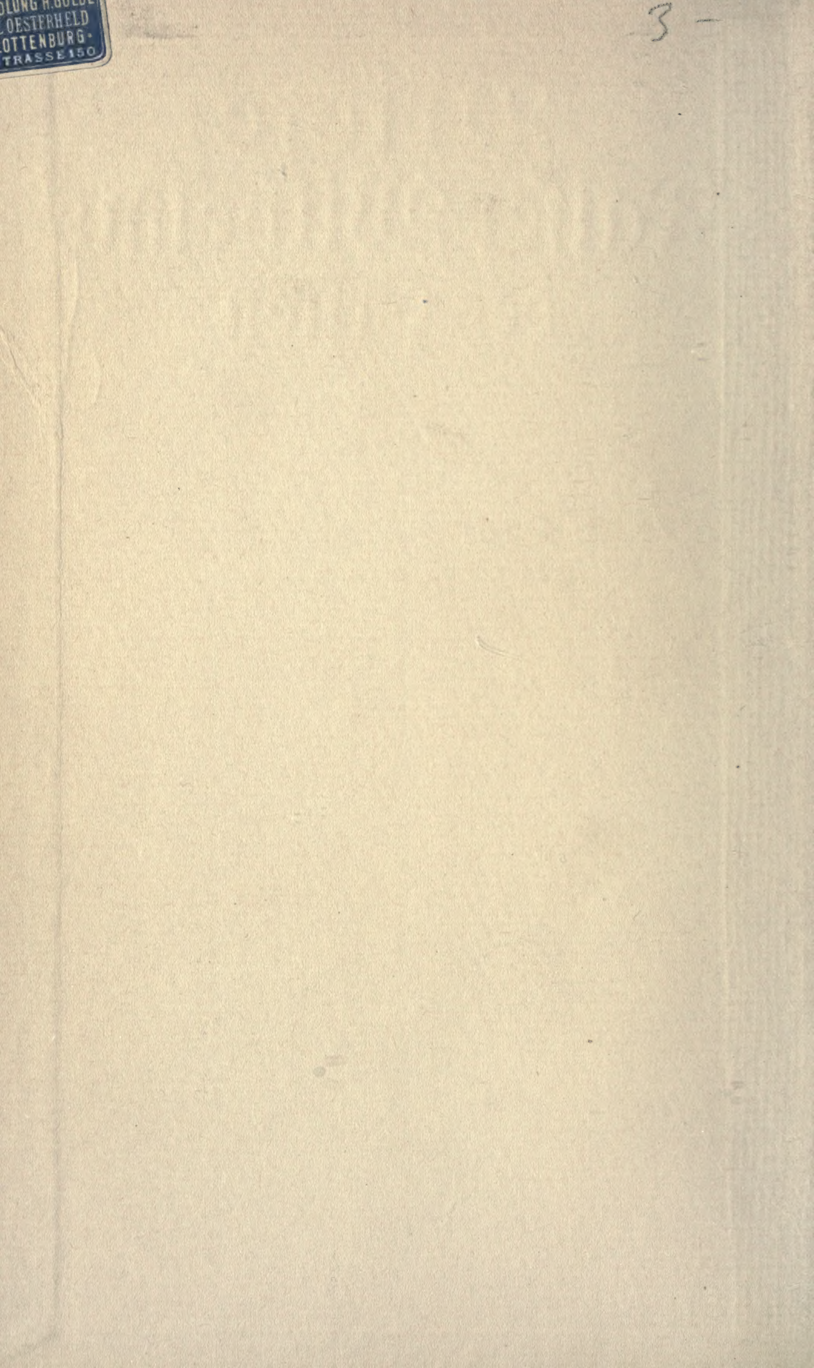
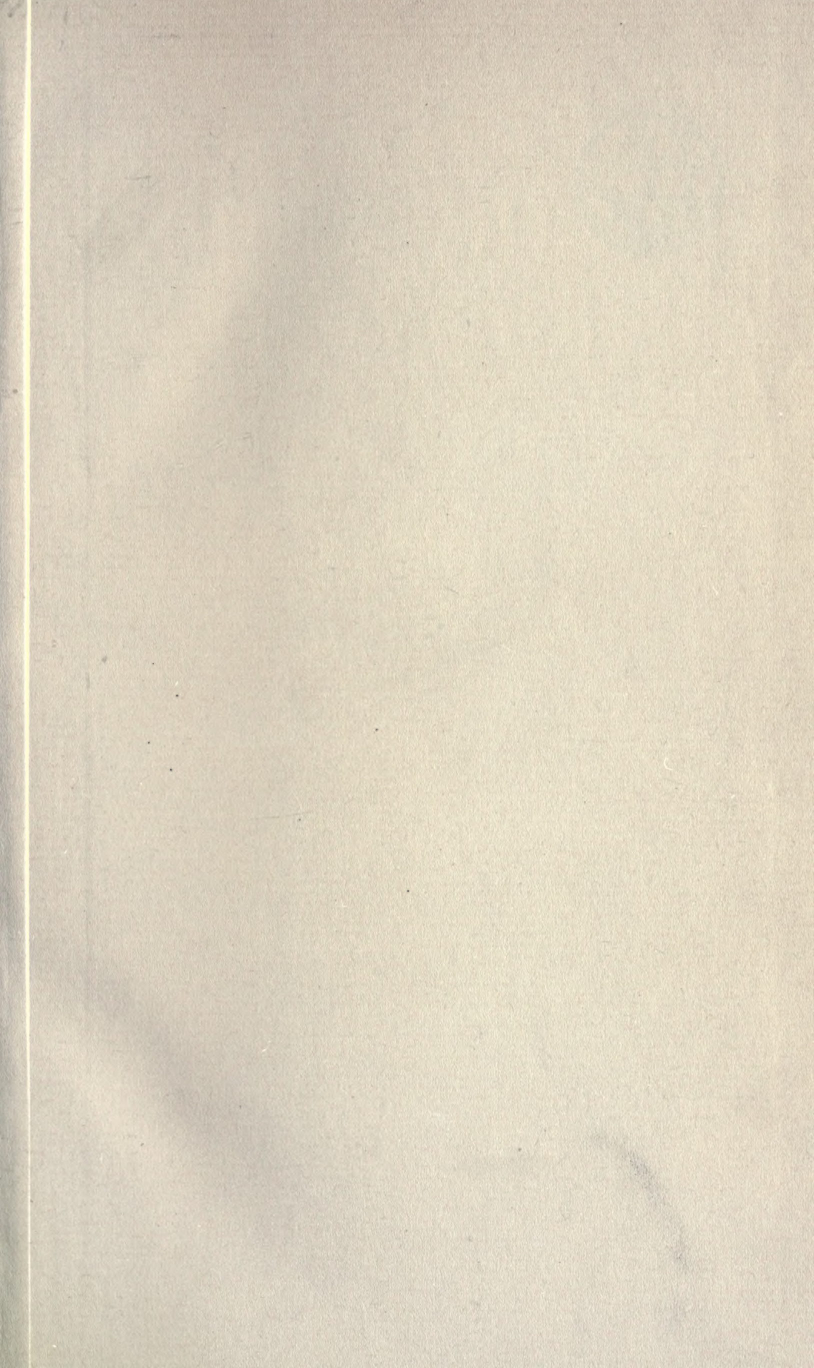
Briefe Kaiser Wilhelms des Ersten







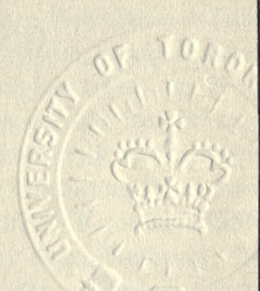






Briefe Kaiser Wilhelms des Ersten

Nebst Denkschriften und anderen Aufzeichnungen in Auswahl herausgegeben von Erich Brandenburg



1911

Erschienen im Insel-Verlag / Leipzig

Einleitung

Die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I. ist mit der Geschichte der Gründung und des Ausbaues unseres Reiches untrennbar verbunden. So gewiß es auch ist, daß von dem großen politischen Genius, der dem Kaiser als Ratgeber zur Seite stand, die Initiative bei den weltgeschichtlichen Entschlüssen jener Tage ausgegangen ist und daß ohne ihn Kaiser Wilhelm die großen Taten, die sich an seinen Namen knüpfen, niemals hätte vollbringen können, so sicher ist doch auch seine Persönlichkeit und Leistung ein unentbehrlicher Faktor in den Ereignissen jenes Menschenalters gewesen.

Aus eigenem Entschlusse und mit Überwindung menschlicher und politischer Bedenken aller Art hat König Wilhelm in der schwersten Zeit seines Lebens, als der Verfassungskonflikt ihn mit seinem Parlament entzweit hatte und der harte Kampf zwischen seinem militärischen Gewissen und seinen verfassungsmäßigen Pflichten ihm das Herz zerriß, Bismarck an seine Seite gerufen, und, solange er lebte, hat er ihm sein Vertrauen bewahrt und ihn gegen alle Anfeindungen mit seiner Autorität gedeckt. Es war gewiß nicht leicht für einen Herrscher, der so stark von der Bedeutung seines königlichen Amtes und seiner persönlichen Verantwortlichkeit gegenüber Gott durchdrungen war, einen Mann wie Bismarck an seiner Seite zu dulden, und es war ein Zeichen tiefen politischen Verständnisses und bewunderungswürdiger Selbstlosigkeit, daß der König dies vermocht hat.

Aber nicht das allein. Seine historische Bedeutung besteht nicht nur darin, daß er an Bismarck festhielt und in entscheidenden Augenblicken seine abweichenden Ansichten und Gefühle dem überlegenen politischen Verstande des großen Kanzlers opferte, sondern ebensosehr darin, daß er neben

jenem doch seine Persönlichkeit zu behaupten und die oberste Entscheidung in der Hand zu behalten verstand.

Denn es ist ganz falsch, wenn man sich etwa Wilhelm I. als einen Schattenkönig und Bismarck als den unbedingt regierenden Hausmeier vorstellt. Er hat selbst regiert und niemals einer Maßregel zugestimmt, von deren Richtigkeit und Notwendigkeit er sich nicht selbst überzeugt hatte; und wenn er bei Meinungsverschiedenheiten schließlich oft seinem großen Ratgeber nachgab, so blieb auch das sein persönlicher Entschluß. Er hatte stets das Bewußtsein, daß ihm als dem Könige doch schließlich die Verantwortung vor Gott und der Geschichte obliege für alles, was in seinem Namen geschehe, und er hat stets mit äußerster Sorgfalt danach gerungen, sich auch über ihm ferner liegende Fragen diejenige Sachkenntnis zu verschaffen, ohne welche eine wirkliche Entscheidung nicht getroffen werden kann. Es gab große Gebiete der Verwaltung, in denen Bismarck nicht den geringsten Einfluß besaß und bei deren Leitung der Kaiser andere Männer als seine Ratgeber heranzog. Das waren vor allen Dingen die militärischen Angelegenheiten, im Kriege wie im Frieden; hier, wo ihm eigene gründliche Ausbildung und fachmännische Kenntnis zur Seite stand und wo er sich auf Männer wie Moltke und Roon stützen konnte, fühlte er sich am sichersten und selbständigsten. Und wie wichtig war doch in einem Militärstaate wie Preußen alles, was sich auf das Heer bezog! Wer in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" liest, wie scharf der Gegensatz des großen Kanzlers gegenüber den militärischen Führern, namentlich während der entscheidenden Feldzüge gewesen ist, der wird sofort verstehen, was das Vorhandensein und die Wirksamkeit Kaiser Wilhelms auf diesem Gebiete bedeutet hat. Wir brauchen uns nur einen Augenblick zu denken, daß während des Krieges von 1866 oder von 1870

Bismarck und Moltke mit selbständiger und gleicher Amtsgewalt, etwa wie zwei römische Konsuln, nebeneinander gestanden hätten! Die ganze Einheitlichkeit des Vorgehens würde dann durch ihre Rivalität zersprengt worden sein. Derjenige, der sie wahrte und in den Kämpfen dieser leidenschaftlichen und trotzigen Naturen schließlich die letzte Entscheidung gab, war doch immer der König. Ihm hatten sie sich, wenn sein letztes Wort gesprochen war, schließlich doch zu fügen, wenn sie nicht ihren Posten verlassen und die Leitung in andere Hände hinübergleiten sehen wollten. So mußte auch Bismarck stets mit der Eigenart und den Anschauungen des Königs rechnen; das war die Grenze, die seiner Selbstherrlichkeit durch die Einrichtungen des monarchischen Staates gesteckt war; und es war vielleicht gut für ihn und für uns, daß es so war.

Aber die großen Männer, die unter diesem Herrscher wirkten, haben sich ihm schließlich nicht nur gefügt, weil er der König war, sondern sie haben ihn auch als Menschen geliebt und verehrt. Bismarck hat das in dem Kapitel seines Buches, in dem er die Persönlichkeit seines Herrschers mit wenigen meisterhaften Strichen zeichnet, in ergreifender Weise ausgesprochen. Das eigenartige Verhältnis zwischen diesem Fürsten und seinen Mitarbeitern wird nur der verstehen, der die tiefere Grundlage dafür in der Persönlichkeit des Kaisers aufsucht.

Nirgends treten aber die persönlichen Eigenschaften eines Menschen deutlicher und unmittelbarer hervor als in brieflichen Äußerungen, die im Augenblicke entstanden und für den Augenblick bestimmt sind. Keine noch so feine psychologische Analyse des Charakters kann den Reiz und den Wert solcher ungewollten Selbstschilderungen ersetzen. Die Auswahl solcher Dokumente, die hier geboten wird, will vor allen Dingen die Persönlichkeit Wilhelms in ihren

charakteristischen Zügen zur Geltung kommen lassen, den Umfang seiner Interessen, die Art, wie er die Dinge betrachtete und angriff, den Verkehr mit den Menschen, die ihm nahe standen, veranschaulichen. Sie beschränkt sich daher nicht pedantisch auf eigentliche Briefe; Tagebuchblätter, Denkschriften, gelegentlich auch Ansprachen sind unbedenklich mit aufgenommen worden, wenn sie in die persönliche Eigenart ihres Verfassers einen Einblick gewährten.

Ich habe nicht die Absicht, dieser Sammlung eine biographische Skizze vorauszuschicken; ich würde dabei nichts sagen können, was nicht schon besser gesagt ist. Hat doch Erich Marcks in seiner Biographie Leben und Eigenart des Kaisers in so fein abgewogener und liebevoller Weise gezeichnet, daß es keine reizvolle Aufgabe sein würde, seine Schilderung in kürzerer und darum gröberer Form zu wiederholen. Ich begnüge mich daher, mit kurzen Worten auf die wichtigsten Gegenstände hinzuweisen, die in diesen Briefen zur Sprache kommen, um den Leser darauf aufmerksam zu machen, was er etwa in ihnen suchen und erwarten darf.

Den äußeren Lebensgang des Kaisers darf ich als bekannt voraussetzen und für Einzelheiten, die zum Verständnis dieses oder jenes Briefes notwendig sind, auf die Anmerkungen verweisen. Wir können den Prinzen, den König und Kaiser Wilhelm in diesen Dokumenten von seinem zehnten Jahre an bis zu seinem Tode verfolgen. Wir erblicken ihn zuerst in Königsberg, wo er in der Zeit der schwersten Demütigung des preußischen Staates in das Heer aufgenommen wurde; dann in den Feldzügen der Befreiungskriege und während der folgenden stillen Zeit militärischen Berufslebens und Arbeitens, das seine Jünglings- und besten Mannesjahre ausfüllte. Wir begleiten ihn durch die unruhige und stürmische Regierung seines Bruders, Friedrich Wilhelm IV.,

bis zu dem Zeitpunkte, wo ihm in seinem 62. Lebensjahre durch die plötzliche Erkrankung des Königs die Regentschaft und zwei Jahre später die Krone zufiel. Damit erst erlangte seine Wirksamkeit wirklich historische Bedeutung. In dem Heeres- und Verfassungskonflikt verteidigte er die Stellung des Königtums gegen die Ansprüche des Parlamentes; während dieses Kampfes rief er Bismarck an seine Seite, und nun begann das große Jahrzehnt seiner Regierung, die Zeit der Kriege gegen Dänemark, gegen Österreich, gegen Frankreich, die Zeit, da Preußen an die Spitze Deutschlands trat und das neue Reich begründete, dessen erster Kaiser Wilhelm wurde, und an dessen Spitze er trotz seines hohen Greisenalters noch siebzehn Jahre lang gestanden hat.

Da Prinz Wilhelm ursprünglich nicht für den Thron bestimmt war, so widmete er sich in seiner Jugend ganz dem militärischen Berufe, und während seines ganzen Lebens haben die Angelegenheiten, welche das Heer betrafen, seinem Interesse am nächsten gestanden. Er ist in der Armee allmählich zu immer höheren Stellen emporgestiegen und hat in ihnen allen die gleiche ruhige und selbstverständliche Pflichttreue bewährt. Schon früh erfreute er sich bei den Truppen, trotz der Strenge seiner dienstlichen Anforderungen, als gerechter und wohlwollender Vorgesetzter der größten Beliebtheit. Aber sein Interesse ging weit über die Aufgaben des täglichen Dienstes hinaus; er suchte seinen Beruf auch theoretisch kennen zu lernen und bemühte sich unausgesetzt, den Mängeln, die er wahrnahm, abzuhelfen. Eine große Anzahl von Denkschriften und Reformvorschlägen des Prinzen sind in seinen gesammelten militärischen Schriften der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden; sie liegen aber mit ihrer genauen Behandlung technischer Einzelfragen dem allgemeineren Interesse so fern, daß hier nur eine oder die

andere Probe davon gegeben werden konnte; das schien allerdings unerläßlich, wenn wirklich alle wichtigen Züge seines Wesens zum Ausdruck gelangen sollten.

Unter Friedrich Wilhelm IV. erschien der Prinz als der eigentliche Vertreter der Armee und ihrer Interessen, während der König selbst seiner ganzen Geistesart nach den militärischen Dingen ferner stand. Längst sehnte er sich danach, seine theoretischen Kenntnisse und Friedenserfahrungen auch einmal in einem ernsten Kampfe praktisch zu bewähren; der Feldzug gegen die Revolution in Baden im Jahre 1849 gab ihm zum ersten Male Gelegenheit zur Führung eines selbständigen Kommandos, und er löste die unerfreuliche Aufgabe, die ihm hier gestellt war, mit Erfolg.

Sobald er dann selbst an die Spitze der Regierung getreten war, ging er daran, das preußische Heer gemäß den Ideen, die er seit Jahren vertreten hatte, umzugestalten, um ihr den höchsten möglichen Grad von Leistungsfähigkeit zu sichern. Als Soldat vor allen Dingen fühlte er sich in dem Konflikte, der wegen dieser Heeresreform zwischen Regierung und Landtag ausbrach, zurückgestoßen durch die Forderungen der zweiten Kammer, die auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit und möglichst große Selbständigkeit der Landwehr gingen. Seine militärische Überzeugung verbot ihm hier das Nachgeben, wenn auch verstärkend politische Motive, namentlich in der späteren Zeit des Kampfes, hinzugetreten sind. Mit Hilfe von Roon und Bismarck führte er diesen Konflikt zu siegreichem Ende, setzte die geplante Reform des Heeres durch und schuf damit erst das Werkzeug, ohne dessen Hilfe die gewaltigen kriegerischen Erfolge der nächsten Jahre nicht möglich gewesen wären.

Während der Kriege selbst war er immer – von dem kurzen dänischen Feldzuge abgesehen – selbst auf dem Kriegsschauplatze anwesend und behielt die oberste Leitung der Opera-

tionen in seiner Hand. Wie freudig schlug ihm das Herz, als er nach dem ersten bedeutenden Siege seiner Truppen, nach der Erstürmung der Düppler Schanzen, auf den Kriegsschauplatz eilte, um den Truppen persönlich zu danken und an ihrer Siegesfreude teilzunehmen. Und später sehen wir ihn in den großen Schlachten unerschrocken und kaltblütig sich dem feindlichen Feuer aussetzen, so daß seine Ratgeber es schwer hatten, ihn so weit zurückzuhalten, wie es zur Schonung des kostbaren Lebens des obersten Kriegsherrn erforderlich war; wir sehen ihn nach der Schlacht über die blutige Walstatt reiten, die Truppen ansprechen, die Verwundeten trösten; und mit mächtiger Kraft schlug ihm aus den Reihen seiner Truppen heraus die Woge der Begeisterung entgegen, so daß der Eindruck ihn fast überwältigte und selbst die ehernen Bande der Disziplin manchmal zerrissen. Er hat diese Eindrücke in schlichten und darum so tief ergreifenden Worten, in den Briefen an seine Gattin geschildert, die zum größten Teile in diese Sammlung aufgenommen worden sind. Hier, an der Spitze seiner Armee, gegenüber dem Feinde, den es im Interesse seines Staates zu bekämpfen galt, fühlte er sich ganz in seinem Elemente, stand er auf der Höhe seines Lebens und Wirkens.

Als dann der Friede gekommen war, galt es, von neuem militärische Organisationsarbeit im großen Maßstabe zu leisten, die Kontingente der kleineren deutschen Staaten dem preußischen Heere anzugliedern, das immer stärker anwachsende Heer leistungsfähig und frisch zu erhalten für einen etwaigen neuen Kampf, der dem von eifersüchtigen Nachbarn umgebenen neuen Deutschen Reiche jeden Augenblick wieder aufgedrängt werden konnte. Der Kaiser hat auch an diesen Aufgaben mit immer gleicher Hingebung mitgearbeitet; unermüdlich prüfte er mit eigenen Augen die Leistungen der Truppen und ihrer Führer; und namentlich

aus den Briefen an seinen alten Freund Roon klingt immer wieder der Stolz hervor auf die Vortrefflichkeit dieses Heeres, das sie gemeinsam geschaffen hatten.

Neben den militärischen sind es naturgemäß die politischen Dinge, die ihm am meisten am Herzen liegen und daher auch in unserer Sammlung den breitesten Raum einnehmen. Unter der Regierung seines Vaters hatte er in seiner damals rein militärischen Stellung noch wenig Veranlassung, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nicht als ob er der Politik jemals ganz interesselos gegenübergestanden hätte; aber es fehlte doch Pflicht und Anlaß zu regelmäßiger und dauernder Beschäftigung mit ihr. Nur bei besonderen Gelegenheiten, etwa nach der Julirevolution von 1830, treten schon in dieser Zeit politische Erwägungen in den Briefen des Prinzen auf, die sich namentlich in seinen interessanten Auseinandersetzungen mit dem Major von Willisen zu einer prinzipiellen Stellungnahme gegenüber den großen Fragen der Zeit erweitern.

Ganz anders unter Friedrich Wilhelm IV. Schon als dieser den Thron bestieg, bestand keine Aussicht mehr, daß er direkte Nachkommenschaft hinterlassen werde; Prinz Wilhelm wurde offiziell als Thronfolger anerkannt und hatte als solcher Recht und Pflicht, seine Stimme zu erheben, wenn es sich um wichtige politische Entscheidungen handelte. Freilich fand er mit seinen Ratschlägen nur selten Gehör. Das Vertrauen des Königs gehörte anderen Männern, zu denen der Prinz sich häufig genug in entschiedenem Gegensatze befand. Nicht als Handelnder, sondern als Kritiker stand er der Staatsleitung in jenen Jahren gegenüber; und namentlich in der Zeit der Demütigung von Olmütz und des Krimkrieges erschien er geradezu als der Führer der Opposition. Erst mit dem Beginn der Regentschaft kam auch auf politischem Gebiete für ihn die Zeit des selbständigen Handelns unter

eigener Verantwortung; und nun erfaßten ihn die großen Angelegenheiten des Staatslebens ganz und bildeten, nur während der Kriege zeitweise hinter den militärischen wieder zurücktretend, den wesentlichen Inhalt seines Lebens und seiner Briefe.

Am nächsten lagen ihm immer die Fragen der auswärtigen Politik; und auf diesem Gebiete hat er auch am frühesten und sichersten seine Stellung genommen. Preußens Macht zu bewahren und womöglich zu steigern war hier das von selbst gegebene Ziel; er hat es sehr früh klar erfaßt und bewußt alle anderen Fragen an dem Maßstabe gemessen, der damit gegeben war. Für Preußens Stellung in der Welt aber war absolut entscheidend sein Verhältnis zum übrigen Deutschland. Von diesem Gesichtspunkte her und, soweit wir sehen, nur von diesem, trat auch früh die deutsche Frage in seinen Gesichtskreis. Preußens Beruf, wie seine Geschichte ihn klar erkennen lasse, sei es, an die Spitze Deutschlands zu kommen. Dabei aber sollte einerseits Preußens Eigenart und besondere Tradition durchaus gewahrt bleiben, andererseits sollte zur Erreichung dieses Zieles kein anderes Mittel angewandt werden als friedliche und freundliche Verständigung mit den übrigen deutschen Staaten. Eine Beschränkung einzelner Souveränitätsrechte dieser Staaten hielt Wilhelm im Interesse des größeren Ganzen für notwendig; aber sie sollten von selbst und freiwillig aus der Erkenntnis der Notwendigkeit festeren Zusammenschlusses heraus auf diese Rechte Verzicht leisten. Preußen sollte es ihnen erleichtern, indem es durch seine Politik die Überzeugung erwecke, daß es keine Sondervorteile für sich erstrebe; das war es, was er „moralische Eroberungen in Deutschland" genannt hat.

Die Ähnlichkeit und die Verschiedenheit dieses Programmes und der Gedanken Bismarcks springt jedem in die Augen.

Ähnlich war das Ziel, dem sie beide zustrebten, grundverschieden waren die Mittel, durch welche sie es zu erreichen gedachten. Auch das wird man sagen müssen, daß das Ziel mit den Mitteln, die Wilhelm wollte, nie zu erreichen gewesen wäre. Die deutsche Frage in diesem preußischen Sinne ohne Blut und Eisen zu lösen, namentlich auf friedlichem Wege die Zustimmung Österreichs dazu zu gewinnen, das war ein Problem, so unlösbar wie die Quadratur des Zirkels. Wilhelm hat als Prinzregent und König in der Zeit vor Bismarcks Eintritt in das Ministerium nach seinen Gesichtspunkten gehandelt; er ist dem Ziele auf diesem Wege nicht erheblich näher gekommen, aber er blieb auch dann noch von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt, und es ist Bismarck nur allmählich und unter den größten Schwierigkeiten gelungen, seinen Herrn für die Methode zu gewinnen, die er für die richtige hielt und deren Anwendung Erfolg gehabt hat.

Erst der große Sieg über Österreich und die mit ihm verbündeten deutschen Staaten hat den Ausschlag gegeben. Erst 1866 hat der König mit Eifer den Gedanken einer bedeutenden Erweiterung des preußischen Gebietes ergriffen, den er vorher stets von der Hand gewiesen hatte, und sogar, wenn auch gewiß schweren Herzens, in die Entthronung deutscher Fürstenhäuser gewilligt. Und als dann 1870 durch die neuen großen Siege auf den französischen Schlachtfeldern und durch Bismarcks unvergleichliche diplomatische Kunst das Ziel erreicht wurde, als auch die süddeutschen Staaten für das neue Reich gewonnen waren und dem greisen Könige die Kaiserkrone darboten, da hat es diesen einen letzten schweren inneren Kampf gekostet, sie anzunehmen; es erschien ihm fast als ein Unrecht gegen den Staat, dem doch in letzter Linie alle diese Erfolge verdankt wurden, gegen sein geliebtes Preußen, dessen stolzes Königtum nun in den Hintergrund treten sollte

gegenüber dem neu geschaffenen deutschen Kaisertum. Von diesen Stimmungen und Kämpfen geben die Briefe, die Kaiser Wilhelm unmittelbar nach der Kaiserproklamation in Versailles geschrieben hat, beredtes Zeugnis.

Im Kriege war die Einheit erkämpft worden; nachdem sie aber errungen war, ging des Kaisers Streben dahin, die Macht seines Reiches für die Erhaltung des Weltfriedens einzusetzen. Ihm schien dieser am besten gesichert durch enges Zusammenhalten mit Rußland und Österreich; die politische Konstellation, welche die Welt beherrscht hatte, als der junge Prinz zuerst in die Politik eintrat, schien sich erneuert zu haben und sich als die natürliche Grundlage einer dauernden Friedenspolitik darzubieten. Als dann die orientalische Frage den stets vorhandenen tiefen Interessengegensatz zwischen Rußland und Österreich zur offenen Erscheinung brachte und Bismarck, mit gewohnter Sicherheit die Situation erfassend, den Zeitpunkt gekommen sah, wo Deutschland zwischen seinen beiden bisherigen Verbündeten wählen müsse, und als er das deutsch-österreichische Bündnis vorbereitete, das seine Spitze gegen Rußland kehrte, da hat der Kaiser, an der traditionellen Freundschaft seines Hauses zu der Zarenfamilie festhaltend, lange Widerstand geleistet; die Briefe, in denen er vergeblich seinen großen Kanzler von dem eingeschlagenen Wege abzulenken versucht hat, sind die letzten größeren politischen Denkschriften, die wir bisher aus seiner Feder besitzen.

Auch die Stellung Wilhelms zu den Fragen der inneren Politik war durchaus beherrscht von der Rücksicht auf die Machtstellung seines Staates. Entsprach es schon an sich dem Geiste des Altpreußentums und namentlich den Anschauungen, die im Offizierkorps die herrschenden waren und in denen auch er aufgewachsen war, daß er die inneren Fragen in durchaus konservativem Sinne behandelte, im

Sinne möglichster Stärkung der Regierung und der fester Konzentration aller Machtmittel in der Hand des Monarchen, so wirkte die Rücksicht auf die Stellung des Staates nach außen in derselben Richtung ein. Nur ein straff von einem Willen geleitetes Preußen schien die von Friedrich dem Großen so mühsam erkämpfte Großmachtstellung behaupten zu können; parlamentarischer Einfluß erschien als Schwächung der Aktionsfähigkeit des Staates nach außen; darum stand der Prinz den Ansprüchen und Wünschen der Liberalen, die sich in dieser Richtung bewegten, von Anfang an mißtrauisch gegenüber. Freilich erkannte er schon nach der Julirevolution, daß es mit der bloßen Negation diesen Ideen gegenüber nicht getan sei. Er hatte ein Gefühl davon, daß doch auch eine für die Staatsmacht förderliche Kraft in ihnen liege, daß eine Regierung, die sich auf die Mitwirkung und das Vertrauen des gesamten Volkes stützt, im letzten Grunde doch auch dem Auslande gegenüber stärker ist als der bloße Wille eines einzelnen; er rang mit der schwierigen Frage, wie man diesen Vorteil für den Staat gewinnen könne, ohne doch die Einheitlichkeit und Schnelligkeit des Handelns, welche die Vorzüge des alten Systems gewesen waren, zu zerstören. In verschiedenen Wendungen seiner früheren Briefe erkennt man, wie ihn dies Problem beschäftigte, bis er dann eine Lösung gefunden zu haben glaubte, die ihn befriedigte und an der er auch später im wesentlichen festgehalten hat. Die Formel, die er prägte, lautete: parlamentarische Gesetzgebung, aber keine parlamentarische Regierung. Freilich gelangte er erst zu ihr, nachdem die Verfassungsexperimente seines Bruders, denen er kritisch gegenüberstand, auch für Preußen das Verharren im alten Zustande unmöglich gemacht hatten und nachdem die Revolution von 1848 über den Staat dahingegangen war. Ihn selbst, der mit Recht und Unrecht als der schärfste

Gegner der liberalen Forderungen galt, hatte der Sieg der Revolution in Berlin für einige Zeit aus Deutschland vertrieben; es scheint, daß der kurze Aufenthalt auf englischem Boden nicht ohne Einfluß auf seine Stellung zu diesen Fragen gewesen ist. Und als sich dann die Hoffnung auftat, Preußen vielleicht schon damals mit Hilfe der großen Volksbewegung, die durch ganz Deutschland ging, an die Spitze des gesamten Vaterlandes zu bringen, da hat auch Prinz Wilhelm eine Zeitlang stärker als je vorher oder nachher den Gedanken eines Zusammengehens mit den Liberalen und der Frankfurter Nationalversammlung erwogen. Die Machtsteigerung, die sich hier für Preußen zu bieten schien, ließ ihn hinwegsehen über das, was ihm gewiß auch damals an der Bewegung unsympathisch und gefährlich erschien.

Aber lange hielt diese Stimmung bei ihm nicht an; schon der Frankfurter Verfassungsentwurf mit seiner starken Einengung der kaiserlichen Gewalt mußte ihn stutzig machen, noch mehr der erneute Ausbruch der Revolution nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.; wir sahen schon, daß er die Truppen kommandierte, welche diese Revolution in Süddeutschland niederwarfen. Und in Preußen selbst trat der Prinz scharf gegen die Ansprüche der Berliner Nationalversammlung in die Schranken und billigte durchaus das Vorgehen des Ministeriums Brandenburg und die Verfassung von 1850, welche die Macht des Parlamentes in viel engere Schranken einschloß, als die Liberalen es wünschten.

Dann aber folgte in Preußen das feudale Parteiregiment der Kamarilla, jenes Kreises von Männern, dessen Seele die Gebrüder Gerlach waren; sie hätten am liebsten die Verfassung überhaupt wieder beseitigt und das alte patriarchalisch-absolutistische Regiment wiederhergestellt. Der Thron-

folger trat ihnen gegenüber für ehrliche Beobachtung der in der Verfassung gegebenen Zusagen ein. Je mehr dann der leitende Minister, Otto v. Manteuffel, unter den Einfluß der Kamarilla geriet, desto kühler wurde auch das Verhältnis des Prinzen zu ihm; und nach Übernahme der Regentschaft ließ es Wilhelm seine erste Sorge sein, das Ministerium Manteuffel zu entlassen und neue Männer an seine Seite zu rufen.

Auch in der inneren Politik bedeuten die Jahre der „Neuen Ära" von 1858 bis 1862 die Epoche der völlig selbständigen Tätigkeit für ihn; man hat wohl von einem besonderen Einflusse seiner Gemahlin in dieser Zeit gesprochen; doch wird man diesen nicht überschätzen dürfen. Es entsprach durchaus seiner eigenen, so oft ausgesprochenen Gesinnung, wenn er es versuchte, ein über den Parteien stehendes Ministerium zu bilden und in friedlichem Einverständnis mit der Volksvertretung zu regieren, falls diese nicht über das Gebiet der Gesetzgebung hinausgreife und die Leitung der Gesamtpolitik des Staates nach westeuropäischem Vorbilde erstrebe. Gerade das aber war das Ideal der Liberalen; der Heereskonflikt, in dem von Anfang an die Keime zum Verfassungskonflikte lagen, wurde mehr und mehr zum Kampfe um die Frage, ob die Krone oder das Parlament die ausschlaggebende Instanz im Staatsleben Preußens sein solle. Sobald das klar geworden war, gab es für den König kein Zurückweichen mehr; er hätte abgedankt, wenn er keine Minister gefunden hätte, die den Kampf an seiner Seite bis zu Ende durchzukämpfen bereit waren; auch das wäre bei der nachgiebigeren Stimmung des Kronprinzen eine Niederlage der von Wilhelm vertretenen Ideen gewesen; nur weil er Bismarck und Roon im entscheidenden Augenblicke an seiner Seite hatte, konnte er den Kampf fortsetzen, und nur die Erfolge der auswärtigen Politik in den nächsten Jahren ermöglichten einen Frieden,

der die Rechte der Krone in dem Sinne, wie der König sie verstand, wahrte.

Die Erfahrungen der „Neuen Ära" haben den König endgültig zu der Überzeugung geführt, daß ein starkes Königtum nur erhalten bleiben könne, wenn es sich auf die konservativen Elemente stütze; auch bei den gemäßigten Liberalen glaubte er noch ein zu starkes Streben nach parlamentarischer Machtsteigerung und Regierung wahrzunehmen. Man sagt, das Alter mache an sich konservativer; bei Wilhelm I. wurde diese Neigung jedenfalls entscheidend bestärkt durch die Erfahrungen seiner ersten Regierungsjahre. Mit Unbehagen betrachtete er nach 1866 Bismarcks Zusammengehen mit den Nationalliberalen, und gewiß hat er auch zu denen gehört, die von dem Eintritt der süddeutschen Staaten in das Reich ein Anwachsen der demokratischen Elemente befürchteten. Als Bismarck gar 1877 daran dachte, einen der nationalliberalen Führer, Rudolf v. Bennigsen, in das Ministerium aufzunehmen, da beschwor ihn der Kaiser, den konservativen Gang der Regierung nicht zu gefährden, und atmete auf, als die Gefahr vorübergegangen war. Nicht lange darauf hat er dem verstorbenen Reaktionsminister Manteuffel eine förmliche Abbitte dafür, daß er ihn entlassen habe, in das Grab nachgerufen. Gewiß hat er auch in seinen späteren Jahren die allgemeinen Grundanschauungen, wie er sie sich nach 1848 gebildet hatte, nicht aufgegeben; an der ehrlichen Beobachtung des konstitutionellen Prinzips, wie er es verstand, hat er immer festgehalten; aber die Versuche, ihn weiter nach links zu drängen, haben ihn veranlaßt, so weit rechts zu gehen, wie es innerhalb der so gezogenen Schranken möglich war. – Überhaupt hatten allgemeine Grundsätze und Theorien für Wilhelm nur eine beschränkte Bedeutung. Einiges allerdings stand ihm so felsenfest, daß ein Rütteln daran ihm undenkbar oder frevelhaft erschien; so die Behauptung der preußischen

Großmachtstellung, die starke Monarchie, die religiöse Grundlage des Staatslebens. Aber in Einzelheiten und in der Anwendung dieser Prinzipien war er stets bereit, zu lernen und den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Er spricht gelegentlich von seiner vorwiegend praktischen Veranlagung; und diese ist gewiß noch verstärkt worden durch die militärische Erziehung; denn der Soldatenberuf erzieht zur Realpolitik. Es ist von Marcks sehr energisch betont worden, wie stark bei aller Einheitlichkeit der Grundanschauungen die Anpassungsfähigkeit Wilhelms gegenüber dem Wechsel der Umstände war, wie er sich mit dem abzufinden verstand, was er nicht ändern konnte, anstatt sich in unfruchtbare Opposition und Rechthaberei zu verlieren. Dadurch wurde es ihm möglich, aus dem alten, absolutistischen in das neue konstitutionelle Preußen hinüberzutreten und dem einen ebenso ehrlich zu dienen wie dem andern und später aus dem preußischen Könige der deutsche Kaiser zu werden.
Militär und Politik, das sind naturgemäß die Gegenstände, um die sich auch in der Mehrzahl dieser Briefe alles dreht. Von andern größeren sachlichen Fragen treten höchstens noch die religiös-kirchlichen stärker hervor. Wilhelm war zeit seines Lebens ein gläubiger und frommer Protestant, aber jede nach außen zur Schau getragene Frömmigkeit und Kirchlichkeit widerstrebte seiner schlichten und keuschen Sinnesart, und jede Verquickung von Religion und Politik war ihm von jeher unsympathisch. Ein gewisses Maß positiven Glaubens schien ihm allerdings unerläßlich, wenn Gesellschaft und Staat überhaupt sollten bestehen können; die freieren Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche betrachtete er mit wachsender Abneigung, namentlich seit sie zur Bestreitung der Autorität des apostolischen Bekenntnisses und sogar zur Leugnung der Gottheit Christi fortgeschritten waren. Auch der Kulturkampf wurde ihm desto bedenklicher,

je länger er dauerte. Gewiß war es durchaus in seinem Sinne, wenn der Staat sich wehrte gegen priesterliche Eingriffe in das Gebiet seiner Tätigkeit; aber die Vorkämpfer in diesem Streite, namentlich der Kultusminister Falk, schienen ihm doch viel weiter zu gehen, als es zur Erreichung dieses ursprünglichen Zieles nötig gewesen wäre; namentlich die Einführung der obligatorischen Zivilehe machte ihm schwere Sorgen, und ebenso die Begünstigung der freieren Richtungen innerhalb des Protestantismus durch Falk und seine Mitarbeiter. Ihm schien die Gefahr zu bestehen, daß bei einem Weiterschreiten auf dem betretenen Wege der religiöse Sinn der Bevölkerung leide. So entsprach es gewiß seinen innersten Wünschen, als Bismarck von anderen Erwägungen aus den Frieden mit der katholischen Kirche ins Auge faßte und zum Abschlusse brachte.

An persönlichen Erlebnissen, die das innere Leben tief aufgewühlt und beeinflußt hätten, war das Leben des Kaisers nicht reich. In der Jugend ist es die unglückliche Liebe des Prinzen zu seiner schönen Cousine Elise Radziwill, die immer wieder die Blicke auf sich lenkt; ihre Wirkung auf ihn geht aus den Briefen klar hervor; die Qual der Ungewißheit, das Verbot des Vaters, die resignierte Unterwerfung des Sohnes und schließlich die innere Überwindung des eigenen Gefühls. Es ist keine Leidenschaft voll heißer Glut des Herzens, sondern eine stille, innige Zuneigung, die schließlich dem Staatsinteresse ohne Kampf, wenn auch nicht ohne Schmerz geopfert wird; auch hier stehen dem Prinzen die Pflichten seines Standes, die Gebote der Staatsraison, die Erwägungen der Vernunft zuletzt höher als das persönliche Gefühl; an Auflehnung gegen den im Willen des Vaters verkörperten Willen des Staates hat er nie gedacht; und nach wenigen Jahren hat er das Schicksal gepriesen, das durch diese Prüfung seinen Charakter gestählt hatte.

Was ihn später persönlich erregte, – das Jahr 1848, Olmütz, der Verfassungskonflikt, der Kriegsentschluß von 1866, die Übernahme der Kaiserwürde, die Attentate, endlich die unheilbare Krankheit des einzigen Sohnes, das reichte immer auch zugleich ins politische Gebiet hinein, wenn auch die persönliche Anteilnahme mehr oder minder stark bei der Erwähnung dieser Ereignisse hervortritt; es ist doch nie der Mensch allein, sondern immer auch der Staatsmann, der Herrscher, der hier spricht. Beides ist gerade bei diesem Regenten, der sich von früh auf so ganz in den Dienst seines Staates gestellt hatte und für sich selbst so wenig begehrte, gar nicht voneinander zu trennen.

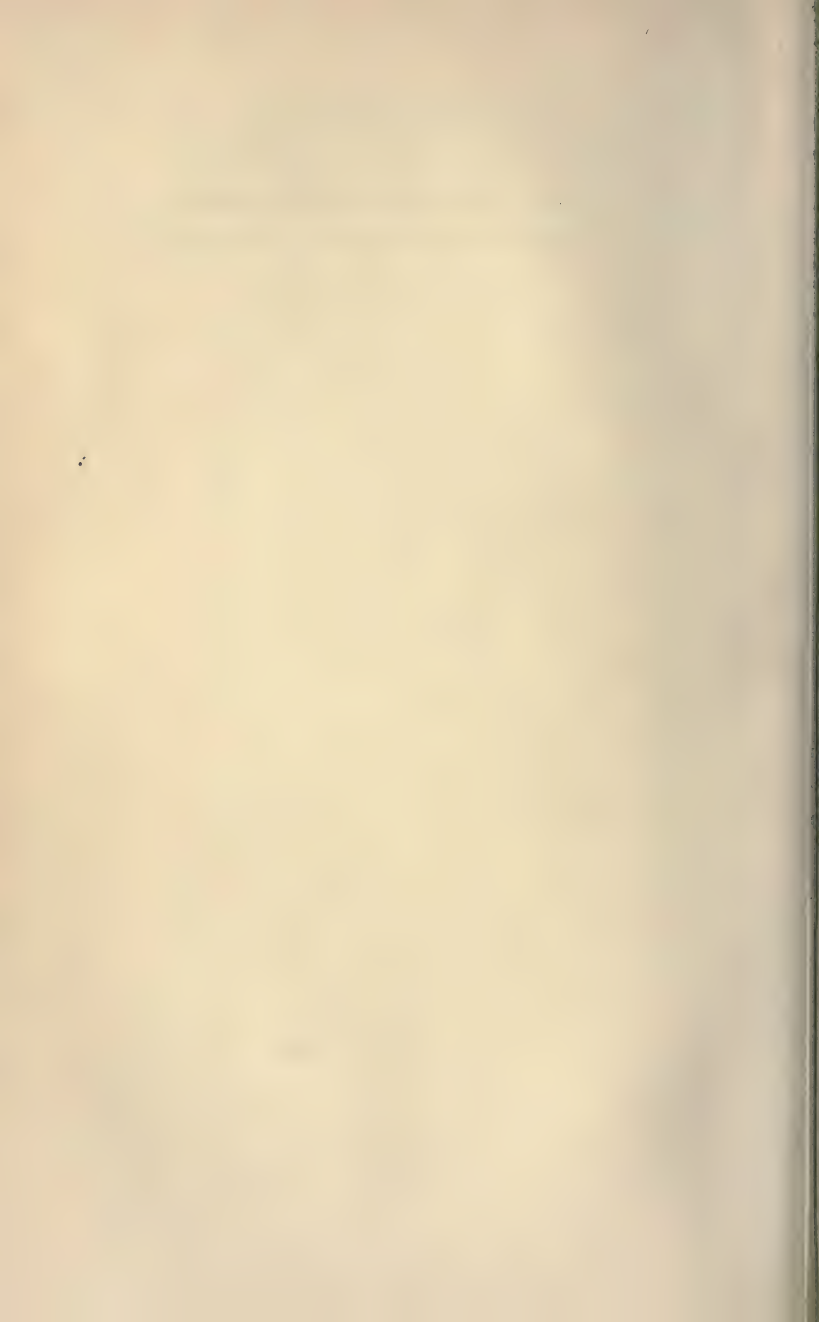
Am meisten treten die persönlichen Züge natürlich hervor im Verkehr mit denen, die seinem Herzen nahestanden. Zu diesen gehörte in den Jugendjahren des Prinzen vor allen Dingen Oldwig v. Natzmer, der ihm während des Befreiungskrieges als militärischer Begleiter und Erzieher zugeordnet worden war und sich in dieser Stellung in besonders hohem Grade die Achtung und persönliche Zuneigung Wilhelms erworben hatte. Ihm hat er in den folgenden Jahren am offensten seine Schmerzen und Sorgen geklagt, als es sich um seine Liebe und sein Lebensglück handelte; zu ihm sprach er sich auch gelegentlich über politische und militärische Dinge mit einer Rückhaltlosigkeit aus, die wir in jener Zeit sonst selten bei ihm finden. Das schöne Verhältnis dauerte ungetrübt bis zu Natzmers Tode an.

Später finden wir in einer ähnlichen Vertrauensstellung Roon, der bekanntlich dem Könige von seinen großen Ratgebern immer persönlich am nächsten gestanden hat, weil manche gleiche Eigenschaften des Charakters, vor allen Dingen aber gleiche Auffassungen in den wichtigsten Fragen der Welt- und Staatsauffassung sie miteinander verbanden. Auch nachdem Roon aus dem Amte des Kriegsministers

geschieden war, stand der Kaiser mit ihm in regelmäßigem Briefwechsel und besprach hier mit ihm in geradezu kameradschaftlichem Tone alles, was sich ereignete.
Eine besonders umfangreiche und interessante Gruppe bilden die Briefe an Bismarck. Sie sind, bei aller Wärme und Herzlichkeit des Tones namentlich in der späteren Zeit, nicht so unmittelbar aus dem Gefühle enger innerer Zusammengehörigkeit hervorgegangen wie die an Roon. Nirgends verleugnet der Kaiser die hohe Bewunderung, die er vor dem politischen Genie und der erfolgreichen Energie seines Kanzlers hegt, und in zartester Rücksichtnahme auf die Gesundheit und die Empfindlichkeiten seines ersten Dieners, in der Entdeckung immer neuer Aufmerksamkeiten, die er ihm zu erweisen nicht müde wird, zeigt sich die Dankbarkeit Wilhelms oft in geradezu rührender Weise; aber man fühlt doch hindurch, daß der Kaiser auch da, wo er es nicht direkt ausspricht, mit Bismarck nicht immer ganz einverstanden ist, daß er mit einer gewissen Ängstlichkeit die unberechenbaren Wendungen seiner Politik verfolgt und sich ihm gegenüber nie ganz harmlos gehen läßt.
Eine andere eng zusammengehörige Gruppe bilden die Briefe an die Königin und Kaiserin Augusta, von denen wir bisher die aus den beiden großen Kriegen besitzen, wahrscheinlich die bedeutendsten, die er an sie geschrieben hat. Ein gutes und vertrauliches Verhältnis der Gatten zueinander tritt uns aus ihnen entgegen, wenn auch eigentliche Herzenstöne nur selten angeschlagen werden. Die Hauptsache sind immer die Tatsachen, die in reicher Fülle und mit ebenso großer Gewissenhaftigkeit wie Anschaulichkeit mitgeteilt werden; wir empfinden, daß die Gattin in der Ferne möglichst genau alles miterleben soll, was ihm Großes und dabei doch Schweres begegnet.
Auch der Leser wird sich überall lebendig hineinversetzt fühlen

in die Zeit und die Ereignisse, die hier so an ihm vorüberziehen, wie Wilhelm I. sie gesehen und empfunden hat. Möge diese kleine Auswahl dazu dienen, dem deutschen Volke das Bild des ersten Kaisers im neuen Reiche lebendig vor Augen zu stellen und das Andenken an ihn frisch zu erhalten.

Briefe



Nach dem Frühstück spielte ich allerhand, und zeichnete etwas mit Fritz. Um halb 11 gingen wir auf die große Parade, welche zu Ehren des Groß Fürsten gegeben wurde. Nach der Parade gingen wir zu Papa, wo ein Déjeuner gegeben wurde. Der Groß Fürst erzählte viel von der Schlacht bei Heilsberg, dann machten wir einen Spatziergang auf Königs Garten. Der Sohn von Kriegs Rath Waals brachte uns Obst. Großes Diner ohne den Groß Fürsten, den er war schon Abgereist weil man sagte der Kaiser würde noch Heute kommen. Nach Tisch beschloß Mama wir solten mit ihr nach Huben fahren. Wenige Augenblicke darauf kam der Rußische Gesante und brachte Briefe vom Kaiser an Mama worin steht daß er hofte, Mama den selben Tag noch zu sehen. Sie befahl sogleich, daß wir rauß fahren sollen um es Papaen zu melden. Wir setzen uns alle in den Wagen aber in dem Augenblick daß wir abfahren wollen kommt der Kapitain Horn, und frägt wohin wir wollen? Wir sagen ihm nach den Huben, nein sagte er bleiben sie hier der Kaiser ist in 5 Minuten hier. Wir gleich aus den Wagen in unsere Stuben und uns angezogen, laufen dann zu Mamaen um es ihr zu melden. In dem Augenblick wird Alarm getrommelt. Die Junker kommen um die Fahnen zu hohlen, und wir halfen ihnen, sie zurecht zu machen. Dann kam die 1. Compagnie und holte die Fahnen, alle Regimenter ebenfals, um eine Cordon zu ziehen, und die Ehrenwache des Kaisers. Von 6 bis 7 saßen wir an einem Fenster und erwarteten den Kaiser. Um 7 kam er, das Gewehr wurde präsentirt, die Kanonen gelöst und Hurra geschrieen. Um 7 wurde The getrunken und um 9 setzte man sich zu Tisch.

Montag, 19. September 8.
Nach dem Frühstück wollte ich mein Französisches Tagebuch anfangen, aber in den Augenblick kam der Major Treiden mit seiner Familie und bat um erlaubniß, die große Parade aus unsern Fenstern mit anzusehen. Um halb 11 gingen wir hinunter, auf die Parade, weil Papa befohlen hatte, daß wir mit eintreten sollen. Als der Kaiser kam, wurde das Gewehr Presentirt, und der Kaiser ging mit Papan die Fronten runter. Dann wurde das gewehr auf Schulter genommen, noch mal presentirt, wieder auf Schulter genommen vorbeimarschiert und Salutirt. Um 12 machten wir einen Spatziergang auf dem Philosophischen-gang. Um 2 wahr ein großes Diner. Um 5 fuhren wir mit Karl und Cousin aus. Als wir zurück waren tranken wir The und dann schrieb ich mein französisches Tagebuch und um 8 gingen wir zu Mama zum Abendbrodt.

2. An Prinz Karl von Preußen. Berlin, 21. Dezember 1811.

Lieber Karl! Ich zeige Dir hiermit an, daß Du weiße leinewandten Hosen zur Parade mit nach Potsdam nehmen mußt, weil die Parade wahrscheinlich in weißen Hosen sein wird. Fritz soll Dir seine Schärpe leihen, hat Papa befohlen. Auch weiße lange tuchen Hosen mußt Du mitnehmen, weil Du sie der Kälte wegen wohl unter die andern ziehen wirst, wie wir es tun. Es wird gepudert. Du auch hat Papa befohlen. Du hast Dich also hiernach zu richten.

Dein Bruder Wilhelm.

3. An Prinz Karl von Preußen. Frankfurt a. M., 21. November 1813.

Gestern Abend hat mir Papa gesagt, daß Du Deiner Krankheit wegen die R[ussischen] Reserve Garden nicht hast sehen können, welches er heute früh dem K[aiser] Alex[ander] erzählte, dem es unangenehm war nicht Deinen erwarteten

Raport zu hören. – Die 2 R[ussische] Garde Division erhält andere Uniformen; nehmlich in Uebereinstimmung mit der 1ten Division nur mit Rabatten. Das Littausche behält seine Uniform rothe Kragen u rothe Rabatten; das Leib Grenadier Regt: bis jetzt rothe Kragen bekommt hellblaue Kragen u. rothe Rabatten; das Pawlowsche (spitze Mützen) bekommt statt rother Kragen, grüne und rothe Rabatten; das Finländische behält seine grünen Kragen und Rabatten. Ich habe die Bekanntschaft von Baron Freedericks gemacht.
Heute ist großes Diner beim Kayser Franz II zu Ehren des Königs von Würtemberg. Eben kommen wir zurück von dem Diner. Der K[aiser] Alex[ander] ist unten bei Papa mit dem Staatskanzler zur Conferenz. Man spricht von sehr wichtigen Dingen. Nächstens hoff' ich werd ich etwas Näheres darüber sagen können. Wir werden bald von dannen ziehen. Wittgenstein marschirt schon runter, indeß über alles herrscht eine große Geheimnißvolligkeit. – Ich habe heute unsern Cousin Weilburg kennen gelernt der die Cousine Louise von Hilburgshausen zur Frau hat; er ist sehr hübsch; ein halb Jahr jünger als Wilhelm v. O. – Gestern Abend bei Tante Taxis sind wir sehr munter gewesen. Zweimahl sind wir übers Pappwasser hergefallen u. einmahl hat uns die Tante obendrein noch damit begoßen. Heute füllt sie unsere Flacons. Hier haben wir das aechte noch nicht gefunden. Außerdem haben wir gestern noch mehrere kleine Spiele gespielt. Besekneк war sehr munter.
Der Kayser A[lexander] gehet heute Abend u. Kays. Franz morgen früh nach Hanau um die Großfürstinnen zu sehen; mir ists als ginge Papa auch hin.
Nun adieu. Viele Empfehlungen an Herr von Menü, wie auch an Charlotte, Alexandrine, Louise, Abatte, Filsis, Fr. v. Kameke, Mutter u. Tochter, Frl. Wildermut, Jule, Bold,

Frl. Bischofswerder, Mlle Calvé u. Mad. Bock, Grf. v. Tauenzien. Da ist doch wohl keiner vergessen?

Pirs u. Cousin empfehlen sich Dir. Dein Bruder Wilhelm.

4. Aus dem Tagebuch 1814. 27. Februar.

Um 7 Uhr vormittags ließ der König Fritz und mich mit Luck zu sich kommen. Er sagte uns, wir sollten voranreiten, um dem Gefechte beizuwohnen, wir sollten uns aber nicht unnütz exponieren, und befahl Luck, darauf zu sehen. Wir ritten mit den übrigen Herren des Hauptquartiers also ab. Kaum hatten wir den halben Weg zurückgelegt, so kam uns der König schon nach. Wrede war gestern abend aus Bar sur Aube geworfen worden, hatte es wieder genommen, aber nur die äußersten Häuser behaupten können. Sein Korps stand einige tausend Schritt diesseits der Stadt, auf beiden Seiten der Chaussee, das Wittgensteinsche Korps stand auf dem rechten Flügel der Bayern. Alles stand zum Angriff bereit. Gerade als wir ankamen, wurde die Disposition ausgegeben. General Wrede sollte Bar sur Aube angreifen und stürmen, Wittgenstein sollte sich verdeckt rechts ziehen und dem Feinde in die linke Flanke und durch eine Umgehung unter dem General Pahlen über Levigny bis Arsonval in den Rücken fallen.

An den äußeren Gärten der Stadt engagierte sich ein Tirailleurgefecht. Wir sahen demselben zu von Weinbergen, welche rechts von Bar ziemlich mit den ersten Häusern desselben in einer Höhe liegen. Es wurde ein französischer Sergeant gebracht, der übergegangen war, mißvergnügt darüber, daß er als ein alter Soldat nicht die Ehrenlegion erhalten hatte, da Napoleon sie nach den letzten glücklichen Gefechten zu hundert an die neuen Truppen verteilt hatte. Der Offizier von den russischen Tirailleurs wurde eben

blessiert und zurückgebracht. Der Feind zeigte sich auf der Höhe jenseits der Aube, wo der kurze Weg nach Vendoeuvres führt, im Biwak, in einzelnen Trupps auf der Chaussee von Dieuville, und am stärksten stand er auf dem Plateau von Ailleville.

Als das Tirailleurgefecht eine Zeitlang gedauert hatte, zogen sich die zwei russischen Jäger-Regimenter, bei denen wir solange gestanden hatten, noch mehr rechts auf die Weinberge, dem Plateau gegenüber, welches der Feind inne hatte. Getrennt waren wir durch eine sehr große Schlucht, die beinahe senkrechte Abhänge hat. Am Rande dieser Schlucht stellten sich die Jäger-Regimenter auf. Vom Ende dieser Schlucht an bis an einen Wald in der rechten Flanke war eine Ebene. Das Wittgensteinsche Korps langte eben an und stellte sich hier auf, im Zentrum das Korps des Prinzen Gortschakow. Das Korps des Prinzen Eugen von Württemberg sollte mit der Kavallerie unter General Pahlen die Umgehung machen. Wir waren bis Maisons geritten und kehrten nun zum Zentrum zurück. . . .

Während dieser Anordnungen entstand auf dem linken Flügel bei den Jägern eine Füsilade. Der Feind rückte nämlich mit einer Kolonne von 1 oder 6 Bataillonen den steilen Abhang der Schlucht hinauf trotz des heftigsten Kartätschfeuers in der Flanke und des Kleingewehrfeuers in der Front mit einer Unerschrockenheit, die auffallend war. Sie glaubten wahrscheinlich, daß sie nur vorzugehen brauchten, um uns den Rückzug, wie gewöhnlich bis jetzt, antreten zu lassen. Da sie auch wirklich die Jäger zurückwarfen und man nicht wußte, ob nicht stärkere Massen folgten, die dann das Wittgensteinsche Korps vom Wredeschen gänzlich getrennt haben würden, so waren schnelle Maßregeln nötig. Der König ließ gleich das Pskowsche Kürassier-Regiment und das Kalugasche Infanterie-Regiment, welche die nächsten

waren, herbeiholen. Das Kürassier-Regiment attackierte zuerst mit einem enormen Hurra und warf den Feind hinter die Weinbergsmauern (übereinandergelegte Steine). Diese Attacke machten wir auf dem rechten Flügel des Regiments bis auf 60 Schritt im stärksten Kleingewehrfeuer mit, da ritt aber Thile dem König vor und bat ihn, zurückzureiten. Wir jagten ein Eckchen zurück, aber nicht außer dem Schuß, denn nun flogen die kleinen Kugeln uns immer zwischen und unter die Pferde. Dies war ein unbeschreiblich seliger Moment ..., die ersten kleinen Kugeln gehört zu haben und so recht warm aus dem Laufe. Das Kaluga-Regiment war nun auch herangekommen, und in Gemeinschaft mit den Jägern wurde noch ein Hurra gemacht und dem Feinde dann einige Ladungen nachgeschickt. Dieser zog sich auch in aller Eile zurück.

5. An Prinz Karl von Preußen. Paris, 4. April 1814.

Da wären wir ja in dem großen Sündenpfuhl, wo ich unter solchen Umständen nie herzukommen glaubte. Ich lege hierbei die Journale, in welchen alles viel detaillierter ist, als ich es auch schreiben könnte, um so mehr, da der Kurier in diesem Augenblick abgeht. Die Journale sind sehr wahrhaft. Von dem Jubel bei unserem Einzug macht man sich keinen Begriff; ich verweise auf Graf Schwerin. Besehen haben wir die Hauptsachen schon alle, wie die Tuilerien mit einer orientalischen Pracht, den Louvre, die 1400 Fuß lange wunderschöne Bildergalerie, das Antikenkabinett (Apollo und Laokoon waren verpackt), die Invalidenanstalt, Le Jardin des Plantes mit dem Naturalienkabinett und wilden lebendigen Tieren. Ein Elephant unter anderm. Das Schloß Luxemburg, Petits Augustins, eine Sammlung von Monumenten und Statuen seit dem 14. Jahrhundert, sehr interessant, das Pantheon, das Atelier von Gerard, das Corps

Legislatif, Palais Royal, in welchem alles, alles zu haben ist. Ein andermal mehr, heute keine Zeit mehr. Nein, eine solche Stadt!!! Man kann sich keinen Begriff von machen, Berlin ist mir indes doch lieber. Napoleon Bonaparte ist abgedankt. Welch eine merkwürdige Zeit!!!!!

Empfehlung an alles. Dein treuer Bruder Wilhelm.

Cousin ist immer bei uns; wir wohnen in einem Hause. Die Armee steht gegen Melun, wo Napoleon noch mit einem Teil verirrter Schafe rum irrt. Marmont geht heute mit 18000 Mann über.

Nein, die himmlischen Balletts der großen Oper!!! Göttlich!!! Die Vestalin wurde gegeben –.

6. Lebensgrundsätze. 1815.

1. Ich erkenne es mit dankbarem Herzen für eine große Wohltat, daß mich Gott in einem hohen Stande hat lassen geboren werden, weil ich in demselben mehr Mittel, meinen Geist und mein Herz zu bilden, ein reiches Vermögen, außer mir Gutes zu stiften, besitze. Ich freue mich dieses Standes – nicht um der Auszeichnung willen, die er mir unter den Menschen verleiht, auch nicht um der Genüsse willen, die sich mir in demselben darbieten, sondern um deswillen, daß ich in demselben mehr wirken und leisten kann. Ich freue mich meines Standes in Demut und bin weit entfernt zu glauben, Gott habe mir hier einen Vorzug vor andern geben wollen, auch weit entfernt, mich meines höhern Standes wegen für besser zu halten. Mein fürstlicher Stand soll mich immer an die größern Verpflichtungen, die er mir auflegt, an die größern Anstrengungen, die er von mir fordert, und an die größern Versuchungen, mit denen ich zu kämpfen habe, erinnern.

2. Ich will nie vergessen, daß der Fürst doch auch Mensch – vor Gott nur Mensch ist und mit dem Geringsten im Volke

die Abkunft, die Schwachheit der menschlichen Natur und alle Bedürfnisse derselben gemein hat, daß die Gesetze, welche für andre gelten, auch ihm vorgeschrieben sind, und daß er, wie die andern, einst über sein Verhalten wird gerichtet werden.

3. Mir soll alles heilig sein, was dem Menschen heilig sein muß.

4. Ich will dem Glauben der Christen, für den ich mich in diesen Tagen bekenne, immer getreu bleiben, ihn jederzeit in Ehren halten und mein Herz immer mehr für ihn zu erwärmen suchen.

5. Dem höchsten Wesen bin ich die tiefste Ehrfurcht schuldig. Ich will sie in meinem Herzen bewahren, in meinen Worten und Werken blicken lassen. Mein Fürstenstand soll mich nicht verhindern, demütig zu sein vor meinem Gott.

6. Bei allem Guten, welches mir zuteil wird, will ich dankbar auf Gott blicken, und bei allen Übeln, die mich treffen, will ich mich Gott unterwerfen, fest überzeugt, daß er überall mein Bestes beabsichtige.

7. Auf Gott will ich unerschütterlich vertrauen, ihm alles anheimstellen und mir im Glauben an seine Vorsehung einen getrosten Mut zu erhalten suchen.

8. Meines Gottes will ich überall gedenken, an ihn will ich in allen Angelegenheiten mich wenden, und es soll mir eine süße Pflicht sein, im Gebete mit ihm meine Seele zu vereinigen. Ich weiß, daß ich ohne ihn nichts bin und nichts vermag.

9. Ich will mich vor allem hüten, wodurch ich mich als Mensch erniedrigen würde; als Fürst würde ich mich dadurch noch weit mehr erniedrigen. Vorzüglich will ich die Sünden der Unmäßigkeit und Wollust, welche die tiefste Erniedrigung der menschlichen Natur sind, vermeiden. Nie aber will ich glauben, mich durch eine edle Handlung zu erniedrigen.

10. Ich will an meiner Geistes- und Herzensbildung unablässig arbeiten, damit ich als Mensch und als Fürst einen immer höhern Wert erlange.
11. Ich weiß, was ich als Mensch und als Fürst der wahren Ehre schuldig bin. Nie will ich in Dingen meine Ehre suchen, in denen nur der Wahn sie finden kann.
12. Vor Geiz und Verschwendung will ich mit gleicher Sorgfalt mich hüten.
13. Die Vergnügungen des Lebens will ich in Unschuld genießen und mich durch den Genuß derselben stärken zu des Lebens Pflichten, nie aber diesen Genuß mir zu einer wichtigen Angelegenheit machen oder als ein fürstliches Vorrecht ansehen.
14. Ich will mich bemühen, immer heitern Geistes zu sein und alles, was die Seele verdüstern könnte, von mir zu entfernen.
15. Meine Kräfte gehören der Welt, dem Vaterlande. Ich will daher unablässig in dem mir angewiesenen Kreise tätig sein, meine Zeit auf das beste anwenden und so viel Gutes stiften, als in meinem Vermögen steht.
16. Ich will ein aufrichtiges und herzliches Wohlwollen gegen alle Menschen, auch gegen die Geringsten – denn sie sind alle meine Brüder – bei mir erhalten und beleben.
17. Mein Herz soll frei bleiben von Neid, Haß und Erbitterung.
18. Ich will keinem Menschen unrecht tun, keinem hart sein, keinen kränken oder demütigen und wo ich darin fehlen sollte, es eingestehen und auf alle Weise wieder gut zu machen suchen.
19. Ich will mich meiner fürstlichen Würde gegen niemand überheben, niemand durch mein fürstliches Ansehen drücken und, wo ich von andern etwas fordern muß, mich dabei herablassend und freundlich zeigen und ihnen die Erfüllung ihrer Pflicht, soviel ich kann, zu erleichtern suchen.

20. Überhaupt will ich mich bemühen, durch Gefälligkeit, Dienstfertigkeit und Freundlichkeit alle Herzen zu gewinnen. Ich achte es viel höher, geliebt zu sein, als gefürchtet zu werden oder bloß ein fürstliches Ansehen zu haben.

21. Nie will ich mich an denen rächen, die mich beleidigen, sondern ihnen von Herzen vergeben, auch nie meinen Einfluß benutzen, jemand zu schaden.

22. Doch will ich, meiner Pflicht gemäß, alles aufbieten, daß das Werk der Heuchelei und Bosheit zerstört, das Schlechte und Schändliche der Verachtung preisgegeben und das Verbrechen zur verdienten Strafe gezogen werde; davon darf mich kein Mitleiden zurückhalten. Aber ich will wohl zusehen, daß ich nicht den Unschuldigen verurteile, es soll mir vielmehr ein teures Geschäft sein, die Unschuld zu verteidigen.

23. Jeder, der in meine Nähe kommt, soll von mir Gutes empfangen, jedem will ich das Erfreuliche erweisen, was ich ihm zu erweisen imstande bin.

24. Ich will das Verdienst aufmuntern und belohnen – und besonders das bescheidene und verborgene an das Licht ziehen.

25. Gegen die Bedürftigen will ich wohltätig sein in dem reichen Maße, worin Gott mir gewährt hat; ich will mich darin von keinem, der weniger besitzt, übertreffen lassen.

26. Den Unglücklichen, die meinen Beistand suchen oder von denen ich sonst erfahre, vornehmlich Witwen, Waisen, Bejahrten, Männern, die dem Staate treu gedient und ihren in Armut Zurückgelassenen will ich Helfer und Fürsprecher sein, wie ich es vermag.

27. Nie will ich des Guten vergessen, das mir von Menschen ist erwiesen worden. Mein ganzes Leben sollen mir die wert bleiben, die sich um mich verdient gemacht haben.

28. Für den König, meinen Vater, hege ich eine ehrfurchts-

volle und zärtliche Liebe. Ihm zur Freude zu leben, will ich mich auf das angelegentlichste bemühen. Seinen Befehlen leiste ich den pünktlichsten Gehorsam. Den Gesetzen und der Verfassung des Staates unterwerfe ich mich in allen Stücken.

29. Die Tugenden der Königin, meiner vollendeten Mutter, sollen mir unvergeßlich sein, und das Andenken der Verklärten soll bei mir stets in einem gerührten und dankbaren Herzen wohnen.

30. Meinen Geschwistern gelobe ich zärtliche Liebe und allen Mitgliedern der Familie, welcher ich angehöre, eine treue Ergebenheit.

31. Den Pflichten des Dienstes will ich mit großer Pünktlichkeit nachkommen und meine Untergebenen zwar mit Ernst zu ihrer Schuldigkeit anhalten, aber ihnen auch mit freundlicher Güte begegnen.

32. Ich will unablässig an der Verbesserung meines Herzens und Lebens arbeiten.

33. Jeden Tag will ich mit dem Andenken an Gott und meine Pflichten beginnen und jeden Abend mich über die Anwendung des verflossenen Tages sorgfältig prüfen.

34. Ich will mit großer Vorsicht auf mich selbst achten, daß ich nicht fehle.

35. Ich will mich in keine Verbindung einlassen, die ich nicht für eine unschuldige und würdige erkannt habe.

36. Verderbte Menschen und Schmeichler will ich entschlossen von mir weisen. Die Besten, die Geradesten, die Aufrichtigsten sollen mir die liebsten sein. Die will ich für meine wahren Freunde halten, die mir die Wahrheit sagen, wo sie mir mißfallen könnte.

37. Jeder Versuchung zum Bösen will ich kräftigen Widerstand leisten und Gott bitten, daß er mich stärke.

Recht böse bin ich auf euch alle, den kein Mensch schreibt mir; wenn ich es auch nicht so viel gethan habe, so wißt ihr den Grund; – Fatiguen u. aufgefangene Couriere. Heute sind viele Briefe vom 24 angekommen; hattet ihr damals meine Geschenke noch nicht? Jetzt schreib ich mit jedem Courier, ohne von euch auch nur eine Zeile seit langer Zeit zu haben.

Ich schreibe Dir aus meinem Bett, denn ich bin zur Veränderung wieder unwohl. Ich war vorgestern ausgegangen, hatte mich zu sehr angegriffen und bekam gestern einen Rückfall, der mich den ganzen [Tag] im Bett hielt, jetzt ist es 11 Uhr, gegen Mittag hoffe ich aufzustehen. Wegen morgen den 3ten will mir Winkel keine tröstlichen Aussichten geben, er meint ich würde nicht ausgehen können, überdem will Papa glaube ich nicht hierbleiben, sehr unangenehm für mich.

Neulich schrieb ich Dir von den abgeänderten Knöpf-Beinkleidern; sie haben noch eine Veränderung erlitten, die neuen nämlich sollen die Farbe wie die der Gemeinen haben und wie die russischen besetzt sein, also ein Vorstoß in der Mitte; doch die Streifen nicht zu breit.

Brause kommt eben vom König, der einen Brief von Charlotte erhalten hat und abermals klagt daß ich nicht schreibe; ich sehe mich aber gerechtfertigt durch meinen 10 Seiten langen Brief vom 14–17 und die Geschenke. Fritz ist auch etwas unwohl, er gehet aber aus, ist jetzt zur Parole. Morgen früh versammelt sich das ganze Garde Corps auf dem Champs de Mars, en parade, zum Gebet. Schreibe mir doch, wie ihr den morgenden Tag feiern werdet.

Die Groß Fürsten haben mir Aufgetragen Dir und allen recht viele Empfehlungen zu machen. Sie denken mit vielem Vergnügen noch immer an Berlin. Wir sehen uns alle Tage u. sie werden mir imer lieber; ich mache jetzt zwischen keinem

mehr einen Unterschied, denn Michael den ich sonst wegen seines lustigen Humeurs vorzog, ist stiller geworden, und dagegen Nicola munterer. Wir waren neulich mit Nicola (er fuhr Fritz u. mich in seinem Cabriolet und machten rasenden Lärm beim Platz rufen) in einem Laden le petit Dukerque, wo ganz charmante Sache zu haben sind, fast alles Englisch. Im habe manches gekauft. Die Gß. Fst. kaufen sehr viel; Nicola hat schon für 50,000 Frs gekauft; er hat aber auch zu dieser Campagne extra 60,000 Frs geschenkt bekommen außer seinen gewöhnlichen 120,000 Frs. So viel kann ich [nicht] daran wenden. Nun lebe wohl. Viele Empfehlungen an H. Menu und die Lehrer.

Dein treuer Bruder Wilhelm.

8. An General O. v. Natzmer. Berlin, 9. März 1822.

Welch eignes Zusammentreffen! Ich hatte mir beim Erwachen fest vorgenommen, Ihnen zu schreiben, um das von meiner Seite so lange beobachtete Stillschweigen zu brechen, und als ich in mein Arbeitszimmer trat, finde ich einen Brief von Ihnen vor; ich öffnete denselben zitternd, denn ich erwartete mit Recht einige Vorwürfe, daß ich Ihnen noch nicht auf Ihren Brief vom Dezember geantwortet hatte; doch ich fand nichts von dem, sondern immer nur Ihre alte Freundschaft, die mir so wert ist. Erhalten Sie mir dieselbe stets und vorzüglich an diesem für mein ganzes Leben vielleicht entscheidendsten und unglücklichsten Tage! Wenige Worte werden Ihnen alles erklären. Es betrifft nochmals meine Herzensangelegenheit, der Sie im vergangenen Jahre schon so viel Teilnahme schenkten! Sie wissen, daß ich mir vornahm, mich zurückzuziehen, aus eigener Wahl, ohne höhern Befehl. Ich fing dieses Benehmen an – sah aber bald ein, daß es nur eine Komödie war, die ich der Welt gab, denn mein Herz schlug von Tag zu Tag heftiger, und ist dies nicht

begreiflich? – So schied ich diesen Sommer mit stärkeren Gefühlen als jemals! Meine Traurigkeit, die darauf vorherrschend in mir ward, konnte während der folgenden sechs Monate nicht unbemerkt bleiben. Als Radziwills aus Posen erwartet wurden, schickte der König zu mir und ließ mich fragen, wie es mit mir stände? Ich mußte frei gestehen, daß meine Neigung nur zugenommen habe, und daß ich trotz Vorsatz und Kampf nicht die Kraft in mir fühle, freiwillig zu entsagen, wo ich so tief fühlte und verstanden wurde! Der König versprach darauf, alles anzuwenden, was sich tun ließe, um zu sehen, ob es möglich sei, eine Verbindung zu schließen, die er wünschte, da er Prinzeß Elise sehr gut ist. Dies Versprechen fiel in die Tage der Ankunft Radziwills! Sie können denken, mit welchen Hoffnungen ich nun in die Zukunft sah und einige recht glückliche Wochen verlebte! Bis nun die schweren Tage folgten!
Die Recherchen des Hausministeriums in den Archiven hatten ergeben, daß nach allen Stipulationen und Rechtsgründen die Verbindung unstandesgemäß sein würde; – das hatte ich nun gar nicht erwartet, sondern immer nur an die Unannehmlichkeiten der Familienbande gedacht, in welche ich treten würde. Der König forderte nun also eine vollständige Entsagung meiner Aussichten und Wünsche!! – In welchem Kampfe ich während einiger Tage war, ehe ich zur Entscheidung kam, kann kein Mensch sich denken; öfters hatte ich mir die böse Katastrophe vorgestellt; daß sie mich aber so überwältigen würde, ahnte ich kaum! – Alle, die ich um Rat fragte, konnten mir jetzt keinen andern mehr geben, als dem Verlangen des Königs zu willfahren; dies sagte Prinzeß Wilhelm, Brause und der Großherzog von Strelitz, den ich sehr schätzen gelernt habe. – So entschloß ich mich also, zum Könige zu gehen; er sprach herzlich und gerührt mit mir, mußte aber bei seiner Forderung bleiben; – es war am 17. Februar.

So stand ich also von dem Tage an wieder verwaist in der Welt, die mir öde und freudenleer vorkommt. Was Teilnahme und Mitgefühl guter, teurer Menschen in solchem Augenblicke sagt, habe ich in vollem Maße empfunden; aber Trost gewährt das alles nicht, ja es macht das gebrachte Opfer nur noch schwerer, da alles nur eine Stimme für den für mich verlorenen Gegenstand hat!! – –

Ich sollte reisen. Eine Einladung von Prinz Friedrich nach Düsseldorf langte vorige Woche an; es war mir anheimgestellt, abzugehen, wann ich wollte. Noch war immer nichts der Familie Radziwill über das Vorgefallene mitgeteilt, und man mußte sich scheuen, es zu tun, da Prinzeß Luise so sehr leidend diesen Winter ist. Meine Reise in dieser Jahreszeit mußte natürlich Eklat machen, und den wünschte ich zu vermeiden und glaubte und hoffte auch, die Kraft zu haben, in Prinzeß Elisens Nähe den Kampf zu bestehen, so lange sie von nichts wußte; ja sie ahnte von nichts; im Gegenteil, je ernster und verstimmter sie mich sah, je freundlicher war sie gegen mich! Was mußte ich also nicht leiden.

Indessen vorgestern hat Prinzeß Luise selbst die Enträtselung herbeigeführt, denn sie schrieb mir einen so unendlich herzlichen, liebevollen Brief, in welchem sie mich aufforderte, ihr Vertrauen und Mitteilung in dem an mir bemerkten Kummer zu schenken, denn sie ahne ihn zum Teil und wußte schon manches!! was mich schmerzte. – Wie vom Schlage war ich gerührt. Gerade am selbigen Tage hatte ich an Wilhelm Radziwill geschrieben; zufolge einiger ihm entfallener Worte, welche ich auf diese Angelegenheit bezog, und mit Zustimmung der Vertrauten meines Herzeleids hatte ich ihm alles gestanden. Er kam darauf zu mir. Und gestern habe ich ihm die Antwort an seine Mutter übergeben! So bin ich heute nun in banger Erwartung, ob sie mich noch sprechen wollen oder nicht. Auf alle Fälle reise ich, hoffentlich schon

Montag, nach Düsseldorf und dem Haag, bis Mitte April vorläufig. Nach der Rückkehr wird sich dann, nach überwundenem ersten Schmerz, ein neues Verhältnis zwischen uns bilden. Denken Sie sich in meine Lage, und Sie werden sich vorstellen, in welcher Stimmung und in welchem Zustande ich bin.

Nun auch genug davon. Auf Ihre Freundschaft rechnend, konnte ich diese lange Leidensgeschichte aufsetzen. Kummer macht selbstsüchtig, dann spricht man sich gern ganz aus, denkend, andere fühlen mit!!

Leicht werden Sie sich nach dem Gelesenen überzeugen, daß ich wohl nicht daran denke, die zweite Prinzeß von Bayern ihrer vielleicht herkommenden älteren Schwester nachzuführen. Die kronprinzliche Angelegenheit ist noch immer nicht so weit, als die Gerüchte sie ausschreien; doch ist die Möglichkeit noch vorhanden, indem man keineswegs gebrochen hat, sondern die Unterhandlungen wegen der Religion noch fortwährend gehen.

Halb 7 Uhr abends. Ich eile zum Schluß, denn ich soll zu Prinzeß Luise kommen!! Ich bin nicht mehr imstande, ein Wort zu schreiben. Also Lebewohl! Ihr Freund Wilhelm.

9. An General O. v. Natzmer. Berlin, 31. März 1824.

Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank, bester Natzmer, für Ihre beiden lieben Schreiben. Was die äußere Lage unseres Staats betrifft, so muß ich leider ganz Ihrer Ansicht beitreten. Hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhms und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrigbleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert, solchen Resultates halber? Es ist dies eine gewichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage. Sie wissen aus unseren Unterredungen,

wem ich die Schuld unseres Rückschritts in allen Staatsverhältnissen beilegen muß; geholfen haben freilich viele, aber wenn die Gehilfen kräftige Naturen und Geister waren, so würden sie es nicht dahin haben kommen lassen.
Die einzige Aufstellung jener Frage verpflichtet auf das heiligste, einem Volk von elf Millionen den Platz zu erhalten und zu vergewissern, den es durch Aufopferungen erlangte, die weder früher noch später gesehen wurden, noch werden gesehen werden. Aber hieran will man nicht mehr denken; im Gegenteil, man muß hören, daß es lächerlich sei, mit elf Millionen eine Rolle zwischen Nationen von 40 Millionen spielen zu wollen! Man vergißt aber dabei, daß drei Millionen jene Ereignisse begründeten und sich im Verbande mit einer sehr geschwächten alliierten Armee dem lang gefürchteten Koloß entgegenstellten. Und was damals bei drei Millionen der Enthusiasmus tat, muß jetzt bei elf Millionen die geweckte und beförderte Intelligenz tun.
Wenn man das lächerlich findet, schwindet selbst den Tüchtigsten und Kühnsten der Mut! Auch Alliierte wird in bedrängten Fällen eine Nation nicht mehr finden, die freiwillig ihren Rang aufgibt und daher den Auswärtigen ein Rival weniger ist, für dessen Wiederaufleben keine Partei Interesse hat und fühlt.
Und wenn man nichts mehr sein will, warum noch etwas scheinen wollen und deshalb mit ungeheuren Kosten eine Armee halten?

2. April 1824.

Erst heute las ich diese Zeilen über und sehe, daß Folianten folgen müßten, wollte ich alles aufführen, was aus dieser unserer Lage hervorgeht und was für Betrachtungen darüber anzustellen sind. Erfreulich sind sie nicht und machen böses Blut; ich schließe daher diesmal.

10. An König Friedrich Wilhelm III. Berlin, 8. Januar 1825.

Bei Überreichung des anliegenden Gutachtens über den Vorschlag, wie in der Folge beim Avancement zum Stabsoffizier zu verfahren sei, wage ich es, diese Zeilen mitzusenden, die mir einzig und allein das wahre Beste der Armee und danach einst das Wohl des Vaterlandes abdringen. Bei den Beratungen über den vorliegenden wichtigen Gegenstand ist vor allem ein Punkt in die Augen springend gewesen und von allen Mitgliedern der Kommission einstimmig als Hemmnis für die Möglichkeit der Erlangung des vorgesteckten Ziels anerkannt worden. Doch durfte die Kommission dieses Punktes in ihrem Bericht ehrfurchtshalber nicht erwähnen. Dagegen darf ich auf Ihre Gnade und Nachsicht rechnen, wenn ich das Betreffende jetzt erwähne.

Alle Vorschriften an die Vorgesetzten, wie sie ihre Untergebenen zu beurteilen haben, um daraus deren Qualifikation für höhere Posten abzuleiten, werden unzureichend sein, sobald diese Vorgesetzten selbst nicht ihrer ganzen Individualität nach ausgezeichnet dastehen und zu der bestimmten Voraussetzung Anlaß geben, daß man auf ihr Urteil fest bauen könne. Es ist daher ein Haupterfordernis, daß die Posten in der Armee vom Regimentskommandeur (inklusive desselben) aufwärts nur mit in allen Beziehungen ausgezeichneten Offizieren besetzt sind. Unsere Armee kann sich in dieser Beziehung gewiß nur glücklich schätzen, wenn sie sieht, wie dieses Erfordernis stets bei Besetzungen berücksichtigt worden ist. Aber dennoch sind viele höhere Offiziere in der Armee angestellt, die nur mittelmäßig, um nicht mehr zu sagen, ihre Posten ausfüllen. Es war bisher schwer, selbst hart, Leute der Art zu entlassen, weil man sie bei den kleinen Pensionssätzen einer traurigen Zukunft preisgeben mußte.

Jetzt aber, wo die Pensionen eine solche Höhe erreichen werden, daß man sich nicht mehr zu scheuen braucht, einen sonst

gut gedienten Offizier, der sich aber nicht im Stande befindet, einen hohen Wirkungskreis auszufüllen, in den Ruhestand zu versetzen, da scheint mir der Augenblick gekommen zu sein, zum Wohl und Besten der Armee die Entlassungen eintreten zu lassen, die als erforderlich wirklich in die Augen springen. Ein günstigerer Augenblick kann sobald nicht wieder eintreten, denn gewiß ist es, daß viele einer solchen Entlassung unter den zu erwartenden Umständen der Pensionserhöhungen sich gewärtigen. Bleibt dagegen so mancher auf seinem hohen Posten, der nicht die völlige Qualifikation zu demselben hat, so ist er auch unstreitig das Hemmnis der Beförderung seiner Untergebenen, indem er das Talent nicht zu erkennen und zu beurteilen vermag. Jeden, der mit ihm auf gleicher Bildungsstufe steht, wird er natürlich für qualifiziert zur Beförderung finden, und so wird es klar, daß man unter solchen Umständen niemals den Zweck erreichen wird, der vorgesteckt ist, nämlich nur wirklich ganz geeignete Individuen höher zu poussieren. Denn der Beurteilende vermag nicht richtig zu urteilen.

Ich muß untertänigst um Verzeihung bitten, wenn ich unaufgefordert diesen Schritt tue. Aber das Wohl der Armee liegt mir zu sehr am Herzen, und der Augenblick, derselben einen Dienst zu leisten, scheint mir zu günstig, als daß ich es nicht hätte wagen sollen, das Gesagte auszusprechen. Der jetzige Augenblick genutzt – und die Armee wird sehen, welche Art von Offizieren ihr vorleuchten sollen.

Ihr gehorsamer Sohn Wilhelm.

11. An König Friedrich Wilhelm III. 23. Juni 1826.

Sie haben, teuerster Vater, die Entscheidung für mein Schicksal gegeben, die ich ahnen mußte, aber mich zu ahnen scheute, solange ein Strahl von Hoffnung mir noch blieb.

Lesen Sie in meinem Herzen, um in demselben den unaus-

sprechlichen Dank zu finden, der es belebt für alle die unzähligen Beweise Ihrer Gnade, Liebe und Langmut, die Sie mir in diesen bewegten fünf Jahren gaben, vor allem aber noch für den unbeschreiblich tief mich ergriffen habenden Brief vom gestrigen Tage. Welchen Eindruck er mir gemacht, bin ich nie imstande zu schildern. Ihre väterliche Liebe, Gnade und Milde, Ihre liebevolle Teilnahme bei dem schweren Geschick, das mich trifft, das Vorhalten meiner Pflichten in meinem Stande, die Anerkennung der Würdigkeit des Gegenstandes, dem ich meine Neigung geschenkt habe, die Erinnerung an alle Versuche, welche Ihre Liebe zu Ihren Kindern Sie unternehmen ließ, um die Wünsche meines Herzens zu erfüllen – alles, alles dies in den Zeilen zu finden, die mein Schicksal entschieden, mischte in mein erschüttertes Herz so viel Trost und so unaussprechliches Dankgefühl, daß ich nur durch die kindlichste Liebe und durch mein ganzes Verhalten in meinem künftigen Leben imstande sein werde, Ihnen, teuerster Vater, meine wahren Gesinnungen zu bestätigen. Ich werde Ihr Vertrauen rechtfertigen und durch Bekämpfung meines tiefen Schmerzes und durch Standhaftigkeit in dem Unabänderlichen diese schwere Prüfung bestehen. Gottes Beistand werde ich anrufen. Er verließ mich in so vielen schmerzlichen Augenblicken meines Lebens nicht, er wird mich auch jetzt nicht verlassen. So schließe ich diese wichtigen Zeilen zwar mit zerrissenem Herzen, aber mit einem Herzen, das Ihnen, teuerster Vater, inniger denn je anhängt! Denn Ihre väterliche Liebe war nie größer als in der Art der schweren Entscheidung!

12. An General O. v. Natzmer. Teplitz, 29. Juli 1826.

Sie werden bereits durch Brause in Kenntnis gesetzt worden sein, bester Natzmer, welch ein hartes Los mich nun endlich doch getroffen hat! Es gehört eine seltsame Kraft dazu,

seine teuersten, ja die höchsten Wünsche aufopfern zu müssen! Aber in welchem Grade muß sich bei mir diese Kraft steigern im Aufgeben einer Verbindung, die von allen Seiten der zunächst Interessierten gewünscht ward, – und die nur äußere Verhältnisse lösen, – und in welcher ich nun so viele, viele Jahre lang mein ganzes Glück träumte und seit den letzten vier Jahren in unausgesetzter Spannung erhalten ward, und sogar [mich] bis völlig ans ersehnte Ziel auch gelangt sah! Ich darf es wohl aussprechen, daß mir durch menschliche Verwicklung in dieser langen Zeit arg mitgespielt worden ist; doch deswegen kommt kein Groll gegen dieselben in mein Herz. Gott bedient sich der Menschen auf Erden als seiner Werkzeuge, durch die er unsere Schicksale leiten läßt nach seinem Willen. Da ist also auch nur frommes und geduldiges Unterwerfen unter höhere Beschlüsse angebracht; der, der so schwer prüft, gibt uns auch die Wege des Trostes und der Stärke an, die wir in solchen Zeiten einzuschlagen haben! Fest werde ich daran halten, aber das Herz ist tief erschüttert, und der Menschen Trost und Teilnahme tut ihm zwar unendlich wohl, aber diese vermögen es nicht zu heilen! Im Innern die Ruhe herzustellen, die demselben nötig ist, um nach gewohnter Art tätig zu sein und durch Beruf und Pflichterfüllung sich entschädigt oder zufriedener zu sehen, dazu bedarf es der Zeit!

In den ersten Tagen war ich zerschmettert, – jetzt nagt an mir, trotz allem Kampf dagegen ein anderer Schmerz, der der Leere in mir, der entsetzlich ist. Der Kontrast ist zu arg zwischen den Gefühlen, die mich sonst bei dem Gedanken an den nun verlorenen Gegenstand durchglühten, und denen, die mich jetzt bei demselben erstarren, da alles hoffnungslos geworden ist! Der König war bei der schweren Entscheidung unendlich gnädig und liebevoll für mich – und daß ich ihm so gegenüberstehe, nach solchen Ereignissen, halte ich für das größte Glück.

Ich bin in dieser ganzen Angelegenheit nie blind gewesen; ich habe mir nie verheimlicht, wie ungewöhnlich diese gewünschte Verbindung wäre, und wieviel sich gegen dieselbe sagen ließ. Da ich sie aber nie für unmöglich hielt und ich hierin meine Ansicht auch nicht ändern kann, wenngleich mich dieses niemals verleiten wird, irgendeine Hoffnung ferner zu nähren, so konnte ich sie auch nicht so leichten Kaufes abgeben – bei dem Gedanken an das Wesen, welches der Gegenstand des Kampfes war! Immer habe ich Entscheidung verlangt, und immer kam man, meine Ansichten zu befragen. Diese sind nun stets diametralement denen entgegengesetzt gewesen, die man mir mitteilte. Jetzt nun erfolgte das Verlangte, – eine Entscheidung ohne Befragen, – und jetzt mußte sie mich um so mehr überraschen und erschüttern, da ich gar nicht ahnte, daß sie erfolgen würde, und noch, als ich die Papiere öffnete, glaubte, den alten Gang befolgt zu sehen. Versteinert stand ich da, als ich die endliche Entscheidung gelesen hatte.

Ihrer Teilnahme war ich stets versichert: in diesem schweren Augenblick bin ich es mehr denn jemals! Wir sehen uns diesen Herbst, dann mündlich mehr. Wie hätte ich gewünscht, Sie hier zu finden. Der hiesige Aufenthalt, so kontrastierend mit meiner Stimmung, ist mir durch seine Zerstreuungen doch wohltätig gewesen, so schwer auch mancher Augenblick war. Ich ängstige mich ordentlich für das Einsame in meinem Berliner Zimmer, und doch sehne ich mich nach Hause. Also auf Wiedersehen! Ihrer Frau tausend Schönes.

Stets Ihr treuer Freund Wilhelm.

13. An Major v. Willisen. Berlin, 23. März 1827.

Sie fragen in Ihrem gütigen Brief, nachdem Sie Ihre Wünsche zum 22. mir aussprachen: sind das Geburtstagsbetrachtungen? Hätten Sie nicht gleich selbst die richtigste

Antwort darauf gegeben, so würde ich sie Ihnen hier nur ebenso geben können. Ernst und wichtig ist jeder Lebensabschnitt; daher darf und soll man ihn nicht anders als in ernster Stimmung – mit Betrachtung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – betreten. Daher sprach denn auch Ihre Art der Wunschdarbringung mir vornehmlich an – und das wußten Sie auch im voraus –, der Sie ja gerade auch der Zeit gedenken, wo Sie bei mir seiend, mich jung und alternd, in wenig Monaten sahen. Jene ernste, schmerzliche Epoche meines Lebens segne ich fortwährend – jetzt – da sie mir den Ernst des Lebens stählte, mir so vieles gelingen ließ, was ohnedem wohl nicht gelungen wäre, und endlich und hauptsächlich mich für jenes Leben reifte! Haben Sie daher tausend Dank für Ihre Zeilen, und möge der Himmel Ihnen gewähren, was Sie mir wünschen! Ihr WPP.

14. An Major v. Willisen. Im Neuen Palais, 15. November 1831.

Haben Sie herzlichen Dank, bester Willisen, für Ihre treuen Wünsche bei dem freudigen Ereignis, welches wir dem Himmel verdanken! Der 18. Oktober, die Geburt in diesem Schloß, in einer so bewegten Zeit, sind allerdings Zusammentreffen, die von guter Vorbedeutung für den Kleinen sein können, aber freilich auch die Ansprüche an die Eltern, für dies Kind zu wachen, verdoppeln. Ich begreife daher sehr wohl, daß Sie bei dieser Gelegenheit wieder in Preußens Zukunft schwelgten, und physische Größe sich denken, wo ich immer nur noch moralische Eroberungen wünsche. Freilich hat diese letztere seit einem Jahr verloren, da Preußen dem süddeutschen Geschrei nicht nachkräht. So war es gerade von 1815 bis 1826. Und so wirds wieder kommen; aber unser ruhiger konsequenter Schritt, ohne Sprünge, wird uns bald wieder die Eroberungen zurückführen, die wir momentan einbüßten. Die Adressen der

bayrischen Städte, in Opposition mit dem Geschrei der sogenannten Repräsentanten beweisen, was von Repräsentation zu halten ist! Enfin Vous voyez que je ne change point, aber dennoch überzeugt bin, daß wir all den Kram einst erleben werden bei uns, aber nicht zum Heil!
Wer weiß, was meinem Kleinen noch bevorsteht! –
Adieu; viel Liebes Ihrer Frau und an W. Radziwill; ich rechne auf Ihre Freundschaft für mich, daß Sie letzteren aufmerksam machen, wenn seine Äußerungen über die ihm verwandte, glücklich wieder unterworfene empörte Nation – vorgefaßt, einseitig, übereilt und ihm schaden könnend sein sollten; ich rechne auf Sie, aber es bleibt unter uns! Denn ihm selbst habe ich sehr ernsthaft darüber geschrieben.

Stets Ihr WPP.

15. An Major v. Willisen. Berlin, 25. Mai 1832.

Kaum weiß ich, wie ich mein Schweigen gegen Sie rechtfertigen soll; aber eines weiß ich, und das ist, daß Sie glauben, daß ich böse auf Sie bin. Und das bin ich nun eben gar nicht. Die Freimütigkeit, mit der Sie zu mir am 1. Januar und 22. März redeten, ist mir sehr lieb gewesen, denn Sie kennen mich in dieser Beziehung; aber dennoch muß mein langes Schweigen Sie mich verkennen machen. Nur in aller Eile will ich daher Ihre Bemerkungen beantworten, denn mit einem Fuß stehe ich fast noch im Bügel und mit dem andern im Wagen zur Inspektionsreise; aber wenn ich heute nicht schreibe, so komme ich gar nicht dazu, da ich nach meiner Rückkehr gleich nach Petersburg gehe.
Die Hauptansicht Ihres ersten Briefes ging dahin, daß ich in neuerer Zeit meine Unbefangenheit im Urteil über politische Verhältnisse und Menschen verloren hätte. Mir scheint es, Sie nennen Befangenheit dasjenige, was mit Ihren Ansichten nicht harmoniert. Daß wir in unsern politischen

Ansichten und Prinzipien im allgemeinen sowohl als für Preußen im besonderen, nicht harmonieren, wissen Sie aus unsern vielfachen Unterredungen hinlänglich; aber ich glaube nicht, daß Sie mich bekehren werden. Demnach nennen Sie also Befangenheit bei mir diejenigen Äußerungen, die ich dem Treiben der revolutionären Partei entgegensetze, indem Sie wünschten, daß ich unbefangen mich diesem Treiben ergeben möchte. Ihre Ansichten, Ihre damaligen Aufsätze sind aber in meinen Augen nur Vorläufer zu einer Katastrophe für unser Vaterland. Sie und alle mit Ihnen Gleichgesinnten – ich muß sie Doktrinärs nennen –, wollen durch die Verbreitung Ihrer Prinzipien das Heil und Wohl des Landes ebensowohl wie der König und ich; aber Ihre Wege, eben weil sie die der doktrinären Partei sind, die sich einen idealen Zustand träumt, nach dem sie unaufhaltsam jagt, dabei übersehend das Terrain, auf dem sie jagt, und überspringend, vernichtend und lädierend was ihr nicht genehm ist – das sind nicht meine Wege. Stillstehen oder gar zurückschreiten kann und darf kein Staat in seinen Institutionen. Aber jagen soll er nicht nach Neuerungen, sondern er soll sie sich ruhig, bedächtig, langsam entwickeln lassen. Ein unvorsichtiges Aufmerksammachen der Menge auf Verhältnisse und Institutionen, die, der Ansicht einer gewissen Partei nach, dem Lande nützlich sein würden, ist meiner innigsten Überzeugung nach das Gefährlichste, was einem Volke geschehen kann. Daß dem Wohlergehen der Menge durch so viel gepriesene Institutionen nicht geholfen wird, beweisen die neuesten Ereignisse auf das augenfälligste; die Schreier dieser Partei erlangen freilich ihr Ziel; sie kommen ans Ruder, erlangen eine traurige Öffentlichkeit und wähnen bei der durch sie herbeigeführten Aufregung und Umstürzung das nach ihrer Ansicht noch bestehend bleiben Sollende erhalten zu können! Welch vermessener Gedanke!

Selbst der in meinen Augen seinen eminenten Eigenschaften nach sehr hoch gestandene Perier vermochte das brausende Meer, was er heraufbeschwor, nicht mehr zu bändigen; er hat Verstand und Leben an diesem Wagestück verloren; 15 Jahre hat er gearbeitet, um seine Ansichten auf den Thron zu setzen. Kaum hatte er gesiegt, so unterlag er schon nach 15 Monaten, die Unmöglichkeit seiner Fiktion einsehend. – Vor solchen Katastrophen mein Vaterland zu schützen, wird stets meine Pflicht und meine Aufgabe sein. Gänzlich unbefangen spreche ich meine Ansichten aus, weil ich nicht gewohnt bin, meine Prinzipien zu verheimlichen. Gleich wie Sie (was der Hauptinhalt Ihres zweiten Briefes ist) sich gedrängt fühlen, das auszusprechen, was Sie anregt und für wahr halten, sogar wissend, daß es nicht gut sein mag, ebenso spreche ich aus, was mich drängt, und was ich für wahr halte. Aber einen Unterschied haben unsere beiderseitigen Äußerungen, nämlich Sie sprechen gegen – ich im Sinne des Königs. Der König hat sein Land glücklich und gerecht seit 35 Jahren regiert; ihm kann man zutrauen, daß er das Rechte auch fernerhin tun wird und seinem Volke die Institutionen gibt, die er für zeitgemäß und beglückend hält. Dies Vertrauen müssen wir alle zum Könige haben. Und gerade darum sollen Unberufene sich es nicht beikommen lassen, die Menge aufzuregen und ungeduldig zu machen, Dinge herbeizurufen, die sie nicht kennt, und deren Unmut anzufachen, wenn das Unverleihbare ihr nicht gewährt wird. Die Pflicht der Untertanen, und namentlich der Angestellten des Königs ist es, in seinem Sinn zu handeln, zu verwalten, zu sprechen; nicht im entgegengesetzten Sinn soll gehandelt werden. Man verstecke sich nicht dahinter, daß die Könige die Wahrheit nur indirekt erfahren könnten; bei uns wird jede Ansicht vom König gehört. Drängt es jemand, seine Prinzipien dem Herrn vorzulegen,

so tue er es direkt, aber nicht auf eine Art, die nur das im Auge hat, die Menge gegen den Souverän einzunehmen. Finden die Prinzipien beim Könige keinen Eingang, so ists nicht Pflicht und Sache des Untertanen, dieserhalb im Unmut nun die Menge aufzuhetzen. Die neumodische Doktrin ists freilich, alles durch die Menge und im letzten Fall durch Rebellion von den Souveränen zu erzwingen. Solche Lehren zu unterdrücken, ist aber die erste Verpflichtung jedes treuen Untertanen, namentlich der Angestellten und unter diesen wieder die des Soldaten. Wo ein anderer Sinn lebt, da ist die Rebellion im Werden, und wehe denen, die da wähnen, sie später bändigen zu wollen!!! –

Frei, offen, wahr und unbefangen habe ich Ihnen meine Meinung hier gesagt. Möchten Sie so handeln, wie ichs wünsche. Sie haben sich hier voriges Jahr geschadet, Sie haben sich noch mehr durch Ihre Urteile über Polen jetzt geschadet; jetzt sind Sie versetzt zu der Nation, der Sie das Wort redeten. Lernen Sie sie kennen und urteilen Sie dann ... Seien Sie wahr und offen, aber so, wie Sie es vor Gott und Ihrem Könige, also vor Ihrem Gewissen rechtfertigen können; dies muß jedes Ihrer Worte leiden.

Sie wissen, welchen Teil ich an Ihrer Existenz nehme; daher schreibe ich Ihnen so; bei Ihnen steht es, sich Ihre Zukunft zu bilden.

Stets Ihr WPP.

16. An General O. v. Natzmer. 1. April 1833.

Ich spreche mich nicht gern über die Politik jetzt aus, weil es eine Klippe für mich ist, indem ich unmöglich den Gang loben kann, den sie seit drei Jahren geht. Vorderhand ist jede Aussicht zum Kriege geschwunden – und, wie ich glaube, nicht zum Heile der Menschheit! Das erscheint wie ein Paradoxon und ist doch keins. Denn die Irrlehren, die man

durch Erhaltung des Friedens in den Augen der Menge sanktioniert, dürften leichter verderblich für die Völker werden, als ein Krieg zur Bekämpfung derselben. Und doch wird es zum Kampf kommen; je länger es aber hinausgeschoben wird, je mehr konsolidiert sich die Streitkraft des Gegners; das muß er ja gerade wünschen, daß man ihm dazu Zeit läßt. So tut also Europa geradezu dasjenige, was dessen allbekannter Gegner sehnlichst wünscht. Gestehen Sie, daß das eine neue Art ist, sich auf einen Krieg zu präparieren. Natürlich wäre es unsinnig, jetzt einen Aggressivkrieg zu beginnen, da 1833 kein Grund dazu vorhanden ist, nachdem man ihn im Juli 1830 nicht fand, folglich wird Frankreich auch ruhig sein und erst den Kriegsgrund seinerseits aufsuchen, wenn es ganz Herr seiner Streitkräfte sein wird. Der Kampf wird dann um so blutiger werden, – die Irrlehren werden um so ausgebreiteter sein. Und siegen wir auch, das heißt Europa, gegen die Revolution – was wird der Erfolg sein in den nächsten Friedensjahren? Wohl kein besserer als der nach zweimaligem Einzuge in Paris, denn trotz dieses zweimaligen Einzugs, trotz der Bekämpfung der Revolution in den neunziger Jahren, trotz deren zweifacher Besiegung 1814 und 1815 waren es gerade die darauf folgenden 15 Friedensjahre von 1815–1830, welche die Ausbreitung der Revolution in Deutschland bewirkten. Was ist also zu erwarten selbst nach einem dritten Einzug in Paris, da man zuvor nicht, wie in den neunziger Jahren, die Revolution zu bekämpfen suchte, sondern sie anerkannte? Diese beispiellose Anerkennung ist unauslöschlich aus der Geschichte, und die jetzt lebenden Souveräne haben wohl nicht daran gedacht, welch eine Zukunft sie ihren Nachfolgern durch dieses aufgestellte Beispiel bereiten! Dies aufgestellte Beispiel wird für die Revolutionspartei ein Panier werden, das gezeigt, ohne sonderliche Anstrengung die

Massen in Bewegung setzen wird. Dies sind meine Befürchtungen für die Zukunft; rosig sind sie nicht.

17. An Major v. Willisen. Marmorpalais, 3. Juli 1833.

.. Diese Vorsicht ist es freilich, die von vielen in jetziger Zeit als ein Geisteszwang verschrien ist. Warum klagen denn aber nur diejenigen über einen solchen Geisteszwang, die die Regierung fortreißen möchten zu Neuerungen, während andere, die in anderer Beziehung auch nicht die Intention des Königs trafen, von keinem Geisteszwang reden, sondern es ganz natürlich finden, sich dem Ausspruch, dem Willen, der Ansicht ihres Souveräns zu unterwerfen und nun vorsichtig in ihren Äußerungen sind. Zu dieser letzteren Kategorie gehöre ich unter anderm in Beziehung auf die damalige Pazifikations-Politik des Königs nach den glorieusen Tagen. Freilich habe ich noch das für mich, daß, als ich mich aussprach, an der französischen Grenze war und nichts von des Königs Ansicht ahnen konnte. Als ich sie aber kennen lernte und bis heute sehe ich aber in meiner Stellung keinen Geisteszwang, sondern nur jenen angeführten Gehorsam, den man seinem Herrn schuldig ist. – Aber gerade darum feinde ich jene an, die es nicht so machen, sondern die Frondeurs machen, und sich dazu berufen fühlen trotz dem Willen und sehr wohl gekannten Willen des Souveräns, ihn womöglich in die Notwendigkeit zu versetzen, ihren Ansichten sich zu ergeben, also zu etwas zu zwingen; läßt er sich aber nicht zwingen und bleibt bei seiner ihm wohltätiger und vernünftiger scheinenden Meinung und Ansicht, so sind es nun die Frondeurs, die die öffentliche Stimmung gegen den Souverän einzunehmen suchen und so also einen Zwiespalt zwischen dem Herrn und den Untertanen herbeiführen, vielleicht ohne es zu wollen; – viele wollen es aber sogar: das sind freilich purement Révolutionairs.

Somit habe ich Ihnen abermals das Bild derer aufgestellt, die ich in allen Ländern fürchte; die letzteren am meisten, die ersteren nicht minder, weil sie den andern in die Hände spielen und oft unbewußt, vielleicht mit der besten Absicht, nur schaden.

Sie sagen sich von jeglicher Teilnahme an dergleichen Tendenz los und versichern, die Ihrige sei dieselbige, die auch ich hätte, die des langsamen, zeitgemäßen Fortschreitens, so daß, da wir über Zweck und Aufgabe einverstanden seien, die Differenz nur in der Lösung bestehen könne. Das gebe ich vollkommen zu, da wir über die Art der Lösung wohl eben nicht einverstanden sind.

Seitdem wir uns vielfach über diese Gegenstände besprochen, sind über zwei Jahre verflossen; meine damalige Ansicht: daß bei uns nichts geschehen dürfe, um dem sogenannten Zeitgeist zu huldigen, bevor nicht der Krieg gegen Frankreich, d. h. gegen die Revolution, siegreich ausgekämpft sei, – ist auch noch heute meine Ansicht, im Fall dieser gewünschte Krieg vor der Tür wäre. Da es aber scheint, daß es zu einem solchen Kriege so bald nicht kommen wird, es sogar möglich ist, daß viele von dem enthusiastischen Schwindel bei uns und überhaupt außerhalb Frankreich zurückkommen werden ohne Krieg, welchen Schwindel die Juliwoche gehörig erregt hatte, so stellt sich nun bereits die Frage anders. Denn ebensogut wie vor der Juli-Revolution vielfach die sogenannten Fortschritte in der Administration besprochen wurden und der Ausführung näherten, ebensogut kann und muß man sie auch nach dieser Epoche betreiben; – aber ganz eine andere Frage war es, ob man sie infolge jener Epoche vorzugsweise betreiben sollte oder wohl gar die Gemüter der Menge dahin stimmen sollte, damit man scheinbar genötigt ward, zu neuern. Gegen diese Ansicht war ich auf das allerbestimmteste, und darin, glaube ich, weichen wir hauptsäch-

lich voneinander ab. Jede Veränderung in jener Richtung in den ersten Jahren nach [der] Juli-Revolte wäre, meiner Ansicht nach, ein Fehlgriff gewesen; denn sie hätte teils den Schein der Erpressung gehabt, teils den, die Masse durch irgend etwas beschwichtigen zu wollen, also aus Angst und Mißtrauen diktiert. Wenn, wie gesagt, also der Frieden für lange noch erhalten wird, so kann man wie vor 1830 die früheren und seitdem aufgekommenen Pläne auch zur Ausführung bringen, da sie nun weder erpreßt noch aus Angst erteilt erscheinen können. Daß man dazu aber eine Art Preßfreiheit bedürfe, wie Sie sie andeuten, um durch die dadurch herbeizuführenden Diskussionen dasjenige kennen zu lernen, was not tut, – dagegen bin ich durchaus. Ebensogut wie man im Jahre 1808 und seitdem im Kabinett des Königs gewußt hat, was not tut, ebensogut wird man es auch jetzt wissen und braucht dieserhalb nicht die Menge in die Diskussion zu ziehen. Haben wir nur erst tüchtige Minister wieder, so wird sich dies bald zur Reife besprechen und zur Ausführung bringen lassen. Die Wohltat, die Sie in der angedeuteten Preßfreiheit sehen, kann ich nirgends da entdecken, wo sie existiert; alle Länder, die sich Ihrem Sinne nach dieser Wohltat zu erfreuen haben, erfreuen sich auch gleichzeitig des unruhigsten, ja eines revolutionären Zustandes, wahrlich nicht Verhältnisse, die man sich zu erziehen wünschen kann. Die Wohltaten der Preßfreiheit sind, theoretisch betrachtet, völlig richtig, aber auch in Praxi ebenso völlig unrichtig. Es gehört die Perfektibilität der Menschheit dazu (die Sie auch als mein Ideal aufstellen), um die Preßfreiheit praktisch wohltätig zu machen; da meiner Ansicht nach aber die Erreichung jener Perfektibilität auch der Moment des Untergangs der Welt sein wird, so muß ich jener Wohltat auch dort ihren Platz erst anweisen. Wird die Preßfreiheit in irgendeinem Lande bisher zum Wohle

des Ganzen ausgeübt? Ist sie nicht überall das Feld, auf welchem sich nur Leidenschaften und Parteiungen bekriegen? Und wenn selbst unter dem Schwarm des Gedruckten sich einzelnes befindet, was im guten Sinne gedacht ist, wird das gelesen? Nein, sondern das Entgegengesetzte, – denn das liegt nun einmal im Menschen, daß er lieber nach etwas Neuem jagt als nach dem Alten, Bekannten; da nun das Unterordnen das Alte, Bekannte ist, aber auch zugleich das Leidende in sich schließt, so ist es ganz natürlich, daß die Masse lieber nach dem Neuen, Unbekannten greift, wo ihr außerdem noch das Überordnen, das Freimachen vom leidenden Verhältnis, das Mitregieren gelehrt und angepriesen wird. Daher kann ich Ihrer Ansicht durchaus also nicht beitreten, daß man den Landtagen erlauben sollte, ohne Zensur drucken zu lassen, was ihnen gut dünkt; denn nehmen Sie einmal an, es erscheine auf diese Art etwas, was völlig gegen die Ansichten des Königs liefe, so daß jene Erlaubnis genommen werden müßte, um das allgemeine Wohl zu schirmen, – was würde das für ein Geschrei geben, wie würden die Parteimänner Gewalt schreien; wie würden sie Anklang finden, von Unterdrückung faseln usw. – Daß man dagegen die Zensur dicker Bücher, wie Sie sich ausdrücken, aufhebe, damit bin ich ganz einverstanden; aber sagen Sie mir selbst einmal, wo hört ein dünnes Buch auf, und wo fängt es an, ein dickes zu sein? Auf diese Schwierigkeit stößt man fortwährend. Wie stellt sich aber die Sache praktisch bei uns? Es werden dicke und dünne Bücher etc. zensiert: wird aber wohl eine Klage laut, daß solchen dicken Büchern eine Zeile gestrichen worden? Dagegen wird dünnen Büchern und Flugschriften vieles gestrichen; beides ist ganz natürlich. Doch wenn man nun eine Bogenzahl angibt, die zensiert werden soll, und was darüber ist, nicht mehr, so braucht man ja nur einen Bogen mehr zu schreiben und darf unumwunden

die größten Horreurs sagen — und hat das Gesetz für sich. Ich sehe also nicht, wie man aus diesem Dilemma herauskommen wird, obgleich man sich damit bei uns beschäftigt; auch habe ich mit dem Faiseur Eichhorn viel darüber konferiert; aber auch er hält es für höchst schwierig, wenn auch nicht unmöglich. Für Flugschriften und Tagesblätter soll die Zensur beibehalten werden jedenfalls; das will aber Ihre Ansicht nicht; denn der sogenannte Ideen-Austausch, um das Nottuende zu erfahren, könnte gerade nur durch diese Schriften erlangt werden nach Ihrer Ansicht; Ihre Partei würde also noch nicht zufriedengestellt. — Oder, Ihre Ansicht käme zur Ausführung: gemäßigten Leuten wird das Herausgeben von Zeitungen gestattet; — wie lange wird es dauern, so wird es heißen (was Sie gegen unser politisches Wochenblatt sagen), daß nur eine Partei sprechen dürfte, das wäre Obskurantismus usw., wie es heutzutage heißt. — Dagegen würde ich gern Diskussionen über eigene Angelegenheiten sehen, wenn es nur möglich wäre, Menschen zum Zensieren zu finden, die die rechte taktvolle Straße zu wählen wüßten. — Mit Erweiterung und mehr Achtung für die Provinzialstände-Versammlungen bin ich ganz einverstanden. Auch wünschte ich den Staatsrat durch Abgeordnete der Provinzialstände, namentlich Gutsbesitzer, verstärkt zu sehen, wenn er nicht dadurch eine Stellung bekäme, die die untern Stände verschnupfen würde. Dies führt zu der naheliegenden Frage, ob die verheißene Einführung von Reichsständen (wohlverstanden *nur* als beratende Behörde und keineswegs als mitverwaltende und *nur* bei Erhöhung von Steuern und Abschließung von Anleihen bewilligend), an der Zeit sei, und ob es sehr wünschenswert erscheint, daß der *König* diese Organisation noch mache.

Da sehen Sie eine Menge Desideria, die ich vor vier Jahren wohl, aber um nichts in der Welt seit drei Jahren aus-

sprechen wollte und durfte. Ich sehe es überhaupt als ein großes Glück an, daß wir seit siebzehn Jahren nicht mehr taten, um etwa die Menge in die Verhandlungen zu ziehen, wodurch immer nur Aufregung herbeigeführt wird. Wir haben das glücklich vermieden, und Preußen allein ist seit drei Jahren ohne Aufstand geblieben. Was nun geschehen kann und muß, wollen wir der Weisheit des Königs überlassen, der seit so langer Zeit sein Volk beglückt; ihm vorgreifen zu wollen, wäre ein Griff nach einer Stufe des Thrones; und fehlt erst eine, dann fallen die andern bald nach. So nehmen Sie denn diese Zeilen hin, die Ihnen auch nicht sonderlich gefallen werden; aber wahr muß man sein und bleiben. Stets Ihr WPP.

18. An Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg.

Berlin, 23. Februar 1837.

. . . Ich muß nun einen Gegenstand berühren, den ich durch Dein Vertrauen in seinem ganzen Umfange erfuhr, wofür ich Dir herzlichen Dank sage. Die Onkel Georg und Karl haben mich von allem au fait gesetzt.

Was ich über die Sache denken muß, brauche ich wohl kaum erst auszusprechen! In zwei Worten ist es zusammenzufassen – es bekümmert mich in jeder Hinsicht sehr, sehr tief! – Es ist immer ein schmerzliches Gefühl, wenn man sich in der hohen Meinung, die man von Menschen gefaßt hatte, getäuscht sieht. Wieviel wehmütiger aber wird ein solches Gefühl, wenn es Personen betrifft, die einem nahestehen, ja, die man sich aus Gleichgestimmtheit so gerne nahegestellt hatte, und mit denen man ein solches Verhältnis, als zu den liebsten Begegnissen gehörend, gern unterhielt! Das ist nun mein Fall vis-à-vis von Helene! – Wie habe ich mich aber in ihr getäuscht! Weder die deutsche Fürstin erkenne ich in ihr wieder, noch die besonnene, verständige Freundin.

Was die deutsche Fürstin betrifft, also den politischen Teil der ganzen traurigen Geschichte, so bin ich mit dem, was Onkel Georg namentlich in seinem ersten Brief an den König, und Onkel Karl in dem seinigen an Dich sagt, so vollkommen einverstanden, daß ich Dich auf diese Briefe verweise, wenn Du meine Ansicht kennen willst. Man mag die Dinge ansehen, von welcher Seite man will, so bleibt doch Louis Philipp ein Thronräuber, und er und seine Nachfolger tragen unrechtmäßigerweise die Krone. Seine Dynastie mag sich nun jahrhundertlang erhalten oder nicht – die Art, wie er zur Krone gelangte, wird die Geschichte mit unauslöschlichen Buchstaben als ein Unrecht verzeichnen. Er ist nun anerkannter König. Das ist alles, womit man sich begnügen muß. Es ist aber ein himmelweiter Schritt zwischen der Anerkennung des momentan unabwendbaren Faktums und der Alliierung eines so zum Thron gelangten Hauses mit den andern ehrenvoll und rein dastehenden Fürstenhäusern Europas. Schon die vorjährige Visite war ein Schritt, der seine Folgen haben mußte; wir sehen sie jetzt in der begangenen Kühnheit eines Eheantrages. Das ganze legitime Europa hat diese Anträge bisher zurückgewiesen, Österreich, Rußland, Neapel, Württemberg haben im Gefühle ihrer Ehre eine solche Allianz auf eine sehr eklatante Art ausgeschlagen, daher waren wir auch sicher, was Ihr tun würdet, und Ihr habt unsere Erwartungen glücklicherweise nicht getäuscht. Wie konnte man aber vermuten, daß Helene das alles aus den Augen setzen und ein Gefühl als deutsche Fürstin verleugnen werde, welchem zu folgen sie so erhabene Beispiele bereits vor sich hatte.
Außer jenem politisch-fürstlichen Gesichtspunkt aber auch noch Besonnenheit und Charakterstärke zu vermissen, ist fast noch schmerzlicher! Was treibt sie zu einem Ehebündnis, von dem mit Ausnahme sehr weniger Stimmen alle ihr ab-

raten? Wenn sie den ihr Bestimmten kennte, liebte, – so ließe sich die Sache erklären; und demungeachtet würden in diesem Fall ihre Freunde ihr auch nur abraten können. Das Motiv der Liebe ist nun aber nicht vorhanden. Was sind es also für Triebfedern? Helene sagt, sie habe nach reiflicher, gründlicher Überlegung ihren Entschluß gefaßt. Es kann also nur die Überzeugung einer höheren Bestimmung vorliegen; denn der Glanz einer Krone, und nun gar solcher Krone, kann ihr Herz und ihren Verstand nicht gefesselt haben. Es muß also das Gefühl ihrer Bestimmung sein, was sie so handeln läßt, und der Glaube, daß sie dort Gutes stiften werde. Aber wie ist es möglich, das zu glauben?? Das Interieur des Orleanshauses wurde als ein sehr religiöses und glückliches Familienleben geschildert. Hat dies Beispiel den geringsten Einfluß auf Frankreich geübt? Geht dort trotz der Religiosität des vertriebenen Stammes der Bourbons und des jetzt regierenden die Irreligiosität, die Auflösung aller sozialen Verhältnisse nicht mit reißenden Schritten vorwärts? Wo eine Nation in allen Klassen so völlig in der Auflösung sich befindet, da bringt ein noch so erhabenes Beispiel keinen Stillstand hervor.

Daß der junge Orleans nicht der Mann ist, der Demoralisation seines Landes kräftig entgegenzutreten, ist genügend bekannt. Ein Volk, das moralisch so tief gesunken ist wie das französische, kann sich erst zum Bessern wenden, wenn Katastrophen über dasselbe eingebrochen sein werden; oder aber es ermannt sich nie wieder, wie wir es in Italien sehen. – Wenn diese Illusion es also sein sollte, welche Helene vorschwebt, so wäre es um so schmerzlicher, weil sie schrecklich enttäuscht werden wird. – Aber eine andere Annahme als die, welche ich hier aufstellte, kann doch nicht vorhanden sein, welche Helene so opiniatre an diesem Phantom hängen macht! Eitelkeit, der Wunsch, eine große

Rolle spielen zu wollen, kann in Helenes Herz nicht aufkommen, sollte ich glauben.
Und doch nötigt ihr Benehmen zu der Annahme, daß in ihrem sonst so reinen, sanften Gemüt sich eine betrübende Änderung zugetragen hat, die sie der Eitelkeit unterwirft. Ihr klarer Verstand ist dadurch gefesselt, wie denn aus einem Übel immer andere entspringen. Ihre Besonnenheit ging verloren aus demselben Grund, und alle Freundschafts- und Liebesvorstellungen, sich keinen Illusionen hinzugeben, werden der vorgefaßten Meinung untergeordnet und aufgeopfert.
Dies ist das wehmütige Bild, was ich mir jetzt von Helene machen muß. Wie schmerzlich ist der Gedanke für mich, sie künftig an einer Stelle zu wissen, von der gestürzt zu werden nach wie vor alle Aussicht vorhanden ist, wenn Recht und Gerechtigkeit noch in der Welt existieren und der kleine Heinrich leben bleibt! – Als ich zuerst von der Angelegenheit hörte, war ich entschlossen, mich nicht gegen Dich zu äußern, getreu dem Grundsatz: niemals Ehen stiften noch hintertreiben zu wollen, wenn man nicht zur Abgabe seiner Ansicht aufgefordert wird. Tags darauf aber schon ward mir die Mitteilung in Deinem Namen, und somit sah ich mich auch verpflichtet, Dir diese Zeilen zu senden.
Des Menschen Wille ist sein Himmelreich, sagt das Sprichwort; möchte Helene wider alles Erwarten ein Himmelreich auf Erden finden.
Sollte sie nach meiner Ansicht fragen, so teile ihr hieraus mit, was Du für gut findest. . . .

19. An General O. v. Natzmer. Berlin, 18. April 1838.

Es ist heute gerade ein Monat, daß Sie meiner in Freundschaft zum 22. März gedachten. Aber ich war völlig außerstande früher zur Antwort und zum Dank für alles Liebe

und Freundliche, was Sie mir sagen, zu schreiben. Möge dieser Dank hiermit, wenn auch verspätet, aber doch gewiß recht herzlich und aufrichtig Ihnen zukommen. Die Masse der Geschäfte, welche bis zum 30. März auf mir lastete, und seitdem die Entwirrung und Konstituierung der neuen Verhältnisse, namentlich im Gardekorps, haben meine Zeit dermaßen in Anspruch genommen, daß ich kaum zu mir selbst kam.

Die Revolution des 30. März ist stärker gewesen, als wohl irgend jemand erwartete, und ich bin von allem überrascht worden. So ersah ich meine doppelte Ernennung zuerst aus der lithographierten Liste, indem die unendlich gnädige Kabinettsorder an meine Person zufällig ganz unten in dem Paket lag. Ich erkenne die mir widerfahrene Gnade mit dankbarem und gerührtem Herzen, aber mit ebenso schwerem bin ich von meinem Korps geschieden, in dem ich 14 so glückliche Jahre verlebte und so unendlich viel Veranlassung zur Freude fand! Möge ich so viel Vertrauen hier wiederfinden, als ich hinter mir lasse, und zur Zufriedenheit des Königs meine jetzige Stellung ausfüllen!

Unsere Inspektionsstellung ist für unsere Person von unendlichem Interesse und Nutzen. Mögen die kommandierenden Herren Generale uns nur nicht zu ungnädig einwirken sehen! Dem Prinzipe, welches am 30. März hinsichtlich der Besetzung der höheren Stellen sich herausstellt, kann ich nur meine Zustimmung geben. Für die Übersprungenen bleibt die Sache zwar immer dieselbe; aber wenn es so viele gleichmäßig trifft, gibt es auch eher eine Beruhigung, und tritt diese nicht ein, so ist die zu verlangende Pension so auskömmlich, daß niemand zu scheuen braucht, sie zu verlangen.

Sie haben sehr recht zu sagen, daß mir eine schwere Aufgabe zum Mai bevorsteht. Teils ist die Ausbildung der

Truppen durch den harten Winter bei weitem nicht so gefördert, wie früher, teils sind so viele neue Führer in das Korps gekommen, ich à la tête, daß mir ganz bange wird; dann noch die unglücklichen Saatfelder, denen ich bereits den unerbittlichen Tod geschworen habe, sollte ich zuletzt selbst bezahlen müssen. Übrigens wird das Feldmanöver sehr unbedeutend ausfallen, da das noch „niemals betretene Plateau von Charlottenburg" das champ d'honneur werden soll, dem sich eine Brückenschlagung bei Pichelswerder und ein Sturm auf Spandau am andern Tage anschließen soll.
Sie berühren in Ihrem Schreiben einen Sturm anderer Art, der diesen Augenblick die Welt in religiöser Beziehung bewegt und rufe ich mit Ihnen aus: Der Himmel bewahre uns vor einem Kriege um solcher Ursachen! Während man alle politischen Verhältnisse mit eingestecktem Schwerte hat sich umgestalten und alle Traktate mit Füßen hat treten lassen, wird man doch nicht zum Kriege schreiten, um die Lehre des Friedens zu verteidigen?! Religionskriege würden uns völlig ins Mittelalter versetzen, weil der Fanatismus unausbleiblich sein würde und mit ihm alle damaligen Greuel! Mit Ruhe und Konsequenz wird sich alles wieder ausgleichen, aber freilich nicht in so kurzer Zeit, wie viele träumen möchten. Nur keine Gewaltschritte gegen Rom! Sollte das dortige Haupt hors de saison sein, so wird dies die Zeit lehren, aber darauf hinarbeiten darf man nicht, wenn man eben nicht Religionskriege herbeiführen will.
Leider gibt es Personen, die dies wohl möchten, und das sind unsere Frömmler à la tête und warum? Weil sie sich gern an die Spitze der evangelischen Kirche und somit auch über die Gouvernements stellen möchten. Von diesen Leuten droht uns stets Gefahr.
Mich Ihrer Frau angelegentlichst empfehlend, sowie Fritz Hessen, bleibe ich stets Ihr Freund Wilhelm.

20. An den Oberpräsidenten v. Schön. 7. September 1840.

Es ist in meinen Augen die höchste Illoyalität, einem neuen Souverän beim Antritt seiner Regierung Garantien abzufordern, und wenn selbst der selige König 1815 solche in Aussicht stellte, so blieb es seiner Weisheit sowohl als der seiner Nachfolger vorbehalten, die Zeit zu bestimmen, wann sie in Ausführung kommen sollten. Daß der selige König außerdem seit Einführung der Provinzialstände an jener weiteren Ausdehnung der ständischen Verhältnisse nicht gearbeitet hat, beweist wohl, wie in allem sein tiefer und richtiger praktischer Blick, der ihn in der Modernität solcher Institutionen ringsum im Auslande nur Nachteil, Unruhe, Unzufriedenheit erblicken ließ. . . . Anklang würde es bei allen finden, die Umsturz des Bestehenden wollen, die Selbstsuchtsnährer sind und ihrer Eitelkeit frönen. Bei solchen Menschen populär zu sein, ist nicht meine und nicht der wahren Patrioten Sache.

21. An General O. v. Natzmer. Berlin, 4. April 1843.

Tausend herzlichen Dank für Ihre freundschaftlichen Zeilen zum 22. März. Von wenigen empfange ich so gern solche Zeilen des Andenkens, als von Ihnen. Lieber aber wäre es mir gewesen, dies mündlich zu hören, denn alsdann hätten Sie den Winter bei uns zugebracht, und wir hätten über so manches sprechen können. Auch Ihre Mitwirkung im Staatsrat wäre erfreulich und nützlich gewesen, in welchem wir uns nun schon drei Monate mit dem Ehescheidungsgesetz herumschlagen! Dies Gesetz, in seiner allgemeinen Tendenz so edel, in seinen Einzelheiten aber so verwerflich, ist eine wahre Kalamität geworden, da es Parteiungen erzeugt, die höchst beklagenswert sind. Der König selbst sagt immer, das Gesetz enthalte zuviel und mehr auf einmal, als der Magen des Volkes jetzt noch vertrüge. Das

ist das Treffendste, was man sagen kann! Aber warum handelt er nicht danach?! Weil die Frömmler ihm immer predigen, der Magen des Volkes müsse verdauen, was man ihm bietet! Eine vortreffliche, aber naive Heilmethode, zu deren Fahne ich nicht schwöre! Die Presse, Posen, Herwegh haben auch endlich einige Kraftäußerungen hervorgebracht, die die Gutgesinnten sammeln können. Schlimm nur ist es, daß alle drei Sachen nötig wurden, während man sie vermeiden konnte, wenn man nicht selbst die Opposition durch das Vorhergegangene herbeigeführt hätte.

Im Militär weiß man vor Angst nicht wohin, weil täglich neue Ideen über Kostüme auftauchen, so daß man mit nichts ins reine kommt. Major v. W. hat mir vorgestern einen Vortrag gehalten, um zu beweisen, daß die Kopfbedeckungen ohne Schirm, wie die Husaren sie bekommen, besser sind als die mit Schirmen, wie wir sie jetzt haben!!! Wenn es so fortgeht, so weiß ich nicht, wo die Theoretiker noch hinkommen werden! Das habe ich ihm geantwortet. Um die großen Korpsübungen wohlfeiler zu machen, soll nicht mehr gelagert werden, die Landwehrbataillone sollen nur vier Tage operieren für sich, kurzum, die aufs höchste bereits gespannte Maschine soll zum Platzen gebracht werden. Ich habe vorgeschlagen, die Revuen ganz auszusetzen, statt sie so zu verstümmeln.

Indem ich Ihrer Frau mich angelegentlichst empfehle, bleibe ich Ihr Prinz von Preußen.

22. An Kaiserin Alexandra Feodorowna von Rußland.

London, 28. März 1848.

... Endlich blieb man bei dem Entschluß stehen, daß die Proklamation des Königs von der Nacht in Ausführung kommen sollte, daß nämlich da, wo eine Barrikade von den Bürgern eingeebnet würde, man dies als einen Beweis des

Friedensantrags betrachten werde und vis-à-vis derselben die Truppen zurückziehen würde. Mit dieser Antwort, die unter den vielen Deputationen völligen Anklang zu finden schien, entfernten sich die Mitglieder derselben, die Proklamation in vielen Exemplaren mit sich nehmend, nach allen Stadtteilen sie verbreiten wollend. Es herrschte Ruhe, kein Schuß fiel mehr um diese Zeit. Desto unruhiger war es im Schloß, unberufene Leute kamen und gingen, um Rat zu erteilen . . . Es mochte 11 Uhr sein. Minister Graf Arnim kam, dem der König schon am 18. das Präsidium des Konseils angetragen hatte. – Da kam eine Deputation unbekannter Leute (Bürgermeister Naunyn war zugegen), um anzuzeigen, daß jenseits der Königstraße drei Barrikaden vom Volke eingeebnet würden. (Es ergab sich späterhin, daß diese Anzeige eine vollständige Lüge war.) Ich schlug vor, durch Offiziere die Sache konstatieren zu lassen; es entstand aber sofort eine Art Siegestaumel, daß die Befehle des Königs durch die Bürger sofort respektiert würden, so daß man mich nicht hörte, obgleich ich noch sagte, daß, wenn das Faktum sich bestätigte, natürlich die Truppen von der Stelle, nach dem Wortlaut der Proklamation des Königs zurückgehen müßten. Mit einem Male kam der Minister v. Bodelschwingh ins Zimmer (Speisezimmer), wo die Deputationen vertreten und wir alle versammelt waren, und rief mit lauter Stimme und rotem Kopfe: „Da die Barrikaden verschwinden, so befehlen Seine Majestät, daß die Truppen von allen Straßen und Plätzen zurückgezogen werden sollen.“ Ich nahm sofort das Wort und sagte, das stehe ja im Widerspruche mit den Worten der Königlichen Proklamation, wo es nur heißt, daß da, wo eine Barrikade verschwinde, die vis-à-vis stehenden Truppen zurückgezogen werden sollen. Der Minister donnerte mir aber entgegen: „An den Worten des Königs darf nichts geändert noch ge-

deutet werden." Ich fuhr fort, fragte, ob unter allen Plätzen auch die Schloßplätze zu verstehen seien, da dies doch die einzigen seien, wo die rückkehrenden Truppen sich aufstellen könnten. Der Minister B[odelschwingh] donnerte mir aber nochmals dieselben Worte entgegen und befahl dann: „Und nun laufen und reiten Sie, meine Herren, um die Befehle des Königs zu überbringen, die Truppen sollen mit klingendem Spiel abziehen." –
Seit dem Moment sah ich den Minister v. B[odelschwingh] nicht wieder; es waren die letzten Worte, welche er als Minister sprach. Ich suchte den König im ehemaligen ersten Zimmer der Gräfin Reden, fand ihn aber nicht, fand aber Graf Arnim schreibend; ich fragte ihn, wo ist der König, was machen Sie denn? Er erwiderte: „Ich formiere das neue Ministerium!" und ich las die Namen Auerswald, Schwerin. – Ich sagte aber: „Das ist ja ganz wie in Paris, wie Guizot, Thiers, warten Sie doch damit noch." „Nein," war die Antwort, „es ist die höchste Zeit."
Als ich ins Hallenkabinett des Königs trat, fand ich ihn auch dort nicht, zurückkehrend ins Speisezimmer, trat er auch eben ein; er sah die allgemeine Konsternation, und wir erzählten ihm den Bodelschwinghschen Auftritt. Er versicherte, keinen andern Auftrag und keinen andern Befehl gegeben zu haben, als den, der in der Proklamation enthalten sei, und es müßte das sofort noch geändert werden. In demselben Moment kam aber schon das Füsilierbataillon 1. Garderegiments tambour battant über die Kurfürstenbrücke, darauf das vom Regiment Alexander, und die Menschenmasse stürzte nach. Der König befahl, die Brücke sollte besetzt und gesperrt bleiben; es war zu spät und unmöglich. Die Truppen rückten auf die Schloßhöfe und auf den Domplatz. Als die Brücke unbesetzt blieb, sagte ich zu Arnim: „Nun sind wir verloren!" denn ich sah alles vorher, was nun folgen würde.

Ich ging hinunter zu den Truppen. . . . Als ich zurückkehrte in die Zimmer der Königin, beruhigte ich die desolierten Anwesenden damit, daß alle Truppen noch da seien und vom besten Sinn beseelt. Mit einemmal höre ich trommeln; ich stürze an das Fenster und sehe – das 1. Garderegiment aus dem Portal Nr. 1 abmarschieren über den Schloßplatz unter dem Zujauchzen des Volkes! Zugleich kommt von allen Seiten der Ruf: „Die Truppen verlassen die Plätze!" Ich frage den Kriegsminister v. Rohr, ob er es befohlen; er sagt: „Im Gegenteil, ich hatte befohlen, daß die Truppen um das Schloß biwakieren sollten." Da tritt jemand ein und sagt, Graf Arnim soll es befohlen haben, indem er erklärt, halbe Maßregeln taugen nichts, also es müssen die Truppen in die Kasernen rücken. Der p. v. Rohr nahm seinen Hut, warf ihn auf den Tisch und rief: „Das mag der Graf Arnim verantworten!" und ich rief ihm zu: „Nun ist alles verloren!" –
Daß Graf Arnim jenen Befehl und jene Äußerungen nicht getan, hat er mir bald nach meiner Rückkehr angezeigt.

23. An den Ministerialdirektor Freiherrn O. v. Manteuffel.

London, 7. April 1848.

Tausend Dank für Ihr gütiges Schreiben vom 27. v. Mts. Was erlebten wir, seitdem wir uns nicht sahen! Hin ist hin! Man kann darüber noch lange in preußischen Herzen trauern, aber zurückzubringen ist nichts; möge man jeden Versuch der Art aufgeben! Getrost das neue Preußen anzuschauen und wieder aufbauen helfen, das ist die Aufgabe jedes Patrioten, wenngleich es viel Überwindung kostet, einen Staat zweiter Größe aufbauen zu helfen, der sonst einer erster Größe und selbständig war! Dem Vaterlande in dieser Krisis nicht nutzen zu können, und durch die Tat noch mehr als durch meinen gekannten Charakter beweisen zu können, daß ich

auf das schändlichste verleumdet wurde und einer miserablen Intrige erliegen muß, das ist ein großer Schmerz für mich! Wenn ich als Repräsentant des alten Systems erscheine und bezeichnet werde, so ist das mein Stolz, denn ich kannte keine andere Aufgabe, als Preußen auf der Stufe erhalten zu sehen, auf die die Geschichte und seine Monarchen es gestellt hatten. Daß es auf dieser Stufe nicht stehen bleiben sollte, ist ausgesprochen, da es in Deutschland aufgehen soll. Jetzt passen also auch für Preußen Institutionen, die sonst, meiner Überzeugung nach nie für dasselbe paßten. Daß ich auch unter diesen neuen Formen meinem Vaterlande alle meine Kräfte widmen werde, wird die Zukunft lehren, wenn man mich überhaupt noch wieder haben will; in einem verantwortlichen Ministerium ist freilich keine Stelle mehr für mich! Ihr Prinz von Preußen.

24. Gutachten über den Verfassungsentwurf des Professors Fr. Chr. Dahlmann für das Deutsche Reich.

London, 4. Mai 1848.

Zuvörderst wiederhole ich, wie ich das Ganze des Verfassungswerkes als eine großartige Erscheinung unserer Zeit begrüße und dasselbe wegen seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als meisterhaft anerkenne. Die Grundsätze, auf welchen das Ganze beruht, sind diejenigen, welche zur wahren Einheit Deutschlands führen werden; es sind dieselben, welche jeder einzelne Staat in Deutschland zu den seinigen machen muß, wenn diese Einheit erstrebt werden soll. Daß auch ich die Annahme dieser Grundsätze für Preußen unerläßlich fand, beweist meine Unterschrift unter dem Patent des Königs vom 18. März, und daß ich hier in England nicht andern Sinnes geworden bin, ist mehr wie begreiflich.

Zu den Diskussionspunkten übergehend, bemerke ich zuvörderst also, daß ich nicht erwartete, daß ein erbliches Ober-

haupt Deutschlands vorgeschlagen werden würde, sondern immer nur an eine Oberhauptswahl gedacht hatte, weil es meist so war und dies vielfache Interessen beschwichtigt haben würde; indessen erkenne ich vollkommen die Motive an, welche für die Erblichkeit entwickelt worden sind.
Ein Hauptbedenken habe ich jedoch gegen die Art, wie das Oberhaus konstruiert werden soll. Wenn die Monarchen Deutschlands, durch die Zeitereignisse und den Wunsch gedrängt, ein einiges Deutschland zu erzielen, – vielfache Opfer ihrer Macht und Selbständigkeit bringen werden, so muß dies anerkannt werden; man darf ihnen aber dieserhalb nicht auch noch zumuten, sich in eine Lage zu versetzen, in welcher sie mit ihren eigenen Untertanen in persönliche Konflikte treten würden, was meines Erachtens unvereinbar mit ihrer beizubehaltenden Stellung als Souveräne ihrer Länder sein würde. Dieser Konflikt ist aber unerläßlich, wenn der Vorschlag angenommen würde, daß die Monarchen Deutschlands, nicht nur als Mitglieder des Oberhauses, in welchem sie selbst sitzen sollen, Individuen aus ihren Untertanen zu wählen haben, sondern auch sogar Mitglieder ihnen beigesellt werden sollen, welche aus freier Wahl der ständischen Versammlungen der einzelnen Bundesstaaten hervorgehen. Es soll also der Souverän mit seinen Untertanen öffentlich deliberieren, sich also der Möglichkeit aussetzen, von letzteren öffentlich überstimmt zu werden. Dies halte ich für durchaus unzulässig. Meiner Ansicht nach kann das Ober- und Unterhaus ganz so konstruiert werden, wie es der Vorschlag angibt, jedoch mit Fortlassung der regierenden Herren aus dem ersteren. Diese Herren müssen eine Fürstenbank für sich bilden. Das Reichsoberhaupt würde mit derselben in Verbindung sich zu setzen haben, bevor dem Parlament allgemeine Reichsgesetze vorgelegt werden. Nach erfolgter Beratung solcher Gesetze und derer, welche aus dem Parlament

selbst hervorgehen, würden sie der Fürstenbank vorgelegt, welche sie dem Oberhaupt zur Annahme und äußerstenfalls selbst zur Verwerfung zu empfehlen hätte; dem Oberhaupt verbleibt natürlich die Entscheidung. Ebenso könnte eine Beratung mit der Fürstenbank eintreten bei Besetzung der Stelle eines Reichsfeldherrn und auch anderer erster Reichswürden. – Auf diese Art würde den regierenden Herren (oder deren Stellvertretern) eine ihrem Range, ihrer Würde und ihrem Ansehen gemäße Stellung in dem konstitutionellen Deutschland angewiesen und sie vor den bedauerlichen Konflikten bewahrt, die oben berührt wurden.

Demnächst scheint mir die Bestimmung, daß bei Auflösung des Parlaments der Wiederzusammentritt schon nach drei Monaten geschehen soll, eine solche zu sein, über die sich handeln läßt, hinsichtlich der sehr kurzen Frist.

Schließlich glaube ich die Anordnung nicht haltbar, daß das Reichsoberhaupt alle Offiziere der Linie und die Stabsoffiziere der Landwehr ernennen soll. Ich glaube, daß sich das Oberhaupt des Reiches nur die Ernennung der kommandierenden Generale der deutschen Armeekorps vorbehalten sollte, bis zu diesen Stellen aber die Ernennungen und Beförderungen wie bisher den einzelnen Staaten zu überlassen wäre. Dagegen müßten jährliche Inspizierungen der Bundeskorps durch ihre Kommandierenden oder vom Oberhaupt auch ausnahmsweise durch zu ernennende Inspekteure speziell veranlaßt werden und jährlich direkt dem Oberhaupt über den Befund der Heeresabteilungen berichtet werden. Da bei Organisierung des Heeres unsere preußische Landwehrverfassung vorzuschweben scheint, so mache ich nur beiläufig darauf aufmerksam, daß aus der Anordnung, daß das Oberhaupt des Reiches nur die Stabsoffiziere der Landwehr ernennen sollte, gefolgert werden könnte, als sollten alle übrigen Landwehroffiziere etwa von dieser selbst gewählt

werden, daß in dieser Zuversicht in Preußen zwar die Landwehroffiziere sich durch eigene Wahl ergänzen, daß diese Wahl aber der Bestätigung des Monarchen unterliegt, und auch unbedingt nötig ist, wenn man des Geistes und der Disziplin eines Heeres sicher sein will. Es könnte dem deutschen Vaterlande einst teuer zu stehen kommen, wenn es bei Kriegsereignissen erst einsähe, daß es sich ein indisziplinertes Heer organisiert hätte!

Abgesehen von diesen Diskussionspunkten gebührt Dahlmann ein unbedingtes Lob für die Großartigkeit der Auffassung der neuen deutschen Verhältnisse, die aus nur echt deutschem Herzen entsprungen sein kann und die Anerkennung des Gesamtvaterlandes verdient, wie nicht minder die ganz ausgezeichneten Einleitungsworte, welche den Verfassungsvorschlag begleiten.

25. An General L. v. Gerlach. London, 16. Mai 1848.

Herzlichen Dank für Ihren lieben Brief vom 5. d. Mts. Jawohl, was ist aus Preußen geworden, seit wir uns zuletzt bei jener Batterie sprachen am Kandelaber! Wer konnte ahnen, daß zwölf Stunden später das alte Preußen begraben sein würde, ein ganz neues entstehen sollte. Wie meine Stellung zu diesem neuen sein wird, ist noch nicht abzusehen; ihm zu widerstreben, ihm meine Dienste nicht zu weihen, scheint unmöglich; unter welchen Bedingungen ich es tun kann, muß die Zeit auch lehren. Wenn die Konstitution wie die Konstituante gemacht und der König beschränkt ist, wie kann ich da zurückbleiben, wenn ich überhaupt je in das Vaterland zurückkehren will? Es ist eine sonderbare Lage, in der ich mich befinde; aber ich sehe keinen Ausweg, wenn Gott nicht ganz besondere Ereignisse sendet. Meine Verbannung, wenn man sie so nennen will, trage ich mit allem Mut und aller Kraft meines reinen Gewissens. Daß man

mich verfolgt als den Träger des alten Preußens und der alten Armee, rechne ich mir zur Ehre an; denn ich kannte und träumte nur ein selbständiges Preußen, eine Großmacht des europäischen Staatensystems, und für dies Preußen paßte keine andere Konstitution; für das neue, in Deutschland aufgehende Preußen ist eine Konstitution sogar nötig. Ob das Aufgehen für eine Großmacht, wie wir am 19. März früh noch waren, nötig ist, weiß ich nicht; es ist aber ausgesprochen, und seitdem wird von 50 Leuten in Frankfurt a. M. regiert, die sich selbst konstituiert haben. So steht also alles auf dem Kopfe. Unser Landtag war vernünftig, wenngleich recht viele Herzen dabei brachen. Schreiben Sie doch zuweilen Ihrem Prinz von Preußen.

26. An Prinzessin Augusta. [Mai 1848.]

... Wenn ich auch mit aller Aufmerksamkeit den Nachrichten aus der Heimat folge, so muß man sich doch von so vielem erst losmachen, was unsere Geschichte aufgebaut hatte und was daraus folgend Preußens Aufgabe zu sein schien, um unsere Zukunft richtig auffassen zu können. Eine moderne Konstitution paßte meiner Überzeugung nach nicht für das Preußen, dessen Aufgabe es war, als eine selbständige Großmacht in dem europäischen Staatensystem dazustehen und zugleich einen Teil Deutschlands bildete. Dies Preußen, welches in Übereinstimmung mit den andern Großmächten europäische Fragen zu lösen hatte, durfte bei diesem zwiefachen Verbande nicht durch eine Verfassung im entscheidenden Moment in seiner Tätigkeit gelähmt werden. Das Preußen hingegen, welches nur mit Deutschland eine Großmacht sein will und danach zu handeln entschlossen ist, kann meiner Überzeugung nach nicht nur eine moderne Konstitution haben, sondern muß sie besitzen, um sich die Sympathien Deutschlands zu erwerben. – Aus diesem Gesichtspunkte be-

trachtete ich unsere Lage, als am 16. und 17. März das am 18. erschienene Manifest beraten wurde, und meine Unterschrift unter demselben beweist, daß ich sie mit vollem Ernst so erkannte. Seit dem 3. Februar 1847 war ich überhaupt der Meinung, daß wir allmählich zu einer Konstitution kommen würden; doch glaubte und hoffte ich, daß diese Entwicklung den ruhigen und besonnenen Gang nehmen würde, der Preußens Geschichte von jeher bezeichnete, und der uns hierbei von den Nachtseiten so mancher konstitutionellen Formen bewahrt haben würde. Da aber die Verhältnisse diesen ruhigen Gang nicht erlaubten, so handelt es sich nur darum, das neue System zu befestigen, und dieser Aufgabe werde ich alle meine Kräfte widmen, und zwar mit derselben Gewissenhaftigkeit, die ich dem Regierungssystem auch ohne konstitutionellen Anflug bewies. Daß man hieran zweifeln konnte, d. h. daß man sich fragte, ob ich Preußen in seiner neuen Gestalt mit derselben Pflichttreue dienen würde als in seiner früheren, dies ist es, was mich am tiefsten schmerzt bei der über mich verhängten Prüfung. Daß man dabei zur Verleumdung und Ungerechtigkeit seine Zuflucht nehmen mußte, um gegen mich zu handeln, könnte mich eigentlich trösten, da es beweist, daß man auf anderm Wege nichts vermocht hätte.

Indessen ich habe einen schönen Trost, den, daß die Wahrheit sich Bahn brechen wird, indem Gott „kein unrecht Gut gedeihen läßt". Mit einem reinen Gewissen über meine politische Vergangenheit sehe ich dem Tage der Wahrheit entgegen! Adieu. Umarme die Kinder von mir. Dein treuester Freund

Wilhelm.

27. An Major v. Roon. Berlin, 31. Dezember 1848.

Die Korrespondenz, welche zwischen Ihnen, ... meiner Frau, dem General v. Unruh und mir geführt worden ist,

hat uns leider bewiesen, daß Sie nicht mit der Freudigkeit das Amt, welches Ihnen unser Vertrauen zudachte, übernehmen konnten, welche wir vor allem wünschen müssen, wenn es zur Gedeihlichkeit gebracht werden soll. Ich muß es anerkennen, daß Sie eine Stelle bekleiden, welche gleichfalls besonderes Vertrauen Ihnen zuwies, und ich sagte es Ihnen deshalb in meinem Briefe, daß ich vermuten müsse, daß dies einen Hauptgrund abgeben möchte, der Sie abhalten könnte, zu uns zu kommen; doch glaube ich nicht, daß die Armee es Ihnen verdacht hätte, wenn Sie unserem Rufe gefolgt wären. Daß Ihre politischen Ansichten wenig mit unsern jetzigen Zuständen harmonieren, ist bei der Übernahme des Ihnen zugedachten Amtes bedenklicher; indessen ich glaubte, Sie würden sich wie wir alle in das Unvermeidliche fügen und in dieser Hinsicht gerade nur gut wirken können, da es darauf ankommt, das Pflichtgefühl zu heben, wenn man auch schwer nur sich fügt. Die Conditio sine qua non, welche Sie stellten wegen Entfernung meines Sohnes vom Hofe und von den Eltern, ist jedoch das Schlimmste. Wenn es sich um Beziehung einer Universität handelte, so würde sich das gefunden haben mit der Zeit; da Sie indessen selbst meinten, daß dies vorläufig nicht gut angehen dürfte, dagegen anführen, man werde auch in andern Städten gute Lehrer finden, so geht daraus hervor, daß Sie die Hofluft an und für sich schädlich halten. In diesem Punkte weichen nun unsere Ansichten ganz voneinander ab, und wir würden, namentlich in jetziger Zeit, unsern Sohn nicht von uns lassen, aus diesem Grunde.
Somit müssen wir einen Plan aufgeben, in dessen Erfüllung wir Eltern das Glück unseres Sohnes gesehen hatten. Es sollte nicht sein! Empfangen Sie unsern Dank für Ihre Offenheit, die Sie uns nur noch werter macht und Ihnen unsere Achtung sichert.

Ihr Prinz von Preußen.

28. Vorwort zu den „Bemerkungen zu dem Gesetzentwurfe über die deutsche Verfassung" (Dezember 1848).

Welcher deutsche Militär hätte nicht mit Spannung dem Erscheinen des verheißenen Entwurfes einer Wehrverfassung für Deutschland entgegengesehen? – einer Verfassung, welche dem ersehnten Zweck der größeren Einheit und Selbständigkeit des gesamten Vaterlandes das bereiteste Mittel, ein schlagfertiges, kriegstüchtiges Heer bieten, und durch eine wohlgeleitete Kraftentwicklung der Nation – für welche man das einstige Reichsheer doch halten muß – die Sicherheit im Innern und das Ansehen nach außen wahren sollte. Diese Spannung war durch verschiedene Vorschläge, welche, durch den Druck veröffentlicht, bei jedem erfahrenen Soldaten Zweifel und entschiedenen Widerspruch hervorriefen, noch gesteigert worden, und in der Tat durfte sich niemand die Schwierigkeiten verhehlen, die einer solchen Aufgabe entgegenstanden. Ein einheitliches Heer sollte hergestellt und doch die Sonderbedingungen der einzelnen Staaten berücksichtigt, – die gering möglichste Störung des einzelnen Individuums in seinen bürgerlichen Verhältnissen, mit einer für den Krieg völlig und ausreichend vorbereitenden Organisation in einem Wehrsystem vereinigt werden! –

Leider scheint uns der am 25. September 1848 der verfassunggebenden Reichsversammlung in ihrer 85. öffentlichen Sitzung von dem Wehrausschusse vorgelegte Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung diesen Anforderungen nicht zu entsprechen, und wenn derselbe nicht wesentliche Modifikationen erleidet, so können wir uns bei den mancherlei Verstößen und Mißgriffen der vorliegenden Arbeit einer bangen Besorgnis über die einstige Tüchtigkeit des deutschen Heeres nicht erwehren.

Auch wir erkennen

1. in der Herstellung eines einheitlichen deutschen Heeres

bei notwendiger Beachtung der Sonderbedingungen einzelner Staaten und
2. in der erstrebten Vereinigung der möglichst tüchtigen Vorbereitung für den Krieg mit der geringsten Störung des Individuums in seinen bürgerlichen Verhältnissen die Hauptaufgabe für das künftige Gesetz, bezeichnen damit aber auch zugleich den Standpunkt, von dem aus wir unsere Bemerkungen an das vom Wehrausschusse Gebotene knüpfen.
In Beziehung auf den ersten Punkt tritt der Gesetzentwurf teils zu befehlend auf, teils verliert er sich in Detailbestimmungen, statt deren er sich besser auf die Aufstellung allgemeiner Grundsätze beschränkt hätte. Da noch mehr dergleichen Detailbestimmungen durch spätere Gesetze in Aussicht gestellt werden, so hat man offenbar die Sonderstellung der Einzelstaaten zu wenig im Auge gehabt. Ist es wohl denkbar, daß Großmächte, wie Österreich und Preußen, ihre Armeen im Falle eines Krieges ausschließlich der Zentralgewalt unterordnen, ja im Frieden die Dislokation ihrer Truppen sich vorschreiben lassen werden? Ist es andererseits aber auch wohl gerecht, kleineren Staaten die notwendige Einwirkung auf ihre Kontingente zu entziehen und diese vollständig der Zentralgewalt zu übertragen, da man ihnen schon das Opfer zumutet, durch die an und für sich praktisch gerechtfertigte Zusammenlegung ihrer Kontingente zu größeren Ganzteilen einen Teil ihrer Souveränität aufzugeben? Diese Einwirkung auf Detailbestimmungen darf ihnen oder demjenigen größeren Staate unter ihnen, der den naturgemäßen Oberbefehl über einen so gebildeten Heerteil übernimmt, nicht entzogen werden.
Gerade weil wir keinen Augenblick die wirkliche Einheit Deutschlands aus den Augen verlieren und sie als den gemeinsamen Strebepunkt erkennen, wollen wir sie nicht durch eine Opposition gefährdet wissen, die zuverlässig entstehen

wird, wenn nicht billige, gleichzeitig aber auch würdige und angemessene Rücksichten auf die Lebensbedingungen der einzelnen Staaten genommen werden. Eben weil wir nicht wollen, daß eine solche Opposition das Zustandekommen einer wirklich deutschen Wehrverfassung überhaupt in Frage stellen könnte, müssen wir wünschen, den gegründeten Anforderungen der Einzelstaaten Rechnung getragen zu sehen. Hinsichtlich des zweiten Punktes gestehen wir gern, durch den Bericht des Ausschusses, daß man die preußische Wehrverfassung – weil bewährt – zum Vorbilde gewählt, angenehm – desto unangenehmer aber durch einzelne Paragraphen des Gesetzentwurfs selbst überrascht worden zu sein, der zwar die Einteilung der preußischen Wehrkraft in Linie (erster Heerbann), Landwehr ersten und zweiten Aufgebots (zweiter und dritter Heerbann) und Landsturm, neuerdings inklusive Bürgerwehr (vierter Heerbann) annimmt, das Grundprinzip aber verwirft, durch welches diese Einteilung überhaupt möglich und das ganze System einer Dauerwirkung fähig ist.

Dies Grundprinzig ist aber kein anderes als:

> Die ununterbrochene dreijährige Dienstzeit der Wehrpflichtigen bei der Fahne. – Nicht nur Abrichtung, sondern Erziehung zum Soldaten. – Keine Störung dieser ersten Erziehung durch Berechtigung des Soldaten auf Urlaub.

Wir werden später zu beweisen suchen, daß nur dadurch allein eine so gründliche Erziehung des Soldaten ermöglicht werden kann, um während der zweijährigen Beurlaubung zur Reserve (als nächste Einziehungsbereitschaft für die Kriegsstärke der Truppenteile des ersten Heerbannes) und weiterhin während der siebenjährigen Beurlaubung im ersten Aufgebot der Landwehr mit mehrmaliger kurzer Übungszeit die Mannschaften so kriegsbereit und militärisch gewöhnt zu

erhalten, daß sie sich über diese neun Jahre hinaus den soldatischen Sinn bis in das zweite Aufgebot hinein bewahren. Dies Prinzip nun sehen wir, wie gesagt, von dem Wehrausschusse gänzlich verworfen, indem sein Entwurf die Dienstzeit des ersten Heerbannes bei der Fahne auf ein unhaltbares Minimum (bei der Infanterie auf sechs Monate) verkürzt und dann das System einer fünfjährigen Beurlaubung mit mehrmonatlicher Einziehung zur Wiedereinübung annimmt.

Das ist **nicht** das preußische System! Und wenn man dessenungeachtet die Versicherung an die Spitze des Entwurfs gestellt, daß man sich das preußische System zum Vorbilde genommen habe, so kann es nur in der Absicht geschehen sein, einen guten Eindruck damit hervorzubringen, wenn man eine der preußischen ähnliche Wehrhaftigkeit als das zu erreichende Ziel aufstellte, weil Deutschland seit langer Zeit mit Vertrauen und das Ausland mit Anerkennung auf eine Wehrbereitschaft sieht, in welcher Preußen das Problem gelöst, mit den geringsten Kosten und unverhältnismäßig schwachem Friedensstande doch eine nicht allein zahlreiche, sondern auch wohlgeübte und vollständig disziplinierte Armee für den Krieg aufzustellen.

Wer aber den Zweck will, muß auch die bewährten Mittel wollen! –

Der Gesetzentwurf will aber diese bewährten Mittel nicht, welche allein das preußische Linien- und Landwehrsystem auf seinem bisherigen allgemein gewürdigten Standpunkt zu erhalten imstande waren; wenn aber trotzdem der Wehrausschuß dieses System als ein zu erreichendes Vorbild anerkennt, so können wir nur annehmen, daß er die Menge glauben machen will, durch andere, und zwar seine Mittel sei dies Vorbild unverfälscht zu erreichen.

Wir gehen weiter und behaupten, daß auch das preußische

Heer sich auf der Stufe seiner jetzigen Ausbildung und Wehrhaftigkeit nicht erhalten kann, wenn man ihm die notwendigen Mittel nehmen wollte, durch welche sie bis jetzt erreicht wurde.

Weicht nun der Gesetzentwurf hinsichtlich der kurzen Dienstzeit und des Beurlaubungssystems von dem preußischen „Vorbilde" wesentlich ab, so stellt er durch die veränderten Bestimmungen über viele andere Gegenstände, die bisher dazu beigetragen haben, die preußische Armee zu dem zu machen, was sie ist, eine Reihe von nirgends bewährten, ja teilweise sogar noch nirgends versuchten Grundsätzen auf, für die man, in dem preußischen Systeme wenigstens, vergebens nach einem Vorbilde sucht. Dazu gehören:

Die Beförderung außer der Tour durch Wahl der gleichgestellten Kameraden.

Die Wahl der Vorgesetzten bei der Landwehr durch die Untergebenen.

Die Aufhebung aller militärischen Erziehungsanstalten und der Kriegsschule.

Die Abschaffung der Ehrengerichte.

Die Überweisung der Soldaten an die Zivilgerichte wegen Bestrafung während des Friedens verübter gemeiner Verbrechen.

Die Aufhebung der Bildungsanstalten für Militärärzte.

Nur wenn man glaubt, daß alle diese Einrichtungen, jede nach ihrem Teile, nichts zu dem beigetragen haben, was die preußische Armee im Laufe der Zeit geworden – nur dann würde eine Aufhebung oder wesentliche Modifizierung derselben gerechtfertigt sein. Wir erheben uns aber entschieden gegen eine solche Annahme und erkennen vielmehr in der geordneten und sorgfältig überwachten Zusammenwirkung aller dieser Einzelheiten sowie in dem ungestörten Ineinandergreifen derselben als Mittel zum Zweck den einzigen Grund, welcher dieser Armee die so schmeichelhafte Aner-

kennung des Wehrausschusses überhaupt verschaffen konnte, ihrer Organisation als einem Vorbilde nachzustreben.
Wer diese Mittel ändert, erdrückt den echten militärischen Geist des Heeres und überläßt sich Illusionen, über die er dereinst und dann wahrscheinlich zu spät – weil auf dem Schlachtfelde – enttäuscht werden dürfte!
Aus den hiermit angedeuteten Gesichtspunkten haben wir den ganzen Gesetzentwurf einer Umarbeitung unterworfen, dabei aber den ursprünglichen Text soviel als möglich beizubehalten versucht. Um für den Leser eine leichtere Übersicht zu gewinnen, ließen wir dem Wortlaut jedes Paragraphen unseren Vorschlag zur Abänderung desselben (jede abweichende Fassung durch andere Schrift erkennbar) und diesem die Anführung unserer Gründe folgen.
Feind aller Theorien, die sich noch durch keine Praxis bewährt, hoffen wir in diesen Blättern unser Scherflein zu dem hochwichtigen Werke beigetragen zu haben, auf dessen Vollendung Deutschland mit Hoffnung und Besorgnis hinsieht. Darum erwarte man auch nur die Sprache des Praktikers, der seine auf lange Erfahrung und glückliche Erfolge gestützten Ansichten zum Wohl des Ganzen hier niederlegt. Sollte es diesen Ansichten gelingen, Einfluß auf die definitive Feststellung der deutschen Wehrverfassung zu gewinnen, sollte durch Beachtung derselben das deutsche Vaterland dereinst ein ebenso mutiges als geistig und körperlich durchgebildetes, vor allem aber fest diszipliniertes Heer entstehen sehen, so würden wir darin den schönsten Lohn für unsern redlichen Willen erkennen.

29. An Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

Februar 1849.

Wenn ich immer zögerte, Dir auf Deinen Brief vom 29. v. Mts. zu antworten, so geschah es, weil wir von Tag zu Tag

der Gegenerklärung Österreichs auf unsere Note vom 23. Januar entgegensahen. Nun ist sie eingetroffen, und es wird allerdings die ganze Sachlage durch dieselbe etwas schwieriger, wie vorherzusehen war. Indessen unser Zweck ist erreicht, Österreich hat sich ausgesprochen. Wir haben nie daran gedacht und denken auch heute noch nicht daran, uns gegen Österreich zu stellen. Es wird also nun darauf ankommen, in welcher Art bei den ferneren Verhandlungen in Frankfurt a. M. wir zwei Großmächte uns begegnen und nähern werden. Mir scheint dazu alle Gelegenheit vorhanden, wenn nur die zweite Lesung der Verfassung, die vorläufig auf nächsten Montag angesetzt ist, etwas hinausgeschoben wird. Deine Bemerkung über die Stellung Österreichs neben Deutschland erscheint mir die ganz richtige. Wenn aber Österreich erklärt, in Deutschland bleiben zu wollen, wird es sich durch die Verhandlungen in Frankfurt erst ergeben, wie es dies versteht und auszuführen gedenkt, und was die übrigen Staaten dazu sagen werden. Hierzu wird freilich eine Verständigung der Fürsten nötig sein. Ob ein Königskollegium zustande kommt, muß sich gleichfalls aus den bei Camphausen eingehenden Vorlagen ergeben. Wäre Österreich auf die Stellung eingegangen, sich neben Deutschland zu stellen – die ich als die allein richtige betrachte –, so wäre es gewiß dazu gekommen, Preußen, wenn auch nur als Reichsverweser, vorläufig zeitlebens, dann später vielleicht erblich, an die Spitze des engeren Deutschlands zu stellen. Doch hätte dies auch wiederum von den Fürsten abgehangen, da der König nur von ihnen und niemals allein von der Nationalversammlung eine solche Stellung annehmen würde. – Käme eine solche Nebeneinanderstellung Deutschlands und Österreichs noch zustande, so muß dahin gestrebt werden, daß ein so enges Bündnis zwischen ihnen erzielt wird, daß sie zusammen nach außen als eins

erscheinen und in bezug auf das ius belli et pacis in das engste, untrennbarste Bündnis treten. Eine gegenseitige Garantie des Besitzstandes, im Fall eines Angriffs, wäre wohl kein zu hoher Preis für eine solche Nebeneinanderstellung! Daß Österreich seine besondere Diplomatie behält, erscheint unter allen Umständen in der Natur der Dinge zu liegen. Wenn ich soweit Deine Fragen beantwortet habe, so siehst Du doch ein, daß es eigentlich noch zu früh war, zu antworten, weil alles noch schwankt.

30. An Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

12. Februar 1849.

Ich sollte glauben, die Erfahrungen, die wir gemacht haben, würden jeder andern Regierung die Augen öffnen, wohin Schwäche des Gouvernements führt, und wie sich sofort alles zum Guten umgestaltet, sobald von demselben Kraft, Energie und Konsequenz gezeigt wird. Nicht nur bei uns, sondern überall zeigt es sich, daß die Regierungen sich vor einer Handvoll miserabler Menschen beugen, die nicht einen Funken Courage haben, wenn sie auf diese irgendwo stoßen; ihre Parole ist eben: tout oser, unsere Parole muß sein: oser davantage. Also nur Kraft, Mut und Ausdauer! Dazu hast Du doch eine zu schöne und gute Geschichte Deines Landes und Deiner Familie, um wohlfeilen Kaufs Dein Ansehen preiszugeben.

Vor allem löse deinen Landtag nicht auf, wie Du es im Schilde führst; der ist ein Anker, den Du nicht lösen darfst. Auch wir haben unsern Provinziallandtag noch nicht aufgelöst. Das kann erst geschehen, wenn die neuen Verhältnisse vollständig reguliert sind. Handelt man anders, so heißt das absichtlich die Schiffe hinter sich abbrennen. Das tut man, wenn man einen edlen Zweck vor sich hat, wo es heißt: siegen oder sterben. So etwas darf man aber nicht

tun, wenn man sich im Zustande der Notwehr gegen unberechtigte Übergriffe befindet. Du und Dein Minister haben bisher weder auf die Ansicht von Strelitz noch auf die unseres Königs gehört. Ich habe es demungeachtet für zu wichtig gehalten, Dir auch meine Ansicht auszusprechen, damit Du siehst, daß auch ich von einem gewiß ruhigen und unparteiischen Standpunkt aus dieselben Vorstellungen Dir machen muß, wozu mir Dein im letzten Brief bewiesenes Vertrauen von neuem ein Anrecht gab.

31. An General O. v. Natzmer. Berlin, 20. Mai 1849.

Was werden Sie von mir denken, daß ich zwei Monate lang Ihren Brief zu meinem Geburtstage unbeantwortet ließ? Eine Entschuldigung liegt darin, daß ich gleich nach dem 22. März eine rosenartige Entzündung der rechten Hand hatte, die mich vier Wochen am Schreiben hinderte; dann aber sind die Zeiten derart, daß, obgleich ich nichts zu tun habe, dennoch zu nichts Zeit habe, so wird man überlaufen mit guten und schlechten Ratschlägen. Ein Glück, wenn man den Kopf klar sich dabei erhält und besonnen bleibt. Nun also tausend Dank für Ihr Andenken in dieser schweren Zeit. Die neue Krisis, in der wir uns befinden, ist gewaltiger als die des Novembers, und doch bin ich nicht so besorgt, als ich es damals einige Zeit lang war, bevor man es sah, was ich immer geglaubt hatte, — daß es noch Treue und Anhänglichkeit an das Königtum bei uns gebe. Auf diese Gesinnung stütze ich mich jetzt! Obgleich wir furchtbare Erfahrungen bereits gemacht haben, so kehrt die Vernunft teilweis von selbst, teils durch die Bajonette zurück. Nach der errungenen sogenannten Freiheit befinden wir uns in der Lage, durch Ausnahmemaßregeln den unglücklichen Zustand ortsweise wiederherzustellen, unter dem wir sonst geschmachtet haben sollen, und dabei befindet sich dann

jeder wohl! Es muß der alte Zustand also doch nicht so übel gewesen sein! – Jetzt wünsche ich nur, daß die westfälischen Gegenden und Baden, die Pfalz usw. noch länger den Zustand genössen, in den sie sich aus sogenannter Deutschtümelei versetzt haben, d. h. in die Republik, damit sie von selbst diesen Alp abzuwälzen wünschen möchten. Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht. Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiß Gott allein! Aber daß Preußen bestimmt ist, an die Spitze Deutschlands zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte, – aber das Wann und Wie, darauf kommt es an.

Daß ich bei meiner ledernen Natur, die man vielleicht praktisch nennen könnte, viel Anstoß in der phantastischen Professorenzeit gebe, können Sie denken. Wir wollen nur abwarten, wer zuletzt recht behält.

Dem Himmel sei Dank, daß der blaue Rock, wo er sich zeigt, bisher immer noch siegte, manchmal nur durch sein Erscheinen. Möge es so bleiben und die Schmach der Westfalen getilgt werden. Ernste Tage stehen uns bevor; wir ziehen eine Armee gegen rheinseits zusammen à tout événement. Nun Gott mit uns! Ihrer Frau viel Herzliches.

Ihr treuer Prinz von Preußen.

32. An Freiherrn v. Stillfried. [Berlin,] 26. Mai 1849.

Ihr Schreiben vom 16. d. Mts. ist mir richtig zugegangen, und erkenne ich aus demselben Ihre Anhänglichkeit an den König und sein Haus. Wenn Sie sagen, daß die deutsche Einheitsidee auch in Pommern Anklang findet und man die Annahme der deutschen Verfassung wünsche, wie sie aus zweiter Lesung hervorgegangen ist, so bin ich von dem Wunsche jener Einheit ebenso durchdrungen wie irgend jemand. Aber gerade darum bin ich ganz entschieden gegen

die Annahme jener Verfassung und kann nur die Weisheit des Königs loben, daß er sie so, wie sie ist, nicht annahm. Ich ersuche Sie, die Personen, welches Ranges und Standes sie sein mögen, die sich für Annahme der Verfassung aussprechen, zu fragen, ob sie dieselbe Paragraph für Paragraph gelesen haben, und wenn dies geschehen, ob sie die Paragraphen genau geprüft haben und sich davon überzeugt halten, daß die Stellung, die man dem sogenannten Kaiser gegeben hat, eine solche ist, die Macht und Kraft verleiht, um dem gesamten Deutschland zum Heile zu gereichen? Eine solche Prüfung wird ergeben, daß alle Macht dem Parlamente gegeben ist und das Oberhaupt nur zum Schein besteht, dessen man sich bei Gelegenheit entledigen kann, um zur Republik zu gelangen. Die Republikaner wissen sehr wohl, daß Preußen aus diesen Gründen die Krone ablehnte; daher haben sie schon jetzt die Maske abgeworfen und suchen sofort auf dem Wege der Empörung gleich zu erreichen, was ihnen sonst noch jahrelange Anstrengung gekostet hätte, sie aber sicherer zum Ziele führte, wenn sie ein Schattenbild vom Kaiser geschaffen hätten. Dies kann nicht der Gang sein, den die treuen Pommern gehen wollen, und es kommt nur darauf an, ihnen dies alles klarzumachen, statt nachzusprechen, was die Wühler erzählen. In wenigen Tagen wird der König sprechen, und die, welche hören, sehen und verstehen wollen, werden ihn preisen für den Gang, den er geht. Die niederliegenden materiellen Interessen werden aufblühen, wenn Ordnung und Gesetz hergestellt sind; das Ministerium, was Vertrauen und nicht Mißtrauen verdient, arbeitet unablässig an den Vorlagen dazu. Daher nur Mut gefaßt zum König, und Preußens Geschick wird sich erfüllen, d. h. es muß an die Spitze Deutschlands kommen, aber auf eine Art, die Dauer und Heil verspricht, und beides erreicht man nur durch

Kraft und Konsequenz; und indem man die Rechte anderer berücksichtigt und betont, erhält man sich sein eigenes Recht.

Ihr Prinz von Preußen.

33. Denkschrift des Prinzen von Preußen über die Revision der preußischen Verfassung vom 5. Dezember 1848.

11. Dezember 1849.

In einem Augenblicke Berlin verlassend, wo die wichtigsten Fragen zur Entscheidung kommen werden, von denen die ganze Zukunft Preußens abhängt, fühle ich mich in meinem Gewissen gedrängt, vermöge meiner Stellung im Staat, folgende Betrachtungen niederzuschreiben.

Preußen hat sich von seinem tiefen Falle im Jahre 1848 auf eine bewunderungswürdige Weise schnell erhoben. Der Entschiedenheit des Königs im Prinzip, bei der Wahl des Ministeriums Brandenburg, der Energie, Besonnenheit und Umsicht der Männer, welche dies Ministerium bilden, ist zunächst dieses glückliche Ergebnis zu verdanken; demnächst aber dem gesunden Sinne der Masse des Volkes, der aus demselben hervorgegangenen ehrenhaften und siegreichen Armee und den Anstrengungen der konservativen Partei seit dem Sommer und Herbst 1848. Woher rührt aber der noch gesunde Sinn des Volkes, durch welchen es gelungen ist, Preußen wiederum zu erheben? Daher, daß wir bisher keine Institutionen besaßen, die das Zerwürfnis und das Mißtrauen zwischen Thron und Volk öffentlich nährten. Bei unsern deutschen Nachbarländern ist ein solches Feststehen und Erheben wie in Preußen nicht bemerkbar geworden; sie sind vermöge ihrer Institutionen seit 20 bis 30 Jahren nach und nach so weit unterwühlt worden, daß der Boden völlig wankend geworden ist. Seit den verhängnisvollen Ereignissen des Jahres 1848 ist Preußen nunmehr auch in die Notwendigkeit gekommen, Institutionen

sich zu geben, die 100 Prozent gefährlicher sind, als die waren, welche unsere Nachbarn seit jener langen Reihe von Jahren besaßen. Wenn jene eines so langen Zeitraums bedurften, um unterminiert zu werden, wie lange wird es nunmehr noch in Preußen dauern, mit so viel gefährlicheren Einrichtungen, um völlig aufgelockert zu werden? Das Land vor dieser Auflockerung zu bewahren, das ist die Aufgabe der Staatsweisheit bei dem Inslebenführen der nun einmal nötig gewordenen Regierungsformen. Hierhin gehört also vor allem die Verfassung selbst und die Gesetzgebung.

A. Die Verfassung, so wie sie am 5. Dezember 1848 erlassen wurde, hat keinem von denen, die sie unterschrieben, zugesagt als etwas Haltbares; sie sowie alle Wohldenkenden hofften auf eine wesentliche Verbesserung in konservativem Sinne durch die Revision in den Kammern. Daher rührten die Anstrengungen der Konservativen, auf die Wahlen zu wirken; diese Anstrengungen krönte der Erfolg, sowie das Verspielen der Demokraten durch Nichtwahl. Ebenso ist in manchen Punkten dann auch die Hoffnung in Erfüllung gegangen, die Verfassung verbessert zu sehen. Aber sie enthält immer noch so viel hauptdemokratische Bestimmungen, daß es nunmehr, wo es zum Abschluß kommen soll, eine unabweisliche Gewissenssache ist, nicht nur die unvereinbarten Paragraphen zwischen beiden Kammern im konservativen Sinne zu entscheiden, sondern auch noch anderweite Änderungen vorzunehmen. In diesem Sinne ist mir vom Chef der Bank, Hansemann, eine umgearbeitete Verfassung vorgelegt worden, welche die höchste Aufmerksamkeit verdient. Weit entfernt, die Auffassung der §§ 105 und 108 zu teilen, mit welcher man einen Handel zu treiben gedenkt, um dagegen anderes zu zedieren, so enthält die Umarbeitung doch sehr viel Konservatives. Da diese Arbeit unstreitig dem Staatsministerium schon vorliegt, so füge ich in der

Anlage meine Bemerkungen bei, zu welchen ich mich veranlaßt gesehen habe. Die Punkte, auf welche ich mein Hauptaugenmerk richte, welche einer andern Bestimmung bedürfen, bei endlicher Feststellung der Verfassung, sind folgende:

a) Die Zivilehe ist nicht als Bedingung zur priesterlichen Einsegnung hinzustellen. Die Bestimmung, wie sie jetzt lautet, muß zum Wanken aller Moralität führen; diese ist schon so untergraben, daß sie nicht noch verfassungsmäßig genährt werden darf, was aber geschieht, wenn die Ehe des religiösen Kleides beraubt wird.

b) Dem Versammlungs- und Vereinsrechte müssen im Prinzipe entschiedene Beschränkungen in der Verfassung entgegengesetzt werden. Selbst nach den letztergangenen Bestimmungen ist die Auflösung des Staates in wenig Jahren unvermeidlich. Ja, die Macht, auf der allein die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Ordnung und Gesetzlichkeit noch beruht, die Armee, muß in wenig Jahren zugrunde gehen mit jenen Bestimmungen. Wenn auch der Soldat bei der Fahne nach Möglichkeit von Versammlungen abgehalten wird, so ist doch den Beurlaubten der Linie und Landwehr, der heranwachsenden Jugend, die als Ersatz in die Armee tritt, der Besuch der politisch vergiftenden Versammlungen nicht zu untersagen möglich. Ist dies Gift aber erst jahrelang genährt, werden dann die Erscheinungen, die wir jetzt schon bei der Landwehr, namentlich nach wenig Monaten der Vergiftung der politischen Atmosphäre, erlebten, ihr Bewenden haben? Werden nicht unausbleiblich die Folgen, welche in andern Ländern mehr oder minder eintraten, auch in Preußens Heer sich zeigen? So ist also die Gefahr nach allen Seiten augenscheinlich!

c) Die Bestimmungen über Lehen und Fideikommisse dürfen nur so gefaßt werden, wie ich es ad § 38 in der Anlage be-

zeichnet habe. Die Beschränkung bei künftigen Stiftungen der Art ist nach dem englischen Grundsatz entnommen; nur die Erlaubnis, nicht die gesetzliche Forderung zur Umwandlung in freies Eigentum ist auszusprechen; dies ist nicht nur notwendig, um die Bildung einer vernünftigen Ersten Kammer möglich zu machen, sondern auch deshalb, um den Paragraphen wahr zu machen, daß das Eigentum gewährleistet ist.

d) Die Bildung einer wahrhaft konservativen Ersten Kammer ist die Lebensfrage der ganzen Zukunft, so wie dies Wahlgesetz für die Zweite Kammer es gleichfalls ist. Die Erste Kammer muß im Prinzipe dem englischen Oberhause nachgebildet werden. Glaubt man dies Prinzip nur durchführen zu können, wenn man einige demokratische Beimischung gestattet, so möge es in möglichst geringem Maße geschehen. Das Wahlgesetz für die Zweite Kammer muß so modifiziert werden, daß man die möglichste Wahrscheinlichkeit hat, auch bei Beteiligung der Demokratie an den Wahlen eine konservative Majorität zu erlangen. Jetzt ist das Hazardspiel zu groß!

e) Wenn zwar eine große Beschränkung der Selbständigkeit der Richter nicht tunlich ist, so scheint es doch unumgänglich nötig, die Bestimmung zu modifizieren, daß vorläufige Amtssuspension und unfreiwillige Versetzung nur durch richterlichen Beschluß erfolgen könne. Eine Ausführung dieser Notwendigkeit erscheint überflüssig, da die Erfahrung der letzten Monate hinreichende Motive an die Hand gibt!

f) Die Streitfrage beider Kammern über die Steuerverweigerung muß im Sinne des Urtextes der Verfassung erledigt werden (§§ 98, 108). Die Ansicht der Zweiten Kammer verlegt das Veto des Königs in die Kammern; dies ist auch die Absicht der Demokraten. Durch die Steuerverweigerung im Prinzipe ist die Krone völlig in den Händen der Kammern.

In dem monarchisch-konstitutionellen Staate muß aber das Veto beim König sein; sonst ist er nur Präsident einer Korporation. Bei dieser Frage ist kein Transigieren mit der Bewegungspartei erlaubt!

B. Die Gesetzgebung, wie sie sofort nach den Märzereignissen angebahnt wurde, trug in einem Grade das Gepräge der Übereilung, der Konzessionen, die vielleicht der unglückliche Augenblick mit sich führte, an sich, daß niemand es für möglich hielt, daß dergleichen Prinzipien zur Ausführung kommen würden. Jedermann hoffte auf den Umschwung der Verhältnisse zum Guten, um von der unheilvollen gesetzgeberischen Bahn abzulenken. Dieser Umschwung trat im November 1848 ein. Das eintretende Ministerium rettete das Vaterland! Trotz der unhaltbaren Verfassung unterstützte man es, um, wie vorhin gesagt, eine bessere zu erhalten, und zugleich hoffte man, durch gute Kammern das Ministerium zu stärken und zu vermögen, die Initiative in einer konservativen Gesetzgebung zu ergreifen. Diese guten Kammern (proportion gardée) sind erlangt, – aber die Gesetzgebung ist im Gleise der Märztage verblieben, und die Forderungen der konservativen, nicht extremen Partei, denen sich das Ministerium nur anzuschließen brauchte, wenn es die Initiative nicht ergreifen wollte, – werden zurückgewiesen! Die Gesetze über die Ablösungen, in welchen sogar die regreßmäßig feststehenden Stipulationen nicht respektiert werden; die Ablösung der Forstservitute, die, wenn sie durch Vernichtung eines großen Teils der Waldungen reguliert werden, als Holz- usw. Diebstahl fortbestehen werden; die Kommunalordnung, die droht, durch völlige Auflösung aller bestehenden Verhältnisse eine Zukunft zu bereiten, wie sie Baden hauptsächlich durch seine Kommunalordnung erlebte; das projektiert gewesene Grundsteuergesetz ohne Entschädigungen – alle diese Gesetze er-

wecken eine unbegrenzte Rechtsunsicherheit bei der untersten Klasse der Einwohner, weil sie durch die nun gesetzlich ihrer Gutsherrschaft abgesprochenen Rechte in dem Glauben bestätigt werden, daß alles Bisherige zu Unrecht bestand und das Fortbestehende ebenfalls zu Unrecht besteht. So wird das Gefühl für Recht, Besitz, Abhängigkeit und Gehorsam von irgendeiner Autorität im Volke immer schwächer und der Demokratie der Eingang erleichtert! Und die Klasse der Besitzenden, denen durch jene Gesetzgebung auf das härteste zu nahe getreten wird? Es ist im großen Durchschnitt die Klasse, welche nach der ersten Betäubung der Märzereignisse, die nie genug anzuerkennende Tätigkeit, Hingebung, Aufopferung bewies, um das Vaterland durch Wort und Tat retten zu helfen, und das jetzige Ministerium in allem unterstützte, um es zu erhalten und zu stützen. Und was für ein Lohn wird dieser höheren, besitzenden Klasse für solche Handlungen? Sie wird fast an den Bettelstab gebracht. Sie verlangt ja keineswegs, daß alles beim alten bleibt, sie ist ja zum Opfer bereit, – aber sie verlangt mit Recht Billigkeit von der Gesetzgebung und nicht Parteinahme für die untere Klasse. – Hier ist ein Einlenken durchaus notwendig.

Also: sowohl bei der letzten Feststellung der Verfassung als bei der der einzelnen Gesetze muß das Staatsministerium sich nochmals die ernste Frage vorlegen, ob mit der Emanierung in der jetzigen Gestalt die Zukunft Preußens gesichert, möglich, oder nicht vielmehr auf immer gefährdet ist. Das Staatsministerium muß dabei bedenken, daß der König die Verfassung beschwören soll. Gegen sein Gewissen kann niemand ein Ding beschwören. Das bedenke man, wenn man dem Könige gegenüber eine Vereinbarung mit ihm im Auge hat. Schon einmal hat der König am 5. Dezember 1848 dem Staatsministerium nachgegeben und die Ver-

fassung unterschrieben und publizieren lassen gegen seine bessere Überzeugung; aber es war kein definitives Werk, es war ein Versuch, im Moment der höchsten Krisis, mit der Hoffnung auf Besserung. Die Besserung ist teilweise erfolgt, sie ist noch nicht erschöpfend. Jetzt soll der König das Werk durch den Eid erhärten. Da ist kein Zurücktritt mehr möglich! – Dies vergegenwärtige sich ein jeder! Besser ein Aufschub des Königs Beeidigung als ein übereiltes Werk. Die Feststellung des Erfurter Verfassungswerkes kann leicht zu einem solchen Aufschub benutzt werden.
Wir gehen unbedingt neuen Krisen entgegen. Alles deutet darauf hin. Im März 1848 ahnte man nicht die nahe Gefahr; man war nicht auf dieselbe vorbereitet, und man war außer aller Fühlung mit den Fäden der revolutionären Partei gekommen. Ich habe unendlich oft darauf hingewiesen und habe den Beinamen des Revolutionsriechers deshalb erhalten. Jetzt liegt die Erfahrung hinter uns und die noch größere Gefahr offen und gekannt vor uns. Wiederum mache ich darauf aufmerksam, damit man nicht überrascht werde. Wenn man auch hoffen darf, durch größere Streitkräfte in ausharrendem Kampfe Herr einer Bewegung zu werden, so vergesse man nicht, daß unsere Gegner dies wissen, aber auch ihrerseits gelernt haben und von Rache gestachelt werden, das ganz zu erreichen, was sie beim ersten Male nur teilweise erreichten – und doch, was und wieviel erreichten sie schon!! – Möge man die Fäden in der Hand haben, die zum Überwachen der republikanischen Pläne nötig sind. Was ich während meines Hierseins bemerkte und erfuhr, beweist mir, daß man nicht im Besitze der Fäden zu sein scheint. Denn Waldecks Triumphzug usw. durfte nicht stattfinden, und wenn auch alle Konstabler bei der Volkszählung beschäftigt waren. Es mangelt an Umsicht bei einem vorher bekannten und gekannten Akt. Es erinnert

dies zu sehr an die Sorglosigkeit der Tage vom 13. bis 18. März 1848. Dies erfüllt mich mit Bangigkeit für Berlin – wieviel mehr sind Rückschlüsse auf die Provinzen erlaubt! Wenn keine strengere Überwachung der Arbeitervereine stattfindet, die über ganz Deutschland verbreitet sind, so gehen wir den Erlebnissen von 1848 entgegen. Man gedenke dereinst dieser Zeilen.

34. An den Minister des Innern Freiherrn v. Manteuffel.

Karlsruhe, 29. Januar 1850.

Meinen Glückwunsch zu dem erfochtenen schweren Siege! Ehre dem König, der in seinem Wissen fühlte, was not tat; Ehre dem Ministerium, das nach manchem Kampfe die Ansicht des Königs zur seinigen machte und für dieselbe stehen oder fallen wollte; Ehre aber auch der Kammer, die in ihrer Majorität über sich selbst siegte, da der Patriotismus stärker war als verletzte Eitelkeit und getäuschte Hoffnung. Diese letzte Ansicht gibt mir Vertrauen für unsere Zukunft, indem der Beweis gegeben ist, daß in so kritischen Momenten der gesunde, patriotische, ehrenhafte Sinn die Oberhand erhält.

Ihre ruhige, feste, würdevolle Sprache am 26. ist in meinen Augen eine der Hauptwaffen zum Siege gewesen! Möge nun nur die Erste Kammer nicht konfus sich benehmen, dann sind wir durch. Doch bin ich begierig, wie in den abvotierten Paragraphen entschieden werden wird!

In welcher Spannung wir hier lebten, können Sie sich denken! Grüßen Sie Ihre Kollegen und sprechen Sie ihnen meine Anerkennung für ihr patriotisches, energisches Benehmen aus! In vier Wochen werden sich die günstigen Folgen in Deutschland über unsere nun gesicherten Verhältnisse zeigen, wenn erst die Presse ihre Galle gehörig ausgeschüttet haben wird. Die Vorsehung hat Preußen nicht

im Stiche gelassen; aber oft dürfen wir sie so doch nicht versuchen!

Ihr Prinz von Preußen.

35. An General O. v. Natzmer. Coblenz, 9. April 1850.

Unter den vielen Wünschen, die ich zum 22. März erhielt, haben Sie gewußt mir eine besondere Freude zu machen. Sie sprechen sich so freundlich über das aus, was ich zu leisten so glücklich war, nach dem Befehle des Königs. Sie erinnern mich an Memel, Frankreich und spätere Tage. Aber Sie verschweigen eines; das ist der Teil, den gerade Sie an meiner militärischen Ausbildung gehabt haben. Die Art und Weise, wie Sie auf mich eingewirkt haben in dieser Beziehung, kann Ihnen nicht entgangen sein, denn sie war ja oft direkt als Lehrer, dann aber indirekt, weil ich von frühester Jugend an sah, wie der selige König auf Sie hielt, und wie er Sie vorzugsweise brauchte, Ihnen vertraute, so daß ich stets auf Sie als ein Beispiel zur Befolgung blickte. So konnte es nicht fehlen, daß mich besonderes Vertrauen zu Ihnen hinzog, und daß ich mich auch des Ihrigen zu erfreuen habe.

Darum sage ich Ihnen doppelt und dreifach Dank, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihnen hier nicht nur meinen Dank für ihren letzten lieben Brief und seine Wünsche auszusprechen, sondern für alles, was Sie mir in meinem Leben gewesen sind. Alle diejenigen, welche sich bewußt sind, mir auf meiner kriegerischen Laufbahn lehrreich beigestanden zu haben, müssen daher meine, unter Gottes Beistand errungenen siegreichen Ereignisse des vorigen Jahres mitgefeiert haben als ihr eigenes Werk, da sie den Zögling zum erstenmal im Ernst bestehen sahen! Tausend Schönes Ihrer Gemahlin. Mit treuester Dankbarkeit

Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

36. Denkschrift des Prinzen von Preußen über die deutsche Frage.

Berlin, 19. Mai 1850.

Preußens Geschichte gibt Zeugnis, daß seine Regenten zu allen Zeiten die Zeit richtig verstanden, in welcher sie regierten, die Bedürfnisse derselben mit den Mitteln der Zeit zu regeln wußten. Preußen sollte in diesem Sinne seit der jetzigen Regierung auf eine Bahn von Institutionen geleitet werden, die zeitgemäß war: die bei ruhiger Entwicklung die Auswüchse der Zeit zu vermeiden imstande gewesen wäre.

Die Katastrophe von 1848 hat mit einem Schlage diese ruhige Entwicklung gestört; man ist durch Konzessionen weit über das mögliche Ziel, was eine Regierung möglich macht, hinausgeschossen.

Die Aufgabe ist nun also, auf gesetzlichem Wege die Auswüchse dieses Überschießens nach und nach zu beseitigen. Das Berliner und Erfurter Parlament hat hierzu, für die gegebenen Umstände, nach Möglichkeit die Hand geboten, Preußen darauf in Zeit von 1½ Jahren in eine Lage bereits versetzt, die die Erwartungen billiger Hoffnungen übertrifft. Auf dieser Bahn muß die Regierung unablässig ihre Kräfte entwickeln, damit dieselbe eine einige und starke wieder werde, das Königtum das Haupt und die Stütze des Staates bleibe. Wenn die Regierung mit weiser Mäßigung Schritt an Schritt, dies Ziel im Auge habend, vorschreitet, so wird es nach und nach gelingen, aus der Verfassung die noch zu demokratischen Elemente zu entfernen. Nur muß dabei der Zeit ein gutes Teil überlassen werden; denn so wie dieselbe seit 1½ Jahren die Unvernunft und den momentanen Schwindel der Gemüter bereits umgestaltet hat, ebenso darf erwartet werden, daß die Erfahrung ferner einwirken wird. Preußens geschichtliche Entwicklung deutet darauf hin, daß es berufen ist, einst an die Spitze Deutschlands zu treten.

Die Wiener Kongreßbestimmungen hinsichtlich der Länderverteilung zeigen bezüglich auf Preußen deutlich, daß man auf alle Weise diese Entwicklung hindern wollte. Die abnorme Einteilung Preußens in zwei getrennte Hälften hatte wohl keinen andern Grund als den, dasselbe nicht einig und daher nicht mächtig werden zu lassen. Trotz dieser Länderzerstücklung ist jene Absicht vereitelt worden. Preußen hat sich intellektuell gehoben, durch seine Institutionen dem vernünftigen Fortschritt gehuldigt, durch seine Wehrverfassung eine ungewöhnliche Kraftentwicklung ermöglicht. Daher waren auch die Augen von ganz Deutschland auf dasselbe gerichtet; es wurde gefürchtet, weil es beneidet wurde. Der Zollverband bahnte zuerst eine wirkliche politische Einigung Deutschlands an. Bei jeder Gefahr von außen richteten sich die Blicke von ganz Deutschland auf Preußen als die rettende Macht (1830–1840). Als 1848 die Revolution in Frankreich ausbrach, anfing, in Deutschland Anklang zu finden, wendeten sich die Südstaaten desselben durch eine Mission an Preußen, um es an die Spitze des gesamten Deutschland zu stellen. Aus Pietät gegen Österreich fanden frühere Insinuationen dieser Art keinen Anklang. Als aber die Nachricht der Wiener Revolution in Berlin eintraf (16. März), war kein Augenblick zu verlieren. Das Manifest am 18. März morgens kündigte die Intention des Königs an. Die Katastrophe des 19. März vereitelte alles! – Trotz Preußens Ohnmacht bis zum November 1848 war dennoch das Gefühl verschleiert vorhanden, daß Preußen allein Rettung aus den Gefahren leisten werde; mit dem 11. November wurde dies Gefühl klarer. Trotz allen Mangels an Sympathie für Preußen, trotz aller Machinationen in Frankfurt a. M., wuchs das Gefühl der Notwendigkeit, sich auf Preußen zu stützen. Es erfolgte die ominöse Kaiserwahl als klarer Beweis dieser

Notwendigkeit, jedoch basiert auf einem Boden, der unhaltbar war.
Aus diesem Umstande wies Preußen diese Wahl zurück, und demungeachtet erklärten 28 Regierungen, bei derselben und der ominösen Verfassung beharren zu wollen. Mit jener Kaiserwahl war Preußen ein Anrecht auf das Haupt Deutschlands zugefallen, d. h. in der Regelung der Zukunft Deutschlands die Initiative zu ergreifen. Bei der Zurückweisung derselben war Preußen verpflichtet, seine Gründe hierzu öffentlich darzulegen. Aber bei der ganzen Lage, in welcher sich Deutschland nunmehr befand, war Preußen gleichzeitig verpflichtet, Vorschläge zu machen, was es an die Stelle des ihm Gebotenen zu setzen gedenke, um das gesamte Vaterland aus der eminenten Krisis zu ziehen, in welcher es sich durch jene Zurückweisung befand. Im Vertrage des 26. Mai bot es nunmehr allen Staaten, die sich freiwillig demselben anschließen wollten, die Hand, um sie vor Anarchie zu schützen und einen geregelten Zustand herbeizuführen, gestützt auf die Verheißungen aller deutschen Staaten, die im Frühjahr 1848 gemacht waren, sowie auf die preußische Zirkularnote vom 23. Januar 1849. Der in dieser Note vorgesehene Fall, daß Österreich wohl die Rechte beanspruchen werde, die eine neue Gestaltung Deutschlands ihm zuweise, ohne die Pflichten übernehmen zu wollen, war durch die österreichische Verfassung vom 4. März 1849 eingetreten, sowie durch die frühere Erklärung von Kremsier. Es konnte daher dem nunmehr zu einer Gesamtmonarchie erklärten Österreich nur eine Stellung neben Deutschland angewiesen werden, welche es aber mit demselben in eine enge Alliance oder Union bringen sollte. Daß durch eine solche Stellung eine Parität zwischen Preußen und Österreich zur Notwendigkeit wurde, ist einleuchtend; sie war bereits dadurch bedingt, daß Preußen seit Eintritt aller

seiner Länder in den Deutschen Bund ein Übergewicht an Einwohnern gegen Österreich in demselben erlangte (16 Millionen gegen 11 Millionen). Diese Parität hatte Österreich auch öffentlich anerkannt durch Einsetzung des Interims zu Frankfurt a. M. vom 30. September bis 1. Mai. – Nachdem 24 Staaten dem Vertrage vom 26. Mai 1849 beigetreten und zwei von ihnen später wieder teilweise oder ganz ausgetreten waren, verharrte Österreich in fortgesetzter Opposition gegen die Union. Nichtsdestoweniger schritt dieselbe konsequent in ihrem Vorhaben fort, bis zu dem nunmehr beendeten Fürstenkongreß. Die vom Erfurter Parlament verbesserte Verfassung enthält indessen noch so viele demokratische Elemente, daß bei endlicher Feststellung derselben von den Regierungen noch wesentliche Verbesserungen verlangt werden. Auf dem betretenen Wege aber muß Preußen mit den unierten Fürsten vorwärts schreiten, wenn es nicht diese im Stiche lassen will, sich der größten Inkonsequenz schuldig machen und mit Recht alles und jedes Vertrauen vor der Welt verscherzen will. Es sei denn, das Nichtglaubliche träte ein, daß in Frankfurt a. M. von seiten Österreichs Propositionen gemacht würden, die ein viel Besseres enthielten als die Union, und die geeignet wären, das gestellte Problem einer größeren Einigung aller deutschen Staaten besser zu lösen, als es die preußische Einladung vom 26. Mai 1849 vermag.

Österreichs Opposition gegen die Union entspringt aus der Ansicht, daß es durch dieselbe aus Deutschland gestoßen werde, und daß dieselbe gegen § 11 der Bundesakte laufe. Nachdem die vier Königreiche der Union gleich Österreich nicht beigetreten sind, wird doch niemand behaupten wollen, daß die Union allein Deutschland sei und die genannten Staaten aus demselben gestoßen seien. Der Deutsche Bund besteht unbestritten fort für jene Staaten mit den Unionsstaaten;

dies widerlegt schlagend die österreichische Ansicht, daß die deutschen Länder des Kaiserstaates aus dem Bunde gestoßen seien. Ebenso unhaltbar ist die Auslegung des quäst. § 11; da dieser gestattet, Bündnisse im Bunde zu schließen, die nicht gegen die Sicherheit desselben laufen, in der Union aber gerade die größere Sicherheit der Staaten im Bunde bezweckt ist, so ist dem Sinn und Wortlaute des § 11 nach die Union vollkommen rechtlich und bundesgemäß geschlossen. Da bisher als Kontraprojekt der Union nur das Münchener vom 27. Februar 1850 bekannt geworden, dasselbe aber durch die öffentliche Meinung bereits gerichtet ist, so kann Preußen nur auf Durchführung der Union beharren, trotz aller Drohungen, da Österreich die Kluft nur zu gut kennt, die zwischen dem gedrohten und auszuführenden Landfriedensbruch und Bruderkrieg besteht. Die Entscheidung über diesen Bruderkrieg liegt jetzt in Frankfurt a. M., Österreich hat einen Gesandtenkongreß dahin entboten, basiert auf die Bestimmungen über den Bundestag. Daß diese allseitig als erloschen angesehen worden, seit Einsetzung des Reichsverwesers und des Interims, bedarf keiner Ausführung. Dem Protest, den Preußen in dieser Beziehung veröffentlicht hat, haben sich die Unionsfürsten angeschlossen, als sie übereinkamen, Frankfurt a. M. dennoch zu beschicken, um keinen Versuch unbeschritten zu lassen, der zur Ausgleichung mit Österreich und dem übrigen Deutschland führen könne. Die Unionsfürsten erscheinen in Frankfurt solidarisch gegeneinander gebunden. Vermag Österreich in Frankfurt a. M. nichts Besseres vorzulegen als die Union, so schreitet diese zu ihrer definitiven Konstituierung, regelt ihre Stellung zu den nicht beigetretenen deutschen Staaten, durch Revision der Bundesakte von 1815. Tritt Österreich diesem Vorhaben dann doch mit Krieg entgegen, so wird die Welt entscheiden, wer im Recht und wer im Unrecht ist. Gegen die Vorwürfe,

die uns Österreich in bezug auf quäst. § 11 macht, wird ihm die Frage vorgehalten werden, ob es durch seine Verfassung vom 4. März die Bundesakte nicht auf das entschiedenste verletzt habe, indem es 11 Millionen Deutsche aus Deutschland entfernte; ob es durch eine Kriegserklärung gegen deutsche Lande nicht die erste Basis, auf welcher der Bund beruht, daß nämlich die deutschen Staaten sich untereinander nicht bekriegen dürfen, auf das empfindlichste verletzt; daß eine gleiche Verletzung des Bundes stattfände, wenn es verlangt, 22 Millionen Slawen usw. in Deutschland aufzunehmen? Will Österreich diese Bundesverletzungen mit gewaffneter Hand durchzuführen suchen, so wird es gebührenden Widerstand finden. Das Glück der Waffen wird entscheiden.

Von entscheidendem Einfluß auf Österreichs Kriegsgelüste wird die Haltung von Rußland, Frankreich und England sein. Es kommt daher jetzt vor allem darauf an, daß diese drei Mächte von Preußens Recht in bezug auf § 11 und von Österreichs eben dargestelltem Unrecht sich überzeugen, damit sie letzteres vom Kriege abhalten, oder um, wenn dies nicht gelingen sollte, diese drei Mächte von jeder aktiven und passiven Teilnahme an dem Kriege abzuhalten.

Sollte der Krieg zwischen Österreich und Preußen unvermeidlich sein und günstigenfalls beide Großmächte keine andern Alliierten finden als die mit ihrem Interesse verbundenen deutschen Staaten, so ist die kritische Lage Preußens gegenüber seinen an numerischem Gehalt überwiegenden Gegnern nicht zu verkennen. Denn wenn auch die in Berlin versammelten Unionsfürsten auf die erste vom Könige an sie gerichtete Frage, ob sie auch unter den kriegerischen Chancen am Bündnis halten wollten, mit bestimmtem Ja geantwortet haben, so ist doch die materielle Kraft, die sie Preußen zuführen, nur gering. Dieser kritischen Lage ist nur der Stern

Preußens gegenüberzustellen, seine tüchtige Armee und sein Recht, während die öffentliche Meinung bald zuungunsten Österreichs entscheiden wird. Vor allem aber bedenke Österreich, wie seine Lage wird, wenn es in diesem Kampfe unterliegt!

Prinz von Preußen.

37. An General v. Radowitz. Schloß Babelsberg, 4. November 1850.

Unendlich wert ist es mir, daß Sie mir Ihr Votum sendeten, sowie Ihr Ausspruch der Teilnahme an L[adenberg]; ich war vernichtet. Gott wird es Ihnen lohnen, was Sie zur Ehre Preußens wollten! Sieht Brandenburgs Zustand nicht wie ein Gericht der Nemesis aus! Doch keine Bitterkeit und kein Hohn beschleiche mich!

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

38. An Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Berlin, 22. November 1850.

Erlassen Sie mir, Ihnen eine Schilderung von den Gefühlen zu machen, die mich in letzter Zeit erschüttert haben. Der König ist schmählich von seinem Ministerium im Stiche gelassen worden, so daß er sich genötigt sah, von seinem konstitutionellen Rechte Gebrauch zu machen, sein verantwortliches Ministerium gewähren zu lassen, – sich von demselben ganz zurückzuziehen. Noch nicht volle vier Tage reichten hin, diese Herren von ihrem Betreten falscher Wege zu überzeugen, aber zu spät. Die Konzessionen des Grafen Brandenburg – Friede seiner Asche – waren gemacht! Eine Folge derselben ist die Anfrage bei den Unionsregierungen, ob sie die Unionsverfassung vom 26. Mai 1849 aufgeben wollen. Es versteht sich, daß nur das Aufgeben dieser Verfassung gemeint ist, während das Prinzip dieser Verfassung festzuhalten ist in einer andern, die erst nach Ausspruch des

Fürstenrates, nach Feststellung der Verfassung des weiteren Bundes aufgestellt werden kann.
Wenn sonach das Faktum dieser Umfrage sehr unangenehm berührt, so ist doch in der Sache nichts vergeben, da der Unierung die parlamentarische Form gesichert ist. Gerade aus diesem Grunde vermute ich aber, daß Österreich, wenn es diese neue Konzession erreicht hat, zu neuen Forderungen schreiten wird, um jene illusorisch zu machen. Meiner Überzeugung nach sollte unsere Geduld längst erschöpft sein.
Ihre Ansicht und die, welche Ihr Herr Bruder Ihnen schreibt, sind gewiß sehr richtig, obgleich man doch immer nur das Erreichbare anstreben muß und sich nicht an Ideale festklammern darf. In kurzem sind wir gerüstet, dann können wir auch eine festere Sprache annehmen. Die Thronrede hat einen vortrefflichen Eindruck auf die Kammern gemacht. Jetzt müssen deren Beschlüsse erwartet werden, sie werden patriotisch – hoffe ich – sein, nur dürfen sie in der ersten Zeit nicht zu provozierend gegen Österreich werden, damit keine Veranlassung gegeben wird, unsere Grenzen zu überschreiten, bevor wir nicht ganz gerüstet sind.

39. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 11. Dezember 1850.

Auf Ihre Erwiderung von gestern nur diese wenigen Worte. Ich habe durchaus nicht übersehen, daß in der hessischen und holsteinischen Frage Graf Brandenburg am 2. November Konzessionen gemacht hat; von diesen mußte ich aber gerade für Hessen annehmen, daß sie in Olmütz möglichst modifiziert werden sollten; es geschah dies durch die Stipulation, *gemeinsam* im Kurstaat pazifizieren zu wollen. Wo liegt denn nun aber die Konsequenz, daß aus *diesem* Grunde die eine Macht die andere umlaufen muß? Diese Logik bekämpfe ich, weil ich sie nicht wünschen kann. In Holstein

gebe Gott, daß wir nicht einzuschreiten brauchen, [sonst] müßten wir Hamburg en réserve besetzen.
Ihrem Räsonnement über die hessischen Wirren an und für sich folge ich durchaus. Auch hat Preußen sich bisher nirgends für den einen oder andern Teil ausgesprochen; noch weniger habe ich dies in meinem Memoire verlangt. Auch ich halte die neue Mode des passiven Widerstandes für sehr gefährlich; für ebenso gefährlich für das monarchische Prinzip indessen halte ich das korrupte Benehmen Hassenpflugs und seines Monarchen. Preußens Gerechtigkeitstrieb verlangt, daß es in dieser Frage also nach beiden Seiten Front macht und jedem die Wahrheit sagt: dem korrupten Beamtenstand und dem korrupten Premierminister!
Wenn ich die Bezeichnung: „natürlich" wählte für Österreichs Verlangen an Sie, die Verfassung umzustoßen, so geschah es, weil Fürst Schwarzenberg und Kaiser Nikolaus und Meyendorff mir diese Ansicht in einem Atem so oft ausgesprochen, als ich es hören wollte. Darum glaubte ich es für natürlich halten zu müssen, daß Ihnen Ähnliches begegnet sei. Ganz einverstanden bin ich mit Ihnen, daß alle in der Verfassung selbst liegenden Mittel aufgeboten werden müssen, damit das konstitutionelle Prinzip nicht das monarchische besiege, und daher alle Übergriffe der Kammern scharf und ernst zurückgewiesen werden müssen.
Daß auch ich kein Popularitätsjäger bin, habe ich Zeit meines Lebens bewiesen, es gibt aber eine öffentliche Meinung, vor der ich den Hut abziehe, das ist die, welche sich bei der Mobilmachung der Armee gezeigt hat. Dieser darf nicht ins Gesicht geschlagen werden!
Ein Punkt ist es, in welchem ich ganz von Ihnen abweiche, nämlich der, daß Sie den Kammern gar nicht mitteilen wollen, welches unsere Linie sein wird, auf welcher wir in die Konferenz treten. Dies ist doch sonst so parlamentarisch

wie irgend etwas; es geschieht stets in England, – aber man verbittet sich alles Mitsprechen während der Unterhandlungen, – das ist ebenfalls parlamentarisch.

Prinz von Preußen.

40. An den Preußischen Gesandten in London Bunsen.

Berlin, 23. Dezember 1850.

Die Einlage, um deren gütige Besorgung ich Sie ersuche, gibt mir Veranlassung, Ihnen einige Zeilen zuzusenden. Eigentlich habe ich auf mehrere Ihrer Briefe zu antworten; sie trafen mich indessen zu einer Zeit, in welcher wir in solcher Krise lagen, daß eine Meinungsäußerung fast unmöglich war, wenn man nicht in geregelter Korrespondenz sich befindet. Jetzt sehen wir anders in die Zukunft als sonst – ob besser, das muß die Zeit lehren. Der Mann, mit dessen System der König und ich seit dem 26. März 1849 gingen, ist bei Ihnen gewesen. Er wird Ihnen die Schilderung des 2. November gemacht haben. Der 6. November gab uns allen neues Leben – obgleich er ein edles Leben endete, das an gebrochenem Herzen starb! Eine so edle Natur, wie die des Grafen Brandenburg, mußte der so frechen Inkonsequenz erliegen! Friede seiner Asche!
Der 29. November zu Olmütz und der 1. Dezember zu Potsdam entschied den Wechsel des Systems Preußens in der deutschen Frage! Da es meinem Charakter zuwider ist, einem Schaukelsystem Beifall zu klatschen, so habe ich mich ganz zurückgezogen von allen Verhandlungen. Daß ich deshalb nicht mit dem Könige und dem Gouvernement gebrochen habe, wird Ihnen einleuchten. Ein solcher Bruch muß Unheil über das Vaterland bringen und darf nur im alleräußersten Falle eintreten. Ich habe, meinem Charakter getreu, unparteiisch die Stipulationen von Olmütz erwogen. Sie haben uns Dinge gewährt, die wir seit der Errichtung

des Pseudo-Bundestags unausgesetzt verlangt hatten, freie Konferenzen und Mitsprechen in allen deutschen Angelegenheiten, – welches uns durch jene Kreation verweigert war, um Proselyten bei der Union zu machen, Preußen zuletzt zu isolieren oder zum Eintritt in den Pseudo-Bundestag zu zwingen oder es durch Isolierung, durch Krieg vielleicht – zu demolieren. – Dagegen haben wir die Konzession in Hessen gemacht und das Massaker in Holstein in mögliche Aussicht gestellt. Beides sind moralische Schläge ins Gesicht der Armee, die mit bewunderungswürdiger Begeisterung unter die Waffen trat. Dies trat allen Patrioten sofort klar vor die Augen; in der ersten Aufregung übersah man die gute Seite von Olmütz. Wie natürlich! Jetzt hat sich die Stimmung sehr beruhigt; man wägt unparteiisch ab und trauert nur über die Inkonsequenz in Hessen!
Ob uns Dresden etwas Reelles bringen wird, weiß der Himmel! Zurückweisen durfte man die Konferenzen nicht, da wir sie seit dem Mai selbst verlangten. Man scheint ziemlich entschieden von unsrer Seite auftreten zu wollen, indessen wie oft hat dieser Schein betrogen. Man sollte jetzt den weiteren Bund möglichst lax konstituieren, für den engeren die Stärke reservieren und dessen Konstituierung auf dem Prinzipe des 26. Mai später erst vornehmen. Dieser Kanevas ist sehr weitschichtig; geschickte Hände können aber ein schönes Gebild darin einzeichnen! . . .

Ihr Prinz von Preußen.

41. Denkschrift über die politische Lage Preußens.

Berlin, 20. Februar 1851.

Mit der Olmützer Punktation ist der Weg aufgegeben, welchen Preußen seit dem Manifest vom 18. März 1848 betreten zu wollen erklärt hatte, nämlich an die Stelle eines deutschen Staatenbundes einen Bundesstaat zu setzen. Der Grund zu

diesem Systemwechsel lag wahrscheinlich in der Annahme, daß jener Weg nicht mehr anders zu verfolgen sei als durch einen Krieg mit Österreich. Man wollte sich den möglichen nachteiligen Chancen eines solchen Krieges nicht aussetzen. Somit zog man also vor, den Plan des 18. März aufzugeben und zum modifizierten Staatenbunde zurückzukehren. In Dresden wird jetzt beraten, worin die etwaigen Modifikationen bestehen sollen. Dem Nichteingeweihten tritt dabei ein Hauptgesichtspunkt entgegen, den er sich klarzumachen sucht, nämlich der: Was denn eigentlich das Hemmnis war, welches seit 33 Jahren dem Deutschen Bunde zu keinem Leben verhalf und ihn daher weder einen moralischen Führer darstellen ließ noch äußeres Ansehen verschaffte. Die Antwort scheint hauptsächlich darin zu finden sein: Österreich hat großes Interesse, daß Deutschland keine moralische Einheit werde, weil dasselbe dadurch zu einem Gewicht in Europa gelangt, welches Gewicht Österreich selbst gefährlich zu werden drohen könnte. Daher wird Österreich stets bemüht sein, alle und jede wahre Einigung Deutschlands zu hintertreiben. Diesen Weg hat es während des dreiunddreißigjährigen Bestehens des Bundes beschritten und ist zum Ziel gelangt. Die Ereignisse des Jahres 1848 haben bewiesen, daß viele Stimmen in Deutschland vorhanden sind, welche dieser Auffassung der österreichisch-deutschen Politik sehr entschieden abhold sind und eine Veränderung in dem Sinne wünschen, die Österreich nicht will. Preußen hat gerade den entgegengesetzten Weg in der deutschen Politik zu verfolgen. Ihm muß alles daran gelegen sein, daß Deutschland eine moralische Einheit werde, weil dies Deutschlands Aufgabe ist, indem es nur durch eine solche Einigung Kraft, Macht, Würde und somit Ansehen und Gewicht in der europäischen Politik erhalten kann. Indem Preußen diesen Weg für Deutschland vorzeichnet, wird es sich die Sympathien des-

selben erwerben und dadurch allerdings für sich die beste Eroberung machen, nämlich die moralische Eroberung Deutschlands. Eine physische Eroberung, d. h. Ländervergrößerung durch Mediatisierung, wäre dagegen das Verderblichste, was Preußen tun könnte.

Wenn somit gezeigt ist, daß Preußen und Österreich ganz entgegengesetzte Prinzipien in Deutschland zu verfolgen haben, so ist auch der Beweis geliefert, daß ein wehrhaftes, mächtiges und achtunggebietendes Deutschland nicht zustande kommen kann. Wenn daher viele Stimmen sich erhoben, welche am Schluß des Jahres 1850 den in nahe Aussicht getretenen Krieg freudig begrüßten, so geschah es aus dem Gefühl, daß der Augenblick gekommen schiene, wo, wenn Preußen siegreich aus diesem Kampfe hervorging, sein in Deutschland zu verfechtendes Prinzip zur Geltung und Ausführung gekommen wäre und Deutschland eine angesehene Großmacht in Europa geworden wäre – unter Preußens Einfluß und Leitung. Der Friede wurde erhalten, und somit scheiterte zum dritten Male seit einem Jahrhundert Preußens Absicht, Deutschland als einig darzustellen. Man möchte aus diesen immer wiederholten und doch mißlungenen Versuchen den Schluß ziehen: daß Preußen sich seiner Aufgabe, Deutschland durch seinen Einfluß zu einigen und dadurch die demselben notwendige europäische Stellung zu verschaffen, völlig und zu jeder Zeit bewußt ist, die Mittel und Wege, welche zu diesem Ziele führen, aber nicht richtig wählte und daher scheiterte. Am nächsten diesem Ziele schien man durch die Unionspolitik des 26. Mai 1849 gekommen zu sein, weil das Gefühl der Machtlosigkeit und Lebensunfähigkeit den meisten deutschen Staaten klar geworden war und sie zu ihrer Selbsterhaltung das Bedürfnis einsahen, sich einer großen Macht anzuschließen, selbst mit Opferung einiger Souveränitätsrechte. Diese Opferung, um gegen die-

selbe mächtigen Schutz einzutauschen, ist das einzige Wahre, was aus den Irrungen und Verwirrungen des Jahres 1848 sich herausgefühlt hat. Je mehr diese Wahrheit vergessen wird, je mehr schwindet auch die Möglichkeit, Deutschland zu einigen. Daß sie vergessen wird und den machtlosen Fürsten vorgespiegelt wird, sie seien wieder mächtig und lebensfähig geworden, weil momentan durch Waffengewalt die Anarchie bezwungen ist, dafür hat Österreich gesorgt; man hat ihm und nicht Preußen geglaubt, was die andere Ansicht zur Geltung zu bringen suchte; möge die Wahrheit nicht zu früh tagen! Der durchgehende rote Faden in Deutschlands Geschick zeigt sich also hier ganz deutlich, nämlich die eingangs erwähnte Divergenz der Richtungen Preußens und Österreichs. Während Preußen obige Wahrheit aussprach und danach seine Vorschläge einrichtete, verdunkelte Österreich jene Wahrheit und fand Anklang, weil eine ungeänderte Existenzfristung den Souveränitätsgelüsten der Regenten Deutschlands erwünscht war. Daß es nur eine Fristung sei, sahen die kleinen und kleinsten Staaten am leichtesten ein; hierin erblickten sie das einzige Mittel, um den Größeren nicht nachzustehen! Wenn nun Preußen trotz der Redlichkeit seiner Auffassung und Handlungen doch nicht reüssiert, so muß man sich überzeugen, daß der Augenblick zur Lösung seiner ihm gestellten Aufgaben in Deutschland noch nicht gekommen ist. Am klarsten möchte man die Hand der Vorsehung in dem vereitelten Kriege am Schluß des Jahres 1850 erkennen. Wo so ungeheure Anstrengungen gemacht waren von beiden Seiten und der Krieg und Frieden von Stunden abhing und dieser doch erhalten ward, da muß man eine höhere Lenkung erkennen!

Wenn also die Aufgabe, welche Preußen gestellt ist, für jetzt als verfrüht angesehen werden muß, so bleibt nichts übrig, als Deutschland eine Neugestaltung zu geben, die der alten

sehr ähnlich sehen wird. Denn solange das Prinzip, welches dieser Neugestaltung zugrunde gelegt wird, kein anderes als das eines Staatenbundes ist, können alle Modifikationen, die beliebt werden, Deutschland niemals zu Ansehen und Macht erheben. Man wird vielleicht auf einige Zeit die Wunden, die zur Sterblichkeit des Ganzen führen, verkitten, aber nicht heilen. Und von einer neuen Krisis wird es abhängen, ob Deutschland leben oder sterben soll. Leben wird es unter Preußens Leitung, sterben unter Österreichs; unter beider Leitung wird es wie bisher fortkiemen, und das wird das Resultat von Dresden sein.

Es heißt, daß die Dresdener Konferenz einen permanenten deutschen Kongreß aller 36 Stimmen ins Leben ruft, dem eine elfköpfige Exekution vorgesetzt werden soll. Dies scheint ziemlich gleichgültig, wenn, wie gezeigt, das Prinzip nicht in Deutschland geändert wird. Das einzige, was jetzt Preußen nur noch übrigbleibt zu tun, ist, überall die Parität mit Österreich anzustreben und fest durchzuführen. Dies muß beginnen mit der Stellung am Bundestag, wo die Frage eines alternierenden Vorsitzes unbedingt erlangt werden muß. Vor allem muß aber bei allen öffentlichen Handlungen, Stipulationen, prinzipiellen Maßnahmen und Maßregeln usw. Preußen immer de front mit Österreich gehen und sich nirgends unterordnen oder zurücksetzen lassen. Daß dies bisher nicht überall geschehen ist, macht sehr böses Blut, weil nach der Olmützer Versöhnung weitere Unterwerfung unter Österreich völlig gegen den preußischen Sinn läuft. . . .

. . . Die Paritätsstellung verlangt nicht ein blindes Hand-in-Hand-gehen, sondern ein energisches Auftreten gegen unbillige und ungerechte Maßregeln. Die Besorgnis und Bekümmernis ist deshalb so bedeutend, selbst in den konservativsten Kreisen, weil man ein solches blindes Hand-in-Hand-gehen fürchtet und in vielen Fällen bereits erlebt hat

und daher die Besorgnis immer lauter wird, daß das preußische Gouvernement die Parität nur in der Unterordnung unter Österreich erblickt, was man so bezeichnet: Preußen sei seit Olmütz von Österreich in das Gängelband genommen. Dies widerstrebt dem preußischen Gefühl, und wenn niemand für jetzt verlangen kann, das System wieder aufzunehmen, was in Olmütz aufgegeben ward, so will man in Preußen doch keine blinde Abhängigkeit von Österreich, sondern eine preußische Selbständigkeit. Solange diese vermißt wird, solange wird auch die gedrückte Stimmung währen, die sich der Gemüter bemächtigt hat, und welche dem patriotischen Aufschwunge des 9. November rasch gefolgt ist. Preußen gehe Hand in Hand mit Österreich, aber bewahre dabei seine Selbständigkeit, die sich nicht durch jede Drohung, welche Österreich belieben wird bei jeder Gelegenheit auszustoßen, wenn es etwas von Preußen erlangen will, einschüchtern und zur Nachgiebigkeit zwingen läßt. Nur wenn Preußen diesen Weg geht, wird es mit der Zeit eine Stellung des Vertrauens wiedergewinnen, welche es jetzt in Deutschland eingebüßt hat, und so doch dem Ziele entgegengehen, welches ihm von der Vorsehung vorgezeichnet ist, nämlich Deutschlands Lenker und Führer zu werden.

42. An General O. v. Natzmer. Coblenz, 4. April 1851.

Tausend herzlichen Dank für Ihre lieben, treuen Wünsche zum 22. März. Wie Sie hätte auch ich es nicht geglaubt, im November v. Js. so bald wieder im tiefsten Friedensverhältnis, wenn auch nicht im tiefsten Friedensgefühl, in Coblenz zu residieren. Jawohl! Es war im November ein zweites 1813 und vielleicht noch erhebender, weil nicht ein siebenjähriger fremdherrschaftlicher Druck diese Erhebung hervorgerufen hatte, es war ein allgemeines Gefühl, daß der Moment gekommen sei, wo Preußen sich die ihm durch

die Geschichte angewiesene Stellung erobern sollte! – Es sollte noch nicht sein. Aber so bald sehe ich jetzt dazu keine Aussicht; es muß wohl noch verfrüht gewesen sein, und ich glaube, wir sehen die gehoffte Stellung für Preußen nicht mehr! Ich bin gewiß für den Frieden und für ein Hand-in-Hand-gehen mit Österreich; doch beides muß mit Ehre geschehen, und wir dürfen uns nicht, wie es geschieht, an das Gängelband nehmen lassen. Unser jetziges momentan festeres Auftreten wird sich gewiß auch wieder in Wohlgefallen auflösen.

Das Kommando, das mir des Königs Vertrauen im November zuwies, war recht gemacht, um zu glauben, daß man die Welt stürmen könnte. Ich sah mit großem Vertrauen den Ereignissen entgegen, und das um so mehr, weil ich die Gegner nicht gering schätzte, gewiegten Feldherren entgegenging. Denn in dem Geist, der unsere Armee belebte, lag das Gefühl der Nachhaltigkeit. Viele Mängel sind durch die Mobilmachung zur Sprache gekommen, die großenteils von mir seit lange erkannt worden. Möge man jetzt die Augen öffnen und bessern! Ihrer Frau Gemahlin mich bestens empfehlend Ihr Prinz von Preußen.

43. An Major v. Orlich. London, 22. Mai 1851.

. . . .

Es scheint, daß dieser Brief nicht zu Ende kommen soll. Hier, wo wir uns in der verhängnisvollen Zeit von 1848 zusammenfanden, soll er aber nun doch sein Ende finden. Es ist die Exhibition hier ein industrielles Weltereignis, das bisher sehr gut abläuft, hoffentlich die erwarteten Folgen für die Handelswelt bringen wird und nichts politisch Nachteiliges in seinem Gefolge! Den Eindruck des Gebäudes und namentlich der Eröffnungsfeier ist keine Feder imstande wiederzugeben. Englands Industrie wird vielleicht nur von

französischen Bronzen überflügelt; sonst bleibt sie überall Siegerin.
Ihre Schilderungen der italienisch-römischen Zustände hat mich ungemein interessiert! Sie sind nicht natürlich, da sie nur auf Bajonetten zu beruhen scheinen. Bajonette sind nur gut gegen die Bündnisse der Zeit, aber nicht gegen die Wahrheit, die in der Zeit liegt. Diesen Unterschied richtig zu fassen, ist alleinige Staatsweisheit. Wie schwer sie zu fassen ist, beweisen die Weltgeschichte und die der neusten Zeit. Sie werden mit Interesse unserer Generalprobe der Mobilmachung gefolgt sein; sie hat, wie [alle] dergleichen Proben, viele Mängel aufgedeckt, die man bessern muß. Leider also blieb es nur bei einer Probe! Die Stimmung im Volk war erhebend! Zwei Faktoren trugen dazu bei: 1. hoffte die Masse durch einen tüchtigen siegreichen Krieg aus der dreijährigen Unsicherheit aller Zustände befreit zu werden; 2. hofften die gebildeten Klassen den Moment gekommen, wo Preußen seine weltgeschichtliche Stellung in Deutschland erringen würde! – Es sollte nicht sein, und die Zeit muß dazu also noch nicht gekommen sein!
Ich gehe am 27. zurück, und zwar nach Berlin, wo ich am 31. bei der Enthüllung des Standbilds Friedrichs des Großen das Ehrenkommando über die Truppen führen soll. Ich werde also auf drei Stunden die Garde kommandieren, die ich zehn Jahre befehligt und diesen Winter hoffte gegen den Feind zu führen, was die schönste Genugtuung für mich gewesen wäre, ach, jene zehn Jahre! Überhaupt die Armee, die das Vertrauen des Königs mir anvertraut hatte, das Garde-, II., III. und IV. Armeekorps, war wohl derart, daß man auf einen Sieg hoffen durfte!
Empfehlen Sie mich Ihrer Frau angelegentlichst, ein Gruß, der ihr aus der Heimat doppelt lieb sein wird.

Ihr Prinz von Preußen.

44. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Frankfurt a. M., 11. Juli 1851.

Es ist mir das Allerhöchste Anerbieten gemacht worden, das Präsidium des zu reaktivierenden oder neu zu organisierenden Staatsrats zu übernehmen. Ich verkenne nicht einen Augenblick die Wichtigkeit dieses Anerbietens und das Vertrauen, welches für mich in demselben liegt. Außerdem halte ich die Reaktivierung des Staatsrats für unerläßlich und vollkommen mit der Verfassung vereinbar, wenn ihm der Charakter der höchsten im Staate bestehenden begutachtenden Behörde genommen wird und er lediglich als vorbereitende Behörde für die den Kammern vorzulegende Gesetzgebung instituiert bleibt. Was die Übernahme des Präsidiums dieser so wichtigen Behörde betrifft, so muß ich dabei verschiedene Rücksichten in Betracht ziehen, und zwar zunächst meine Fähigkeit zu diesem Amte. Ich muß mir dieselbe durchaus absprechen.

Ich bin mir wohl bewußt, in meiner früheren Stellung als Mitglied des Staatsministerii, des Staatsrats und selbst als Vorsitzender der Ständischen Kommission mich insoweit mit den Geschäften bekannt gemacht zu haben, daß ich ein selbständiges Urteil abgeben und somit auch in die Debatten eingreifen konnte. Die Gesetzgebung aber in dem Maße und Umfange zu studieren, um die Diskussionen über neue Gesetze zu leiten in einer so großen Versammlung, wie es der Staatsrat ist, dazu fühle ich bei mir durchaus die Fähigkeit nicht. Das Beispiel des Herzogs Karl von Mecklenburg, der eine sehr selten anzutreffende Geschäftsorientierung, ein angeborenes Talent zum Präsidieren und überhaupt ein savoir faire in den verschiedenartigsten Verhältnissen besaß, paßt gar nicht auf mich, und selbst dem Herzog Karl hat es seine Gesundheit gekostet, wie er selbst oft äußerte, weil die gewissenhafte Orientierung in dem ihm unbekannten

Geschäfte ihn so absorbierte, daß er ganze Nächte schlaflos zubrachte.
Eine andere Rücksicht, die ich in Anschlag bringen muß, ist meine Stellung im Staate. Mit derselben finde ich es nicht passend und nicht vereinbar, das Präsidium über eine Staatsbehörde zu übernehmen, die dem Könige Gesetze vorlegt, die öfters durch Majoritätsbeschlüsse, ganz gegen die Ansichten ihres Präsidenten, der präsumtiver Thronerbe ist, ausfallen können. Als Mitglied einer begutachtenden Behörde ist meine Stellung weit weniger kompromittierend. Noch viel beachtenswerter ist meine Stellung als Präsident des Staatsrats gegenüber den Kammern. Es streitet mit meinem Gefühl und mit meiner Ansicht, daß der Thronerbe den Kammern als ein Geschäftsmann gegenüber und als solcher überhaupt in Verbindung tritt, namentlich aber als Vertreter von Gesetzen, die vielleicht gegen seine Überzeugung laufen, oder die von den Kammern verurteilt werden. In solche Konflikte darf man den Thronerben nicht bringen. Seine Stellung als Mitglied der Ersten Kammer wird ihn oft genug in schiefe Lage bringen. Doch ist er hier aber nur wie im Staatsrat Mitglied der Versammlung und deshalb die Stellung weniger den Konflikten ausgesetzt.
Aus allen diesen Gründen, die mich bestimmen müssen, der Stelle als Präsident des Staatsrats überhoben zu werden, tritt noch der Grund hinzu, daß ich sie nicht mit meiner militärischen Stellung am Rhein verbinden könnte und in Berlin mir keine dergleichen anzubieten ist. Es ist mir aber unmöglich, ohne militärische Anstellung zu existieren. Dazu kommt, daß meine Einwirkung auf meinen militärischen Wirkungskreis eben erst beginnt, einflußreich und einwirkend zu werden, nachdem man anfängt zu wissen, wie ich den Dienst gehandhabt wissen will. Außerdem aber ist das Kommando über jene zwei Armeekorps, bis nach ausgemachten

Konflikten im kommenden Jahre in Frankreich, durchaus nötig und höchst wichtig, so daß ich glauben darf, in meiner Stellung am Rhein gerade in der nächsten Zeit Nutzen stiften zu können. Graf Alvensleben wäre der rechte Mann zum Staatspräsidenten.

[Prinz von Preußen.]

45. An den Gesandten Bunsen in London.

Baden, 5. September 1851.

Ihre Mitteilungen vom 2. d. M., die ich heute erhielt, haben mich ganz ungemein interessiert. Ihre Punkte von den hierarchischen Übergriffen, die einen ganz bestimmten Plan verfolgen, sind mir ganz aus der Seele geschrieben. Ich habe genau in Ihrem Sinne seit längerer Zeit diese Dinge so betrachtet und mich auch so darüber ausgesprochen. Ich freue mich daher ungemein, daß Sie die Sache so ernst zur Sprache brachten. Ich bin nicht ohne einige Besorgnis, daß unser Gouvernement sich der sogenannten konservativen Elemente der katholischen Kirche bedienen möchte, um sich zu befestigen. Dies ist das Gefährlichste, was geschehen könnte, weil man aus den hierarchischen Klauen, wenn man sich ihnen einmal übergeben hat, nicht so leicht wieder loskommt. Der große Orden Pio nono an Manteuffel ist zu auffallend und in Verbindung mit gleichen Auszeichnungen für die Führer der ultramontanen Partei zu bezeichnend.

Alle Ihre Mitteilungen über Englands Zustände sind gleichfalls unendlich interessant. Die furchtbaren Gefahren der Ausstellung – wo sind sie hingeraten? Auch nicht einer hat mir ein Wort über jene Reise-Entraven gesagt, aber eine gewisse Animosität gegen die Sache ist unverkennbar in gewissen Sphären! – Warum? ist mir unerklärlich! –

Anliegend eine Antwort an die schöne Billettschreiberin und Künstlerin. Wenn ich das Bild nur erst wiedergesehen hätte.

Komme ich je nach London, so riskiere ich die Gefahr, daß so schöne Augen mich auf Leinwand übertragen!!
Tausend Liebes Ihrer ganzen Familie

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

Ich habe der Prinzeß Ihre Mitteilungen nicht vorenthalten können, und sie wird sie Ihnen zurücksenden durch den Feldjäger vom vierzehnten.

46. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 12. Dezember 1851.

Mit besonderer Satisfaktion habe ich die Entschließung Preußens vernommen, daß es Wien bei der Zollkonferenz nicht beschicken wird. Dies ist der richtige Weg, um uns nicht auch noch aus unserer letzten Position in Deutschland drängen zu lassen. Ich habe mich in Karlsruhe gegen den Großherzog und seine Brüder, gegen Minister v. Dalwigk in Darmstadt, in Frankfurt a. M. gegen viele Personen, gegen den Herzog von Nassau sehr entschieden und bestimmt über unsere Stellung zu den Zollverbündeten ausgesprochen und immer die Unterschiede hervorgehoben, die zwischen unser aller Wunsch, in einen vernünftigen Handelsvertrag mit Österreich zu treten, liegen und in einer Zollunion, die für jetzt noch ein Unding sei. Die Antworten lauteten, daß man unbedingt die Zollunion nach wie vor wolle. Ich erwiderte dann immer, sie würden dort hören, daß Preußen durch die jetzige erweiterte Zollunion die Mediatisierung der übrigen deutschen Staaten wolle, was Österreich bereits vor 18 Jahren ihnen gesagt habe; was seit jener Zeit nicht eintrat, werde auch jetzt nicht eintreten; indessen stünde es bei jedem, uns zu verlassen, wenn man bessere Bedingungen bei Österreich erhielte – Preußen werde nicht zu kurz kommen, da unsere Einnahmen notorisch steigen würden – wie aber das gesamte Deutschland die Sache vertragen würde, das

wäre freilich eine ganz andere Frage. Ich fürchte, ich fürchte, Hannover wird eine Vermittlungsstellung einnehmen, Vermittlungsanträge machen, die unbedingt zu Preußens Nachteil politisch führen würden!! Unbedingtes Festhalten am Zollverband oder Zurückziehen auf uns selbst ist allein unserer würdig, wird zum Ziel führen; der Mittelweg ist hier unser Ruin!

Prinz von Preußen.

47. An General O. v. Natzmer. Coblenz, 8. April 1852.

Tausend herzlichen Dank, bester Natzmer, für Ihre treuen Wünsche zum 22. März, die Sie sogar vom Krankenlager mir senden. Es ist gar zu traurig, daß Sie gar nicht wieder aufkommen, denn ich hoffte immer, Sie doch einmal in Berlin wiederzusehen in den verhängnisvollen Zeiten.

Seit dem 2. Dezember sieht die Welt wieder ganz anders aus! Napoleon, bientôt der Zweite, ist rasch der pro 1852 drohenden europäischen Krisis Herr geworden; dadurch ist er für Frankreich und Europa ein momentaner Retter geworden. Wie wird aber seine Zukunft sein? Er baut auf Franzosen und Volkssouveränität – also auf Sand! Aber sein Reich kann doch von einiger Dauer sein. Den Krieg braucht er noch nicht zu seiner Selbsterhaltung; auch weiß er, daß er jetzt noch die nordeuropäische Koalition gegen sich hat. Er wird aber mit Aussicht auf einen einst nötigen Krieg dahin diplomatisieren, daß die Großmächte voneinander isoliert werden und in Deutschland die Uneinigkeit genährt wird, damit er, wenn er den Rhein überschreitet, Neutrale, wenn nicht Alliierte, findet. Dieses ist die alte französisch-deutsche Leier! –

Schwarzenbergs Tod wird gewiß in süddeutschen Kabinetten eine Art stupeur erregen; er würde zuletzt mit dem Kopfe durch die Wand gerannt sein, um Preußen zu ruinieren. Keiner seiner Nachfolger wird so rasend handeln wie er; also unsere Antipoden jenseits des Mains verlieren einen

starken Rückhalt, inklusive Kurhessen. Wir wollen uns aber doch vorsehen, daß ein anderer derber österreichischer Premier uns nicht ebenso verderblich werde. Vielleicht hat die Flotte den Schwarzenberg getötet, da er einsehen muß, daß seine Antipathie gegen Preußen es nun doch dahin gebracht hat, daß gerade Preußen das Fundament der deutschen Flotte abgegeben wird, an das sich die übrigen nolens volens dereinst anschließen müssen, also daß gerade das eintritt, was er verhindern wollte. Wir können sehr zufrieden mit diesem Ausfall der Frage sein. Wenn wir nur auf dem Berliner Zollkongreß Sieger bleiben – dann haben wir ein enormes Terrain gewonnen! – Ihrer Gemahlin mich angelegentlichst empfehlend Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

48. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

8. September 1852.

Radowitz' Ernennung macht in Petersburg und Wien böses Blut; sie hätte bis nach Abschluß der Zollfrage ausgesetzt werden müssen. Doch Radowitz' eigene Äußerungen gegen mich, daß er verdiene nach der Charitee geschickt zu werden, wenn er auf die Politik von 1850 zurückführen wolle, geben volle Garantie für seine Ansicht, das heißt in meinen Augen jedoch nicht, daß man deshalb die Aufgabe, die Friedrich II. Preußen gestellt hat, selbständig in Deutschland und Europa zu stehen und seiner Zeit an die Spitze Deutschlands zu kommen, – vergißt oder hintenansetzt. Die bisherigen Versuche dieser Art waren verfrüht, aber niemals falsch im Prinzip.

In dieser Art habe ich den Großfürsten-Thronfolger gesprochen. Generalleutnant v. Liven muß heute aus Petersburg hier ankommen, wahrscheinlich in der preußisch-österreichischen Zoll- und Radowitz-Angelegenheit. Obiges muß Ihre Antwort sein. Prinz von Preußen.

49. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 14. Dezember 1852.

Aus meiner gestrigen telegraphischen Antwort haben Sie ersehen, daß, da ich keinen Befehl zur Reise nach Berlin erhielt, ich dieselbe auch nicht unternehmen werde, vor allem, weil mich nichts zu dem bevorstehenden Rendezvous hinzieht. Ich sehe in dieser Visite in diesem Augenblick so viel versteckte Zwecke auf einmal, daß mir ordentlich schaudert, wenn ich bedenken könnte, daß Preußen sich – verführen ließe. Der Kaiser von Österreich als passionierter Soldat muß wünschen, unsere Armee kennen zu lernen; es ist ihm sous main im Herbst bereits gesagt worden, daß er, vermöge unserer Organisation, jetzt nur Cadres sehen könne. Und er kommt dennoch. Warum? Weil eine Komödie zu spielen ist, die für Preußen zur Tragödie werden kann. Eine Annäherung zwischen beiden Großmächten ist in dem Moment angebahnt worden, wo durch Preußens Festigkeit die öffentliche Meinung und das Vertrauen sich ihm wieder zuwendet. Dieser Erscheinung mußte entgegengearbeitet werden; daher die Insinuationen Österreichs, um die nordischen Staaten von dem Abschluß der neuen Zollkonvention abzuhalten; es gelang nicht. Jetzt wird die öffentliche Stimme immer lauter und kräftiger für Preußen und gegen Österreich; diese Erscheinung muß durch letzteres sofort zertrümmert werden, teils zuvörderst durch Schein und dann durch eine Realität. Durch Schein, indem der Kaiser von Österreich in diesem Moment Berlin besuchen muß, um glauben zu machen, eine Verständigung auf Kosten der mit uns verbundenen Zollstaaten sei zustande gekommen; durch Realität, indem man in Wien mit Bestimmtheit hofft, daß diese persönliche Erscheinung über alle Schwierigkeiten triumphieren werde. Dann ist das österreichische Verlangen und sein Plan dennoch erfüllt, indem Preußen inkonsequent wird, sich nach-

giebig Österreich unterwirft, – und die sich uns zuwendende Richtung Deutschlands, ja Europas, das endlich wieder anfing, Vertrauen zu unserer Festigkeit, Selbständigkeit und Macht zu gewinnen, – muß vor unserer erneuten Zuneigung, Unselbständigkeit und Schaukelsystem zurückschaudern, – und unser ganzes, kaum wieder aufblühendes Ansehen ist auf unberechenbare Zeit verloren. Und das in einem Moment, wo äußere Verhältnisse immer drohender werden trotz: »L'Empire c'est la paix!« Aber auch auf dieses Verhältnis ist die Reise berechnet. Noch ist Napoleon nicht anerkannt, oder es ist soeben geschehen. Bisher kokettierte Österreich mit Frankreich; muß nicht die Visite in diesem Moment die Welt glauben machen sollen, daß man weniger mit Frankreich und mehr mit Preußen hält? Wer wird aber der Betrogene sein? Wir werden es sein, denn unbedingt geht heute eine Wiener Depesche nach Paris, in der eine Exküse über den Besuch in Berlin gemacht wird. Erreicht aber der Kaiser Franz Joseph seinen Zweck in Berlin, d. h. uns unter die Füße zu bringen, dann lacht Napoleon III. uns aus, und beide Kaiser reichen sich fester denn je die Hände, denn Österreich braucht Frankreich noch, wohl wissend, daß Italien in Napoleons Händen die Zwickmühle ist, die durch Versetzung der Steine Österreich erhält oder zertrümmert.

Ich beschwöre Sie also, seien Sie fest und konsequent. Alles wird angewendet werden, gewiß auch von Budberg, um uns zum Nachgeben zu bringen, anführend, daß nach einem solchen eklatanten Beweis der Verständigung, wie diese Visite sei, wir gar nicht zögern dürften, uns pliant zu zeigen, wenn wir nicht alle Stimmen gegen uns haben wollten, usw. Solche Redensarten werden Sie, wird der König, dem ich ganz im Sinne dieses Briefes schrieb, unaufhörlich jetzt hören müssen. Jetzt wird es sich zeigen, ob wir im Beisein

der Verführung Charakter haben, oder ob wir nur Courage in der Entfernung haben. Derselbe Mut, den Sie und wir alle gehabt haben, dem Kaiser Nikolaus in diesem Sommer mit Entschiedenheit auf seine Forderungen in Zoll- und Konstitutionssachen entgegenzutreten – derselbe Mut muß auch jetzt triumphieren, und er wird triumphieren, wenn wir nur wollen. Der Applaus, den die Stelle Ihrer Kammereröffnungsrede über die Handelsfrage fand, möge immer Ihnen in diesen Tagen vorschweben. Daß gleich nach diesen Applausmanifestationen der öffentlichen Meinung gegen Österreich dessen Kaiser dennoch nach Berlin kommt, ist ein Zeichen, wie wenig man sich aus der Kammerstimmung macht! Die katholische Partei wird um das Wiener Meteor schwänzeln, um einige Fixsterne auf der Brust zu suchen. Ich mache Sie zugleich aufmerksam, daß bei der Ordensverteilung gewiß auf den eben angelangten Grafen Thun angespielt werden wird. Ich glaube, daß er entschieden keine Dekoration von uns erhalten kann, erstens, weil er soeben erst anlangte, und zweitens, weil er in Frankfurt a. M. sich wenigstens um Preußen nicht verdient gemacht hat. Budbergs Dekorierung war schon sehr viel in diesem Sommer! Für einen großen Vorteil würde ich es halten, wenn der König und Sie so wenig als möglich politische Diskussionen mit dem jungen Kaiser hätten, sich nur in Allgemeinheiten halten könnten und namentlich in der Zollfrage die öffentliche Stimme stets vorhalten könnten. Vor allem nur keine neuen, einseitigen Verabredungen oder gar Verbindungsverpflichtungen für die Zukunft, bei denen England nicht gehört und zugezogen wird. Wenngleich ich Englands Verfahren der raschen, einseitigen und herzlichen Anerkennung Napoleons sehr tadle, so wird seine Sprache sich ändern, wenn es im Frühjahr gerüstet sein wird. Dann gibt es doch den Ausschlag, wo es sich hinwendet, und da muß Preußen

alles anwenden, daß England immer zu uns hält; daher um Gottes willen nicht Einseitiges mit Österreich verhandelt und abgeschlossen! Besprechungen über Eventualitäten werden freilich nicht zu vermeiden sein, aber Ihnen möge immer vorschweben, daß Österreich bei dieser Gelegenheit uns auch politisch und militärisch wird aushorchen wollen, und daß alles, was es hört, nach Paris mitgeteilt werden wird. Sie sehen, ich bin von dieser Visite sehr unangenehm präokkupiert. Aber wenn wir nur wollen, werden wir triumphierend aus dieser Episode hervorgehen, und die, die andern eine Grube graben, werden selbst in dieselbe fallen. Aber Gleichmäßigkeit in der Haltung der Personen des Gouvernements ist sehr nötig; sehr höflich, aber sehr fest und würdevoll im Gefühl seines eigenen Rechts.

Ihr Prinz von Preußen.

50. An Major L. v. Orlich. Coblenz, 29. Dezember 1852.

Empfangen Sie wiederum meinen herzlichsten Dank für Ihren überaus interessanten letzten Brief über französische und englische Zustände. Ob das Empire mit oder ohne Enthusiasmus gemacht ist, ist ziemlich gleichgültig; ich begreife es vollkommen, daß seit dem 2. Dezember 1851 die Franzosen lieber einen Kaiser mit großen Erinnerungen haben wollen als einen Präsidenten, der von wenigen Personen improvisiert wurde. Daß Napoleon mit dem Kaisertitel kulminiert hat, nehme ich an; doch wird er sich noch eine Zeitlang halten, weil vorerst er die Nation noch – amüsieren kann, wie Fould sehr bezeichnend gesagt hat: Au mois d'avril nous aurons le mariage, au mois de juillet le couronnement et au mois de mars le baptême. Die Franzosen wollen abwechselnd les grandes émotions und l'amusement. Wenn die Langeweile (!) eintritt, dann muß eins von diesen Ereignissen die Oberhand gewinnen. Vorder-

hand wird Napoleon wohl Frieden halten, denn mit demselben fliegen ihm auch die gebratenen Tauben noch in den Mund. Die Kaiserliche Visite in Berlin wird ihm außerdem das koalisierte Europa gewiesen haben, und gegen dieses kann er nur losbrechen, wenn ihm das Messer an der Kehle sitzt. Daß ich trotz dieser Visite den weißen Röcken nicht über den Weg traue – versteht sich von selbst. Freiwillig wäre ich nicht nach Berlin gegangen.
Jetzt, wo es anzunehmen ist, daß wir als Triumphatoren aus diesem Ereignis hervorgehen werden, indem wir fest und konsequent in der Zollfrage geblieben sind, freue ich mich desselben. Wenn man nur konsequent bleibt, auch nach meinem Abgang . . .
So wie im englischen Parlament die katholische Fraktion der Regierung nur Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten bereitet, so tut sie es auch in unserer Kammer. Diese Partei ist nicht schwach, und da sie politisch unberechenbar ist, so ist bei uns der Zustand der Kammer ein völlig unberechenbarer. Ein trauriges, aber wahres Bild!! Es zeigt sich immer mehr, daß diese Verfassung für Preußen nicht geht; wir können wohl eine parlamentarische Gesetzgebung haben, aber keine parlamentarische Regierung haben! Die Prinzeß und ich sagen Ihnen und Ihrer Frau unsere besten Wünsche zum Jahreswechsel, und ich bitte um fortgesetzte Korrespondenz, wenn Unterzeichneter auch oft säumig im Antworten ist.

Ihr Prinz von Preußen.

51. An den Bundestagsgesandten v. Bismarck. Coblenz, 29. Januar 1853.

Nur zwei Worte durch eine sichere Gelegenheit, um Ihnen meine Gratulation – weniger zu zwei Dekorationen – als zu einem Prokesch abzustatten!! Meine Indignation können Sie sich denken und freue ich mich der ernsten Sprache, die

Manteuffel gesprochen hat, die Graf Arnim aber unverantwortlich abgeschwächt hat! Der Mann sollte in österreichische Dienste gehen. –
Sie werden einen schweren und sehr unangenehmen Stand bekommen, um so mehr, da man Sie fort haben will von Frankfurt a. M., als nicht österreichisch genug. Ich erwarte, daß Sie ebenso fest gegen P[rokesch] sein werden, als Sie es gegen Th[un] waren, und daß Sie sich nicht werden fortschnellen lassen.
Aber was soll man zu dieser Wiener Perfidie sagen, so unmittelbar nach des Kaisers Visite? Es ist völlig österreichisch kontra Preußen! Ich möchte wohl wissen, was man in Wien sagte, wenn man jetzt Bernstorff an Ihre Stelle setzte?? Man würde es eine Insulte nennen.
Die Montijosche Mariage gewährt mir eine angenehme Beruhigung, weil kein europäisches Fürstengeschlecht sich mit dem – Parvenu – zu verbinden braucht. Wie Napoleon diese Episode – politisch und körperlich – bekommen wird, bin ich begierig zu sehen. Nur nicht einschlafen unsererseits, – aber nicht zu unsinnig schreiben, wie die Kreuzzeitung, die ist komplett wahnsinnig! Ihr Prinz von Preußen.

52. An den Bundestagsgesandten v. Bismarck.

Coblenz, 19. Februar 1853.

Ihr Brief vom 2. d. Mts. hat mich ungemein interessiert, sowohl wegen des ersten Auftretens des Östlichen Prokesch als wegen Ihres Räsonnements über Preußens Stellung zu seinen östlichen Nachbarn und vis-à-vis Frankreichs. Ich teile ganz vollkommen Ihre aufgestellten Ansichten und freue mich, daß Ihre Wirksamkeit in Frankfurt a. M. gesichert ist. Die Rede des Feldmarschall-Leutnants Prokesch bei seinem Eintritt in die Bundesversammlung war sehr frappant. Wozu eine solche geschichtliche Deduktion, von Karl

dem Großen an, in einem Kollegium, das seit einigen 30 Jahren besteht? Wohl nur deshalb, um zu zeigen, daß eine neue Ära für Deutschland eingetreten ist, die zwar die Vielheit in der Einheit erhalten will, aber – mit Österreich als deutschem Kaiser an der Spitze; Voilà le fin mot de la chose! Doch bis zum Erreichen dieses Zieles werden wir doch auch wohl noch ein Wort sprechen müssen!
Manteuffel schreibt mir soeben, daß Leiningens Mission in Konstantinopel wahrscheinlich mißlingen wird. Dann wird die Sache sehr ernst, bei dem Anhäufen von Truppen an den Grenzen. Dazu die Zustände in Italien von Mailand bis zum Faro! und alles steht in Flammen!
Wie abscheulich ist das Attentat auf den jungen Kaiser. Ich ließ ihm noch gestern abend per Telegraph meine ganze Teilnahme ausdrücken und erhielt heute um 1 Uhr schon die Antwort durch Graf Arnim. Unsere Stellung bei dem allen ist, wie Sie richtig sagen: abwarten! aber Augen auf und gerüstet sein! Ihrer Frau Gemahlin mich bestens empfehlend

Ihr Prinz von Preußen.

53. An General O. v. Natzmer. Coblenz, 26. März 1853.

Tausend herzlichen Dank für Ihr Gedenken des 22., der bei seiner 57. Wiederkehr nachgerade etwas ältlich zu werden anfängt.
Der Wunsch um Gesundheit, um die übrigen Segnungen des Himmels zu genießen, ist der, den ich Ihnen von Herzen zurückgebe, denn niemand fühlt mehr als Sie, was die Entbehrung des Wohlseins sagen will.
Sehr freue ich mich von Ihnen zu hören, daß Sie von *einem* Übel durch die Canstädter Kur hergestellt sind.
Daß Sie sich an diesem Ort überhaupt befänden, war mir *gänzlich unbekannt*; denn bei meiner längeren Abwesenheit von Berlin erfahre ich gar keine Partikularitäten.

Ich hoffe nur, daß die Heilung von Dauer sein möge.
Ich komme nach der Mitte April nach Berlin und hoffe sehr, Sie dort noch zu finden. Was liegt alles zwischen unserer Trennung!!
Während scheinbar Frankreich uns friedlich begegnet, embrouilliert sich der Orient. Aber auch dort kommt es nicht zum Schlagen, denn niemand gönnt sich die Beute; es ist aber nur ein Stein mehr aus dem morschen Mauerwerk der sublimen Pforte gezogen, um sie einst ecroulieren zu machen! Man wird sich noch etwas mit – Noten – bombardieren und dann die Flotten wieder einlaufen lassen. Für uns Soldaten, die doch auch gern etwas Resultat so langer Friedensvorbereitungen sehen möchten, wird die Zeit lang: man wird nicht jünger, und so werde ich mich wohl mit der Badener Episode begnügen. Meinem Sohn dürfte anderes beschieden sein! Bei allem horreur vor den Mailänder Meuchelmordszenen schwindet doch die Sympathie für Österreich, wenn man die Willkürlichkeiten in der Lombardei sieht. Das sind die Folgen, wenn man 30 Jahre lang Länder regiert, ohne ihr Wohlergehen sich angelegen sein zu lassen; sie bleiben in der Position von Eroberungen, der jetzt ein Schreckenssystem folgt, denn nun kann man freilich nicht nachholen, was man 30 Jahre lang versäumte! –
Die Zollfrage hat Preußen siegreich gelöst; mögen wir den Sieg nur nicht verlieren durch Vergessen, was unsere süddeutschen Gegner an uns gesündigt!
Ihrer Gemahlin mich zu Füßen legend

Ihr Prinz von Preußen.

54. An den Handelsminister v. d. Heydt. Coblenz, 9. April 1853.
Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihre freundlichen Wünsche bei Gelegenheit meines Geburtstages.
Je ernster die Zeit, je inhaltschwerer sind die Wünsche für

jemand, der alles anzuwenden wünscht, um das Vaterland wieder so mächtig, hoch und glänzend dastehen zu sehen wie früher, und wozu Sie in schwerem Augenblick so bereitwillig die Hand boten, um damit den Anfang zu machen.
Wenngleich noch viel, sehr viel zu tun ist, so geht es doch vorwärts in Preußen, und Gott gebe, daß die sogenannte kleine, aber mächtige Partei, die man eher bezeichnen sollte: die Partei, die nichts vergessen und nichts gelernt hat – nicht mehr Einfluß bekommt, sondern je eher, je lieber kulbutiert würde. Endlich haben wir doch einmal in der Flüchtlings- und orientalischen Frage auf eigenen Füßen gestanden, und man sieht gleich, daß man auf uns hört, weil wir doch nicht zu umgehen sind. Unsere Stellung ist so klar in der Welt gezeichnet, daß man sie nur aufzufassen braucht, um nicht irrezugehen; nach rechts und nach links sind wir zum Vermitteln da, und zuletzt wiegt unser Entschluß schwer, da, wo wir ihn richtig hinlegen!

W., Pr. v. Pr.

55. An den Prinzen Adalbert von Preußen. 16. August 1853.

Wie leid tat es mir, Dich gestern zu verfehlen, um Dir einige gewünschte Renseignements zu geben, wie mir Steinäcker sagte, und um Dir einiges von der herrlichen Flottenrevue zu erzählen. Nun wirst Du schon alles en détail erfahren haben. Wie schade, daß Du nicht eintreffen konntest! Ich kann Dir nicht sagen, wie ergriffen ich war, namentlich das erstemal, als ich bei unserem Schiff vorbeifuhr, unsere Kriegsflagge, unsere Uniform und Pickelhaube, unsere Trommel an Bord eines Kriegsschiffes sah und hörte, und zwar inmitten einer englischen Flotte! Die Visite der Königin an Bord der „Gefion" war zu freundlich und gnädig. Ich habe mich sehr über die Schiffe gefreut und die Soldaten in exzellenter Haltung gefunden.

Vielen Dank für Deine Antwort auf die Anekdote des Prinzen L. W., die ich ganz gerechtfertigt finde und ihn sonach beschieden habe, ohne Dich zu nennen. Nun adieu!

Dein treuer Vetter Wilhelm.

56. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 29. Januar 1854.

Graf Pourtalès hat mir mit Ihrer Genehmigung alles mitgeteilt, was sich in und nach der Budbergschen Audienz zugetragen hat. Unter den gekannten Umständen ist eine Nichtunterzeichnung doch schon etwas. Aber die sofort eingetretene Attacke, nur mit Österreich allein die Neutralität abzuschließen, beweist, wie alles, ja sogar die Nichtunterzeichnung, von der Partei vorhergesehen war und der Plan der Kampagne festgestellt ist! Wenn Ihr gestriges Schreiben an den König nichts fruchtet, dann ist der Moment eingetreten, den ich Ihnen vorhersagte, wo Ihre Stelle zum Preis gesetzt werden muß. Es ist kein anderes Ministerium jetzt zu finden, daher muß der König Ihnen nachgeben, wenn Sie den Preis setzen. Es ist die letzte Rettung, um Preußen nicht völlig zu ruinieren durch unerhörte Inkonsequenz!

Sie müssen darauf bestehen, die eigenhändige Antwort an den Kaiser von Rußland zu sehen, sonst kann man ja gar nicht wissen, wohin sie führt. Auch hier müssen Sie fest sein, wenn sich etwas im Briefe findet, was nicht geht. Die Krisis ist da!

Ihr Prinz von Preußen.

57. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 8. März 1854.

... Ich wende mich nun aber zu einer anderen Seite dieser Angelegenheit, und das ist das Personelle und die Intrige, welche in einem grandiosen Stil gegen mich gespielt worden ist. Sie fing an mit der Freimaurergeschichte vor sechs

Wochen und hat nun kulminiert. Man wußte sehr wohl, daß ich Sie auf der Bahn unterstützte, die Sie namentlich in der orientalischen Frage seit vier Monaten eingeschlagen hatten. Sie hatten sich, ohne mein Zutun, Werkzeuge zu dieser Bahn herangezogen, die seit Jahren mein Vertrauen besitzen. Wem ich einmal mein Vertrauen geschenkt habe, dem entziehe ich es nicht; er müßte sich dessen etwa unwert gezeigt haben. Diese Werkzeuge gehörten ebensowenig wie Sie und ich zur Kamarilla. Dieser sind aber alle, die nicht zu ihrer Fahne schwören, ein Dorn im Auge. Da sie mich vor sechs Wochen nicht hatten von Berlin fortbringen können, so mußte der Plan feiner angelegt werden. Die Leute meiner Grundsätze, die Sie nach und nach herangezogen hatten, und mit deren Hilfe Sie beim Könige die einzig nationale Politik mit Glück verfolgten, die Preußens Ehre, Würde und seinen Interessen entspricht – die mußten beseitigt werden. Es ist geschehen! Soeben sagt mir Fürst Hohenzollern, daß Usedom und Pourtalès entfernt werden sollen, wie ihm Herr v. Gerlach gesagt hat. Als mir vorgestern der Fürst sagte, er habe den König gefragt, mit wem er hier offen sprechen könne, und er erwartete, meinen Namen nennen zu hören, sagte der König: „Mit meinem Bruder Karl, der ist von allem unterrichtet", da war es mir klar, wohin es kommen sollte, und wohin es gekommen ist! Eine ähnliche Andeutung hatte mir auch schon der Herzog von Koburg gemacht.

Somit ist denn diese kolossale Intrige vollkommen reüssiert. Ich, der Thronerbe mit Antezedenzien, die das Licht der Welt nicht zu scheuen brauchen, werde das Spiel einer Klique, der sich nicht scheut, meine Person zu mißbrauchen, und meinen Bruder zu ihrem Werkzeuge macht, dessen Antezedenzien den meinigen wenigstens nicht gleichen. Und zu dieser ganzen Intrige haben Sie nicht den Schlüssel ge-

funden? Sie sind mit in dieselbe gezogen worden und haben sie nicht entdeckt? Ja, Sie bieten jetzt die Hand, um sie zu Ende zu führen, indem Sie die Männer entfernen, die ich Ihnen stets als die einzigen würdigen, passenden, ehrenwerten Mitarbeiter bezeichnet hatte, die Sie bis vor wenig Tagen mit Ihrem vollsten Vertrauen behandelten, die der König ebenfalls bis dahin mit Lob und Gnade überhäufte? Was haben denn diese Leute verbrochen, daß sie so behandelt werden müssen? Sie haben eine Meinung geäußert wie andere, und wenn dies nicht die des Königs war, nun, so ist das schon oft dagewesen. Das Verborgene liegt aber darin, daß mein Einfluß gebrochen werden sollte. Und darum müssen jene büßen, die meine Farben tragen, damit diese Farben auch bei Ihnen verdunkelt werden. Und ist dies alles erst fertig, dann wird der Erfolg des russischen Goldes, was bis in die Vorkammer des Königs rollt, klar dastehen und Preußen ins russische Lager verkauft sein, gegen öffentliche Meinung und gegen Preußens Interessen. Dahin hat es die Kamarilla gebracht.

Ich darf und werde dies nicht ruhig mit ansehen. Ich verlange als eine öffentliche Satisfaktion jener Klique gegenüber, daß Graf Pourtalès nicht beseitigt werde und v. Usedom nicht eher nach Bonn gewiesen werde, als bis zu Ostern, wo mein Sohn wieder nach Bonn kommt. Ich halte mich für zu gut, als daß ich, ein Opfer jener Menschen, falle, die dem König die Wahrheit verdunkeln, um ihre nichtsnutzigen Pläne durchzuführen. Kann man die Frechheit kühner und weiter treiben, als diese Leute sie jetzt gegen mich, den Thronerben, geschleudert haben??

Weder Pourtalès noch Usedom wissen durch mich, was ihnen bevorsteht; vielleicht wissen sie es noch gar nicht. Keiner von beiden hat mir ein Wort über diese mir dennoch klar gewordene Intrige gegen mich gesagt, so daß sie also

an diesen Zeilen nicht schuld sind. Ich erwarte eine baldige Erklärung von Ihnen, ob Sie die von mir verlangte Satisfaktion einleiten werden; Eile aber ist sehr notwendig, denn die Kamarilla ist sehr tätig und schläft nicht.

Ihr Prinz von Preußen.

58. An General O. v. Natzmer. Berlin, 12. April 1854.

Vielen herzlichen Dank für Ihre treuen Wünsche zum bald veralteten 22. März. Recht oft darf er nicht mehr wiederkehren, wenn man noch etwas in der Welt im Freien — leisten soll; in der Stube rät man schon so viel und so lange, daß man sich ordentlich scheut, wenn man an das Handeln im Freien denkt; d. h. nicht ich, aber andere!

Diese unglückselige orientalische Frage, in die uns der herrliche Kaiser so de gaieté de coeur hineingeritten hat, ist noch gar nicht abzusehen! Ich sehne mich nach dem Moment, wo Preußen und Österreich in dieser Frage Hand in Hand mit Deutschland die Stellung einnehmen werden, die die Sekundanten beim Duell einnehmen, d. h. Frieden nach beiden Seiten zu gebieten, wenn dem Ehrenpunkte ein Genügen geschehen ist; wer dann nicht hören will, muß fühlen. Siegt Rußland in diesem Duell, so muß man ihm Frieden gebieten, damit es die Pforte nicht expatriiert. Siegen die andern, so muß man diesen gebieten, nicht an Eroberungen (corriger la carte de l'Europe) zu denken, denn es könnte ein sieben- bis dreißigjähriger Krieg werden; denn in der Defension liegt die wahre Kraft Rußlands auch ohne den Winter von 1812.

Ich denke, in diesen Tagen wird mit Feldmarschall-Leutnant v. Heß abgeschlossen werden. Österreich wird wohl durch seine geographische Lage früher am Kriegsschauplatz zum Handeln genötigt werden als wir, und wir werden ihm dann die linke Flanke zu sichern haben. Aufstellen werden

wir hoffentlich keine Truppen vor der Zeit, da dies viel Geld kostet, das Land bedrückt und unsere Organisation ja eine Konzentration von großen Streitkräften in vier Wochen bis 36 Tagen möglich macht. Indem ich Ihrer Frau Gemahlin für ihre freundliche Antwort meinen Dank zu Füßen lege

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

59. An Oberst v. Roon. Baden, 27. Mai 1854.

Herzlichen Dank für Ihre ebenso interessante als würdige Schrift, durch deren Übersendung Sie mir einen Genuß bereitet haben. Schade, daß manches reagiert worden ist! Was wird aber jetzt nicht alles reagiert! An mir wird ja auch genagt! Ich hoffe, am 7. und 11. Juni meine persönliche Stellung zum Könige wieder völlig herzustellen, denn die darf und kann nicht alteriert werden. Aber meine politische Position werde ich vor mir und der Welt in aller Konsequenz aufrechterhalten, und von nun an daher völlig fremd diesen Dingen bleiben, was ich durch meine Abreise beweisen wollte.

Wenn man, wie ich, auf Befehl des Königs, ihm geholfen hat auf einer bestimmten politischen Bahn, kann er nicht von mir verlangen, ihm nun auf einer anderen Bahn zu helfen. Daß aber diese andere entgegengesetzte Bahn gegangen werden soll, geht aus Bonins Entlassung hervor, der der Mitträger dieser früheren Bahn war, welche Entlassung aber aus keinem anderen Grunde erfolgt ist, als um seinen Widerspruch bei einer politischen Schwenkung nicht zu erleben. Erfolgt diese Schwenkung nicht, so werden meine Feinde mir wenigstens dies dann nicht anrechnen können, weil sie wissen, daß ich untätig war!

Da ich kein Beamter bin, der seine Entlassung nimmt, wenn die Anordnungen seines Königs ihm nicht gefallen, sondern unter Leid und Freud mit dem König ausharren

muß, so werde ich als sein erster Untertan auch sein erster Gehorsamender sein; aber behilflich, eine Inkonsequenz zu begehen, kann ich nicht sein! Ihr Prinz von Preußen.

P. S. Diese Ansichten brauchen Sie nicht gerade geheimzuhalten.

60. An Graf Albrecht Bernstorff, Botschafter in London.

Ostende, 1. August 1854.

Soeben bietet sich mir eine sichere Gelegenheit dar, um Ihnen meinen Dank für Ihren heute früh erhaltenen Brief auszusprechen. Ich freue mich Ihrer persönlichen guten Aufnahme; die sächliche konnte wohl jener nicht entsprechen. Alles, was Sie mir mitteilen, konnte mich nicht im mindesten überraschen. Der unlautere und unsichere Weg, den wir gehen (der Grund, warum ich jede fernere Mitwirkung aufgeben mußte), mußte uns an das Ziel führen, welches Sie schildern, und welches ich seit dem März in Memoiren, Briefen und mündlichen Explikationen genau vorhersagte. Noch wäre es möglich, mit Ehren aus dieser Krisis hervorzugehen, wenn wir erklärten, daß, nachdem alle Friedensversuche gescheitert seien, wir franchement unsern Engagements nunmehr nachkommen wollten. So würde der Zwang, diesen Weg zu gehen, vermieden, ebenso das Isolement, was das Nachteiligste von allem sein würde! Ja, die auch von Ihnen geschilderte Überhörung und Ignorierung von Preußens Stimme bei Schluß des Dramas, worin wir nichts getan haben, versteht man in gewissen Kreisen in Berlin gar nicht. Reißen wir uns, wie ich anführte, aus der Krisis heraus, so ist Frieden vor dem Winter, denn gegen ganz Europa kann Rußland nicht siegen, darum würde es also nachgeben. Eine engere Verbindung zwischen Österreich und den Westmächten muß eintreten – als deren Preis dürfte die deutsche Kaiserkrone in Wien empfangen werden und Preußen

wieder Kurfürst von Brandenburg spielen müssen. Dahin bringt uns die Kamarilla bei uns! und glaubt sich noch einen Dank von Rußland zu erwerben!
Ob Sewastopol zu nehmen ist, wird sich zeigen; ich glaube es nicht, wenn die Russen nicht fortfahren, so ignoble zu operieren wie bisher, wobei sie den Löwenmut der Truppen unnütz vergeuden. Es ist zum Erbarmen und tut mir in der Seele weh; denn wenn ich auch den Kaiser und seine Politik offen tadle, so habe ich doch für ihn und sein Land ein warmes Herz. Zeigen Sie diese Zeilen auch an Graf Henckel, der hierin Dank und Antwort für seinen interessanten Brief finden möge. Ihr Prinz von Preußen.

61. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 26. November 1854.

Bei Remission der Anlagen bemerke ich zu der Denkschrift von Bernstorff über die polnische Restauration, daß genau das eintritt, was ich dem Könige im vorigen Winter schriftlich vorlegte und Ihnen unzählige Male sagte: Sobald Preußen und Österreich sich von den Westmächten trennen wollen, so läßt Napoleon die revolutionären Elemente (nunmehr Nationalitäten getauft!) in Italien, Ungarn, Polen und Deutschland los, damit wir mit diesen zu kämpfen haben und unsere Waffen nicht direkt an Rußland leihen können. Hätten wir im März die Sprache geführt, die wir im November führten, so wären wir jetzt längst auf einem Friedenskongreß versammelt. Nun ist es zu spät, fürchte ich!
Englands Rolle in Neapel ist nicht fein, wenngleich es in der Sache recht hat, wie Bernstorff schreibt, daß nämlich eine Ministermodifikation nötig sei.
Ob Österreich im Frühjahr den Krieg wünscht, wie Hatzfeldt schreibt, wird wohl ganz von der Disposition der Westmächte, nach Anhörung der russischen Adoption der vier

Punkte, abhängen. Neigt man sich zum Frieden, so will Österreich gewiß nicht losschlagen; andernfalls wird Österreich konsequent bleiben und alles anwenden, damit in dieser orientalischen Frage Rußland nicht recht behalte. Das ist auch unsere Aufgabe. Vergesse Preußen niemals über eine germanisierte Frage die europäische Frage. Darf Rußland triumphieren in derselben? Wäre dies der Fall, wer in Europa hätte dann noch einen Willen gegen dasselbe? Darin liegt die Quintessenz unserer Aufgabe!

Ihr Prinz von Preußen.

62. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 6. März 1855.

Wenn die Verhandlungen wirklich auch nur ajourniert wären, so frage ich Sie, was sollen die beiden Kabinette von Preußen denken, das durch seine beständigen Schwankungen schon kein Vertrauen mehr besitzt – und nun erleben müssen, daß die freiwillig von Preußen entamierten Unterhandlungen abgebrochen werden, weil der große sterbende Monarch dem König sagen ließ: „Denke an Papas Worte!" Hat der selige König durch sein Testament sagen wollen: Halte es immer mit Österreich, auch wenn es im Unrecht ist, – oder: Halte es immer mit Rußland, wenn es auch im Unrecht ist?? Gewiß nicht. Er hat sagen wollen, haltet alle drei zusammen, d. h. wenn einer von euch im Unrecht ist, so müßt ihr ihn zu euch herüberziehen.

Wer ist nun im Unrecht? Darauf antworten die Wiener Protokolle und der 20. April und 26. November und die jetzigen Negoziationen. Und dennoch ajournieren wir diese? Werden uns die Mächte in die Konferenzen einlassen, bloß durch Annahme des Protokolls vom 18. Dezember (wie Wedell mir vorgestern sagte) – da sie uns nun nicht fest haben, also in uns in Wien nur den Advokaten Rußlands

sehen werden, ohne bei Zerschlagen der Verhandlungen unserer sicher zu sein?? Wir hätten nur dem jungen Kaiser das Friedenswerk erleichtert, wenn wir jetzt abgeschlossen hätten! Ich erwarte Sie also um 2 Uhr.

Prinz von Preußen.

63. An Major L. v. Orlich. Berlin, 26. März 1855.

Für Ihre lieben Glückwünsche zum 22. sage ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank, da mir alle dergleichen Beweise unter den jetzigen Verhältnissen doppelt wert sind.
Ihre Auffassung über Rußlands nächste Zukunft nach überstandenem orientalischen Drama ist so vollkommen meine eigene Anschauung, daß ich ordentlich frappiert darüber bin. Ich habe die Hoffnung, daß der jetzige Monarch dieses unermeßlichen Reichs von der richtigsten Ansicht in dieser Beziehung durchdrungen ist. Im Jahre 1846 war ich in Petersburg, also zu einer Zeit, wo des Königs Pläne wegen des vereinigten Landtages bereits Gestaltung erhielten, natürlich ohne noch zu wissen, wie er die Dinge, am wenigsten, daß er sie so, wie geschah, gestalten werde. Ich sprach mit dem damaligen Thronfolger Alexander von den Dingen nicht ohne Besorgnis, was uns geschehe – doch von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß eine Umgestaltung der gouvernementalen Verhältnisse in der politischen Atmosphäre liege, der man sich nicht entziehen könne. Indessen müsse man die Leitung des Staatsschiffs mit der eines Stromes vergleichen, dessen Lauf man vor Überschreitungen sichern müsse und ihm daher durch Regulierung seiner Ufer einen geregelten Lauf, der sicher zum Ziele führe, zu geben sich bemühen müsse, wogegen ein unbegrenzter Lauf sowohl wie eine Abdämmung, die den Lauf hemmte und daher zur Rückstau und Bewässerung führe, sorgfältig zu vermeiden sei. Als ich dies Bild ihm, dem Großfürsten, ausgesprochen hatte, ergriff er meine

Hand, sagte: Voilà, mon cher oncle, absolument l'idée que j'ai moi-même sur la manière, dont il faut . . . . d'un gouvernement! Er führte dies weiter aus, wobei er nicht verhehlte, daß sein verehrter Vater mit Gewalt den Strom abdämmen wolle, was eine Unmöglichkeit sei! Dies gibt mir also die Hoffnung, daß Alexander II. ein sehr weiser Regent sein kann. Sein unvergeßlicher Vater war es wahrlich auch, aber in obigem Punkt verstand er die Zeit nicht! Ruhe und Friede seiner Asche! Ihre geschilderte Stimmung in Österreich gegen uns kenne ich genau, ebenso die der Deutschen, denn in Berlin lebt man in Illusionen!.! Ich hoffe, wir sehen uns in einigen Tagen noch in Berlin! Ihrer Frau mich empfehlend und meiner Frau Empfehlungen ausrichtend Ihr Prinz von Preußen.

64. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 5. Juli 1855.

. . . Immer mehr und mehr schmerzt es mich, daß eine so große Seele, wie die heimgegangene, die letzten zwei Jahre ihres Daseins nicht in der Höhe und Reinheit politischer Größe sich bewährt hat, die ihm sonst so eigentümlich war! . . . Meine 40jährige Freundschaft zum Kaiser hat stets darin bestanden, daß wir uns gegenseitig die Wahrheit sagten, auch wenn sie uns nicht gefiel. Das tat ich 1850 in Warschau wie 1853 in Olmütz. Meine politische Auffassung seiner orientalischen Verhandlungen ist heute noch ebenso entschieden streng und tadelnd wie zu Olmütz. Vor einer kompakten europäischen Koalition hätte der Kaiser sich mit Ehren zurückziehen können; Preußen hat diese Kompaktheit zertrümmert, darum wollte und konnte er sich nicht zurückziehen, weil ihm dadurch die Möglichkeit ward, siegreich aus seinem Unrecht hervorzugehen, und so wird es auch geschehen unter seinem Nachfolger. Dann tanzt Preußen

und Deutschland nur nach Rußlands Pfeife, wie zu Jütland und Olmütz. Ihr Prinz von Preußen.

65. An Major L. v. Orlich. Coblenz, 6. Januar 1856.

Mit dem allergrößten Rechte müssen Sie böse auf mich sein, da ich Ihnen auf vier Ihrer interessantesten Briefe noch keine Zeile erwiderte; da das Eingestehen eines Unrechts halber Verzeihung gleichkommt, so hoffe ich letztere von Ihnen zu erfahren!

Ihr letzter Brief mit den geschichtlichen Reminiszenzen, wie Sie dieselben jetzt auf dem klassischen Boden sich Ihnen entgegentreten sehen, – dann die Anbetung der modernen Götzenbilder – das alles hat mich ungemein angesprochen, und große Wahrheiten habe ich Ihren Mitteilungen entnommen. Die Lebensskizze Pius' IX. und sein Mariakultus waren für mich ganz neu und erklären mir vieles.

Von hier aus ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Durch Wahlumtriebe ist ein Zersetzungs- und Entsittlichungselement mehr in unsere Zustände gekommen, was meist seine sehr bösen Folgen tragen wird, und ist das Gouvernement dabei royalistischer als der König gewesen. Das Wort Umtriebe beweist Ihnen, daß bei den Wahlen die Regierungsorgane weit über die Grenzen der besonnenen und nötigen Einmischung bei denselben hinausgegangen sind und einen Terrorismus geübt haben, der viel Schlimmeres im Gefolge haben muß, als eine Kammer, die etwas mehr Zentrums- und selbst Linke-Mitglieder gehabt hätte; so untergräbt man sich wissentlich den Boden unter den Füßen, glaubend, ihn zu befestigen! O! die Verblendeten! –

Auf dem politischen Terrain glaube ich an keinen Frieden. Keine der streitenden Parteien ist erschöpft, und Rußland trotz seiner Revers nicht niedergeworfen, um sich Forde-

rungen zu unterwerfen, die sehr weit gehen; ich fürchte, die Alliierten spannen den Bogen, bis er platzt! Und was dann? Nur eine Drohung mit Krieg seitens Mitteleuropas kann heute noch den Frieden herbeiführen; fehlt dieser aber der Ernst und die Nachhaltigkeit (wie 1854 im Mai), dann entbrennt der Rest Europas in Krieg, in welchem wir vermutlich zusehen wollen, und gestattet man uns dies, dann sind wir eklipsiert mit unserm Willen, gegen unsern Willen; das klingt paradox, ist aber doch wahr!
Für Sie und Ihre Frau stehe hier unser herzlichster Wunsch beim Jahreswechsel; möge es uns zusammenführen, wo nicht, so rechne ich auf Briefe. Ihr Prinz von Preußen.

66. An Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha.

Weimar, 13. März 1856.

Leider bin ich nicht imstande, mein Versprechen zu halten, Dich bei meiner Durchreise in Gotha zu besuchen, indem meine Abreise von Berlin sich von Tag zu Tag verzögerte und noch im Moment der Abreise nochmals um 24 Stunden verschoben werden mußte wegen Konferenzen beim Könige. Es tut mir dieser contre temps sehr leid, weil wir uns vieles zu erzählen hätten.
Meine Frau hat Dich unterhalten von den Verleumdungen, die mich trafen; Du selbst und S. haben so guten Rat gegeben, daß ich Dir unendlich dankbar bin. Ich bin malgré les ultras so weit gegangen, wie noch Spuren sich zeigten; als diese versiegten, mußte ich mich für jetzt begnügen, bewiesen zu haben, daß ich das Licht nicht zu scheuen brauchte, und das ist un avis au lecteur gewesen.
Die tragische Hinckeldeysche Angelegenheit ist ungemein traurig. Bei seinen Fehlern war er doch ein seltener Mensch, der viel Übles abgehalten hat, wenn auch nicht alles Üble richtig vermieden. Sein Tod hat ihn populärer gemacht, als

er es je bei Lebzeiten war. Der Parteigeist nennt sein tragisches Ende einen politischen Mord; das ist Unsinn. Aber der Parteigeist hat es unbedingt zum Duell gebracht; die Kreuzzeitungspartei hatte ihm den Untergang geschworen, weil er es wagte, dem König über dieselbe offen zu sprechen. Die Animosität, die aus vielen Reibungen zwischen Militär und Polizei entstanden war, hatte jene Partei benutzt, um Offiziere und Junkertum gegen Hinckeldey zu hetzen – und hat réussiert. Dies gestattet trübe Blicke in unsere Zustände. Lege mich der Herzogin zu Füßen und grüße Holsteins herzlich von mir, alt und jung; ihnen auch hatte ich einen Besuch versprochen, aber der Palmsonntag ruft mich bestimmt nach Coblenz. . . .

67. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Coblenz, 15. April 1856.

Eure Exzellenz haben mittels Schreiben d. d. Paris, den 2. April (präzise 1³/₄), die Gefälligkeit gehabt, mich zu benachrichtigen, daß ein gewisser Sägert, Generalinspektor der Taubstummen, durch gerichtliche Verhandlung für unschuldig befunden worden ist, im Jahre 1848 im Wollankschen Weinberg eine Schmährede gegen das königliche Haus gehalten zu haben, und daß die Verbreitung dieses Gerüchts eine Verleumdung sei. Da ich mich in diesem Augenblick selbst in dem Falle befinde, einer Verleumdung preisgegeben zu sein, deren gerichtliche Verfolgung ich beantragt habe, so kenne ich den Wert, von falschen Beschuldigungen befreit zu sein. Der Sägertsche Fall ist mir gleichfalls seinerzeit zu Ohren gekommen, und ich habe ihn ignoriert, weil er mich und meine Familie speziell tangierte, und ich sehr viel zu tun gehabt haben würde, wenn ich alle in jener Zeit des tollen Jahres gegen mich geschleuderten Äußerungen hätte verfolgen wollen, da ich dann ja auch Unterlassungssünden,

wie unter anderm die Weglassung meines Namens aus dem Kirchengebete, hätte verfolgen müssen.

Da nun aber der in Rede stehende Fall zu einer anderweitigen gerichtlichen Untersuchung Veranlassung geworden ist, so muß es mir natürlich von höchster Wichtigkeit sein, den wahren Verlauf desselben kennen zu lernen, und ersuche ich Euer Exzellenz daher, es veranlassen zu wollen, daß mir die über diesen Fall verhandelten Akten in ihrer ganzen Vollständigkeit originaliter vorgelegt werden.

Da Euer Exzellenz sich mit solcher Wärme für die Genugtuung des Sägert bei des Königs Majestät verwandten, so gibt mir dies den Maßstab, wie Sie es sich zur Pflicht machen werden, ein Ähnliches für mich, den Thronerben, zu tun, sobald die mich betreffende Angelegenheit zu Ihrer Kenntnis gekommen sein wird.

68. An einen Diplomaten in München. Coblenz, 21. Dezember 1856.

Für die Teilnahme bei dem Feste – meiner Invaliditätserklärung – am 1. Januar sage ich Ihnen meinen besten Dank. Freilich kann ich diese Feier noch etwas ruhiger hinsichtlich der Invalidität ansehen, als mancher andere, da ich mit 9 Jahren 9 Monaten schon anfing eminente Dienste zu leisten – aber 60 Jahre bleiben immer 60 Jahre. Und das scheint man auch in Berlin zu finden, denn sonst würde man mich wohl statt Gröben nach der Schweiz senden – ah! Pardon, der ist ja noch älter als ich! Man muß sich in vieles in der Welt finden, – oder auch nicht!

69. An General O. v. Natzmer. Berlin, 7. Januar 1857.

Unter den vielen Wünschen, die mir am 1. Januar zugegangen sind, rechne ich die Ihrigen mit zu denen, die mich am meisten erfreut haben, denn Sie sind von früh an Zeuge meines redlichen Willens gewesen, den Königen und der

Armee Dienste leisten zu wollen. Und wenn wir dieses hin und wieder gelungen sein sollte, so wissen Sie wiederum, welchen großen und hervorragenden Anteil Sie daran haben, durch die mir stets von Ihnen gewordene Belehrung und das mir immer vorleuchtende Beispiel, was Sie mir gaben. Schon einmal habe ich Ihnen dies mit aufrichtigem Herzen ausgesprochen, als Sie mir zum Badenschen Feldzuge Glück wünschten, und nur zu gerne wiederhole ich es heute mit meinem Dank für alles, was Sie mir in dieser und so vieler anderer Beziehung gewesen sind, und für die freundliche Teilnahme bei diesem für mich so beglückenden Feste.
Ich bin weit über Erwartung, Gebühr und Verdienst geehrt worden. Ich nehme demütig hin, was man mir darbrachte, wenn es das Bekenntnis eines redlichen Willens ist, den ich in all mein Wirken gelegt habe; – das Vollbringen kommt aber doch nur von dort oben! Daß die Teilnahme so weit über den Kreis der Armee hinausreichen würde, darauf war ich gar nicht gefaßt, und bin daher ebenso überrascht als beglückt gewesen. Wenn König Ernst August von Hannover noch lebte, so würde ich jetzt ein so scheeles Gesicht von ihm erhalten wie Sie, als Sie Husar wurden; denn zwei inkarnierte Infanteristen als Husaren zu begrüßen, würde ihm sehr schwer geworden sein! Gedenken Sie in dieser Zeit des gefeierten Jubilars zugleich teilnehmend des – zu Hause gelassenen Feldherrn!! wegen Gerlach. – Ihrer Gemahlin mich auf das angelegentlichste empfehlend und wünschend, Matzdorf am Tage zu sehen,

Ihr treu ergebener Prinz von Preußen.

70. An General O. v. Natzmer. Coblenz, 21. März 1857.

Noch im 59. Jahre beantworte ich Ihre so freundlichen und herzlichen Zeilen mit den treuen Wünschen zu dem morgenden Tag, so daß ich also avant la lettre Ihnen meinen herz-

lichen Dank schon ausspreche. Wenngleich ich Ihre Wünsche gerne annehme, daß es mir wie Radetzky gehen möge, so glaube ich doch nicht, daß mir das Los beschieden sein wird, denn der Krieg für Preußen scheint abgeschafft zu sein, und ein 42 jähriger Frieden macht die Waffen zu demselben stumpf!

Der Trieb in der Armee ist gewiß noch außerordentlich groß, aber der Geist erlahmt doch, da nirgend eine Erfrischung möglich ist, wie sie nur der Krieg gibt. Jetzt scheint man im großen pensionieren zu wollen. Wer wird aber den Ersatz bilden, wird er jünger und besser sein? Ich fürchte, man wird manches gute Element verkennen und nicht ersetzen.

Wir werden in einen combat de générosité geraten, wenn ich von Ihnen als meinem Lehrer und Sie dann wieder von mir als einem Vorbild!!? sprechen. Gesetztenfalls, letzteres wäre wirklich jemals dagewesen, wäre es dann etwas anderes als die Fortpflanzung der Lehren und Prinzipien, die ich von Ihnen gehört und gesehen hatte? Also basta mit diesem Kapitel, ich bleibe bei meiner Auffassung stehen und weiß, wem ich so viel zu verdanken habe, und dafür wird meine Dankbarkeit mit mir ins Grab gehen!

Ich ersuche Sie schließlich, mich Ihrer Frau Gemahlin aufs angelegentlichste zu empfehlen und bleibe stets

Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

71. Letztwillige Aufzeichnung. Coblenz, 10. April 1857.

Im Glauben ist die Hoffnung!
Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn,
Er wird es wohl machen!
Herr, dein Wille geschehe im Himmel wie auf Erden!

Wenn diese Schrift in die Hände der Meinigen fällt, gehöre ich zu den Abgeschiedenen!

Möchte es mir vergönnt sein in meinen letzten Lebensstunden, meinen Geist den Händen meines Gottes zu empfehlen!
Möchte es mir vergönnt sein, von meinen Teuren, mich Überlebenden Abschied nehmen zu können!
Sollte ein jäher Tod mich ereilen, so möge mein ganzes Leben eine Vorbereitung für das Jenseits gewesen sein!
Möge Gott mir ein barmherziger Richter sein!
Ein vielbewegtes Leben liegt hinter mir!
Nach Gottes unerforschlicher Fügung haben Leid und Freude in stetem Wechsel mich begleitet. Die schweren Verhängnisse, die ich in meiner Kindheit über das Vaterland einbrechen sah, der so frühe Verlust der unvergeßlichen, teuren geliebten Mutter erfüllte von früh an mein Herz mit Ernst. Die Teilnahme an der Erhebung des Vaterlandes war der erste Lichtpunkt für mein Leben.
Wie kann ich es meinem heißgeliebten König und Vater genugsam danken, daß er mich teilnehmen ließ an der Ehre und dem Ruhm des Heeres! Seiner Führung, Liebe, seiner Gnade danke ich ja alles, was er mir bis zu seinem Tode vertrauensvoll erwies! Die treueste Pflichterfüllung war meine Aufgabe in liebender Dankbarkeit, sie war mein Glück!
Dem Könige, meinem Bruder, der mir zugleich vertrauensvoller Freund ist, kann ich nie hinreichend für diese Stellung zu ihm dankbar sein! Wir haben schöne, aber auch schwere Zeiten zusammen durchlebt, die uns aber nur immer enger verbunden haben, vor allem die jüngsten Jahre, wo Verrat und Irrungen das teure Vaterland dem Abgrunde nahe brachten. Seiner Gnade und seinem Vertrauen danke ich es, daß ich in Deutschland auf seinen Befehl Ordnung und Zucht herstellen konnte, nachdem er im eigenen Lande dies Beispiel gegeben hatte.

Alle, die mit mir durch Freundschaft und Wohlwollen in Verbindung traten – und ihre Zahl ist nach Gottes Weisheit nicht gering gewesen – finden hier meinen heißen Dank und zugleich den letzten Dank für ihre Liebe, mit der sie mir begegneten. Viele sind mir in das Jenseits vorangegangen – wie wird unser Wiedersehen sein?
Allmächtiger! Du kennst meine Dankbarkeit für alles, was mir hienieden Teures und Schmerzliches begegnete! In Deine Hände befehle ich meinen Geist!! Amen! Wilhelm.

72. An Freiherrn von Vincke-Olbendorf. September 1857.

. . . Ihre früheren Mitteilungen vom 14. Juni habe ich richtig erhalten. Die Anlagen zu Ihren beiden Schreiben interessierten mich sehr. Nur wissen Sie längst, daß ich scharf parlamentarische Gesetzgebung und parlamentarische Regierung unterscheide; erstere gebe ich zu, letztere nicht, und kann daher die Ministerverantwortlichkeit bis zur Anklage oder Abdankung auch aus kleinen Veranlassungen nicht zugeben. Das Parlament soll eine Kontrolle führen über die Regierung, diese soll und muß sich verteidigen, und wird ebensooft in ihrem Rechte gegen parteiische Anklagen bleiben als im Unrecht überführt werden. Letzteres braucht dann aber nicht immer zum Abtreten zu nötigen, wohl aber soll es ein wohltätiges Aufmerksammachen nach sich ziehen; und das ist bei gewissenhaften Beamten immer zu erwarten. Hat man dergleichen nicht, so muß der Souverän sie schon aus diesem Grunde entfernen, wozu parlamentarische Aufdeckungen (Kontrollierungen) die Veranlassung bieten werden . . .

73. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.
Cöln, 2. September 1857.

. . . Ihre anderweitigen Mitteilungen im Verfolg der Unterredungen mit Gortschakoff haben mich sehr interessiert, doch

weichen sie in zwei Punkten bedeutend von dem allgemeinen Eindruck ab, den er in ganz Deutschland gemacht hat, erstens, daß er überall seine französische Vorliebe mit Absicht zur Schau getragen hat und dieserhalb laut die mankierte Entrevue der zwei Kaiser im Sommer bedauert hat und daher auch zweitens keineswegs ein Herbeiführen einer solchen Entrevue negierte. Beides scheint er gegen Sie anders dargestellt zu haben, nicht wissend, daß man in Berlin nicht so französisch ist wie er. Daß er an andern Orten freier sich aussprach in dieser Hinsicht, ist begreiflich, weil er sonst in zu schneidende Opposition mit seiner Landsleute Passion gekommen sein würde! Daß er des Königs Anwesenheit bei solcher Entrevue wünscht, freut mich sehr; dagegen bin ich mit Ihrer Ansicht nicht einverstanden, daß diese Entrevue in Berlin große Schwierigkeiten gemacht haben würde.
Nachdem ein Napoleonide, und noch dazu der schlimmste, bei uns gewesen ist, wäre die Anwesenheit des Kaisers wohl ziemlich einfach gewesen. Aber falls der König nach Stuttgart geht, so muß ich es doppelt bedauern, daß die Zusammenkunft nicht in Berlin stattfand, denn es scheint mir für den König doch viel würdiger, daß der Kaiser Napoleon zu ihm das erstemal kommt, als daß er zu diesem hinreist. Ein solches Rendezvous würde für Preußens ganze Stellung sehr wichtig gewesen sein, da der König nicht nur sich, sondern Deutschland repräsentiert hätte, welches bei der Händereichung zweier solcher Kaiserreiche über dasselbe weg nicht gleichgültiger Zuschauer bleiben darf. Daß aber nun gerade in Süddeutschland und namentlich beim König von Württemberg diese Entrevue stattfindet, halte ich, und wenn es auch nur des äußeren Scheins wegen wäre, für ungemein unpassend und nachteilig. Die süddeutschen Velleitäten für Frankreichs Augen sind historisch, und wenn Gortschakoff tausendmal versichert, daß nichts gegen Deutschland gebraut

wird, so frage ich ganz einfach, wozu die ganze Hast einer solchen Entrevue? Einen Grund muß sie doch haben, der früh oder spät zutage kommen wird.

In meinen Augen kann dies nur eine Koalition gegen Österreich sein, und darin liegt der Ruin Deutschlands, es mag halb, viertel oder ganz zu Österreich stehen. Daß Preußen in solcher Koalition den Ausschlag gibt durch das Legen seines Gewichts in die Wagschale, ist klar. Aber darum müssen wir uns nicht frühzeitig die Hände binden, sondern alles anwenden, einen solchen Konflikt abzuwehren, und das geschieht durch vorläufiges Zusammenhalten Preußens, Englands und Österreichs. Ist dann der Konflikt dennoch nicht zu hindern, dann wird Preußen zuzusehen haben, wohin es schlägt, und könnten Friedrichs des Großen Traditionen auch wieder zur Geltung kommen. Es fragt sich freilich dabei, ob man die Konsequenzen dieser Traditionen de longue main jetzt schon sich vorbereiten soll oder le cas échéant abzuwarten ist. Ich bin für letzteres. – Voilà ma manière de voir. Mündlich bald mehr. Ist über des Königs Reise nach Stuttgart schon etwas bestimmt? Notwendig ist sie unbedingt, wie die Sachen einmal liegen, und man sich zu einer Einladung nach Berlin nicht hat verstehen wollen, als er durch Hatzfeldt auf den Busch klopfen ließ. Am 6. bin ich in Halle, am 11. in Berlin. Ihr Prinz von Preußen.

74. An Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

Sanssouci, 28. Oktober 1857.

Empfange meinen herzlichsten Dank für Deine teilnehmenden Zeilen zu dem schweren Ereignis, welches uns heimsucht! Wer hätte es jemals für möglich halten sollen. Deine Mutter ist für die Königin ein wahrer Trostengel gewesen und für uns alle ein Muster an Gelassenheit und Besonnenheit.

Die schwere Bürde, die mir überkommen ist, trage ich willig zum Besten des Königs und, so Gott will, nicht zum Nachteil des Landes! Je eher je lieber werde ich sie ablegen, da dies der schönste Beweis der Genesung des Königs sein würde. Ich wünsche mit Dir, daß während meines Interimistikums nichts vorfallen möge, was das gute Benehmen zwischen unsern Gouvernements stören könnte.
Indem ich Dich ersuche, mich dem gnädigen Andenken der Großherzogin zu empfehlen, verbleibe ich Dein Dich innig liebender Oheim Wilhelm.

75. An den Herzog von Sachsen-Altenburg. Berlin, 28. März 1858.
Als ich Deinen lieben, teilnehmenden Brief vom 11. v. Mts. erhielt, war ich noch so im Trubel der Festlichkeiten, daß es mir, in Verbindung der sich durch meine Abwesenheit in England gehäuften Staatsgeschäfte, nicht möglich war, Dir sogleich zu antworten, und nun lag ich fast fünf Wochen, ohne schreiben zu können, so daß diese Zeilen Dir sehr verspätet zukommen. Aber nicht minder herzlich und aufrichtig soll Dir nun meine Danksagung durch dieses Papier zugehen dafür, daß Du ungemein freundlich unserer beiden schönen Familienereignisse gedachtest. Und es ist mehr wie ein Familienereignis gewesen, durch die ganz überraschende Teilnahme des Volkes nah und fern an dieser Verbindung, in der man gewiß mit Recht ein Stück Geschichte sieht, denn eine Vereinigung der zwei größten protestantischen Länder Europas muß einen Einfluß ausüben auf die Zukunft, ohne daß deshalb einer dem anderen nachbetet in allem, was bei jedem geschieht. Jene schönen Tage waren ein momentaner Lichtpunkt in dem schweren Verhängnis, welches auf Preußen lastet, und unter dem niemand mehr leidet als ich! Und noch zeigt sich keine wahre Genesung des Königs, obgleich sie ebenso plötzlich eintreten kann, als sich noch länger ver-

zögern, aber die Hoffnung bleibt stets vorherrschend zu derselben. Wie jedes Interimistikum seine großen Übel hat, um wieviel mehr das einer Regierung! Indessen mit Gottvertrauen erreicht man vieles, und so möge es in meinem Fall auch sein!

Dein treuer Vetter und Freund Wilhelm.

Meine Frau dankt herzlich und sagt tausend Schönes.

76. An General O. v. Natzmer. Berlin, 17. Mai 1858.

Fast zwei Monate bin ich im Besitz Ihrer lieben, glückwünschenden Zeilen zu meinem Geburtstage und jetzt erst bin ich imstande, Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank zu sagen, was aber nichtsdestoweniger recht aufrichtig geschieht. Denn alle Wünsche, die mir an diesem 22. März zukamen, mußten einen Beigeschmack von Ernst tragen. So war es auch mit Ihren Wünschen!

Jede Stellvertretung in jedem Verhältnis ist etwas Peinliches, wieviel mehr die eines Monarchen, und nun aus solchen Ursachen! Allem Andringen, dieser Peinlichkeit ein Ende machen zu sehen, setze ich die bestimmte Ansicht entgegen, daß vor Ablauf eines Jahres daran nicht gedacht werden darf. Ist dann keine nahe Aussicht auf die hergestellte Regierungsfähigkeit des Königs vorhanden, dann mögen die dazu Berufenen überlegen und handeln – ich kann die Initiative nicht übernehmen! –

Ihre Teilnahme bei meinem 100. Akzident veranlaßt mich, zu erwähnen, daß ich noch immer nicht, ohne zu lahmen, gehen kann und namentlich die Treppe noch wie ein Kind hinaufsteigen muß und daher ordentliche Bewegung mir nicht machen kann, wogegen das Reiten recht gut geht, wenn ich erst im Sattel bin, – aber das geschieht mit – einer Treppe! die natürlich bei dem Exerzieren in gehörig versteckten Büschen angelegt wird!!

Mich Ihrer Gemahlin auf das angelegentlichste empfehlend
Ihr treuer Freund Prinz von Preußen.

77. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Baden-Baden, 18. Juli 1858.

Ich mache Sie auf einen Artikel des „Frankfurter Journals“ aufmerksam, in seiner Nummer 179 vom 11. Juli, aus Berlin vom 9. datiert und mit zwei †† bezeichnet, so das Zeichen eines Filials Ihres Preß-Zentralbureaus sein soll in Frankfurt a. M. Der Artikel bespricht von neuem die Frage der Mitregentschaft. Sie waren im Winter ganz mit mir einverstanden, daß von derselben niemals die Rede sein könne, und daß, wenn der König so weit hergestellt sein würde, die Regierung zu übernehmen, eine Erleichterung dadurch zu bewirken sei, daß die Ministerien größere Befugnisse auf Zeit erhielten. Es hat mich natürlich wundern müssen, wenn es gegründet ist, daß jenes †† obige Bedeutung hat, eine solche Ansicht von der Seite her angeregt zu sehen, ohne zugleich dieselbe sofort zu verwerfen. Denn jetzt muß man glauben, daß Sie und ich mit jener Regierungsform einverstanden sind, da Ihr Organ dieselbe anregt. Ich muß also wünschen, daß Sie die Sache untersuchen und der Preßstelle aufgeben, keine Artikel zu schreiben, die gegen meine Instruktion anlaufen; außerdem müssen Sie aber auch jene Regierungsform sofort bekämpfen lassen. Herr v. Bismarck hat mir gestern einige Kommentare hierzu geliefert, indem ihm versichert worden sei, daß in den sogenannten maßgebenden Regionen (Sanssouci, Tegernsee) jene Mitregentschaft stark diskutiert werden soll, ja sogar von einer Machtstellung der Königin neben mir (d. h. über mir) die Rede sein soll!

Sie kennen meine Ansicht über die zum 23. Oktober herannahende Frage genau. Ist bis gegen diesen Termin eine

Besserung des Königs nicht insoweit eingetreten, daß die Ärzte einen bestimmten Zeitpunkt bestimmt angeben können, bis zu welchem der König die Regierung wieder übernehmen kann, so ist der Wortlaut der Verfassung: „einer dauernden Behinderung" erfüllt, und es müssen Schritte geschehen, eine Regierungsform zu instituieren, die gesetzlich ist und den Kammern nicht die Initiative zu ergreifen überläßt, was nach 5/4 jähriger Dauer des Königs Gesundheitszustandes unbedingt sonst geschehen wird und keine haltbaren Gründe dann mehr dagegen anzuführen sind. Daß ich unter den obwaltenden Umständen an eine Abdikation des Königs nicht denke, begreifen Sie nur zu gut. Eine Mitregentschaft verwerfe ich durchaus, da ich einen solchen Zwitterzustand niemals annehmen werde, da er mich in die Lage setzen würde, entweder Erlasse gegen meine Überzeugung zu zeichnen oder durch Verweigerung meines Einverständnisses ein Schisma zwischen dem König, dem Gouvernement und mir eintreten zu sehen, was das Allerunglücklichste für das Land wäre, was nur eintreten könnte. Somit erscheint die Einsetzung einer Regentschaft das allein Mögliche, nur mit dem Unterschiede, daß nicht nach dem Wortlaute der Verfassung der nächste Agnat sie ergreift, sondern daß sie vom Könige eingesetzt wird, da derselbe völlig zurechnungsfähig ist, ihm also eine veränderte Regierungsform nicht über den Kopf fortgenommen werden darf noch kann.

Beim Herannahen des 23. Oktober wird es also Ihre und des Staatsministeriums pflichtmäßige Aufgabe sein, alle diese Verhältnisse zu erwägen und die zu fassenden Ansichten mir vorzulegen, wie wir dies alles schon vor zwei Monaten besprochen. Daß der Weg, dem Könige die dann nötig werdende Vorlage zu machen, durch die Königin gehen wird, ist begreiflich. Ich habe in einer Unterredung mit

derselben ihr diese Ansichten bereits aufgestellt, die sie aufzunehmen geneigt war, äußernd, daß unter zwei Jahren (vom 23. Oktober 1857 an gerechnet) eine Regierungsübernahme durch den König ihr unmöglich erscheine. Die Mitregentschaft berührte ich dabei jedoch nicht, weil ich sie von Haus aus perhorresziere.
Die hier ausgesprochene Ansicht habe ich dem Feldmarschall Grafen Dohna, Minister v. Massow, den Ärzten und Illaire ausgesprochen, wie ich Ihnen dies auch schon, glaube ich, sagte. Daß die ganz neue Idee, die Königin in die Regierung zu melieren, unmöglich ist, versteht sich von selbst, ebensowenig wie die Zwitter-Mitregentschaft, dem König alle wichtigen Fragen vorzulegen und mir das kurrente Geschäft zu übertragen, was auch auftauchen soll. Ich verlange Klarheit in allen Verhältnissen, wobei ich unter dem König nur die Armeeverhältnisse übernehmen würde.

78. An Prinzessin Augusta. 7. Oktober 1858.

Der entscheidende Schritt ist also geschehen! Gott gebe seinen Segen zu dem ernsten Werke, das nun durch mich für das Vaterland beginnt. Du kannst denken, in welcher Aufregung ich bin, und wie ich nur im Gebet mich stärken und kräftigen konnte und mich Gottes Barmherzigkeit anheimgeben! Wenn somit vielen ein Stein vom Herzen fällt, so beginnt für mich nun erst die wahre Sorge und Qual, die mir schwerlich wieder entnommen werden wird. Ich schließe mit der Bitte, daß Du für mich und das Vaterland und das schmerzlich berührte Königspaar beten mögest.

Dein Wilhelm.

79. An den Ministerpräsidenten Freiherrn O. v. Manteuffel.

Berlin, 3. November 1858.

Bei Empfang dieser Zeilen weiß ich, daß Sie deren Inhalt ahnen. Der Entschluß, den ich gefaßt habe, und den Ihnen

die Einlage anzeigt, ist mir durch die Offenheit und Loyalität erleichtert worden, mit welcher Sie mir seit Einsetzung der Regentschaft zu verschiedenen Malen Ihre Demission angetragen haben. Indem ich sie nunmehr annehme, bin ich Ihrer Worte eingedenk gewesen, daß es vielleicht besser wäre, wenn ich mich mit neuen und frischeren Kräften umgebe. Ich habe es getan! Für Ihre zehnjährige Innehabung der höchsten und wichtigsten Staatsämter folgt Ihnen der Dank Ihres jetzt so schwer heimgesuchten Königs und meine Anerkennung und mein Dank für Ihre Stellung zu mir im verflossenen Jahre. Die Erhebung in den Grafenstand, die Berufung auf Lebenszeit, nach Stiftung eines Majorats mit Erblichkeit in das Herrenhaus und die Rangstellung einer obersten Hofcharge werden die öffentlichen Zeichen der königlichen Gnade sein, die Ihnen die offizielle Order nach fester Konstituierung des neuen Ministeriums verkündigen wird. Mit Dank und Anerkennung Ihr sehr ergebener Wilhelm, Prinzregent.

80. Ansprache an das neuernannte Staatsministerium. 8. November 1858.

Nachdem wir durch eine ernste Krisis gegangen sind, sehe ich Sie, die mein Vertrauen zu den ersten Räten der Krone berufen hat, zum ersten Male um mich versammelt. Augenblicke der Art gehören zu den schwersten im Leben des Monarchen, und ich als Regent habe sie nur noch tiefer empfunden, weil ein unglückliches Verhängnis mich in meine Stellung berufen hat. Die Pietät gegen meinen schwer heimgesuchten König und Herrn ließ mich lange schwanken, wie manche Erlebnisse, die ich unter seiner Regierung wahrnahm, in eine bessere Bahn wieder einzuleiten seien, ohne meinen brüderlichen Gefühlen und der Liebe, Sorgfalt und Treue, mit welcher unser allergnädigster König seine Regierung führte, zu nahe zu treten.

Wenn ich mich jetzt entschließen konnte, einen Wechsel in den Räten der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil ich bei allen von mir Erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die meinige ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. Sie alle erkennen es an, daß das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich ist, daß die Wohlfahrt beider auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruht. Diese Bedürfnisse richtig zu erkennen, zu erwägen und ins Leben zu rufen, das ist das Geheimnis der Staatsweisheit, wobei von allen Extremen sich fernzuhalten ist.
Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein, denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit kurzem eine Bewegung, die, wenn sie teilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser ebenso besonnenes als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegengetreten werden muß. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen; nicht Versprochenes muß man mutig verhindern. Vor allem warne ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen. Gerade hierauf bezieht sich, was ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen.
In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, die zunächst vom Ministerium des Innern und der Landwirtschaft ressortieren, sind wir von einem Extrem zum andern seit

1848 geworfen worden. Von einer Kommunalordnung, die ganz unvorbereitet Selfgovernment einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mittehalten bewirkt haben würde. Hieran die bessernde Hand einst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen, was eben erst wiederhergestellt ist, um nicht neue Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde.

Die Finanzen haben sich in acht Jahren von einem sehr unglücklichen Stande so gehoben, daß nicht nur das Budget gut balanciert, sondern Überschüsse sich ergeben. Aber noch kann bei weitem nicht allen Bedürfnissen entsprochen werden, die sich in allen Branchen und Administrationen kundgeben. Hätte man vor zwei Jahren in den Steuervorlagen richtiger operiert, so würden wir durch Bewilligung derselben jetzt auf viele Jahre hinaus drängenden Bedürfnissen haben gerecht werden können. Wie zu diesen Bedürfnissen die Mittel zu beschaffen sein werden, wird eine Hauptaufgabe der Zukunft sein. Die wahre Besteuerungsfähigkeit des Landes ist dabei vor allem ins Auge zu fassen.

Handel, Gewerbe und die damit eng verbundenen Kommunikationsmittel haben einen nie geahnten Aufschwung genommen; doch muß auch hier Maß und Ziel gehalten werden, damit nicht der Schwindelgeist uns Wunden schlage. Den Kommunikationswegen müssen nach wie vor bedeutende Mittel zu Gebote gestellt werden; aber sie dürfen nur mit Rücksicht auf alle Staatsbedürfnisse bemessen und dann müssen die Etats innegehalten werden.

Die Justiz hat sich in Preußen immer Achtung zu erhalten gewußt. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Prinzipien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung ein-

dringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworene wirklich gehandhabt werden kann.
Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die ins Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden Konfessionen eine möglichste Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen werden, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist, und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterbeförderung ist mein fester Wille und Entschluß, mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und teilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebaren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbesuches geben wird. – Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden. – Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze

geistiger Intelligenz stehen soll, und durch seine Schulen die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nötige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nötig werden.

Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indes auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Anordnungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und – Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.

Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundliche Verhältnis geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. – Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik,

gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist.

Auf dieser Bahn mir zu folgen, um sie mit Ehren gehen zu können, dazu bedarf ich Ihres Beistandes, Ihres Rates, den Sie mir nicht versagen werden. Mögen wir uns immer verstehen zum Wohle des Vaterlandes und des Königstums von Gottes Gnaden.

81. An Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Baden, 27.—30. September 1859.

Schon fast seit zwei Monaten bin ich Dir meine Antwort schuldig, was höchst wunderbar und undankbar klingt. Aber es hat auch seine Entschuldigung und Bedeutung. Dein Brief war inhaltschwer; er betraf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aus Preußens Verhalten in der jüngsten Vergangenheit folgerst Du mit Recht dessen jetzige Isoliertheit, und deshalb willst Du eine Handlung in der Gegenwart, die diese Isoliertheit zu einer Prädominenz für die Zukunft steigert. Eine solche Anschauung verdient die höchste Anerkennung und den aufrichtigsten Dank.

Was nun die Vergangenheit betrifft, so würde ich, wenn ich dieselbe noch einmal zu durchleben hätte, ganz genau ebenso, wie geschehen, durchleben und durchhandeln. Denn ich werde mich niemals davon überzeugen, daß ich weise, zum Besten Deutschlands, Preußens und Europas gehandelt hätte, wenn ich durch Kriegsdrohungen gegen Frankreich im März den Krieg auf Deutschland gezogen hätte, um Österreichs Politik in Italien zu soutenieren!! Ich habe es vom Thron herab gesagt: Ich würde für das europäische Gleichgewicht, für Deutschlands Sicherheit und Preußens Ehre einstehen. Als am 20. April mir die Nachricht des abgegangenen Ulti-

matums zukam, habe ich in derselben Minute (Faktum, denn die Order lag seit dem Vormittage ununterzeichnet auf meinem Tische) die Kriegsbereitschaft unterzeichnet und Deutschland zur Nachfolge aufgefordert. Als der Ticino und Magenta verlassen war und Napoleon nicht haltmachte, obgleich der status quo ante durch Räumung Piemonts hergestellt war, also die Niederwerfung Österreichs bis zur Adria wahr werden konnte, somit also das Gleichgewicht Europas bedroht war, ebenso Deutschlands Grenze, – machte ich die Armee mobil – (Beschluß vom 6., Vollziehung am 14. Juni) und forderte Deutschland auf, die Armee am Rhein zu konzentrieren, zu welchem Behufe sich die preußische Armee am 2. Juli in Marsch setzte. Der Waffenstillstand machte hierin keinen Aufenthalt, bis am 13. Juli die Friedenspost uns erreichte. Nach dieser Tagebuchsaufzählung frage ich jeden Unparteiischen, wer kann Preußen einen Vorwurf machen, Deutschlands und Österreichs Interessen vernachlässigt zu haben? Liegt eine Vernachlässigung darin, daß ich Österreichs unüberlegte Handlung nicht durch Provozierung Frankreichs unterstützte und somit den Krieg nach dem Rhein zog? Liegt eine Vernachlässigung darin, daß 400000 Mann vom 1. Juli ab in ganz Deutschland und Preußen im Marsch nach dem Rhein waren, um, wenn am 16. August der Waffenstillstand keinen Frieden, trotz der Vermittlung der Neutralen, brachte, in den Krieg einzutreten? Ist es Preußens Schuld, daß der übereilte Frieden geschlossen wurde, da man in Villafranca den Marsch jener Armee kannte? Trotz dem allen ist Preußen nun einmal der Sündenbock, auf den alles gewälzt wird. Daß aber die deutschen Kabinette den Haß gegen Preußen so weit treiben würden, daß sie gesonnen waren, die Veronaer Perfidie, d. h. die Kommandofrage über die preußische deutsche Armee, mir nach den Paragraphen des Militär-

Bundes-Reglements zu übertragen, also im Moment eines sehr ernsten Krieges das Kommando in einer Art zu bestellen, daß niemals eine Einheit der Operationen möglich gewesen wäre — — dies, sage ich, geht über meinen Begriffshorizont! Denn es heißt auf gut deutsch: Lieber einen Krieg schlecht führen als gut unter Preußens Führung! Wäre ich in dieser Kommandofrage majorisiert worden, so hätte ich wahr und wahrhaftig die preußische Armee demobilisiert und hätte den Deutschen überlassen, den Krieg zu führen, den sie so sehnlichst wünschten.

Ich trage die mir nach allen Richtungen gewordenen Schmähungen sehr ruhig, weil mein Gewissen mich völlig frei von allen Vorwürfen spricht, die man mir macht. Du wünschest nun, daß Preußen durch ein energisches Auftreten die Initiative in der sogenannten deutschen Bundes-Reformfrage (d. i. die Gegenwart) nehme, um das verlorene Terrain wiederzugewinnen (d. i. die Zukunft), rätst mir dieserhalb eine Kommission zu ernennen, die eine dergleichen Reform auszuarbeiten hätte. Der Rat zeugt von Deinem Interesse und Deiner Vorliebe für uns, und deshalb habe ich ihn, wie gesagt, mit Dankbarkeit vernommen. Aber ich hätte wohl gewünscht, daß Du mir die Basis angegeben hättest, auf welcher Du Dir eine solche Reform denkst und für ausführbar hältst! Denn ich gestehe Dir offen, daß ich eine solche Basis nicht finden kann, namentlich eine solche, die Österreich annehmen könnte oder vielmehr annehmen würde. Aus meiner Antwort nach Stettin hast Du ersehen, wie ich die Frage auffasse; sie ignorieren, zurückdrängen, verdächtigen zu wollen, fällt mir nicht ein. Aber momentan sehe ich keine Möglichkeit, etwas zu proponieren, was zum Ziele führte, und was angenommen werden würde, weil es von Preußen kommt. Dagegen will ich mit praktischen Propositionen auftreten, z. B. Besserung der Wehrverfassung

Dann dem Rechtszustande in Deutschland das Wort reden, wie er in Preußen geübt wird, also Kurhessen und Hannover zeigen, wo das Recht bei ihnen liegt. Indessen nehme ich Dein Schlußanerbieten an, mir Deinen Rat zu leihen, wenn ich es wünsche, und somit bitte ich Dich also, mir Deine Pläne und Ansichten mitzuteilen, die Du Dir zur Bundesreform denkst.

Wie wenig Österreich gesonnen ist, irgend etwas in dieser Richtung zuzulassen, hast Du soeben persönlich erfahren, da es nicht einmal gestattet sein soll, seine Ansicht auszusprechen, geschweige denn zu handeln. Also welche Vorsicht, Umsicht und Weisheit ist nötig, wenn man schaffen will! Vielleicht interessiert es Dich, die Antwort zu kennen, welche ich nach Wien auf die Mitteilung der Dir gewordenen Lektion geben ließ: hoffe, daß Du zufrieden sein wirst, sie liegt bei. Nun adieu! Verzeihe diese verspätete Antwort und die flüchtige Schrift, aber selbst hier verfolgt mich die Mußelosigkeit.

Dein treuer Freund Wilhelm.

82. An den Kriegsminister v. Bonin. 24. November 1859.

.... Sehr wahr bemerken Sie, daß die militärischen, staatswirtschaftlichen und finanziellen Interessen in einer gewissen Harmonie stehen müssen; aber ebenso wahr ist es, daß in einer Monarchie, wie die unsrige, der militärische Gesichtspunkt durch die beiden anderen nicht geschmälert werden darf, denn die europäische Stellung des Staates, von der wieder so vieles andere abhängt, beruht darauf. Der Friede selbst, ohne welchen keine Wohlfahrt, weder des Ganzen noch des einzelnen, zu denken wäre, würde durch eine Beschränkung der inneren Tüchtigkeit und Schlagfertigkeit der Armee gefährdet werden.....

Von Tag zu Tag verschob ich diese Antwort, da ich immer auf einen Abschluß in der politischen Krisis rechnete, der einen Rückblick und einen Vorblick gestattet. Ein solcher Moment scheint mir jetzt gekommen zu sein, wo Preußens und Rußlands Antworten auf die englischen vier Punkte erfolgt sind, wo die englischen Minister energisch im Parlament sich gegen die savoyschen Inkorporationsgelüste ausgesprochen und Napoleon gesprochen hat.
Daß Preußen und Rußland auf das Prinzip der Volkssouveränität nicht pure eingehen würden, war vorauszusehen. Napoleon hat also selbst auch diesen Punkt in seinen neuesten formulierten Vorschlägen fortgelassen, von einem erneuerten dergleichen Votum abgestanden; er steht ferner energisch ab von der Annexion Toskanas mit Sardinien, während er die zwei kleinen Herzogtümer annektieren lassen will. Somit ist also freilich ein starker Teil des Friedens von Villafranca umgestoßen; aber die Situation dieser zwei Herzogtümer ist derart, daß selbst wir, die wir uns stets auf der Basis der Legitimität halten müssen, bald ein fait accompli werden anerkennen müssen, wie einst in Belgien!
Den vorgeschlagenen Ausweg wegen der Romagna, eine Art Suzeränität, verwerfe ich nicht, indem es eben ein Ausweg ist, zu dem man den Papst bewegen müßte. Da nun Venetien intakt bleiben soll, so ist das Programm jusqu'à l'Adriatique glücklich nicht erfüllt; daher also auch die Annexion Savoyen-Nizzas in keiner Weise gerechtfertigt, was also auch Euer energisches Protestieren rechtfertigt. Auf Eure Aufforderung haben wir uns in ähnlicher, bestimmter Weise ausgesprochen, wenngleich nach der Napoleonischen Thronrede diese Frage den Großmächten vorgelegt werden soll, welche Vorlage doch eine ganz andere Basis der Beantwortung erwarten läßt, wenn England,

Preußen, wahrscheinlich auch Rußland, Österreich gewiß, einverstanden sind. Dies erscheint mir nach den langen Schwankungen endlich ein Punkt zu sein, auf dem also die vier Mächte einverstanden sind, so daß hiermit, ohne eine Koalition oder gar Allianz zu bilden, doch eine moralische Einmütigkeit den französischen Annexionsgelüsten entgegentritt. Dies scheint mir von ganz ungemeiner Wichtigkeit in diesem Momente zu sein. Niemand ist dabei mehr als Preußen und Deutschland interessiert wegen des linken Rheinufers, welches ganz gleich dem Versant des Alpes als eine geographische Verteidigungslinie beansprucht werden dürfte. In dieser letzten Beziehung sind wir also mehr als alle andern Großmächte interessiert und verpflichtet, gegen dergleichen Annexionspläne uns auszusprechen, damit eine Gutheißung derselben uns nicht dereinst als Antezedenzien vorgehalten wird, und auch Ihr andern durch Eure jetzige Willfährigkeit uns nicht dereinst zur Herausgabe des linken Rheinufers nötigt.

Ein anderer Punkt, dem Preußen nicht zustimmen konnte, ist der der Anerkennung der Nonintervention als Prinzip. Du sagst in Deinem Briefe gewiß richtig, daß man niemand eine Regierungsform mit Waffengewalt aufzwingen soll. Aber ist es denn nicht ebenso richtig, nach Anrufung um Hilfe der legitimen Souveräne, sie vor Aufzwingung der Regierungsformen der Revolution zu schützen? Eine Ausnahme gibt es hierbei nur, nämlich die, wenn stipulierte Rechte einem Volke zur Seite stehen, wie dies in der schleswig-holsteinischen Frage der Fall ist. In Italien ist es ganz anders; dort stehen den Souveränen die stipulierten Rechte vertragsmäßig zur Seite, und das Volk verlangt nur nach zeitgemäßen Reformen, die leider die Souveräne nicht rechtzeitig zu gewähren verstanden. Aber ein stipuliertes Recht auf solche Reformen steht ihnen nicht zur Seite! Daß

diese Souveräne nicht rechtzeitig zu handeln verstanden, wird wahrscheinlich ihre déchéance zur Folge haben! Möchte doch dies Beispiel manchem deutschen Souveräne die Augen öffnen; aber im Gegenteil, sie werden immer blinder!
Daß Napoleon Herr der Situation in der Handels- und Kirchenfrage bleiben würde, war von Anfang an auch meine Überzeugung. Nicht so überzeugt war ich von der Gewinnung der öffentlichen Meinung in England für den Handelsvertrag. Das Votum des Parlaments beweist aber, daß derselbe gewiß angenommen wird. Ganz einverstanden bin ich mit Dir, daß derselbe für Deutschland von Wichtigkeit werden kann, und daß der Zollverband endlich zu den von Preußen immer aber vergeblich angestrebten freien Handelsprinzipien sich bequemen wird.
Der Schein oder der Vorwand, welcher zum Kriege in Italien dienen soll, sind die Regierungsformen, welche die verschiedenen Gouvernements anwenden. Der wahre Grund ist aber Sardiniens Gelüste nach Vergrößerung. Und dazu soll irgendeine unbeteiligte Regierung die Hand bieten? Welches Völkerrecht lehrt, daß man einem andern Staate den Krieg machen darf, weil er anders regiert wird, als man es wünscht? Und wo liegt die Nötigung, die unbegründeten Vergrößerungsgelüste auf Kosten eines andern zu unterstützen? – Ein noch anderer Grund zum Kriege ist die Ansicht Napoleons, daß ein Napoleonide die Traktate von 1815 zerreißen müsse, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet. Diesem Satze ist ganz einfach der entgegenzusetzen, daß alle andern Staaten berufen sind, die Aufrechterhaltung dieser Traktate zu gewährleisten. Wenn Frankreich dies bestimmt weiß, so wird es sich zehnmal besinnen, ehe es zum Kriege schreitet. Nach einer andern, d. h. der österreichischen Seite muß dieselbe Sprache der Abmahnung irgendeines provozierenden Schrittes in Italien geschehen. Wer unnütz

provoziert, wird so leicht keine Alliierten finden, das ist meine stehende Phrase mit den auswärtigen Diplomaten hier, denn das ist meine innigste Überzeugung.
Für Preußen entsteht nun die Frage, was hat es zu tun, wenn Frankreich Italien in einem Konflikt mit Österreich unterstützt? Die öffentliche Meinung in ganz Deutschland hat sich seit vier Wochen in einer Art gegen Frankreich ausgesprochen, daß man dem die Augen nicht verschließen darf. So weit möchte also auch Preußens Aufgabe vorgezeichnet sein, denn die Gefahr der Revolutionskriege liegt nahe, daß, im Fall den französischen Waffen der Sieg verbliebe, diese dann bald gegen Deutschland und Preußen gerichtet werden würden, wenn diese neutral geblieben wären und Österreichs désastres ruhig mit angesehen hätten. Wie ist aber unsere Lage, wenn England für Frankreich in einem solchen Kriege, d. h. also für Italien, sich erklärt? Noch mehr, was sollen wir tun, wenn Rußland droht, einer solchen anglo-französischen Alliance beizutreten? Würde eine solche Alliance nicht Preußen und Deutschland zur Neutralität zwingen, die freilich eine bewaffnete sein würde? Aber gesetztenfalls, England und Rußland bleiben neutral, Österreich bleibt siegreich gegen eine franco-italienische Alliance, werden Deutschland, also auch Preußen, Zuschauer bleiben; wie stiegen Österreichs Aktien in der Welt und vor allem in Deutschland! Kann dies Preußen gleichgültig sein??
Wie ist aus diesem Dilemma herauszukommen? Diese Frage richte ich an Dich. Auf Deine Antwort bin ich im höchsten Grade gespannt, denn sie wird für uns entscheidend sein.

84. An König Georg von Hannover. 18. März 1860.

Euer Majestät haben im Jahre 1857 im Bade zu Norderney gegen den damaligen preußischen Landrat in Elberfeld, v. Diest, Äußerungen über den Minister v. d. Heydt getan,

welche der v. Diest bei Gelegenheit einer gegen denselben angestrengten Untersuchung in seiner schriftlichen Verteidigung niedergelegt hat. Nach dessen Aufzeichnungen haben nämlich E. M. unter Begleitung von sehr bezeichnenden Ausdrücken über den Minister v. d. Heydt geäußert: derselbe begünstige diejenigen Eisenbahnen, bei denen sein Haus beteiligt sei, und die, bei denen das nicht der Fall sei, kneife [er], und daß E. M. dies aus sicherster Quelle wüßten. Nachdem diese Äußerungen zur Kenntnis des Ministers v. d. Heydt gekommen sind, durch die Untersuchung aber auch in weiteren Kreisen bekannt werden mußten, konnte derselbe es nicht unterlassen, der Regierung und demnächst mir selbst Anzeige eines Vorfalls zu machen, der, indem er ein Mitglied der ersten Räte der Krone berührt, nicht nur seine Person, sondern auch mein Gouvernement auf das unangenehmste in die Öffentlichkeit stellt.

Von E. M. Gerechtigkeitssinn darf ich wohl annehmen, mir Gelegenheit geben zu wollen, um die Stellung desselben weiter zu erhalten, demselben mitteilen zu können, entweder:

daß der v. Diest E. M. Äußerungen mißverstanden hat

[oder:] daß es E. M. gefallen möge, wenn diese Annahme nicht zutreffen sollte, mir gütigst die sichere Quelle angeben zu wollen, aus welcher jene Ansichten über den Minister v. d. Heydt geschöpft sind, um demnächst gegen den Urheber solcher Gerüchte die Schritte einzuleiten, die entweder die Schuld des Angegriffenen herausstellen werden oder eine Verleumdung zutage fördern müssen.

Der gütigen Mitteilung in dieser gewiß sehr zarten Angelegenheit – die mir dieserhalb peinlich, wenngleich Pflicht ist – entgegensehend, zeichne ich E. M. treuergebener Vetter

W., Pr. v. Pr.

Ihre sämtlichen sechs Briefe habe ich richtig erhalten und sage ich Ihnen meinen besten Dank für alles so überaus Interessante, was Sie mir mitteilten, sowie für die guten Wünsche zum Geb[urts]tag. Vornehmlich dieser Brief hat mich ungemein interessiert, da er einen Abriß der europäischen Lage, vis à vis von Frankreich, gab, den ich ungemein richtig und beherzigenswert finde. Die Schilderung von Frankreich und England halte ich für klassisch. Unsere Lage bezeichnen Sie ebenfalls vollkommen richtig; sie ist schwierig, aber voller Zukunft. Daß die militärische Frage aus dem finanziellen Gesichtspunkt allein auf Schwierigkeiten stößt, nehme ich nicht an. Die Demokratie sieht in derselben die Möglichkeit verdorben, undisziplinierte Landwehren zu ihren Zwecken verwenden zu können, wie ihr dies 1849 zum Teil gelungen war. Dies ist der Hebel, der angesetzt wird, versteckt hinter der Geldfrage. Warum genoß denn Patow, als unbedingt unsere erste Finanzkapazität, so volles Vertrauen bisher, und soll es verlieren, weil er die völlige Möglichkeit nachgewiesen hat, daß das Land die Forderung vollkommen tragen kann, indem es während drei Jahren nicht einen Groschen mehr zahlen soll als heute, und nach jenem Termin durch Staatsschulden-Zinsenersparnis, Grundsteuer und steigende Überschüsse die Deckung gesichert ist? Da muß also etwas anderes dahinter stecken, und das habe ich eben genannt. Aber wie dumm ist diese Demokratie, zu glauben, daß auf so lange beurlaubte Mannschaften, wie nach dem neuen Projekt festgestellt wird, die Einwirkung der Umsturzpartei nicht auch möglich sei. Darauf ist das Projekt wahrlich nicht gebaut. Es ist gebaut auf Verjüngung der Mannschaften, Erleichterung der älteren vier Jahrgänge der Landwehrmannschaften und auf Einstellung der Beurlaubten in festen, leider immer noch schwachen Cadres (500 auf 1600

Mann). Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir an das gewünschte Ziel kommen. Aber die Haltung des Herrenhauses ist weit schlimmer als alles andere, und das ist der Unsegen! – Nun noch tausend Liebes Ihrer Gemahlin; auf Wiedersehen also im Sommer.

Ihr Prinz von Preußen.

86. An König Georg von Hannover. Baden, 29. Mai 1860.

Euer Majestät bezeuge ich den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 20. März. Wenn ich aus demselben ersehe, daß Eure Majestät es nicht für angänglich erachten, Auskunft über Äußerungen zu geben, welche Sie gemacht oder nicht gemacht haben, am wenigsten aber in Untersuchungssachen, weil für Allerhöchst Sie das Verhältnis eines Angeklagten sich herausstellen könnte, – so muß auch ich bei aller Freundlichkeit, die ich stets für Eure Majestät hegte, offen bekennen, daß ich eine solche Auslegung meines Schreibens vom 18. März d. J. ebenso entschieden als ergebenst zurückweisen muß.
Ich kann mir Euer Majestät Auffassung nur aus der offiziellen Form meines Schreibens erklären, die ich aber wählen mußte, um dem Minister v. d. Heydt eine offizielle Erklärung geben zu können. Daß Ew. Majestät Antwort nur für den genannten Minister bestimmt sein kann und niemals in einem Prozeßaktenstück Platz finden würde, – dies durfte ich bei Ew. Majestät Kenntnis von meiner Diskretion und sonstigen Schicklichkeitsgefühlen voraussetzen, weshalb ich ganz natürlich jede Erwähnung dieserhalb unterließ. Da ich nunmehr annehmen kann, daß es Euer Majestät angenehm sein wird, mir die gewünschte Erklärung als von Vetter zu Vetter gemacht abzugeben, so sehe ich einer dergleichen nunmehr vertrauensvoll entgegen.
Euer Majestät freundwilliger Vetter Wilhelm, Pr. v. Pr.

87. Ansprache an die deutschen Fürsten auf dem Fürstentage in Baden-Baden [18. Juni 1860].

Es ist meinem Herzen ein Bedürfnis, Eueren Majestäten meinen lebhaftesten Dank auszusprechen, daß Sie sich so bereitwillig geneigt gezeigt haben, bei der Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon hier mit mir anwesend sein zu wollen. Euere Majestäten haben dadurch der Absicht, in welcher ich meinerseits dieser Zusammenkunft zugestimmt hatte, das Gewicht der Übereinstimmung gegeben. Nicht minder bin ich verpflichtet, den anwesenden Majestäten, Königlichen Hoheiten und Hoheiten, welche zu gleichem Zwecke herbeigeeilt sind, meinen aufrichtigen Dank für die Unterstützung auszusprechen, die mir dadurch in meiner Begegnung mit dem Kaiser Napoleon zuteil geworden ist. Es ist der Beweis gegeben worden, wie einig Deutschlands Fürsten sind, wenn dem gemeinsamen Vaterlande Gefahr drohen sollte.

Der Kaiser Napoleon hatte als Grund seines Wunsches einer Zusammenkunft mit mir die Absicht ausgesprochen, seinen Willen, den Frieden zu erhalten, dadurch vor Europa zu beweisen und die Aufregung der Gemüter in Deutschland zu beschwichtigen, die, wie es wohl bekannt ist, von der Besorgnis erfüllt sind, daß die Annexionspolitik auch auf Teile Deutschlands ausgedehnt werden könnte. Wir sind nunmehr Zeuge gewesen von den wiederholten und uns allen übereinstimmend vorgetragenen friedlichen Versicherungen des Kaisers und aus der freimütigen offenen Antwort, welche dem Kaiser zuteil geworden ist, wird derselbe die Überzeugung geschöpft haben, daß wir gern bereit sind, seinen Friedensversicherungen Glauben zu schenken. Die Bedingungen, unter welchen ich auf diese Zusammenkunft allein eingehen konnte, habe ich dem Kaiser nicht verschweigen lassen; sie bestanden in der Voraussetzung, die

Integrität Deutschlands in keiner Weise in Frage gestellt zu sehen. Indem der Kaiser auf Grundlage dieser Vorbedingungen erschienen ist, hat dieser Grundsatz eine Anerkennung erfahren, welche nicht verfehlen wird, nach allen Seiten hin Eindruck zu machen. Ich hoffe auch, damit wieder ein Zeugnis abgelegt zu haben, daß Preußens auswärtige Politik das Gesamtinteresse Deutschlands wohl im Auge hat. Ob Deutschland in näherer oder fernerer Zeit Gefahren drohen, ich spreche heute, als am Jahrestage eines denkwürdigen Sieges, in diesem erlauchten Kreise es gern noch einmal aus, was ich in meiner letzten Thronrede öffentlich erklärt habe, daß ich es nicht bloß als die Aufgabe der deutschen, sondern als die erste Aufgabe der europäischen Politik Preußens erachte, den Territorialbestand sowohl des Gesamtvaterlandes als der einzelnen Landesherren zu schützen. An dieser Aufgabe werde ich mich durch nichts beirren lassen, auch durch den Umstand nicht, daß die Entwickelung der inneren Politik, die ich für Preußen als unerläßlich erkannt habe, sowie meine Auffassung mehrerer Fragen der inneren deutschen Politik von den Auffassungen einiger meiner hohen Bundesgenossen abweichen möge. Die Erfüllung jener nationalen Aufgabe, die Sorge für die Integrität und Erhaltung Deutschlands, wird bei mir immer obenan stehen. Über die Loyalität meiner Bemühungen, die Kräfte des deutschen Volkes zu gedeihlicher Wirksamkeit zusammenzufassen, kann kein Zweifel bestehen. Sie haben niemals die Absicht, das völkerrechtliche Band, welches die deutschen Staaten umfaßt, zu erschüttern. Wiederholt habe ich erklärt, daß eine Reform des Bundes nur unter gewissenhafter Wahrung der Interessen aller erstrebt werde, und die letzten Akte meiner Regierung werden keinen Zweifel gelassen haben, daß ich den gegenwärtigen Augenblick für eine Reform dieser Art nicht für geeignet erachtet habe.

Dagegen sind die Punkte bezeichnet worden, an welchen ich festhalten muß.

Wenn ich auf dem von mir betretenen Wege meiner inneren wie meiner deutschen Politik beharren muß, so habe ich doch keinen Grund, die Hoffnung aufzugeben, daß ich mich auf demselben mehr und mehr mit allen deutschen Regierungen begegnen werde. Auch auf eine Verständigung nach einer andern Richtung hin hoffe ich: auf die Verständigung zwischen Preußen und Österreich. Ich erachte dieselbe von der höchsten Wichtigkeit, und wenn in neuester Zeit eine Annäherung stattgefunden hat, so werde ich nicht verfehlen, den respektiven Kabinetten Mitteilung von den Fortschritten auf dieser Bahn zu machen. So möge denn unsere Vereinigung hier in Baden nicht nur den Beweis der Einigkeit gegen das Ausland gegeben haben, sondern auch das Gefühl derselben innerhalb des gemeinsamen Vaterlandes beleben und nichts dem Eindruck dieser Tage entgegentreten. Ich kann diese Ansprache nicht schließen, ohne dem Großherzog von Baden, der sich der Mühe herzlicher Gastfreundschaft so hingebend unterzogen hat, meinen Dank auszusprechen, welchem sich Euere Majestäten, Königlichen Hoheiten und Hoheiten gewiß gern anschließen.

88. An Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Gastein, 17. Juli 1860.

Tausend Dank für Deine Mitteilung vom 22. v. Mts. wegen der Badener Attacke auf den Nationalverein. Ich habe mich gleich nach Deiner Abreise und noch zu verschiedenen Malen gegen die Könige dahin ausgesprochen, daß ich meinen Standpunkt in der Angelegenheit in meinem Erlaß von Stettin vor der Welt kundgetan hätte, und daß ich dabei stehenbleibe. Solange nur durch Besprechungen und gemäßigte Preßerzeugnisse der Verein sich in den bisherigen

Schranken hielte, hätte ich keine Veranlassung, gegen ihn einzuschreiten. Daß ich der Tendenz indessen nicht folgen könne, mit Hintansetzung der Interessen und Rechte der deutschen Fürsten, die Einheit anzustreben, die der Verein bezweckt, hätte ich vom Throne und in der Fürstenversammlung zu Baden ausgesprochen. Wenn also der Verein durch Wort und Tat zu Handlungen sich verleiten ließe, die Taten bezweckten, welche gegen meine Auffassung stritten, so würde ich mich allerdings berufen fühlen, gegen denselben einzuschreiten. Bis dahin lägen polizeiliche Verfolgungen des Vereins und dessen Anhänger außer meiner Auffassung. So habe ich mich auch gegen den König von Sachsen ausgeschrieben, der mir seine voluminöse Antwort an Dich mitteilte. Wenn Herrn v. Arnims Aufforderung zu einer Art Vorparlament Folgen gehabt hätte, so würde ich dem bestimmt entgegengeschritten sein, weil dies die Repetition des schmählichen Anfangs von 1848 gewesen wäre und wir keine Repetition der Volksbeglückung von unten herauf brauchen können. Ainsi, avis au lecteur!

Dein treuer Freund Wilhelm.

89. An General O. v. Natzmer. Berlin, 25. Januar 1861.

Wenngleich ich Ihnen bereits nach meiner Angabe eine offizielle Danksagungsorder sendete, so kann ich mir aber doch nicht versagen, in einer der wenigen Mußestunden in der Nacht, die mir blieben, noch selbst die Feder zu ergreifen, um den Dank zu wiederholen und von Herzen!

Ihre Wünsche, die, ich weiß es, aus einem Herzen kommen, das mich versteht, denn wir haben uns immer verstanden, — sind mir dieserhalb unendlich teuer gewesen!

Der gewaltige Abschnitt meines Lebens, der mich noch spät im Alter trifft, war zwei Jahre lang vorbereitet; aber dennoch ist der Abstand gegen früher gewaltig. Ein freudiger

ist er um so weniger, weil, ganz abgesehen von dem Schmerz und der Trauer, welche ihn bezeichnen – in so vorgerücktem Alter nur noch wenig Erfolg einer gewissenhaften und treuen Tätigkeit zu erleben möglich ist.
Dennoch gehe ich getrost und Gott vertrauend meinen Gang und bete, daß Gott Preußen unter meiner Führung nicht zurückgehen lassen möge!
Furchtbar ist die Zeit, in der wir leben! Alles wanket, nirgends Treue und Glauben; nicht das Schwert regiert wie unter dem ersten Napoleon, sondern Unwahrheit, Lüge und Intrige. Fait ce que doit, advient que pourra, ist meine Devise, die jetzt allein gilt.
Daß Sie so leidend sind, ist mir ein großer Schmerz; an treuer Pflege fehlt es Ihnen nicht; möge sie Ihnen Linderung und Besserung gewähren.
Ihrer Gemahlin mich angelegentlich empfehlend
Ihr treu ergebener, stets dankbarer Zögling Wilhelm.

90. An den Kriegsminister v. Roon.

Berlin, 27. Mai 1861, 1/212 Uhr nachts.

Daß der Verlauf dieser Woche das Maß meiner Leiden voll machen würde, war ich erwartend; daß aber der erste Tag derselben in seiner letzten Stunde dies Maß schon füllen würde, ahndete mir nicht! Vermutlich hat General v. Manteuffel Ihnen bereits auch Mitteilung von seinem heute vollzogenen Duell mit dem p. Twesten jun. gemacht, den er verwundet, während er unverletzt blieb. Die zwei Anlagen werden Sie über alles aufklären, wenn Sie es noch nicht sein sollten.
Das Nächste, was zu tun ist, ist wohl, daß ich ihn sofort von seinen Funktionen suspendiere, wie er es selbst verlangt, und General Alvensleben sofort die Geschäfte übertrage. Nächstdem, glaube ich, wird nichts übrigbleiben,

als das kriegsrechtliche Verfahren gegen ihn eintreten zu lassen, so wie mein seliger Vater gegen den damaligen Major v. Thile (1818) verfuhr. Doch darüber mündlich das Weitere. So sehr wie Ihre Zeit auch in diesen Tagen beschränkt ist, so muß ich Sie doch schon morgen früh um 8 Uhr sprechen.

In diesem Moment Manteuffels Dienste zu entbehren, der Triumph der Demokratie, ihn aus meiner Nähe gejagt zu haben, das Aufsehen, was dies Ereignis in meiner allernächsten Umgebung machen muß, das sind Dinge, die mir fast die Sinne rauben können, weil es meiner Regierung einen neuen unglückseligen Stempel aufdrückt!! Wo will der Himmel mit mir hin! Wilhelm.

91. An General O. v. Natzmer. 28. Juli 1861.

Sie werden es mir vielleicht nicht glauben, daß vor mir Ihr Brief vom 22. März und 14. Juli liegt, und doch ist es wahr, denn als ich vor meiner Abreise in Berlin meine Korrespondenz ordnete, fand ich Ihren lieben Brief zum 22. März als „unbeantwortet" bezeichnet; daher nahm ich ihn hierher mit, um ihn endlich zu beantworten. Da ahnte ich freilich nicht, daß es eine solche Veranlassung sein werde, welche mir einen zweiten Brief von Ihnen zuführte.

Somit muß ich nun also Ihnen für beide herzlich danken, sowie Ihrer Gemahlin, die den Sekretär zum 22. und einen eigenen lieben Zusatz machte.

Die Glückwünsche zum 14. Juli sind allerdings von umfassenderer Bedeutung als bei anderer Veranlassung! – Mordversuch bleibt etwas sehr Schweres, aber erhebend ist, daß göttliche Gnade dabei allein mich retten konnte und wollte. Erhebend ist für mich aber auch die so überaus gütige Teilnahme, die mir von vielen Seiten zukommt und sogar von sehr überraschender Seite. Möchte dieses Gefühl sich

wenigstens in Preußen auch in Taten zeigen, damit wir nicht wieder eine Kammersession haben wie die letzte, obgleich die Aussichten auf die nächste noch roter sind! Nochmals herzlichen Dank.

Ihr treuer Wilhelm.

NS. Hierbei sende ich Ihnen meine eigene Aufzeichnung über das Attentat, sogleich nach demselben aufgesetzt.

92. Aufzeichnung König Wilhelms über seine Zusammenkunft mit Napoleon am 11. Oktober 1861.

Der Kaiser Napoleon hatte meinem Verlangen gemäß den Empfang an der französischen Grenze sowie die ganze Reise und den Empfang in Compiègne selbst genau so eingerichtet, daß jeder offizielle Empfang ausgeschlossen war, der durch Zeremonien hätte bezeichnet werden müssen.
Während des Aufenthaltes vermied der Kaiser, wie es schien, jede längere, eingehende politische Unterredung. Die nachfolgenden Aufzeichnungen werden dies beweisen, die ich so genau als möglich wiederzugeben suche.
Beim ersten Dîner fragte mich der Kaiser: «Croyez vous que l'affaire d'un traité de commerce s'arrangera?» Ich entgegnete, daß ich sehr bedauerte, daß die letzten Unterredungen des französischen Bevollmächtigten der Angelegenheit nicht förderlich gewesen wären; ich hoffte indessen, da für Frankreich und Deutschland die glückliche Lösung der Frage gleich bedeutungsvoll und wichtig sei, daß man durch gegenseitiges Entgegenkommen und Beweisen von bonne volonté zum Ziele gelangen werde. Der Kaiser erwiderte, daß er von der gegenseitigen Wichtigkeit der Frage ebenso durchdrungen sei, daß aber so viele Detailkenntnisse nötig seien, um die Sache genau zu verstehen; diese gingen ihm ab; denn wenn man ihm sage: Preußen wolle eine Ware so und so besteuern, weil ein Faden Seide auf so viel Faden

Wolle oder Baumwolle kämen, usw., so verstände er kein Wort davon. Ich sagte, daß es mir ähnlich ginge; ich hielte mich aber an die allgemeine Wichtigkeit, und da glaubte ich, daß vielleicht nach den Schwierigkeiten, welche der Handelsvertrag mit England für Frankreich erzeuge, diesem ein neuer Export sehr wünschenswert sein würde. Diese Ansicht gab der Kaiser nicht zu und kam am letzten Tage nochmals darauf zurück, indem er mit einigen enormen Zahlen die bereits für Frankreich erzielten Vorteile schilderte. Ich glaube, er sprach von 100 Millionen, für welche Paris allein mehr nach England schon exportiert habe. Auf meine Vorstellung, er möge Herrn Leclerq seinen bestimmten Willen aussprechen: «d'arriver à bon port», gab er diese Absicht sehr freundlich kund. Nachdem ich ihm noch unsere schwierige Lage schilderte, wegen unserer Abhängigkeit vom Zollverein, gab er das vollkommen zu. Am zweiten Tage sagte der Kaiser: «Vous aurez lu les assertions au parlament anglais, que j'ai fait un traité avec la Sardaigne, pour annexer l'île de Sardaigne. Ils sont comme les enfants, les Anglais, ils croient tout ce qu'une tête chaude avance. Il n'y a pas un mot de vrai dans tout cela; je ne pense pas à la Sardaigne et je n'y penserai pas!» Ich antwortete, daß ich allerdings diesen Debatten gefolgt sei, und mich gewundert hätte, daß das englische Ministerium sich nicht entschiedener gegen dergleichen Erfindungen ausspräche, da es ihm doch leicht sein müßte, die Wahrheit vom Kaiser zu erfahren. Leugnen könnte ich nicht, daß man auch bei uns an etwas der Art geglaubt habe, und ich freute mich zu hören, daß dem nicht so sei! (?)

Am selben Tage fragte der Kaiser: «Que savez vous des Duchés allemands de Danemarc?» Ich entgegnete, daß er wisse, wie ein Interimistikum zustande gekommen sei, welches so lange vorläufig dauere, bis Dänemark mit neuen

Propositionen hervorträte oder die neuesten Stipulationen nicht innehielte. Letzteres sei zu befürchten nach getanen Andeutungen, als wollte man trotz der letzten Stipulationen neue Steuern und Gesetze ohne ständische Zuziehung dekretieren. Wenn dies geschähe, so wäre man gerade so weit wie vor noch sechs Wochen. In meinen Augen wäre die ganze dänische Herzogtumsfrage in kürzester Frist für immer zu erledigen, wenn Frankreich mit England und Rußland bestimmt erklärten, daß dieselbe eine rein deutsche sei, in welcher Deutschland in seinem vollen Rechte wäre, und Dänemark daher niemals auf eine Unterstützung dieser drei Mächte zu rechnen habe, wenn es dem Rechte Deutschlands und den eingegangenen Verträgen nicht nachkäme. Der Kaiser bemerkte, daß ich ja wohl wisse, wie er in diesem Sinne gehandelt habe. Ich erkannte dies vollkommen an und belobte auch die zwei andern Großmächte, indem ich hinzufügte, ich könnte mir also die fortgesetzte Opposition Dänemarks nur so erklären, daß es im geheimen hoffte, dennoch dereinst unterstützt zu werden. Ich bemerkte ferner, daß sich die Welt viel mit dem Besuch des Königs von Schweden in Frankreich beschäftigte. Der Kaiser sprach von «des articles de jornaux absurdes». Der König sei ein eigentümlicher Herr, habe sich énormement in Paris und Chalons gefallen, «ce qui n'a pas trop amusé l'Angleterre». Noch am zweiten Tage fragte mich der Kaiser: «Avez vous pris une résolution par rapport à la reconnaissance de l'Italie?» Ich erwiderte, daß ich allerdings une résolution genommen habe, nämlich jede Anerkennung abhängig zu machen von der Pazifizierung ganz Italiens, also namentlich Neapels, und daß, wenn diese eingetreten sein würde, ich bei meinen ferneren Beschließungen immer noch meine Stellung zu Österreich konsultieren müßte. Der Kaiser entgegnete: «Ah! l'Autriche est bien malade!»

Da ich erwiderte: «Oui, c'est un grand malheur!» so schien ihm diese Erwiderung sowie die wegen der Anerkennung nicht angenehm gewesen zu sein, da er nichts erwiderte, so daß ich ihn bald darauf fragte, welche Nachrichten er von Neapel habe? Er entgegnete: «Elles ne sont pas bonnes, c'est un état de choses désolant, mais on viendra pourtant à bout. Mais Rome, Rome! c'est une question irrésoluble; mon Clergé est très-sensible sur cette question, je ne peux rien faire!» Ich meinte, daß, solange er seine Truppen in Rom habe, die Sicherheit des Papstes nichts zu befürchten habe. «Aussi je ne pense pas à les retirer», antwortete der Kaiser. Die letzte Frage war: «Que pensez vous du National-Verein? est il dangéreux?» Ich antwortete, daß ich ihn nicht für gefährlich hielte, solange man ihn nicht zum Märtyrertum erhöbe; in »Hesse grand ducale» habe man dies erlebt. Solange er nur schreibe und spreche, könne man ihn gewähren lassen; wenn er aber zu revolutionären faits überginge, würde auch ich ihm scharf entgegentreten. «La Prusse pourtant n'a pas à se plaindre de lui», meinte der Kaiser. Ich sagte, daß ich allerdings nicht verkennte, daß der National-Verein wünschte, mich zu einer Politik wie die des Königs Viktor Emanuel zu verleiten; indessen dies läge gar nicht in meinen politischen Prinzipien, und dann würde der Kaiser mir einräumen, daß es leichter sei, vier Regierungen zu stürzen als 32. Hierauf schwieg er lächelnd. Ich fragte rasch: «Que savez vous de la Pologne?» Er sagte: „Die Dinge dort seien sehr kompliziert, und die Russen seien sehr maladroit." Ich antwortete: «C'est un grand malheur que cette question polonaise pour nous tous qui nous possédons des parties de ce pays!» Der Kaiser schwieg.

Durch diese polnische Replik durch die 32-Fürsten-Antwort und durch die Nichtanerkennungs-Phrase glaube ich

dem Kaiser die richtigen Fingerzeige meiner Politik gegeben zu haben.

Schloß Babelsberg. (gez.) W. 11. 10. 61.

93. An Frau Generalin v. Natzmer. Berlin, 20. November 1861.

Der Überbringer dieser Zeilen, Oberst v. Natzmer, hat mir Ihren Brief, gnädige Frau, vom 15. überbracht, sowie die Orden unseres teuren Verstorbenen. Es war ein wehmütiger Moment, als ich die Zeichen so wohlverdienter königlicher Huld in meinen Händen sah! Auch ließ ich mir viel aus den letzten Tagen des Verblichenen von seinem Neffen erzählen, woran sich so viel Erinnerungsaustausch knüpfte! Die mir von Ihnen zurückgestellte Korrespondenz habe ich sofort durchgelesen und manche erfreuende und manche wehmütige Eindrücke dabei empfunden, jedenfalls aber mit Genugtuung von neuem ersehen, wie ich keine Veranlassung unterlassen habe, dem Verstorbenen meine Dankbarkeit und Freundschaft auszudrücken!

Aus diesem Grunde hauptsächlich wünsche ich, daß die v. Natzmersche Familie dereinst diese meine Gesinnungen gegen eins Ihrer Mitglieder kennen und bewahren möge; daher statte ich Ihnen, gnädige Frau, meine Briefe in der Anlage zurück, um diese dereinst der Natzmerschen Familie als Eigentum zu überreichen.

Bei den vielen Ungebührnissen, die mit nachgelassenen Papieren jetzt getrieben werden, muß ich aber die Bestimmung hinzufügen, daß bei meinen Lebzeiten kein öffentlicher Gebrauch von diesen Briefen gemacht werden soll. Nach meinem Tode, wenn man es der Mühe wert halten sollte, Materialien zu meiner Lebensbeschreibung zu sammeln, so mag denn auch von diesen Briefen Gebrauch gemacht werden, weil nichts in ihnen enthalten ist, was nicht dereinst an die Öffentlichkeit kommen könnte.

Möchte es mir vergönnt sein, Ihnen einst meinen Besuch machen zu können und die letzte Ruhestätte meines unvergeßlichen Freundes zu sehen, gnädigste Frau,

Ihr treu ergebener Wilhelm.

94. Erlaß des Königs an das Staatsministerium. Berlin, 11. März 1862.

Nachdem durch die heute erfolgte Auflösung des Hauses der Abgeordneten der Rat, den Mir das Staatsministerium in seinem Berichte v. 9. d. M. erteilt hatte, erfüllt ist, sehe Ich Mich genötigt, auf den Schluß jenes Berichtes einzugehen. Derselbe sagt nämlich, daß bei den weiter zu beratenden Maßregeln sich leicht Differenzen im Schoße des Staatsministeriums zeigen könnten, die den Austritt einzelner Mitglieder desselben nach sich ziehen dürften.

Wenngleich Ich dem Berichte über die in Beratung stehenden Maßregeln entgegensehe, halte Ich es doch für unerläßlich, hiermit Meine Ansichten über die jetzige Krisis des Staatslebens in kurzem darzulegen.

Durch Unterlassung eines gesetzlichen, energischen Einflusses auf die Wahlen im vorigen Herbste, wie Ich dies vergeblich vom Staatsministerium verlangt hatte, sind dieselben so ausgefallen, wie Ich es vorhergesagt, und die Stellung, welche das Abgeordnetenhaus einnahm und im Hagenschen Antrag zur Kulmination brachte – was dessen Auflösung nach sich zog – bewies, daß mit der Richtung und den Prinzipien desselben nicht zu regieren sei. Selbst die von Mir, teilweis mit Meinem Widerstreben, eingebrachten Gesetzesvorlagen vermochten nicht bei dem Hause die Anerkennung zu erzeugen, daß die Regierung den Ausbau der Verfassung wolle. Während wir diesen Ausbau in den Schranken nur wollen, dürfen und können, die der Machtstellung Preußens keinen Eintrag tun, geht die Tendenz der Abgeordneten in die entgegengesetzte Richtung und will nach und nach die

parlamentarische Gesetzgebung, die ihnen verfassungsmäßig obliegt, in eine parlamentarische Regierung verwandeln, eine Richtung, der zu wiedersetzen sich das Staatsministerium kategorisch, mündlich und schriftlich erklärt hat. Der ganze Kampf besteht also darin, bis w o h i n die Königliche Macht, welche, der Institution einer Repräsentativregierung zufolge, eingeschränkt werden soll, beschränkt werden d a r f. Daß in kleinen Staaten, wie Belgien, Bayern, Nassau usw., die Macht des Regenten beschränkter sein kann als die einer Großmacht, ist einleuchtend; dies ist noch einleuchtender, wenn es sich um Preußen handelt, welches als kleinste der Großmächte durch energische und rasch auszuführende Entschlüsse zu einem unbeschränkteren Handeln fähig sein muß. Die Würde und die Macht der Preußischen Krone muß also vor Übergriffen, wie das Abgeordnetenhaus sie intentionierte, geschützt und gewahrt bleiben. Durch die Auflösung dieses Hauses ist der energische Beweis geliefert, daß wir diesen Schutz und diese Wahrung der Krone wollen.

Durch die eingebrachten Gesetze ist der Beweis gegeben, daß Meine Regierung den Ausbau der Verfassung will, wie Ich dies in Meinem Programm vom 8. November 1858 aussprach; diese Gesetze sind bereits das Äußerste, was in der oben angegebenen Richtung, – wieweit in Preußen das königliche Machtprinzip beschränkt werden darf, – gegeben werden konnte.

Nach der Auflösung einer Kammer, die aber weitergehen wollte, ist von weitergehenden Konzessionen nun keine Rede mehr; denn könnte davon noch die Rede sein, so konnte man sie dem aufgelösten Hause machen und also dasselbe beibehalten. Die bereits eingebrachten Gesetze in beiden Häusern des Landtags werden aber aufrechterhalten und wiederum dem neu einzuberufenden Landtage vorgelegt, ob in der Sommersession oder erst in der des Winters, wird

von weiteren Beratungen abhängen. Vor allem muß die Vorlage des Budgets und die damit eng zusammenhängende Militärfrage vorgelegt werden.

Das allernächste Hauptaugenmerk ist in diesem Augenblick auf die Leitung und gesetzliche Beeinflussung der Wahlen zu richten. Dieselben wie 1858 und 1861 gänzlich aus den Händen zu geben, hat zu den vor uns liegenden traurigen Resultaten geführt, die Preußen auf geraume Zeit paralysieren in allen seinen inneren und äußeren politischen Handlungen. Hierüber sehe Ich des Allerschleunigsten den Vorschlägen des Staatsministeriums entgegen, da auf dem Felde der Legislation jetzt die Ruhe einzutreten hat, die erst zu den Vorbereitungen der Wintersession wieder zu unterbrechen ist.

Da Ich annehmen muß, daß das Staatsministerium mit den hier entwickelten Prinzipien einverstanden ist, so sehe Ich auch keinen Grund voraus, warum in dem Berichte vom 9. d. M. mit einzelnen Austrittsmöglichkeiten gegen Mich vorgegangen ist. gez. Wilhelm.

95. An Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg und Gotha.

Schloß Babelsberg, 28. Juli 1862.

Es geht durch alle Zeitungen die Nachricht, Du habest an hiesige Mitglieder des Abgeordnetenhauses die Aufforderung ergehen lassen, in ihrer Opposition gegen mich, meine Regierung und also namentlich gegen die pomme de discorde die Militärorganisation festzuhalten, weil dann der Sieg ihnen verbleiben werde. Ich muß Dich auf das bestimmteste auffordern, mir zu erklären, ob Du wirklich im angegebenen Sinne Dich gegen Mitglieder des Abgeordnetenhauses ausgesprochen hast. Ist es der Fall gewesen, so vermag ich ein solches Beginnen nicht mit Deiner persönlichen Stellung zu mir, am wenigsten aber mit Deiner Stellung in meiner

Armee zu vereinigen. Jeder Offizier, der der aktiven Armee angehört, würde über dergleichen Ansichten zur Verantwortung gezogen werden. Das kann ich bei Dir nicht eintreten lassen, aber meiner Armee bin ich es schuldig, zu wissen, wie ein Souverän Deutschlands, der in der preußischen Armee Chef eines Regiments ist, über dieselbe und ihre Organisation denkt, und ob er wirklich gesonnen ist, dieselbe gegen den Willen seines Königs zu ruinieren.

Was ich seit Jahr und Tag bei jeder Gelegenheit ausgesprochen habe, daß nämlich es der demokratischen Partei gar nicht um die Geldbewilligung zu tun ist, die sie der Armee verweigern will, sondern um dieselbe durch schwache numerische Friedenszahl, durch kurze Dienstzeit und durch Vermengung der geistig gebildeten Offiziere mit Unteroffiziers-Offizieren in ihrer Einheit zu stören und zu disharmonieren, um durch alle diese Mittel den Geist der Treue und Anhänglichkeit der Armee an ihren König und Kriegsherrn zu untergraben, damit das Heer eine Parlamentsarmee werde und keine königliche mehr sei! Dies alles hat in Frankfurt a. M. Schulze-Delitzsch klar und unumwunden ausgesprochen und uns dadurch die beste Waffe in die Hand gegeben. Ein Volksheer hinter dem Parlament, so lauteten seine Worte. Ist das klar?? Und solche Ansichten solltest Du in meiner Armee unterstützen wollen, indem Du Schulzes Kollegen zum Verharren auf diesem encouragierst?

Ich ersuche Dich also um eine bestimmte und klare Antwort.

Dein usw. Wilhelm.

96. An Oberstleutnant v. Vincke-Olbendorf. Berlin, 2. Januar 1863.

Für Ihre freundlichen Glückwünsche beim Jahreswechsel danke ich Ihnen bestens. Daß der Blick in das neue Jahr nicht freundlich ist, bedarf keines Beweises. Daß aber auch Sie in das Horn stoßen, daß ich nicht die Stimmung des bei

weitem größten Teils des Volkes kenne, ist mir unbegreiflich, und Sie müssen meine Antworten auf die vielen Loyalitätsdeputationen nicht gelesen haben. Immer und immer habe ich es wiederholt, daß mein Vertrauen zu meinem Volke unerschüttert sei, weil ich wüßte, daß es mir vertraue; aber diejenigen, welche mir die Liebe und das Vertrauen desselben rauben wollten, die verdamme ich, weil ihre Pläne nur ausführbar sind, wenn dieses Vertrauen erschüttert wird. Und daß zu diesem Zwecke jenen alle Wege recht sind, weiß die ganze Welt, denn nur Lüge und Trug und Lug kann ihre Pläne zur Reife bringen.
Sie sagen ferner: Das Volk verlange die Ausführung des § 99 der Verfassung. Ich möchte wohl wissen, wie viele Menschen im Volke den § 99 kennen oder ihn je haben nennen hören!! Das ist aber einerlei und tut nichts zur Sache, da für die Regierung der Paragraph existiert und befolgt werden muß. Wer hat denn aber die Ausführung des Paragraphen unmöglich gemacht?? – Habe ich nicht vor der Winter- zur Sommersession die Konzession von 4 Millionen gemacht und danach das Militärbudget – leider! – modifiziert? Habe ich nicht mehrere andere Konzessionen – leider! – gemacht, um das Entgegenkommen der Regierung dem neuen Hause zu beweisen? – Und was ist die Folge gewesen?? Daß das Abgeordnetenhaus getan hat, als hätte ich nichts getan, um entgegenzukommen, um nur immer neue Konzessionen zu erlangen, die zuletzt dahin führen sollten, daß die Regierung unmöglich wurde. Wer einen solchen Gebrauch von seinem Rechte macht, d. h. das Budget so reduziert, daß alles im Staate aufhört, der gehört ins Tollhaus! Wo steht es in der Verfassung, daß nur die Regierung Konzessionen machen soll und die Abgeordneten niemals??? Nachdem ich die meinigen in unerhörter Ausdehnung gemacht hatte, war es am Abgeordnetenhause, die seinigen zu

machen. Dies aber wollte es unter keiner Bedingung, und die sogenannte „Episode" bewies wohl mehr wie sonnenklar, daß uns eine Falle nach der andern gelegt werden sollte, in welche sogar Ihr Vetter Patow und Schwerin fielen durch die Schlechtigkeit des Bockum-Dolffs. – 234000 Taler sollten noch pro 1862 abgesetzt werden, um das Budget annehmen zu können, während der Kern der Frage erst 1863 zur Sprache kommen sollte. Dies lag gedruckt vor, und als ich auch darauf eingehe, erklärt nun erst Bockum-Dolffs, daß ihrerseits, d. h. seitens seiner politischen Freunde, dies Eingehen nur angenommen werden könne, wenn sofort in der Kommission die Zusagen und andern Tages im Plenum das Gesetz einer zweijährigen Dienstzeit eingebracht werde. – Und als ich darauf nicht eingehe, verhöhnt uns Bockum-Dolffs durch seine Presse! „Nun sollte man sich die Unverschämtheit der Regierung denken, dem Hause zuzumuten, um 234000 Taler Frieden anzubieten!" Und doch lag nur ein Anerbieten seitens des Hauses vor! Ist jemals eine größere Infamie ausgeführt worden, um die Regierung zu verunglimpfen und das Volk zu verwirren?
Das Abgeordnetenhaus hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht und das Budget reduziert. Das Herrenhaus hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht und das reduzierte Budget en bloc verworfen. Was schreibt die Verfassung in einem solchen Falle vor? Nichts.
Da, wie oben gezeigt, das Abgeordnetenhaus sein Recht zur Vernichtung der Armee und des Landes benutzte, so mußte ich wegen jenes „Nichts" suppleieren und als guter Hausvater das Haus weiterführen und spätere Rechenschaft geben. Wer hat also den § 99 unmöglich gemacht??? Ich wahrlich nicht! Wilhelm.

97. An den Ministerpräsidenten v. Bismarck. Berlin, 30. Januar 1863.

[Ich] lasse Buchanan wissen, daß im großen ganzen er in der Depesche unsere Unterredung richtig wiedergegeben hat. Nur daß ich nicht an Napoleon gesagt habe, daß ich keinen Fleck deutschen Bodens abtreten würde, wenngleich ich es ihm wohl zu verstehen gab, sondern ich habe an Buchanan gesagt, daß dies mein fester Wille unter allen politischen Eventualitäten sei.

Dann habe ich nicht gesagt, daß weder ich noch mein Sohn noch Enkel die Einigung Deutschlands erleben würde, sondern: „Ich würde es wohl nicht mehr erleben, aber hoffentlich mein Sohn oder Enkel."

Wenn gegen den Schluß immer von Allianz zwischen Preußen und Österreich die Rede ist, so müsse es heißen: Größeres Einverständnis, entente cordiale sei wünschenswert, weil daraus Einigkeit Deutschlands [folge] und somit dessen Ansehen im Auslande wachse! Bei Österreichs Eifersucht gegen Preußen scheitere aber jeder derartige Versuch, weil Österreich den Rival immer von neuem zu unterdrücken suche und dies die Basis seiner Politik sei.

Sorgen Sie dafür, daß diese Berichtigungen [ihm] richtig französisch oder englisch zukommen, als von mir ausgehend.

Wilhelm.

98. Erlaß auf die Adresse des Abgeordnetenhauses. Berlin, 3. Februar 1863.

Ich habe die Adresse, welche das Haus der Abgeordneten unter dem 29. v. Mts. an mich zu richten beschlossen hat, empfangen. Ihr Inhalt sowohl als der Weg, auf welchem dieselbe mir zugegangen ist, lassen mich glauben, daß es dem Hause darum zu tun ist, meine persönliche Anschauung und Willensmeinung kennen zu lernen. Deshalb richte ich, ohne Vermittlung meiner Minister, mein Königliches Wort an das Haus der Abgeordneten.

Die Adresse bekundet einen tiefgreifenden Gegensatz in der Stellung des Hauses zu meiner Regierung. Es wird die Anschuldigung gegen meine Minister erhoben, daß sie nach dem Schluß der letzten Sitzungsperiode des Landtages verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt, daß sie auch solche Ausgaben, welche durch Beschlüsse des Hauses ausdrücklich abgelehnt worden seien, verfügt und sich dadurch einer Verletzung des Art. 99 der Verfassungsurkunde schuldig gemacht hätten. Zwar hat das Haus der Abgeordneten mit Recht jeden Zweifel an meinem ernsten und gewissenstreuen Willen, die Verfassung des Landes aufrechtzuerhalten, ausgeschlossen; dasselbe hat aber Anordnungen meiner Regierung, welche mit meiner Genehmigung getroffen worden, als Tatsachen zur Begründung der Beschwerde über Verfassungsverletzung angeführt.
Ich würde jene Anordnungen nicht zugelassen haben, wenn ich darin eine Verfassungsverletzung hätte erkennen können, und muß die gegen meine Regierung erhobene Beschuldigung als unbegründet aus voller Überzeugung zurückweisen.
Das Haus der Abgeordneten hatte von seinem verfassungsmäßigen Rechte der Mitwirkung bei Feststellung des Staatshaushalts in einer Weise Gebrauch gemacht, daß es meiner Regierung, wie dieselbe dies ohne Rückhalt wiederholt ausgesprochen hatte, unmöglich war, den unausführbaren Beschlüssen des Hauses ihre Zustimmung zu erteilen. Sein gleichfalls verfassungsmäßiges Recht ausübend, hatte das Herrenhaus den vom Hause der Abgeordneten bis zur Unausführbarkeit abgeänderten Staatshaushaltsetat für das Jahr 1862 abgelehnt.
Da nun die Festsetzung dieses Etats nach der Vorschrift der Verfassung für die vorjährige Sitzungsperiode des Landtages unmöglich geworden war, und da die Verfassung für einen solchen Fall keine Bestimmungen enthält, so ist es un-

verständlich, wenn das Haus der Abgeordneten eine Verfassungsverletzung darin erkennen will, daß meine Regierung die Verwaltung ohne gesetzlich festgestellten Etat fortgeführt hat. Ich muß es vielmehr als eine Überschreitung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Hauses der Abgeordneten bezeichnen, wenn das Haus seine einseitigen Beschlüsse über Bewilligung oder Verweigerung von Staatsausgaben als definitiv maßgebend für meine Regierung betrachten will. Die Adresse bezeichnet das Recht der Ausgabebewilligung als das oberste Recht der Volksvertretung. Auch ich erkenne dies Recht an und werde es achten und wahren, soweit es in der Verfassung seine Begründung findet. Ich aber muß das Haus darauf aufmerksam machen, daß nach der Verfassung die Mitglieder beider Häuser des Landtages das Volk vertreten und der Staatshaushaltsetat nur durch Gesetz, nämlich durch einen von mir genehmigten, übereinstimmenden Beschluß beider Häuser des Landtags der Monarchie festgestellt werden kann. War eine solche Übereinstimmung nicht zu erreichen, so war es die Pflicht der Regierung, bis zur Herbeiführung derselben die Verwaltung ohne Störung fortzuführen. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, hätte sie dies nicht getan.

Wenn die Adresse aber ausführt, „daß die neue Session begonnen habe, ohne daß meine Regierung durch tatsächliches Entgegenkommen auch nur die Aussicht eröffnet habe, zu einer geregelten Handhabe der Finanzen zurückzukehren und die Heereseinrichtungen auf gesetzliche Grundlagen zu stützen", so muß mich das im höchsten Grade befremden. Denn es ist dabei gänzlich mit Stillschweigen übergangen, daß in der Eröffnungsrede des allgemeinen Landtags der Monarchie die Vorlage des Budgets pro 1863 und 1864, die Vorlage einer Ergänzung zum Gesetze vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst angekündigt worden und

außerdem behufs nachträglicher Genehmigung durch das Haus der Abgeordneten die Vorlegung der Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben pro 1862 zugesagt worden ist, welche zu dem von meinem Finanzminister angegebenen Zeitpunkt erfolgen wird. Wie kann das Haus der Abgeordneten sich danach der Einsicht verschließen, daß meine Regierung es sich dringend angelegen sein läßt, die Finanzverwaltung des Staates so bald als möglich wieder auf eine gesetzliche Basis zu stellen?

Wenn in Veranlassung des eingetretenen Konflikts von mehreren ständischen Korporationen und aus der Mitte der Bewohner vieler Kreise des Landes mir zahlreiche Adressen überreicht worden sind, in denen die Unterzeichner mir ihre persönliche Ergebenheit und ihre Zustimmung zu den Anordnungen meiner Regierung ausgedrückt haben, so hat es mich unangenehm berührt, dieselben in der Adresse des Hauses der Abgeordneten als eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit bezeichnet zu sehen. Ich habe diese Kundgebungen aus allen Ständen und Klassen meiner getreuen Untertanen mit Befriedigung empfangen und muß den Vorwurf, daß die Teilnehmer in Treue und Hingebung für ihr preußisches Vaterland gegen andere zurückstehen, als ungerechtfertigt um so mehr zurückweisen, als dem Hause der Abgeordneten nicht unbekannt geblieben sein kann, was ich auf jene Adressen geantwortet und wie ich meinen Dank persönlich ausgesprochen habe.

Das Haus der Abgeordneten hat ferner eine Beschwerde über Mißbrauch der Regierungsgewalt vorgetragen und zur Begründung derselben auf die Maßregeln meiner Regierung gegen einzelne Beamte und Landwehrmänner und gegen die Presse Bezug genommen. Da hierbei jedoch, wie auch nicht behauptet worden, die gesetzlichen Befugnisse der Behörden in Ausübung der Disziplin nicht überschritten

worden sind, und da über die vorgekommenen Ausschreitungen der Presse lediglich unsere Gerichte zu erkennen haben, so war der Landesvertretung keine hinreichende Veranlassung gegeben, sich mit den berührten Vorgängen zu beschäftigen und sie zum Gegenstand ihrer Beschwerde zu machen.

Das Haus der Abgeordneten wird die in der Verfassung den verschiedenen Gewalten gesetzten Schranken anzuerkennen haben; denn nur auf dieser Grundlage ist eine Verständigung hinsichtlich derjenigen Gebiete möglich, auf welchen ein Zusammenwirken meiner Regierung mit der Landesvertretung erforderlich ist. Ich beklage tief den Widerstreit der Ansichten, der in betreff der Festsetzung des Staatshaushaltsetats sich entwickelt hat. Es kann aber eine Vereinbarung über den Etat nicht durch Preisgebung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Herrenhauses erwirkt, es kann nicht, der Verfassung entgegen, das Recht der Bewilligung und Verweigerung der Staatsausgaben ausschließlich auf das Haus der Abgeordneten übertragen werden. Es ist meine landesherrliche Pflicht, die auf mich vererbten und verfassungsmäßigen Machtbefugnisse der Krone ungeschmälert zu bewahren, weil ich darin eine notwendige Bedingung für die Erhaltung des inneren Friedens, für die Wohlfahrt des Landes und für das Ansehen Preußens in seiner europäischen Stellung erkenne.

Nachdem ich seit einem Jahre durch verminderte Anforderungen an die Leistungen des Volkes, von nahezu vier Millionen, sowie durch bereitwilliges Eingehen auf die ausführbaren Wünsche der Vertretung desselben bewiesen habe, daß es mir wahrhaft darum zu tun ist, eine Ausgleichung des Widerspruchs herbeizuführen, den meine Regierungsmaßregeln im großen wie im kleinen gefunden haben, erwarte ich, daß das Haus der Abgeordneten diese Beweise des Entgegenkommens nicht ferner unbeachtet lassen wird,

und fordere dasselbe nunmehr auf, seinerseits meinen landesväterlichen Absichten sein Entgegenkommen in einer Art zu beweisen, daß das Werk der Verständigung ermöglicht wird, welches meinem Herzen ein Bedürfnis ist, meinem Herzen, dessen einziges Verlangen darauf gerichtet ist, das Wohl des preußischen Volkes zu fördern und dem Lande die Stellung zu erhalten, die eine glorreiche Geschichte durch treues Zusammengehen von König und Volk demselben angewiesen hat. Wilhelm.

99. An Bismarck. Berlin, 31. März 1863.

Minister Bodelschwingh erzählt mir soeben, daß die Vossische Zeitung von einem Vorfall im Schauspielhause eine ganz unwahre Beschreibung gibt, indem das Haus in langen Applaus ausgebrochen sei, als die Worte gesprochen wurden „das Ministerium sei zu entlassen". Die Sache ist gerade völlig zu einer sehr erhebenden Szene für mich ausgefallen, indem bei den Worten: „Sie wissen, wie ich das Wohl des Volkes im Herzen trage" der Applaus losbrach und sich so oft wiederholte, daß ich im Begriff war aufzustehen und eine dankende Verbeugung zu machen. Es scheint nötig, diese Wahrheit der Sache in einem offiziösen Artikel contra Voß zu drucken. Gut ist es, vorher die Stelle des Stücks anzusehen, „der geheime Agent" im letzten Akt, und wünsche ich den Artikel einzusehen. Aber Eile! Ich bedaure, Sie verfehlt zu haben; Selchow und Bodelschwingh haben mir aber alles erzählt. Der Berg hat also eine Maus geboren.

W[ilhelm].

100. Antwort auf die Adresse des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 26. Mai 1863.

Ich habe die Adresse des Hauses der Abgeordneten vom 22. d. Mts. erhalten. . . .

. . . Die Haltung, welche die Mehrheit des Hauses be-

obachtet hat, sooft die Beziehungen Preußens zum Auslande in den Kreis seiner Erörterungen gezogen worden sind, hat mich mit tiefem Leidwesen erfüllt. Man hat die auswärtige Politik meiner Regierung aus einem schroffen Standpunkte des inneren Parteiinteresses beurteilt, und einzelne Mitglieder des Hauses haben sich so weit vergessen, mit Verweigerung der Mittel selbst zu einem gerechten Kriege zu drohen. Dieser Haltung entsprechen die Behauptungen der Adresse über die auswärtigen Verhältnisse Preußens und die daran geknüpften Anschuldigungen gegen meine Regierung. Der Wirklichkeit entsprechen sie nicht. Die Stellung Preußens ist nicht isolierter als die anderer europäischer Staaten; ebensowenig aber, wie die übrigen Mächte, kann Preußen sich unter den gegebenen Verhältnissen der Notwendigkeit entziehen, den gegenwärtigen Bestand seiner Wehrkraft ungeschwächt aufrechtzuerhalten.
Wenngleich ich nicht gesonnen bin, patriotischen Beirat auch in Fragen der auswärtigen Politik von der Hand zu weisen, so kann ein solcher doch nur dann von Wert sein, wenn er sich auf volle Kenntnis aller einschlagenden Verhältnisse und Verhandlungen stützt. Wird über Nichtbefolgung dieses Rates aber Beschwerde erhoben, so liegt darin ein unberechtigter Versuch des Hauses, den Kreis seiner verfassungsmäßigen Befugnisse zu erweitern.
Unter allen Umständen ist und bleibt es ausschließlich mein durch Artikel 48 der Verfassungsurkunde verbrieftes Königliches Recht, über Krieg und Frieden zu befinden.
In dieser wie in jeder andern Beziehung ist es meine Pflicht, den auf Gesetz und Verfassung beruhenden Umfang Königlicher Gewalt ungeschmälert zu wahren und das Land vor den Gefahren zu behüten, welche eine Verlegung des Schwerpunktes unseres gesamten öffentlichen Rechtsbestandes in ihrem Gefolge haben würde. Mit allem Ernste muß ich dem

Bestreben des Hauses der Abgeordneten entgegentreten, sein verfassungsmäßiges Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung als ein Mittel zur Beschränkung der verfassungsmäßigen Freiheit Königlicher Entschließungen zu benutzen. Ein solches Bestreben gibt sich darin kund, daß das Haus der Abgeordneten seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik meiner Regierung ablehnt und einen Wechsel in der Person meiner Ratgeber und meines Regierungssystems verlangt. Dem Artikel 45 der Verfassungsurkunde entgegen, wonach der König die Minister ernennt und entläßt, will das Haus mich nötigen, mich mit Ministern zu umgeben, welche ihm genehm sind: Es will dadurch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses anbahnen. Dies Verlangen weise ich zurück. Meine Minister besitzen mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Billigung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten.

Unter der Mitwirkung, welche das Haus meiner Regierung zu verweigern erklärt, kann ich nur diejenige verstehen, zu welcher das Haus verfassungsmäßig berufen ist, da eine andere weder von ihm beansprucht werden kann noch von meiner Regierung verlangt worden ist.

Angesichts einer solchen Weigerung, welche überdies durch den Gesamtinhalt und die Sprache der Adresse sowie durch das Verhalten des Hauses während der verflossenen vier Monate in ihrer Bedeutung klargestellt wird, läßt eine fernere Dauer der gegenwärtigen Session keine Resultate erwarten; sie würde den Interessen des Landes weder seiner inneren Lage noch seinen auswärtigen Beziehungen nach entsprechen.

Auch ich suche, wie meine Vorfahren, den Glanz, die Macht

und die Sicherheit meiner Regierung in dem gegenseitigen Bande des Vertrauens und der Treue zwischen Fürst und Volk. Mit des Allmächtigen Hilfe wird es mir gelingen, die sträflichen Versuche zu vereiteln, welche auf Lockerung dieses Bandes gerichtet sind. In meinem Herzen steht das Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit des preußischen Volkes an sein Königshaus zu fest, als daß es durch den Inhalt der Adresse des Abgeordnetenhauses erschüttert werden sollte.

101. Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Kaiser Franz Josef von Österreich zu Gastein am 3. August 1863.

Auf die mir von Sr. Majestät dem Kaiser gemachte Vorlage in betreff einer Reform des Deutschen Bundes fasse ich folgend meine mündlich gemachten Bemerkungen hier schriftlich zusammen, vorbehaltlich einer sofortigen Beleuchtung des mir übergebenen Memoires.

1. Der Darstellung der Notwendigkeit, zu einer Reform der deutschen Bundesverhältnisse zu schreiten, trete ich vollständig bei.

2. Die Absicht, einen Fürstenkongreß dieserhalb zu berufen, und zwar schon zum 16. d. Mts. in Frankfurt a. M., halte ich in so kurz gestelltem Termin einmal und anderseits an und für sich für bedenklich:

a) weil die betreffenden Fürsten sich gar nicht auf diesen unendlich weittragenden Schritt vorbereiten können, und wenn dies auch durch einen weiter hinauszuschiebenden Termin noch einigermaßen möglich wäre, es

b) sehr gewagt ist, die Fürsten unter sich über einen Gegenstand beratschlagen zu lassen, der eine sehr reifliche Erwägung nach allen Seiten hin zur Notwendigkeit macht, welche in einem so gestalteten Kollegium unmöglich erscheint, wie dies die Erfahrung öfter bewiesen hat, da die Arbeitsfähigkeit dazu mangelt.

Ich würde es daher durchaus vorziehen, daß zuerst die Minister der Staaten der 17 Bundestagsstimmen zu einer solchen vorläufigen Beratung zusammenberufen würden, die diese Frage geschäftsmäßig vorbereiteten, welcher Arbeit dann durch die zu konvozierenden Fürsten die Sanktion erteilt werden könnte.

3. Die Zusammenberufung von Delegierten aus den bereits bestehenden Ständeversammlungen erscheint bei der Komposition der Kammern vieler Bundesstaaten bedenklich, indem die daraus hervorgehenden Vertreter, welche zu Hause beschließende Stimmen haben, mit beratender im Parlament niemals zufrieden sein, sondern notwendig von Hause aus dahin streben würden, zu andern Attributionen zu gelangen, so daß von vornherein die Übereinstimmung fehlen würde. Wenn dagegen für alle Bundesstaaten ein gleiches, durchaus konservatives Wahlreglement aufgestellt würde, so hätte man die Aussicht, ein konservatives Parlament zu erhalten, welches sich die Kräftigung, aber nicht die Lähmung der Regierungen zur Aufgabe stellte, und welchem ausgedehntere als bloß beratende Befugnisse verliehen werden könnten.

4. Die Stellung eines Exekutivdirektoriums von fünf Stimmen wird großen Schwierigkeiten wegen Bestellung der drei Glieder außer Preußen und Österreich begegnen, ohne das so notwendige schnelle, übereinstimmende Zusammenwirken sicherzustellen. Die Zusammensetzung eines Direktoriums wird wesentlich durch den Umfang der demselben zu gebenden Attributionen bedingt; je größer die Machtvollkommenheit des Direktoriums würde, desto schwieriger wird die Zustimmung der dabei unbeteiligten Staaten zu gewinnen sein. Schließlich muß ich noch gegen den unvorbereiteten und übereilten Fürstenkongreß zu bedenken geben, welchen Eindruck es machen würde, wenn derselbe unverrichteter Sache,

vielleicht in größerer Uneinigkeit auseinanderginge, als man zusammengekommen war. Eine solche Vereinigung ist seit dem Wiener Kongreß nicht dagewesen. Welches Aufsehen, welche Erwartungen muß dieser Apparat machen? Er muß daher auch ein sicheres Resultat versprechen, und darum ist eine den Erfolg sichernde Vorbereitung unerläßlich.
Je höher durch eine so außerordentliche Maßregel die Erwartungen gespannt werden, um so leichter wird es der Revolution werden, das Ergebnis als ungenügend darzustellen und die beteiligten Monarchen hierfür persönlich verantwortlich zu machen.

102. An die Dorfgemeinde Steingrund. Baden-Baden, 8. Oktober 1863.

Aus der Eingabe vom 3. d. Mts. habe ich die treue Gesinnung ersehen, von welcher die Gemeinde Steingrund beseelt ist, und will deshalb die an mich gerichtete Anfrage gern beantworten.
Wenn die Gemeinde bei den Wahlen mir ihre Treue bekunden will, so kann dies nur durch die Wahl solcher Männer geschehen, welche den festen Willen haben, meine Minister in der Durchführung der ihnen von mir übertragenen Aufgaben zu unterstützen. Ein feindliches Verhalten gegen meine Regierung läßt sich mit der Treue gegen meine Person nicht vereinigen; denn meine Minister sind durch mein Vertrauen in ihre Stellungen berufen und haben mich in der Erfüllung meiner großen und ernsten Pflichten zu unterstützen.
Das Werk, dessen Durchführung ich ihnen vor allem aufgetragen habe, ist die Feststellung der Heereseinrichtungen, welche ich für die Sicherheit des Vaterlandes als notwendig und in der Erleichterung des Dienstes für die älteren Wehrmänner als nützlich und gerecht erkannt habe. Ich würde die Pflichten gegen mein Volk verletzen, wenn ich dieses Ziel nicht mit voller Entschiedenheit erstrebte. Sobald dasselbe

erreicht ist, wird der Friede im Lande sich neu und dauernd begründen und die Ausführung meiner Absichten für die weitere gedeihliche Entwicklung der Gesetzgebung auf dem Boden der Verfassung gesichert sein.
Daß dahin die Bestrebungen meiner Minister in Übereinstimmung mit meiner eigenen Willensmeinung gerichtet sind, darauf kann die Gemeinde kraft meiner Versicherung vertrauen. Wilhelm.

103. An Bismarck. 1. Dezember 1863.

Sie sollten den heutigen Leitartikel in der Spenerschen Zeitung noch vor der Sitzung lesen, da er mir sehr vernünftig erscheint und ruhig. Jedenfalls wünsche ich, daß Sie im Laufe der Diskussion nicht die Ansicht aussprechen, daß Ihnen ein selbständiges Holstein aus gewissen Gründen nicht genehm sei – da dies nicht meine Ansicht ist –, weshalb ich große Vorsicht empfehle, da die Sache zu ernst und groß ist, um sich durch ein Wort zu binden. W[ilhelm].

Hierbei ein Räsonnement meines Sohnes.

104. An Bismarck. Berlin, 26. Dezember 1863.

. . . Meine schon gestern gemachte Proposition basiert hauptsächlich mit darauf, meinen seligen Bruder mit seinem Brief von 1848 an den Herzog von Augustenburg und seiner Unterschrift unter dem Londoner Traktat, sozusagen, zu rehabilitieren! Denn der Traktat vernichtet wohl die Sukzession selbst, vernichtet aber nicht das Recht zu derselben, wenn es, wie nunmehr, neu auflebt und von ganz Deutschland verlangt wird. Darum glaube ich, wird Preußen, wenn es sich von diesem Rechte bei der Diskussion in F[rankfurt] a. M. überzeugen wird – sich für dasselbe aussprechen müssen und dieserhalb (mit Österreich) dann zu erklären haben, daß es

dieserhalb eine Konferenz verlange, um den Traktat mit den kontrahiert habenden Mächten zu modifizieren, d. h. in Dänemark bleibt Christian IX. König; in den Herzogtümern aber sukzediert der Primkenauer. Das ist mein Räsonnement zu der Sachlage. W[ilhelm].

105. An Bismarck. Berlin, 16. April 1864.

Ich habe die halbe Nacht nicht geschlafen, wegen unserer Antwort nach Paris! Der erste Punkt, der mich inquietiert, ist, daß wir vergaßen, die Äußerung Goltz' zu besprechen was Napoleon unter „Gegenleistung" versteht? wenngleich maliziös genug die Rhein-Grenzrektifikation perhorresziert wird. Was haben Sie darüber selbst für eine Ansicht aufgefaßt und haben Sie darüber an Talleyrand etwas gesagt? Wenn nicht, so muß dies an Goltz in der Depesche als ein Hauptpunkt erfaßt werden, der in keinem Fall unerörtert bleiben darf.

2. Goltz schreibt: Wenn la consultation du voeu national für Preußen ausfiele, so usw. Daher steht diese Konsultation in erster Linie noch aus in Paris. Wenn diese aber für den Augustenburger ausschlägt, wie es natürlich ist und eigentlich in den letzten Tagen schon geschehen ist, wie kann dann der andere Plan noch auftreten? Die Konsultation muß aber auch von uns in erster Linie erhalten werden, indem wir dieselbe sogar gegen Österreich festgehalten haben. Wie ist also der Pariser Plan dann überhaupt möglich?

3. Ich wiederhole, daß dieser Plan alle gegen uns koalisieren wird, denn es treibt die Mitteldeutschen in das österreichische Lager, indem sie in dieser Annexionspolitik zum ersten Male nach 50 Jahren ihr Alpdrücken sich realisieren sehen und daher ihr Schicksal darin erblicken wollen! Also Österreich, Deutschland, England und Rußland müssen gegen uns sein, und wir stehen allein nur mit dem Erzfeind und unerforsch-

lichen Führer desselben verbunden?? Das ist mehr wie gefährlich! . . .
Haben Sie Ihre Mitteilungen an Talleyrand schriftlich schon redigiert als Basis einer Depesche an Goltz? Dann bringen Sie dieselbe heute zum Vortrag mit um 1/24 Uhr. W[ilhelm].

106. An Generalmajor v. Boyen. 29. Mai 1864.

Ihnen beiden gelten diese Zeilen, um Ihnen meinen Dank für Ihren so freundlichen Brief zu sagen und der edlen Fanny vor allem für den deliziösen serre-papiers, der das Geschmackvollste ist, was man sehen kann, inklusive des attentiösen Blau! Ihnen, Monsieur le Général, sage ich auch speziell Dank für Ihre Glückwünsche zu Düppel! Das war nach langen und schweren Zeiten endlich ein Lichtpunkt! Dies fait d'armes ist vielleicht eines der seltensten in der Kriegsgeschichte, denn wo sind jemals drei Reihen Befestigungen in zwei Stunden ohne allen Anstoß mit Sturm genommen worden! Die Truppen haben sich über alles Lob erhaben geschlagen, und dabei hat der Himmel gnädig es mit ihnen gemeint, denn für die Erfolge, für die enormen Schwierigkeiten und bei der tapferen Verteidigung ist der Verlust verhältnismäßig gering gewesen. Aber wir haben einige vorzügliche Offiziere verloren, unter denen ich nur Raven und Beeren nennen will! Ihnen die Momente zu schildern, wo ich meinen braven Truppen selbst meinen Dank aussprach und ich auf ihren Gesichtern das Gefühl und die Freudigkeit las, zu wissen, daß sie ihre Schuldigkeit getan – ist unmöglich! Das erlebt man wohl nur einmal im Leben, obgleich ich es auch in Baden ja schon erlebte! Ihre Schilderung Ihrer Exkursion nach dem Orient hat mich ungemein interessiert; welch ein Gemisch von Genuß und – dem Gegenteil desselben! Wegen der Porträts für das Smyrnaer Hospital habe ich das Nötige veranlaßt.

Wir leben hier noch in Märztemperatur; ein so miserables Frühjahr habe ich nie erlebt; der Flieder blüht jetzt erst, aber spärlich und matt. Die Friedenstruppen haben sich hier, die Infanterie auf der Kriegsstärke, magnifik produziert, und man sieht sie immer mit dem Gefühl an, daß sie dasselbe geleistet hätten, wie ihre bevorzugten Kameraden in Schleswig! Nun nochmals tausend Liebes der edlen Fanny. Ihr Wilhelm.

Am 10. Juni hat das ganze Gardekorps Parade vor dem Kaiser Alexander hier.

107. An den Minister v. d. Heydt. Berlin, 11. März 1865.

Diese Zeilen werden Sie erreichen, wenn Sie von dem schwersten Gang in das vereinsamte Haus zurückkehren! Da sollen Sie diese Zeilen finden, die Ihnen meine von Ihnen wohl verstandene Teilnahme ausdrücken sollen. Nach kurzen Hoffnungsstrahlen mußte Sie dieser harte Schlag treffen. Gott, bei dem Sie allein Trost und Ergebung suchen werden, wird Ihnen, wenn auch nur mit der Zeit, diese Güter verleihen, da Er die Wunden heilt, die Er schlägt!! Unvergeßlich werden mir die Minuten sein, die ich am Krankenlager der Dahingeschiedenen zubrachte. Es war ein Abschied, der mir in der Erinnerung Genugtuung gewährt! Mit treuester Teilnahme Ihr ergebener Wilhelm.

108. An Herzog Ernst von Sachsen-Koburg und Gotha. 26. März 1866.

Empfange meinen besten Dank für Deine freundlichen Wünsche zum 22. Gewiß, ich kann es dem Himmel nicht genug danken, daß, da er mich einmal dies hohe Alter erreichen lassen will, er mir auch die geistigen und körperlichen Kräfte noch erhält – mich nicht zum Kinderspott werden ließ! Doch wie lange dies noch so gehen wird, weiß auch der Himmel nur allein.

Sehr recht hast Du, mein neu betretenes Jahr als unter trüben Auspizien sich darstellend zu bezeichnen. Was in meinen Kräften steht, den Frieden zu erhalten, wird wahrhaftig geschehen, solange es meines Landes Ehre möglich macht. Wenn Österreich aber nicht aufhört, nicht nur in den Herzogtümern, sondern in ganz Europa und weiter diese meine Ehre auf die insultierendste Weise anzugreifen ... um Preußen überall verhaßt zu machen, dann ist meine Geduld zu Ende. Gastein ist aus dem Gefühl hervorgegangen, daß der Halbhuberschen Mißregierung ein Ende gemacht werden müsse, um in Frieden nebeneinander in den Herzogtümern bestehen zu können. Kaum aber waren zwei Monate vergangen, als die Mißregierung in erhöhtem und stets steigendem Grade wieder eintrat. Meine gerechtesten Beschwerden im Januar wurden unter dem 7. Februar auf eine für mich verletzende Art zurückgewiesen. Seitdem sprechen nun die Zeitungen in gegenseitig vehementer Sprache. Seit 14 Tagen rüstet Österreich und konzentriert Truppenmassen, die schlesischen Grenzen umspinnend, und dennoch habe ich bis heute nicht einen Mann gerührt, Beweises genug, daß ich nicht der Provozierende bin. Die Zukunft der Herzogtümer ist in Gastein der Zukunftsvereinbarung von neuem vorbehalten worden. Die Zeit bis dahin aber durch Insulten und Invektiven zu benutzen, um jede Sympathie mir zu rauben, ist illoyal und unrechtlich. Will Österreich den Krieg, so werde ich ihm nicht ausweichen! Alle mit demselben verbundenen Gefahren sehe ich gerade so an wie Du. Wer mit mir geht, wird nie etwas von Preußen zu besorgen haben, trotz dem seit 51 Jahren bestehenden cauchemar, daß Preußens drei Könige nur auf die Annexion seiner deutschen Nachbarn ausgehn!! Wenn auch eine Bundesreform namentlich für Norddeutschland nötig scheint, wozu Du das erste Beispiel und den ersten Schritt getan hast, so ist dies niemals

Annexion. Wie ich in Baden an Eurer aller Spitze vereint mit Euch stand, so stehe ich auch heute noch, wenn die Rivalität Österreichs sich endlich in die bundesfreundliche Anerkennung Preußens als ebenbürtiger Macht umgestaltete. Dies glaubte ich 1864 nach dem Friedensschluß erreicht, – die 1½ Jahre beweisen aber, daß dem nicht so ist! Wäre es der Fall gewesen, so ständet Ihr alle hinter uns! Warum standet Ihr nicht so, als 1864 Preußen und Österreich zusammen standen?! Das vermeintliche Recht der Augustenburger machte viele von Euch zu unsern Gegnern; jenes Recht ist nur auf einzelne Landesteile erweislich möglich, nicht auf die Gesamtherzogtümer; der Spruch meiner Kronsyndici ist für mich das Entscheidende. Daneben steht die öffentliche Meinung und das Verlangen meines Landes, das in der Annexion der Herzogtümer Ersatz für geopfertes Gut und Blut sieht. Damit muß Preußens König rechnen!
Preußens und Deutschlands Interessen sind identisch bei dem Besitz jener Länder durch ersteres. Warum also Krieg??–! Da hast Du in wenig Worten mein Glaubensbekenntnis über die momentane politische Lage! Gott wird weiter seinen Willen erblicken lassen!

Dein ergebener Freund und Vetter Wilhelm.

109. Notizzettel für den Leutnant v. Schleinitz, 7. Kürassierregiment, als mündliche Antwort an den Herzog von Koburg [4. April 1866].

Im Juli v. J. hatte ich die Hand am Degengriff gegen Österreich.
Gastein erhielt den Frieden.
Seitdem ist es schlimmer als zuvor geworden.
Zerwürfnis liegt in der Luft. Österreich rüstet und sendet Truppen an seine Nordgrenze gegen die preußische.
Ich warte 14 Tage mit Gegenmaßregel, weil Österreich seine Rüstungen leugnet, sie Dislokationsmaßregel nennt,

und weil die Kriegsaugmentation noch fehlt, sie als nicht feindlich darstellt.
Diese Maske kann ich mir nicht gefallen lassen und muß ich sie abzureißen suchen.
Die Antwort auf die Karolyische Note wird dies alles klarer zeigen.

110. An Fürst Karl Anton von Hohenzollern. 14. April 1866.

.... Was nun Deine Auffassung des Anerbietens der rumänischen Herrschaft an Deinen Sohn Karl betrifft, so war ich allerdings überrascht, dasselbe von Dir so eingehend aufgenommen zu sehen. Natürlich ist es zunächst Pflichtsache des Vaters, über das Schicksal seiner Kinder eine Ansicht aufzustellen. Dies hast Du getan und dieselbe mir, als Familienhaupt, zur Beurteilung vorgelegt.
Deine politische Auffassung der Frage, die aus den Mitteilungen des Bratianu folgte, verstehe ich insofern vollkommen, als man Preußen, als den bei dieser Frage nicht direkt beteiligten Staat, für den geeignetsten hält, ein Mitglied seines Hauses, ohne Jalousie der direkter beteiligten Großmächte zur rumänischen Herrschaft berufen zu lassen. Aber mit einer solchen Berufung würde für die Zukunft Preußens Stellung zu jeder orientalischen Verwickelung nicht mehr die bisherige neutrale bleiben können. Denn wenn auch Dein Sohn aus der nächsten Beziehung zu unserem Hause treten würde, so bliebe doch eine Art von moralischer Verpflichtung, bei Gefahren für jenen Herrscher für ihn einzutreten. Wohin aber ein solches moralisches Band Preußen führen könnte, ist gar nicht abzusehen und könnte nur dahin führen, wenn diplomatische Mittel fruchtlos geblieben sein sollten, die materiellen Unterstützungen versagen zu müssen, bei unserer geographischen Lage zu jenen Ländern. Daher würde Preußen von vornherein eine solche moralische

Verpflichtung als nicht existieren könnend perhorreszieren müssen, was doch anderseits wiederum ein schmerzliches Gefühl erregen muß. Ich kann also vom preußisch-politischen Standpunkte aus die Berufung eines Hohenzollern zum Beherrscher Rumäniens nicht wünschen.
Aber auch was die Stellung Deines Sohnes und seiner Deszendenz betrifft, – wäre sie eine so erfreuliche, als man es sich denken mag? Zunächst bleibt der einstige Beherrscher Rumäniens Vasall der Pforte. Ist dies für einen Hohenzollern eine annehmbare, würdige Stellung? Und wenn man auch in der Zukunft von dieser Stellung erwarten mag, daß sie sich in eine unabhängige, souveräne umgestalte, so ist der Zeitpunkt zur Verwirklichung dieses Zieles doch sehr entfernt, und es dürften demselben Konvulsionen politischer Art vorhergehen, welche den derzeitigen Beherrscher der Donaufürstentümer vielleicht nicht einmal in seiner Stellung erhalten könnten! Ist unter solcher Voraussicht die jetzige Stellung Deines Sohnes und seine Zukunft nicht eine glücklichere?
Gesetzt den Fall, ich gäbe meine Einwilligung zur Annahme der auf einen Deiner Söhne fallenden Wahl zum Beherrscher Rumäniens, ist irgendeine Garantie vorhanden, daß dieses Wahlreich, wenn es auch als erblich konstituiert würde, an dem jetzt Erwählten festhält? Die Vergangenheit dieser Länder spricht für das Gegenteil, und die Erfahrung anderer Staaten, alter, festbegründeter sowohl als neugeschaffener und Wahlthrone, zeigt, wie unsicher in unserer Zeit dergleichen Gebäude sind!
Vor allem aber ist die Stellung der auf der Pariser Konferenz repräsentierten Mächte zu dieser Wahlfrage zu berücksichtigen. . . .
Du wirst aus dem Gesagten entnehmen, daß ich aus dynastischen und politischen Rücksichten diese wichtige Frage

nicht so couleur de rose ansehe wie Du. Jedenfalls müssen wir abwarten, was die nächsten Tage uns von Bukarest, Petersburg und Konstantinopel bringen und ob die Pariser Konferenz sogleich wieder zusammentreten wird. . .

Dein treuer Vetter und Freund Wilhelm.

P.S. Eine heute eingegangene Mitteilung des französischen Botschafters liefert den Beweis, daß der Kaiser Napoleon günstig für den Plan gestimmt ist. Es ist dies sehr wichtig. Gesichert wird die Stellung erst dann, wenn Rußland zustimmt, welches durch die Gemeinschaft des Bekenntnisses, der geographischen Nachbarschaft und alte Verbindungen einen Einfluß hat, gegen welchen ein neuer Fürst sich dort auf die Dauer in einem schwachen und zerrissenen Lande nicht würde halten können. Willst Du der Sache also weitere Folge geben, so würde Dein Sohn sich vor allem die Zustimmung Rußlands gewinnen müssen. Bisher ist allerdings die Aussicht, daß dies gelinge, nicht günstig. Soeben wichtiges Telegramm erhalten. Ich erwarte Deinen Brief. W.

111. An Bismarck. Berlin, 23. April 1866.

Ich fange diese Zeilen mit den letzten Ihres Billetts an:

„dann haben Eure Majestät jedenfalls die Genugtuung, für den Frieden getan zu haben, was mit Ehren tunlich war“.

Das ist mein Leitstern in dieser ganzen Krisis gewesen.

Manteuffel übersieht in seinem nervösen Brief, daß 1851 die ganze Armee mobil war, der Krieg war also fast deklariert, während wir jetzt absichtlich eine minime Kriegsbereitschaft defensiver Natur, wegen ähnlicher Herausforderung, aufstellten. 1851 wurden die preußischen Ansprüche fallen gelassen. Wer hat denn an M[an]t[eu]ff[e]l gesagt, daß wir heute die jetzigen fallen lassen?? Sie selbst haben im

Konseil vom 28. Februar die Politik dahin definiert, daß wegen der Herzogtümer allein der Krieg nicht zu entzünden sei, es müsse also der höhere Preis, die deutsche Frage hineingezogen werden. Das ist geschehen, obgleich M[an]t[eu]ff[e]l sie nicht begreifen will. Diese stehet also im Vordergruude, wie am 28. Februar beschlossen wurde. Nichts ist also verändert, und daß wir unter den Waffen verhandelten bisher, wird bei 40000 Mann mehr, die wir aufgestellt haben, niemand mit Recht behaupten können. Wenn wir nun auch noch die Pferde nicht verkaufen, sondern anders verteilen, so ist selbst M[an]t[eu]ff[e]l zufrieden.

Aus den früheren süddeutschen Mitteilungen möchte ich folgern, daß gestern in Augsburg das Programm aufgestellt sein wird, die Herzogtümerfrage an die Spitze zu stellen. Da ist mir eingefallen, ob wir in dem Falle nicht das Prävenire spielen müßten, und nun selbst, zum ersten Male, offiziell die Forderung der Annexion stellten?? Dies gibt natürlich Sturm; die Volksbefragung wird sofort in den Vordergrund gestellt werden, um uns zu bekämpfen, da wir heute die Stimmenmajorität nicht haben werden. Dann ist der Moment zur Mobilmachung da! der auch durch Parlamentsdiskussion herbeigeführt werden dürfte???

Natürlich müßten wir die Annexion fordern gegen das Lauenburg[ische] Geldpräzedenz.

Sollte in Augsburg dagegen nur die Forderung gestellt werden, Parlamentsberufung nur nach vorheriger Kenntnis unserer Reformpläne, so steht die Sache anders, aber nicht günstiger für uns, da wir uns einer solchen Forderung, – wie es freilich Ihr Plan nicht ist – kaum mit triftigen Gründen widersetzen können.

Sie mögen M[an]t[eu]ff[e]l diese Zeilen senden und ihm sagen, daß, wenn ein Preuße jetzt mir Olmütz in die Ohren raunt, ich sofort die Regierung niederlege! Andere, d. h.

meine Feinde, werden Olmütz rufen; dürfen Preußen darin einstimmen? W[ilhelm].

M[an]t[eu]ff[e]l[s] Brief an mich enthält nichts Politisches.

112. An die Prinzessin Alice von Hessen. Anfang Mai 1866.

... Österreich will uns nicht gestatten, Schleswig-Holstein zu annektieren ... Seit dem 14. März fing es an, Böhmen mit Truppen zu überschwemmen und unsere Grenze zu bedrohen, während bei uns noch kein Mann und kein Pferd über die Friedensstärke aufgestellt waren. Wer hat nun den Anfang mit Provokationen gemacht? Ich weiß, daß der Kaiser aufrichtig die Erhaltung des Friedens wünscht, warum zwingt er mich aber durch seine Maßregeln zum Krieg? Meine und Preußens Ehre gestatten nicht, mir solches bieten zu lassen. Mein Vater, mein Bruder und ich sind stets verdächtigt worden, unsere deutschen Mitfürsten auffressen zu wollen, während keiner von uns jemals daran gedacht hat. ... Jetzt bieten wir den deutschen Fürsten die Bundesform, und sie antworten uns, indem sie gegen uns rüsten! Du fragst, warum ich die rheinischen Korps mobilisiert habe, warum fragst Du nicht lieber, wozu Bayern und Württemberg rüsten? Es wäre freilich bequemer für unsere Feinde, wenn wir uns wehrlos ihnen überlieferten: denn jetzt wirds länger dauern ... Warum will Louis quittieren und nicht lieber mit uns gegen Österreich fechten? Will mich der Großherzog bekriegen? Freilich, wenn man uns zum Kriege zwingt, dann werden wir auch keine Rücksichten mehr kennen.

113. An den Erzbischof von Cöln Paulus Melchers. 4. Juni 1866.

Empfangen Sie, Herr Erzbischof, meinen aufrichtigen Dank für Ihr von mir gewünschtes Schreiben vom 27. v. Mts. Der Ernst der Zeit hat Ihnen den Wunsch eingegeben, sich offen gegen mich auszusprechen, und das ist mir sehr erwünscht

gewesen. Ebenso offen werde ich Ihnen nun antworten: Ich weiß, daß in weiten Kreisen der wahrscheinlich bevorstehende Krieg in seinen Ursachen nicht begriffen wird; teils weil diese nicht handgreiflich einem jeden vor Augen liegen, teils weil nach 50 Friedensjahren der größten und höchsten Wohlfahrt der Bevölkerung man sich des Gedankens entwöhnt hatte, daß alle die gewonnenen Güter zeitweise einem höheren Zwecke geopfert werden müßten. Diese Unklarheit über die Ursachen zum Kriege wurzelt aber außerdem noch in den Tendenzen der Umsturzpartei oder Fortschrittspartei, welche seit Jahren Mißtrauen gegen mich und meine Regierung sät, um zu ihrem Zwecke, d. h. die Schwächung und zuletzt Vernichtung der monarchischen Macht, zu gelangen; diese Partei benutzt die Gegenwart, um die Unklarheit der politischen Lage Preußens zu vermehren und den Mißmut, der bei jedweder kriegerischen Aussicht unvermeidlich ist, zu nähren, da von Patriotismus bei dieser Partei nicht die Rede sein darf, sondern nur von Egoismus.

Wenn man aber, wie ich seit Jahren, die Tendenzen Österreichs verfolgen mußte, so mußte es mir immer klarer werden, daß selbst während der Allianz von 1864 diese nur einen kurzen Stillstand in jenen Tendenzen hervorbrachte, um sie darauf um so eklatanter zum Austrage zu bringen; und diese Tendenz ist seit dem Siebenjährigen Kriege keine andere, als Preußen von seiner Großmachtsstellung wieder herabzuwerfen und es zu einem Staate zweiten Ranges zu degradieren. Selbst die glorreiche Erfahrung des Jahres 1864 hat Österreich nicht vermocht, diese Richtung aufzugeben, obgleich es sah, daß Preußen und Österreich einig, ganz Europa Schach bieten können. Welche Mittel Österreich aufgeboten hat, um Preußen in der öffentlichen Meinung nicht nur in den Herzogtümern, sondern in ganz Europa zu degradieren, liegt jedermann vor Augen; Lug,

Trug, Verleumdung in allen von ihnen erkauften Zeitungen Europas waren ihm gesuchte Mittel, die öffentliche Meinung gegen Preußen aufzustacheln und dasselbe als von Ehrgeiz und Eroberungssucht aufgeblasen zu schildern und so vornehmlich die deutschen Staaten gegen uns aufzuhetzen. Dies ist das Lügengewebe, welches nun zum Kriege führt. Einem solchen Verfahren darf ein Staat, der sich achtet, nicht ruhig zusehen. Alle meine Vorstellungen in Wien gegen ein so perfides Benehmen blieben fruchtlos, und seit dem Februar sistieren auf diesem Terrain jedwede Verständigungen mit Wien. Dennoch beschloß ich im Konseil des 28. Februar, zu keinen Rüstungen zu schreiten, sondern alle Mittel auf indirektem Wege (Rußland, England) zu verfolgen, um einen Bruch mit Österreich zu vermeiden. Da schritt Österreich am 13. März ganz unerwartet zu Truppenkonzentrationen an Preußens Grenzen, unter den lügenhaftesten Vorwänden, die wir durch die ja bekannt gewordenen Aktenstücke entlarvten. Volle 14 Tage zögerte ich mit Gegenmaßregeln, die sich nun gegenseitig so steigerten, daß die Armeen sich vollzählig gegenüberstehen. Nochmals ist die Hand zum Frieden geboten in einer Konferenz zu Paris, die ich sofort ergriff, von Österreich aber schon so gut wie verworfen ist. Am Bundestage hat vor vier Tagen Österreich den Gasteiner Vertrag einseitig, ohne Preußens Vorwissen zerrissen und die Herzogtümerfrage, die zwischen uns und nicht am Bundestage geschlichtet werden sollte, gegen den Vertrag, jenem vorgelegt. So folgte sich Perfidie, Lüge, Vertragsbruch unaufhaltsam seitens Österreichs! Da haben Sie in kurzem Abriß die Lage, in welche Preußen geworfen ist! Ich habe mit meinem Gott im Gebet gerungen, um seinen Willen zu erkennen, und nur so habe ich, Schritt vor Schritt Preußens Ehre im Auge haltend, nach meinem Gewissen gehandelt. Nach diesem Exposé

werden Sie sich überzeugen, daß wir einem Kampfe um Preußens Existenz entgegengehen und [er] wird nur dann ein Bruderkrieg werden, wenn Deutschland, durch Österreich aufgestachelt, sich unberufen mit demselben gegen mich verbündet. Daß ich freiwillig keinen deutschen Boden aufgebe, weiß die Welt, und Ströme Blutes müßten geflossen sein, ehe dies geschähe. Beten Sie für mich und für Preußen. Dann begegnen sich unsere Herzen am Throne Gottes, dessen Wille geschieht, wie im Himmel, so auf Erden! Amen!

Ihr ergebener König Wilhelm.

114. An Bismarck. Berlin, 16. Juni 1866.

So sind denn die Würfel geworfen! Gott allein kennt den Ausgang dieses Anfangs!

Entweder wir siegen oder werden mit Ehren tragen, was der Himmel über Preußen beschließt!! Ihr Wilhelm.

115. An den General der Infanterie v. Steinmetz.

Schloß Sichrow bei Turnau, 1. Juli 1866.

Durch die mir nunmehr zugegangenen Meldungen des Kronprinzen, meines Sohnes, als Kommandierenden der Zweiten Armee, erweisen sich die viertägigen Siege, welche Sie, Herr General, mit Ihrem tapferen, ausgezeichneten V. Armeekorps erfochten haben, von solcher Wichtigkeit und Entschiedenheit für die Operationen der gesamten Armee, zugleich aber von solchem Umfange am 27. und 28., daß sie einer selbständig gelieferten zweitägigen Schlacht gleichkommen, so daß ich Ihnen für die ausgezeichnete Führung und Leitung derselben meine Königliche Anerkennung im höchsten und vollsten Maße hiermit aussprechen muß. Nur Ihrer Energie und Ihrer Einwirkung auf Ihre braven Truppen ist es zuzuschreiben, daß dieselben durch ihre Ausdauer und Tapferkeit täglich frischen und überlegenen feind-

lichen Korps die Stirne bieten konnten und sie jedesmal besiegten.
Und Sie, Herr General, haben somit die Ehre, die schwierige Operation größtenteils gelingen zu machen, die ich der gesamten Armee gestellt hatte, deren Konzentration aus Schlesien und Sachsen in Böhmen zu bewirken.
Als Anerkennung Ihres hohen Verdienstes sowie in Anerkennung der heldenmütigen Leistungen Ihrer Truppen verleihe ich Ihnen meinen hohen Orden des Schwarzen Adlers, sowie das dazugehörige Großkreuz des Roten Adlers, dieses aber mit Schwertern. Ich bin stolz darauf, diese höchste Auszeichnung zum ersten Male seit meinem hochseligen Vater und Könige, wie er dies in den Befreiungskriegen vermochte, für hohe Auszeichnung vor dem Feinde verleihen zu können! Armee und Nation wird dadurch auf Ihrer Brust lesen, was Sie durch und für sie leisteten.

Ihr dankbarer, treu ergebener König Wilhelm.

116. An Königin Augusta (Telegramm). 3. Juli 1866.

Einen vollständigen Sieg über die österreichische Armee, nahe an Königgrätz, zwischen der Elbe und Bistritz, haben wir heute in einer achtstündigen Schlacht erfochten. Verlust des Feindes und Trophäen noch nicht gezählt, aber bedeutend. Einige zwanzig Kanonen. Alle acht Korps haben gefochten, aber große schmerzliche Verluste. Ich preise Gott für Seine Gnade. Wir sind alle wohl. Der Gouverneur soll Viktoria schießen. Wilhelm.

117. An Königin Augusta. Horriz, 4. Juli (1866).

Am 2. verließ mich Fritz Karl um 3 Uhr nachmittags nach einem Kriegsrate, in welchem beschlossen wurde, den durch Märsche und Kämpfe erschöpften Mannschaften ein bis zwei Ruhetage zu gönnen. Um 1/2 11 Uhr abends traf jedoch

General Voigts-Rhetz wieder bei mir ein, um die Ausbeute der Rekognoszierungen des Tages zu melden, die dahinging, daß bedeutende feindliche Massen von Josephstadt nach Königgrätz diesseits der Elbe sich von 8–3 Uhr bewegt hätten, Gefangene aussagten, die Armee konzentriere sich zwischen Elbe und Bistritz um Königgrätz; es wurde mir daher vorgeschlagen, den günstigen Umstand, daß die feindliche Armee sich diesseits der Elbe schlagen zu wollen scheine, zu benutzen und ihr die Schlacht anzubieten. Zu dem Ende sollte sich die erste Armee mit dem 2., 3., 4. Korps im Zentrum, Sadowa vor sich haben, aufstellen, General Herwarth mit seinen 1½ Korps über Nechanitz in die linke Flanke, Fritz mit der Zweiten Armee, Garde, 1., 5., 6. Korps, von Königshof, seinen linken Flügel längs der Elbe, in die rechte Flanke des Feindes vorgehen. Erst um Mitternacht hatte ich mit General Moltke alles festgestellt, bestimmte meinen Aufbruch auf 5 Uhr früh, da die Armee sofort nachts 2 Uhr den Marsch anzutreten hatte. Ich hatte fast vier Meilen zu fahren und glaubte immer noch nicht recht an die Richtigkeit der Annahme, daß der Feind diesseits der Elbe stehen könne. Aber nur zu bald sollte sich die Richtigkeit herausstellen. Als ich in einem kleinen Dorfe, Dub, zu Pferde stieg, regnete es und dauerte derselbe mit langen Unterbrechungen den Tag über an. Schon bei den Truppen vorüberfahrend, wurde ich fortwährend von denselben mit Hurra begrüßt. Das Gefecht fing soeben 8 Uhr mit Artilleriefeuer des 2. Korps an, als ich in Sadowa ankam und auf einer Höhe Posto faßte; dies Korps stand rechts von hier. Die Division Horn (8. Division) ging bei Sadowa über die Bistritz und griff vorliegende waldige Höhen an, gewann bei der Heftigkeit der Verteidigung wenig Terrain, die siebente Division (Fransecky) entwickelte sich mehr links, mit gleich schwankendem Erfolge, Herwarth griff schon nach

$1\frac{1}{2}$ Stunden, von Nechanitz kommend, ins Gefecht ein, welches von nun an fast während fünf Stunden hauptsächlich in Artilleriegefecht bestand, untermischt mit Infanteriegefecht in waldigen Bergen. Mit Sehnsucht sahen wir dem Eintreffen der Zweiten Armee entgegen, denn bei diesem langen Artilleriekampfe mußte dieselbe bereits mehrere Male ihre Reserve-Munition verausgaben. Das Infanteriegefecht schwankte hin und her. Endlich entdeckten wir die ersten Spuren der Annäherung des Garde-Korps, aber das Gefecht konnte man nicht sehen, indem es jenseits einer Höhe vor sich ging und man nur dasselbe aus der feindlichen Flankenstellung annehmen konnte. Trotz dieser Umgehung und trotz des allmählichen, sehr langsamen Vordringens Herwarths hielt der Feind in dem Zentrum immer noch festen Stand. Jetzt wurde die 5. Brigade (Schimmelmann), Leib-, 48. Regiment zur Unterstützung des Angriffes auf das Zentrum vorgenommen. Ich ritt durch die Regimenter durch, die mich mit lautem Jubel begrüßten (während Piefke im Marsche „Heil dir im Siegerkranz" usw. blies, ein ergreifender Moment). Plötzlich wurde das Artilleriefeuer im Zentrum schwächer und wurde Kavallerie verlangt, ein Zeichen, daß der Feind anfange zu weichen. Jetzt verließ ich meine Höhe, weil der Sieg anfing, sich durch den Flankenangriff der Zweiten Armee zu entscheiden, und ritt mit der Kavallerie vor.

Hier stieß ich zuerst auf die im vollen Avancieren begriffene (Tambour battant) 2. Garde-Division und Teile des Füsilier-Regiments inmitten eben genommener zwölf Kanonen. Der Jubel, der ausbrach, als diese Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben; die Offiziere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur andern und überall das nicht enden-

wollende Hurrarufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, sie zu verstehen! So traf ich auch noch die Truppen des 1., 6. und 5. Armeekorps, auch mein Infanterie-Regiment; vom 8. Korps nur das 8. Jäger- und vom 7. nur das 17. Regiment, die übrigen waren zu weit schon entfernt in Verfolgung des Feindes. Jetzt brachen unsere Kavallerie-Regimenter vor, es kam zu einem Kavalleriegefecht vor meinen Augen, Wilhelm an der Spitze seiner Brigade, 1. Garde-Dragoner-, Ziethen-Husaren-, 11. Ulanen- (Hohenlohesches) Regiment gegen österreichische Kürassiere, Ulanen, die total kulbutiert wurden, und das Gefechtsfeld, das ich gleich darauf beschritt, sah fürchterlich aus, von zerhauenen Österreichern, tot, lebend! So avancierte dann wieder die Infanterie bis zum Talrande der Elbe, wo jenseits dieses Flusses noch sehr heftiges Granatfeuer erfolgte, in das ich auch geriet, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte. Ich ritt aber nun noch immer umher, um noch ungesehene Truppen zu begrüßen, wo ich Mutius, Württemberg und Bonin auch antraf. Alle diese Wiedersehen waren unbeschreiblich!! Steinmetz, Herwarth fand ich nicht. Wie sah das Schlachtfeld aus! Wir zählten 35 Kanonen, es scheinen über 50 genommen zu sein, mehrere Fahnen, alles lag voller Gewehre, Tornister, Patronentaschen, wir rechnen bis heute 12000 Gefangene; hier befinden sich 50 gefangene Offiziere. – Aber nun den Revers der Medaille. Unser Verlust ist noch nicht ermittelt, er wird hoch sein. Daß General Hiller von der Garde geblieben ist, wirst Du schon wissen, ein großer Verlust! Anton Hohenzollern hat vier Gewehrkugeln im Bein! ich weiß nicht, wie es ihm heute geht! er soll enorm brav gewesen sein. Erckert ist schwer blessiert, ebenso Oberst Obernitz am Kopfe. Das 1. Garderegiment hat solche Verluste, daß aus zwei Bataillonen eins formiert ist!! In welcher Aufregung ich war,

kannst Du denken! Und zwar der gemischten Art!! Freude und Wehmut. Endlich begegnete ich noch spät 8 Uhr Fritz mit seinem Stabe! Welch ein Moment nach allem Erlebten und am Abend dieses Tages! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite, so daß ihm die Tränen herabstürzten, denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten! Also völlige Überraschung! – Einstens alles mündlich. Erst um 11 Uhr war ich hier, ohne alles, so daß ich auf einem Sofa kampierte.

118. Randbemerkung auf eine Eingabe des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck [Nikolsburg, (24.?) Juli 1866].

Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.

119. An Bismarck. B[erlin], 11. August 1866.

Haben Sie Roggenbach gesprochen? Er geht von der Idee aus, daß Badens geographische Lage zu ungünstig ist; um sie zu bessern, müßte es an Preußen grenzen, deshalb Austausch der badenschen nordöstlichen Ecke an Bayern gegen Rheinpfalz. Ich antwortete, daß dies eine sehr schwierige Frage werden könnte, da wir Darmstadt mit Rheinbayern entschädigen möchten für Oberhessen. Abeken sagte mir, daß v. der Pfordten Culmbach sakrifizieren werde? und auch eine Militärallianz schließen wollte à la Württemberg. Eine solche Allianz mit Darmstadt würde mich doch nicht geschmeidig machen, von Oberhessen abzulassen. Wilhelm.

Ich sehe Sie gern hier, meine Herren, denn ich kann es nur achten und anerkennen, wenn deutsche Männer mit Treue festhalten an der Dynastie, deren Verbindung mit ihnen jahrhundertelang bestanden und die Früchte der gegenseitigen Anhänglichkeit und Hingebung gereift hat. Ich würde die Hannoveraner minder schätzen, wenn sie keinen Schritt bei mir getan hätten, welcher das innige Festhalten an ihrem angestammten, mir nahe verwandten Regentenhaus betätigte. Dadurch sehe ich mich veranlaßt, Ihnen ausführlich die Gründe darzulegen, welche wahrlich gegen meine urspüngliche Absicht und nach wiederholten schweren Kämpfen mit meinem Wunsche: die Selbständigkeit meiner früheren Genossen im Deutschen Bunde fortbestehen zu lassen, zu dem jetzt bereits in der Ausführung begriffenen und somit unwiderruflichen Beschluß genötigt haben: Annexionen vorzunehmen.
Bereits bei dem Eintreten in meine jetzige Stellung habe ich es ausgesprochen, daß meine zum Heile Preußens und Deutschlands gehegten Absichten dahin gerichtet seien, keine andern als moralische Eroberungen zur Ausführung zu bringen; es ist dieses Wort vielfach belächelt, bespöttelt, ja gehöhnt worden, und doch erteile ich Ihnen noch heute die feste Versicherung, daß meine Pläne darüber nie hinausgegangen sind, und daß – wenn ich als siebzigjähriger Mann zu gewalttätigen Eroberungen übergehe – ich dies nur tue, gezwungen durch die Macht der Verhältnisse, durch die unablässigen Anfeindungen meiner angeblichen Bundesgenossen und durch die Pflichten gegen das meiner Führung anvertraute Preußen.
Schon bei Bildung des Deutschen Bundes wurde von denjenigen Staaten, welche durch Preußens schon damals erkennbaren geistigen Aufschwung Gefahren für die Erhaltung

ihres Einflusses befürchteten, dafür Sorge getragen, daß das Bundesgebiet Preußens durch selbständige Staaten getrennt bleibe. Diese Lage wurde seit dem Bestehen des Bundes durch fortwährend erneuerte Anfeindungen, vorzugsweise genährt durch österreichischen Einfluß, durch Erkaufen der deutschen, der französischen, der englischen Presse, benutzt, um diesen Staaten stete Besorgnisse vor Preußens Übergriffen und Eroberungsgelüsten anzuregen und wach zu erhalten, und den drei preußische Regierungen hindurch mit Eifer, aber unter Achtung aller Rechte fortgesetzten Bemühungen, dem Deutschen Bunde Einigkeit und Aufschwung in materiellen und geistigen Interessen einzuflößen, beharrlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Diese Bestrebungen sind nicht ohne Erfolg geblieben, sie haben zu einer, fast nur während der Regierung des Königs Ernst August innigeren Beziehung Platz machenden, unfreundlichen Stellung Hannovers zu Preußen geführt, welche während der politischen Komplikationen der letzten Jahre häufig in eine feindselige übergegangen ist, ohne daß dazu von preußischer Seite Veranlassung gegeben wäre.

So standen die Sachen, als meine Stellung in Holstein durch Österreich immer und immer wieder angegriffen und gestört wurde, bis zu einem Grade, welchen Preußen zu ertragen nicht länger imstande war. Bevor ich mich jedoch zum Äußersten zu entschließen gezwungen wurde, gelang es, die Gefahr noch einmal durch Abschließung des Gasteiner Vertrages nicht zu beseitigen, sondern nur hinauszuschieben, denn während der Wirksamkeit dieses Vertrages fiel eine Hülle nach der andern, welche die Absicht Österreichs bis dahin verschleiert hatte, den längst als drohend und stets mehr und mehr für unvermeidlich erachteten Kampf mit Preußen nunmehr tatsächlich zu beginnen – den Kampf um den überwiegenden Einfluß in Deutschland. Dieser Einfluß

ist Preußens Lebenselement; den Kampf um denselben nicht annehmen, hieß Preußens Existenz opfern – die Holsteinische Frage war damit in den Hintergrund gedrängt. Zur Durchführung dieses großen Kampfes bedurfte es zweier Grundlagen:

1. der Überzeugung von der Gerechtigkeit der preußischen Ansprüche, welche allein den Schutz des Höchsten durch Verleihung des in seiner Hand liegenden Kriegsglücks hoffen lassen konnte;

2. des Instruments, womit derselbe geführt werden mußte, der preußischen Armee.

Daß das Instrument tüchtig sei, darüber war ich nicht im Zweifel, denn mein ganzes Leben war der Entwicklung der preußischen Armee gewidmet gewesen, und ich durfte mir ein Urteil über deren Leistungsfähigkeit zutrauen.

Daß Preußens Forderungen gerecht seien, schien mir dadurch erwiesen, daß Preußen ohne deren Erfüllung nicht fortbestehen und sich gedeihlich entwickeln könne, und so entschloß ich mich schweren und schwersten Herzens zum entscheidenden Kampfe, dessen Ausgang Gott anheimstellend. Und die von mir in solcher Ausdehnung nicht vorgeahnten, selten oder nie in der Geschichte dagewesenen Ergebnisse eines Existenzkampfes zweier mächtiger Staaten in so kurzer Zeit sind eine sichtbare Fügung der Vorsehung, ohne die auch die geschulteste Armee solche Resultate nicht erkämpfen kann.

Die Stellung der Regierung Ihres Landes vor und während der Entwicklung dieser Ereignisse ist Ihnen bekannt, das Votum vom 14. Juni, welches jeder Begründung durch das Bundesrecht entbehrte, das nur eine Exekution kennt, eine Exekution, welcher ich – falls sie beschlossen wäre – mich zwar nicht hätte fügen können, welche aber doch den Bundesbruch im preußenfeindlichen Sinne für Hannover minder

offenbar gemacht haben würde – Sie kennen die Existenz gepflogener Neutralitätsverhandlungen, meine wiederholte vergebliche Aufforderung zum Nordbündnis in der Nacht vom 14. Juni; den Zug der hannoverschen Armee mit ihrem Könige, die Katastrophe von Langensalza, bei welcher ich mich zwar nicht als Sieger hinstelle, welche aber in ihren Folgen zur Vernichtung der hannoverschen Armee geführt hat.

Auch nach den überraschend großen Erfolgen, welche mir freie Hand in den von mir zu treffenden Bestimmungen verschafft haben, würde es weder einer Adresse noch einer Deputation bedurft haben, um mir den Ernst des Schrittes klarzumachen, welchen Sie vermieden zu sehen wünschen. Dennoch wiederhole ich meinen Dank, daß man sich freimütig ausgesprochen hat, ja, es ist mir dies lieber als das Gegenteil, weil es für die Zukunft reellere Verhältnisse prognostiziert. Und dennoch hat die reiflichste, wegen meiner verwandtschaftlichen Verhältnisse zum Hause Hannover schmerzlichste Prüfung mich zu dem Beschlusse der Annexion kommen lassen, als einer Pflicht: Mein Preußen für die von ihm gebrachten schweren Opfer zu entschädigen und die wahrscheinliche Wiederkehr der durch die unfreundliche Stellung Hannovers auch in Zukunft zu besorgenden Gefahren zu beseitigen.

Ich hoffe, daß gegenseitiges Vertrauen dereinst zur Zufriedenheit führen wird.

121. Letztwillige Aufzeichnung. Berlin, 31. Dezember 1866.

Seitdem ich am 10. April 1857 meinen Abschiedsgruß meinen zu Hinterlassenden niederschrieb, hat das Schicksal mächtig in mein Leben eingegriffen. Die Vorsehung bestimmte in einer ungeahnten Weise über die letzten Lebensjahre meines teueren Bruders und berief mich noch bei seinem Leben zu

seinem Nachfolger. Als Gott den vielgeprüften König und Bruder von seinem schweren Leiden gnädig erlöste, mußte ich den Thron der Väter besteigen. Gegen meine Neigung schritt ich zur Krönung, in tiefster Demut, um Preußen mit seinen neuen Institutionen die irdische Macht zu vergegenwärtigen, die zu dessen Heil fest bestehen müsse. Diese meine gewissenhafte Überzeugung hat mich geleitet und gestählt in den schweren Kämpfen, die ich mit jenen neuen Institutionen jahrelang zu bestehen hatte.

Diese Kämpfe haben mich tief erschüttert, weil ich standhalten mußte gegen ein wirres Andrängen gegen jene irdische Macht, die ich nicht aus den Händen geben durfte, wenn Preußens Geschichte nicht aufgegeben werden sollte. Ich vergebe allen, die wissentlich und unwissentlich sich meinen auf Gewissensüberzeugung begründeten Absichten zum Wohle des Vaterlandes entgegensetzten, um die Macht der Krone zu schmälern und die Herzen der Preußen derselben zu entfremden.

Vergessen mögen meine Nachkommen es aber nicht, daß Zeiten möglich waren wie die von 1861 bis 1866! In dem Jahre, welches heute schließt, hat sich Gottes Gnade in einer Art über Preußen ergossen, die für so viel Erduldetes reichlich entschädigt. In Demut erkenne ich diese göttliche Gnade, die mich auserseheh hat, in meinem vorgerückten Alter eine Wendung der Verhältnisse herbeizuführen, die zum Heil des engeren und weiteren Vaterlandes bestimmt zu sein scheint. Das Werkzeug, so Großes zu erreichen, die Armee, steht unübertroffen in diesem Augenblicke vor der Welt. Der Geist, der sie beseelt, ist der Ausdruck der Gesittung, die eine sorgliche Hand meiner erhabenen Vorfahren der Nation anerzogen hat. Die Armee finde in allen ihren Teilen in dieser ernsten Scheidestunde des Jahres meinen Herzensdank für die Hingebung und Aufopferung, mit der sie meinem Rufe

folgte und vor meinen Augen siegte – ein Erlebnis, für das ich Gott meinen demütigen Dank stammle!
Aber ganz Preußen finde hier meinen Königlichen Dank für die Gesinnung, die es in dem denkwürdigen Jahre an den Tag legte! Wo solche Vaterlandsliebe sich zeigt, da ist der gesunde Sinn vorhanden, der Nationen groß macht, und darum segnet sie Gott sichtlich! Meinen heißesten Dank finden alle hier, die mir halfen, durch schwere Zeiten zu dem Lichtpunkte dieses Jahres zu gelangen!
Möge Gottes Segen immer auf Preußen ruhen und Preußen sich dieses Segens würdig zeigen! Möge mein Sohn und seine Nachkommen solches Volk und solche Armee um sich sehen und durch besonnenes, zeitgemäßes Fortschreiten das Wohl und Gedeihen beider sorglich fördern und Preußen die Stellung sichern, die ihm von der Vorsehung sichtlich angewiesen ist.
Das walte Gott in Seiner Gnade!!! Mitternacht 1866 bis 1867. Wilhelm.

122. An Bismarck. Berlin, 12. Februar 1867.

Im Rückblick auf den entscheidenden Wendepunkt, an welchen die Geschicke Preußens durch die ruhmwürdigen Kämpfe des vergangenen Jahres gelangt sind, wird es den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und unvergänglichen Ehren, daß die Eröffnung einer Epoche reicher und mit Gottes Hilfe segensvoller Entwicklung wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war.
Diesen Ihren Verdiensten von höchster Auszeichnung habe ich durch Verleihung einer Dotation von 400000 Talern eine erneute Anerkennung zu gewähren beschlossen. Der Finanzminister ist angewiesen, diese Summe zu Ihrer Verfügung zu stellen.

Es würde meinen Wünschen entsprechen, wenn Sie diese Dotation, deren Verleihung meinen und des Vaterlandes Dank betätigen soll, durch fideikommissarische Anordnungen zu einem Grund- oder Kapitalbesitze bestimmten, welcher mit dem Ruhme Ihres Namens und Ihrer Familie dauernd erhalten bliebe.

Ihr dankbarer und treu ergebener König Wilhelm.

123. An den Kriegsminister v. Roon. Baden-Baden, 21. Oktober 1867.

Soeben empfange ich Ihr Schreiben von gestern mit dem Abdruck des nunmehr festgestellten Wehrgesetzes, und fügen Sie den Glückwunsch hinzu, daß endlich nach achtjährigen schweren Kämpfen dies Werk vollendet ist. Wenn ich Ihnen dafür meinen Dank ausspreche, so weiß ich aber auch, wem ich diesen Sieg verdanke, und das sind Sie! Wenn ich den Weg nachgehe, den dieses Werk gegangen ist, seit unserer ersten Unterredung auf Babelsberg, bis es nun vollendet ist, so sieht man recht klar, wie das Schicksal die Menschen zusammenfügt, um etwas Großes zu schaffen! Empfangen Sie also nun nochmals meinen herzlichen und tiefgefühlten Dank für alles, was Sie in den acht Jahren mit Hintensetzung Ihrer Gesundheit geleistet haben, um das so nötige Ziel zu erreichen. Den größten Lohn haben Sie auf den Schlachtfeldern von 1864 und 1866 geerntet, wo die gesetzlich unfertige Armee solche Erfolge erfocht! Es ist gewiß ein Ereignis ohnegleichen, daß eine aus Parteihaß verunglimpfte Armee ihre Parteigegner so aus dem Felde schlagen mußte!!

Mit treuester Dankbarkeit Ihr ergebener König Wilhelm.

124. An den Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh.

Berlin, 10. Februar 1868.

Auf Ihr Schreiben vom gestrigen Tage erwidere ich Ihnen folgendes: Wie wenig es in meiner Auffassung der einmal

angenommenen konstitutionellen Form liegt, aus Abgeordneten pure Ja-Herren zu machen, wissen Sie aus hundert meiner Äußerungen in vorgekommenen Fällen während Ihrer Sie ehrenden Dienstlaufbahn. Daher mache ich Ihnen und denjenigen, welche Ihrem Beispiele folgten und in der hannoverschen Provinzialfondsfrage gegen das Gouvernement stimmten, dieserhalb keinen Vorwurf. Wohl aber trifft mein Vorwurf die Tendenz, welche in der ganzen Debatte bei den Hochkonservativen und Fortschrittlern gemeinsam zutage trat, der Provinz Hannover bitter und unangenehm entgegentreten zu wollen, weil die Haltung ihrer Vertreter wie die der Provinz noch nicht enragiert preußisch sich zeigt. Wie wenig auch ich Ursache habe, diese Haltung zu loben, ist hinlänglich bekannt. Diese Ansicht, welche auch in dem Ministerium Platz gegriffen hatte, veranlaßte im Monat Juni vorigen Jahres eine Menge von Gesetzen und Verordnungen, welche die Stimmung in jener Provinz (wie auch in den andern neuerworbenen Landesteilen) in hohem Grade verschlimmerten. Als ich dies selbst durch genaue Prüfung der Verhältnisse erkannte und mich von geschehenen Mißgriffen der Behörden überzeugte, war es meine Pflicht, Maßregeln zu ergreifen, diese Mißgriffe wieder gutzumachen. Ich ließ Vertrauensmänner einberufen, kreierte die Provinziallandtage und ließ diese sofort in Wirksamkeit treten, um so die wahren Wünsche der Länder – im vorliegenden Falle Hannovers – kennen zu lernen. Zu diesen Wünschen gehörte die Belassung des quäst. Fonds als Provinzialfonds. Die Minister sagten dies in meiner Abwesenheit zu, da sie meine Ansicht aus der hessischen Schatzfrage her kannten, und ich bestätigte diese Zusage, was offenkundig ward, indem ich die betreffende Gesetzesvorlage dem Landtage machte. – Dies beruhigte die Gemüter; das Arrangement mit dem Könige Georg kam hinzu, und somit war ein großer Schritt end-

lich zur Annäherung der Provinz an den Staat geschehen. Wenn ich also nach dem Gesagten, wie Graf Bismarck auch ganz richtig geäußert, nicht persönlich engagiert war, – so ging doch aus dem ganzen Procédé bis zur quäst. Gesetzesvorlage hervor, in welchem Grade ich persönlich tätig in der ganzen Angelegenheit gewesen war, da man allgemein durchfühlte, daß ich da persönlich eingetreten war, wo meine Regierung Mißgriffe gemacht hatte.

Diese meine Stellung konnte und durfte Ihnen und niemand, der den Verhältnissen folgt, unbekannt sein. Nun aber tritt die Partei, auf welche ich und meine Regierung sich allein stützen konnte, scharf gegen diese Vorlage auf und hält, in Verbindung mit Mitgliedern der extremen Linken, Reden, welche den neuen Untertanen auf das empfindlichste geradezu ins Gesicht schlagen und die guten Eindrücke, welche endlich langsam erreicht waren, vollkommen vernichten müssen.

Auf diese Art sah ich also meine Bemühungen im Begriff zu scheitern, wenn ich mich nicht in einer Art aussprach, aus der jenes Land abnehmen konnte, daß weder ich noch meine Regierung solche Schmähungen teilten oder guthießen. Dies unbedachte Benehmen des Abgeordnetenhauses ist es also, was mich persönlich verletzte, indem meiner persönlichen Tätigkeit in der vorliegenden Frage keine Rechnung getragen ward und ebensowenig meine Minister berücksichtigt wurden und Angriffen sich ausgesetzt sahen wie in den schlimmsten Tagen der sogenannten Wirren; Männer, die zu mir standen und so Großes vollbringen halfen! Und dies Verfahren ging großenteils von Männern aus, die der Partei angehören, auf welche, wie schon gesagt, meine Regierung sich stützte. Solches Benehmen haben meine Minister nicht verdient; ja, ich muß es sagen, das habe ich nicht verdient. Wenn Graf Bismarck nach den ersten Debatten Sie alle aufmerksam machte, was auf dem Spiele stehe, so war das

die Folge des Eindrucks, den ich von der Sachlage hatte, und den er wiedergab. Ich frage Sie alle, wenn es möglich ist, daß nach dem Jahre 1866 solche Dinge im Abgeordnetenhause schon 1868 vorgehen, auf wen soll ich mich künftig stützen? Sie treiben mich ja geradezu der entgegengesetzten Partei in die Arme, wenn ich bei Ihnen keine Stütze mehr finde! Somit haben Sie die Aufklärung über meinen Tadel auf dem Hoffeste, den ich unter den gegebenen Umständen laut werden lassen mußte.

Noch ist Preußen nicht daran gewöhnt, seinen König von den Maßregeln seiner Regierung zu trennen, und Gott gebe, daß es nie anders werde! Daher muß der König zuzeiten in die Bresche treten, wenn er Fehler bei dem umgeschaffenen Staatskörper sieht. Dies habe ich von 1860 bis 1866 getan, und wahrhaftig, Gott hat dies Verfahren gesegnet; im vorliegenden Falle mußte ich es wieder, und zwar augenblicklich tun, wenn ich nicht noch wunde Stellen bei meinen neuen Untertanen von neuem aufreißen lassen wollte.

Sie kennen meinen Charakter hoffentlich hinreichend, um zu wissen, daß er nicht nachzutragen versteht, und daher werden Sie und die andern, welche sich momentan mein Mißfallen zugezogen, diesen Charakterzug auch wieder finden, namentlich gilt Ihnen das, der ja in so schweren Tagen rühmlich mir zur Seite stand und das Blut der Seinigen hingab für König und Vaterland. Aber Bedachtsamkeit rufe ich allen zu!

Ihr wohlgeneigter König Wilhelm.

125. An Bismarck. Berlin, 28. Oktober 1868.

In meinem Briefe aus Baden bemerkte ich Ihnen bereits, wie ungemein bekümmert ich um unsere Finanzlage sei – und wie ich Ihre Hilfe in Anspruch glaubte nehmen zu müssen, um die Landtagsopposition gegen einen Steuerzuschlag zu bekämpfen. Wie erfreut war ich daher, als mir

bei meiner Ankunft hier der Finanzminister das Projekt vorlegte, das Revirement mit Goldbeständen vorzunehmen, welches er Ihnen demnächst vorgelegt hat, und dem ich durchaus beitrete; denn ich finde jedes Arrangement unbedenklich, wenn es gilt, eine Steuererhöhung zu umgehen! v. der Heydt kam daher vorvorgestern früh sofort zu mir, um mir Ihr Schreiben mitzuteilen, in welchem Sie die Gründe auseinandersetzen, aus denen Sie den Steuerzuschlag dem quästionierten Revirement vorziehen, und heute früh brachte er mir Ihr Telegramm, welches diese Ansicht festhält, nachdem er Ihnen nochmals alle Gründe gegen den Steuerzuschlag ausführlich dargelegt hatte und Roon Ihnen noch außerdem sozusagen als Unparteiischer die Übereinstimmung des gesamten Staatsministeriums mit v. der Heydts Ansicht mitgeteilt hat.

Nachdem ich nun heute sofort einer Staats-Ministerialsitzung beigewohnt habe, um in meiner Gegenwart das pro et contra in dieser Angelegenheit zu ventilieren, was zur Einstimmigkeit führte, den Steuerzuschlag zu verwerfen, – so beschloß ich, Ihnen nun noch selbst zu schreiben und in Kürze die Gründe aufzuführen, die mich bestimmen, dieser Einstimmigkeit nochmals beizutreten.

Daß Sie im Prinzip recht haben, nicht von Beständen zu nehmen, räumt jeder ein. Aber es handelt sich hier, von zwei Übeln das kleinere zu wählen. Sie wollen, daß die laufenden Ausgaben sich nach den Einnahmen richten sollen. Das ist wiederum richtig; wenn aber bereits von 13 verlangten Millionen nur 5 stehen geblieben sind, welche das Defizit bilden, so habe ich mich nach Durchgehung aller Posten überzeugt, daß eine Schädigung des Landes entstehen muß, wenn diese Posten, die fast alle nur Fortsetzung angefangener Unternehmungen betreffen, durch Streichung der 5 Millionen liegen bleiben müßten. Den Eindruck, den dies machen

muß, brauche ich nicht auszuführen. Wollte man sich sogar darüber hinwegsetzen, so ist das Maximum, das noch zu streichen wäre, 1½ Millionen, reicht also bei weitem nicht hin, um zum verlangten Resultat zu kommen. Sie wollen diese Geldkalamität auftreten lassen, damit die Landesvertretung usw. einsehe, daß sie nicht neue Steuerverringerungen in diesem Winter hätte eintreten lassen sollen und sie somit trätabel zu machen in solchen Fragen?? Sie wollen dazu auch das Mittel angewendet sehen, daß die Regierung erst den Steuerzuschlag verlange, und wenn er, wie bestimmt vorherzusehen ist, von der Landesvertretung abgeschlagen wird, zum Absetzen der 5 Millionen die Hand biete – was rein unmöglich aber ist –, so daß dann die Kammer selbst auf jenes Revirement antragen wird – wie es leider schon in die Zeitungen penetriert ist, womit also das Odium einer Steuererhöhung auf die Regierung fällt, und die Bewahrung dafür und die Dankbarkeit dieserhalb der Landesvertretung zufällt!!! Die Landesvertretung wird dabei die Nicht-Prästationsfähigkeit einzelner Landesteile vorbringen, und zwar mit Wahrheit; die neuen Landesteile, die hauptsächlich über die Steuererhöhungen klagen, wovon ich mich diesen Sommer genugsam überzeugen mußte, müssen nun noch durch die Steuerzahlung von neuem mißmutig und mißlaunig gemacht werden, was vor allem zu vermeiden ist. Welch einen Eindruck muß es im Ausland machen, wenn die Regierung mit ihrem drückenden Steuerzuschlag von der Landesvertretung abgewiesen würde und durch dieselbe zu dem milderen Mittel des quästionierten Revirements genötigt wird??

Aus allen diesen Gründen muß ich Sie also inständigst auffordern, Ihre Auffassung fallen zu lassen, was gewiß geschehen wäre, wenn Sie die Abwägung des pro et contra Ihrer Kollegen gehört hätten, wie ich dies heute hörte. Aber

Eile ist nötig, da wir nur noch wenige Tage bis zum 4. November haben.
Ich fühle, daß ich nicht das Talent habe, solche hochwichtige Dinge klar darzulegen, indessen da ich wohl nur kurz wiederholte, was andere Ihnen besser und ausführlicher vortrugen, so hoffe ich doch überzeugend geschrieben zu haben.

Ihr treu ergebener Wilhelm.

126. An Bismarck. Berlin, 2. November 1868.

Ihr Brief vom 27. v. Mts. hat sich mit dem meinigen gekreuzt, so daß ich denselben nicht eher beantworten konnte, als bis ich einen zweiten erhalten haben würde. Dieser zweite ist mir denn nun zugegangen. Wenn je meine Achtung und Dankbarkeit gegen Sie sich noch steigern könnte, so war es der Inhalt dieses Ihres Briefes. Nach Ihren vorhergegangenen Äußerungen und Ansichten muß ich den Entschluß, den Sie auf meine Vorhaltungen gefaßt haben, unendlich hoch anschlagen! Wir standen uns mit verschiedenen Auffassungen gegenüber, und natürlich war ich in der schweren Lage, zuletzt meiner Überzeugung folgend den Ausschlag zu geben – als Sie mir so freundschaftlich entgegenkamen und mir einen Dissensus zwischen uns ersparten. Empfangen Sie dafür meinen wahren Freundesdank!
Ich verkenne auch heute nicht die Bedenken, welche Sie in der quästionierten Materie haben, auch fürchte ich mit Ihnen, daß wir nächstes Jahr wiederum vor derselben Frage stehen werden; dann werden Erfahrungen gesammelt sein, welcher Weg dann einzuschlagen ist. Für jetzt ist meinem Königsherzen ein furchtbar schwerer Entschluß erspart, der meinem Volke in diesem Augenblicke neue Lasten auferlegt hätte! Und was für Bedingungen wollte uns die Opposition auferlegen, wenn sie den Steuerzuschlag bewilligen wollte? Das alles ist hoffentlich für jetzt beseitigt! Dennoch gehen

wir mit übermorgen einer ernsten Kampagne entgegen; möge die Vorsehung uns zum Guten leiten. –
Die Personal-Veränderungsvorschläge, welche Sie mir machen, haben mich noch zu keinem Entschluß gebracht . . .
. . . Nun Gott befohlen! Ihr treuer Freund Wilhelm.

127. An Bismarck. Berlin, 4. November 1868.

Anbei sende ich Ihnen einen Brief Clarendons an die Königin, über seine Unterredung mit Napoleon. Er hat meine Ansichten sehr richtig ihm mitgeteilt und dagegen die Mainlinie eingetauscht, als den unabweislichen Friedensbruch!! Die Hintertür ist also ausgesprochen. Daß der Clarendonsche Brief nur für Sie ist, geht aus seinem Schlußsatz hervor. Die Kongreßidee Napoleons ist als fixe Idee zu betrachten, wenn die Kongresse große Kommotionen schließen sollen, so würde jetzt einer sie schaffen.
Bitte um baldige Rückgabe der Einlage. Ihr W[ilhelm].

128. An Bismarck. Berlin, 22. Februar 1869.

Überbringer dieser Zeilen hat mir Mitteilung von dem Auftrage gemacht, den Sie ihm für sich gegeben haben!
Wie können Sie nur daran denken, daß ich auf Ihren Gedanken eingehen könnte! Mein größtes Glück ist es ja, mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein! Wie können Sie sich Hypochondrien darüber machen, daß eine einzige Differenz Sie bis zum extremsten Schritt verleitet! Noch aus Varzin schrieben Sie mir in der Differenz wegen der Deckung des Defizits, daß Sie zwar anderer Meinung wie ich seien, daß Sie aber bei Übernahme Ihrer Stellung es sich zur Pflicht gemacht hätten, [daß,] wenn Sie pflichtmäßig Ihre Ansichten geäußert, Sie sich meinen Beschlüssen immer fügen würden. Was hat denn diesmal Ihre so edel ausgesprochenen Ansichten von vor drei Monaten so

gänzlich verändert? Es gibt nur eine einzige Differenz, ich wiederhole es, die in F[rankfurt] a. M. Die Usedomiana habe ich gestern noch ganz eingehend nach Ihrem Wunsch besprochen, schriftlich; die Hausangelegenheit wird sich schlichten; in der Stellenbesetzung waren wir einig, aber die Individuen wollen nicht! Wo ist da also Grund zum Extreme? Ihr Name steht in Preußens Geschichte höher als der irgendeines preuß[ischen] Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals. Ruhe und Gebet wird alles ausgleichen.

Ihr treuester Freund Wilhelm.

129. An einen Unbekannten. B[erlin,] 25. Februar 1869.

Setzen Sie sich auf einen Stuhl und nehmen Sie Eau de Cologne zur Hand, um einer Ohnmacht bei Lesung dieser Zeilen zu entgehen. Der Friede mit Frankfurt a. M. ist nur durch die Bewilligung von drei Millionen Gulden zu erlangen. Das Ministerium . . . steigerte sich als Ultimatum auf zwei Millionen. Da habe ich mich entschlossen, die eine Million auf mein Privatvermögen zu übernehmen, und es ist (o, das geizige Ministerium!) angenommen! . . .

130. An Bismarck. Berlin, 26. Februar 1869.

Als ich Ihnen am 22. in meiner Bestürzung über Wehrmanns Mitteilung ein sehr flüchtiges aber desto eindringlicheres Billett schrieb, um Sie von Ihrem verderbendrohenden Vorhaben abzuhalten, konnte ich annehmen, daß Ihre Antwort in ihrem Endresultat meinen Vorstellungen Gehör geben würde – und ich habe mich nicht geirrt. Dank, herzlichsten Dank, daß Sie meine Erwartung nicht täuschten! Was nun die Hauptgründe betrifft, die Sie momentan an Ihren Rücktritt denken ließen, so erkenne ich die Triftigkeit derselben vollkommen an, und Sie werden sich erinnern, in wie eindringlicher Art ich Sie im Dezember v. Js. bei

Wiederübernahme der Geschäfte aufforderte, sich jede mögliche Erleichterung zu verschaffen, damit Sie nicht von neuem der vorauszusehenden Last und Masse der Arbeit unterlägen. Leider scheint es, daß Sie eine solche Erleichterung (nicht einmal die Abbürdung Lauenburgs) nicht für angänglich gefunden haben, und daß meine desfallsigen Befürchtungen sich in erhöhtem Maße bewahrheitet haben, und zwar in einem Grade, daß Sie zu unheilvollen Gedanken und Beschlüssen gelangen sollten. Wenn Ihrer Schilderung nach nun noch Erschwernisse in Bewältigung einzelner Geschäftsmomente eingetreten sind, so bedauert das niemand mehr wie ich. Eine derselben ist die Stellung Sulzers. Schon vor längerer Zeit habe ich die Hand zu dessen anderweitiger Plazierung geboten, so daß es meine Schuld nicht ist, wenn dieselbe nicht erfolgt ist, nachdem Eulenburg sich selbst auch von derselben nunmehr überzeugt hat. Wenn eine ähnliche Geschäftsvermehrung Ihnen die Usedomsche Angelegenheit verursachte, so kann dies auch mir nicht zur Last gelegt werden, da dessen Verteidigungsschrift, die ich doch nicht veranlassen konnte, eine Beleuchtung Ihrerseits verlangte. Wenn ich nicht sofort auf die Erledigung des von Ihnen beantragten Gegenstandes einging, so mußten Sie wohl aus der Überraschung, welche ich Ihrer Mitteilung entgegenbrachte, als Sie mir Ihren bereits getanen Schritt gegen Usedom anzeigten, darauf vorbereitet sein. Es waren Mitte Januar, als Sie mir diese Anzeige machten, kaum drei Monate verflossen, seitdem die La Marmorasche Episode sich anfing zu beruhigen, so daß meine Ihnen im Sommer geschriebene Ansicht über Usedoms Verbleiben in Turin noch dieselbe war. Die mir unter dem 13. Februar gemachten Mitteilungen über Usedoms Geschäftsbetrieb, der seine Enthebung vom Amte nunmehr erfordere, wenn nicht eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn verhängt werden

solle, ließ ich einige Tage ruhen, da mir inzwischen die Mitteilung geworden war, daß Keudell mit Ihrem Vorwissen Usedom aufgefordert, einen Schritt entgegen zu tun. Und dennoch, ehe noch eine Antwort aus Turin anlangte, befragte ich Sie schon am 21. Februar, wie Sie sich die Wiederbesetzung dieses Gesandtschaftspostens dächten, womit ich also aussprach, daß ich auf die Vakantwerdung desselben einginge. Und dennoch taten Sie schon am 22. d. Mts. den entscheidenden Schritt gegen Wehrmann, zu welchem die Usedomiade mit Veranlassung sein sollte. Eine andere Veranlassung wollen Sie in dem Umstande finden, daß ich nach Empfang des Staats-Ministerialberichts in der Angelegenheit F[rankfurt] a. M., vor Feststellung meiner Ansicht, nicht noch einmal Ihren Vortrag verlangt hätte. Da aber Ihre und der Staatsminister Gründe so entscheidend durch Vorlage des Gesetzentwurfs und den Begleitungsbericht dargelegt waren, ja, meine Unterschrift in derselben Stunde verlangt wurde, als mir diese Vorlage gemacht ward, um sie sofort in die Kammer zu bringen, so schien ein nochmaliger Vortrag nicht angezeigt, um meine Ansicht und Absicht festzustellen. Wäre mir, bevor im Staatsministerium dieser in der F[rankfurt] a. M.-Frage einzuschlagende Weg, der ganz von meiner früheren Kundgebung abwich, festgestellt wurde, Vortrag gehalten worden, so würde durch den Ideenaustausch ein Ausweg aus den verschiedenen Auffassungen erzielt worden sein, und die Divergenz und der Mangel des Zusammenwirkens, das Umarbeiten usw., was Sie mit Recht so sehr bedauern, zu vermeiden gewesen. Alles was Sie bei dieser Gelegenheit über die Schwierigkeit des Imgangehaltens der konstitutionellen Staatsmaschine sagen usw., unterschreibe ich durchaus, nur kann ich die Ansicht nicht gelten lassen, daß mein so nötiges Vertrauen zu Ihnen und den anderen Räten der Krone mangele. Sie selbst

sagen, daß es zum ersten Male vorkomme seit 1862, daß eine Differenz eingetreten sei zwischen uns, und das sollte genügen als Beweis, daß ich kein Vertrauen zu meinen Regierungsorganen mehr hätte? Niemand schlägt das Glück höher an als ich, daß in einer sechsjährigen so bewegten Zeit dergleichen Differenzen nicht eingetreten sind; aber wir sind dadurch verwöhnt worden, glücklich verwöhnt worden, so daß der jetzige Moment, mehr als gerechtfertigt ist, ein Ebranlement erzeugt! Ja, kann ein Monarch seinem Premier ein größeres Vertrauen beweisen als ich, der Ihnen zu so verschiedenen Malen und nun auch jetzt zuletzt noch Privatbriefe zusendet, die über momentan schwebende Fragen sprechen, damit Sie sich überzeugen, daß ich nichts der Art hinter Ihrem Rücken betreibe? Wenn ich Ihnen den Brief des Generals v. Manteuffel in der Memeler Angelegenheit sendete, weil er mir ein Novum (Tottleben) zu enthalten schien und ich deshalb Ihre Ansicht hören wollte, wenn ich Ihnen General v. Boyens Brief mitteilte, ebenso einige Zeitungsausschnitte, bemerkend, daß diese Piecen genau das wiedergäben, was ich unverändert seit Jahr und Tag überall und offiziell ausgesprochen hätte – so sollte ich glauben, daß ich mein Vertrauen kaum steigern könnte. Daß ich aber überhaupt mein Ohr den Stimmen verschließen sollte, die in gewissen gewichtigen Augenblicken sich vertrauensvoll an mich wenden, – das werden Sie selbst nicht verlangen.

Wenn ich hier einige der Punkte heraushebe, die Ihr Schreiben als Gründe anführt, die Ihre jetzige Gemütsstimmung herbeiführten, während ich andere unerörtert ließ, so komme ich noch auf Ihre eigene Äußerung zurück, daß Sie Ihre Stimmung eine krankhafte nennen; Sie fühlen sich müde, erschöpft, Sehnsucht nach Ruhe beschleicht Sie. Das alles verstehe ich vollkommen, denn ich fühle es Ihnen

nach; – kann und darf ich deshalb daran denken, mein Amt niederzulegen? Ebensowenig wie ich dies darf, ebensowenig dürfen Sie es! Sie gehören sich nicht allein, sich selbst an; Ihre Existenz ist mit der Geschichte Preußens, Deutschlands, Europas zu eng verbunden, als daß Sie sich von einem Schauplatz zurückziehen dürfen, den Sie mit schaffen halfen. Aber damit Sie sich dieser Schöpfung auch ganz widmen können, müssen Sie sich Erleichterung der Arbeit verschaffen, und bitte ich Sie inständigst, mir dieserhalb Vorschläge zu machen. So sollten Sie sich von den Staatsministerialsitzungen losmachen, wenn gewöhnliche Dinge verhandelt werden. Delbrück steht Ihnen so getreu zur Seite, daß er Ihnen manches abnehmen könnte. Reduzieren Sie Ihre Vorträge bei mir auf das Wichtigste usw. Vor allem aber zweifeln Sie nie an meinem unveränderten Vertrauen und an meiner unauslöschlichen Dankbarkeit!! Ihr Wilhelm.

131. An Bismarck. Berlin, 27. Oktober 1869.

Sie wissen bereits, daß die Finanzministerkrisis erledigt ist, und zwar in Ihrem Sinne. Die Argumente, welche Sie in diesem Moment für die Wahl Camphausens anführten, sind ganz dieselben, welche ich bei seiner Wahl im Auge hatte – wir mußten in einem so kritischen Moment eine finanzielle Kapazität berufen, die zugleich Vertrauen erweckt. Nachdem Graf Eulenburg und ich selbst alles vergeblich angewendet hatte, um v. der Heydt von seiner Fahnenflüchtigkeit vor der Aktion zurückzuhalten, habe ich mich rasch für Camphausen entschieden und v. der Heydt die auch von Ihnen gewünschte Anschwärzung verliehen und ihm noch eigenhändig geschrieben, um ihm nochmals meinen Dank und meine Anerkennung für seinen Mut und für seine erfolgreichen Leistungen, namentlich im Jahre 1866, auszusprechen. – Er glaubt noch immer, daß nur seine Person

der Hemmschuh sei, der jeden Steuerzuschlag seitens der Kammer zurückhält, und glaubt, daß mit seinem Zurücktritt die Kammer trätabel sein wird, und das kann man nur achten. Dagegen glaubt das Ministerium, Forckenbeck und die öffentliche Meinung, daß die Kammer keinem Minister einen Steuerzuschlag bewilligen wird, weil das soviel hieße, als die Wiederwahl der dafür Votierenden unmöglich zu machen. Auch Camphausen teilt diese letztere Ansicht und daher sinnt er auf andere Mittel, das Defizit zu decken, namentlich eine zeitweise Verminderung der Schuldentilgungssumme, da er mit Bestimmtheit annimmt, daß dies dem Staatskredit nicht nachteilig sein wird. Er hat diesen Vorschlag im Sommer an v. der Heydt gemacht, keine Antwort erhalten, und v. der Heydt hat mir diesen Ausweg nicht genannt, als ich ihn beschwor, andere Mittel zu ersinnen als den Steuerzuschlag.

Die politischen Antezedenzien Camphausens schlagen Sie nicht so hoch an, wie ich und seine nunmehrigen Kollegen. Ich ließ ihm daher sagen, daß sein Eintritt unmöglich sei, wenn er politische Bedingungen an die Richtung des Gouvernements stelle; namentlich könne, um Geldbewilligungen zu erlangen, von keinen Konzessionen an die liberale Partei die Rede sein. Er hat beides versprochen, wenngleich er gesagt hat, daß er, wenn der Moment nicht so kritisch sei, wo Patriotismus den Ausschlag gebe, wohl nicht leicht in dies Ministerium eingetreten wäre. Dies ist bezeichnend genug, um Vorsicht vorwalten zu lassen.

Ihren Vorschlag, herzukommen, habe ich Ihnen durch Eulenburg entschieden abraten müssen, denn die Unterbrechung einer Karlsbader Kur ist das Schlimmste, was man tun kann! Außerdem ist alles glatt nach den von Ihnen selbst aufgestellten Gesichtspunkten abgelaufen.

Was dagegen Ihren Vorschlag betrifft, sich durch eine er-

weiterte Stellung Delbrücks Erleichterungen in Ihrer Stelle zu verschaffen, so nehme ich denselben sehr gern auf und werde Ihre Vorschläge erwarten, wie Sie dieselben dem Ministerium und auch wohl dem Bundesrate machen wollen. Denn daß Sie einer solchen Erleichterung schlechterdings bedürfen, begreift jedermann und machte ich Ihnen schon dieserhalb selbst Vorschläge. Also jetzt ruhig Karlsbad, dann noch Ruhe und dann Rückkehr! Gott mit Ihnen.

Ihr Wilhelm.

132. An den Prinzen Albrecht (Vater) von Preußen. 14. Dezember 1869.

Dein eben erhaltener Brief vom 12./30. mahnt mich, daß ich Dir noch gar nicht, trotz der vielen Telegramme, geschrieben habe, und doch drängte es mich nach allem Schönen, Großen und Unerwarteten so sehr, mich gegen Dich auszusprechen und Dir den Moment zu schildern, als ich das Telegramm des Kaisers las und zu den Worten der Verleihung des großen Georgenordens kam. Ich ließ vor Überraschung das Blatt geradezu fallen, und Tränen der Erinnerung vergangener, schöner Tage und des Dankes für diese gegenwärtige enorm ehrenvolle Auszeichnung erfüllten meine Augen, je mehr ich die schönen Worte und Gefühle des Kaisers weiterlesen konnte. Dies war der völlige Anklang der Traditionen seines teuren Vaters, auf diesen von Kaiser Alexander I. vererbt. Erst nachdem ich mehrere Male dieses schöne Telegramm durchgelesen, um mich immer mehr von der Wahrheit der mir widerfahrenen Auszeichnung zu überzeugen, konnte ich zum Antwortstelegramm an den teuren Kaiser schreiten und ihm sofort den Orden pour le mérite anbieten. Wie ich von neuem aus Deinem eben erhaltenen Briefe ersehe, ist wirklich die Freude und Genugtuung auf beiden Seiten eine so große, daß es schwer zu unterscheiden ist, wer voraussteht. Indessen scheint mir

denn doch meine Empfindung einer solchen Auszeichnung, die in diesem Momente einzig ist, am gerechtfertigtsten und höchsten zu stehen. Und hierzu tritt das Gefühl der Auszeichnung, die meiner herrlichen Armee dadurch zuteil geworden ist, denn die Worte des Kaisers: «Cet ordre, qui Vous revient de droit» zeigen auf den großen Sieg und die siegreiche Kampagne hin, die meine Armee mir erfochten mit ihrem Leben und Blut! Das alles stand in jenem Momente vor meinen Augen, als ich die Worte des Kaisers las: «Permettez de Vous offrir, au nom de tous les chevaliers de St. George, le grand Cordon de cet ordre» und daher meine nicht zu schildernde Emotion. Die Teilnahme hier für mich ist sehr allgemein, und ich freue mich, ein gleiches durch Dich von dort zu hören, was eigentlich noch mehr sagen will, da diese einzige Auszeichnung einen Fremden traf, und 1866 unsere Siege dort nicht allgemein gern gesehen wurden, mit Ausnahme in der Armee. Ich bin fast neidisch, daß Du die magnifike Parade sehen konntest. Sehr gern würde ich noch einmal in guter Jahreszeit diese Reise unternehmen, namentlich nach diesem Kaiserlichen Gnadenakte, um an dem Grabe Charlottens zu beten und alle teuren Orte wiederzusehen und die Armee! – Nachdem wir wochenlang glaubten, die Sonne sei abgeschafft, haben wir einen herrlichen Sonnentag mit ein Grad Frost, so daß der Tiergarten enorm peupliert ist. Nun lebe wohl! Tausend Liebes dem Kaiser und der ganzen Familie, surtout Großfürstin Helene. Dein treuer Bruder Wilhelm.

133. An Bismarck. Berlin, 26. Februar 1870.

Die Einlage fällt mir wie ein Blitz aus heiterer Luft auf den Leib! Wieder ein Hohenzollernscher Kronkandidat, und zwar für Spanien. Ich ahnete kein Wort und spaßte neulich mit dem Erbprinzen über die frühere Nennung seines

Namens und beide verwarfen die Idee unter gleichem Spaß! Da Sie vom Fürsten Details erhalten haben, so müssen wir konferieren, obgleich ich von Haus gegen die Sache bin.

Ihr W[ilhelm].

Ihre Rede und Repliken habe ich sehr aufmerksam gelesen und billige sie durchaus. Aber man muß sie ganz lesen, da einzelne Sätze à la Miquel herausgerissen, ganz falsch interpretiert werden können!

134. An Königin Augusta. Ems, 7. Juli 1870.

Werther wird Dir wohl ausführlich über die Krise gesprochen haben. Die Minister in Paris haben sehr vernünftig gesprochen und das Ajournement erreicht. Wenn sie von der Ehre Frankreichs sprechen, die sie mit Entschiedenheit und Kraft verteidigen würden, so wird dagegen niemand etwas einwenden. Aber es fragt sich nur, worin die Ehre Frankreichs gekränkt wird, um einen Krieg führen zu müssen, wenn Spanien sich einen andern König wählt, als Frankreich wollte? An Preußen kann es doch keinen Krieg machen mit Recht, weil aus einer fürstlichen Nebenlinie des preußischen Königshauses Spanien sich einen König aussucht – es könnte also doch nur den bekriegen, der gegen Frankreichs Wunsch diese Auswahl traf, also gegen Spanien. Hätte eine Stimme im Korps legislativ die Frage aufgeworfen, gegen wen die Ehre Frankreichs zu wahren sei, so würden die Minister in große Verlegenheit geraten sein! Es ist also nur von gekränkter Eitelkeit die Rede, gerade wie nach den Siegen von 1866, und darum machte Napoleon doch keinen Krieg damals.

Werther wird Dir gesagt haben, daß der Prinz von Asturien seit der Abdankung der Königin Frankreichs Kronkandidat ist und diese Abdankung wohl der erste Schritt dahin gewesen ist. Wie Napoleon glauben kann, so leicht den Plan

auszuführen, nachdem der Ausschluß der Bourbons offiziell und förmlich ausgesprochen wurde in Madrid, ist schwer zu begreifen; aber daß er durch die Hohenzollernwahl seine Pläne durchkreuzt sieht, ist begreiflich ihm persönlich sehr unangenehm. Daß er und sein Gouvernement sous main das Votum der Cortes gegen Hohenzollern zu gewinnen suchen wird, und wenn es ihm Millionen kostet, ist mit aller Bestimmtheit vorherzusehen; ja es wird nicht übermäßig schwer sein zu reüssieren, da das Gesetz zur Königswahl sehr schwer auszuführen ist. Denn es soll eine Stimme mehr als die Hälfte, die Majorität von der gesetzmäßigen Zahl aller Mitglieder, zur Gültigkeit der Wahl erforderlich sein. Mettons: daß 400 Mitglieder gesetzmäßig sind, aber nur 300 anwesend sind, so müssen doch 201 Stimmen abgegeben werden und nicht etwa die Hälfte plus 1 von 300, also 151. Dies Erschwernis ist erfunden worden vor wenig Wochen, um Montpensier unmöglich zu machen. Daß wir und ebenso-wenig die Hohenzollern einen Taler geben werden, um Stimmen zu erkaufen, ist gewiß sicher, und daher hat Frankreich freies Spiel und – entre nous sois dit möchte ich vollkommen, wenn Leopold nicht gewählt würde! – In diesem Moment telegraphiert Thile, daß Rascon mit der Zurückhaltung des preußischen Gouvernements völlig einverstanden ist; die heftigen französischen Artikel hätten eine Baisse erzeugt, die öffentliche Meinung wäre eben sehr gereizt gegen Frankreich, was um so mehr ein ihnen günstiges Votum voraussehen ließe! Qui vivra verra! Ich schließe, da die Militärmusik aus Koblenz anfängt zu musizieren.

Dein treuester Freund W[ilhelm].

135. An Königin Augusta. Ems, 10. Juli 1870.

Gestern nach Deiner Abreise war dann Benedetti bei mir; er war sehr ruhig und gelassen, außer wenn er von den

Zeitungen sprach: qui demandent ma tête et un tribunal pour me juger. Sein Wunsch, den er auszusprechen hatte, war, daß die Kandidatur rückgängig gemacht werde. Ich erwiderte, das stände nicht bei mir, sondern bei dem Kandidaten, und von dem wüßte ich kein Wort, da ich noch keine Antwort auf meine Mitteilungen hätte. Natürlich sagte ich ihm mehrere Male, daß sein Gouvernement sich nur an Spanien zu halten habe, das die Wahl getroffen hätte, eine große selbständige Macht sei, die allein über ihr Schicksal zu entscheiden habe und sich gewiß nicht bevormunden lassen werde. Er entgegnete, daß die Hohenzollernwahl sehr unpopulär in Spanien sei, alle Parteien würden sich gegen dieselbe erklären, und der Bürgerkrieg sei unausbleiblich, worauf ich ihm sagte, ob er einen Kandidaten kenne, bei dem nicht ganz dieselbe Chance eintreten müßte? Ob er etwa glaube, daß der Prinz von Asturien Chancen habe, nachdem die Bourbonen durch Cortesbeschluß von der Sukzession für immer ausgeschlossen seien, oder ein Erzherzog usw. Er mußte zugeben, daß das Gegenteil nicht apodiktisch zu behaupten sei. B[enedetti] meinte, ein Wort von mir, die Zurücknahme, würde alles beseitigen, worauf ich ihm sagte, daß nicht ich, sondern sein Gouvernement von der Tribüne den Fehler gutzumachen habe, den es begangen, indem es Preußen beschuldigte, Spanien einen König zu oktroyieren, während Preußen mit der Sache gar nichts zu tun habe, und ich persönlich nur als Chef der Familie von der Sache wisse. Er entgegnete, das verstehe man in Frankreich nicht, worauf ich replizierte, wenn seine Minister Frieden wollten, so würden sie (nachdem sie nun überhaupt erst aufgeklärt sein würden über die ganze Sachlage), wenn sie den richtigen Standpunkt fest und bestimmt wiederholt von der Tribüne darlegten, auch die heraufbeschworene Agitation kalmieren.

Heute haben wir eine sehr alarmierende Nachricht von Solms bekommen: 1. daß Napoleon an Olozaga gesagt hat, der Prinz von Asturien habe mehr Chancen als ein Hohenzoller, und da er ihm antwortete «Jamais un Bourbon ne montera sur le trône de l'Espagne» hat Napoleon heftig geantwortet, 2/3 aller Spanier sind für ihn. 2. hat Gramont zu Olozaga gesagt, als dieser ihm vorhielt, warum er immer von Preußen spräche, da es sich ja um eine spanische, nicht um eine preußische Angelegenheit handle, Spanien bleibt für Frankreich ganz aus dem Spiel, wir wollen aber den Krieg mit Preußen. Somit hat G[ramont] also seine österr[eichische] Morgue gegen uns völlig dekouvriert!
Heute erhielt ich Antwort vom Vetter aus Sigm[aringen], der freilich sehr agitiert ist, aber erklärt, sie könnten nicht zurücktreten; doch ist sein Sohn auf einer Alpenreise abwesend, so daß dieser seine Ansicht noch nicht aussprechen konnte, was abzuwarten ist. – In aller Eile adieu.

W[ilhelm].

136. An Königin Augusta. Ems, 11. Juli 1870.

– – Gestern erhielt ich einen Brief vom Vetter Hohenzollern. Er ist natürlich sehr impressioniert von der Tournüre, die die Dinge in Paris nehmen, glaubt aber, daß er in seiner Sache nicht zurück könne, sondern ich müsse rompieren. Ich habe erwidert, daß ich nichts darin tun könne, aber einer rupture ihrerseits beitreten würde (mit Freuden), da ich gerade so verfahren müsse wie bei der Annahme. Leopold reist in den Tiroler Alpen und wurde in Sigmaringen in einigen Tagen erst erwartet, so daß seine eigene Auffassung mir noch ganz unbekannt ist. Benedetti hatte eine zweite Audienz, in welcher [er] verlangte telegraphieren zu können, daß ich den Kandidaten zum Zurücktritt bewegen würde; ich gab ihm vorstehende Antwort. Auf seine Bemerkung,

daß man die Abwesenheit des Erbprinzen in Paris nicht glauben würde, entgegnete ich, wenn er die volle Wahrheit wiedergäbe, wie ich sie ihm gäbe, so müsse man daran glauben, und täte man es dennoch nicht, so müsse allerdings ein Grund dazu vorliegen, und den glaubte ich wohl zu kennen, da mir Gramonts Äußerungen und die Rüstungen in Frankreich bekannt seinen. Ich hoffte, in 24 Stunden vielleicht Nachrichten vom Kandidaten zu erhalten. Ich habe den hier anwesenden Oberst v. Strantz nach Sigmaringen mit Brief und allen alarmierenden Meldungen gesendet; er war selbst mit Putbus vor 1½ Jahren in Spanien. Waldersee meldet, daß die Rüstungen beginnen und die Eisenbahnen mit Direktionsoffizieren besetzt sind, doch seien Reserven und Pferde noch nicht einberufen.

Gramont hat an Nigra gesagt: Mit Spanien bleiben wir auf ganz freundschaftlichem Fuße, aber wenn Preußen nicht die Kandidatur Hohenzollern zurücknimmt, die Mainlinie nie zu überschreiten verspricht, Süddeutschland ganz frei läßt, die Grenzen der Herzogtümer reguliert und – – Mainz zediert, so werde der Krieg unvermeidlich! – Also die größte Festung Deutschlands mit[ten] in Deutschland in französischen Händen – das grenzt doch an Wahnsinn. Holstein ist heute hier, um wegen Mainz zu konferieren. Wir tun nichts Bemerkbares, aber bereiten uns still vor. Gott gebe, daß die Hohenzollern Einsehen haben!! Dein W[ilhelm].

137. An Königin Augusta. Ems, 12. Juli 1870.

Vielen Dank für Deine heutigen Zeilen. Werther ist vorgestern abend 7 Uhr nach Paris zurückgekehrt und bittet um Entschuldigung, daß er Deinem Wunsch, Dich noch vorher zu sprechen, nicht nachkommen konnte, weil ich ihm die größte Eile anbefahl, um zu versuchen, auch durch eine Begegnung mit dem Kaiser selbst ihm die Situation Preußens

auseinanderzusetzen. Die ruhige Rede Gramonts gestern ist wahrscheinlich Folge des Benedettischen Telegramms nach unserer Unterredung um 10 Uhr früh, die ich Dir schrieb. Dein heutiges Diner und Apresdiner hätte mir fast Lust gegeben, selbst zu kommen, aber die stündlichen Telegramme, oft 3 bis 4 auf einmal, lassen mich nicht fort von hier, und der Durchmarsch der Truppen heute bei d i e Hitze und Koblenzer Fahrt, Diner usw. wäre für die Kur doch zu viel. Ich habe Benedetti heute zu Tisch hierher geladen, mit Aristarchi-Bey, General Timaschew, Minister des Innern, ein alter Bekannter von Rittmeister-Zeiten her! –
Bismarck wird morgen hier sein. Er ist innerlich gewiß noch für den Kandidaten, aber er sagt doch, daß die Frage so ernst geworden sei, daß man die Hohenzollern ganz beiseite setzen müsse, aber ihnen überlassen müsse, einen Entschluß zu fassen, und nicht wir, also genau was ich dem Vetter schrieb, wie ich es Dir mitteilte. Oberst Strantz' Zug hat den Anschluß mit Bruchsal verfehlt, so daß er erst gestern abend nach Sigmaringen kommen konnte. Ein neuer Aufschub. – Soeben kommt ein Telegramm von Oberst Strantz, der in versteckten Worten mitteilt, daß der Leopold – zurücktritt! Mir ist ein Stein vom Herzen! Aber, schweige gegen jedermann, damit die Nachricht nicht zuerst von uns kommt, und ich sage daher auch nichts an Benedetti, bis wir morgen den Brief durch Strantz in Händen haben werden. Jetzt ist es also um so wichtiger, daß auch Du heute noch absichtlich betonen mußt, daß ich alles den Hohenzollern überließe, wie bei der Annahme, so jetzt bei einem zu fassenden Entschluß. –

Dein W[ilhelm].

Nicht Gramont hat die gestern mitgeteilte Ansicht an Nigra ausgesprochen, sondern ein in der ? Zeitung gebrachter Artikel, der aber im Konseil beraten sein soll, sprach sie aus.

Herzlichen Dank, daß Du des heutigen, sonst so lieben Jahrestages so freundlich gedenkst! – Die Emser Damen sind enchantiert von ihrer Aufnahme und ihrem Aufenthalt bei Dir zurückgekehrt und imponiert vom Schloß. Ich sprach sie nur kurz auf der Abendpromenade, da ein heftiger Regen uns auseinanderjagte.
Das große Ereignis der Tagesfrage ist das alleinige Gespräch, seitdem an diesem Morgen das Kölner Extrablatt die erste Kunde des Zurücktritts des Thronkandidaten brachte; ich sendete dasselbe sofort auch Benedetti, der mir sagen ließ, daß er die Nachricht bereits gestern abend aus Paris erhalten hätte, woraus folgt, daß man es [in] Paris früher wußte als ich. Er kam auf die Promenade, und statt ihn satisfait zu finden, verlangte er von mir, daß ich à tout jamais erklären sollte, daß ich nie wieder meine Zustimmung geben würde, wenn etwa diese Kandidatur wieder auflebte, was ich natürlich sehr entschieden zurückwies, um so mehr, da ich noch gar keine Details direkt erhalten hätte, und als er immer dringender und fast impertinent wurde, sagte ich zuletzt, Mettons que Votre Empereur lui-même diese Kandidatur aufnähme, so würde ich ja mit meinem geforderten Versprechen ihm entgegentreten müssen!
Kurzum, er schien instruiert zu sein, diese Forderung mir abzupressen, die er sogleich nach Paris melden wollte, um mich zu irgendeiner offiziellen Kundgebung zu veranlassen, die ich bei der ganzen Sache bisher zu vermeiden hatte, aus der bekannten Stellung, die [ich] zu derselben seit sechs Monaten einzunehmen verpflichtet bin, d. h. als Gouvernement habe ich nichts mit der Sache zu tun. – Ich lege hier die Briefe bei, die ich soeben erhielt – bitte Dich, sie mir noch heute zurückzusenden, da sie immer nötig sind zur Hand zu haben; auch mein Brief an Leopold vom 21. Juni liegt

in Kopie bei. Des Fürsten Räsonnement über künftige Kriegsfragen ist sehr richtig.
Die Post wartet. 3/4 3 Uhr. Dein W[ilhelm].

139. An den Geheimen Legationsrat Abeken. [Ems, 13. Juli 1870.]

Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr dringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.

140. An Königin Augusta. Ems, 13. Juli 1870.

Die Benedettische Prätension von heute früh ist nicht allein geblieben; Werther berichtet über seine erste Unterredung mit Gramont und Ollivier, in der sie ipsissima verba gesagt haben: Die Hohenzollern-Kandidatur-Beilegung sei überhaupt Nebensache, die Verheimlichung der Unterhandlungen sei eine Verletzung des Kaisers und Frankreichs, also die Hauptsache; diese müsse gutgemacht werden, und dies sei durch ein Schreiben meinerseits an den Kaiser N[apoleon] zu erreichen, in welchem ich ausspräche, daß ich nicht die Absicht gehabt, den Kaiser und Frankreich zu beleidigen; dies Schreiben könne publik werden und in der Kammer als Verteidigung Preußens paradieren! –
Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll also als reuiger Sünder vor der Welt auftreten in einer Sache, die

ich gar nicht angeregt, geführt und geleitet habe, sondern Prim, und den läßt man ganz aus dem Spiele! Leider hat Werther nicht sofort nach solcher Zumutung das Zimmer verlassen und seine Interlokuteurs an den Minister Bismarck verwiesen. Ja, sie sind so weit gegangen, zu sagen, sie würden Benedetti mit der Sache beauftragen! Der wollte heute abend abreisen; nachdem ich durch Anton hatte sagen lassen, daß ich ihm eine zweite Unterredung in der bereits heute früh definitiv abgelehnten Sache nicht erteilen könne, zu der er per Telegramm nochmals angewiesen worden war, hat er sich unerwartet rasch gefügt, was berechtigt anzunehmen, daß er die neue Forderung bereits erhalten hat!!
Leider muß aus diesen unbegreiflichen Procédés geschlossen werden, daß sie uns coûte que coûte herausfordern wollen, und daß der Kaiser malgré lui von seinen unerfahrenen Faiseurs überflügelt ist. Somit wird die Lage in wenig Stunden wieder sehr ernst. Eben kommt ein Telegramm von Stuttgart, in welchem Varnbüler sagt, die beleidigenden Zumutungen Frankreichs von heute seien so verletzend für Württemberg, daß er den französischen Gesandten beauftragt habe, sofort nach Paris zu schreiben, daß man sich dergleichen verbitte. Worauf das geht, wissen wir aber hier noch nicht. Übrigens haben Bray und Varnbüler den französischen Gesandten schon in den letzten Tagen gesagt, daß, wenn Preußen angegriffen würde, ganz Deutschland wie ein Mann aufstehen werde. Das ist sehr brav – wenn es geschähe! Morgen komme ich zum Diner.

Dein W[ilhelm].

141. An Königin Augusta. Ems, 14. Juli 1870.

Deinen Brief soeben erhalten. Die Zumutungen Frankreichs haben die Minister den übrigen Gesandten in Paris

bereits mitgeteilt, und ist alles also publik. Dabei erklärt Gramont, er sei noch immer ohne Nachricht der hiesigen Verhandlungen, wo gar keine gepflogen werden, denn die Gespräche mit Benedetti sind doch keine Verhandlungen. Gladstone und sein auswärtiger Kollege haben auf Lyons Anmeldung der französischen Prätensionen gegen mich sehr scharf repliziert und erklärt, Frankreich könne auf England nicht rechnen, wenn es sich nicht mit der Resignation des Hohenzollern zufrieden erkläre.

Die Aufregung hier und in Süddeutschland wächst so, daß wir eine Frage in Paris stellen müssen und die Negoziation in Berlin anweisen und nicht die Promenadeunterhaltungen mit Benedetti fortsetzen können, und werde ich deshalb meine Kur abbrechen und morgen früh nach Berlin abgehen, da meine Anwesenheit im Zentrum durchaus nötig ist. Vielleicht läßt sich noch eine Vermittlung auffinden, aber nur eine, die nicht meine persönliche und die Ehre der Nation tangiert. Es ist genau die Repetition von 1865 bis 1866; avilir et après démolir!

Anders verstehst Du es natürlich auch nicht mit Deinen Wünschen. Dein Exposé ist in vielen Stücken vielleicht richtig; aber es liegt nun schon hinter uns. Denn alles ist vergeblich, wenn die brouilleurs Krieg verlangen. Es ist klar genug!

Auf Wiedersehen, ich komme mit der Fahrt um 3 Uhr und überlasse Dir die Promenadeeinteilung! Dein W[ilhelm].

142. An Königin Augusta. Berlin, 15. Juli 1870.

So sind also die eisernen Würfel gefallen, schneller als man es erwarten konnte! Gottes Wege sind nicht unsere Wege, und vor seinem Angesicht stehe ich mit ruhigem Gewissen, daß ich diese Katastrophe nicht verschulde! Sein Wille wird weiter geschehen und uns lenken! Amen!

Meine Reise also glich in und von Ems bis hier einem

Triumphzuge, ich habe so etwas nicht geahnt, nicht für möglich gehalten. Alle Bahnhöfe überfüllt, auch die, wo nicht gehalten wurde; in Kassel eine Adresse des Magistrats, in Göttingen die ganze Universitätsjugend; von Braunschweig hatte ein Extrazug Hunderte von Menschen nach meiner Station gebracht; in Magdeburg waren alle Wagen und Transportwagen mit Menschen besetzt; in Potsdam der Perron Kopf an Kopf, und nun hier! Eine solche Masse Menschen und Wagen alle aufgefahren nebeneinander vom Bahnhof, Anhaltstraße, Königgrätzerstraße bis zum Brandenburger Tor und unter den Linden auf der anderen Seite, alle Fenster voller Menschen, Illumination und an dem Palais unabsehbar Menschen, denen ich mehrere Male am Fenster und unter der Veranda [mich] zeigen mußte, und noch diesen Moment, ½ 11 Uhr, dauert das Singen und Schreien fort!! Mich erfüllt eine komplette Angst bei diesem Enthusiasmus, denn was für Chancen bietet nicht der Krieg, wo all dieser Jubel oft verstummen könnte und – müßte! – In Brandenburg kam mir Fritz, Bismarck, Roon und Moltke entgegen! Wir besprachen die ganze Lage, und ich setzte für morgen ein Konseil an, nicht ahnend, was mir bei der Ankunft bevorstand! Vom Feldmarschall, Generalen, Magistrat wurde ich empfangen und trat mit ihnen in das Zimmer, diese Personen zu begrüßen, als Bismarck ein Telegramm öffnete – die Kriegserklärung stand im Wolffschen Telegramm, worauf Thile eines vorlas, das die vollständigen Details bereits enthielt!

Denke Dir meinen Eindruck, solche Nachricht beim ersten Schritt in die Residenz! Natürlich war der erste Gedanke, sofort mit der Mobilmachung der ganzen Armee zu antworten, was sofort besprochen und befohlen wurde!! Und jetzt sind die Befehlstelegramme schon nach allen Seiten fort! Und ebenso sind die Süddeutschen aufgefordert, das

gleiche zu tun, von denen heute noch die allerbesten Aussprüche eingingen und auch von einem völligen Enthusiasmus dort berichtet wird! Kurzum, es ist ein Nationalgefühl, wie man es wohl niemals so allgemein und gleich erlebt hat! – Aber welche Erwartungen werden mir aufgebürdet! Wie wird ihnen entsprochen werden können?! Gott mit uns!

Dein treuester, tief ergriffener Freund W[ilhelm].

143. An Königin Augusta. Berlin, 19. Juli 1870.

Dein zweites heutiges Telegramm zeigt mir Deine wahrscheinliche Abreise zu morgen abend an; ich freue mich Deines Entschlusses, da sich jetzt bereits die ganze Familie hier befindet, so daß Dein längeres Ausbleiben jetzt nicht mehr verstanden werden würde. Außerdem ist das Vorrücken des Feindes jede Minute zu erwarten, da heute nach der Eröffnungsfeier Mr. Le Sourd dem Minister Grafen Bismarck die Kriegserklärung übergeben hat! so daß Dein längeres Verweilen nahe der Grenze untunlich würde. Alle politischen Neuigkeiten drehen sich um uns und um die Verstärkung des Feindes an den Grenzen. Der Enthusiasmus hat jetzt auch Süddeutschland ergriffen, aber – er verstärkt und verbessert die Truppen nicht. Fritz hat das Kommando dieser beiden, Bayern und Württemberger, nebst preußischen Korps erhalten, gewiß die beste Wahl, um jene Elemente zu heben und zu elektrisieren, aber es ist eine schwere Aufgabe! Die von uns und Frankreich respektierte Neutralität Belgiens und Hollands inklusive Luxemburgs ist wichtig, aber – werden die Franzosen sie wirklich lange respektieren? [die] Belgien[s] vielleicht wegen England, was sich auch anfängt zu rüsten. Österreich gibt stets unbestimmte Antworten und rüstet. Dänemark gibt gar keine Aussprüche und hat nur gegen Rußland seine Neutralitätsgesinnung erklärt und

rüstet auch. Rußland allein hat nicht nur seine Neutralité bienveillante ausgesprochen, sondern noch mehr durchblicken lassen! – Sonst erhalte ich auch aus hannoverschen Orten Adressen, die überhaupt kein Ende nehmen, sowie auch der Jubel des Publikums hier immer noch fortdauert, namentlich heute beim Fahren zum Dom und zurück ins Schloß. So ist auch nach Verlesung der eingegangenen Kriegserklärung im Reichstag ein solcher Jubel ausgebrochen, daß mehrere Minuten der Ministerpräsident nicht weitersprechen konnte. Wenn es der Jubel allein machte, so wären wir geborgen, aber der allein macht es nicht! Also auf Wiedersehen! Dein treuester Freund W[ilhelm].

144. An Königin Augusta. Mainz, 2. August 1870.

Die schwere Abschiedsstunde liegt nun hinter uns, und wenn sie durch die Jubelfahrt, die ich 36 Stunden lang machte, wie verklungen erscheinen könnte, – so liegt sie doch gleich schwer mir im Herzen, denn die Zukunft ist unsicher, und erst nach schweren Kämpfen wird sich Gottes Wille kund tun. Darum ist jeder Jubelruf mir wie ein Schrei der Mahnung, was alles erwartet wird, so daß mein Inneres diesen Jubel nicht teilt! Und dennoch müssen wir Gott danken, daß die Meinung so ist, wie ich sie in diesen 36 Stunden gewahrte! Ja, es war ein Triumphzug, der in den großen Städten unermeßlich war, namentlich in Köln! Freilich wurde die Reise mit ihrer Langsamkeit dadurch recht fatiguant und aufregend; doch habe ich mich komplett erholt von den letzten Tagen und Stunden in Berlin, da es doch stets längere Intervalle der Reise gab und die Hitze nicht zu groß war. In Coblenz waren trotz der späten Nachtstunde eine Menge der bekannten Damen erschienen, was mich tief gerührt hat, und die Erinnerung der lieben ruhigen Zeit kontrastierend machte. In Düsseldorf war die Fürstin Antoinette auf dem

Perron, und wir nahmen den Tee à 5 (Karl und Fritz Mecklenburg) in einem Kabinett allein ein. Sie waren beide sehr ergriffen beim Wiedersehen und sehr ernst. Wie natürlich! Ich sagte darum auch an Antoinette, sie müßten diese Wendung der Angelegenheit auch als eine von der Vorsehung gewollte Schickung betrachten, wo wir Menschen nur die Werkzeuge sind, die Gott sich zur Erreichung seines Willens aussucht! –
In Köln waren die Damen Oppenheim, Jost, Mevissen, Bräuning anwesend. Um ½ 6 Uhr waren wir hier, von Louis an der Eisenbahn empfangen, die am Garten des Palais, das er mir eingeräumt hat, hielt, also sehr bequem. Im hier bereits gehaltenen Kriegsrat ist konstatiert worden, daß der Feind immer ruhig an der Saar steht und nichts unternimmt, es scheint aber, daß er seit zwei Tagen seine Komplettierungen erhalten hat und sich mehr südlich von Saarbrücken konzentriert. Heute ist die Hitze hier drückend; die Verpflegung wird sehr schwierig, weil jetzt alles aus unserm Osten herbeigeschafft werden muß. Eben kamen zwei Landwehr-Bataillone an, Meschede und Attendorn, die exzellent aussahen. – Holstein ist mit allen Hauptsachen fertig, aber wie auch in Coblenz, sind die Hauptzierden der Promenade noch nicht angegriffen, selbst die Bauten nicht, aber alles ist vorbereitet, in drei Tagen realisiert zu werden. Nun lebe wohl! Möge Deine edle Tätigkeit gute Früchte tragen; überall ist die Wohltätigkeit im besten Gang, Fürst Pleß reist mit uns. Dein treuester Freund W[ilhelm].
[Nachschrift.] Unterwegs bekam ich noch ein Telegramm von Bernstorff, dem die Queen von Vermittlungsvorschlägen sprach, die wir, wenn wir sie formuliert gesehen, vielleicht hätten gewähren können, aber durch die französische Kriegserklärung ist alles mit einem Male überflüssig geworden.
Sollte man es für möglich halten, daß als einer der Gründe

der Kriegserklärung aufgeführt wird, daß ich Benedetti nicht habe empfangen wollen, während ich ihn dreimal empfangen habe und nur das viertemal refüsierte, weil er mir sagen ließ, er müsse mir nochmals den bereits bestimmt abgeschlagenen Antrag wiederholen, und sah ich ihn doch noch zum Abschied, als ich nach Coblenz fuhr! Man muß wahrlich die Kriegslust bis über die Ohren haben, wenn man solche Gründe zu einem Kriege anführen kann!!! So ist also zu dem übrigen auch noch diese persönliche Beleidigung hier hinzugetreten!!

145. An Königin Augusta. Mainz, 4. August 1870.

Deine beiden lieben Briefe vom 1. und 2. habe ich heute erhalten. Ja, wohl kann ich mir denken, wie Deine Rückkehr in unsere lieben Räume gewesen sein muß – nach dem Abschiede! Nun, so Gott will, finden wir uns dereinst in denselben Räumen glücklich wieder zusammen! nach ernsten Erlebnissen! Gewiß hast Du sehr recht, daß, wenn wir glücklich sind, die Enthüllung von Papas Statue den Einzug begrüßen müßte!!! – Doch wer kann daran jetzt schon denken!? –

Das Gefecht bei Saarbrück[en] ist für unsere Waffen sehr brillant gewesen, wenngleich wir die Stadt nachher räumten, aber St. Johann behielten; wir haben 2 Offiziere und 70 Mann Blessierte; die Franzosen haben 32 Leichen beerdigt, nach Aussage der Einwohner, und reden von 600 Verwundeten, jedenfalls übertrieben. Seitdem ist es wieder ruhig; die Franzosen verschanzen sich, als wenn sie die Defensive wählten, was ganz unglaublich wäre, nachdem sie mit solcher Eile die Grenze besetzten. Wir gewinnen jeden Tag an Stärke, und am 6. werden wir mit 9 Korps konzentriert gegen die Saar aufmarschiert stehen, auf 4 Meilen, was Du nicht weiter zu erzählen hast.

Fritz steht konzentriert an der Lauter, einem Fluß, der am linken Ufer in den Rhein fließt, drei Stunden südlich Karlsruhe, – um Mac Mahon die Spitze zu bieten, wenn er sich nicht nach Bitsch heraufgezogen hat, in welchem Falle Fritz ihm folgt und so wieder die rechte Flanke des Feindes bedroht. Enfin ce sont des secrets. Ich werde vermutlich erst den 6. nach Kaiserslautern von hier abgehen, per Dampf, während die Fußmarschierenden heute nachmittag abgehen. – Gestern dinierten wir beim Großherzog, der bei seinem Präsidenten wohnt, da er uns das ganze Palais eingeräumt hat. Es war ein lukullisches Diner, während ich vorgestern ihm ein Felddiner gab. Drei Gerichte, heute aber gebe fünf. – Nun lebe wohl und gedenke mein, da wir immer näher einer Entscheidung rücken!

Dein treuester Freund W[ilhelm].

146. An Königin Augusta. Mainz, 7. August 1870.

Wie sichtlich steht uns Gottes Gnade zur Seite! Welch ein Glück für Fritzens ganze Zukunft, dieser große selbständige Sieg! Ihr habt die Nachricht stundenlang früher gehabt als ich, was noch nicht aufgeklärt ist. Um 1/212 Uhr nachts weckte mich Radziwill mit der Nachricht, daß zwei Depeschen aus München und Karlsruhe einliefen, die von einem Siege sprächen, aber nichts von Fritz direkt. Es waren heiße Glück- und Segenswünsche zum Siege von Luise und König von Bayern. Denke Dir meine Überraschung! Dreiviertel Stunden später kam Anton wieder mit der Meldung von Fritz von 10 Uhr abends! Gegen Morgen erst seine erste Meldung von 4 Uhr nachmittags vom Schlachtfelde!

Und nun verstehe ich erst Deine Depesche von 9 Uhr abends, die ich für eine ungewöhnlich rasche Antwort auf die Saarbrücker Nachricht hielt, und das Wort Sohn für Sache las („Du kannst stolz auf Deinen Sohn sein"). Also es war

schon auf Fritzens Sieg, daß sie sich bezog, von dem ich noch keine Ahnung hatte! Wir waren den ganzen Abend inquiet, keine Nachricht von Fritz zu haben, weil wir wußten, daß er gestern angreifen mußte, und immer keine Nachrichten kamen.

Alle Kämpfe sind sehr blutig und starker Verlust an Offizieren! Noch fehlen aber alle Details und Namen, nur General François ist genannt als gefallen, bei Saarbrück[en], wo der Kampf auch sehr blutig war, aber ebenso glücklich. In größter Eile, da wir gleich abdampfen, vermutlich bis Saarbrücken, mindestens bis Homburg diesseits Saarbrücken. Gott wolle uns nur weiter mit Seinem Segen nahe sein! Dein treuester Freund W[ilhelm].

147. An Königin Augusta.

Homburg, zwischen Kaiserslautern und Saarbrück[en], 8. August 1870, 8 Uhr m[orgens].

...Seit gestern sind wir denn im vollsten Kriegsgetümmel und trafen hier mit dem sächsischen Korps und dem Kronprinzen zusammen, ziemlich ausgehungert, da wir seit der Abfahrt von Mainz um 10 Uhr bis heut abends 9 Uhr nur elend kalt im Regen gefrühstückt hatten. Unter anderen Umständen machte ich diese Fahrt in der schönen Gegend, die ich so oft auf meinen Inspektionsreisen machte! In Worms fanden wir Alice, die ganz zufällig anwesend war, um Krankenpflege zu inspizieren; es war eine große Freude! Leider konnte ich Luise nicht mehr avertieren, vielleicht wäre sie nach Ludwigshafen gekommen! In diesem Ort und in Neustadt fand ich Beamte, die mich noch von 1849 her kannten. — Gestern abend hat unsere Kavallerie Forbach, Saargemünd, Savern, und mit Infanterie Rohrbach erreicht; letzteres soll heute das IV. Korps erreichen (Alvensleben), um Mac Mahons Retraite zu inquietieren, der diese

Straße nach der Schlacht einschlug: Wörth, Bitsch, Rohrbach, wie Fritz glaubt. Das deutsch-französische Elsaß ist also überall bereits betreten. Seit zwei Tagen hat die enorme Hitze nachgelassen, und heute ist es kühl und regnicht. – Die Schwenkung, welche England macht, ist gewiß erwünscht, wird aber nichts effektuieren, da Napoleon ohnehin Belgien respektiert hätte. Uns hat aber dabei Granville als Wunsch ausgesprochen, daß, wenn auch die Franzosen Belgien betreten sollten, wir das nicht tun möchten, bis Englands Kräfte landeten!! Hat man einen Begriff von solcher Idee eines Staatsmannes? da auf diese Art die Franzosen ungehindert in unseren Flanken und Rücken operieren könnten!! Der erneuerte Neutralitätsvertrag für Belgien enthält leider den Paragraphen, daß, wenn die Franzosen von England und Preußen aus Belgien vertrieben wären, ersteres sich zu keinen weiteren Kriegsoperationen anheischig mache!! Ich denke aber, daß sich das von selbst machen wird! – Soeben erhalte ich Deinen Brief vom 5. mit Deinem ersten Freudenausrufe über den Sieg von Wörth! Was Du über Fritz sagst, faßte ich gleich in den Worten zusammen, von welcher Wichtigkeit für seine ganze Zukunft dieser selbständige Sieg sei. Auch interessierte mich ungemein die Schilderung der ersten Kunde, wie sie Dir bei Rückkehr [von] der Promenade unter den Linden wurde. Also drei Stunden früher wußte man es in Berlin als ich in Mainz!

148. An Königin Augusta. Saarbrück[en], 10. August 1870.

Deinen Brief vom 6. erhielt ich gestern hier und freue ich mich, Deine Tageseinteilung durch denselben kennen zu lernen. Die Nachrichten über die Radziwills interessieren mich natürlich ungemein. Ferdinand habe ich zur Stabswache im Hauptquartier bei mir kommandiert. Deinen Brief an Anton habe ich gleich abgegeben. Heute erhielt ich

Deine Zeilen mit der Gabe der Kaufmannschaft und autorisiere ich Dich, derselben meinen aufrichtigen Dank für die große Geldgabe auszusprechen. – Den Berlinern gänzlich den Anblick der Gefangenen zu entziehen, halte ich nicht für politisch richtig; man müßte es mit einem Transport versuchen, und wenn dann, trotz zu verstärkender Polizeiaufsicht etwas Unpassendes vorfällt, so würden von dann ab nur nachts Transporte durch Berlin anzuordnen sein. Eines besonderen Befehls zu schonender Behandlung bedarf es wohl nicht, und was vom Publikum geschieht, ist durch Befehl nicht zu hindern, wenn es nicht die Gesittung von selbst diktiert. Bisher ist hier nichts derart gemeldet worden. – Ich habe soeben das hiesige Schlachtfeld beritten, wo es furchtbar noch aussieht durch zertrümmerte Waffen, Kleidungsstücke aller Art! Tote und Blessierte sind schon alle beseitigt; hier sollen 1700 Blessierte liegen, die ich nach Tisch besuchen will. Die Position, die wir stürmten, dann momentan verließen, bis die Verstärkungen die Flankenbewegung ausführten und so der Sieg entschieden wurde, – ist auf dem steilen Abhang, auf dem sie liegt, ungemein stark, so daß die gefangenen Offiziere sagen, sie hätten die Wegnahme derselben für unmöglich gehalten, aber sie hätten mit solchem Feinde auch noch nicht gekämpft weder in Italien, noch in der Krim, noch in Algier, da unsere Soldaten gerade so vorgingen, als würde ohne Kugeln auf sie geschossen. Ein größeres Lob ist wohl nicht zu erteilen! Überall haben unsere Soldaten auf den Massengräbern Kreuze von Ästen angebracht, und die Offiziersnamen angeschrieben; an einem Grabe stand angeschrieben: 30 Preußen, 75 Franzosen! – Eben erfahren wir den Wechsel des französischen Ministeriums; es schmeckt nach commencement de la fin; auch soll Eugenie bereits gepackt haben. Nichts Neues bei den Vorposten und von Fritz; morgen Ruhetag. Dein treuester Freund Wilhelm.

Das war ein neuer Siegestag gestern, dessen Folgen noch nicht zu ermessen sind.
Gestern früh gingen das XII., Garde- und IX. Korps gegen die nördliche Straße Metz–Verdun bis St. Marcel und Doncourt vor, gefolgt vom III. und X. Korps, während das VII. und VIII., sodann auch das II. bei Rezonville gegen Metz stehen blieben.
Als jene Korps rechts schwenkten, in sehr waldigem Terrain gegen Verneville und St. Privat, begannen diese Korps den Angriff gegen Gravelotte, nicht heftig, um die große Umgehung gegen die starke Position Amanvillers-Chatel bis zur Metzer Chaussee abzuwarten. Diese weite Umgehung trat erst um 4 Uhr ins Gefecht, mit dem Pivotkorps, dem IX. um 12 Uhr. Der Feind setzte in Wäldern heftigen Widerstand entgegen, so daß nur langsam Terrain gewonnen wurde, St. Privat wurde vom Gardekorps, Verneville vom IX. Korps genommen, das XII. Korps und Artillerie des III. griffen nun ins Gefecht ein.
Gravelotte wurde von Truppen des VII. und VIII. Korps und die Wälder zu beiden Seiten genommen und behauptet, mit großen Verlusten.
Um die durch die Umgehung zurückgedrängten feindlichen Truppen nochmals anzugreifen, wurde ein Vorstoß über Gravelotte bei einbrechender Dunkelheit unternommen, der auf ein so enormes Feuer hinter den Schützengräben en étage und Geschützfeuer stieß, daß das eben eintreffende II. Korps den Feind mit dem Bajonett angreifen mußte und die feste Position vollständig nahm und behauptete.
Es war 8½ Uhr, als das Feuer auf allen Punkten nach und nach schwieg. Bei jenem letzten Vorstoß fehlten die historischen Granaten von Königgrätz für mich nicht, aus denen mich dieses Mal Minister v. Roon entfernte. Alle

Truppen, die ich sah, begrüßten mich mit enthusiastischen Hurras. Sie taten Wunder der Tapferkeit gegen einen gleich braven Feind, der jeden Schritt verteidigte und oft Offensivstöße unternahm, die jedesmal zurückgeschlagen wurden.

Was nun das Schicksal des Feindes sein wird, der in dem verschanzten, sehr festen Lager der Festung Metz zusammengedrängt steht, ist noch nicht zu berechnen.

Ich scheue mich nach den Verlusten zu fragen und Namen zu nennen, da nur zu viele Bekannte genannt werden, oft unverbürgt. Dein Regiment soll sich brillant geschlagen haben, Waldersee ist verwundet, ernst, aber nicht tödlich, wie man sagt. Ich wollte hier biwakieren, fand aber nach einigen Stunden eine Stube, wo ich auf dem mitgeführten Krankenwagen ruhte, und da ich nicht ein Stück meiner Equipage von Pont-à-Mousson bei mir habe, völlig angezogen seit 36 Stunden bin. Ich danke Gott, daß er uns den Sieg verlieh. Wilhelm.

150. An Königin Augusta. Pont-à-Mousson, 21. August 1870.

... Ich will nur einiges seit dem 19. erzählen. Ich wollte am Morgen desselben zu den Truppen reiten. Da kamen Anton und Waldersee von der Garde zurück, und durch sie erhielt ich entsetzliche Nachrichten! Ich war so erschüttert, daß ich nicht die Kräfte fühlte, einen Ritt von mehreren Stunden zu machen, und so entschloß ich mich, um 1 Uhr hierher zurückzufahren. Den 17. hatten wir von 6 Uhr bis 2 Uhr auf dem Schlachtfeld des 16. zugebracht und beschlossen im Kriegsrat, bei der Schwäche der am 16. gefochten habenden Truppen und dem späten Konzentrieren der ankommenden, an dem Tage jedes Gefecht zu vermeiden. Diese acht Stunden brachten wir zwischen Hunderten von Toten zu und suchten selbst die noch unverbundenen Blessierten auf,

die unsere Ärzte verbanden! Diese Stunden waren schwer, sehr schwer! und doch war man zuletzt so abgestumpft, daß man ruhen konnte auf liegengebliebenen Tornistern, Decken usw. und auch den Hunger stillen mußte. Um 6 Uhr (17.) waren wir wieder hier. Die Stunden von 6 Uhr an brachten wir am 18. wieder auf derselben Stelle zu, wo noch wenig Bestattungen stattgefunden hatten, also dieselben Szenen! dieselbe Ruheart, bis um 12 Uhr der erste Kanonenschuß fiel. Nun trat die Spannung ein, und das Weitere sagt mein Brief vom 19. – Auf der Fahrt hierher am 19. passierten wir einen Teil des Schlachtfeldes vom 16., den ich noch nicht gesehen hatte! Da hört jede Beschreibung auf, über den Anblick der Leichen der französischen Garde, weit über 1000 noch unbestattet! und wenig Schritte gegenüber die der unsrigen, aber weit geringer an Zahl! – Bei solchen Anblicken mußte man [an] die denken, die solche Schrecknisse verursachten, da hätte man Gramont, Ollivier und noch Höherstehende hinführen müssen, um ihr Gewissen zu rühren! Gott sei gelobt, daß das meinige ruhig dabei sein konnte, wenngleich es wohl dazu angetan war, sich selbst zu prüfen, was man doch selbst wohl verschuldete? Ach! das sind so furchtbare ernste Augenblicke, die man durchkämpft haben muß, um sie zu verstehen: Und nun der Gedanke, daß es ebenso aussehen mußte auf den Feldern, wo der Kampf am 18. wütete, und wo so entsetzlich viele der besten Bekannten gefallen sind oder verstümmelt! Ich habe und nenne Dir keinen, denn es ist zu schmerzlich, und Du erfährst sie immer noch zu früh! Aber Du kannst Dir denken, wie mein Herz blutet bei dem Gedanken an viele der allernächsten Bekannten und besten Offiziere, die dahin sind! – Eben sah ich hier im Lazarett vom 1. Garderegiment die Gebrüderpaare Finckenstein und Stülpnagel! Alle in einer Stimmung, die ergreifend ist! Alle Blessierten auf ihren

Wagen, wenn ich in jenen Tagen an ihnen vorüberfuhr, brachten mir ihr Hurra trotz ihrer Schmerzen und zerschossenen Glieder! –

Bei diesen gemischten Gefühlen komme ich gar nicht zur rechten Freude über den Sieg, um so weniger, als die Lage, in welche wir durch denselben versetzt sind, nämlich eine Armee in der Festung vor uns zu wissen, die Notwendigkeit uns zeigt, daß er herausbrechen muß, da er nicht auf die Länge dort leben kann, also neuer Kampf und neuer Kampf bei Chalons, wenn auch gegen teilweis neugebildete Truppen, aber die Masse will doch bekämpft sein!

Gestern war Fritz auf einige Stunden von Nancy hier! Du kannst Dir dies Wiedersehen denken! Wir beide nach solchen Tagen, mit solchen Erfolgen durch Gott gegeben, und wir selbst unversehrt – das war ein Segen von oben! Er sieht sehr wohl aus. Für Weißenburg verlieh ich ihm gleich das Eiserne Kreuz zweiter und gestern für Wörth das erster Klasse, was ihn sehr beglückte. Heute war der Kronprinz von Sachsen hier, dem ich momentan einige Korps unterstellt habe, die nicht zur Zernierung von Metz unter Fritz Karl gebraucht werden. –

Ich muß schließen, ohne auf Details Deiner Briefe eingegangen zu sein, was ich mir also vorbehalte.

Gott mit Dir und mit uns!

Dein treuester Freund W[ilhelm].

151. An Königin Augusta.

Grand Pré, auf der Straße von Clermont nach Rethel
oberhalb Varennes, 29. August 1870.

. . . Wir dejeunierten heute in Varennes, wo man sich natürlich die Schmerzensszene Louis XVI. vergegenwärtigte! Das Haus, in welchem er arretiert die Nacht zubringen mußte, ist uns dem Orte nach noch gezeigt worden, ist aber ganz neu umgebaut und nur vier Fenster breit. Es durch-

zuckt jedermann der Gedanke, daß jene Arretierung, die das Königspaar aufs Schafott brachte, womit alle Pietät und alle Fundamente des Königtums entwurzelt wurden, – dieserhalb mit der Grund ist, daß wir jetzt im Kriege hier stehen!! Denn seit jener Schreckenszeit ist Frankreich nie dauernd zur Ruhe gekommen!

– –

Deine Betrachtungen, wer den einstigen Frieden schließen wird von französischer Seite, ist vollkommen richtig. Ebenso schlimm sind bereits die Andeutungen der neutralen Ligue, uns jeden Ländererwerb zu untersagen (wenn wir Sieger bleiben). Daß dies unmöglich wäre, bei dem Verlangen in ganz Deutschland nach Elsaß und selbst Deutsch Lothringen, ist einleuchtend und die gebrachten Opfer verlangen eine solche Entschädigung unbedingt. – – Deine Befürchtung, daß Fritz Karl und Steinmetz unnütz Menschen geopfert hätten, ist nicht begründet; das III. Korps hat sich am 16. allerdings geopfert, gerade wie die russische Garde und die Division Prinz Württemberg heute vor 57 Jahren bei Arbesau (Teplitz), wo wir das Monument einweihten; denn es galt am 16. den ersten Versuch des Durchbrechens Bazaines nach Chalons zu hindern, und es gelang dies dem III. Korps, daher die Opfer, da es von 9 bis 4 Uhr allein die ganze französische Armee Bazaines aufhielt. Und Steinmetz am 18. hat gar keinen Vorwurf zu erwarten, da sein Gefecht nur kurz, wenn auch blutig war.

152. An Kaiser Napoleon. Devant Sedan, 1 Septembre 1870.

Monsieur mon frère. En regrettant les circonstances dans lesquelles nous nous rencontrons, j'accepte l'épée de Votre Majesté et je prie de bien vouloir nommer un de Ses officiers, muni de pleins pouvoirs pour traiter de conditions de la capitulation de l'armée, qui s'est si bravement battue

sous Vos ordres. De mon côté j'ai désigné le général de Moltke à cet effet.

Je suis de Votre Majesté le bon frère Guillaume.

153. An Königin Augusta.

Auf dem Schlachtfelde vor Sedan, 1. September 1870 $7^1/_4$ Uhr (Telegramm).

Die französische Armee ist in Sedan eingeschlossen, und der Kaiser Napoleon hat mir seinen Degen angeboten. Ich habe ihn angenommen und verlange die Kapitulation der Armee als Kriegsgefangene. Gott hat uns sichtlich gesegnet. Wilhelm.

154. An Königin Augusta.

Vor Sedan, 2. September 1870 $^1/_2$2 Uhr nachmittags (Telegramm).

Die Kapitulation, wodurch die ganze Armee in Sedan kriegsgefangen, ist soeben mit dem General Wimpffen geschlossen, der an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon das Kommando führte. Der Kaiser hat nur sich selbst Mir übergeben, da er das Kommando nicht führte und alles der Regentschaft in Paris überläßt. Seinen Aufenthaltsort werde ich bestimmen, sobald ich ihn gesprochen habe in einem Rendezvous, das sofort stattfindet. Welch eine Wendung durch Gottes Führung! Wilhelm.

155. An Königin Augusta. Vendresse, 3. September 1870.

Abends 10 Uhr. Ich will noch rasch den gestrigen Tag erzählen. Da ich keine Meldungen von Moltke über die Kapitulationsverhandlungen erhalten hatte, die in Donchéry stattfinden sollten, so fuhr ich verabredetermaßen nach dem Schlachtfelde um 8 Uhr früh und begegnete Moltke, der entgegenkam, um meine Einwilligung zur vorgeschlagenen Kapitulation zu erhalten, zugleich anzeigte, daß Napoleon früh 5 Uhr Sedan verlassen habe, nach Donchéry gekommen

sei und Bismarck habe wecken lassen, der ihn vor einem kleinen, einzeln gelegenen Hause mit seinen Herren sitzend gefunden habe und ihm gesagt, er wünsche zu mir. Auf Bismarcks Bemerkung, daß ich in einigen Stunden gegen Sedan reiten würde, hat er sich mit B[ismarck] in das kleine Haus zurückgezogen und Konversation über ganz nichtssagende Dinge gepflogen. Da der Kaiser immer wieder auf ein Wiedersehen mit mir zurückkam, auf der Straße, die ich kam, aber kein ordentliches Lokal zu finden sei, ganz in der Nähe aber ein Schlößchen mit Park sich befand, so schlug dies Bismarck zum Rendezvous vor. Um 10 Uhr kam [ich] auf einer Höhe von Sedan an. Ungefähr um 12 Uhr erschienen Moltke und Bismarck mit der vollzogenen Kapitulationsurkunde. Nach angehörten Erzählungen des oben Vorgetragenen, um 2 Uhr, setzte ich mich mit meiner und Fritzens Suite, vorauf die Kavalleriestabswache, in Bewegung zum Rendezvous. Beim Eintreten in den Park sahen wir die ganze Feldequipage in wohlbekannter Livree usw. des Kaisers, woraus es klar war, daß er Sedan verlassen hatte, um nicht mehr dahin zurückzukehren! Ich stieg vor dem Schlößchen ab und fand den Kaiser in einer Veranda vitrée, die in ein Zimmer führte, in das wir gleich eintraten. Ich begrüßte ihn mit Darreichung der Hand und den Worten: Sire, le sort des armes a décidé entre nous, mais il m'est bien pénible de revoir V. M. dans cette situation. Wir waren beide sehr bewegt. Er fragte, was ich über ihn beschlösse, worauf ich ihm Wilhelmshöhe vorschlug, was er annahm; er fragte nach dem Weg, ob über Belgien oder durch Frankreich, was letzteres angeordnet war, jedoch noch geändert werden könne (was auch geschehen ist). Er bat, seine Umgebung mitnehmen zu dürfen, die Generale Reille, Moskwa, Prinz Murat II. usw., ebenso, daß er seinen Hausstand beibehalten dürfe, was alles ich natürlich akkordierte.

Dann lobte er meine Armee, vorzüglich die Artillerie, die nicht ihresgleichen habe (was sich in diesem Kriege vollkommen erwiesen hat), tadelte die Indisziplin seiner Armee. Beim Abschied sagte ich ihm, daß ich glaubte, ihn hinreichend zu kennen, um überzeugt zu sein, daß er den Krieg nicht gewünscht habe, aber zu demselben gezwungen zu sein! Er: Vous avez parfaitement raison, mais l'opinion publique m'y a forcé. Ich: L'opinion publique forcée par le ministère, ich hätte bei Ernennung dieses Ministeriums sofort gefühlt, daß der mit demselben eingetretene Prinzipienwechsel nicht zum Heil seiner Regierung ausfallen werde, was er achselzuckend bejahte. Die ganze Konversation schien ihm wohlzutun, und ich darf glauben, daß ich ihm seine Lage sehr erleichtert habe, und wir schieden beide tief bewegt! Was ich alles empfand, nachdem ich ihn vor drei Jahren im Kulminationspunkt gesehen habe, kann ich nicht beschreiben! Von diesem Rendezvous beritt ich von 1/23 bis 1/28 die ganze Armee um Sedan! Den Empfang der Truppen, das Wiedersehen des dezimierten Gardekorps, das alles kann ich heute nicht beschreiben; ich war tief, tief ergriffen von so viel Beweisen der Liebe und Hingebung!!! Es war unbeschreiblich! – Die Armee, welche kapituliert, ist 60000 bis 70000 Mann, viele hundert Kanonen und unzähliges Material! Der Gefangenentransport ist eine wahre Kalamität. – Am 31. und 1. hat Manteuffel zwei energische Ausfälle aus Metz brillant zurückgeschlagen. Nun adieu mit bewegtem Herzen am Schluß eines solchen Briefes!!! Dein W[ilhelm].

[Nachschrift.] Ich überlasse Dir, was Du aus diesen Erzählungen veröffentlichen willst. Jedenfalls sind die Details des Rendezvous auszuschließen und einfach zu sagen, daß der Besuch eine Viertelstunde dauerte, und daß beide Monarchen sehr bewegt über dieses Wiedersehen gewesen schienen.

Auch die Details über Bismarcks erste Entrevue sind nur allgemein zu erzählen.

156. An Königin Augusta. Reims, 7. September 1870.

— — — — — — — — — — — —

— — Wir gehen langsam vor, teils um die Truppen durch kleine Märsche sich erholen zu lassen, da sie durch den Stoß nach Norden, der unaufhaltsam gehen mußte, sehr fatiguiert sind, teils um sich die Dinge in Paris entwickeln zu lassen. Man sagt, daß die Orleans in Paris sind! — Die Neutral-ligue, welche schon Velleitäten zur Friedensvermittlung verspüren ließ, wird durch die neuesten Ereignisse ihre Fühlhörner wohl wieder einziehen. Diese Velleitäten geben schon zu verstehen, daß sie auf Integrität Frankreichs gerichtet seien! Wie dies möglich ist, begreift man nicht! Selbst aus Petersburg kommen solche Andeutungen, weil Landabzweigung (Elsaß und Deutsch-Lothringen) ein neuer pomme de discorde sein würde, als wenn das linke Rheinufer dies nicht auch schon seit 55 Jahren gewesen sei, so daß, um Ruhe zu haben, wir logischermaßen jenen das linke Rheinufer abtreten müßten! Im Gegenteil, um Deutschland vor Frankreichs steten Gelüsten auf Einfälle in Deutschland endlich sicherzustellen, muß jene Länderabtretung verlangt werden, Elsaß vor allem. Dies ist auch die allgemeine Stimme in ganz Deutschland, und wollten sich die Fürsten dieser Stimmung entgegenstemmen, so riskieren sie ihre Throne; denn die Opfer, die ganz Deutschland an Menschen und Geld usw. bringt, verlangen einen Frieden, der dauernd sei, und das ist nur möglich, wenn dasjenige Land genommen wird, was deutsch war und ist. Es ist gewiß vermessen, von solchen Dingen heute schon zu sprechen, wo der Krieg noch in vollem Gange ist; wenn aber andere bereits davon sprechen, daß das und das nicht sein solle, so haben wir ein Recht zu sagen,

was wir nicht zugeben würden, wenn es erst so weit ist. Du solltest der Großfürstin Helene in diesem Sinne schreiben, weil sie über diese Dinge mit dem Kaiser spricht und den wahren deutschen Standpunkt imstande ist, klarzulegen (ich glaube Thile sprach Dir schon davon), um Gortschakows Intrigen entgegenzuarbeiten, der jenes Veto gegen Landabtretung heraufbeschwört, weil er es dem Kaiser nicht vergibt, in seiner Abwesenheit feste Position für uns genommen zu haben. Ja, Gortschakow hat sogar erzählt, in Berlin selbst teile man seine Ansicht en haut parage! Vielleicht ist Chreptowitch des Fürsten Ansicht? Um so notwendiger ist es, daß Du Helene unsern Standpunkt klarlegst. Ich autorisiere Dich, Dir von Thile den Brief zeigen zu lassen, den ich dem Kaiser dieserhalb schrieb, der mir seine Andeutungen schrieb. –

157. An die Kaiserin Eugenie. Versailles, le 26 Octobre 1870.

Madame!

J'ai reçu la lettre que V. M. a bien voulu m'adresser et qui a évoqué des souvenirs du passé que je ne puis me rappeler sans regret.

Personne plus que moi ne déplore le sang versé dans cette guerre qui V. M. le sait bien n'a pas été provoquée par moi.

Depuis le commencement des hostilités ma préoccupation constante a été de ne rien négliger pour rendre à l'Europe les bienfaits de la paix si les moyens m'en étaient offerts par la France. L'entente aurait été facile tant que l'Empereur Napoléon s'était cru autorisé à traiter, et mon Gouvernement n'a même pas refusé d'entendre les propositions de M. Jules Favre et de lui offrir les moyens de rendre la paix à la France.

Lorsque à Ferrières des négociations parurent être enta-

mées au nom de V. M., on leur a fait un accueil empressé, et toutes les facilités furent accordées au Maréchal Bazaine pour se mettre en relation avec V. M., et quand le Général Boyer vint ici, il était possible encore d'arriver à un arrangement si les conditions préalables pouvaient être remplies sans délai. Mais le temps s'est écoulé sans que les garanties indispensables pour entrer en négociations eussent été données.

J'aime mon pays comme Vous aimez le Vôtre et par conséquent je comprends les amertumes qui remplissent le cœur de V. M. et j'y compatis bien sincèrement. Mais après avoir fait d'immenses sacrifices pour sa défense, l'Allemagne veut être assurée que la guerre prochaine la trouvera mieux préparée à repousser l'aggression sur laquelle nous devons compter aussitôt que la France aura réparé ses forces ou gagné des alliés. C'est cette triste considération seule, et non le désir d'aggrandir ma patrie, dont le territoire est assez grand, qui me force à insister sur des cessions de territoire qui n'ont d'autre but que de reculer le point de départ des armées françaises qui à l'avenir viendront nous attaquer.

Je ne puis juger si V. M. était autorisée à accepter au nom de la France les conditions que demande l'Allemagne mais je crois qu'en le faisant, Elle aurait épargné à sa patrie bien des maux et l'aurait préservée de l'anarchie qui aujourd'hui menace une nation dont l'Empereur pendant vingt ans, avait réussi à développer la prospérité.

Je suis, Madame etc. Guillaume.

158. An den Kronprinzen von Preußen. Versailles, 28. Oktober 1870.

Mit der Kapitulation der Armee des Marschalls Bazaine und der Festung Metz, durch welche nunmehr die beiden feindlichen Armeen, welche im Juli dieses Jahres in dem

jetzigen blutigen – wahrlich nicht von uns provozierten – Kriege gegen Preußens und Deutschlands vereinte Kräfte aufgestellt waren, als Gefangene in unsere Hände gefallen sind, ist ein so wichtiger Abschnitt in demselben eingetreten, daß ich mich veranlaßt sehe, dies Ereignis durch einen besonderen Akt in seiner ganzen Wichtigkeit zu bezeichnen. Du hast an der Herbeiführung des Gelingens unserer schweren Aufgabe einen überaus wichtigen Anteil gehabt, indem Du die Kampagne durch zwei Siege kurz nacheinander eröffnetest; – dann durch Deinen strategischen Vormarsch die linke Flanke der Hauptarmee decktest, so daß diese gesichert zur Besiegung der Armee Bazaines schreiten konnte; dann Dich mit Deinen Armeeteilen der großen Armee angeschlossen, um in die Operationen gegen Sedan einzugreifen und die großen Ergebnisse daselbst mitzuerkämpfen, und Du hast endlich jetzt die Zernierung von Paris – teilweise kämpfend – bewerkstelligt. Das alles zusammengenommen bezeichnet den großen, den glücklichen Feldherrn. Dir gebührt daher die höchste Stufe des militärischen Ranges, und somit ernenne ich Dich zum General-Feldmarschall. Es ist das erstemal, daß diese Auszeichnung, die ich auch Friedrich Karl verleihe, Prinzen unseres Hauses zuteil wird! Aber die Erfolge, welche bisher in diesem Feldzuge errungen sind, erreichen auch eine Höhe und eine folgenreiche Wichtigkeit, wie wohl nichts Ähnliches zuvor. Und darum bin ich berechtigt, von dem Herkommen in unserm Hause abzugehen. Was mein Vaterherz dabei empfindet, daß ich Dir auf solche Art meinen und des Vaterlandes Dank aussprechen kann und muß, bedarf keiner Worte!

Dein Dich herzlich liebender dankbarer Vater Wilhelm.

– Der aus meiner Proklamation angeführte Satz steht mit keiner Silbe in derselben, denn es heißt in derselben, daß wir der französischen Armee (nicht dem Kaiser) den Krieg machten, indem bei der Fassung dieses Satzes absichtlich der Gedanke ferngehalten wurde, daß wir der Napoleonischen Dynastie den Krieg machten. Es geht aber mit diesem Satze wie mit dem Trinkspruch des Erzherzogs Johann 1842 in Brühl, der nie so gesprochen wurde, offiziös widerrufen wurde, aber immer wiederholt ward, weil niemand sich die Mühe gab, wie jetzt wiederum, ihn nachzulesen, so daß diese Anekdote damals den Erzherzog zum ephemeren Reichsverweser stempelte, so wie jetzt ich durch den neuesten Satz zum Tyrann und Verfolger, gegen meinen Widerspruch, gestempelt werde! Und aus solcher falschen Prämisse folgt die ebenso falsche Schlußfolgerung! Was heißt es: das republikanische Defensivsystem, das wir bekämpfen? Hat denn die Republik etwa uns den Frieden angeboten? Hat sie nicht vielmehr debütiert mit der tollsten Sprache, den sogenannten Verrat von Sedan, den der Kaiser begangen, an uns zu rächen? Hat sie nicht die Devise: défense à outrance auf ihre Fahne geschrieben? Hat sie nicht die Franktireurs, die Landplage für alle Eingeborenen und für uns, geschaffen? Hat sie etwa Bazaine veranlaßt, die Waffen niederzulegen, um Frieden zu machen? Da die Republik auch keine Spur von Niedergeworfenheit und Friedensliebe zeigt, da hätten wir sollen unsern Siegeslauf hemmen? – Stehen bleiben und dem Feinde Zeit lassen, sich zu sammeln und uns zurückzuwerfen? Und als in Ferrières die Unterhandlungen stattfanden, was bot uns der niedergeworfene Feind? Nichts! Wir sollten unsere Siege bereuen, zurückgehen, Elsaß und Lothringen, das ganz Deutschland unanime fordert, aufgeben? Und bei der guerre à

outrance sollten wir ohne Repressalien bleiben? Was tun wir denn in dieser Beziehung? Wir legen eine Kontribution auf als Repressalie für die gegen alles Völkerrecht geschehene Ausweisung aller Deutschen aus Paris und die Wegnahme und Gefangennehmung der Handelsschiffe; wir erheben Strafgelder da, wo unsere Transporte meuchlings überfallen werden, wo aus Häusern durch Einwohner auf unsere Truppen geschossen wird, wo die Telegraphen und Eisenbahnen gestört werden. In flagranti Ergriffene werden freilich auch erschossen. Sollten wir uns denn das alles etwa ungestraft gefallen lassen? Was würde denn die Folge davon sein? Nur, daß diese Erscheinungen sich verhundertfältigen würden, und wir jetzt schon auf dem Rückzug sein müßten, da die uns nachkommenden Lebensmittel gleichfalls angefallen und vernichtet werden. Und jetzt, wo nun also auch Metz mit der ganzen Armee in unsere Hände fiel, ändert sich da die Sprache der Machthaber in Paris? Man braucht nur die Proklamation zu lesen, die nach der Emeute am 2. zuletzt in Paris erlassen ist.
Und an all diesem sollten wir nur schuld sein, weil wir nach Sedan nicht haltmachten?
Das sind Räsonnements, die tief verletzen. Denn man muß zuletzt glauben, daß die Franzosen, Einwohner und Militärs, die harmlosesten Geschöpfe sind, die wir zur Verzweiflung treiben, während schon in dem Wort Repressalien es ausgesprochen ist, daß wir nur Schuld mit Strafe strafen! So wird nun durch die Zeitungsartikel, von denen Du sprichst, über die Abschiedsszenen in Metz beim Kapitulieren die allgemeine Rührung und das Mitleiden rege gemacht, als wenn wir wie Schlächter dabei gestanden hätten! Was ich Dir oft erzählte, wie ich ergriffen gewesen wäre, als die Badenser Truppen 1849 vor Rastatt das Gewehr streckten, wo noch dazu man keine Sympathie für Soldaten haben

konnte, die ihrem Souverän den Eid gebrochen und ihn verlassen hatten, da man doch das Mitgefühl tiefster Demütigung, die einen Soldaten treffen kann, nicht unterdrücken konnte, und wo auch Abschiedsszenen, Fahnenentfernung usw. vorfielen, so wird auch Ähnliches natürlich in Metz mitgefühlt worden sein, und dies bestätigt der Großherzog von Oldenburg durchaus, der jetzt hier auf einige Tage ist und seine eigenen Gefühle geradeso wie ich die meinigen bei Rastatt schildert. Aber so wie die Zeitungen alles schildern, wird wiederum das Mitgefühl in Deutschland erregt in einer falschen Richtung, und zuletzt uns auch vorgeworfen werden, daß wir so prächtig gefühlvolle Leute gefangen halten!!

Das alles sind Auswüchse der Sentimentalität, weil der Krieg nicht mit vier Wochen aus war! Ich kann nicht inständigst genug warnen, dergleichen Richtungen nicht die Überhand gewinnen zu lassen. Die Karikatur im Kladderadatsch persifliert diese Sentimentalität sehr richtig, wo die Speisung der Turkos im Wagen bis zur Trauung vor dem Altar führt! – Wie es sich nach meinen Mitteilungen über die Verhandlungen mit Thiers voraussehen ließ, sind dieselben ohne Resultat abgebrochen. Er selbst wurde immer traitabler und befürwortete unsere letzte Konzession, daß ohne Öffnung der Tore von Paris und ohne Waffenstillstand die Wahlen in ganz Frankreich stattfinden sollten, und wir selbst die Leute nicht verfolgen würden, die etwa aus Elsaß-Lothringen als Deputierte erscheinen würden. Aber dieser Vorschlag, den Thiers selbst auf den Vorposten mit Favre und Trochu verhandelte, wurde von letzterem entschieden abgewiesen, während ersterer geneigter war. Es ist klar, daß die Machthaber keine Konstituante wollen, fühlend, erstens daß die Majorität die Republik verwirft oder zweitens sie doch jedenfalls nicht am Ruder bleiben. Viele wollen jetzt hier wetten,

Thiers werde in kurzem aus Tours mit neuen Vorschlägen wieder hier erscheinen.
Seit gestern ist Fritz von Baden hier, Oldenburg, Meiningen; Altenburg ist wieder fort. Der Großherzog Mecklenburg geht mit seiner mecklenburgischen Division zu v. d. Tann und übernimmt den Oberbefehl über ihn und die 22. Division Wittich, um den feindlichen Kräften entgegenzugehen, die gegen Chartres sich konzentrieren. – Daß die Kaiserin Eugenie gealtert ist, ist nur zu begreiflich. Sie muß sich furchtbar in ihrem Gewissen belastet fühlen, zu dem Kriege getrieben zu haben! und nun diesen Fall erleben zu müssen! – Auch hier treten die Flüsse über, was viele unserer Notbrücken belästigt; es muß an den Quellen der Flüsse viel stärker geregnet haben als hier. Seit drei Tagen ist es trübe und rauh. – Für die angebundene Kuh, die stets auf meinem Tische steht, habe ich Dir bereits in einem meiner Briefe gleich damals gedankt. – Fritz Karls Telegramm an seine Mutter ist tout à fait lui! Seine Tagesbefehle finde ich ganz gut. Die rührenden Szenen von Metz haben in Straßburg nicht gespielt, wo die Mannschaften auf ihre Offiziere gespuckt haben, wie Fritz Baden erzählt und selbst gesehen, ja einige Soldaten wären im Cancanpas vorbeipassiert!! – Ledochowsky ist hier. Ich [weiß] noch nicht, was er verlangt, er ist aimable wie immer. Die Korrespondenz mit Eugenie werde ich dir schicken, wenn ich ganz sicher bin, daß solche Mitteilungen nicht in die Hände des Feindes fallen, was mich überhaupt zur Vorsicht nötigt. – Die deutschen Verhandlungen mit Baden, Württemberg und Darmstadt sind beendigt und der pure Eintritt in den Nordbund stipuliert, außer Getränksteuer usw. Die Bayern gehen morgen nach München zurück, um neue Instruktionen zu holen!! Wenn sie nur überhaupt wiederkommen! Sie bleiben in der Nebenstellungsforderung, erwarten aber nicht, zu mehr gezwungen

zu werden, was sie abwarten wollen!! statt es freiwillig in diesem großen Augenblick zu tun!! Adieu!

Dein W[ilhelm].

160. An Moltke und Roon. Versailles, 28. November 1870.

Der Termin, welcher mir angegeben worden ist, bis zu welchem der Angriff auf die Forts der Südseite vor Paris beginnen werde, nähert sich, so daß ich vor drei Tagen die Generale v. Hindersin und v. Kleist zu mir beschied, um mir Vortrag zu halten, wie weit die Vorbereitungen zu jenem Angriff vorgeschritten seien, und ob der Termin, die ersten Tage Dezember, eingehalten werden würde. Zu meinem Erstaunen erfuhr ich aus jenem Vortrage, daß zwar die Erbauung von 13 bis 15 Batterien vollendet sei, daß dagegen aber in artilleristischer Hinsicht, teils durch Minderbewilligung von Belagerungsgeschützen, teils durch Stockungen der Transportmittel, die Munition noch nicht zur Hälfte habe herbeigeschafft werden können, so daß der Angriff nicht vor Ende Dezember, ja Anfang Januar beginnen könne, und daß wegen der Verminderung des verlangten Bedarfs an Geschützen der nördliche (Schein-) Angriff ganz aufgegeben werden müsse. Diese Verzögerung erregt bei mir die allergrößten Bedenken, sowohl in militärischer als politischer Hinsicht.

In militärischer Hinsicht ist der 2½ monatliche Stillstand der Operationen um Paris an sich nach den schnellen und eklatanten Erfolgen des Sommerfeldzuges unerfreulich und für Laien unverständlich, so daß im Vaterlande unliebsame Ansichten laut werden, und wenn auf solche Ansichten auch nicht Gewicht zu legen, so sind sie doch nicht außer acht zu lassen, da sie bei den hochangespannten Opfern verstimmen können. Dem Feinde hat, wie täglich ersichtlicher, dieser Stillstand Zeit gegeben, seine neuen Formationen zu konsolidieren und zu verstärken. In politischer Hinsicht wird

dieser Stillstand nicht zu unsern Gunsten ausgelegt, indem man an Mangel an Kraft und Mitteln glaubt, so daß die Neutralen, namentlich bei der eingetretenen orientalischen Verwicklung, leicht an eine schnellere Beendigung des Krieges denken, und die bisher angewendete Einmischung zu Friedensunterhandlungen wieder in den Vordergrund treten könnten. Dieses alles verpflichtet mich, die Frage der Beschleunigung des Angriffs auf die südlichen Forts des entschiedensten in die Hand zu nehmen und den schleunigsten Bericht zu verlangen.

1. Welche Mittel sind mit aller Energie zu ergreifen, um die fehlende Munition des allerschleunigsten herbeizuschaffen? Seit Herstellung der Eisenbahnverbindung bis Lagny ist eine Verkürzung des Transports mit Pferden eingetreten, und muß es Mittel geben, diesen günstigen Umstand energisch auszubeuten.

2. Ist es noch an der Zeit, den Nordangriff zu unternehmen und die benötigte Zahl der Geschütze herbeizuschaffen?

3. Ist die Anzahl der Munition so vollständig berechnet, daß kein Stillstand in der Beschießung der Forts eintreten kann, der einem Echec gleichkäme und dem Feind Gelegenheit gäbe, die Werke zu ravitaillieren?

4. Welche Werke sind von der Fortifikation noch auszuführen bis zum Einbringen des Belagerungsgeschützes in die Batterien?

Ich erwarte wenigstens einen mündlichen Bericht bis zum 1. Dezember, damit unverzüglich an die Ausführung der mir vorzuschlagenden Mittel gegangen werden kann, um die allergrößte Beschleunigung des Angriffs der Südforts herbeizuführen.

161. An Roon. Hauptquartier Versailles, 9. Januar 1871.

Sie vollenden an dem heutigen Tage eine 50jährige Dienstzeit, auf die Sie mit Stolz und Freude zurückblicken dürfen.

Das ernste Streben Ihrer Jugend, die strengste Pflichterfüllung während Ihrer ganzen Dienstzeit und Ihr redlicher, ehrenhafter Sinn haben Sie erreichen lassen, was wenigen beschieden ist: die höchsten Ehrenstellen der Armee und das Bewußtsein, Ihrem Könige und Ihrem Vaterlande die wesentlichsten Dienste geleistet zu haben. Mit solchen Gefühlen ist es eine schöne Feier, die Sie heute begehen. Ich spreche Ihnen meinen herzlichen Glückwunsch zu derselben aus, und ich danke Ihnen gleichzeitig warm und aufrichtig, daß Sie mir manches Jahr, oft in sehr bewegter Zeit – immer treu und fest –, mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Ich wünsche, daß mein Porträt, welches ich Ihnen zu dem heutigen Tage bestimmt habe, Sie immer daran erinnert, daß Ihr König jederzeit Ihre Dienste in dankbarem Gedächtnis behalten wird. Möge der Lenker aller unserer Schicksale zu meinem herzlichen Wunsche für Sie auch Seinen Segen geben und es gnädig so fügen, daß ich und die Armee noch recht lange in dem Besitz Ihrer Dienste bleiben können! Ihr dankbarer König Wilhelm.

162. An die Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen.

Versailles, 18. Januar 1871.

Eben kehre ich vom Schlosse nach vollbrachtem Kaiserakt zurück! Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen letzten Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen! In einer Konferenz gestern mit Fritz, Bismarck und Schleinitz war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen! Erst nachdem ich in inbrünstigem Gebet mich an Gott gewendet habe, habe ich Fassung und Kraft gewonnen! Er wolle geben, daß so viele Hoffnungen und Erwartungen

durch mich in Erfüllung gehen mögen, als gewünscht wurde! An meinem redlichen Willen soll es nicht fehlen!
Dein Brief vom 14., Nr. 167, zeigt mir, daß Du den jetzigen Zeitpunkt nicht als einen passenden für die Proklamierung des Kaiserreiches betrachtest, erstens wegen der ungeschickten Formulierung im Reichstag.
Da ich die Worte derselben nicht nachgelesen habe, so habe ich kein Urteil darüber; indessen etwas anderes als eine rein geschäftliche Form konnte der Sache doch nicht gegeben werden, weil die Proklamierung noch nicht erfolgt war und nicht erfolgen konnte, da ich die offizielle Zustimmung der Fürsten noch nicht durch den König von Bayern erhalten hatte, so daß also die Bearbeitung der Verfassung avant la lettre stattfand.
Ich habe mich deshalb lange dagegen gesträubt und nur nachgegeben, weil der Reichstag zu Ende ist, Neuwahlen, die unberechenbar sind, bevorstehen und also mit der Proklamierung hätte monatelang gewartet werden müssen, während die Verträge den 1. Januar als den Termin des Inslebentretens derselben stipulierten; und da war das avant la lettre immer noch besser als das moutarde après diner!!
Als am 5. Januar endlich die bayerischen Expeditionen eingingen, mußte sofort an die Proklamierung gedacht werden; man wollte gern die bayrische Abstimmung abwarten, da sie sich aber immer verzögert, ja sogar die Auflösung und Neuwahl der Zweiten bayrischen Kammer vorhergehen wird, so war nicht mehr zu balancieren, auch ohne Bayern vorzugehen, um so mehr als der 18. Januar, als der allerbeste und schönste Tag zur Proklamierung, nahe war und am 17. die Abstimmung in München erwartet wurde, die aber wieder auf den 20. oder 21. verschoben ist. Somit hat das Interregnum nur 18 Tage gedauert, wo Verträge und Verfassung von Kaiser und Reich sprachen und beides nicht existierte.

Die Feier ist sehr würdig vor sich gegangen. Das Wetter ist trübe, aber sehr mild. Durch die vielen Ankommenden, das Einrücken der nächststehenden Fahnen und Standarten (inklusive Bayern) usw. gab dem unbeteiligten Versailles un air de fête. Um 12 Uhr versammelten sich die Fürsten in einem der Salons vor der galerie des glaces; in den drei darauffolgenden stand meine Stabswache als Ehrenwache; Posten auf dem escalier de marbre (auf dem die populace in die Gemächer der Königin M[arie] Ant[oinette] drang!!), in cour de marbre eine Ehrenwache von meinem 7. Regiment. In der Mitte der Galerie am Fenster war der Altar errichtet; zu beiden Seiten längs der Fenster über 150 Soldaten mit dem Eisernen Kreuz; gegenüber längs den Spiegelembrasuren die Offizierkorps, mehrere hundert Personen. Am Ende der Galerie war ein Hauptpas gestellt, dessen Hintergrund die Fahnen einnahmen (einige 80; inklusive Bayern, Württemberg und Sachsen waren aus Konfusion nicht erschienen). Wir stellten uns vis-à-vis des Altars, wo Rogge eine verkürzte Liturgie sprach und ein schönes, nicht zu langes Gebet und Anrede sprach mit dem Schluß: Nun danket alle Gott (der liturgische Chor, von den Musikern meines Regiments wie allsonntäglich, singt sehr gut). Dann ging ich mit den Fürsten nach dem Hauptpas und sprach dieselben mit kurzen Worten an (abgelesen), worauf Bismarck die Proklamierung verlas und Fritz von Baden das erste Hoch auf mich mit dem neuen Titel ausbrachte, was von der ganzen Versammlung langtönend widerhallte! Es war ein sehr ergreifender Moment!! Es folgte die Gratulation der Fürsten, worauf eine Defiliercour stattfand, und zum Schluß ging ich längs den Fahnen und Eisernen-Kreuz-Mannschaften herunter, womit alles endigte!

Dein zweites Bedenken, die bayerische Situation, ist bereits

hier erörtert; Dein drittes, die sächsische Suszeptibilität, existiert ja gar nicht mehr; Dein viertes, der endliche Sieg, der noch nicht erfochten sei, hat mit der deutschen Einheit doch nichts zu tun, denn sollten wir zum Schluß noch Echecs erleiden, so würde das doch niemals die Neukreierung von Kaiser und Reich hindern, die mitten im Kriege beantragt ward und durchgeführt ist, bis auf die heutige Proklamierung. Ich sende Dir Deine deutsche Aufzeichnung im Original zurück, falls Du eine Kopie fertigen willst, da ich sie doch nicht von fremder Hand machen lassen möchte.
Die Adreßtitulatur an mich von Dir schlage ich dahin vor: An Se. Majestät den Kaiser und König, die meinige an Dich findest Du analog auf dem heutigen Kuvert.
Ich muß endigen, da die Post wartet.

Dein treuester Freund W[ilhelm].

163. An den Generaladjutanten Generalleutnant A. v. Tümpling.

Versailles, 26. Januar 1871.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme zum 18. Januarereignis. Nachdem Preußens Heer und das ritterliche Volk seit 1866 alles das geschaffen hat, was sich seit 1866 durch Gottes Beistand ereignete, ist mir der Titelwechsel sehr schwer geworden, wenngleich der neue nie ohne den alten gebraucht werden wird und nie vergessen werden darf, was die Welt Preußen verdankt. Wilhelm.

164. An die Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen.

Versailles, 14. Februar 1871.

... Gestern und vorgestern rückten hier mehrere Regimenter ein und durch von der armen 22. Division, die seit dem 7. Oktober im Westen unausgesetzt am Feinde war, erst unter v. der Tann, dann unter Mecklenburg als selbständiges Korps und zuletzt als Armee unter ihm, zur Zweiten Armee

gehörig; es hat zwischen 20 bis 30 Schlachten und Gefechte bestanden, alle Horreurs des Wetters vom nassesten Herbst, Kälte, Schmutz usw. durchgemacht, sehr große Verluste gehabt, sich stets mit der größten Auszeichnung geschlagen, immer gesiegt, große Ehre eingelegt, [ist] aber in Bekleidung so herunter, daß die Mannschaften und Offiziere sich mit den Kleidungsstücken der Toten bekleiden mußten! Teilweise tagelang ohne Fußbekleidung in Sabots marschierend, sogar Offiziere – und dennoch kamen sie hier in einer Haltung und Ordnung bei mir, vom Fenster aus sehend, an mir vorbei, daß mir die Tränen herunterliefen, weil man den Leuten ansah, daß sie sich zusammennahmen, um sich trotz ihrer mangelhaften Bekleidung, die sie so gut wie möglich gereinigt hatten, – so gut wie es möglich war, zu produzieren!!!
– – Ich habe die Rede der Queen gelesen und bin sehr unangenehm frappiert gewesen über die zweimaligen herzlichen Stellen für Frankreich, während des Weltereignisses in Deutschland mit der einfachen Bemerkung erwähnt wird, daß sie ihren Glückwunsch ausgesprochen habe und von den Siegen kein Wort gesagt wird! Ich gestehe, daß ich doch von ihr erwartet hätte, daß sie es bei ihrem Minister durchsetzen würde, von ihren eigenen, so oft ausgesprochenen teilnehmenden Gefühlen für Deutschlands Taten, Opfer und immensen Erfolg ein Wort zu sagen!! –

165. An die Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen.

Versailles, 27. Februar 1871.

Wie hat Gott uns gesegnet in diesen sieben Monaten! Kaum glaubte man alles, was erreicht ist, obgleich man es selbst erlebte, und wie wird einst die Geschichte diesen Zeitabschnitt darstellen!
Wenn Bordeaux die Ratifikation ausspricht, so ist das

ruhmvolle Werk auf eine Art beendet, wo Gottes Hand mehr wie sichtlich ist, und immer muß ich es wiederholen, wie wir Gott preisen und ihm danken müssen, daß er uns auserwählte und würdig fand, seine Werkzeuge zur Lösung seines Willens zu sein! Wenn man die Leistungen des Heeres im einzelnen verfolgt, so muß man sagen, daß jeder in demselben von oben bis unten in seiner Stellung von einer Gesinnung und von einem Geiste beseelt war, der allein solche Taten von Heldenmut und Ausdauer ausführen konnte, und das ist wiederum Gottes Werk! Wenn unser Feind auch wacker gefochten hat, so fehlte ihm dieser Geist, der zum Siege führt, der ihm versagt ward, weil er unterliegen sollte. Nur in dieser Auffassung ist unser Ruhm und unsere Ehre mit Demut zu ertragen. Gott sei gepriesen für seine Gnade!!!

166. An Bismarck. Versailles, 27. Februar 1871.

Gestern und heute war es mir unmöglich, Sie aufzusuchen, und so ergreife ich die Feder, um Ihnen zu den Prämissen des Friedens, den ich wiederum nur Ihrer Umsicht, Festigkeit und Ausdauer verdanke, Glück zu wünschen! Wo alles, außer Frankreich, Ihnen dankt, steht mein Dank obenan, den ich mit der höchsten Anerkennung für dieses schwere Werk Ihnen hiermit ausspreche! Wenn Bordeaux Vernunft annimmt, so krönen wir ein zwar blutiges, aber glorreiches und ehrenvolles Werk, das die Vorsehung uns zu erringen aufgab; ihr danke ich es, daß sie mir solche Ratgeber schenkte und solche Armee!

Ihr dankbarster König Wilhelm.

167. An die Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen.
Versailles, 4. März 1871.

— — Da ich nun bereits am 2. die Ratifikation vollzogen habe, so konnte das 2. und 3. Echelon, gestern die Garden und am

5. die Sachsen, Württemberger und ein bayerisches Korps nicht mehr nach Paris einrücken, was freilich ein schmerzliches Gefühl für diese braven Truppen ist! Doch wollten wir die strikte Ausführung der Konvention beweisen. Ich sah also dieserhalb das Gardekorps, da es ganz konzentriert seit dem 1. war, auf dem Hippodrom gestern, und zwar zum erstenmal alle drei Infanteriedivisionen, 1., 2. Landwehrdivision, Gardekavalleriebrigade und 1. und 3. Ulanenregiment nebst Artillerie und mein 7. Regiment, was extra per Eisenbahn von Orleans geholt war und nun leider nicht nach Paris einmarschieren konnte. Mit welchem Gefühl ich jedesmal an die Truppen an beiden Tagen heranritt, ist nicht zu beschreiben!! Die Garde war in musterhafter Verfassung und die Linie in ihrem Verhältnis desgleichen; die zwölf Gardelandwehrbataillone sind wahrhaft idealische Truppen. Diese großen, starken, vollbärtigen Gestalten in der alten Gardehaltung machten allgemein einen enormen Eindruck. Beide Tage waren völlige Sonnentage, 13 Grad im Schatten, 28 in der Sonne. – Die sehr merkwürdigen und völlig richtigen Berichte Stoffels stellen ihn in ein sehr günstiges Licht. Der Kriegsminister Le Bœuf hat auf Befragen, ob denn St[offel] nicht über den Zustand unserer Armee berichtet habe, geantwortet: Croyez-vous, que je lis des bêtises pareilles? Mehr braucht man nicht zu hören, um den Übermut der Franzosen zu würdigen.

168. An Bismarck. Berlin, 21. März 1871.

Mit der heutigen Eröffnung des ersten deutschen Reichstags nach Wiederherstellung eines Deutschen Reichs beginnt die erste öffentliche Tätigkeit desselben. Preußens Geschichte und Geschicke wiesen seit längerer Zeit auf ein Ereignis hin, wie es sich jetzt durch dessen Berufung an die Spitze des neugegründeten Reichs vollzogen hat. Preußen ver-

dankt dies weniger seiner Ländergröße und Macht, wenngleich beides sich gleichmäßig mehrte, als seiner geistigen Entwicklung und seiner Heeresorganisation. In unerwartet schneller Folge haben sich im Laufe von sechs Jahren die Geschicke meines Landes zu dem Glanzpunkt entwickelt, auf dem es heute steht. In diese Zeit fällt die Tätigkeit, zu welcher ich Sie vor zehn Jahren zu mir berief. In welchem Maße Sie das Vertrauen gerechtfertigt haben, aus welchem ich damals den Ruf an Sie ergehen ließ, liegt offen vor der Welt. Ihrem Rat, Ihrer Umsicht, Ihrer unermüdlichen Tätigkeit verdankt Preußen und Deutschland das weltgeschichtliche Ereignis, welches sich heute in meiner Residenz verkörpert.

Wenngleich der Lohn für solche Taten in Ihrem Innern ruht, so bin ich doch gedrungen und verpflichtet, Ihnen öffentlich und dauernd den Dank des Vaterlandes und den meinigen auszudrücken. Ich erhebe Sie daher in den Fürstenstand Preußens mit der Bestimmung, daß sich derselbe stets auf das älteste männliche Mitglied Ihrer Familie vererbt.

Mögen Sie in dieser Auszeichnung den nie versiegenden Dank erblicken Ihres Kaisers und Königs Wilhelm.

169. An Hauptmann v. Zedtwitz. 22. Dezember 1871.

In dankbarer Erinnerung an den mir unvergeßlichen Augenblick, wo Sie, schwer verwundet in Gorze am 19. August 1870, mir eine Rose nachsendeten, als ich, Sie nicht kennend, an Ihrem Schmerzenslager vorübergefahren war, – sende ich das beikommende Bild, damit noch in späteren Zeiten man wisse, wie Sie in solchem Momente Ihres Königs gedachten, und wie dankbar er Ihnen bleibt! –

Wilhelm, Rex.

170. An Roon. [Berlin, 24. Dezember 1871.]

Ich muß am Schlusse des Jahres, das uns nach zwei blutigen Jahreskämpfen einen ruhmvollen Frieden brachte, der Hand gedenken, die die Waffe schärfte mit geübtem Blick und unermüdlicher Ausdauer, mit der Preußens Heer überall siegte und unvergängliche Lorbeeren sich und dem Vaterlande erkämpfte. Empfangen Sie als ein Zeichen meiner innigsten Dankbarkeit die Züge dessen, der nie aufhören wird, sich Ihrer Mühen zu erinnern! Ihr dankbarer, treu ergebener König Wilhelm.

171. An Bismarck. Berlin, 24. Dezember 1871.

Mit dem heutigen Feste nähern wir uns zugleich dem Schluß des Jahres, welches uns nach blutigen, aber auch glorreichen Kämpfen in zwei Jahren den Frieden brachte. Diese ewig denkwürdigen Zeitabschnitte bezeichnen eine neue, kaum geahndete Periode für Preußen, da es nunmehr an der Spitze eines neuen Deutschen Reiches steht.

Ich brauche nicht vieler Worte, um mir zurückzurufen und Ihnen wiederum vorzuführen, was ich, Preußen und Deutschland Ihrem rastlosen Mühen in dieser ruhmreichen Zeit verdankt! Die Welt erkennt Ihr segensreiches Wirken zur Umgestaltung der europäischen, ja der Weltverhältnisse an, und die Welt kennt, wie ich dankbar gewesen zu sein hoffen darf.

In Ihrem Hause und in Ihrer Familie wünsche ich aber ein sichtbares Zeichen dieser Dankbarkeit zu errichten; ich benutze dazu das heutige Fest, um Ihnen meine Büste in Marmor zu senden, da dieser Stoff einigermaßen imstande ist, meine Gesinnungen für Sie auf die Nachwelt zu bringen. Mit den Gefühlen, die geben, mögen Sie das Weihnachtsgeschenk nehmen!

Ihr dankbarer, treu ergebener Wilhelm, Imp. Rex.

1870 bis 1871.

Gott war mit uns!
Ihm sei Lob, Ehre, Dank!

Als ich am Schluß des Jahres 1866 mit dankerfülltem Herzen Gottes Gnade dankend preisen durfte für so unerwartet glorreiche Ereignisse, die sich zum Heile Preußens gestalteten und den Anfang zu einer Neueinigung Deutschlands nach sich zogen, da mußte ich glauben, daß das von Gott mir aufgetragene Tagewerk vollbracht sei und ich, dasselbe nun in Ruhe und Frieden fortbildend, dereinst meinem Sohne glückbringend hinterlassen würde, voraussehend, daß ihm es beschieden sein werde, die südliche Hälfte Deutschlands mit der nördlichen zu einem Ganzen zu einen.

Aber nach Gottes unerforschlichem Ratschluß sollte ich berufen werden, selbst noch diese Einigung herbeizuführen, wie sie sich nach dem von Frankreich auf das frivolste herbeigeführten, ebenso glorreichen als blutigen siebenmonatlichen Kriege nunmehr darstellt! Wenn je in der Geschichte sich Gottes Finger sichtlich gezeigt hat, so ist dies in den Jahren 1866, 1870 und 1871 geschehen.

Der deutsch-französische Krieg, der wie ein Blitz aus heiterem Himmel herabfiel, einte ganz Deutschland in wenig Tagen, und seine Heere schritten von Sieg zu Sieg und erkämpften mit schmerzlichen Opfern Ereignisse, die nur durch Gottes Willen möglich waren. Dieser Wille stellte mir Männer zur Seite, um so Großes vollbringen zu sollen. Dieser Wille stählte die Gesinnung der Kämpfenden in Hingebung und Ausdauer und nie gekannter Tapferkeit, so daß an Preußens Fahnen und an die seiner Verbündeten sich unvergänglicher Ruhm und neue Ehre knüpfte. Dieser Wille

begeisterte das Volk zu nie gekannter Opferwilligkeit, zur Linderung der Leiden, die der Krieg unvermeidlich schlägt! Mit demütig dankerfülltem Herzen preise ich Gottes Gnade, die uns würdig befunden hat, so Großes nach seinem Willen vollbringen zu sollen! Möge diese Gnade ferner uns zur Seite stehen beim Auf- und Ausbau des neu geeinten Deutschlands, zu dem erst der Grund gelegt ist, und Frieden uns beschieden sein, „die Güter in Demut zu genießen", die in blutigen heißen Kämpfen errungen wurden!! –
Herr, Dein Wille geschehe im Himmel, also auch auf Erden!!! Amen! Wilhelm.

173. An Bismarck. 2. März 1872.

Wir begehen heute den ersten Jahrestag des glorreichen Friedensschlusses, der durch Tapferkeit und Opfer aller Art erkämpft, durch Ihre Umsicht und Energie aber zu Resultaten führte, die nie geahndet waren! Meine Anerkennung und meinen Dank wiederhole ich Ihnen heute von neuem mit dankbarem und gerührtem Herzen, dem ich durch Eisen und edle Metalle öffentlich Ausdruck gab. Es fehlt aber noch ein Metall, die Bronze. Ein Andenken aus diesem Metall stelle ich daher heute zu Ihrer Disposition, und zwar in der Gestalt, die Sie vor einem Jahre zum Schweigen brachten. Ich habe daher bestimmt, daß nach Ihrer eigenen Auswahl einige eroberte Geschütze Ihnen überwiesen werden, die Sie auf Ihren Besitzungen zum bleibenden Andenken Ihrer mir und dem Vaterlande geleisteten hohen Dienste aufpflanzen wollen. Ihr treu ergebener und dankbarer Wilhelm.

174. An den Generalintendanten der Königlichen Schauspiele v. Hülsen.
B[erlin], 23. April 1872.

Außer dem zu modifizierenden Cancan bemerke ich zu dem Ballett noch, daß es mir passender erscheint, daß 1. nicht der

Offizier den Revolverschuß auf den Anführer der Franktireurs tut, weil das nur im engsten Handgemenge stattfinden kann, sondern daß ein Soldat neben dem Offizier erscheint, dem der Offizier angibt, auf wen er schießen soll, worauf der Schuß aus dem Gewehre erfolgt. – 2. Ich habe nicht genau acht gegeben, ob jener Anführer durch diesen Schuß getötet wird oder nur verwundet; ich halte es jedenfalls für unpassend, daß er getötet wird (um keine Tragödie in das sonst burleske Ballett einzupflücken), und wünsche, daß der nur Verwundete rasch hinter den Kulissen verschwindet. – 3. Muß Gasperini den Rausch etwas modifizieren und zuletzt nicht mitten auf der Bühne hinfallen, sondern nahe der Kulisse und rasch verschwinden. – 4. Wenn der Statist Braun einen Geistlichen darstellen soll, so wäre es besser, einen Ortsrichter daraus zu machen, weil der geistliche Talar zu sehr mit dem Burlesken kontrastiert. Es tut mir leid, daß ich weder das Vorspiel noch das Nachspiel gesehen habe, und da dies nach der Generalprobe nicht mehr zu ändern ist – das heißt, es extra auszuführen –, so frage ich an, ob die Aufführung nicht verschoben werden könnte um einige Tage, so daß am Donnerstag Vor- und Nachspiel extra für mich stattfände und die letzte Probe dann ebenfalls einige Tage später?

Wilhelm.

175. An den Generalintendanten der Königlichen Schauspiele v. Hülsen.

B[erlin], 27. April 1872.

Nachdem ich alle meine Erinnerungen zurückgerufen habe, kann ich mich doch keines Falles erinnern, wo wirkliche Soldaten einen wirklich existierenden Truppenteil auf der Bühne dargestellt haben; es müßte denn in dem Ballett „Die glückliche Rückkehr“ 1814 oder 1815 gewesen sein; aber ich glaube, daß die Soldaten von Statisten dargestellt wurden. Um also in dem morgenden Ballett jeden Skrupel zu heben,

bestimme ich, daß die Ulanen und Alexandriner ganz in ihren Uniformen bleiben, aber die Kragen mit rotem Tuch überzogen werden, wodurch bei Beibehaltung des Grenadierhelms und des Gardeadlers auf der Ulanentschapka eine Abzeichenzusammenstellung eintritt, von welcher kein Truppenteil existiert; das heißt Garde-Grenadieradler mit Linienkragen; – daß die Achselklappen aufgerollt werden, haben Sie schon selbst angeordnet. Wilhelm.

176. An Bismarck. Ems, 8. Juli 1872.

Nachdem ich Ihnen vorgestern die Hoffnung aussprach, daß Ihre momentan nicht zufriedenstellende Gesundheitsverfassung sich recht bald bessern möge, die brennenden Fragen als: Jesuitengesetz, französischer Vertrag wegen Milliardenzahlung, Luxemburgs Vertrag usw. beseitigt sind, scheint mir der Ruhepunkt für uns alle eingetreten zu sein, den Sie vor allem benutzen sollten, um wirklicher Geschäftsruhe für sich auf einige Zeit sich hinzugeben. Denn Ihre Ansicht, daß Sie bei vieler und langer Genießung der freien Luft, bei starker Bewegung in derselben, sich zu Arbeiten des Geistes befähigen könnten, hat, nach Ihrer Mitteilung, doch nicht nachhaltig vorgehalten. Sie haben, wie ich höre, Geschäftsmänner wie Bucher u. a. nach Varzin nachkommen lassen, was ich begreife während der Zeit der Erledigung vorstehender Fragen und während der Reichstagssitzungen, die nun auch geschlossen sind und der Landtag vertagt ist. Was ich nun also für Sie wünschen muß, wirkliche Geschäftsruhe, ist wohl nur erreichbar, wenn Sie sich alles abstreifen, was unmittelbar zur geistigen Tätigkeit und zu momentanen Entschließungen nötigt, so wie Sie dieses Abstreifen vor einigen Jahren mit so großem Erfolge taten. Bedenken Sie, welche hochwichtigen Dinge uns im nächsten Winter bevorstehen, von denen ich nur die Entwicklung der kirchlichen Fragen

beider Konfessionen nennen will. Zu dem allen müssen Sie neue Kräfte sammeln und viele Kräfte. Daher verlangt das Vaterland und ich von Ihnen gebieterisch Ruhe, solange es Zeit ist; Sie dürfen nie vergessen, was Sie uns sind!

Ihr treu ergebener Wilhelm.

177. An Bismarck. Berlin, 9. November 1872.

Wir befinden uns in einer parlamentarischen Krise, die mir um so schwerer wird, als Sie nicht unter uns sind, und mir Ihr täglicher, ja stündlicher Rat und die dazu nötige Diskussion fehlt! Korrespondenz und Promemoria können diese Lücke nur schwach ersetzen, weil ja Satz für Satz erörtert werden muß, um nur erst über Prinzipien einig zu werden, und dann über den Modus, wie sie angewandt werden sollen! Das Herrenhaus, dem ich in den Jahren der Stürme von 1861 bis 1866 so unendlich viel durch sein loyales, festes und konsequentes Verhalten zur Krone verdanke, hat sich jetzt durch sein oppositionelles Verhalten, ja hämisches Gebaren gegen die Krone selbst gerichtet! Kann und darf einem solchen Verfahren nachsichtig zugesehen werden? Ich selbst, so schwer es mir wird, muß diese Frage verneinen! Was nun?

Diese Frage ist viel schwerer zu beantworten. Der Fortbau der inneren politischen Zustände des Landes erfordert die fortschreitende Regulierung der Fundamente, und das ist die Kreisordnung, und daher muß sie durchgesetzt werden; das verlangt des Landes Wohl und die Würde der Krone. Ist dies nach jetzigem Stand der parlamentarischen Lage ohne eine krasse Einwirkung auf das Herrenhaus möglich? Nein! Dieses Nein ist mir entsetzlich schwer auszusprechen, weil die jetzige Komposition des Herrenhauses, das der König, mein Bruder, schuf, wenn ich auch manches gleich anfangs anders wünschte, freudig begrüßte, weil ich in ihr das

Prinzip fand, auf dem das englische Oberhaus beruht, das einzige richtige. Ich übersehe dabei nicht die verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse beider Länder. Der Mangel dieser Schöpfung ist die Schwierigkeit einer Remedur, wenn sie in Opposition mit der Regierung tritt, die nur in einem sogenannten Pairsschub bestehen kann, wenn alle Kompromisse gescheitert sind, oder in einer Umgestaltung der Institution selbst. In diesem Dilemma befinden wir uns! Aber die Lösung desselben verlangt eine reifliche, gründliche Prüfung, Erwägung usw., ehe man einen so entscheidenden Schritt tut, der die ganze Existenz des Staates für lange Zukunft sichert – oder erschüttert!! Diese Prüfung, Erwägung usw. bin ich nicht imstande über das Knie zu brechen. Ihre persönliche Anwesenheit dazu ist unumgänglich nötig, wie dies im gestrigen Konseil allgemein anerkannt wurde. Aber die Wiedereröffnung des Landtages ist vor der Tür. Irgendein Entschluß muß gefaßt werden. So ist denn, da ich mich zur Verkündigung bei der Eröffnung am 12., daß eine Umgestaltung des Herrenhauses in Aussicht genommen sei, unmöglich entschließen konnte – denn sie steht noch nicht einmal unerschütterlich fest bei mir –, der Entscheid dahin ausgefallen, 1. daß man den Versuch gemacht hat, in die wieder vorzulegende Kreisordnung das Annehmbare aus beiden Häusern einzufügen, hoffend, daß das Abgeordnetenhaus sie so annehmen wird, worauf dann 2. der Pairsschub erfolgen soll, um diese Annahme im Herrenhaus möglich zu machen, und 3. soll während dieser Vorgänge in beiden Häusern das Projekt zur Umgestaltung des Herrenhauses ausgearbeitet werden. Die Beratung dieses Projekts kann und darf aber nicht eher geschehen, als bis Sie wieder in Berlin sind.

Ich bedaure, daß dieser Gang der Verhandlungen nicht der ist, den Sie mir in Ihrem Brief und Promemoria vor-

schlugen und dem Staatsministerium mitteilten. Die Einstimmigkeit jedoch des letzteren im gestrigen Konseil und meine eigene hier aufgestellte Ansicht, daß ich in keinem Fall eine Übereilung in dieser hochwichtigen Angelegenheit zulassen könne und nichts ohne Ihre Gegenwart tun dürfe, ließ mich dieser Einstimmigkeit beitreten.

So möge denn Gott weiterhelfen, der uns mit seiner Gnade so sichtbar bisher beistand! Hoffentlich auf baldiges gesundes Wiedersehen! Ihr treu ergebener Wilhelm.

178. An Papst Pius IX. Berlin, 3. September 1873.

Ich bin erfreut, daß Eure Heiligkeit mir, wie in früheren Zeiten, die Ehre erweisen, zu schreiben; ich bin es um so mehr, als mir dadurch die Gelegenheit zuteil wird, Irrtümer zu berichtigen, welche nach Inhalt des Schreibens Eurer Heiligkeit vom 7. August in den Ihnen über deutsche Verhältnisse zugegangenen Meldungen vorgekommen sein müssen. Wenn die Berichte, welche Eurer Heiligkeit über deutsche Verhältnisse erstattet werden, nur Wahrheit meldeten, so wäre es nicht möglich, daß Eure Heiligkeit der Vermutung Raum geben könnten, daß meine Regierung Bahnen einschlüge, welche ich nicht billigte. Nach der Verfassung meiner Staaten kann ein solcher Fall nicht eintreten, da die Gesetze und Regierungsmaßregeln in Preußen meiner landesherrlichen Zustimmung bedürfen.

Zu meinem tiefen Schmerze hat ein Teil meiner katholischen Untertanen seit zwei Jahren eine politische Partei organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht. Leider haben höhere katholische Geistliche diese Bewegung nicht nur gebilligt, sondern sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die bestehenden Landesgesetze angeschlossen.

Der Wahrnehmung Eurer Heiligkeit wird nicht entgangen sein, daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholen.
Es ist nicht meine Aufgabe, die Ursachen zu untersuchen, durch welche Priester und Gläubige einer der christlichen Konfessionen bewogen werden können, den Feinden jeder staatlichen Ordnung in Bekämpfung der letzteren behilflich zu sein; wohl aber ist es meine Aufgabe, in den Staaten, deren Regierung mir von Gott anvertraut ist, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Ich bin mir bewußt, daß ich über Erfüllung dieser meiner Königlichen Pflicht Gott Rechenschaft schuldig bin, und ich werde Ordnung und Gesetz in meinen Staaten jeder Anfechtung gegenüber aufrechthalten, solange Gott mir die Macht dazu verleiht. Ich bin als christlicher Monarch dazu verpflichtet, auch da, wo ich zu meinem Schmerze diesen Königlichen Beruf gegen die Diener einer Kirche zu erfüllen habe, von der ich annehme, daß sie nicht minder wie die evangelische Kirche das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit als einen Ausfluß des uns geoffenbarten göttlichen Willens erkennt.
Zu meinem Bedauern verleugnen viele der Eurer Heiligkeit unterworfenen Geistlichen in Preußen die christliche Lehre in dieser Richtung und setzen meine Regierung in die Notwendigkeit, gestützt auf die große Mehrzahl meiner treuen katholischen und evangelischen Untertanen, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen.
Ich gebe mich gern der Hoffnung hin, daß Eure Heiligkeit, wenn von der wahren Lage der Dinge unterrichtet, Ihre Autorität werden anwenden wollen, um der unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu

machen. Die Religion Jesu Christi hat, wie ich Eurer Heiligkeit vor Gott bezeuge, mit diesen Umtrieben nichts zu tun, auch nicht die Wahrheit, zu deren von Eurer Heiligkeit angerufenem Panier ich mich rückhaltlos bekenne.
Noch eine Äußerung in dem Schreiben Eurer Heiligkeit kann ich nicht ohne Widerspruch übergehen, wenn sie auch nicht auf irrigen Berichterstattungen, sondern auf Eurer Heiligkeit Glauben beruht, die Äußerung nämlich, daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papst angehöre. Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Eurer Heiligkeit bekannt sein muß, gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen.
Diese Verschiedenheit des Glaubens hält mich nicht ab, mit denen, welche den unsern nicht teilen, in Frieden zu leben und Eurer Heiligkeit den Ausdruck meiner persönlichen Ergebenheit und Verehrung darzubringen. Wilhelm.

179. An Roon. Berlin, 9. November 1873.

Ich kann mich leider der Überzeugung nicht verschließen, daß Ihr wiederholtes Gesuch um Übertritt in den Ruhestand durch Ihre leidende Gesundheit zu sehr begründet ist, um dessen Gewährung abzulehnen oder auch nur weiter verzögern zu können. Ich gewähre Ihnen daher – aber mit schwerem Herzen – den gewünschten Abschied, indem ich Sie hierdurch, unter Entbindung von der mit so großer Auszeichnung bekleideten Stellung als Kriegsminister, mit der gesetzlichen Pension zur Disposition stelle. – Sie tragen in diesem Verhältnis auch ferner die aktiven Dienstzeichen und verbleiben auch in der Liste der aktiven General-Feldmarschälle sowie in Ihrem Verhältnis als Chef des Ostpreußischen Füsilierregiments Nr. 33, damit Sie der Armee,

auf deren Ehrentafeln Ihr Name für alle Zeiten steht, auch durch ein äußeres Band angehören, solange Sie leben.
Ich danke Ihnen nochmals warm und von ganzem Herzen für alles, was Sie in Ihrer Dienstzeit in allen Ihren innegehabten Stellungen für meine Armee getan haben. Vor allem aber nehmen Sie hier nochmals meinen Königlichen Dank entgegen für Ihre Leistungen für mich und meine Armee, seitdem ich Sie zum Kriegsminister ernannte. Sie haben mich bei Durchführung der Reorganisation der Armee mit seltener Umsicht, Konsequenz und Energie unterstützt, und die Früchte Ihrer schweren Arbeit haben nicht auf sich warten lassen. Zwei glorreiche Kriege haben die Tüchtigkeit unserer Kriegsinstitutionen bewährt, und bei der nunmehr erfolgten Vergrößerung des Heeres ist es wiederum Ihr Werk gewesen, dieselbe in kürzester Zeit ins Leben zu rufen.
Mögen Sie sich nach Ihrer treuen Arbeit der wohlverdienten Ruhe noch lange erfreuen, und mögen Sie versichert sein, daß ich niemals aufhören werde, meinen in vielfach schwerer und bewegter Zeit immer bewährten Kriegsminister in ehrender und dankender Erinnerung zu behalten!
Als Andenken an den schweren Augenblick der Trennung sende Ich Ihnen meine Büste in Marmor.

Ihr dankbarer König Wilhelm.

180. An Roon. Berlin, 9. Januar 1874.

Sie haben mir seit dem Betreten des italienischen Klimas so, proposition gardée, gute Nachrichten von sich gegeben, daß ich hocherfreut bin, daß Sie trotz Ihres Zustandes bei Ihrer Abreise dieselbe unternommen haben; und erwidere ich Ihre lieben Wünsche für mich beim Jahreswechsel, indem ich die gleichen für Sie und die Ihrigen ausspreche!
Sie machen aber so viele ultra-bescheidene Rückblicke auf Ihre Dienststellungen und auf unverdiente Belohnungen,

daß ich fast schelten möchte, daß Sie mir es nicht überlassen, das Maß jener Leistungen und Belohnungen abzumessen! Unser Abschied, dann ein Abriß Ihrer Leistungen in den bedeutungsvollen 14 Jahren zeigten mir mit Wehmut, daß ich Ihrer nunmehr entbehren soll, und Ihr Schmerz hierüber kann nicht tiefer sein als der meinige! Dank, nochmals Dank für Ihr aufopferndes, aber auch segensreiches Wirken.

Was mich betrifft, so ist eine Rekonvaleszenz wirklich eingetreten; aber da ich schon einmal so weit war und durch den quälenden Husten auf 14 Tage zurückgeworfen auf Schlaf- und Appetitlosigkeit, kann man sehr decouragiert werden, ob nicht nochmals eine Störung eintreten könnte! Seit vorgestern habe ich meine Ausfahrten, bei sonnigen Tagen und 1–2 Grad Kälte, wieder begonnen, bis jetzt ohne Nachteil! Aber was sind solche Tage gegen die Wonne, die Sie jetzt in Sorrento genießen! Sie machen eine verführerische Anspielung auf mich; aber wie kann ich darauf hören, wo wir in der Kammer der Reichstagsschlacht entgegengehen! Mit den herzlichsten Grüßen für die Ihrigen

Ihr dankbarer König Wilhelm.

181. An den Grafen John Russell. 18. Februar 1874.

Lieber Graf Russell!

Das Schreiben Eurer Herrlichkeit vom 28. v. Mts. ist mir mit den Resolutionen der großen Versammlungen in London – und mit den Berichten meines Botschafters über den Verlauf der letzteren zugegangen. Ich danke Ihnen aufrichtig für diese Mitteilung und für den sie begleitenden Ausdruck Ihrer persönlichen Gesinnung.

Mir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen schon früher deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glücke gegen eine Macht zu führen

gehabt haben, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker verträglich erwiesen hat, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, der Geistesfreiheit und die Autorität der Gesetze nicht bloß in Deutschland in Frage stellen würde.

Ich führe diesen mir aufgedrungenen Kampf in Erfüllung meiner Königlichen Pflichten und in festem Vertrauen auf Gottes siegbringenden Beistand, aber auch in dem Geiste der Achtung vor dem Glauben anderer und der evangelischen Duldsamkeit, welchen meine Vorfahren dem Rechte und der Verwaltung meiner Staaten aufgeprägt haben. Auch die neuesten Gesetzesvorlagen meiner Regierung tasten die katholische Kirche und die freie Religionsübung ihrer Bekenner nicht an; sie geben nur der Unabhängigkeit des Landes und seiner Gesetzgebung einige der Bürgschaften, welche in vielen andern Ländern seit lange bestehen und in Preußen früher bestanden, ohne von seiten der römischen Kirche für unerträglich mit ihrer freien Religionsübung gehalten zu werden.

Ich war gewiß und freue mich, daß Ihre Kundgebung es mir bezeugt, daß mir in diesem Kampfe die Sympathien des englischen Volkes nicht fehlen würden, mit welchem mein Volk und mein Königliches Haus seit der Zeit Wilhelms von Oranien durch die Erinnerung an so manche gemeinsam bestandene schwere und ehrenvolle Kämpfe sich verbunden wissen.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben mit meinem aufrichtigen Danke zur Kenntnis der Herren bringen zu wollen, welche die Resolution unterzeichnet haben, und verbleibe Eurer Herrlichkeit wohlgeneigter Wilhelm.

182. An Roon. [Berlin, 8. Mai 1874.]

Mit Freuden erfahre ich durch Ihren Sohn, daß Sie bereits in Lugano auf der Rückreise eingetroffen sind und sich im ganzen wohler befinden; Gott gebe ferner Besserung auch im nordischen Klima! Ich habe schwere Tage durchlebt! Das Ehegesetz, über das ich denke wie Sie, ist mir nicht möglich zu hemmen, da auch der F[ürst] B[ismarck] sich für dasselbe entschied, obgleich ich trotz meiner Hinfälligkeit noch zweimal dagegen schrieb und auf die fakultative Ehe hinwies, – vergeblich!

Jetzt ist eine zweite Katastrophe beim Militärgesetz eingetreten. Die Frage hat sich so zugespitzt, daß die Alternative stand: Konflikt oder Herabminderung der Kopfzahl von 401 000 auf 350 000 Mann. Da zog ich die erste Ziffer vor, die ich überall laut als die Notwendigkeit hingestellt hatte und fügte mich in das Septennat mit schwerem Herzen! Aber freilich in unseren Tagen sind sieben Jahre fast ein halbes Jahrhundert, wenn man an die sieben Jahre von 1863 bis 1870 denkt! So haben wir für sieben Jahre die Armeeorganisation intakt, und nach sieben Jahren stehen wir vielleicht vor oder schon nach einem neuen Krieg; wenn nicht, so wächst die Population doch, und dann muß ein Prozent Wehrpflichtiger doch erhöht werden. Hoffentlich werden wir mündlich das alles noch erörtern. Bis dahin sage ich Ihnen Lebewohl und auf Wiedersehen.

Ihr treu ergebener Wilhelm.

Viel Liebes den Ihrigen!

183. An Bismarck. Gastein, 17. Juli 1874.

Endlich komme ich dazu, nach dem teilnehmenden Telegramm aus München, Ihnen noch selbst diese Zeilen zu widmen! Vieler Worte braucht es zwischen uns nicht, um die Gefühle zu schildern, die mich erschütterten, als während dem

königlichen Diner in München p. Werthern mir das Telegramm einhändigte, das die Schreckensnachricht enthielt, aber auch zugleich die göttliche Fügung zeigte, die abermals verruchte Menschenanschläge gnädiglich von Ihnen abwendete!! Diese Gnade kann in der ganzen weiten Welt kein Mensch dankbarer erkennen und preisen als ich! Kaum bin ich beruhigt über Ihre befestigtere Gesundheit, so muß dies Attentat kommen, um mir – und jedermann – es vor die Augen zu stellen, was an Ihrem Leben hängt! Aber dieses Gefühl ist auch so durchschlagend zutage getreten, daß es Ihnen eine unbeschreibliche Genugtuung gewähren muß! Und wenn wir auch im tiefsten Herzen bedauern müssen, daß Sie und die Ihrigen so tief erschüttert worden sind, so sollte doch zugleich die göttliche Fügung erkannt werden, was Sie dem engeren und weiteren Vaterlande sind, ja der Welt sind, und was noch von Ihnen verlangt und erwartet wird! Daß unser Leben in Gottes Hand steht, weiß jeder Christ, aber wir beide haben es sichtlich gesehen, da die auf uns gezückte Mörderhand nur von dort oben von uns abgelenkt ward!

So wollen wir, Gott vertrauend, getrost ferner durchs Leben schreiten und handeln und wirken, solange es dem gefallen wird! In der Hoffnung, daß Ihre Wunde rasch heilen wird und Ihrer Kur keinen Schaden bringe, bin ich wie immer und mehr wie je

Ihr dankbarer König und Freund Wilhelm.

184. An Bismarck. Berlin, 29. Dezember 1874.

Als vor einigen Tagen der Minister mir seinen Dank für seine Dekorierung aussprach, machte ich ihm die Bemerkung, daß es mir unumgänglich nötig schiene, in dem nunmehr dem Reichstage vorzulegenden Gesetze über die Zivilehe Bestimmungen aufzunehmen, die im preußischen Gesetze fehlen

und daher zu Deklarationen und trotz diesen zu den unglückseligsten Vorfällen geführt haben, nämlich daß bereits vielfach schon die Taufe nicht mehr verlangt wird und ebenso die kirchliche Trauung. Minister Falk fand dies nicht unrichtig und Bestimmungen allerdings nötig; doch meinte er, daß jene Fälle nur vereinzelt vorkämen, dem ich entgegensetzte, daß auch erst drei Monate seit Einführung des Gesetzes verlaufen seien und es sich bald zeigen würde, wie diese laxe Auffassung des Heiligen immer mehr Nachahmung finden würde; kurzum, es scheint mir, daß p. Falk diese mir sehr am Herzen liegende Angelegenheit nicht allzu ernst genommen hat. Ich wollte Sie also inständigst bitten, ehe das neue Gesetz für Deutschland eingebracht wird, doch jedenfalls dafür Sorge zu tragen, daß die sich bereits eingeschlichen habenden Irrtümer durch eine klare Redaktion aus der Welt geschafft werden, da doch, wie ich bestimmt annehme, das neue Gesetz auch für Preußen gelten wird.

Ihr Wilhelm.

185. An Roon. Berlin, 5. Januar 1875.

Sie haben mir eine große Freude durch Ihren Dank- und Wunschbrief bei Weihnachten und zu Neujahr gemacht. Ihnen kann ich im neuen Jahr nur befestigtere Gesundheit und weniger Familientrauer wünschen! – Sie haben über mich richtige Gesundheitsmitteilungen erhalten. Ich habe die Manöver- und Jagdkampagne sehr gut überstanden und fühle mich fast kräftiger als in der letzten Zeit vor der schweren Erkrankung.

Was ich von der Armee sah, hat mich überaus befriedigen müssen. Alle Truppen, die ich sah, 107 Bataillone, 140 Eskadrons, 72 Geschütze, sind von einer Gleichmäßigkeit und fortschreitenden Ausbildung, die von dem nie ruhenden Fleiße aller Glieder zeugt. Der Reichstag ist im allgemeinen

généreux für die Armee gewesen und hat, was ich anerkennen muß, Pietätsgefühle, wenn es ihm auch schwer wurde, gezeigt (Gardes du Corps und Lohnerhöhung der alten Garderegimenter), — so daß wir manches erreichten, was sehr zum Besten der Armee gereichen wird, so daß wir die nächsten sechs Jahre ruhig verleben können, d. h. wenn Frieden bleibt. Das alles sind die Früchte der Saat, die Sie mir säen halfen und gewiß mit Genugtuung sehen! Mich den Ihrigen angelegentlichst empfehlend, Ihr dankbarer Wilhelm.

186. An Bismarck. 16. Januar 1875.

Carl Meier Baron von Rothschild ist stark am Band-Wurm erkrankt beim Herannahen des Ordensfestes. Diese Krankheit vermag ich nicht zu heilen, aber Kreuzschmerzen ließen sich kurieren. Es wäre dafür anzuführen, daß er allerdings in dem Kriegsjahre enorm viel für die Wohltätigkeitszwecke getan hat, wofür seine Frau das Verdienstkreuz erhielt, natürlich das Geld verwendend, was der Mann ihr gab, während er keine Auszeichnung erhielt.
Will man ihn berücksichtigen, so könnte wohl nur das Komturkreuz mit dem sechseckigen Stern des Hohenzollernordens verliehen werden, da er bereits den brillantenen Stern 2. Klasse des roten Adlers besitzt, so daß der 2. Kronenorden mit Stern zu wenig wäre.
Ich wünsche Ihre Ansicht? Wenn ich ihn dekorierte jetzt, so ist er auf einige Jahre abgefunden, bis die Band-Krankheit wieder eintreten darf. Ihr Wilhelm.

Die Ministerdekorierungen behalte ich mir zu meinem Geburtstage vor, wie ich es bisher gemacht habe.

187. An Bismarck. 5. Februar 1875.

Zu meiner kolossalsten Überraschung erfuhr ich soeben, daß gestern abend Benedetti hier angelangt ist! und im Hotel Royal wohnen soll. Madai will die Sache feststellen lassen. Groß wäre die effronterie, wenn es wahr ist, noch größer, wenn er Gontaut veranlassen sollte, ihn heute auf dem Ball erscheinen zu lassen! Was wäre zu tun? Soll das Auswärtige Amt die Sache in die Hand nehmen oder der Oberzeremonienmeister Graf Stillfried? Denn begegnen kann ich dem Manne keinenfalls und namentlich nicht à l'improviste beim Ambassadeur!

Aber Eile ist notwendig. Ihr Wilhelm.

188. An Bismarck. Berlin, 18. Dezember 1875.

Aus den Anlagen werden Sie ersehen, daß eine Prinzeß Salm-Salm einen Herrn Padberg heiraten will, und daß beide Teile trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten fest bei der zu schließenden Verbindung beharren. Um jedoch die Kluft zwischen einer Fürstin und einem Bürgerlichen etwas auszufüllen, begehrt die Braut und deren Mutter die Nobilitierung des Bräutigams. Dieser ist bei der Regierung in Magdeburg angestellt, hat viel Lob als Beamter und gesellschaftliche Stellung, aber zählt zur ultramontanen, wenn auch allgemein gemäßigten Partei, was aber in keinerlei Art auf seine Geschäftsstellung influiert, was expreß hervorgehoben wird, obgleich er 1869 in einer Schulschrift sich sehr orthodox ausspricht. In den Anlagen werden Sie dies alles als pro et contra ausgeführt finden, mit meinen Randbemerkungen im Bericht des Heroldamtes. Aber es ist ein Punkt in diesem Bericht enthalten, der hauptsächlich gegen die Nobilitierung spricht und mit Recht, d. h. der p. p. Padberg hat bei einer Gelegenheit verweigern wollen, auf Ihr Wohl zu trinken, und soll sich auch über

Sie und den Kultusminister in den Kirchenwirren scharf ausgesprochen haben. Wenn ich also geneigt sein sollte, aus den verschiedenen Gründen, mich für Nobilitierung auszusprechen, um zwei Liebende glücklich zu machen, so kann ich auf keinen Fall auf dieselbe eingehen, wenn Sie sich dagegen erklären aus der Ihnen persönlich widerfahrenen Kränkung!

Daher ersuche ich Sie, mir Ihre Meinung über diesen Punkt äußern zu wollen, bevor ich meinen Entschluß fassen kann.

Ihr Wilhelm.

189. An den Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf v. Delbrück.

Wiesbaden, 23. April 1876.

Sie können sich denken, wie ungemein mich die erste Mitteilung des Fürsten Bismarck über die Absicht Ihres dienstlichen Rücktrittes berührte, aber noch schmerzlicher ist mir nun des Fürsten Meldung, die durch Ihr Schreiben an mich leider bestätigt wird, daß alle Vorstellungen und Bitten, die Ihnen derselbe in meinem Auftrage vorhielt, Ihre Stellung noch beizubehalten, vergeblich gewesen sind! Bei Ihrer großen Gewissenhaftigkeit muß ich freilich annehmen, daß es unübersteigliche Gründe sind, die Sie zu einem Entschluß brachten, der eine schwere Lücke in der Reichsadministration erzeugt! Sie haben eine neu geschaffene Stellung selbst zur Gestaltung aus dem Chaos gerufen und mit einem Geschick, das die allgemeine Anerkennung findet und nicht anders zu erwarten war, nachdem Ihrer Amtstätigkeit ein europäischer Ruf schon vorausging. Wie ich Ihre Dienste so oft persönlich Gelegenheit fand anzuerkennen, wissen Sie aus so vielen Augenblicken, die mich zum Ausspruch dieser Anerkennung berechtigten!

Was bleibt mir also nun anders übrig, als mit schwerem Herzen auf Ihre so feststehende Absicht einzugehen?

Die Wahl Ihres Nachfolgers, die Sie selbst vorschlagen, hat sowohl meine als des Fürsten Bismarck Billigung gefunden.
So entlasse ich Sie also aus Ihren Ämtern, denen Sie mit so großer Aufopferung Ihrer geistigen und Körperkräfte mit einer Auszeichnung vorstanden, wofür Ihnen Ihr eigenes Gewissen eine genugtuende Befriedigung gewähren muß, hier aber meinen königlichen und herzlichen Dank finden soll, den ich Ihnen mit gerührter Stimmung ausspreche als

Ihr dankbarer König Wilhelm.

190. An Bismarck. Gastein, 22. Juli 1876.

Bei der Kürze der Zeit in Würzburg konnte ich einen Gegenstand unserer inneren Verhältnisse nicht nochmals zur Sprache bringen, der mich trotz der Vorträge von p. Delbrück und Camphausen, noch ehe Sie im Herbste nach Berlin kamen, fortwährend beschäftigt und namentlich nach neueren Mitteilungen während meiner Anwesenheit am Rhein. Es ist dies das Daniederliegen unserer Eisenindustrie. In jenen Vorträgen wurde mir nachgewiesen, daß unser Eisenexport noch immer den Import übersteigt. Ich erwiderte, woher es denn aber komme, daß ein Eisenfabrikationsunternehmen nach dem andern seine Öfen ausblase, seine Arbeiter entlasse, die herumlungerten, und daß diejenigen, welche noch fortarbeiteten, dies nur mit Schaden täten, also nichts verdienten, bis auch sie die Arbeit würden einstellen müssen. Geantwortet wurde mir: Ja, das sei gegründet, indessen bei solchen allgemeinen Kalamitäten müßten einzelne zugrunde gehen, das sei nicht zu ändern, und wir ständen darin immer noch besser als andere Länder (Belgien). Ist das eine staatsweise Auffassung? So steht leider diese Angelegenheit schon seit den letzten Jahren. Nun soll aber vom 1. Januar 1877 an der Eisenimport nach Deutschland ganz

zollfrei stattfinden, während Frankreich eine Prämie auf seine Eisenausfuhr nach Deutschland einführt! Das sind doch so schlagende Sätze, die nur die Folge haben können, daß unsere Eisenindustrie auch in letzten Resten ruiniert werden muß! Ich verlange keineswegs ein Aufgeben des gepriesenen Freihandelssystems, aber vor Zusammentritt des Reichstages muß ich verlangen, die Frage noch zu ventilieren, „ob das Gesetz wegen der zollfreien Einfuhr des Eisens vom Auslande nach Deutschland nicht vorläufig auf ein Jahr verschoben werden muß?" Wenn Sie mit mir übereinstimmen, sehe ich Ihrem Bericht entgegen, was Sie anordnen werden. Ihr Wilhelm.

Wie geht es Ihnen seit Würzburg?

191. An Rudolf v. Delbrück. Berlin, 29. Dezember 1876.

Empfangen Sie meinen aufrichtigsten Dank für Ihre gestrige Zusendung, die mir eine außerordentliche Freude gewährt hat. Die Aufzeichnung Ihres Vaters, dem ich so unendlich viel verdanke Zeit meines Lebens, gerade in den für mich so wichtigen und merkwürdigen Jahrestagen zu lesen, sind mir unbeschreiblich interessant und lieb gewesen. Es war eine schwere und trübe Zeit, in der fast alles für König und Land auf dem Spiele stand, als mein königlicher Vater mich zum Offizier ernannte, natürlich zur übergroßen Überraschung, da ich dies Ereignis erst zu meinem Geburtstag erwarten konnte und das Geheimnis so gut bewahrt wurde, daß ich keine Ahnung hatte, was mir bevorstand. Es war für mich eine unglaubliche Freude, Rock und Orden des Königs anzuziehen, und, wie ich aus Ihres Vaters Aufzeichnungen nun sehe, auch für andere, auch außer meinen Eltern und Geschwistern, eine momentane Freude, bei so vielen Leiden!

Erst in späteren Jahren erkannte ich so ganz die Bedeutung,

die meinen Vater und König diesen Tag wählen ließ, mich in die Armee aufzunehmen, der ich nun 70 Jahre angehöre! und welche Phasen habe ich durchlaufen?!
Wer so wie ich, durch Leid, Trübsal, Freude, Glück und Erhebung gegangen ist, wer kann dann mehr wie ich die Gnade des Allmächtigen demütig-dankbar anerkennen, der mich diese Wege führte nach seinem Willen!!
Nun nochmals meinen innigsten Dank für Ihre so sinnige Gabe, die Sie mir nur noch werter macht, aber auch das Ihnen nur zu bekannte – Bedauern erneuert!

Ihr dankbarer König Wilhelm.

192. Ansprache an den Prinzen Wilhelm von Preußen.

Berlin, 9. Februar 1877.

Aus der Geschichte weißt Du, wie alle Könige Preußens neben ihren andern Regentenpflichten stets eines ihrer Hauptaugenmerke auf das Heer gerichtet haben. Schon der Große Kurfürst hat durch persönlichen Heldenmut seinen Scharen ein unübertroffenes Beispiel gegeben. Friedrich I. wußte sehr wohl, daß, als er sich die Krone auf das Haupt setzte, er diesen kühnen Schritt zu verteidigen genötigt sein könne. Er wußte aber auch, daß seine schon erprobten Truppen ihm dies ermöglichen würden. Friedrich Wilhelm I. hat in der Garnison, welche Du nun beziehst, und die man gern die Wiege der preußischen Armee nennt, den festen Grund zu ihrer Einrichtung durch die strenge Zucht gelegt, welche er Offizieren und Soldaten einprägte, ohne welche keine Armee bestehen kann, und dieser – sein Geist lebt heute noch in ihr fort. Friedrich der Große übernahm mit seinem angeborenen Feldherrntalent diese festgegliederten Truppen als Kern seiner Armee, mit der er die Kriege führte und die Schlachten schlug, die ihn unsterblich gemacht. Friedrich Wilhelm II. mußte zuerst einer veränderten Kriegsart be-

gegnen, welcher gegenüber das Heer doch nicht ohne Lorbeeren aus dem Kampfe hervorging. Mein Königlicher Vater begegnete dem gleichen Feinde, und ein schweres Geschick traf Vaterland und Heer. Aber das Alte, Unhaltbare beseitigend, reorganisierte er die Armee und gründete sie auf Vaterlandsliebe und Ehrgefühl. So erreichte er mit ihr Erfolge, welche auf ewige Zeit in den Annalen der preußischen Armee verzeichnet stehen. Mein schwer geprüfter Bruder, König Friedrich Wilhelm IV., sah mit Genugtuung auf seine Armee, die in schweren, schmerzlichen Tagen fest zu ihm stand, die er zeitgemäß fortbildete, und die neue Lorbeeren pflücken konnte.

So fand ich die Armee. Wenn es je eine Regierung von erst kurzer Dauer gegeben, deren Geschicke sichtlich durch die Vorsehung gnädig gelenkt wurden, so ist es die der letzten Jahre. Und wieder ist es die Armee, die durch ihren unerschütterlichen Mut und ihre Ausdauer Preußen auf die Höhe gestellt hat, auf der es nun steht. Das Gardekorps, welchem Du schon angehörst, und mit ihm das Regiment, in welches Du jetzt eintrittst, haben in hervorleuchtender Weise zu diesen ruhmreichen Erfolgen beigetragen. Die Zeichen, die ich auf meiner Brust trage, sind der öffentliche Ausdruck meiner unauslöschlichen Dankbarkeit und meiner nie endenden Anerkennung für die Hingebung, mit welcher die Armee Sieg auf Sieg erfochten hat. Deine Jugend ist in diese Zeit gefallen, und Du hast in Deinem Vater ein ehrendes Vorbild der Kriegs- und Schlachtenleitung. Es werden Dir aber in den Dienstverhältnissen, in welche Du nun trittst, manche dem Anscheine nach unbedeutende Dinge entgegentreten, die Dir vielleicht auffallen können; aber Du wirst auch lernen, daß im Dienste nichts zu klein ist, und daß jeder Stein, der zum Aufbau einer Armee gehört, richtig geformt sein muß, wenn der Bau richtig und fest sein soll!

(Zu den Vorgesetzten gewendet:)

So übergebe ich Ihnen nun meinen Enkel, um seine militärische Erziehung zu leiten, ein jeder nach seinem Standpunkte – und wird dies zunächst die Aufgabe seines Kompagniechefs sein –, damit er einst ein würdiger Nachkomme der Ahnen meines Hauses werde.

(Zum Enkel gewendet:)

Nun gehe und tue Deine Schuldigkeit, wie sie Dir gelehrt werden wird. Gott sei mit Dir!

193. An Roon. Berlin, 17. April 1877.

Wenngleich mir Ihr lieber Brief zum 22. März schon am 20. zuging und ich deshalb hoffte, ihn auch sogleich noch beantworten zu können, weil ich wohl wußte, daß, wenn erst der 22. da war, an eine Antwort nicht so leicht zu denken sei, – und –, wie Figura zeigt, ist es auch so gekommen. Denn der 20. und 21. waren in diesem Jahre durch die Masse der Fürstlichkeiten, die zu unzähligen Eisenbahnempfangsfahrten und Visiten nötigte, so in Anspruch genommen, daß ich bis heute so en retard mit meinen brieflichen und Telegrammpflichten gekommen bin, daß mir noch die Hälfte unbeantwortet vorliegt!

Nun also zum herzlichsten Dank für Ihren so lieben Brief, der mir gerade, weil er nicht bloß Rosenfarbenes enthält, doppelt wert war! Alle Ihre Betrachtungen sind auch die meinigen, und an meinem Bestreben, den Übeln der Zeit nach allen Richtungen zu begegnen, soll es wahrhaftig nicht fehlen. Aber Helfer muß ich haben, und in solcher Zeit wollte mich der Haupthelfer verlassen!! Sie werden mit mir gefühlt haben, was ich in jenen Tagen gelitten habe, der Sie schon zweimal von solchen Anfällen Zeuge waren und einmal sich opferten! Nun, der Berg hat eine Maus geboren, und . . . . es bleibt beim Alten, wie ich es im ersten

Augenblick an Bismarck sagte. Heute sah ich wieder eine Wirkung unserer vortrefflichen Armeeorganisation, von der ich mit Ihnen wünsche, daß sie immer bleiben möge!! Ich besah nämlich drei Gardelandwehrbataillone zu drei Kompagnien am achten Tage ihrer Übung, die eigentlich Schießübung ist, in einer ganz herrlichen Verfassung parademäßig. Kein einziger Straffall ist vorgekommen! Das ist unser gemeinschaftliches Werk, dem Sie leider Ihre Gesundheit opferten, was nur Gott lohnen kann! Ihr dankbarer Wilhelm.

194. An Bismarck. Berlin, 1. Juni 1877.

Trotzdem daß ich Sie wiederum ungern belästigen muß, so kann ich doch nicht schweigen in einem Augenblick, wo hier ein Fall in unserm religiösen Glauben eingetreten ist, den ich nicht verwinden kann und zu Ihrer Kenntnis bringen muß.

Die Prediger Sydowsche Angelegenheit hat jetzt nach zwei Jahren die giftigsten Früchte erzeugt! Er wurde vom Oberkirchenrat gegen das hiesige Konsistorium freigesprochen, um ihn nicht zum Märtyrer zu stempeln, da ihm sonst nur noch mehr Anhänger zufallen würden. Er vermied jedoch, damals seine Irrlehre von der Kanzel zu verkünden und sie katechisierend zu lehren, sondern begnügte sich, dieselbe vor Tausenden in Privatvorträgen zu lehren. Was geschieht nun in diesen Tagen hier? Der Prediger Hoßbach der Andreaskirche wird zu einer Probepredigt an die Jakobikirche berufen, als Kandidat für die Stelle des verstorbenen Bachmann. In dieser Predigt verkündet er der Gemeinde, damit sie genau wisse, wer vor ihr stünde, daß er nicht zu den Alttheologen, sondern zu den Neutheologen gehöre, die beflissen seien, den apostolischen Glauben von den Sagen und Erfindungen zu befreien, die Menschenwerk seien (der Evangelisten), sowie von der Annahme, daß der Heiland

Gottmensch gewesen sei, und daß für ihn der Heiland ein von Gott begnadigter Mensch sei und dieserhalb um so höher stände als vortrefflicher Mensch, nicht aber als Gottes Sohn! Ein großer Teil der Gemeinde hat bei dieser Definition die Kirche verlassen – aber gestern wird er von dieser Gemeinde zu ihrem Prediger gewählt!! –

Ein zweiter Fall, der beweist, wohin es in unserer Kirche gekommen ist, ist die Einladung der Berlin-Cöllner Stadt-Kreissynode zum 5. d. Mts., wo unter 16 Diskussionspunkten der 15. lautet:

Antrag: bei dem Gottesdienst und allen kirchlichen Akten künftig nicht mehr das Glaubensbekenntnis zu verlesen!

Diese beiden Fakten sind für mich so entsetzend, daß ich nicht umhin gekonnt habe, dem Kultusminister und dem Präsidenten pp. Herrmann sehr ernst meine Meinung zu sagen, wie es möglich sei, daß solche Dinge sich unter den Augen des Kirchenregiments zutragen könnten, ohne daß rechtzeitig eingeschritten worden sei, und die Frage aufzuwerfen, ob, wie bei Sydow, wiederum nicht eingeschritten werden solle durch eine Untersuchung und Suspendierung vom Amte vorläufig.

Wenn alles so fortgeht, dazugenommen die überhandnehmenden Nichttaufen und Nichttrauungen, so muß die Irreligiosität erzogen werden, und dann ist von der Leugnung der Gottheit Christi bis zur Abschaffung Gottes, wie in Frankreich, und seiner Wiedereinsetzung nur noch ein Schritt! Ihr Wilhelm.

195. An den Konsistorialpräsidenten Hegel. 12. Juni 1877.

Auf das Immediatschreiben vom 23. Februar d. Js. gebe ich Ihnen folgendes zu erkennen: Als ich nach Erlaß der Generalsynodalordnung den Vorstand der Generalsynode empfing, habe ich mich vor demselben mit den Worten:

„Vor allem kommt es darauf an, daß die Kirche auf dem rechten Grunde stehen bleibt, auf dem Grunde des apostolischen Glaubensbekenntnisses. Ich stehe auf diesem Grunde, auf dem Glauben, auf welchen ich getauft und konfirmiert bin, und nichts kann mich bewegen, davon abzuweichen. Werden mir hiergegen Einwürfe gemacht, so werde ich sie jederzeit zurückweisen –"

öffentlich und nachdrücklich zum Apostolikum bekannt, auf welches nicht allein ich für meine Person, sondern auch die Vorfahren und Angehörigen meines Hauses Taufe und Konfirmation empfangen haben. In dem Augenblicke, in welchem, wie kürzlich geschehen, bei einer zu den Organen der evangelischen Kirche gehörenden Synodalversammlung der Hauptstadt die Symptome des Unglaubens und der Glaubensfälschung in einem bis zum Antrage auf Beseitigung des apostolischen Glaubensbekenntnisses gesteigerten Grade auftreten und an der Öffentlichkeit erscheinen, kann ich Beamte, deren Festhalten am strengen Glauben bekannt ist, nicht entlassen, ohne in den Begriffen meines Volkes Verwirrung zu erzeugen. Aus diesem Grunde weise ich Ihr Gesuch um Entlassung aus Ihrem Amte hiermit zurück ... Ich spreche dabei die Erwartung aus, daß Sie das Vertrauen, welches ich Ihnen durch diese Entscheidung beweise, durch treue Befolgung der von mir für die evangelische Kirche gegebenen Gesetze rechtfertigen und sich der höheren Entscheidung auch dann fügen werden, wenn Ihre abweichende Ansicht, die auszusprechen Ihnen gleich jedem Staatsbürger unbenommen ist, nicht berücksichtigt werden könnte. Wilhelm.

196. An Roon. Schloß Babelsberg, 17. August 1877.

Auf drei Ihrer Schreiben habe ich Ihnen zu danken, vom 13. und 16. d. Mts. Mit Freuden habe ich Ihrem Sohn ein

Regimentskommando übertragen und durch den Tag seiner Ernennung derselben eine noch schönere Auszeichnung verleihen wollen, – vor allem aber, um in ihm Ihnen eine neue Anerkennung Ihrer hohen Verdienste um die Armee auszusprechen! Ich freue mich, daß Sie dies verstanden haben! – Sie berühren in Ihrem ersten Brief die mir auferlegte neue Tätigkeit in neuen Ländern, und bin ich mit Ihnen froh, daß ich noch imstande war, diesen, allerdings über alle Erwartung geglückten Besuch in Elsaß-Lothringen, trotz Fatiguen glücklich zu überstehen. Das Interesse überhaupt, diese Lande kennen zu lernen, dann die magnifique durchgeführten Festungsbauten und vor allem das bekannte Schlachtfeld von der andern Seite kennen zu lernen, sowie Weißenburg und Wörth zu sehen, war ungemein groß und belehrend. Wenn ich auch nicht in die Tiefe der Herzen und Gemüter eindringen mochte, so war doch die äußere Erscheinung der Population von dem Gefühl durchdrungen, den neuen Herrscher würdig zu empfangen und alle politischen Nüancen momentan zu beseitigen. Und dies [ist] viel mehr gelungen, als je zu erwarten stand, und schlug sogar in überraschende Freundlichkeit allmählich um. Die Truppen habe ich überall in geradezu brillanter Verfassung gefunden. – Meine Gesundheitsreisen sind mir vollkommen angeschlagen. Die Entrevue mit dem Kaiser von Österreich war sehr interessant in diesem Moment, und wir sind in allem einverstanden, auch über die Möglichkeit, daß er militärisch genötigt sein kann, acte de présence zu machen, aber nie gegen Rußland, und stets auf die Erhaltung der Dreikaiser-Entente hinweisend.

18. August 1877.

Aus der Korrektur des Datums dieses Briefes sehen Sie, daß ich Ihren letzten Brief erst erhielt, da ich diese Zeilen schon begonnen hatte.

Ich kehre zurück zur Beantwortung in chronologischer Ordnung. — Ja, in den kirchlichen Ereignissen, die sich in Berlin zutrugen, blieb mir nichts übrig, als Farbe zu zeigen. Ich habe, wie von Ihnen, sehr viele erfreuliche Zurufe erhalten, namentlich von allen zusammen gewesenen Kreissynoden. Dennoch wird der Sieg nicht leicht zu erringen sein, da die Geister leider schon zu lange ungestört verdorben worden sind, und da war es sehr glücklich, daß nun sogar die Kanzel mißbraucht wurde, um allen Ernstes vorzugehen; nachdem Sydow sich noch scheute, seinen verdrehten Glauben an heiliger Stätte auszusprechen, da er sehr wohl wußte, daß ihm das Landrecht entgegenstand, und daher mit Umgehung der dort verheißenen Strafen sich begnügte, seine Lehren in Privatversammlungen — Rathaus — zu lehren!! so hat doch seine damalige Freisprechung durch den Oberkirchenrat im Widerspruch mit der Verurteilung durch das Konsistorium seine Früchte getragen, wie ich dies in der Konferenz, die ich dieserhalb abhielt, bestimmt vorausgesagt, und wie es nunmehr Hoßbach genau ausführte! und in der Berlin-Cölln-Stadtsynode weitergesponnen wurde! Die Verweisung des Apostolikums vor die Landessynode kann sehr gefährlich werden, da das Laienelement in derselben viel zu zahlreich vertreten ist, trotz meiner Kämpfe dagegen, und in diesen Laien steckt leider der Unglaube!

Sie beurteilen mich nur zu richtig, wenn Sie annehmen, daß ich tief ergriffen bin von dem Revers der russischen Armee und in der Seele des Kaisers traure! Aber die Operationen seit dem Donauübergange sind mir ein Rätsel. So vorzüglich wie dieser vorbereitet und ausgeführt wurde, so unerklärlich ist es, daß nach demselben die Hauptregel der Strategie ganz aus den Augen gesetzt wurde: mit allen Kräften der Hauptarmee des Feindes entgegenzugehen und [sie] zu schlagen, ehe man weitere Operationen unter-

nimmt; wogegen man jetzt seine Kräfte teilt und überall schwächer als der Gegner erscheint! Die Episode über den Balkan ist unerklärlich und verdiente die Ausführung derselben einen vernünftigeren Zweck! Ich hoffe mit Ihnen, daß der Sieg endlich der russischen Armee verbleiben wird, aber die Türken müßten mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie die Ankunft der enormen Verstärkungen des Gegners ruhig geschehen ließen. Möchten sie doch so blind sein!

Ich freue mich, zu lesen, daß es Ihnen im allgemeinen gut geht. Ich bin vor einigen Tagen bei meiner Durchfahrt, auf der Rückreise hierher von Großbeeren, einen Moment bei Bl. gewesen und habe Ihre Schöpfung geradezu bewundert! und begreife, daß Sie dieselbe nicht leichten Herzens aufgaben! Haus und Garten in Gütergotz sind wirklich ganz reizend und noch immer vortrefflich gehalten, obgleich der Besitzer leider wenig davon sieht. . . .

Sie sehen, ich konnte die Tinte nicht halten; aber wo so interessante Themata zu beantworten waren, hat man keine Zeit – kurz zu sein! Mit meinen herzlichsten Empfehlungen für die Ihrigen, verbleibe ich Ihr dankbarer Wilhelm.

197. An Bismarck. Berlin, 30. Dezember 1877.

Seit einiger Zeit gefallen sich die Zeitungen, von totaler Modifikation des Staatsministeriums zu berichten und Personen sogar zu nennen, ohne daß irgendeine positive Zurückweisung solcher Gerüchte erfolgt wäre. Nun bringt aber die gestrige Norddeutsche Allgemeine Zeitung in ihrer Nummer 306, zweite und dritte Spalte, Mitteilungen der gedachten Art aus andern Zeitungen, und beleuchtet dieselben in einer so eigentümlichen Art, daß man sie für offiziös halten könnte. Dies gilt namentlich von der Versicherung, daß Sie mir einen Plan zu jener Modifizierung vorgelegt und ich denselben durchaus gebilligt hätte!!

Dies geht denn doch zu weit und kann nicht ohne Dementierung gelassen werden, die ich von Ihrer Seite offiziös wünsche, da niemand besser weiß als Sie selbst, daß Sie mir keine Silbe über diesen Gegenstand mitgeteilt haben.
Die Zeitungen gehen so weit, zu versichern, Sie hätten Herrn v. Bennigsen nach Varzin berufen, um mit ihm diese große Umwälzung zu bearbeiten, wobei er das Ministerium des Innern erhalten sollte? Dies hat mich denn doch in einem Maße frappiert, daß ich anfangen muß zu glauben, es sei wirklich etwas derart im Werke, von dem ich gar nichts weiß! Graf Eulenburg, der sich gestern verabschiedete, wollte meiner Versicherung, daß ich von nichts wisse, gar nicht glauben. Ich muß Sie also ersuchen, mir Mitteilung zu machen, was denn eigentlich vorgeht? Was Bennigsen betrifft, so würde ich seinen Eintritt in das Ministerium nicht mit Vertrauen begrüßen können, denn so fähig er ist, so würde er den ruhigen und konservativen Gang meiner Regierung, den Sie selbst zu gehen sich ganz entschieden gegen mich aussprachen, nicht gehen können! –
Zum Schluß Ihnen und den Ihrigen ein glückliches Neujahr wünschend und vor allem Gesundheit!! Ihr Wilhelm.

198. An Bismarck. Berlin, 2. Januar 1878.

Empfangen Sie meinen herzlichen Dank für Ihren Brief mit seinen Wünschen beim Jahreswechsel, die ich mit Freuden entgegennehme, da zugleich die Hoffnung ausgesprochen ist, daß Sie zum Reichstag gewiß hier sein würden, was das beste Neujahrsgeschenk für mich ist!
Mein Brief an Sie hat sich mit Ihrem obengenannten gekreuzt, und letzterer ist durch den Schluß des Ihrigen schon vollständig beantwortet, so daß ich Sie bitte, nicht weiter auf eine Antwort zu sinnen. Daß an all den Gerüchten nichts wahr sein konnte, versteht sich ja von selbst; es war

also nur die Berufung Bennigsens, die mich inquietierte, und da ich Ihnen ja nie verwehren kann, Personen, die Sie wirklich zu hohen Posten mir vorschlagen zu wollen beabsichtigen, vorher noch genauer zu prüfen, so ist auch diese Inquietude ganz beseitigt, da B[ennigsen] kein Kandidat ist. Leider erfuhr ich schon durch Graf Lehndorff, daß Sie sich am letzten Tage seiner Anwesenheit in Varzin unwohl fühlten, und soll dies Unwohlsein Sie bettlägerig machen. Hoffentlich geht es rasch vorüber, damit Sie zum Reichstag hergestellt hier eintreffen können. Die brennend politische Frage, ob Frieden oder Krieg, liegt ganz in Englands Hand; aber ich fürchte, daß bei der Kriegslust der Königin Viktoria und ihrem jüdischen ersten Ratgeber, der sie in ihrer Lust bestärkt, die Dinge zur Kriegsverlängerung und dann zu viel größeren Komplikationen für Europa führen werden als der bisherige lokalisierte. Enfin qui vivra, verra.

Ihr treu ergebener Wilhelm.

199. An Roon. Berlin, 12. März 1878.

Nach längerer als meiner gewöhnlichen Schuld stehe ich dieses Mal vor Ihnen mit dieser verspäteten Danksagung für Ihren Brief beim Jahreswechsel. Er enthält so liebe Worte und Gedanken für mich, wie ich sie von einem Manne kenne, der mir jahrelang mit treuem Rat und kräftiger Tat zur Seite stand und somit eine große Zeit mit schaffen half! Glauben Sie nicht, daß Ihre Zeit erblaßt vor der Gegenwart mit ihrer aufreibenden Natur, wie Sie mir schrieben. Die jetzige Armee, die Sie mit bildeten, steht noch unwandelbar fest als Ihr Werk; denn nur Beharrlichkeit und Konsequenz ließ uns alle schmähliche Anfechtungen bekriegen und zuletzt mit den Waffen in der Hand besiegen!
Als Sie mir schrieben, war eben erst Plewna gefallen; die Russen gingen von Sieg zu Sieg, stehen am Tor von Kon-

stantinopel und schließen Frieden, der ihnen selbst wenig einbringt für die unerhörten Kosten von Menschenleben, Blut und Kosten aller Art, und wer weiß, was ihnen im Kongreß noch abgezwackt werden wird in Armenien und an der Donau. Daß dieser Kongreß in Berlin tagen soll, um Bismarcks Gegenwart zu ermöglichen; ist sehr ehrenvoll für Deutschland und speziell für Preußen; aber mir persönlich wird dadurch manche unangenehme Stunde bereitet werden! Denn meine Rolle ist die eines Schiedsrichters, und der macht es niemandem recht! –

Sie berühren unsere innere Politik. Der Fürst und Eulenburg bereuen ihren Anflug von Liberalität und sehen, wie schwer es ist, den kleinen Finger wieder zurückzuziehen! – Ich selbst habe es ja seinerzeit empfunden! – Die Vertretungsfrage des Fürsten ist denn glücklich gestern entschieden; sie war so einfach an sich, indem auf Verlangen das immer Bestandene gesetzlich gemacht wurde! Man sah bald, was man bei der Einfachheit des Vorgeschlagenen benutzen wollte, um anderes zu berühren – auf liberaler abschüssiger Bahn. Die sogenannte Kulturfrage könnte durch den neuen Papst vielleicht mit der Zeit eine Besserung erfahren, wenn Kardinal Franchi den Einfluß erhält, den wir ihm wünschen, da er die Lage richtig erkennt und sehr wohl weiß, wo die Abhilfe liegt, d. h. daß die Bischöfe und durch sie die Geistlichen sich dem Gesetze unterwerfen.

Die Lage unserer Kirche wird immer brennender!! Die laue Behandlung des Sydow-Falles hat genau die bösen Folgen getragen, die ich vorhersagte, aber im Konseil auch nicht eine Stimme für mich erhielt, exemplarisch streng gegen den Mann zu verfahren. Er erhielt eine Warnung und blieb im Amte; sein Schüler Hoßbach verkündet von der Kanzel, was jener nur in Privatversammlungen vor Tausenden lehrte, und erhielt eine Warnung; nun tritt ein dritter bei

Züllichau auf und leugnet noch frecher die Grundpfeiler unseres Glaubens; er wird zur Revozierung aufgefordert und mit Disziplinaruntersuchung bedroht; dies schwebt erst seit einigen Tagen. Sie wissen, wie entschieden ich für unsern Glauben eingetreten bin, und daß ich deshalb alles anwende, um die Gleichgläubigen in ihrem Glauben zu erhalten, sie vor Irrlehren zu warnen und durch Strenge gegen Irrlehrer aufzutreten, damit nicht noch mehr verführt werden. Seit fünf Monaten korrespondiere ich mit dem Oberkirchenrat, aber komme nicht von der Stelle, weil ich nirgends den Mut erzeugen kann, diese Strenge eintreten zu lassen, und so geht alles bergab!!

Wenn man die Auftritte kennt, die der gewisse Most herbeiführte kontra Stöcker, so schaudert man, wenn man sehen muß, daß unsere Gesetzgebung dergleichen nicht strafen kann. Diese Gottesleugnung geht Hand in Hand mit der Sozialdemokratie, und so sind wir mitten im Frieden dahin gekommen, wohin die französische Revolution in der Schreckenszeit geriet, d. h. Gott abzuschaffen und dann wieder einzusetzen, obgleich letzteres unsere Gottesleugner noch nicht tun! Das sind gewiß alles recht schwer zu verfolgende und womöglich zu ordnende Dinge, aus denen man oft keinen Ausweg sieht, und doch immer wieder ansetzen muß! Auf den Himmel muß man trauen, nur er fügt das Ende! Mich den Ihrigen herzlich empfehlend, Ihr treu ergebener Wilhelm.

200. An Roon. Berlin, 20. Mai 1878.

Herzlichen Dank für Ihre teilnehmenden Zeilen vom 12. d. Mts. Ja! es war wieder eines der Ereignisse, wo man sichtlich in Gottes Hand steht, wie wir alle! Die teilnehmenden Beweise, die mir, wie die Ihrigen, von allen Seiten zugehen, sind ein Balsam für mein und meiner Tochter Herz, aber eine Wunde ist ihm doch geschlagen, die

nur die Zuversicht zu Gottes Gnade und Seinem Willen heilen kann!
Die Worte, die Sie schrieben, daß mit dem Preßgesetz und mit dem Vereinsrecht so etwas nur möglich ist, fasse ich dahin zusammen, daß mit denselben die Welt aus den Angeln gehoben werden muß!
Ich habe bei Gelegenheit des Glückwunsches aus Errettung der Gefahr seitens der Staatsminister an dieselben sehr ernst eine Mahnung gerichtet, die Augen fester aufzumachen als bisher, wohin die Zügellosigkeit der Presse und die fortgesetzten, ungestraften Meetings der Umsturzpartei sowohl als die der Glaubensverfälscher führen. Diese Mahnung hat zur Folge gehabt, daß ein Gesetz zur Verschärfung in dieser Richtung dem Bundesrat und dem Reichstag vorgelegt werden soll, aber leider sieht man vorher, daß damit nicht, bei letzterem wenigstens, durchzudringen sein wird!
Allen Ihrigen, die sich Ihrer Teilnahme anschlossen, herzlichen Dank. Ihr dankbarer König Wilhelm.

201. Ansprache an die städtischen Behörden der Stadt Berlin.

Berlin, 7. Dezember 1878.

Allerdings habe ich aus dem Empfange, der mir vorgestern geworden ist, erkannt und, wie Sie in der Adresse richtig sagen, aus den leuchtenden Augen der mich empfangenden Bevölkerung gelesen, daß die Freude über meine Genesung und Rückkehr eine innige, tief aus dem Herzen kommende ist. In den äußeren Zurüstungen, welche seit einigen Wochen für meinen Empfang so emsig vorbereitet sind, ist vielleicht das von mir gewünschte Maß überschritten worden, Sie haben mir aber schon vorgestern gesagt, daß die allgemeine Freude sich nicht zurückhalten ließ. Leider ist es mir nicht möglich gewesen, die Illumination selbst in Augenschein zu nehmen. Ich habe nur etwas von meinen Fenstern aus

sehen können, aber von allen Seiten gehört, daß sie recht schön gewesen ist. Und so danke ich Ihnen herzlich für den mir bereiteten, meinem Herzen wohltuenden Empfang und bitte Sie, diesen meinen Dank überall zu verbreiten. Es ist Ihnen gelungen, den tief schmerzlichen Eindruck der letzten Ereignisse wenn auch nicht ganz, so doch zum Teil zu verwischen. Indessen muß ich immer daran denken, aus welcher Veranlassung es notwendig wurde, daß Berlin mich so empfing.

Die Vorsehung hat es zugelassen, daß mich so Schweres betroffen hat. Als ich errettet war, fand ich darin die Mahnung, mich zu prüfen, ob ich meinen Lebenslauf so eingerichtet, meine Pflichten so erfüllt habe, daß ich wert war, gerettet zu werden. Wenn ich die kurze Zeit, welche mir noch zugemessen ist, ungetrübt verlebe, so ist es der Wille der Vorsehung, und wenn es anders kommen sollte, so ist es auch der Wille der Vorsehung. Menschliche Vorsicht ist gegen solche Dinge, wie sie mir zugestoßen, ohnmächtig. Eine Änderung der Gesetze ist notwendig geworden, und wie notwendig diese Änderung für Deutschland und dessen Einzelstaaten war, liegt jetzt wohl allen klar vor Augen. Aber auch für die andern Staaten ist dadurch eine Anregung gegeben. Es ist ja doch bewiesen, daß weitverzweigte Verbindungen existieren, und zwar mit dem ausgesprochenen Prinzip, die Häupter der Staaten zu beseitigen. Die Hauptsache ist aber, wie Sie in der Adresse richtig bemerken, die Erziehung der Jugend. Hier gilt es, die Augen offenzuhalten. Das ist Ihre Aufgabe, die Herzen der Jugend so zu lenken, daß solche Gesinnungen nicht wieder aufwachsen, und dabei ist das Wichtigste die Religion. Die religiöse Erziehung muß noch viel tiefer und ernster gefaßt werden. In dieser Beziehung ist auch in unserer Stadt nicht alles gut bestellt.

Ich danke Ihnen nochmals, meine Herren, für die in der

Adresse kundgegebenen Gesinnungen, welche ich durch den Empfang bestätigt gefunden habe, und bitte Sie, das, was ich gesagt habe, in möglichst weite Kreise mitzuteilen.

202. An Roon. Berlin, 26. Dezember 1878.

Durch Ihr Schreiben vom 10. d. Mts. bei Gelegenheit meiner Rückkehr nach Berlin und der Wiederübernahme meines schweren Amtes und alles, was Sie aus Veranlassung dieses Abschnittes in meinem Leben sagen, haben Sie mir eine sehr große Freude gemacht, und danke ich Ihnen von Herzen für dieselbe.

Es ist ein schweres Jahr, was wir zu Grabe tragen! Die mir zugefügten körperlichen Leiden verschmerzte ich leichter als die, welche dem Herzen und Gemüte geschlagen sind! Doch auch beglückende Eindrücke sind mir zuteil geworden, durch Teilnahme und Mitgefühl, so mir von allen Seiten zuteil wurden, und dazu gehört auch Ihr Andenken an diese schweren Tage! Wohin wir gekommen wären ohne den 2. Juni, ist nicht zu berechnen, und wie ich es öffentlich ausgesprochen, will ich gern geblutet haben, wenn manchem die Augen geöffnet sind und wir zum Besseren steuern! Der Anfang ist gemacht durch das neue Gesetz, aber nun muß noch der gelockerte Boden der Kirche befestigt werden!

Anliegend sende ich Ihnen mein Weihnachten, klein an Dimension, aber vielsagend und bedeutungsvoll. Ein Andenken für die, die mir nahestehen! Mit meinen Grüßen für die Ihrigen schließe ich als Ihr stets dankbar ergebener

Wilhelm.

203. Letztwillige Aufzeichnung.

Berlin, 31. Dezember 1878 1/2 11 Uhr abends.

Es geht ein Jahr zu Ende, welches für mich ein verhängnisvolles sein sollte. Ereignisse von erschütternder Art trafen mich am 11. Mai und am 2. Juni.

Die körperlichen Leiden traten zurück gegen den Schmerz, daß preußische Landeskinder eine Tat vollbrachten, die am Schluß meiner Lebenstage doppelt schwer zu überwinden war und mein Herz und Gemüt für den Rest meiner Tage finster erscheinen lassen! Doch muß ich mich ergeben in den Willen Gottes, der dies alles zuließ, aber zugleich seine Gnade und Barmherzigkeit walten ließ, die mich zu meinen Berufsgeschäften wieder fähig machte. So preise ich Gott für diese Seine Führung, in der ich zugleich eine Mahnung erkenne, mich zu prüfen, ehe ich vor dem Richterstuhl des Allmächtigen erscheinen soll! Daher erkenne ich in den so sichtbar gewordenen Ereignissen eine gnadenvolle Führung Gottes, die zum Guten führen soll wie alles, was von Ihm in Leid und Freude uns trifft. Darum preise ich die Vorsehung für die schmerzensvollen Ereignisse des ablaufenden Jahres. Sie haben mir aber auch Erhebendes gebracht durch die Teilnahme, welche mir von allen Seiten zuteil wurde.

Zunächst findet hier meine Gemahlin meinen heißen Dank für ihre Liebe und Teilnahme, die sie mir, selbst leidend, schenkte, demnächst meine Tochter, die mit kindlicher Liebe mich pflegte und mir so wohltat. Alle Familienglieder nah und fern finden hier meinen liebevollen Dank für alles, was sie mir Teilnehmendes in der Schmerzenszeit bewiesen. Allen denen, die in so überraschender Weise meiner gedachten, gebührt hier mein inniger Dank. Und woher kam diese Teilnahme? Von wo anders als vom Allmächtigen, dessen Führung es wollte, daß ich in der Welt so gestellt ward, daß Seine Gnade sich jedermann einprägte, die über mir waltete. Und in dieser Waltung erkenne ich wiederum Seine Liebe und Barmherzigkeit, daß Er mich ausrüstete, seinen Willen hier auf Erden zu vollführen und Er mich und mein Volk würdig fand, das übertragene Pfund zu verwalten.

Also wiederum nur Gottes Gnade preise ich in allem, was mir von Menschen in dieser Leidenszeit Gutes zuteil ward. Aber nicht bloß in dieser Leidenszeit zeigte sich diese Teilnahme, sondern jederzeit habe ich dieselbe in einem Maße empfangen, die weit über das Verdienst ging, mit dem ich jenes Pfund verwalten konnte. Die Menschen haben meine Schwächen und Fehler übersehen wollen; aber Der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des Himmlischen Vaters nicht achtete! Herr Dein Wille geschehe im Himmel, also auch auf Erden. Im Glauben ist die Hoffnung und die himmlische Liebe der Weg dahin! Amen! Wilhelm.

204. An Gräfin Anna v. Roon, Witwe des Generalfeldmarschalls.

Berlin, 26. Februar 1879, 1/212 Uhr mittags.

Es ist mir ein schmerzliches Opfer, welches ich meinem Herzen und meinen Gefühlen bringe, in dieser Stunde nicht unter denen sein zu können, die dem Verewigten die letzte Ehre erweisen. Mein zunehmendes Unwohlsein verbietet mir, das Zimmer zu verlassen, und so konnte ich auch meinem Herzenswunsch nicht nachkommen, Ihnen selbst mein Mitgefühl auszusprechen, nachdem beim letzten Besuch das eintrat, was wir damals voraussehen mußten. Ich kann es also heute nur wiederholen, was ich Ihnen an jenem unvergeßlichen Abend sagte: nicht nur den, in jeder dem Verstorbenen übertragenen Stellung ausgezeichneten Staatsmann beweine ich, sondern den Freund und den Menschen, der mir so lange mit Rat und Tat zur Seite stand und immer aus dem Born schöpfte, der allein unser Gewissen leitet, aber auch segnet!

Das Andenken eines solchen Mannes erlöscht niemals, und daneben so wenig die Dankbarkeit derer, für die er lebte

und schuf. Mein Andenken und meine Dankbarkeit stehen obenan!
Aber auch in der Armee stehen diese Gefühle lichtvoll da und durch die Taten derselben im Volke, das durch diese groß und mächtig wurde!
Gott schütze und stärke Sie, denn Sie wissen, wo dazu Kraft gesucht und gefunden wird!

Ihr tief teilnehmender König Wilhelm.

205. An Bismarck. Berlin, 16. März 1879.

Die neueren Erscheinungen im Reichstage tragen die Tendenz, meiner Ansicht nach, an sich, die direkt von der Reichsregierung ausgehenden Maßregeln zurückzuweisen und immer mehr die Ansicht zu verfolgen, die ihm zustehende parlamentarische Gesetzeskraft und Bestimmung in eine Präponderanz über die Regierung, d. h. in eine parlamentarische Regierung, umzuwandeln.
Beweise hierfür:
1. Die Regierung überließ dem Beschluß des Parlaments die Entscheidung über die Zulassung der ausgewiesenen Sozialdemokraten, obgleich sie berechtigt gewesen wäre, dieser Zulassung durch Arrestation der letzteren zu prävenieren. Der Reichstag, die Ansicht der Regierung hinreichend kennend, daß die Zulassung zurückzuweisen sei, beschloß (leider mit Hinzutritt der Konservativen) die Zulassung.
2. Die Vorlage der Reichsregierung des Disziplinar-Verschärfungsgesetzes verwarf derselbe, ohne, wie es verfassungsmäßig war, dasselbe zu beraten, zu amendieren und selbst dann erst zu verwerfen, und setzte sich selbst an die Stelle, um dergleichen Gesetz einzubringen.
3. Der Reichstag verlangt jetzt, nachdem von mir die Untersuchung der Katastrophe des Untergangs des „Großen Kurfürsten" befohlen, von mir das Kriegsgericht zum Spruch

über diese Untersuchung ernannt ist, mir die Entscheidung über diesen Spruch allein zusteht, womit diese rein militärische Angelegenheit ihren Abschluß erreichen wird – verlangt der Reichstag also die Vorlage der Akten und Papiere über diese Angelegenheit und setzt sich somit zum Richter über die königlich-kaiserliche Befehlsprärogative! Geht ihm dies durch, so ist ein Präzedenz gegeben, dessen Folgen jedes Kind einsieht.

Diese drei Fälle liefern also den Beweis, wohin der Reichstag gravitiert. Dem muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden, und ersuche ich Sie, auf diese Ansicht die Reichs- und preußischen Behörden, welche mit dem Reichstage zu verkehren haben, aufmerksam zu machen und auf das nachdrücklichste klarzumachen, um vorkommenden Fällen dieser Art, die gewiß nicht auf sich warten lassen werden, entschieden von Haus aus entgegenzutreten. Ihr Wilhelm.

206. An Bismarck. Berlin, 4. April 1879.

Wie wenig Verlaß auf Forckenbecks Versprechen ist, beweist der gestrige Schluß der Session des Reichstages! Im Beisein seiner beiden Vizepräsidenten, bei Gelegenheit der Kondolenzaudienz, sagte ich ihm, unserer Verabredung gemäß, wie ich hoffte, daß die Osterferien diesesmal recht kurz sein würden, damit die wichtigen Arbeiten noch vor der heißen Jahreszeit vollendet würden, wo bekanntlich das Sitzfleisch der Parlamente aufhöre. Er erwiderte, daß beabsichtigt gewesen sei, im Anfang dieser Woche zu schließen und 14 Tage nach Ostern wieder zu beginnen, daß aber aus den von mir angeführten Gründen die Ferien erst Sonnabend vor Palmsonntag [beginnen] und acht Tage nach Ostern der Zusammentritt stattfinden solle, also im ganzen 14tägige Ferien. Ich belobte diesen Beschluß ungemein, da auch die Vizepräsidenten damit übereinstimmten, und machte sie aufmerk-

sam, welcher Nachteil entstehen würde, wenn in dieser Session diese wichtigen Fragen nicht entschieden würden, auf eine Auflösung des Reichstages anspielend. Also ist es nun bei dem aufgegebenen Termin doch geblieben. Wenn es Forckenbeck ernst gewesen wäre, so würde er den Deputierten wohl die vier Tage Sitzfleisch oktroyiert haben! und die acht Tage weniger nach Ostern! Der Herzog von Ratibor und Fürst Hohenlohe-Langenburg waren gestern abend außer sich, daß namentlich die Rede des letzteren, [die] nach Ausspruch des ersteren, vortrefflich für die kürzeren Ferien gewesen sei, nichts gefruchtet habe! Ihr Wilhelm.

207. An Bismarck. Mainau, 20. Juli 1879.

... Vor allem aber muß ich Ihnen nun noch nachträglich Glück wünschen zu dem Sieg, den Sie im Reichstag erfochten haben! Zu den vielen Siegen im Äußeren tritt nun zu denen im Innern überhaupt noch dieser auf dem Finanzgebiet. Sie unternahmen es, in ein Wespennest zu stechen, wobei ich Ihnen aus Überzeugung beitrat, wenn auch mit Bangigkeit, ob der erste Wurf gelingen würde. Ein ähnlicher Umschwung der öffentlichen Meinung ist wohl selten in so kurzer Zeit errungen worden, und man sieht, Sie trafen, nach ungeheurer Arbeit und Anstrengung, den Nagel auf den Kopf, und wenn derselbe auch etwas beim Einschlagen bröckelte, so ist doch die Majorität von 160 Stimmen ein Triumph, der Ihnen manche schwere Stunde der Vorarbeit und des Kampfes versüßen wird. Das Vaterland wird Sie dafür segnen – wenn auch nicht die Opposition!

Ihr dankbarer König Wilhelm.

208. An Bismarck. [Danzig,] 10. September 1879. – Stettin, 12.

Anbei sende ich Ihnen den Schluß der Aufzeichnungen meiner Unterhaltung mit Kaiser Alexander. Mein Brief

aus Berlin, der sich mit Ihrer Denkschrift Nr. 1 gekreuzt hat, zeigte Ihnen, daß Ihre Ansichten, die Sie jetzt ausführlicher in Nr. 2 wiederholen, in Widerspruch sind – zunächst im Prinzip –, und dann, daß keine Antwort gegeben werden konnte, bevor ich mit Kaiser Alexander gesprochen hatte. Ihre Prämissen in den Denkschriften konnten für mich nur Beweiskraft haben, nachdem ich mit dem Kaiser gesprochen hatte und – wie ich Ihnen durch Minister v. Bülow schreiben ließ – nachdem der Briefwechsel aufgeklärt war. Bis dahin betrachtete ich Ihre Denkschriften comme non avenus. Mir haben meine Aufzeichnungen die Aufklärung gebracht. Der Kaiser bedauert, den Brief geschrieben zu haben, da er zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe. Die Worte ce qui doit avoir des suites fâcheuses et dangereuses sollten durchaus nicht als Androhung eines Bruches betrachtet werden, sondern sollten nur meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß, wenn der Presse keine Beschränkung auferlegt würde, ein schlimmes Gefühl zwischen unsern beiden Ländern erwachen könne, das niemand von uns beiden wünsche; aus diesem Grunde sollten entsprechende Maßregeln getroffen werden. Da diese Erklärung so wahr ist, wie irgend etwas in dieser Welt sein kann, konnte ich nur meine vollständige Zustimmung ausdrücken, um so mehr als die russische Regierung schon dementsprechende Maßregeln getroffen und ich ähnliche vor meiner Abreise anbefohlen hatte. Wie Sie aus den Aufzeichnungen sehen werden, berichtigte ich die Ansicht, die sich Kaiser Alexander über die Abstimmungen meiner Bevollmächtigten im Orient gebildet hatte, und er verstand das völlig, obwohl er sagte, daß er schon Nachrichten über die ungünstigen Folgen dieser Abstimmungen empfangen habe, was mir ganz neu war, aber des Kaisers Mißvergnügen über den Punkt erklärte. Sie werden auch

lesen, wie ich Sie gegen die Stelle in des Kaisers Briefe verteidigte. Er erkannte vollständig an, daß unsere Politik während des Krieges im Orient die größte Wohltat für Rußland gewesen war, was die höchste Anerkennung für Sie selbst einschließt. Ich konnte ihm versichern, daß Sie „bis jetzt" Ihre alten Gefühle für Rußland bewahrt hätten, wie 1877 und 1878 genügend bewiesen hätte. Bei dieser Gelegenheit drückte der Kaiser seine Überzeugung aus, daß der Friede für Europa nur durch unser Zusammenhalten à trois erhalten werden könne, wie wir es seit der Berliner Zusammenkunft 1872 getan hätten. Erfüllt von der gleichen Überzeugung konnte ich ihm nur zustimmen. Da die drei Personen, Adlerberg, Giers und Miljutin, genau in demselben Sinne sprachen, so ist die Aufklärung, die ich von dieser Zusammenkunft in Alexandrowo über die Gesinnungen des Kaisers und seiner nächsten Vertrauten erwartete, zutage getreten, soweit als ich betroffen bin. Niemand von ihnen hat auch nur im geringsten den Wunsch, einen Krieg mit uns zu wagen. Die großen Verstärkungen des russischen Heeres, die als Reserve während des türkischen Krieges aufgeboten wurden, werden als eine fortwährend wachsende Masse beibehalten, weil Rußland sich von einer europäischen Koalition bedroht glaubt und deshalb in einem Zustande der Vorbereitung sein muß, der es befähigt, „allein" ihr entgegenzutreten.

Daher erscheinen mir die Prämissen in Ihren Denkschriften haltlos – nämlich, daß wir infolge der von Rußland drohenden Gefahr die bisher Rußland gegenüber befolgte Politik aufgeben und eine europäische Koalition defensiver Natur gegen Rußland nicht nur suchen, sondern wirklich schließen sollten – und kann ich mich daher diesem Plane in seinem gegenwärtigen Umfange nicht anbequemen. Im Hinblick auf die Erklärung, die Kaiser Alexander seinem Briefe an

mich gab, den ich ursprünglich nicht als eine Drohung betrachtete, sondern nur als einen Wunsch, die zwischen unsern Staaten bestehenden guten Beziehungen durch Beschränkungen der Presse aufrechterhalten zu sehen, konnte es „nur eine Quelle der Genugtuung für mich" sein, den milderen Ton wahrzunehmen, der in Ihrer von mir dem Kaiser gesandten Antwort vorherrschte, während der mäßige Druck und die Wahrheiten, die er erhielt, hinreichend verständlich waren „und auch verstanden wurden". Die Worte «une entente séculaire, les legs de nos pères de glorieuse mémoire» waren mir wie aus dem Herzen geschrieben und gingen dem Kaiser zu Herzen, so daß er sie zweimal mir wiederholte.

Ich konnte deshalb Ihre Feindseligkeit gegen Rußland, die mit jeder Denkschrift wächst, nicht verstehen und konnte auch die eben angeführten Ausdrücke keineswegs als eine bloße leere Phrase erklären. Ebenso sehr verwundeten mich Ihre Worte, daß wir äußerlich eine freundschaftliche Haltung gegen Rußland beibehalten sollten, gleichzeitig aber mit Österreich, England und vielleicht Frankreich einen Bund gegen Rußland schließen. Ja, Sie haben den Abschluß dieses Bündnisses schon so fest ins Auge gefaßt, daß Sie nicht nur Ihren ganzen Plan dem Grafen Andrassy mitteilten, sondern ihm auch erlaubten, mit seinem Kaiser darüber zu sprechen, der ihn auch sogleich annimmt. Dann ersuchen Sie mich auf Ihrer Rückkehr über Wien, Ihnen Instruktionen zu senden, um dort mit Österreich ein Schutzbündnis gegen Rußland zu schließen, dem der größere Bund folgen würde. Versetzen Sie sich für einen Augenblick an meine Stelle. Ich bin mit einem persönlichen Freunde, einem nahen Verwandten und einem Verbündeten zusammen, um über einige übereilte und wirklich mißverstandene Briefstellen ins klare zu kommen, und unsere Besprechung führt

zu einem befriedigenden Resultat. Soll ich jetzt gleichzeitig einem feindlichen Bunde gegen diesen Herrscher beitreten, mit andern Worten, hinter seinem Rücken in einer Weise handeln, die im Gegensatze zu der steht, in der ich mit ihm gesprochen habe?

Ich will durchaus nicht bestreiten, daß die Gefahren, die Sie in Ihren Denkschriften hervorkehren, eines Tages entstehen können, besonders wenn ein Wechsel der Regierenden in Petersburg eintritt. Ich bin jedoch vollständig außerstande, einzusehen, daß irgendeine drohende Gefahr vorliegt. Wie oft haben Sie mich vor Verträgen mit andern Mächten gewarnt, durch die man sich die Hände binde, wenn kein bestimmter Fall, sondern nur Mutmaßungen über eine unsichere Zukunft vorliegen. Mein Bruder und Minister Manteuffel besonders haben sich durch den dreijährigen Vertrag mit Österreich, der nach Olmütz geschlossen wurde, die Hände verbrannt und den Ablauf des Termins ungeduldig erwartet. Der jetzige Fall ist ganz ähnlich. Es ist gegen meine politischen Überzeugungen und mein Gewissen, daß ich meine Hände um einer „möglichen Eventualität" willen binde.

Gleichzeitig darf ich indessen Sie und die Schritte nicht desavouieren, die Sie bei Ihrer Unterhandlung mit Andrassy und seinem Herrn schon unternommen haben. Deshalb mögen Sie in Wien, wohin Sie, wie schon alle Zeitungen sagen, gehen, von der „Eventualität" einer Mißhelligkeit mit Rußland sprechen, die sich zu einem Bruche entwickeln könnte, und in „Pourparlers" über die dann mit Österreich zu treffenden gemeinsamen Maßregeln eintreten. Ich ermächtige Sie aber nicht – und ich folge dabei meinem Gewissen – eine Konvention, geschweige denn einen Vertrag abzuschließen.

Auf diese Weise, hoffe ich, werden unsere Ansichten wieder übereinstimmen. Sollte das nach Gottes Willen der Fall

sein, so kann ich mit Vertrauen in die Zukunft blicken, die sonst für mich sehr dunkel sein würde, und eine ungetrübte Fortdauer der Beziehungen mit Rußland erwarten, die schon anfangen, freundlicher zu werden.

Ich kann Ihnen nicht sagen, wie schmerzlich mir der Zwischenfall gewesen ist, da wir zum erstenmal seit 17 Jahren uns nicht einigen zu können schienen. Ich erwarte ungeduldig Ihre Antwort auf die obige Vollmacht und bin überzeugt, daß wir zu einer Übereinstimmung kommen werden. Gott gebe, daß es so sein möge!

Ihr treuer und ergebener Wilhelm.

Beendigt in Stettin 12. 9. 79.

Da Herr v. Bülow, nachdem er eine Abschrift meiner Zusätze zu den Alexandrowoer Aufzeichnungen genommen hatte, das Original sofort an Sie expedierte, so sind danach die Eingangsworte dieses Briefes geändert worden.

209. An Bismarck. Baden-Baden, 2./4. Oktober 1879.

Aus Ihrem Brief vom 24. v. Mts. sowie aus der beigefügten Denkschrift, den Protokollen Ihrer Verhandlungen in Wien und dem Vertragsentwurf, der auf sie gegründet wurde, ersehe ich mit Bedauern, daß meine Ansichten über diesen Vertrag keine Annahme gefunden haben. Da ich diese Ansichten in meinen Briefen aus Danzig und Stettin vom 10. und 12. v. Mts. so klar wie mir nur möglich ausgedrückt habe, können Sie selbst sehen, wie weit sie von den erzielten Resultaten abweichen, so daß ich sie nicht zu wiederholen brauche. Dessenungeachtet lasse ich hiermit Ihren Brief vom 24. September zurückgehen, damit Sie aus meinen Randnoten (die leider nur mit Bleistift geschrieben sind) sich eine Vorstellung von dem Eindruck machen können, den er auf mich gemacht hat.

Deutschland und Österreich wünschen denselben Zweck zu

erreichen: Sicherheit gegen nicht herausgeforderte Angriffe auswärtiger Feinde. Aber infolge der besonderen Erwähnung Rußlands als des in Betracht kommenden Feindes kann ich weder den jetzigen Vorschlägen noch dem sofortigen Abschluß eines Vertrages zustimmen. Nachdem ich dem Kaiser Alexander nach Beseitigung von Mißverständnissen (in Alexandrowo) wieder in Freundschaft die Hand entgegengestreckt habe, soll ich da jetzt gegen ihn ein Bündnis selbst defensiven Charakters schließen, worin er allein als der mutmaßliche Angreifer betrachtet wird, und diese Absicht vor ihm geheimhalten? Ich kann mich nicht einer solchen Unredlichkeit schuldig machen. Zur Milderung dieses Einwandes ist vorgebracht worden, daß, le cas échéant, Rußland von der Existenz eines Bündnisses unterrichtet würde, sobald Anzeichen eines Krieges gegen uns offenbar würden. Dieser sehr unsichere Ausdruck ist so dehnbar, daß die Nachricht entweder zu spät käme oder noch größere Gereiztheit zur Folge hätte. Es wurde ferner angeführt, daß bei dem Zustande der jetzt in den inneren Angelegenheiten Rußlands herrschenden Gärung die Kenntnis des betreffenden Bündnisses die zur Bewältigung der Gärung notwendige Hebelkraft und Selbstüberwindung geben würde. Aber sicher ist für diesen Zweck amtliche Kenntnis der ehrenwerten Absicht notwendig. Und doch ist es natürlich unmöglich, amtliche Kenntnis von der Tatsache zu geben, daß Rußland als der einzige Feind betrachtet wird. Deshalb muß, damit es möglich ist, den Vertrag Rußland mitzuteilen, der Hinweis auf diesen Staat darin ausgelassen und der Feind nur in allgemeinen Worten bezeichnet werden, während gelegentlich die Bemerkung vorkommen muß, daß beim Eingehen des Vertrages die Parteien eine ehrenhafte Absicht vor Augen hatten. Dies ist es, was ich wünsche.

Ich bin gegen eine sofortige Ratifizierung des Vertrages,

weil augenblicklich nichts vorliegt, was zu einem Kriege gegen Deutschland und Österreich führen könnte, und es ist offenkundig, daß bindende Verträge, die ohne zwingende Notwendigkeit eingegangen werden, zweischneidige Waffen sind...
Nun zeigt sich jetzt ein Umstand, der vielleicht einen Weg aus dem Dilemma öffnet, worin ich mich zwischen meinem Gewissen und meiner Ehre finde, soweit Rußland in Betracht kommt, und den Einwendungen, die gegen meine Ansichten auf österreichischer Seite erhoben sind. In Erwiderung auf meine telegraphische Anfrage haben Sie mich drahtlich von dem benachrichtigt, was Saburow Ihnen auf Grund seiner Instruktionen vom Kaiser sagte. Sie entnehmen diesen Mitteilungen, daß Rußland (wie es ganz natürlich ist) schon Wind von unsern Unterhandlungen mit Österreich bekommen hat, und Sie wollen aus der defensiven Haltung, die nach Saburows Versicherung Rußland in Zukunft zu behaupten gedenkt, den Schluß ziehen, daß diese Versicherung eine Folge der Kenntnis gewesen sein muß, die es von unseren Verhandlungen erhalten hat. Unter diesen Umständen ließe es sich ermöglichen, den von mir auf Seite 3 gegebenen Rat hinsichtlich der Mitteilungsart unseres mit Österreich zu treffenden Abkommens sogleich zu befolgen und dem Vertrage beizutreten. Sie haben selbst zu Saburow gesagt, daß Sie durchaus für die Aufrechthaltung des Dreikaiser-Bündnisses seien, und derselbe Gedanke kehrt in der Denkschrift, im Protokoll und im Vertrage wieder. Was könnte daher einfacher sein, als das Dreikaiser-Bündnis, das bisher nur mündlich bestanden oder höchstens in dem Petersburg-Wiener Abkommen eine geschriebene Grundlage gefunden hat, in einem wirklichen, schriftlichen Vertrage zu bekräftigen? Sie selbst haben ferner Saburow gesagt, daß Sie nicht imstande wären, bei einer Politik mitzuwirken, wodurch Österreich gefährdet würde. Es ist

demnach ebenso recht als wichtig, daß Rußland die erste amtliche Anzeige von dem erhielte, wovon es schon Wind bekommen hat. Da unser Botschafter in Petersburg den Minister Giers von Ihrer Unterredung mit Saburow benachrichtigt haben wird, möchte ich fragen, ob seine Versicherung, daß Rußland in Zukunft nur eine auf den Berliner Vertrag gegründete Defensivpolitik verfolgen werde, authentisch ist, und ob sie eine Defensivpolitik gegenüber Deutschland und Österreich bedeutet. Wenn eine zufriedenstellende Antwort eingeht und diese sogleich Österreich mitgeteilt wird, so würde weder für uns noch für Österreich ein Hindernis vorliegen, Kaiser Alexander in der vorhin erwähnten Weise mit dem geplanten Vertrage bekannt zu machen und ihn zum Beitritt einzuladen.

Dies würde eine Änderung von Abschnitt 1 nötig machen; Abschnitt 2 würde völlig ausfallen; Abschnitt 4 müßte eine mit meinen Randnoten übereinstimmende neue Fassung erhalten, wenn es überhaupt für wünschenswert erachtet wird, daß der Entwurf selbst die erste Einladung an Rußland, dem Vertrage beizutreten, bilden solle, da der ganze Vertrag als ein nur Deutschland und Österreich angehendes Instrument würde angesehen werden. Ich betrachte die Auslassung von Abschnitt 2 als notwendig, zunächst, weil er ausschließlich gegen Rußland gerichtet ist, und ferner, weil in Ihrem Briefe vom 24. v. Mts. ausdrücklich angegeben ist, daß für den Fall eines Angriffes Frankreichs auf Deutschland Österreich von der Pflicht enthoben sein würde, uns Beistand zu leisten und nur gebunden wäre, eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Das heißt so viel, als daß wir Österreich gegen Rußland beistehen sollen und mit unserer ganzen Kraft (Abschnitt 1), während Österreich der Aufgabe enthoben ist, uns einen gleichen Dienst zu leisten, wenn Frankreich uns angreifen sollte. Und doch ist dieser Fall unzweifel-

haft möglicher und sicherlich wahrscheinlicher als ein russischer Angriff, wenigstens noch jetzt, weil dort das Verlangen nach der Revanche nur schlummert, niemals aufgegeben ist und sich wieder kundgeben wird, sobald eine passende Gelegenheit erscheint.

Hinsichtlich unserer – Deutschlands – Stellung in einem Kriege mit Frankreich weiche ich von Feldmarschall Moltke ab, insofern ich seine Meinung nicht teilen kann, daß unsere Streitkräfte ausreichen, einen solchen Krieg ohne Verbündete zu führen. In solchem Falle würden wir uns einer Armee gegenüber befinden, die sich von der von 1870 wesentlich unterscheidet, da der Fortschritt, den sie gemacht hat, sich nicht bestreiten läßt. Außerdem müssen wir in Betracht ziehen, daß die französische Grenze fast hermetisch abgeschlossen ist, indem sie von der Schweiz bis nach Belgien eine ununterbrochene Linie von Festungen und Forts bildet, die, selbst wenn sie durchbrochen würde, es unmöglich machte, Verstärkungen an die Front zu senden, und überdies den strategischen Fortschritt unserer Kräfte enorm erschweren würde. Auf einem so beschränkten Felde müssen wir nach der Ansicht des Feldmarschalls Moltke die Schlacht liefern. Wenn wir siegreich sind, können wir den geschlagenen Feind nicht verfolgen wie 1870, da wir durch diesen Gürtel von Festungen aufgehalten werden, die wir, anstatt uns auf eine Verfolgung einzulassen, sofort belagern müßten. Monate könnten vergehen, bevor wir eine von ihnen einnähmen, und das würde der geschlagenen Armee Zeit lassen, sich hinter dieser Linie wieder in aller Ruhe zu sammeln und uns wohlvorbereitet entgegenzutreten, falls wir sie auf die Gefahr, unsere Verbindungen mit unserer Basis zu stören, durchbrechen sollten. Wenn dagegen die deutsche Armee in der ersten Schlacht besiegt wird, ist das linke Rheinufer sofort verloren, und wir müssen uns über den Strom zurückziehen.

Aus diesem Grunde darf Österreich nicht in einem solchen Kriege neutral bleiben, sondern muß im Gegenteil vertragsmäßig verpflichtet werden, uns mit seiner ganzen Macht beizustehen, geradeso wie der Vertrag uns verpflichtet, dasselbe gegenüber Rußland zu tun.

Baden-Baden, 4. Oktober.

Ich hatte den eingeschlossenen Brief an Sie gestern noch nicht beendet, als Ihr langes Telegramm ankam, so daß ich noch die letzten Dreiviertel einer Seite hinzufügen mußte. Der in diesem Briefe von mir eingenommene Standpunkt ist durch meinen Entschluß, den Wiener Vorschlag „bedingungsweise" zu genehmigen, nicht berührt worden. Aber ich frage Sie wieder, was sollen wir antworten, wenn der Kaiser Alexander mit Beziehung auf das ihm mitzuteilende Memorandum fragen würde: „Was haben Sie demnach beschlossen, in Verbindung mit diesem Memorandum zu tun? Höchstwahrscheinlich ein Abkommen getroffen? Solange ich nicht damit bekannt bin, kann ich zu keinem Entschluß kommen; deshalb zeigen Sie mir dieses Abkommen!" Aber da das Abkommen in der vorliegenden Form Rußland nicht gezeigt werden kann, müssen wir ablehnen, es vorzulegen; und welchen Eindruck muß diese Weigerung auf Kaiser Alexander machen? Sicherlich den schlimmsten. Die Ausdrucksweise von Abschnitt 2 ist meines Erachtens so höchst seltsam, daß ich die Einlage nur kurz zusammenfassen möchte durch den Vorschlag: die Neutralität Österreichs für den Fall, daß Frankreich uns angreift, wird ausgestrichen und Österreich veranlaßt, dieselbe Verpflichtung zum Beistande mit allen Streitkräften gegenüber uns einzugehen, die wir gegenüber Österreich in Abschnitt 1 für den Fall eines russischen Angriffs übernehmen. Andernfalls sind die Bedingungen nicht gleich. Halten Sie dies noch einmal Andrassy eindringlich vor.

Wilhelm.

210. An Oberst v. Wißmann, Kommandeur des 2. Garderegiments.
20. November 1879.

Die Folgen Ihres vortrefflichen Kardinalpunsches gestern sind doch nicht ganz ausgeblieben. Denn, wie ich befürchtete, daß ich doppeltsehen würde, wenn ich zuviel von demselben tränke, ist zwar nicht eingetroffen, aber verrechnet habe ich mich doch, als ich von meinem Generalavancement erzählte, und im Vergleich zu dem sächsischen General, der sein 50jähriges Generalsjubiläum feierte, anführte, daß niemand meines nicht nur 60, sondern sogar 70jährigen Generalsjubiläums gedacht hätte, – habe ich, aber zu spät, die Folgen jenes Getränkes erkannt. Ich hätte statt 60 und 70 sagen müssen, 50 und 60, da ich am 30. März 1818 Generalmajor wurde, also 1868 50 und 1878 60 Jahre General war.

Ich bitte, den gestrigen Anwesenden die Verrechnung aufzuklären, damit sie weder eine Aufschneiderei meines Dienstalters noch ein Doppeltsehen infolge des charmanten Diners, für das ich Ihnen und dem Offizierkorps nochmals meinen aufrichtigen Dank sage, – erblicken mögen. Wilhelm.

Beilage.

Am 29. März 1818 fand ein Ball beim König Friedrich Wilhelm III. im Prinzessinnenpalais statt. Da zum andern Tage, dem 30. März, dem Schlachttage von Paris, wie herkömmlich, das große Avancement erwartet wurde, so wurden viele, wie immer, Kombinationen zu demselben gemacht. So wurde zu einer derselben gewettet, ich würde am andern Tage Generalmajor werden. Ich ging die Wette ein. Da ich erst am 30. März 1817 Oberst geworden war und am 28. Februar 1818 Kommandeur der 1. Gardebrigade, so konnte ich unmöglich erwarten, schon General zu werden,

und so wurden 12 Bouteillen Champagner als Wettpreis ausgesetzt. Als am 30. die Berliner Garnison zur großen Parade ausrückte, und ich zum ersten Male den Degen als Brigadekommandeur zog, richtete ich vom rechten Flügeloffizier des 2. Garderegiments (der am rechten Laternenpfahl des Opernhauses stand) die Points aus, als der Generaladjutant v. Witzleben über den damals sehr sandigen Opernplatz geritten kam und von hinten durch das en ligne stehende 1. Bataillon durchbrach, nach des Königs Palais reitend. Er grüßte mich, und ungefähr 10 Schritt darauf hielt er sein Pferd an, kehrte um, knöpfte die Uniform auf und zog – den wohlbekannten blauen Brief heraus, ihn mir übergebend, bedeutungsvoll lächelnd. Da schlug mir doch das Herz gewaltig; ich öffnete die Order, las sie – es war die Ernennung zum Generalmajor. Sofort sagte ich dies dem Oberst v. Quadt, der neben mir hielt, bat den Herzog Karl und den Generalleutnant v. Alvensleben nach dem Palais reiten zu dürfen, um mich beim Könige zu melden und für die große Gnade zu danken und nahm dann meinen Platz am rechten Flügel des 2. Garderegiments ein. Zum Diner sendete mir mein Königlicher Vater ein Paar seiner eigenen Epauletts, mit denen ich dann freudestrahlend erschien. Daß ich ebenso freudig die Wette an General Graf Brandenburg zahlte, versteht sich von selbst. Wilhelm.

211. An Bismarck. Berlin, 18. Dezember 1881.

Einen eigentümlichen Traum muß ich Ihnen erzählen, den ich diese Nacht träumte, so klar wie ich ihn hier mitteile.
Der Reichstag trat nach den Ferien zum erstenmal zusammen. Während der Diskussion trat der Graf Eulenburg ein; sogleich schwieg die Diskussion. Nach einer kurzen Pause erteilte der Präsident dem letzten Redner das Wort. Schweigen! Der Präsident hebt die Sitzung auf. Nun entsteht ein Tu-

mult und Geschrei. Keinem Mitgliede darf ein Orden während der Session erteilt werden; der Monarch darf nicht in der Session genannt werden. Andern Tags Sitzung. Eulenburg erscheint und wird mit solchem Zischen und Lärm empfangen – darüber erwache ich in einer nervösen Agitation, daß ich lange mich nicht erholen konnte und zwei Stunden, von ½ 5 bis ½ 7 Uhr nicht schlafen konnte.
Das alles geschah in meiner Gegenwart im Hause so klar, wie ich es hier niederschreibe.
Ich will nicht hoffen, daß der Traum sich realisiere, aber eigentümlich bleibt die Sache. Da dieser Traum erst nach dem sechsstündigen ruhigen Schlaf eintrat, so konnte er doch keine unmittelbare Folge unserer Unterredung sein.
Enfin, ich mußte Ihnen diese Kuriosität doch erzählen.

Ihr Wilhelm.

212. An Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin.

Berlin, 23. Mai 1882.

Soeben beim Exerzieren der 2. Gardebrigade händigte Dein Adjutant, Major von Schlotheim, mir Dein Schreiben ein, in welchem Du mir die Veränderung Deiner militärischen Pläne mitteilst. Wie gerne wäre ich nach der für mich so sehr erfreulichen Einladung zur Patenstelle bei Deinen Kindern Deinem Beispiele gefolgt und wäre nach Palermo gedampft, indessen – das ging nicht.
Deine weiteren Pläne werden uns also in Schlesien und Sachsen zusammenführen. Ich bin mitten in der Brigadebesichtigung, nachdem ich die Regimenter inspiziert hatte, und kann versichern, daß es mir vorkommt, als schritte die Infanterie jährlich vorwärts. Gestern hat die Vorführung einer Gardehusareneskadron durch meinen Enkel Wilhelm stattgefunden und in einer so zufriedenstellenden Art, daß ich ihn zur Belohnung à la suite des Gardehusarenregiments

stellte. Darauf folgte die Vorstellung des Lehrinfanterie-Bataillons in der brillantesten Art im Hof des Neuen Palais, aber bei einer brennenden Hitze, die heute auf 20 Grad im Schatten stieg, während ich vorgestern noch eine Fahrt nach Babelsberg des kalten, stürmischen Wetters wegen aufgab. Bei Euch muß die Hitze schon unleidlich sein. – Lebe wohl und gedenke bei der Taufe Deines Enkels an die bevorstehende meines Urenkels. Dein treu ergebener Wilhelm.

213. An Freifrau v. Manteuffel. Berlin, 28. November 1882.

Mit aufrichtigster Teilnahme habe ich den schweren Schlag vernommen, der Sie, gnädige Frau, soeben getroffen hat! Ihrem nun verstorbenen Gemahl verdanke ich die wesentlichsten Dienste in der Zeit, in welcher ich durch das Vertrauen meines Königs und Bruders zu den Staatsgeschäften herangezogen wurde, von welcher Stellung er zu den höchsten Staatsämtern emporstieg! Die Verhältnisse, die uns später trennten – die ich oft bereut habe – haben niemals mein Vertrauen und meine Achtung zu und für ihn erschüttert, was ich ihm oft bewiesen habe. Und diese Gesinnungen folgen ihm ins Grab!
Ihnen möge die Vorsehung Kraft und Ergebung bei gerechter Trauer verleihen, sich in das zu schicken, was nach deren Willen uns hienieden trifft! Ihr treu ergebener König
Wilhelm.

214. An Bismarck. Baden-Baden, 4. Oktober 1883.

Ihr so lieber Brief, in welchem Sie mir leider, wenn auch nicht unerwartet, Ihr Ausbleiben von der Festlichkeit der Enthüllung des Denkmals auf dem Niederwald anzeigten, konnte mich nur schmerzlich berühren, noch mehr aber ist dies der Fall nach dem Gelingen dieser Feier. Dieselbe ist eine der gelungensten, die ich je erlebt, durch Anordnung,

Durchführung, Grandiosität des Denkmals an sich, der unerwarteten Aufklärung des Wetters und vor allem durch die Gefühle, die namentlich diejenigen durchdrangen, die tätigen Anteil an den Kämpfen und Erfolgen nahmen, denen das Gebilde geweiht ist! Zu diesen gehörten nun hauptsächlich Sie als Herbeiführer dieser mächtigen Ereignisse und Leiter derselben zum grandiosen Frieden. Ihnen hierfür öffentlich von neuem meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen, wäre meinem Herzen ein dankbares Bedürfnis gewesen. Es sollte nicht sein, aber gedacht ist Ihrer vielfach worden! Daß Sie sich in etwas wohler fühlen nach den Kuren, freut mich ungemein und teile ich die Hoffnungen, daß Sie gestärkt in den laboriösen Winter eintreten werden.

Durch Graf Hatzfeldt wird Ihnen bereits mitgeteilt sein, welche Unterredung ich mit dem Fürsten Dolgoruky im Auftrage seines Kaisers gehabt habe. Anliegend sende ich Ihnen eine Aufzeichnung des Inhalts dieser Unterredung. Die Absicht, die der Kaiser bei dieser Gelegenheit hatte, erkenne ich vollkommen und freue ich mich derselben, und habe ich auch nie an seinen Gesinnungen und Wünschen gezweifelt, aber das Faktum der immensen Anhäufung seiner Truppen an den Westgrenzen ist unnatürlicher Art. . . . Mich Ihrer Gemahlin bestens empfehlend Ihr dankbarer Wilhelm.

215. An den Oberhof- und Domprediger D. Kögel. (Randvermerk.)

Berlin, 12. November 1883.

Mit ganzem Herzen war ich an beiden Festtagen zugegen in den Kirchen. Wie immer haben Sie den richtigen Standpunkt ausgesprochen: Daß Luther von der Vorsehung ausersehen ward, so Großes zu leisten und ihn mit seiner Standhaftigkeit ausrüstete, die wir gestern feierten! Warum diese Lehre in 400 Jahren nicht größere Erfolge erlebte, muß

auch im Willen der Vorsehung liegen und zur Geduld verpflichten! Wilhelm.

216. An Bismarck. Berlin, 21. Dezember 1883.

Nachdem mein Sohn in dieser Nacht seine Rückreise in die Heimat angetreten hat, müssen wir uns Glück wünschen, daß dieser bedeutende Schachzug nach Ihrer wie immer richtigen Vorhersicht so glücklich in allen Teilen abgelaufen ist. Es war in Spanien und Italien ein wahrer Triumphzug, den mein Sohn im Süden Europas vollzog, ein Glück, daß er mit 52 Jahren ein gereifter Mann ist, so daß ein solcher Sukzeß ihm den Kopf nicht verdrehen kann! Ihr letzter Brief vom 17. d. Ms. auf eine von mir aufgeworfene Frage, im Vatikan doch einige Sicherheit über das Eingehen auf die projektierte Visite meines Sohnes sich zu verschaffen, gab eine so lichtvolle Abhandlung über das pro et contra dieser Demarche, daß ich nur bedauern kann, Sie zu dieser Arbeit verleitet zu haben, da ich dies Thema nur dem Grafen Hatzfeld [gegenüber] in einem Billett berührte, da wir es nicht mündlich erörtert hatten. Dies pro et contra hatte ich gleich Ihnen selbst erörtert, da ich aber nicht zum Beschluß mich allein entscheiden konnte, entstand diese Rückfrage bei Ihnen. Leider kam Ihre Antwort eine Stunde, nachdem der Telegraph bereits die Sache nach Ihrem Gutachten entschieden hatte, wodurch, wie gesagt, Ihre Arbeit leider überflüssig geworden war, wofür ich nochmals Ihre Nachsicht in Anspruch nehme!

Ein anderes Thema, welches Ihr genannter Brief berührt, ist die Absicht des Kaisers Alexander III. und Giers', den Fürst Orloff nach Berlin als Ambassadeur zu ernennen. Ich lasse dem Fürsten gewiß volle Gerechtigkeit widerfahren, aber seine große Gewandtheit, die die Dinge unter den ihm gegebenen Eindrücken zu modifizieren weiß, macht mich doch

stutzig. So hat er vor einiger Zeit im Beisein der Kaiserin uns eine Apologie der Polen gehalten, daß wir beide, nach seinem Verlassen des Salons uns nicht genug verwundern könnend ansahen und die Sache durchaus nicht verstanden! Außerdem hat seine geistige auffallende Lebendigkeit, fast politische Geschwätzigkeit eine Tournüre, die mit unserer so [nüchternen] Beurteilung wichtiger Fragen und geselligen Verhältnisse durchaus kontrastiert, so daß ich besorge, er wird auf unserm nüchternen Terrain kein Glück machen.
Ich weiß von lange her, daß Sie mit ihm befreundet sind und ihn sehr hoch stellen und daher das Projekt, ihn in Berlin zu besitzen, befürworten würden, wie Sie mir dies auseinandersetzen. Doch glaube ich Ihnen meine Ansicht nicht verschweigen zu sollen, da bei den unsicheren politischen und inneren Zuständen Rußlands das remuante Wesen Orloffs keine Beruhigung der Stimmung bei uns gegen sein Land erzeugen würde. Sein, wie Sie mir schreiben, Drängen zum Posten in Berlin, nachdem er eine so [her]vorragende Stellung in dem, nebenbei, viel amüsanteren Paris hat, verstehe ich nur insofern, als Berlin, dank Ihrer mir stets als richtig sich erweisenden Politik, eine so hohe Stellung in der Welt erlangt, daß jeder fähige Diplomat hier tätig sein möchte! Mich Ihrer Gemahlin freundlichst empfehlend

Ihr dankbarer Wilhelm.

217. An den Oberhof- und Domprediger D. Kögel.

Berlin, 27. Dezember 1883.

Bei Remission der Anlagen, die mich ungemein erfreut haben, muß ich Ihnen folgendes mitteilen. Es ist in meinen Umgebungen, mit durch mich selbst, die Ansicht debattiert worden, ob es passend sei, daß der Feier der Einweihung des vollendeten Baues der Dankeskirche ich persönlich beiwohnen könnte? Die meisten Ansichten sind dieser Bei-

wohnung entgegen, und hierin treffen sie mit der meinigen zusammen. Es ist ein eigentümliches Gefühl in mir rege, zwischen dem Dankesgefühl gegen Gottes Errettung von augenscheinlicher Gefahr, dem öffentlich in meiner Gegenwart Ausdruck zu geben, oder diesem Gefühl durch meine Anwesenheit bei einer solchen Dankesdemonstration aus Stolz und Eitelkeit beiwohnen zu wollen?

Es ist doch nicht möglich, den Grund zu dieser Feier vom Altar und der Kanzel zu ignorieren, zu verschweigen, aber gerade diesem Umstande schreibe ich das Gefühl zu, der Feier nicht in Person beiwohnen zu sollen und daher dem ersten Gottesdienste in dem schon geweihten Gotteshaus beizuwohnen.

Der General v. Olleck, der gestern bei mir war, um über Tag und Stunde der Einweihung der Kirche meine Ansicht einzuholen – und [dem gegenüber] ich den 3. Januar auf 11 Uhr feststellte –, wollte meine Gründe zum Nichterscheinen an dem Tage damit bekämpfen, daß Brückner sowohl als Sie einen kurzen, vielsagenden Text zu Ihren Ansprachen nur wählen müßten und sonst des Grundes zur Feier nicht weiter zu erwähnen als höchstens anspielend. Dies scheint mir aber doch der Absicht nicht zu entsprechen, da die Veranlassung zur Votivkirche doch hervorzuheben angewiesen erscheint. Sagen Sie mir offen Ihre Ansicht über meinen Zwiespalt in mir! Wilhelm.

218. An Bismarck. Berlin, 13. Januar 1884.

. . . Vielfache Störungen zur Vollendung dieses Schreibens fielen zusammen mit der Durchreise Ihres Sohnes nach Petersburg. Da die Meldung durch Graf Hatzfeldt sich verzögert hatte, so fragte ich bei diesem an, was die Reise bedeute, denn Ihr Sohn hatte gleich seine Meldung machen lassen. Die Hatzfeldtsche Anzeige mit Ihrem Briefe an

Schweinitz kreuzte sich mit meiner Anfrage bei diesem. Ich habe darauf mich nur freuen können, was Sie mit dieser momentanen Vertretung bezwecken, und nach einer Unterredung mit Ihrem Sohne habe ich noch mehr uns gratulieren können zu dieser Sendung. Denn ich habe ihn so vollkommen tanti zur Befestigung – wenn dies überhaupt möglich sein wird – der jetzt angebahnten Besserung unserer Verhältnisse mit Rußland gefunden, daß ich das Beste hoffe!
Während also im Osten sich die Dinge bessern – bis auf die inneren Zustände Rußlands –, sehen die Dinge im Westen desto übler aus. Frankreich in seiner unüberlegten Kolonialpolitik vergeudet Summen und Menschen, obgleich es schließlich obsiegt, wie es scheint. England wird in seiner ägyptischen Politik die Folgen seiner einseitigen Politik von Alexandrien anjetzt einsehen lernen und doch zuletzt das tun, was es sich verschworen hat, nicht tun zu wollen, d. h. Ägypten auf die eine oder die andere Art verschlucken! In Spanien scheint unser kleiner Freund schweren Tagen entgegenzugehen. Mehrere Male hat er mir versichert, er werde im Kampfe in seinem Lande eher sein Leben einsetzen als fléchir. Er könnte aber eher einer Entthronung unterliegen, als sein Leben opfern! Qui vivra, verra, sagte mir Metternich in London 1848 und dachte wohl an eine bessere Zukunft noch für sich! –
Ihr Sohn hat mir gleichfalls die besseren Nachrichten über Ihre Gesundheit bestätigt, obgleich Sie sich vielleicht schon zuviel mit nicht immer heiteren Dingen beschäftigen! Der Fürstin kann ich nur wie Ihnen einen Fortschritt in der Besserung wünschen! Ihr dankbarer Wilhelm.

219. An Bismarck. Schloß Babelsberg, 1. September 1884.

Der heutige Erinnerungstag, welcher mir aus den bisherigen 22 Jahren unseres Zusammenwirkens eines der hervor-

ragendsten Ereignisse vergegenwärtigt, führt meine Gedanken auch darauf hin, daß Sie mir an diesem Tage und während zweier Kriege nicht nur als hochbewährter Mann des Rates, sondern auch als Soldat zur Seite gestanden, und daß es in Preußen einen Orden „für das Verdienst" gibt, den Sie noch nicht besitzen. Wenn auch die Bedeutung dieses Ordens eine spezifisch militärische sein soll, so hätten Sie ihn doch schon längst haben müssen; denn Sie haben wahrlich in mancher schweren Zeit den höchsten Mut des Soldaten bewiesen, und Sie haben auch in zwei Kriegen an meiner Seite voll und ganz betätigt, daß Sie neben jeder andern auch auf eine hervorragend militärische Auszeichnung den vollsten Anspruch haben. Ich hole also Versäumtes nach, indem Ich Ihnen den beifolgenden Orden Pour le mérite verleihe, und zwar sogleich mit Eichenlaub, um hierdurch darzutun, daß Sie ihn schon längst hätten haben sollen, und daß Sie ihn wiederholt verdient haben. Ich weiß in Ihnen so sehr das Herz und den Sinn eines Soldaten, daß ich Ihnen mit diesem Orden, den ja viele Ihrer Vorfahren mit Stolz trugen, eine Freude zu machen hoffe, und mir selbst gewähre ich hierdurch die Beruhigung, daß ich dem Manne, den Gottes gnädige Führung mir zur Seite gestellt, und der so Großes für das Vaterland getan, auch als Soldat die wohlverdiente Anerkennung zuteil werden lasse. Ich freue mich in der Tat herzlich und sehr, Sie künftig den Orden Pour le mérite tragen zu sehen. Wilhelm.

220. An Bismarck. Berlin, 1. April 1885.

Mein lieber Fürst! Wenn sich in dem deutschen Lande und Volke das warme Verlangen zeigt, Ihnen bei der Feier Ihres 70. Geburtstages zu betätigen, daß die Erinnerung an alles, was Sie für die Größe des Vaterlandes getan haben, in so vielen Dankbaren lebt, so ist es mir ein tiefgefühltes Be-

dürfnis, Ihnen heute auszusprechen, wie hoch es mich freut, daß ein solcher Zug des Dankes und der Verehrung für Sie durch die Nation geht. Es freut mich das für Sie als eine wahrlich im höchsten Maße verdiente Anerkennung, und es erwärmt mir das Herz, daß solche Gesinnungen sich in so großer Verbreitung kundtun; denn es ziert die Nation in der Gegenwart, und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt, und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An einer solchen Feier teilzunehmen, ist mir und meinem Hause eine besondere Freude, und wünschen wir Ihnen durch beifolgendes Bild auszudrücken, mit welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung wir dies tun. Denn dasselbe vergegenwärtigt einen der größten Momente der Geschichte des Hohenzollernhauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern. Sie, mein lieber Fürst, wissen, wie in mir jederzeit das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dankgefühl für Sie leben wird! Ihnen sage ich daher mit diesem nichts, was ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späten Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren, was wir Ihnen zu danken haben. Mit diesen Gesinnungen und Gefühlen endige ich diese Zeilen als über das Grab hinausdauernd, Ihr dankbarer, treu ergebener Kaiser und König Wilhelm.

221. An Bismarck. Berlin, 13. November 1885.

Anbei sende ich Ihnen brevi manu Ihre zwei äußerst wichtigen und interessanten Briefe, mit meinen Bemerkungen versehen, zurück. Ich bitte Sie, mich zu entschuldigen, daß ich diese Methode der Beantwortung wähle, aber Sie wissen,

wie schlecht ich lange Erklärungen schreibe, und aus den Randnoten werden Sie meine vollständige Übereinstimmung mit Ihren Ansichten erkennen, so daß ich glaube, diese kürzere Form der Antwort adoptieren zu können. Gleichzeitig kann ich bemerken, daß ich den Augenblick für gekommen ansehe, meinem Sohne die Gesichtspunkte darzulegen, mit denen ich ihn schon lange bekannt machen wollte, bezüglich der heute nicht minder als früher bestehenden äußersten Unratsamkeit der fraglichen Heirat, die er natürlich selbst auch immer für unmöglich gehalten hat. Jetzt aber, wo Fürst Alexander sich gegen den Pariser Frieden und dessen Unterzeichner aufgelehnt hat, ist eine derartige Heirat, mag er nun in Bulgarien bleiben oder nicht, mehr als jemals unmöglich geworden. Ihre politischen Darlegungen treffen ganz den Punkt. Ihr dankbarer Wilhelm.

222. An Leopold v. Ranke. Berlin, 20. Dezember 1885.

Wenn ich Ihren heutigen Geburtstag, an dem Sie unter Gottes gesegnetem Beistande das 90. Lebensjahr in Frische und Rüstigkeit vollenden, dazu benutze, um Ihnen von neuem meine aufrichtige Teilnahme zu bezeigen, so fühle ich mich dazu vor allem durch die Gesinnungen der Freundschaft gedrungen, welche ich Ihnen als Ihr König und Altersgenosse seit einer langen Reihe von Jahren widme. Weit länger als sonst den Menschen eine fördernde Tätigkeit vergönnt ist, haben Sie auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung in unermüdlicher Forschung und bewunderungswürdiger Schaffenskraft mit großen Erfolgen gearbeitet; Sie haben durch Ihre Werke sich selbst für alle Zeiten ein unvergängliches Denkmal errichtet. Über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus geht der Ruhm Ihres Namens, und die deutsche Nation kann stolz darauf sein, einen solchen Mann der Wissenschaft den ihrigen zu nennen. Was mich be-

sonders bewegt, das ist die Erinnerung an die bewußte Treue und Hingebung, mit welcher Sie die Geschichte meiner Monarchie zum Gegenstande Ihrer eingehenden Forschungen gemacht haben. Ihrer scharfen Auffassung, Ihrem strengen, aber gerechten Urteil ist es gelungen, sie für Mit- und Nachwelt in das gebührende Licht zu stellen. Eingedenk solcher hervorragender Verdienste, durch welche Sie sich die dauernde Dankbarkeit meines Hauses erworben haben, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen zu Ihrem heutigen Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen, welche ich Ihnen dadurch noch besonders zu betätigen hoffe, daß ich Ihnen nachfolgend mein Bildnis verleihe. Möge Ihnen dasselbe stets das Wohlwollen und die Anerkennung vergegenwärtigen, mit welchem Sie auch ferner auf Ihrem Lebenswege begleiten wird Ihr dankbarer König Wilhelm.

223. An den Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen.

Berlin, 1. Januar 1887.

Euer Kaiserliche und Königliche Hoheit haben mir heute in Ihrer Eigenschaft als rangältester Generalfeldmarschall der Armee – umgeben von einer die einzelnen Teile derselben repräsentierenden hohen Generalität – die Glückwünsche der Armee zu meinem 80jährigen militärischen Dienstjubiläum ausgesprochen.

Ich habe Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit und den sie umgebenden Generalen aus warmem und tief bewegtem Herzen gedankt, empfinde aber das Bedürfnis, meinen Dank auch an die ganze Armee weitergehen zu lassen und an dem heutigen Tage auch an diese einige Worte zu richten.

Die Armee weiß, wie nahe sie meinem Herzen immer gestanden hat, und sie wird verstehen, welche Empfindungen mich heute in dem Gedanken bewegen, ihr nun 80 volle

Jahre angehört zu haben. Es ist eine lange und wahrlich eine wechselvolle ereignisreiche Zeit, die heute an meiner Erinnerung vorbeigeht. Beginnend in ernsten Tagen schwerster Prüfung, habe ich wohl auch in ihrem weiteren Verlauf mancher Sorge und manches Tages, wo mir das Herz schwer war, zu gedenken, aber es sind deren doch nur sehr wenige gewesen im Vergleich zu den vielen des Glückes und der Freude, die mir zu erleben vergönnt war.

Mein Blick kann sich nicht in die Vergangenheit richten, ohne mein tief bewegtes Herz von Dank für die Gnade des allmächtigen Gottes überströmen zu lassen, die wahrlich Großes an mir getan, die mich so lange erhalten und die mir so viel des Glücks gegeben hat.

Und welchen Wechsel hat die Armee in diesen 80 Jahren mit mir erlebt! Sie stand, als ich in dieselbe trat, nach dem schwersten Schlage, der Preußen jemals getroffen, zurückgedrängt an die äußersten Grenzen des Reichs, aber der Soldatensinn, den meine glorreichen Vorfahren in sie gepflanzt, blieb ungebrochen und trieb bald neue Keime. Das betätigten – die schönste Erinnerung meiner Jugend – die Befreiungskriege, das erhielt sie sich in der treuen Arbeit einer langen Friedenszeit, und die Ruhmestaten der Armee in neuester Zeit bezeugen wahrlich, daß dieser Sinn in voller Kraft erhalten und weiter gediehen ist.

Ich habe viele Veränderungen mit der Armee erlebt, in ihrer äußeren Form, in ihrer Truppenzahl; ich habe die Vereinigung mit den deutschen Kontingenten sich vollziehen und die Marine entstehen sehen; es sind unter meinen Augen Generationen durch die Armee gegangen, aber innerlich in den Herzen und dem Empfinden der Armee gibt es keine Veränderung! Den Sinn für Ehre und für Pflicht hochzuhalten und jederzeit bereit zu sein, das Leben dafür zu lassen – das ist das Band, welches alle deutschen Stämme

eng umschließt, welches Enkel und Urenkel jetzt ebenso fest wie früher die Vorfahren vereinigt, und welches meine Regierung mit Siegen geschmückt hat, deren ich heute als der hellstrahlendsten Stellen meines militärischen Lebens in hochgehobenster Empfindung gedenke.
Es ist wahrlich eine hohe Freude für mich, an dem heutigen Tage in solcher Weise zur Armee sprechen zu dürfen und über diese 80 Jahre sagen zu können, daß wir sicherlich, voll und ganz, fest zueinander gehört haben, ich mit meinem ganzen Herzen und Denken, die Armee mit vollster Treue, Hingebung und Pflichterfüllung, für welche mein Dank und meine Anerkennung die lebendigste Empfindung meines Herzens bis zu meinem letzten Atemzuge bleiben wird.
Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit wollen diese meine Worte durch die hierher berufenen Generale zur Kenntnis der Armee bringen lassen. Wilhelm.

224. An den Oberhof- und Domprediger D. Kögel.

Berlin, 14. Januar 1887.

Ich habe aus Ihrem am 8. d. M. mir zugegangenen Gesuche Veranlassung genommen, mir die Einladung zur kirchlichen Versammlung in Berlin am Mittwoch, dem 2. Februar 1887, vorlegen zu lassen, und daraus ersehen, daß die Versammlung berufen ist, weittragende Beschlüsse über anderweite Gestaltung der Verhältnisse der evangelischen Kirche zum Staate zu fassen. In dieser Aussicht nehme ich Anstand, Ihnen die erbetene Genehmigung zur Übernahme der Predigt bei Eröffnung der Versammlung zu erteilen. Wilhelm.

225. An den Chef des Zivilkabinetts v. Wilmowski. 30. Januar 1887.

Sie begehen heute einen Tag, der mir vorkommt, als wollten Sie mich einzuholen versuchen. Wollen Sie nur nicht ver-

suchen, dies mit Hintansetzung Ihrer Kräfte möglich zu machen, so müßte ich es Ihnen untersagen, denn niemand hat mehr wie ich für Ihr Wohl besorgt zu sein, da ich schon jetzt von Ihrer aufopfernden Tätigkeit zuviel verlangen muß. Dieses Muß wird mir recht schwer, und doch kann ich nichts darin ändern, wenn bei meinem hohen Alter, das die Vorsehung mich ersteigen läßt, sie doch hoffentlich auch will, daß ich die Kräfte besitzen soll, meinen Pflichten nachzukommen. Und daß die Vorsehung Sie zu diesem Hilfsgeschäft mir zur Seite gestellt, um meine Aufgaben in Ihrer Atmosphäre zu erfüllen, ist eine der vielen Gnadenerweisungen Gottes, deren ich mich in meiner langen Lebensdauer zu erfreuen habe. Daher gibt mir der heutige Tag Gelegenheit, von neuem Ihnen meine Dankbarkeit für die Art und Weise auszusprechen, mit der Sie mir zur Seite stehen, und ich flehe, daß Sie es bis ans Lebensende tun können.

Ihr dankbarer König Wilhelm.

226. An Bismarck. Berlin, 3. März 1887.

In einer Art Verzweiflung schreibe ich Ihnen!

Sie haben beim Schluß Ihres letzten Vortrages gesehen, wie ich das Battenbergsche Memoire, da es zu spät war, um es mir vorzulesen, in eine Mappe verschloß, die Mappe des Zivilkabinetts. Nach dem Diner, was ich allein einnahm und nach demselben jene Mappe öffnete, um den Inhalt zu expedieren, zog ich zuerst das quästionierte Memoire heraus und legte es neben derselben hin, ganz frei, expedierte die Mappe und ging um 7 Uhr zu Bette und wollte das Memoire nun im Bette in völliger Ruhe lesen. Mit der einen Hand nahm ich die Mappe, mit der andern wollte ich das Memoire, welches neben derselben lag, nehmen und fand es nicht, obgleich ich das Zimmer weder verlassen hatte, noch weniger irgend jemand hinzugekommen war. Natür-

lich war mein erster Gedanke, daß ich doch aus Konfusion das Memoire in die Mappe wieder gesteckt hätte; ich öffnete sie, sah jedes Papier, welches sie enthielt, sorgsamst nach – fand es aber nicht!! Darauf sendete ich die Mappe ab und legte mich nun eine Stunde lang auf das Suchen nach dem Memoire, obgleich ich ganz genau wußte, daß ich dasselbe nicht wieder seit Ziehen aus der Mappe angerührt hatte. Erschöpft von der Suche, legte ich mich zu Bette, in Verzweiflung! Meine einzige, wenngleich geringe Hoffnung blieb, daß das Memoire sich doch in einem der Wilmowskischen Papiere versteckt befände. Da mit den gestrigen Papieren mir von Wilmowski das Vermißte nicht zuging, so schrieb [ich] ihm diesen Hergang, worauf er heute kam [und sagte], daß ein solches Papier [sich] nicht in der quästionierten Mappe befunden habe! Ich aufs neue auf die Suche, alles vergebens! Es ist und bleibt unerklärlich! Denn niemand hat das Papier en question nur sehen können! Und ein so geheimnisvolles Papier verschwunden!!!

Ihr Wilhelm.

227. An Bismarck. Berlin, 23. März 1887.

Es ist eine wunderbare Fügung des Himmels, daß mir nach so vielen unvergeßlichen Erinnerungstagen auch noch vergönnt gewesen ist, am 22. März mein 90. Lebensjahr zu vollenden. In demütigem Ernste erkenne ich die Gnade Gottes, welche mich diesen Tag hat erleben lassen, welche mir in so hohem Alter die Kraft zur Erfüllung meiner fürstlichen Pflichten erhalten hat, welche mir das Glück gewährt, noch den Lebensabend mit meiner geliebten Gemahlin zu teilen und auf eine kräftig emporwachsende Nachfolge von Kindern, Enkeln und Urenkeln zu schauen.

Neunzig Jahre ein menschliches Leben, welch eine lange Spanne Zeit! Wenn ich sie im Geiste an mir vorübergehen

lasse, so will es mir oft kaum faßlich erscheinen, was ich alles erlebt, erfahren und errungen habe. Die göttliche Vorsehung hat meine Wege, wenn auch nicht ohne schwere Prüfungen, sicher geleitet und zu glücklichen Zielen geführt. Gottes reichster Segen hat auf meiner Arbeit geruht.
In frühester Jugend habe ich die Monarchie meines tiefgebeugten Vaters in ihrer verhängnisvollen Heimsuchung gesehen. Ich habe aber auch die hingebendste Treue und Opferfreudigkeit, die ungebrochene Erhebung und Kraft und den unverzagten Mut des Volkes in den Tagen seiner Erhebung und Befreiung kennen gelernt. Jetzt in meinem Alter blicke ich, nach so manchen Wechselfällen meines Lebens, mit Stolz und Befriedigung auf die großen Wandlungen, welche die ruhmvolle Vergangenheit der jüngsten Zeit, ein unvergängliches Zeugnis deutscher Einigkeit und aufrichtiger Vaterlandsliebe, in Deutschland geschaffen hat. Möge unserm teuren Vaterlande die lang ersehnte Errungenschaft, wie ich es zuversichtlich hoffe, in ungestörter, segensreicher Friedensarbeit zu stets wachsender Wohlfahrt aller Klassen der Nation gereichen!
In wohltuender Erinnerung an eine solche ereignisreiche Vergangenheit gewinnt die neunzigste Wiederkehr meines Geburtstages für mich eine besondere Bedeutung, welche durch die allgemeine tiefempfundene Teilnahme meines Volkes erhöht wird. Aus allen Teilen des Reiches, aus fernen Landen, in denen Deutsche eine neue Heimat gefunden, selbst von jenseits des Ozeans her, sind mir Adressen in zum Teil kunstvoller, gediegener Ausstattung, Zuschriften und Telegramme, poetische und musikalische Gaben, Blumenspenden und Arbeiten in überreicher Anzahl zu diesem seltenen Tage zugegangen. Von Gemeindeverbänden größeren wie kleineren Umfangs, von Kollegien, Korporationen und Genossenschaften jeder Art, von wissenschaftlichen und Kunst-

instituten, von Anstalten und einzelnen Personen bin ich in der herzlichsten Weise beglückwünscht worden. Künstler, bildende wie darstellende, Studierende der deutschen Universitäten, Akademien und technischen Hochschulen, Krieger-, Turn-, Bürger- und andere Vereine, Gilden und Innungen haben in der verschiedensten Weise ihre treue Anhänglichkeit an mich kundgetan. Durch festliche Veranstaltungen und Festversammlungen ist der Tag aller Orten verherrlicht worden. Der Umfang und die Mannigfaltigkeit dieser beredten Beweise von Liebe und Verehrung ist so groß gewesen, daß sich die Feier des Tages zu einer nationalen Huldigung für mich gestaltet hat.

Nicht vermag ich allen, welche mir so liebevolle Aufmerksamkeiten erwiesen haben, im einzelnen dafür zu danken. Tief ergriffen von solcher durch alle Schichten der Bevölkerung gehenden Bewegung, kann ich nur der Gesamtheit zu erkennen geben, welche ungemeine Freude mir jeder an seinem Teile bereitet hat, und wie tief mein Herz von innigster Dankbarkeit für alle diese patriotischen Kundgebungen erfüllt ist.

Es gibt wahrlich für mich kein größeres Glück, kein erhebenderes Bewußtsein, als zu wissen, daß in solcher Weise die Herzen meines Volkes mir entgegenschlagen.

Möge mir diese Treue und Anhänglichkeit als ein teures Gut, welches die letzten Jahre meines Lebens hell erleuchtet, erhalten bleiben! Mein Sinnen und Denken aber soll wie bisher, so auch ferner für die Zeit, welche mir zu wirken noch beschieden sein wird, darauf gerichtet sein, die Wohlfahrt und Sicherheit meines Volkes zu heben und zu fördern.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Wilhelm.

228. An Bismarck. Berlin, 23. Dezember 1887.

Anliegend sende ich Ihnen die Ernennung Ihres Sohnes zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Exzellenz, um dieselbe Ihrem Sohne zu übergeben, eine Freude, die ich Ihnen nicht versagen wollte. Ich denke, die Freude wird eine dreifache sein, für Sie, für Ihren Sohn und für mich! Ich ergreife die Gelegenheit, um Ihnen mein bisheriges Schweigen [zu erklären] auf Ihren Vorschlag, meinen Enkel, den Prinzen Wilhelm, mehr in die Staatsgeschäfte einzuführen, bei dem traurigen Gesundheitszustande des Kronprinzen, meines Sohnes! Im Prinzip bin ich ganz einverstanden, daß dies geschehe, aber die Ausführung ist eine sehr schwierige. Sie werden ja wissen, daß die an sich sehr natürliche Bestimmung, die ich auf Ihren Rat traf, daß mein Enkel W[ilhelm] in meiner Behinderung die laufenden Erlasse des Zivil- und Militärkabinetts unterschreiben werde unter der Überschrift: „Auf Allerhöchsten Befehl" – daß diese Bestimmung den Kronprinzen sehr irritiert hat, als denke man in Berlin bereits an seinen Ersatz! Bei ruhigerer Überlegung wird sich mein Sohn wohl beruhigt haben. Schwieriger würde diese Überlegung sein, wenn er erfährt, daß seinem Sohn eine noch größere Einsicht in die Staatsgeschäfte gestattet wird, und selbst ein Ziviladjutant gegeben wird, wie ich seinerzeit meine vortragenden Räte bezeichnete. Damals lagen die Dinge jedoch ganz [anders], da [k]ein Grund meinen Königlichen Vater veranlassen konnte, einen Stellvertreter des damaligen Kronprinzen zu bestellen, obgleich meine Erbschaft an der Krone schon längst vorherzusehen war, und unterblieb meine Einführung bis zu meinem 44. Jahre, als mein Bruder mich sofort zum Mitglied des Staatsministeriums ernannte, mit Beilegung des Titels als Prinz von Preußen. Mit dieser Stellung war also die Zuteilung eines erfahrenen Geschäftsmannes not-

wendig, um mich zur jedesmaligen Staats-Ministerialsitzung vorzubereiten. Zugleich erhielt ich täglich die politischen Depeschen, nachdem dieselben durch vier bis fünf bis sechs Hände, den Siegeln nach, gegangen waren! Für bloße Konversation, wie Sie es vorschlagen, einen Staatsmann meinem Enkel zuzuteilen, entbehrt also des Grundes einer Vorbereitung, wie bei mir, zu einem bestimmten Zweck und würde bestimmt meinen Sohn von neuem und noch mehr irritieren, was durchaus unterbleiben muß. Ich schlage daher vor, daß die bisherige Art der Beschäftigungerlernung der Behandlung der Staatsorientierung beibehalten wird, d. h. [daß mein Enkel] einzelnen Staatsministerien zugeteilt werde, und daß [seine Beschäftigung] vielleicht auf zwei [Ministerien] ausgedehnt werde, wie in diesem Winter, wo mein Enkel freiwillig den Besuch des Auswärtigen Amtes [pflegte, dies auch] ferner zu gestatten neben dem [Besuch des] Finanzministerium[s], welche Freiwilligkeit dann von Neujahr ganz fortfallen könnte und vielleicht das Minist[erium] des Innern an die Stelle [des Finanzministeriums treten könnte], wobei meinem Enkel zu gestatten wäre, in einzelnen sanglanten Fällen sich im Auswärtigen Amt zu orientieren. Diese Fortsetzung des jetzigen Verfahrens kann meinen Sohn weniger irritieren, obgleich Sie sich erinnern werden, daß er auch gegen dieses Verfahren scharf opponiert.

Ich bitte also um Ihre Ansicht in dieser Materie. Ein angenehmes Fest Ihnen allen wünschend,

Ihr dankbarer Wilhelm.

Das beifolgende Patent wollen Sie gefälligst vor der Übergabe kontrasignieren. W[ilhelm].

Anmerkungen

Die folgenden Anmerkungen haben nicht den Zweck, einen vollständigen, alle Einzelheiten erklärenden Kommentar zu den Briefen zu geben. Hauptsächlich war es mir darum zu tun, die Situation, aus der jeder einzelne Brief hervorgegangen ist, in möglichst kurzen Umrissen dem Leser so weit vor Augen zu stellen, als es zum Verständnis des Inhaltes erforderlich erschien. Gelegentlich sind auch die Gründe angedeutet worden, welche für die Aufnahme des betreffenden Briefes entscheidend gewesen sind. Personalien sind in diesen Anmerkungen nur insoweit erklärt, als es sich um ohne weiteres nicht verständliche Bezeichnungen handelt; im übrigen sei für die vorkommenden Persönlichkeiten auf das beigefügte Register verwiesen. Die Hinweise auf die Stellen, wo die Briefe zuerst gedruckt sind, sollen es dem Leser ermöglichen, auch die übrigen, hier nicht abgedruckten Briefe, die in jenen Werken enthalten sind, leicht zu finden. Die in Tagesblättern oder amtlichen Publikationen zuerst gedruckten Stücke habe ich nach den Abdrücken bei Berner, Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften (Berlin 1906) wiedergegeben und auch bei den übrigen Stücken, welche bereits bei Berner gedruckt sind, auf Band und Seitenzahl dieser Sammlung hingewiesen. Ich habe besonderen Wert darauf gelegt, die seit dem Erscheinen von Berners Buch neu bekannt gewordenen Briefe, soweit sie allgemeineres Interesse besitzen, in diese Sammlung aufzunehmen und solche Stücke aus der älteren Literatur, die Berner fortgelassen hatte, während sie mir bedeutsam erschienen, einzufügen.

1. Max Wildgrube, Urkundliches aus der Kindheit und Jugend des alten Kaisers, Tägliche Rundschau 1906, Unterhaltungsbeilage Nr. 15. Diese Tagebuchaufzeichnungen sind die ältesten Dokumente, die wir bisher von der Hand des Prinzen Wilhelm besitzen. Sie führen uns in die trübste Zeit Preußens, in die Tage, wo nach dem Zusammenbruch des Heeres und Staates im Kampfe gegen Napoleon die Königsfamilie in Königsberg lebte. Man erwartete damals den Zaren Alexander I. von Rußland, der auf der Reise nach Erfurt, wo er mit Napoleon zusammentreffen wollte, Königsberg passierte. Der König und die Königin hofften, daß er den französischen Kaiser für eine Herabsetzung der großen Kriegskontribution und die Gewährung günstigerer Zahlungsbedingungen gewinnen werde. Zuerst war des Kaisers jüngerer Bruder, Großfürst Konstantin, am 16. September eingetroffen, während der Zar selbst erst am 18. abends ankam. — In Huben lag das kleine Landhaus, welches die königliche Familie während des Sommers bewohnte. — Fritz ist Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere König Wilhelm IV.; Cousin,

Prinz Friedrich von Preußen, Sohn des Prinzen Ludwig, Bruders Friedrich Wilhelms III.

2. Deutsche Revue 26, II, 287. Berner I, 4. Erster erhaltener Brief des Prinzen. Prinz Karl, jüngerer Bruder Wilhelms. Fritz, der spätere König Friedrich Wilhelm IV.

3. Eb. 288—89. Dieser Brief möge als Probe der Feldzugsbriefe dienen, von denen zehn, alle an den Prinzen Karl gerichtet, a. a. O. mitgeteilt sind. Der Staatskanzler ist Fürst Hardenberg; Herr v. Menü ist Major v. Minutoli, Gouverneur der jungen Prinzen; Cousin, Prinz Friedrich s. oben zu Nr. 1.

4. Mil. Wochenblatt 1897. Berner I, 6. Das hier mitgeteilte Stück aus diesen Aufzeichnungen schildert die Feuertaufe des Prinzen.
[Eine erste Niederschrift des Tagebuchs lautet an dieser Stelle:]
. . . Bei dieser Kavallerieattacke ritt der König mit uns fast ganz dicht heran, wo wir eine ungeheure Ladung Gewehrkugeln auf uns bekamen, noch recht warm aus dem Laufe. Eine Musik, als wenn Bremsen und Mücken durcheinander pfeifen. Es war das erstemal, daß ich die Bekanntschaft machte, und Fritz versicherte, so toll noch nicht darin gewesen zu sein. Als wir . . . zurückritten, schlugen die Kugeln immer neben uns ein. Es ist ein wahres Wunder, daß wir alle gesund geblieben sind, besonders da auch in der Suite nichts traf. Als diese Attacke glücklich abgeschlagen war, ritten wir ins Zentrum.

5. Deutsche Revue 26, II, 294. Berner II, 20.

6. Diese Lebensgrundsätze sind zugleich mit einem Glaubensbekenntnis von dem Prinzen vor seiner Einsegnung (8. Juni 1815) aufgezeichnet worden, hrsg. von F. Ehrenberg, Glaubensbekenntnis des Prinzen Friedrich Wilhelm Ludwig von Preußen usw. 1816; Berner I, 46. Das Glaubensbekenntnis macht, obwohl es sicherlich von dem Prinzen selbst herrührt und seine damaligen Überzeugungen wiedergibt, einen wenig individuellen Eindruck und konnte auch seines Umfanges wegen hier nicht wieder abgedruckt werden (Berner I, 29—40); die Lebensgrundsätze, die zugleich das Wesentliche der religiösen Anschauungen des Prinzen mit enthalten, zeigen eine stärkere persönliche Färbung.

7. Deutsche Revue 26, II, 300—301. Der letzte der bisher bekannt gewordenen Feldzugsbriefe. Charlotte, Wilhelms Schwester, die spätere Gemahlin des Zaren Nikolaus, der hier als Nicola erscheint; er war der jüngere Bruder des Zaren Alexander I.

8. Deutsche Rundschau 62, 169. Berner I, 57. Aus der ziemlich großen Anzahl von Briefen, die sich auf des Prinzen unglückliche Liebe zu der Prinzessin Elisa Radziwill beziehen, können hier nur wenige

— besonders bezeichnende — herausgegriffen werden. General v. Natzmer war während der Befreiungskriege in nähere Beziehungen zum Prinzen getreten und wurde von diesem stets zugleich als militärischer Lehrmeister und als persönlicher Freund betrachtet. Ihm gegenüber hat er sich während des ganzen, an Wechselfällen so reichen Verlaufes dieser ihn tief erregenden Angelegenheit am unmittelbarsten und rückhaltlosesten ausgesprochen. Die Prinzessin war eine entfernte Verwandte des Prinzen, Tochter des Fürsten Anton Radziwill und der Prinzessin Luise von Preußen, einer Tochter des Prinzen Ferdinand und Enkelin König Friedrich Wilhelms I. Die früh hervortretende Liebe des Prinzen zu der liebenswürdigen, heiteren, aber körperlich nicht sehr kräftigen Elisa wurde von ihrer Seite voll erwidert, wie namentlich ihr erst kürzlich veröffentlichter Briefwechsel mit einer Freundin beweist (B. Hennig, Elisa Radziwill 1911). Das Hindernis für das Zustandekommen der von beiden heiß ersehnten Heirat lag in der Unebenbürtigkeit der Prinzessin; die Kinder aus dieser Ehe würden nicht thronfolgeberechtigt gewesen sein. Der König zögerte dennoch mit seiner Entscheidung, weil er die Tiefe der Herzensneigung seines zweiten Sohnes erkannte, und hat mehrfache Versuche gemacht, den Mangel zu beseitigen. Man dachte daran, Elisa von einem Mitgliede eines auswärtigen oder auch des preußischen Herrscherhauses adoptieren zu lassen. Erst nachdem alle diese Versuche fehlgeschlagen waren, sprach der König endgültig das Verbot der Heirat aus, dem sich der Prinz in schmerzlicher Resignation aus Pflichtgefühl fügte. Vgl. Nr. 11 u. 12. Die Anspielung am Schluß bezieht sich auf die geplante und später zur Ausführung gelangte Heirat des Kronprinzen mit Prinzessin Elisabeth von Bayern.

9. v. Natzmer, Unter d. Hohenzollern I, 120. Berner I, 65. Um einem Mißverständnis dieses Briefes vorzubeugen, sei bemerkt, daß unter der „Nation" natürlich die preußische, nicht die deutsche gemeint ist und daß die Verschlechterung, die der Prinz beklagt, sich lediglich auf das Sinken der äußeren Machtstellung Preußens, keineswegs aber auf die Abkehr von den Traditionen der Reformzeit in der inneren Politik bezieht.

10. Milit. Schriften Kaiser Wilhelms des Großen I, 48. Berner I, 68. Der Brief soll eine Vorstellung von der Art geben, wie der Prinz in militärischen Fragen eigene Stellung nahm, da die umfangreicheren Gutachten, die sich auf rein militärisch-technische Dinge beziehen, hier natürlich keinen Platz finden können.

11. 12. v. Treitschke, Deutsche Gesch. 4, 739. Deutsche Rundschau 62, 178. Berner I, 79 u. 80. Diese Briefe, die den Charakter des Prinzen in seiner ganzen schlichten Größe zeigen, bilden den endgültigen Abschluß seiner Beziehungen zu Elisa Radziwill. Daß sein Herz noch lange an der Verlorenen hing, zeigt die Art, wie er einige Jahre

später seiner Braut, der Prinzessin August von Weimar, gegenüber von ihr sprach. Vgl. das Anm. zu 7 zitierte Buch von Hennig S. 167 f.

13—15. Deutsche Rundschau 134, S. 188—191. Hier erhalten wir die ersten genaueren Aufschlüsse über des Prinzen Stellung zu den Fragen der inneren Politik. Er steht noch völlig auf dem patriarchalisch-absolutistischen Standpunkte, den die meisten Staatsmänner der Restaurationszeit einnahmen, und sieht in seinem Vater das Ideal eines Herrschers verkörpert. Auch persönlich sind die Briefe von hohem Interesse, weil sie den Prinzen nicht im Gedankenaustausch mit einem Gesinnungsgenossen, sondern in der Debatte mit einem politisch ganz entgegengesetzt denkenden Manne zeigen und uns erkennen lassen, mit welcher Ruhe er auch in sein ganzes Wesen so tief berührenden Fragen freimütigen Widerspruch von Männern, die er persönlich schätzte, zu ertragen verstand. Keine Spur von fürstlicher Unnahbarkeit oder Überhebung bei aller Schärfe des sachlichen Gegensatzes. Das Ereignis, auf das zu Anfang von Brief 14 angespielt wird, ist die Geburt des Prinzen Friedrich Wilhelm, späteren Kaisers Friedrich, am 18. Oktober 1831.

16. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern II, 55. Berner I, 113.

17. Deutsche Rundschau 134, S. 191—195. Major v. Willisen hatte durch mehrere Artikel in der Staatszeitung und im Militär-Wochenblatt das Mißfallen des Königs erregt und war bald darauf erst nach Breslau, dann nach Posen versetzt worden. Er faßte namentlich das letztere als eine Strafversetzung auf und äußerte sich ungehalten darüber. In dem ersten, hier fortgelassenen Teile seines Briefes forderte nun der Prinz den Major zu vorsichtigerem Benehmen in seiner neuen Stellung auf, da das Urteil seines dortigen Vorgesetzten, des Generals v. Grolman, von größter Bedeutung für ihn sein werde.

18. v. Hirschfeld, Großherzog Friedrich Franz II., 136 f. Berner I, 119. Es handelt sich hier um die Vermählung der Prinzessin Helene von Mecklenburg mit dem Herzog Ferdinand von Orléans, ältestem Sohne des Bürgerkönigs Ludwig Philipp von Frankreich, die dem Prinzen von seinem legitimistischen Standpunkte aus als ein Verstoß gegen die gemeinsame fürstliche Standesehre erschien. Hatte er schon in Nr. 16 die Anerkennung dieses aus der Revolution hervorgegangenen und nicht durch sein Erbrecht auf den Thron berufenen Herrschers scharf mißbilligt, so mußte dies noch mehr einer Familienverbindung mit seinem Hause gegenüber der Fall sein. — Onkel Georg und Karl: Großherzog Georg und Prinz Karl von Mecklenburg-Strelitz, Brüder der Königin Luise. Der „kleine Heinrich": Graf Heinrich v. Chambord, Enkel des 1830 vertriebenen Königs Karl V. und nach legitimistischer Anschauung alleinberechtigter Thronerbe in Frankreich.

19. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern II, 273. Berner I, 127. Die „Revolution des 30. März" eine große Verschiebung in den oberen Kommandostellen unter Übergehung vieler weniger befähigter Offiziere. Zu Anfang ist von der eben erfolgten Ernennung des Prinzen zum kommandierenden General des Gardekorps (anstatt bisher des 3. Korps) und gleichzeitig zum General-Inspekteur die Rede. Die letzten Absätze, die sich auf den Kölner Kirchenstreit beziehen, zeigen die Abneigung des persönlich so frommen und kirchlich gläubigen Prinzen gegen hierarchische Machtansprüche und gegen die Vermischung von Religion und Politik.

20. Berner I, 137. Der Prinz wendet sich gegen die Absicht des preußischen Provinziallandtages, von dem neuen Könige Friedrich Wilhelm IV. die Erfüllung der von seinem Vater gegebenen Verheißung, betreffend die Berufung von Reichsständen, zu verlangen. Der Beschluß wurde trotzdem gefaßt.

21. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern III, 86. Berner I, 142. Bereits hier tritt die Unzufriedenheit des Prinzen mit der sprunghaften und inkonsequenten Regierungsweise seines Bruders deutlich zutage. Der erwähnte Gesetzentwurf über die Ehescheidung sollte diese den Bestimmungen des Preußischen Landrechts gegenüber erschweren.

22. v. Petersdorff, Friedrich Wilhelm IV., 231 f. Berner I, 173. Der Brief, an des Prinzen Schwester gerichtet, ist sachlich außerordentlich wertvoll als von einem der Nächstbeteiligten herrührender Bericht über die vielumstrittenen Vorgänge des 18. März; schon deshalb durfte er hier nicht fehlen. Zugleich bildet er aber auch ein gutes Beispiel für den klaren, präzisen, streng sachlichen Stil des Prinzen bei der Darstellung von Tatsachen. Der Anfang ist bisher nicht veröffentlicht. — Minister v. Bodelschwingh, der den König in den der Revolution vorangehenden Tagen hauptsächlich beraten hatte, war noch im Amte, hatte aber bereits seine Entlassung eingereicht; Graf Heinrich v. Arnim-Boytzenburg war vom Könige berufen, um über die Bildung eines neuen Ministeriums Vorschläge zu machen.

23. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., I, 19. Berner I, 176. Diese Äußerungen so bald nach der von ihm aufs schmerzlichste empfundenen Umwälzung beweisen die große Fähigkeit Wilhelms, aus den Ereignissen zu lernen, die ihm bis in sein hohes Alter treu geblieben ist. Nur die Erkenntnis, daß das Alte unwiederbringlich dahin sei, machte es ihm möglich, dem Vaterlande auch unter den veränderten Verhältnissen weiter zu dienen, und behütete ihn davor, in eine unfruchtbare und für die Zukunft gefährliche Emigrantenstimmung zu verfallen. — Der König hatte seinen Bruder, um ihn der Wut der Berliner Bevölkerung zu entziehen, mit einem unbedeutenden Auftrage nach London geschickt.

24. Springer, F. C. Dahlmann II, 235. Berner I, 178. Wir haben in diesem Schreiben die erste bisher bekannte eingehendere Äußerung des Prinzen über die deutsche Frage vor uns. Der Verfassungsentwurf, um den es sich hier handelt, war von der sogenannten Siebzehnerkommission des Bundestages in Frankfurt a. M. ausgearbeitet worden, aber vom Bundestage selbst als ungeeignet, die Grundlage der Verfassungsberatung zu bilden, zu den Akten gelegt worden. Der Entwurf rührte von dem bekannten Bonner Historiker Dahlmann her (in Dahlmanns Kleinen Schriften S. 378 f.). Er wollte einen deutschen Bundesstaat mit einem erblichen Kaiser an der Spitze, verantwortlichen Reichsministern und einem aus zwei Häusern bestehenden Parlament schaffen. Während die zweite Kammer aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollte, war die erste als Vertreterin der einzelstaatlichen Interessen gedacht und sollte aus den Landesfürsten selbst, von ihnen ernannten und von den Parlamenten der Einzelstaaten zu wählenden Mitgliedern bestehen. Er hat eine sehr interessante, scharf ablehnende Beurteilung durch König Friedrich Wilhelm IV. erfahren, dessen Briefe ebenfalls bei Springer II, 240 abgedruckt sind. Die Kritik des Prinzen richtete sich hingegen eigentlich nur gegen zwei, allerdings nicht unwesentliche Punkte, nahm aber zu dem Grundgedanken eine freundliche Stellung ein. Dies muß bei der ganz preußisch orientierten und starkem parlamentarischem Einflusse durchaus abgeneigten Gesinnung, die er bisher gezeigt hatte, besonders auffallen. Zur Erklärung vgl. die beiden folgenden Briefe und die Erörterungen von Marcks S. 90 f. Es wird immer eines der gewichtigsten Zeugnisse für die Kraft der nationalen Bewegung im Jahre 1848 bleiben, daß selbst ein so überzeugter Anhänger des altpreußischen patriarchalischen Absolutismus, wie Prinz Wilhelm, sich zeitweise von ihr mitreißen ließ.

25. Leop. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 158. Berner I, 181. Gerlach war Generaladjutant Friedrich Wilhelms IV. und das Haupt der sogenannten Kamarilla.

26. Bisher ungedruckt; der Brief ist mir abschriftlich aus dem Nachlasse von Ludolf Camphausen von dessen Tochter, Frau Präsidentin Günther in Köln, zur Verfügung gestellt worden; er wurde von der Prinzessin abschriftlich an Camphausen gesandt. Das Datum fehlt, läßt sich aber aus der engen Zusammengehörigkeit mit Nr. 25 leicht ungefähr bestimmen. Das Verhältnis des Prinzen zu dem neu sich bildenden preußischen Verfassungsstaate wird hier ähnlich, aber noch ausführlicher dargelegt und begründet als in Nr. 25. Öffentlich hat der Prinz damals seinen Entschluß, auch dem neuen Preußen treu zu dienen, ausgesprochen in einem Schreiben an den König vom 28. Mai, das in dem Augenblicke bekanntgemacht wurde, als er sich anschickte, den Boden seines Vaterlandes wieder zu betreten. Ich habe es hier nicht

aufgenommen, weil es jedenfalls in seiner letzten Fassung nicht von Wilhelm allein herrührt, sondern ein Kompromiß zwischen ihm und dem Staatsministerium darstellt. Vgl. über seine Entstehung meine Ausgabe von Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Camphausen, S. 122—143.

27. A. v. Roon, Denkwürdigkeiten (5. Aufl.) I, 232. Berner I, 192. Die erste bekannte Berührung des Prinzen mit demjenigen unter seinen großen Ratgebern, der ihm menschlich am nächsten gestanden hat, wurde herbeigeführt durch den Wunsch Wilhelms, dem Major v. Roon die Erziehung seines Sohnes, des späteren Kaisers Friedrich, anzuvertrauen. Roon war bereits zwei Jahre lang Gouverneur des Prinzen Friedrich Karl gewesen, und aus der Art, wie er diese Stellung ausgefüllt hatte, rührte offenbar das Vertrauen des Prinzen zu seinen erzieherischen Fähigkeiten her. Er ließ den Major, der vor kurzem zum Chef des Generalstabes des VIII. Armeekorps in Koblenz ernannt worden war, zunächst durch eine Mittelsperson von seinem Wunsche in Kenntnis setzen und schrieb ihm dann selber am 5. November (a. a. O. I, 219. Berner I, 191) unter besonderem Hinweise darauf, welche große Wichtigkeit für das Vaterland die Erziehung des künftigen Thronerben besitze. Auch Prinzessin Augusta schloß sich der Bitte ihres Gemahls an. Roon lehnte trotzdem ab; die Gründe, die er dafür angab, sind aus der Antwort des Prinzen ersichtlich.

28. Milit. Schriften Kaiser Wilhelms des Großen II, 1 ff. Berner I, 193. Den Anlaß zu der vom Prinzen verfaßten, Ende 1848 ohne Angabe des Autors gedruckten, aber nicht in den Buchhandel gebrachten Schrift, deren Vorwort hier wiedergegeben wird, bot der Entwurf des Wehrausschusses in Frankfurt a. M. zu einer Reichswehrverfassung vom 25. September 1848. Das Vorwort kennzeichnet den Geist, aus dem heraus die Kritik des Prinzen geschrieben ist, und läßt eine Reihe von Anschauungen bereits klar hervortreten, die nachher in der Zeit des Heereskonfliktes Wilhelms Verhalten bestimmt haben.

29. 30. v. Hirschfeld, Großherzog Friedrich Franz II., 304 u. 303. Berner I, 199. 200. Der Prinz zeigt sich hier, was das Verhältnis zu Österreich angeht, als Anhänger des weiteren Bundes neben dem engeren, an dessen Spitze Preußen stehen sollte. Über die Verhandlungen mit Österreich, auf die hier Bezug genommen wird, vgl. die Darstellung v. Sybels, Begr. d. Deutschen Reiches II, 285 ff. Die Notiz vom 23. Januar sollte die deutschen Regierungen zu gemeinsamer Stellungnahme gegenüber der Verfassungsfrage bestimmen, bevor es in Frankfurt zur zweiten Lesung der Verfassung komme. Die Ratschläge Wilhelms an den Großherzog in der mecklenburgischen Verfassungsfrage,

die vor jedem Nachgeben warnen, zeigen uns, daß der Prinz bereits nicht mehr so stark unter dem Einfluß der liberalen Strömung stand wie im Jahre vorher. — Ludolf Camphausen war damals Vertreter Preußens bei der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt a. M.

31. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern II, 64. Berner I, 202. Die Ablehnung der vom Frankfurter Parlament angebotenen Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. hatte in einzelnen Teilen Deutschlands neue revolutionäre Erhebungen zur Folge gehabt, namentlich in Baden und Sachsen. Die Aufständischen gedachten den Beschlüssen der Nationalversammlung auch gegen den Widerspruch der Regierungen Geltung zu verschaffen. Preußen gewährte sowohl der badischen als der sächsischen Regierung die erbetene Hilfe und schlug die Aufstände nieder. In Baden führte dabei Prinz Wilhelm selbst das Kommando. Bei der Aushebung der Landwehr kam es in Westfalen zu Widersetzlichkeiten. Mit der Methode „à la Gagern" will der Prinz den Versuch bezeichnen, Deutschland durch Beschlüsse einer vom Volke gewählten Versammlung ohne Rücksicht auf die bestehenden Regierungen neu zu ordnen, wie ihn die Frankfurter Versammlung unternommen hatte.

32. Berner I, 203. Hier begründet der Prinz noch ausführlicher den in Nr. 31 vertretenen Standpunkt. Wenn er die Reichsverfassung verwarf, während er den Entwurf Dahlmanns gebilligt hatte, so liegt darin insofern kein Widerspruch, als die Verfassung in der Tat eine Anzahl über den Entwurf hinausgehender Bestimmungen enthielt, darunter namentlich die von Wilhelm besonders hervorgehobene Möglichkeit, die Verfassung auch gegen den Willen des Kaisers zu ändern.

33. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., I, 427—432. Berner I, 220. Die in besonderer Anlage enthaltenen formulierten Verbesserungsvorschläge für einzelne Artikel der Verfassung (a. a. O. 432—433) sind hier fortgelassen. Die Beratungen der preußischen Nationalversammlung in Berlin über eine neue Verfassung des Königreichs im Jahre 1848 hatten noch zu keinem definitiven Ergebnis geführt, als die Verlegung und Auflösung der Versammlung durch den König erfolgte. Das Ministerium des Grafen Brandenburg schritt darauf nach mühsam erlangter Zustimmung des Königs zur Oktroyierung einer Verfassung (5. Dezember 1848), die sich in vielen Punkten eng an die Beschlüsse der Nationalversammlung anlehnte. Von Anfang an war dabei eine Revision durch gemeinsame Arbeit von Regierung und Landtag in Aussicht genommen, und nur unter der Voraussetzung, daß diese stattfinde und nach seinen Wünschen verlaufe, hatte der König dem Vorgehen seiner Minister zugestimmt, hatte aber die Verfassung,

die er als bloßes Provisorium betrachtete, nicht beschworen. Die Revision nahm lange Zeit in Anspruch und konnte erst nach nochmaliger Auflösung der Kammer und nach Neuwahlen, die auf Grund eines oktroyierten Wahlgesetzes erfolgten, gegen Ende des Jahres 1849 zu Ende geführt werden. In die letzten Tage vor der Schlußberatung fällt die hier abgedruckte Denkschrift, die uns zeigt, wie stark der Prinz sein im vorigen Frühjahr ausgesprochenes Urteil über die Notwendigkeit einer konstitutionellen Verfassung für Preußen unter dem Eindruck der inzwischen eingetretenen Ereignisse geändert hatte. Auch hier ist aber zu berücksichtigen, daß Wilhelm seine früheren Urteile ausdrücklich unter der Voraussetzung abgegeben hatte, daß ein deutscher Bundesstaat zustande komme; nachdem dieser Gedanke nicht mehr in der früher geplanten Art zur Ausführung kommen konnte, fiel für ihn der Hauptgrund fort, den er für die Notwendigkeit einer solchen Verfassung früher geltend gemacht hatte, und die seinem altpreußisch-monarchisch-konservativen Gefühle entspringenden Gegenargumente traten nun wieder in den Vordergrund.

34. v. Poschinger, a. a. O. I, 158. Berner I, 241. Nachdem die Kammern ihrerseits die Verfassung fertiggestellt hatten, machte der König noch eine Reihe von Bedenken geltend, vor deren Erledigung er die Verfassung nicht beschwören zu können erklärte. Nach einem letzten heftigen Kampfe gaben die Kammern im wesentlichen nach, und am 25. Januar 1850 wurde die Verfassung mit diesen Änderungen von der zweiten Kammer angenommen (die Annahme in der ersten Kammer erfolgte am 29. Januar, die Genehmigung durch den König am 31. Januar, die Beschwörung am 6. Februar). Prinz Wilhelm brachte schon, als er die entscheidende Abstimmung der zweiten Kammer erfahren hatte, dem Minister v. Manteuffel, der sich energisch für die Änderungen eingesetzt hatte, seine lebhafte Genugtuung zum Ausdruck.

35. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern II, 77. Berner I, 248.

36. Historische Zeitschrift 70 (1893) S. 90 f. Berner I, 249. Diese Denkschrift zeigt die volle Übereinstimmung des Prinzen mit der von Preußen seit dem Frühjahr 1849 vertretenen Unionspolitik. Preußen suchte die deutschen Staaten außer Österreich, soweit sie sich freiwillig anschließen wollten, zu einem engeren Bunde unter seiner Führung zu vereinigen. Es gewann die bedingungsweise Zustimmung von Hannover und Sachsen (Vertrag vom 26. Mai 1849, sogenanntes Dreikönigsbündnis), und später traten 28 deutsche Regierungen der Union bei. Ein Parlament, zusammengesetzt aus Vertretern der Bevölkerung dieser verbündeten Gebiete, trat in Erfurt zusammen, um mit den Regierungen eine Verfassung der Union zu vereinbaren. Diese Bestrebungen stießen auf den entschiedenen Widerstand Österreichs und der süddeutschen

Königreiche; Österreich suchte den alten Bundestag wieder ins Leben zu rufen und gegen Preußen und seine Verbündeten auszuspielen. Sachsen und Hannover trennten sich von der Union, sobald es feststand, daß Bayern und Württemberg nicht beitreten würden; auch andere Regierungen begannen nun nach einem Vorwande zum Austritt zu suchen. Es erhob sich immer dringender die Frage, ob es sich lohne, für den so verstümmelten deutschen Bundesstaat eventuell einen Kampf mit den Waffen gegen Österreich und die vier Königreiche aufzunehmen. Der Prinz tritt in dieser Denkschrift entschieden für Aufrechterhaltung der Union auch auf die Gefahr eines Krieges hin ein.

37. Berner I, 258 (aus der Nationalzeitung, Jg. 1897). Der Konflikt mit Österreich hatte sich im Sommer und Herbst 1850 immer weiter verschärft, und die Gefahr eines Krieges rückte in unmittelbare Nähe. Namentlich wirkte in dieser Richtung die kurhessische Verfassungsfrage. Der Kurfürst und sein Minister Hassenpflug hatten durch ihre fortwährenden Verfassungsverletzungen einen schweren Konflikt mit der Bevölkerung ihres Landes heraufbeschworen. Hessen gehörte der Union an; da aber die Regierung bei Österreich und dem wieder ins Leben getretenen Bundestage in Frankfurt mehr Rückhalt gegen die eigene Bevölkerung zu finden hoffte, so schloß sie sich der Gegenpartei an, und der Bundestag beschloß, zur Unterstützung des Kurfürsten bayerische Truppen in Hessen einrücken zu lassen. Preußen sah dies als einen Eingriff in seine Interessensphäre an und drohte mit dem Einrücken preußischer Truppen. Dazu kamen Schwierigkeiten in Schleswig-Holstein, die Rußland veranlaßten, auf die Seite der Gegner Preußens zu treten. Angesichts der dadurch geschaffenen gefährlichen Lage beschloß der Ministerrat, den Frieden durch Nachgeben zu erkaufen. Der König und der Prinz waren gegen diesen Beschluß, ebenso der bisherige Leiter der auswärtigen Politik und lebhafteste Vorkämpfer des Unionsgedankens, v. Radowitz. Er und der Minister Ladenberg nahmen sofort ihre Entlassung. Ministerpräsident Graf Brandenburg erkrankte unmittelbar darauf schwer und starb am 6. November.

38. Ernst II., Aus meinem Leben, I, 605. Berner I, 258. Die vom Ministerium bewiesene Nachgiebigkeit hatte nur weitere Forderungen Österreichs und Rußlands zur Folge. Daher mußte am 5. November doch die Mobilmachung des preußischen Heeres beschlossen werden. In der Thronrede vom 21. November sagte der König, daß Preußen auch auf die Gefahr eines Krieges hin die Union aufrechterhalten werde.

39. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850—1858, I, 44—45. Berner I, 259. Der Prinz war inzwischen wieder bitter enttäuscht worden; der neue Ministerpräsident v. Manteuffel verstand

sich, obwohl schon ein bewaffneter Zusammenstoß der Vorposten in Hessen stattgefunden hatte, zu nochmaligen Verhandlungen mit Österreich, deren Ergebnis die berüchtigte Olmützer Punktation vom 29. November 1850 war. Sie setzte fest, daß Österreich und Preußen auf in Dresden abzuhaltenden freien Konferenzen sich über die künftige Gestaltung Deutschlands verständigen sollten, daß aber inzwischen Preußen die Herstellung der Ordnung in Kurhessen Österreich und seinen Verbündeten zu überlassen habe, während in Schleswig-Holstein ein gemeinsames Vorgehen beider Großmächte in Aussicht genommen wurde. Lag schon in dem Zurückweichen vor Österreich in Kurhessen eine empfindliche Niederlage Preußens, so wurde diese noch verschärft durch die Abmachung, daß Preußen sofort abzurüsten und seine Truppen auf den Friedensstand zu setzen habe, während Österreich erst auf die Nachricht hin, daß dies geschehen sei, die gleiche Maßregel zu treffen versprach. Namentlich diese letztere Bestimmung erregte den Zorn des Prinzen, der so nachhaltig war, daß noch im Jahre 1866, als man wieder vor einem Kriege mit Österreich stand, die Erinnerung an Olmütz ihn heftig aufbrausen ließ. Vgl. Nr. 111.

40. Deutsche Revue 22. IV. 92. Berner I, 261. Der 2. Nov. war der Tag des Ministerrates, in dem die erste Nachgiebigkeit gegen Österreich beschlossen wurde; der 6. November, der Tag, an welchem die Mobilmachung angeordnet wurde; am 1. Dezember genehmigte der König die Olmützer Punktation. Ob der Tod des Grafen Brandenburg wirklich durch die Erregung über die erlittene Demütigung herbeigeführt worden ist, ist noch immer zweifelhaft. — Auch dieser Brief ist höchst charakteristisch für das Wesen des Prinzen; er sucht sich mit der vollzogenen Tatsache abzufinden und ihr möglichst die guten Seiten abzugewinnen, um nicht in offene Opposition gegen seinen Bruder zu geraten.

41. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, 107—112. Berner I, 269. An dieser Denkschrift fällt die klare Entwickelung der Hindernisse auf, die bisher eine befriedigende Gestaltung der deutschen Verhältnisse verhindert haben; zugleich zeichnet hier der Prinz sein eigenes Ideal, das er bis 1866 im wesentlichen festgehalten hat, nämlich Steigerung des preußischen Ansehens in Deutschland durch moralische Eroberungen ohne Ländervergrößerung. Daß jede Einigung den kleineren Staaten den Verzicht auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zur Notwendigkeit machen werde, erkennt der Prinz genau und sieht die Wiederherstellung des alten Bundes nur als einen Notbehelf an, ebenso verlangt er volle Gleichberechtigung Preußens mit Österreich in der Leitung Deutschlands. Man kann sagen, daß der Prinz die Ziele, die später erreicht wurden, damals bereits klar ins Auge gefaßt hatte, also früher als Bismarck, der zu jener Zeit noch stark unter dem Einflusse

der Österreich freundlichen Politik Friedrich Wilhelms IV. und seiner Kamarilla stand. Aber es zeigt sich schon hier, daß er zur Erreichung dieses Zieles nur Mittel in Aussicht nimmt, die einen Erfolg nicht gewährleisten konnten.

42. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern II, 141. Berner I, 280. Der Prinz war als Gouverneur der Rheinprovinz nach Koblenz gesandt worden. Die Mängel der Mobilmachung, wovon hier die Rede ist, haben den Prinzen zu neuer Beschäftigung mit einer Reform des Heeres getrieben und sind wesentlich mitbestimmend dafür gewesen, daß er später an seinem Reformplan allen Widersprüchen zum Trotze festhielt.

43. v. Egloffstein, Kaiser Wilhelm I. und Leopold v. Orlich, S. 37. Berner I, 284. Der Prinz weilte in London zur Weltausstellung. Bemerkenswert ist besonders seine Stellungnahme gegenüber den politischen Forderungen der Zeit.

44. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., II, 58—59. Berner I, 289.

45. Deutsche Revue XXII, 1, 170. Das Schreiben ist besonders lehrreich wegen der Stellung, die der Prinz darin gegenüber dem Ultramontanismus einnimmt. Die Bemerkungen am Schlusse beziehen sich darauf, daß der Reise des Prinzen zur Weltausstellung nach London von seiten der Kamarilla Schwierigkeiten bereitet worden waren, mit der Begründung, daß man für die persönliche Sicherheit des Prinzen in London keine Garantie habe.

46. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., II, 97—98. Berner I, 294. Das Schreiben bezieht sich auf die von Österreich angeregten Verhandlungen über seine Aufnahme in den Zollverein resp. den Ersatz des Zollvereins durch ein gesamt-deutsches Zollbündnis. Der Prinz sprach sich gegen diesen Plan aus, der Preußens wirtschaftliche Machtstellung zu gefährden drohte, und billigte den Entschluß der Regierung, sich an den Zollkonferenzen in Wien nicht zu beteiligen.

47. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 154. Berner I, 303. Am 2. Dezember 1851 hatte in Frankreich der Staatsstreich stattgefunden, durch welchen Louis Napoleon die bisherige Verfassung der Republik umstürzte und sich die Präsidentschaft auf zehn Jahre sicherte. — Der österreichische Ministerpräsident, Fürst Felix Schwarzenberg, war am 3. April 1852 gestorben; er war der Hauptvertreter einer gegen Preußen gerichteten Politik in Österreich gewesen, zugleich aber auch der fähigste Staatsmann, über den das Kaiserreich verfügte. — Preußen hatte damals eben den Grund zu einer eigenen Flotte gelegt durch den Ankauf der zur Zeit der Frankfurter Nationalversammlung

ausgerüsteten deutschen Kriegsschiffe. — Die nach Berlin einberufene Zollkonferenz sollte den Fortbestand und womöglich die Erweiterung des preußischen Zollvereins sichern, führte aber zu keinem unmittelbaren Ergebnis.

48. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., V, 245. Berner I, 312. General v. Radowitz, der Träger der preußischen Unionspolitik im Jahre 1849, war an die Spitze des militärischen Bildungswesens gestellt worden, und es wurde von manchen Seiten befürchtet, daß er seinen persönlichen Einfluß auf den König in der früher von ihm vertretenen Richtung geltend machen werde.

49. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, II, 8. Berner I, 166. Kaiser Franz Josef von Österreich wurde am 15. Dezember in Berlin erwartet. — „L'empire c'est la paix" war bekanntlich der Wahlspruch Napoleons III. bei Übernahme des Kaisertums, die soeben erfolgt war.

50. v. Egloffstein 51. Berner I, 328. Der Prinz spielt auf die kurz vorher vollzogene Verheiratung Napoleons III. mit der Gräfin Eugenie von Montijo an. An der Zusammenkunft mit Kaiser Franz Josef in Berlin hatte der Prinz schließlich auf ausdrücklichen Befehl des Königs doch noch teilnehmen müssen. Sehr bemerkenswert ist des Prinzen Äußerung über den Parlamentarismus; die hier ausgesprochene Überzeugung ist für ihn weiterhin stets maßgebend geblieben.

51. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang, I, 17. Berner I, 330. Einer der ersten, bisher bekannt gewordenen Briefe des Prinzen an Bismarck (der erste ist vom 24. Juli 1852). Der Prinz zeigt sich hier mit Bismarcks Stellungnahme gegenüber Österreich vollkommen einverstanden. — Graf Thun war der bisherige, Graf Prokesch-Osten der neuernannte Präsidialgesandte beim Bundestage in Frankfurt a. M. Der letztere hatte bereits 1849 Gelegenheit gehabt, seine feindselige Stimmung gegen Preußen als Botschafter in Berlin zu zeigen.

52. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang, I, 19. Berner I, S. 331. Der östliche Prokesch ist Graf Prokesch-Osten. — Graf Leiningen-Westerburg sollte in Konstantinopel Zurückziehung der gegen Montenegro entsandten Truppen und Nachgiebigkeit gegenüber einigen anderen von Österreich an die Türkei gestellten Forderungen empfehlen. — Gegen Kaiser Franz Josef war am 18. Februar 1853 durch den Ungarn Libényi ein Attentat verübt worden.

53. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 177. Die orientalische Frage beginnt jetzt in den Vordergrund des Interesses zu treten. Noch war es fraglich, ob die Türkei sich den Forderungen

Rußlands, welches das Protektorat über die Christen auf der Balkaninsel anstrebte und als Pfand für die Erfüllung seines Begehrens die Donaufürstentümer besetzt hatte, fügen oder ihnen Widerstand leisten werde. England und Frankreich hatten zum Schutze ihrer Interessen Kriegsschiffe in das Ägäische Meer entsandt. Der Prinz glaubte trotzdem nicht an einen bevorstehenden Krieg, worin er sich allerdings täuschte.

54. Bergengrün, Staatsminister v. d. Heydt, S. 249, Anm. 2. Die kleine, aber mächtige Partei, von welcher der Prinz spricht, ist die Kamarilla, welche den König womöglich zur Beseitigung der Verfassung und zum bedingungslosen Anschlusse an Rußland in der auswärtigen Politik treiben und in der deutschen Frage jeden Zusammenstoß mit Österreich vermeiden wollte. Der Gegensatz des Prinzen gegen diese Partei in der inneren und auswärtigen Politik wurde nun immer schärfer.

55. Batsch, Prinz Adalbert von Preußen, S. 242. Berner I, 344. Die erwähnte Königin ist natürlich Königin Viktoria von England.

56. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, II, 293. Berner I, 352. Der russische Botschafter, Graf Budberg, hatte in Berlin die Forderung gestellt, daß Preußen sich durch einen Vertrag zur Neutralität verpflichte, falls es zwischen Rußland auf der einen, der Türkei, England und Frankreich auf der anderen Seite zu einem bewaffneten Zusammenstoße komme. Dies Verlangen war vom Könige zurückgewiesen worden. Die erwähnten Pläne eines Neutralitätsbundes mit Österreich gingen wieder von der Kamarilla aus; Prinz Wilhelm sucht hier dem Minister gegen den Einfluß der Kamarilla den Rücken zu stärken, und man nimmt bereits sein starkes Mißtrauen gegen die Konsequenz und Standhaftigkeit des Königs in dieser Frage wahr.

57. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., II, 421. Berner I, 360. Ministerpräsident von Manteuffel hatte den Ratschlägen des Prinzen entsprechend eine selbständige Politik Preußens, unabhängig vom russischen und österreichischen Einflusse befürwortet und zur Durchführung seiner Absichten auch zwei Männer in Aussicht genommen, die ihm der Prinz besonders empfohlen hatte, den Grafen Pourtalès und den Grafen Usedom, von denen der letztere den wichtigen Posten eines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Auswärtigen erhalten sollte. Die Kamarilla bekämpfte diese Männer auf das heftigste und setzte schließlich durch, daß man von ihrer Verwendung in hervorragenden Stellen des auswärtigen Dienstes absah. Der Prinz faßte dies als einen gegen ihn persönlich gerichteten Schlag auf; zumal da gleichzeitig der Londoner Botschafter Bunsen, der ebenfalls eine Wendung gegen Rußland befürwortet hatte, von seinem Posten abberufen wurde. Das hier mitgeteilte Schreiben gibt das stärkste Zeugnis für seine

große Erregung. Es kam zu einer scharfen brieflichen Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Könige und zu einer zeitweiligen Trübung ihres brüderlichen Verhältnisses.

58. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 188. Berner I, 363. Der „herrliche Kaiser" ist Zar Nikolaus. Seinen Eigensinn gegenüber den Forderungen der Westmächte machte der Prinz für die Verschärfung des Gegensatzes verantwortlich. Der Krieg war inzwischen ausgebrochen, indem die Russen im März die Donau überschritten, die Engländer und Franzosen eine Flotte ins Schwarze Meer hatten einlaufen lassen.

59. v. Roon, Denkwürdigkeiten. Berner I, 370. Die übersandte Schrift Roons handelte über den eben verstorbenen Major von Griesheim, der namentlich im Jahre 1848 als Departementschef im Kriegsministerium hervorgetreten war. — Der Kriegsminister von Bonin war inzwischen ebenfalls entlassen worden, da er die Politik der Kamarilla nicht mitmachen wollte. Das am 20. April 1854 mit Österreich abgeschlossene Neutralitätsbündnis war ein Werk der Kamarilla.

60. Graf Bernstorff, Im Kampfe für Preußens Ehre, S. 219. Das Bündnis mit Österreich hatte sich inzwischen als höchst unglücklich erwiesen, da Österreich ohne Rücksicht darauf eine gegen Rußland gerichtete Politik verfolgte. Als der Zar „aus strategischen Gründen" im August 1854 die Donaufürstentümer räumte, schien noch einmal kurze Zeit Aussicht auf Herstellung des Friedens vorhanden zu sein.

61. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, II, 574. Berner I, 374. Die vier Punkte sind die von den Westmächten und Österreich am 8. August an Rußland übergebenen Forderungen; der Zar nahm nach längerem Zögern am 28. November die vier Punkte als Verhandlungsgrundlage an; trotzdem ging der Krieg weiter, da man sich über die Auslegung, die den vier Punkten zu geben sei, nicht einigen konnte. Österreich schloß sich immer enger an die Westmächte an, während Preußen in einer für Rußland wohlwollenden Neutralität verharrte.

62. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, III, 67. Berner I, 388. Zar Nikolaus war am 2. März 1855 gestorben, und sein Sohn, Alexander II., hatte den Thron bestiegen. Das Protokoll vom 20. April 1854 enthielt das bereits früher (Anm. zu 58) erwähnte Neutralitätsbündnis zwischen Österreich und Preußen, dasjenige vom 26. November einen Zusatzartikel dazu. Das Protokoll vom 18. Dezember regelte das gemeinsame Vorgehen der Westmächte und Österreichs; Preußen war demselben nicht beigetreten. König Friedrich Wilhelm IV. wollte aus Rücksicht auf die letzten Worte des ver-

storbenen Zaren und auf den jungen Kaiser Alexander alle weiteren Verhandlungen, die einen Druck auf Rußland zur Annahme der ihm gestellten Bedingungen bezweckten, vorläufig hinausgeschoben wissen.

63. v. Egloffstein 62. Berner I, 388. Es ist nicht nur bemerkenswert, daß der Prinz den Übergang Rußlands zur konstitutionellen Staatsform unter der Regierung Alexanders II. als selbstverständlich ansah, sondern auch, daß er seine eigenen Gedanken über das konstitutionelle Staatsleben schon in genau demselben Bilde anschaulich zu machen suchte, wie später bei Übernahme der Regentschaft s. Nr. 80.

64. Berner I, 392. Wichtig für die persönliche Stellung des Prinzen zu dem verstorbenen Zaren. Man sieht hier deutlich, wie stark die Demütigung von Olmütz seine Stellung gegenüber der russischen Politik während des Krimkrieges beeinflußt hat. Vgl. Marcks S. 115 f.

65. v. Egloffstein 65. Berner I, 395. Papst Pius IX. hatte soeben das neue Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä verkündigt. — Bezüglich des Einflusses der Regierung auf die Wahlen hat der Prinz, nachdem er selbst die Regierung angetreten hatte, seine Ansicht bedeutend geändert. Vgl. unten Nr. 94.

66. Ernst II., Aus meinem Leben, II, 354—55. Der Polizeipräsident Hinckeldey war wegen seines Einschreitens gegen einen adligen Spielklub von einem Mitgliede desselben, Herrn v. Rochow, gefordert und im Duell erschossen worden (10. März 1856). Die Liberalen erblickten in diesem Vorgange ein Zeichen dafür, daß kein Beamter es ungestraft wagen dürfe, gegen Mitglieder der herrschenden Adelsklique vorzugehen, selbst wenn diese sich offen gegen die Gesetze vergingen.

67. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., III, 118. Berner I, 399. Ein Journalist, namens Lindenberg, hatte in der Öffentlichkeit den Prinzen in Verbindung gebracht mit einem Diebstahl von Papieren, die dem General von Gerlach entwendet worden waren, und der Prinz verlangte vergeblich eine gerichtliche Aufklärung der Sache, die ihn, wie unser Schreiben zeigt, sehr stark erregte.

68. Berner I, 404. Das erwähnte Fest ist das 50 jährige Dienstjubiläum des Prinzen. In der Schweiz wurde damals ein bewaffnetes Einschreiten gegen die Bewohner des Fürstentums Neuenburg geplant; das Ländchen hatte bisher mit Preußen in Personalunion gestanden und zugleich der Eidgenossenschaft angehört, wollte jetzt aber diese unklare Doppelstellung beseitigen und die Verbindung mit Preußen völlig lösen.

69. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 221. Berner I, 405. Der Prinz hatte zu dem erwähnten Jubiläum vom Könige einen Ehrendegen und die Ernennung zum Chef des 7. Husarenregimentes erhalten;

der verstorbene König Ernst August von Hannover war ein leidenschaftlicher Kavallerist gewesen.

70. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 223. Berner I, 408. General Radetzky hatte noch im hohen Alter den für Österreichs Geschicke so wichtigen Krieg in Oberitalien in den Jahren 1849 leiten und zum siegreichen Ausgange führen können.

71. Berner I, 409 (aus dem Reichsanzeiger 1888). Der Prinz schien bereits völlig mit dem Leben abgeschlossen zu haben und keine große Wirksamkeit für sich mehr zu erwarten, während ihn bereits das nächste Jahr an die Spitze des Staates berufen sollte.

72. v. Bernhardi, Tagebuchblätter, II, 364. Der Brief enthält in prägnanter Form Anschauungen, die der Prinz auch später als König häufig ausgesprochen hat.

73. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, III, 373. Berner I, 413. Fürst Gortschakoff, der leitende russische Minister, war mit dem Zaren Alexander zusammen in Berlin gewesen; beide befanden sich auf der Durchreise nach Stuttgart, wo sie mit Kaiser Napoleon zusammentreffen wollten. Der „Napoleonide" ist Prinz Napoleon, Vetter Napoleons III. und Sohn des Königs Jérome von Westfalen, der im Mai 1857 am Berliner Hofe gewesen war. Aus dem Briefe spricht bereits ein lebhaftes Mißtrauen gegen die Absichten des Kaisers Napoleon. Die Stellung, die der Prinz hier seinem Bruder zuweisen möchte, hat er später selbst eingenommen, als er an der Spitze aller deutschen Fürsten in Baden-Baden mit Napoleon zusammentraf. Siehe unten Nr. 87.

74. v. Hirschfeld, Großherzog Friedrich Franz II., S. 29. Berner I, 423. König Friedrich Wilhelm IV. war während eines Aufenthaltes am sächsischen Hofe in Pillnitz im Juli 1857 von einem Schlaganfall betroffen worden, der sich in Berlin zweimal wiederholte (zuletzt 5. Oktober), und von dessen Folgen er sich niemals ganz erholt hat. Obwohl er zeitweise geistig klar war, konnte er doch seitdem eine dauernde Regierungstätigkeit nicht mehr ausüben, und es tauchte daher alsbald die Frage auf, ob nicht die in der Verfassung für den Fall dauernder Regierungsunfähigkeit des Königs vorgesehene Regentschaft einzutreten habe. Da jedoch anfangs die Möglichkeit einer Besserung nicht ausgeschlossen schien, so wurde der Thronfolger zunächst nur mit der Stellvertretung in den laufenden Geschäften auf drei Monate beauftragt. Nach Ablauf dieser Frist ist die Stellvertretung noch dreimal erneuert worden. Über den weiteren Verlauf s. unten Nr. 77—79.

75. Berner I, 430. Das erwähnte Familienereignis ist die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Viktoria von England, die am 25. Januar 1859 vollzogen worden war.

76. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 253. Berner I, 432. Der Prinz scheint die vielen kleinen Unfälle, die ihm im Laufe seines Lebens zustießen, gezählt zu haben; um was es sich hier handelte, weiß ich nicht zu sagen.

77. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., III, 302. Berner I, 434. Da es inzwischen immer klarer geworden war, daß auf eine volle Besserung des Königs nicht zu rechnen sei, so faßte der Prinz die Einsetzung einer verfassungsmäßigen Regentschaft ins Auge; denn nur als Regent des Königreichs konnte er eine selbständige Regierung führen, während er als bloßer Stellvertreter seines Bruders nur beschränkte Befugnisse besaß. Durch die Aussicht einer Regentschaft des Prinzen fühlte sich die Partei der Kamarilla in ihrer bisherigen Machtstellung bedroht und entwarf allerlei Pläne, sie zu verhindern. Diesem Kreise entstammte auch der Gedanke, der Königin Elisabeth eine Art Mitregentschaft einzuräumen, gegen den sich der Prinz hier verwahrt.

78. v. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, II, 296. Berner I, 439. Am 7. Oktober hatte der König vor Antritt einer längeren Reise nach dem Süden die ihm von der Königin vorgelegte Urkunde unterzeichnet, durch welche er den Prinzen zur Übernahme der Regentschaft aufforderte.

79. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., III, 353. Berner I, 443. Der Prinz war von Anfang an entschlossen, eine andere Richtung einzuschlagen, als sie unter seinem Bruder verfolgt worden war, und zu diesem Zwecke neue Männer in das Ministerium zu berufen. Obwohl die bisherigen Minister in einer Eingabe ihr Verbleiben im Amte als notwendig für das Wohl des Staates bezeichneten, beharrte der Prinz bei seinem Entschlusse. Wie dieser Brief zeigt, wollte er dem bisherigen Ministerpräsidenten das Scheiden aus seinem Amte möglichst erleichtern, indem er ihm besondere Ehrungen in Aussicht stellte. Es ist indessen zu der Erhebung in den Grafenstand nicht gekommen, da Manteuffel selbst davon abzusehen bat.

80. H. Kohl, Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, 3. Berner I, 445. In dieser Kundgebung, die als sein Regierungsprogramm zu betrachten ist, hat der Prinz die Grundsätze seiner inneren und auswärtigen Politik, die meist in den vorangegangenen Briefen bereits einzeln hervorgetreten sind, einheitlich zusammengefaßt. Sie zeigt namentlich, daß der Regent nicht daran dachte, das bisherige konservative Parteiregiment durch ein liberales Parteiregiment zu ersetzen, wie es vielfach erwartet wurde. Er wollte vielmehr eine über den Parteien stehende und aus Männern verschiedener Parteifärbung zusammengesetzte Regierung bilden, und die Reformen, die er als not-

wendig erkannte, nur langsam und allmählich durchführen, ohne an den Grundlagen des preußischen Staatswesens zu rütteln. Bemerkenswert ist besonders das Programm für die deutsche Politik, das den Unterschied zwischen Wilhelms Auffassung und Bismarcks späterer Politik bereits klar hervortreten läßt.

81. Ernst II., Aus meinem Leben, II, 524. Berner II, 458. Die schwierigste Aufgabe für die auswärtige Politik des Regenten war im Frühling und Sommer 1859 die Stellungnahme zu dem Kriege gewesen, der zwischen Frankreich und Sardinien auf der einen, Österreich auf der andern Seite ausgebrochen war. Obwohl es sich dabei wesentlich um italienische Fragen handelte und der Krieg zunächst auf italienischem Boden geführt wurde, erschien es doch von Anfang an nicht ausgeschlossen, daß auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Während die einen es als selbstverständliche Pflicht aller deutschen Staaten ansahen, Österreich auch dann zu helfen, wenn sein zum deutschen Bunde gehöriges Gebiet nicht bedroht sei, und wohl gar einen Angriff gegen Frankreich vom Rheine her befürworteten, wollten andere, wie z. B. Bismarck, die Notlage Österreichs ausnutzen, um eine Verbesserung der Stellung Preußens in Deutschland zu erlangen. Der Regent ging auf keine dieser Absichten ein. Er wollte neutral bleiben, solange Deutschland nicht unmittelbar von Frankreich bedroht werde; sollte dieser Fall eintreten, so war er zum Kriege gegen Frankreich entschlossen, wollte dann aber allein das Kommando über die gegen Frankreich ins Feld zu führenden deutschen Streitkräfte führen. Die Motive und Absichten seiner Politik sind in dem Briefe selbst mit voller Klarheit dargelegt. Das Ergebnis war kein für Preußen günstiges. Nach seinen schweren Niederlagen in Italien zog Kaiser Franz Josef den Frieden mit Napoleon unter Abtretung der Lombardei der Rettung durch ein deutsches Heer unter preußischem Oberbefehl vor. Man stieß sich in Österreich vor allen Dingen an der preußischen Forderung des selbständigen und uneingeschränkten Kommandos über die deutschen Truppen und wollte dem Regenten höchstens das Amt eines Bundesfeldherrn unter den Beschränkungen zugestehen, welche die Bundesverfassung für einen solchen vorsah.

82. Milit. Schriften Kaiser Wilhelms, II, 318. Im Staatsleben Preußens tritt jetzt die Frage der Heeresreform mehr und mehr in den Vordergrund. Der Regent selbst hatte an der Ausarbeitung des Reformplanes hervorragenden Anteil; neben ihm hatte besonders Roon daran mitgearbeitet. Es handelte sich im wesentlichen um eine Erhöhung der Präsenzstärke des Heeres, durch welche der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht erst zur Wahrheit gemacht werden sollte, und zugleich um die Herstellung einer engeren Verbindung zwischen

Linie und Landwehr, die von den militärischen Sachverständigen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Heeres für dringend notwendig erklärt wurde. Bereits innerhalb des Ministeriums stieß der Reformplan auf Bedenken, die namentlich in der Befürchtung ihren Grund hatten, daß der Landtag die zu ihrer Durchführung notwendigen erheblichen finanziellen Mittel gar nicht oder nur unter schwer zu erfüllenden Bedingungen würde bewilligen wollen. Derartige finanzielle Bedenken hatte auch der Kriegsminister v. Bonin dem Regenten zum Ausdrucke gebracht.

83. Th. Martin, Das Leben des Prinzgemahls Albert. Deutsche Ausgabe V, 46 (nur teilweise). Berner I, 482. Die Folge des französisch-österreichischen Krieges war die Einigung Italiens durch das Haus Savoyen unter Verjagung aller übrigen, größtenteils mit dem Hause Habsburg nahe verwandten oder verschwägerten Fürstenhäuser. Napoleon begünstigte das Vorgehen Sardiniens und hatte sich dafür in einem vor dem Kriege abgeschlossenen geheimen Vertrage die Abtretung von Savoyen und Nizza ausbedungen für den Fall, daß es zu einer vollständigen Einigung Italiens komme. Die übrigen europäischen Mächte fühlten sich durch den revolutionären Charakter der italienischen Bewegung zurückgestoßen. Der vorliegende Brief ist zu einer Zeit geschrieben, wo es noch nicht feststand, ob Sardinien über die norditalienischen Gebiete hinausgreifen werde, und wo Napoleon bei den übrigen Mächten den Anschein zu erwecken bestrebt war, als werde er einer Hineinziehung Süditaliens in den neuen italienischen Staat ebenfalls entgegentreten. Der Regent war namentlich gegen die französischen Annexionspläne aus Rücksicht auf die bekannten ähnlichen Gelüste Napoleons Deutschland gegenüber. Einem gemeinsamen Vorgehen der Großmächte in Italien widerstrebte England und berief sich darauf, daß es nicht richtig sei, wenn auswärtige Mächte sich in die Regelung der inneren Angelegenheiten eines anderen Gebietes einmischten.

84. Bergengrün, Staatsminister v. d. Heydt, S. 262. Der Brief ist hier aufgenommen, weil er zeigt, wie energisch der Regent für die Männer, die ihm dienten, einzutreten verstand, selbst wo es sich um schwierige Situationen handelte. Vgl. Nr. 86.

85. v. Egloffstein, S. 86. Berner I, 487. Der Plan der Heeresreform (vgl. Nr. 82) war im Parlament in der Tat auf starken Widerspruch gestoßen. Die liberale Mehrheit wollte zwar die Erhöhung der Präsenzstärke und die dazu erforderlichen Geldmittel bewilligen, aber nur unter zwei Bedingungen: die Landwehr sollte völlig selbständig neben der Linie bleiben, eine Art Volksheer neben dem Berufsheere bilden, und zum Ausgleich für die dem Lande aufzuerlegenden pekuniären Opfer sollte die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden.

Beides glaubte der Regent nicht zugeben zu können; seine Gründe sind aus diesem Schreiben ersichtlich.

86. Bergengrün, Staatsminister v. d. Heydt, S. 263. Vgl. oben Nr. 84.

87. Ernst II., Aus meinem Leben, III, 45. Berner I, 491. Auf Anregung des Kaisers Napoleon hatte in Baden-Baden Mitte Juni 1860 eine Zusammenkunft zwischen ihm und dem Regenten stattgefunden. Um jeden Gedanken daran auszuschließen, als wolle er hier mit dem Kaiser der Franzosen hinter dem Rücken der übrigen deutschen Fürsten irgendwelche Abmachungen treffen, hatte der Regent die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover und eine Anzahl anderer Fürsten eingeladen, der Zusammenkunft beizuwohnen. So empfing er den Kaiser an der Spitze der bedeutendsten deutschen Fürsten und erschien zum ersten Male gleichsam als Vertreter des gesamten Deutschland. Diese Ansprache wurde nach Beendigung der Besprechungen und nach der Abreise Napoleons gehalten.

88. Ernst II., Aus meinem Leben, III, 60. Berner I, 502. Der Nationalverein war im Jahre 1859 gegründet worden, um das Streben nach einer politischen Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zu befördern, und hatte sehr bald eine zahlreiche Anhängerschaft gefunden. Über seine Entstehung und Wirksamkeit orientiert jetzt am besten H. Oncken, Rud. v. Bennigsen, I, 313 f. Herzog Ernst von Koburg war als Beschützer des Vereins offen hervorgetreten, während die meisten deutschen Fürsten in dessen Bestrebungen eine Gefahr für ihre Selbständigkeit erblickten und ihn am liebsten ganz unterdrückt hätten. Der Regent hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß gegen den Verein nichts zu unternehmen sei, solange er sich in den gesetzlichen Schranken halte. Dies war namentlich in einem Erlaß des Ministers des Innern auf eine von Stettiner Bürgern überreichte Adresse vom 12. September 1859 ausgesprochen worden (wieder abgedruckt bei Berner I, S. 495). Gelegentlich der Zusammenkunft in Baden-Baden war der Versuch gemacht worden, den Regenten zu schärferem Vorgehen zu bestimmen. — Der Plan einer Versammlung von Abgeordneten aller deutschen Kammern, die Ende September 1860 zusammentreten sollte, ging von Heinrich von Arnim aus, wurde aber auf Betreiben Bennigsens und anderer Mitglieder des Nationalvereins abgelehnt. Vgl. H. Oncken I, 417 ff.

89. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 271. Am 2. Januar 1861 war König Friedrich Wilhelm IV. gestorben, und der Regent hatte infolgedessen als König Wilhelm I. die Regierung angetreten.

90. Roon, Denkwürdigkeiten, II, 21. Berner II, 15. Von liberaler Seite wurden in der Presse vielfach scharfe Angriffe gegen diejenigen

Männer in der Umgebung des Königs gerichtet, welche als Vertreter konservativer Anschauungen galten und von denen man annahm, daß sie den König in diesem Sinne beeinflußten. So war auch General v. Manteuffel in einer Broschüre von Twesten scharf angegriffen worden. Er forderte den Verfasser zum Duell und verwundete ihn. Dem Könige war es sehr unangenehm, daß er nun Manteuffel, der zu Festungshaft verurteilt wurde, zeitweise aus seiner Umgebung entfernen mußte.

91. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 273. Berner II, 18. Der Student Becker aus Odessa hatte am 14. Juli 1861 in Baden-Baden ein Attentat auf den König versucht, bei dem dieser eine leichte Kontusion am Halse erlitt. Die erwähnte eigene Aufzeichnung des Königs über das Attentat s. Berner II, 16.

92. Graf Bernstorff, Im Kampf um Preußens Ehre, S. 439. Der Besuch König Wilhelms beim Kaiser Napoleon sollte eine Erwiderung des von jenem in Baden-Baden vor einem Jahre abgestatteten Besuches sein. Die Gespräche, über welche hier berichtet ist, tragen den Charakter einer gegenseitigen Sondierung über die gerade schwebenden Fragen.

93. v. Natzmer, Unter den Hohenzollern, IV, 275. Berner II, 21. General v. Natzmer war am 1. November 1861 infolge eines Schlaganfalles gestorben.

94. Graf Bernstorff, Im Kampf um Preußens Ehre, S. 516. Der Konflikt zwischen dem Könige und der zweiten Kammer hatte sich in den letzten Jahren mehr und mehr verschärft und war von einem Kampfe um die Heeresreform immer mehr zu einem Streite über die Grundlagen des gesamten Verfassungslebens in Preußen geworden. Die zweite Kammer erhob nach westeuropäischem Vorbilde den Anspruch, daß die in ihr gerade vorhandene Mehrheit für die Gesamtrichtung der Politik und für die Zusammensetzung des Ministeriums maßgebend sein müsse. Je stärker dies hervortrat, desto mehr sah sich der König zu den Konservativen hingedrängt; die liberalen Minister schieden allmählich aus dem Kabinett aus und wurden durch Konservative ersetzt. Roon, der durch und durch konservativ gesinnt war, wurde jetzt der eigentliche Vertrauensmann des Königs. Das vorliegende Schreiben führt uns in die Krisis hinein, die das Ausscheiden der letzten liberalen Mitglieder des Ministeriums herbeigeführt hat. — Der Hagensche Antrag bezweckte, durch eine genauere Spezialisierung des Etats zu verhindern, daß Ersparnisse in anderen Ressorts von der Regierung für Zwecke der Heeresorganisation verwendet würden. Die eingebrachten Gesetze, von denen mehrfach die Rede ist, waren eine Kreisordnung, welche die gutsherrliche Polizei beseitigen sollte, und ein Gesetz über die Minister-

verantwortlichkeit; das letztere ging der Mehrheit nicht weit genug; von dem ersteren nahm man an, daß es vom Herrenhause abgelehnt werden würde. Die Auflösung erfolgte am 11. März.

95. Ernst II., Aus meinem Leben, II, 238. Berner II, 23. Schulze-Delitzsch hatte in Frankfurt a. M. bei Gelegenheit des großen deutschen Bundesschießens, dem Herzog Ernst als Ehrenpräsident des deutschen Schützenbundes beigewohnt hatte, mehrfach gesprochen (vgl. Ernst II. a. a. O. 229 f.); der Herzog selbst bestreitet, Äußerungen der in dem obigen Schreiben erwähnten Art getan zu haben.

96. L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, I, 194. Berner II, 43. Der Konflikt hatte inzwischen mit der Berufung Bismarcks (23. September 1862), der von 1848 her für einen scharfen Reaktionär galt, und mit der Streichung aller Ausgaben für die Heeresreform im Budget durch die zweite Kammer seinen Höhepunkt erreicht. Das Herrenhaus verwarf den vom Abgeordnetenhause verstümmelten Etat und stellte die Regierungsvorlage wieder her; das Abgeordnetenhaus erklärte dies Verfahren für ungesetzlich und nichtig. Die Session wnrde darauf geschlossen und in der Thronrede angekündigt, daß die Regierung den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzten Unterlagen zu führen genötigt sei (13. Oktober). — § 99 der Verfassung lautete: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt." — Die sogen. Episode spielte sich am 17. und 18. September 1862 ab. Es war ein Antrag der Abg. Stavenhagen, v. Sybel und Twesten eingebracht worden, wonach das Budget für 1862 einschließlich der Summen für die Armeeorganisation mit dem geringfügigen Abstrich von 223000 Thalern bewilligt werden, und die endgültige Regelung der Militärfrage dem nächsten Etat vorbehalten werden sollte. Die Mehrheit wollte auf eine solche Verlängerung des Provisoriums nur dann eingehen, wenn die Regierung für das nächste Jahr eine Vorlage über Herabsetzung der Dienstzeit in sichere Aussicht stelle. Roon gab am 17. Sept. eine entgegenkommende, aber unbestimmte Erklärung ab. Als die Budgetkommission auf eine unzweideutige Zusage drang, mußte Roon, wohl infolge bestimmter Weisung des Königs selbst, am 18. Sept. erklären, daß die Regierung sich zu einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit nicht unbedingt verpflichten könnne. Hierauf wurde der erwähnte Antrag abgelehnt, und das Abgeordnetenhaus faßte die oben mitgeteilten Beschlüsse über das Budget.

97. Bismarck, Gedanken u. Erinnerungen, Anhang I, 47. Berner II, 45. Der König muß mit dem englischen Gesandten eine Unterredung gehabt haben, in welcher er ihm Aufschluß darüber gab, was in Baden-Baden zwischen ihm und dem Kaiser Napoleon verhandelt worden war.

98. Berner II, S. 47. Die zweite Kammer hatte in ihrer Adresse, die dem Könige als Antwort auf die Thronrede überreicht werden sollte, dem Ministerium Bruch der Verfassung vorgeworfen, weil es ohne ein gesetzmäßig zustande gekommenes Budget die Verwaltung weiterführe. Der König, der mit Bismarcks Auffassung völlig übereinstimmte, fühlte sich durch diesen Vorwurf persönlich mitgetroffen und verweigerte den Empfang der Deputation. Die Adresse wurde ihm daraufhin schriftlich zugestellt. Inwieweit Bismarck einen Anteil an der Abfassung dieser Antwort des Königs gehabt hat, ist bisher nicht bekannt geworden.

99. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 58. Berner II, 55.

100. Berner II, 60. Ein Konflikt zwischen dem Kriegsminister v. Roon und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses über die Frage, ob dem Präsidenten eine Disziplinargewalt auch den Ministern gegenüber zustehe, hatte dazu geführt, daß sämtliche Minister erklärten, im Hause nicht wieder erscheinen zu können, bis dieser Anspruch endgültig aufgegeben worden sei. Das Abgeordnetenhaus erklärte auch seinerseits jede weitere Verhandlung mit diesem Ministerium für ausgeschlossen und bat den König in einer Adresse um die Ernennung anderer Minister. Über den Anteil Bismarcks an der Formulierung der vorliegenden Antwort wissen wir wiederum nichts.

101. Staatsarchiv IX, 2. Berner II, 65. Kaiser Franz Josef von Österreich hatte eine Zusammenkunft aller Deutschen Fürsten angeregt, auf welcher eine Reform der Verfassung des deutschen Bundes beraten und beschlossen werden sollte. Es war dies der letzte Versuch Österreichs, von sich aus eine ihm günstigere Reform in Anregung zu bringen. Den Anlaß dazu bot ohne Zweifel die Verschärfung des preußischen Verfassungskonfliktes, welche die österreichischen Staatsmänner hoffen ließ, daß Preußens Popularität bei den übrigen deutschen Staaten immer tiefer sinken und in demselben Maße die Geneigtheit wachsen werde, sich an Österreich anzuschließen. Im Einverständnis mit Bismarck lehnte König Wilhelm in Gastein, wo ihn Kaiser Franz Josef mit der Einladung überraschte, sein Erscheinen zu der geplanten Fürstenversammlung ab. Die hauptsächlichen Punkte des österreichischen Reformplanes und die dagegen von preußischer Seite geltend gemachten Bedenken sind aus der Aufzeichnung ersichtlich.

102. Berner II, 72.

103. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 85. Berner II, 76. Durch den Tod König Friedrichs VII. von Dänemark (15. Nov. 1863) war die schleswig-holsteinische Frage in den Vordergrund des Interesses getreten. Während nach den dänischen

Gesetzen nach dem Aussterben des Mannesstammes des dänischen Königshauses der nächste Verwandte in weiblicher Linie, Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Glücksburg, zur Thronfolge berufen war und auch sofort als Christian IX. den Thron bestieg, war es zweifelhaft, ob diesem auch in Schleswig-Holstein das Erbrecht zustehe oder ob hier die ältere Linie des schleswig-holsteinischen Hauses, die Linie Augustenburg, erbberechtigt sei. Da man in Dänemark die Erhaltung des Gesamtstaates lebhaft wünschte, hatte bereits König Christian VIII. in seinem offenen Briefe von 1846 die im Königreich geltende Erbfolge auch auf die Herzogtümer auszudehnen versucht; gerade dagegen hatte sich in Schleswig-Holstein die Revolution von 1848 gerichtet. Nach der Niederwerfung der Revolution suchte Dänemark die Zustimmung der europäischen Großmächte zu der geplanten einheitlichen Thronfolgeordnung zu erlangen; Österreich und Preußen stellten jedoch zwei Bedingungen: 1. sollte das Haupt der Linie Augustenburg zu einem Verzichte auf seine Ansprüche bestimmt werden und 2. sollte Dänemark sich verpflichten, den Herzogtümern eine gesonderte Verfassung und Verwaltung innerhalb des Gesamtstaates zu lassen. Herzog Christian von Augustenburg erklärte in der Tat gegen eine Abfindungssumme von 2³/₄ Millionen Taler, daß er seine Ansprüche nicht geltend machen werde, und zwar für sich und seine Erben (23. April 1852). Nachdem dann auch Dänemark die geforderte Erklärung wegen der Sonderstellung der Herzogtümer gegeben hatte, erkannten die Großmächte durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 den Prinzen Christian von Glücksburg als alleinberechtigten Thronfolger für den Gesamtstaat an. — Schon in den letzten Jahren Friedrichs VII. war es zu heftigen Differenzen zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten gekommen, da der König im Widerspruch mit seiner obenerwähnten Erklärung, Schleswig von Holstein abzutrennen und näher an Dänemark anzugliedern strebte. Es war im Verlaufe dieser Streitigkeiten sogar von seiten des Deutschen Bundes gegen den König, der als Herzog von Holstein Bundesglied war, die Bundesexekution eingeleitet worden. — Nach dem Tode König Friedrichs meldete, trotz des früheren Verzichtes seines Vaters, Herzog Friedrich von Augustenburg seine Erbansprüche auf die Herzogtümer an, erschien in Holstein und nahm den Namen Friedrich VIII. an. Da man in Schleswig-Holstein vor allen Dingen von der dänischen Herrschaft loszukommen wünschte und die Rechtslage den meisten nicht klar war, so fand er im Lande sehr viel Anhang. Bismarck vertrat von Anfang an die Meinung, daß die Augustenburgischen Ansprüche unberechtigt seien und daß Christian IX. auch als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werden müsse, wenn er die Abmachungen von 1852 innehalte. Sollte es wegen Nichterfüllung dieser Verpflichtungen zum Kriege kommen, so wollte er auf keinen Fall einen neuen selbständigen deutschen Mittelstaat in Schles-

wig-Holstein entstehen lassen, sondern trat für die Einverleibung in Preußen ein. Der König stand diesen Plänen ablehnend gegenüber, weil er sich zu Ansprüchen auf den Besitz der Herzogtümer nicht berechtigt fühlte. Der Kronprinz, der mit dem Herzoge von Augustenburg nahe befreundet war, trat lebhaft für dessen Anerkennung ein, und auch der König zeigte sich dieser Lösung nicht abgeneigt für den Fall, daß Dänemark auf seinen Plänen der Einverleibung Schleswigs beharre.

104. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, S. 97. Berner II, 79. König Friedrich Wilhelm IV. hatte im Jahre 1848, als in den Herzogtümern die Bewegung gegen Dänemark ausbrach, ein Schreiben an den Herzog von Augustenburg gerichtet, in dem er die Gerechtigkeit der schleswig-holsteinischen Forderungen anerkannte. — Über den Londoner Traktat vgl. die vorige Anmerkung. — Der Primkenauer ist Herzog Friedrich von Augustenburg, der für gewöhnlich seinen Sitz auf Schloß Primkenau hatte.

105. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 108. Berner II, 88. Infolge der Weigerung Christians IX., in eine bloße Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogtümern zu willigen, hatten Österreich und Preußen an Dänemark den Krieg erklärt. Während die Truppen der Verbündeten siegreich vordrangen, rief Dänemark die Hilfe der übrigen Großmächte als der Mitunterzeichner des Londoner Protokolls an. Rußland zeigte sich aus verwandtschaftlichem Interesse für das dänische Königshaus geneigt, sich einzumischen; ebenso England aus Abneigung gegen jede Verstärkung der deutschen Macht an der Nord- und Ostsee. Eine sehr zweifelhafte Haltung nahm der Kaiser Napoleon ein, dessen Politik wohl von Anfang an darauf hinausging, für die Zulassung einer eventuellen Vergrößerung Preußens Kompensationen, d. h. Überlassung von Stücken des linken Rheinufers an Frankreich zu verlangen. Auch trat Napoleon, der sich überall gerne als Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips hinstellte, dafür ein, daß die Wünsche der Schleswig-Holsteiner durch eine Volksabstimmung festgestellt werden sollten.

106. v. Tümpling, General v. Boyen, S. 164. Berner II, 92. Fanny, die Gemahlin des Generals v. Boyen, geb. Prinzessin Biron von Kurland. — Inzwischen waren die Düppeler Schanzen erstürmt worden (18. April) und damit die wichtigste militärische Entscheidung des Krieges gefallen. Der König war selbst nach Schleswig geeilt, um den Truppen zu danken.

107. Bergengrün, Staatsminister v. d. Heydt, S. 318 Anmerkung. Frau v. d. Heydt war am 8. März 1865 gestorben.

108. E. Tempeltey, Herzog Ernst II. und das Jahr 1866, S. 19. Berner II, 113. Nachdem Österreich und Preußen gemeinsam Schleswig-Holstein von Dänemark erobert hatten, entstanden alsbald Differenzen zwischen ihnen über die Frage der weiteren Schicksale der Herzogtümer. Österreich wollte weder eine Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen noch die Errichtung eines preußischen Vasallenstaates daselbst zugeben, während Bismarck entschlossen war, ohne Erreichung wenigstens des geringeren dieser Ziele nicht auf das Mitbesitzrecht an Schleswig-Holstein für Preußen zu verzichten. Da Österreich immer offener die Agitation der Augustenburgischen Partei begünstigte, drohte schon 1865 ein Krieg; er wurde aber noch einmal vermieden durch den Abschluß des Vertrages von Gastein (14. August 1865), welcher bei Aufrechterhaltung des gemeinsamen Besitzes die Verwaltung Schleswigs an Preußen, die Holsteins an Österreich übertrug und das kleine Herzogtum Lauenburg gegen eine Geldentschädigung an Preußen überließ. Da sich aber bald zeigte, daß auch auf dieser Grundlage ein dauernder Friede nicht möglich sei, so arbeitete Bismarck seit dem Anfang des Jahres 1866 mit allen Mitteln darauf hin, daß dem unerträglichen Zustande durch einen offenen Entscheidungskampf ein Ende gemacht und zugleich mit der schleswig-holsteinischen auch die deutsche Frage auf diese Art endgültig gelöst werde. Der König wünschte hingegen einen Krieg, solange es mit Ehren irgend möglich sei, zu vermeiden; es kam also für Bismarck darauf an, ihn von der Unvermeidlichkeit des Krieges zu überzeugen. Eine Reihe von verhängnisvollen Fehlern und Unvorsichtigkeiten Österreichs erleichterte ihm dies. So namentlich die Rüstungen Österreichs, die dort früher begonnen wurden, als eine Bedrohung stattgefunden hatte, und auch, nachdem von beiden Seiten gleichzeitige Abrüstung vereinbart worden war, auf die falsche Nachricht einer italienischen Mobilmachung hin erneuert wurden. Ferner die Übertragung der Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage an den Bundestag, obwohl ausdrücklich vereinbart war, daß Preußen und Österreich nur gemeinsam über das künftige Schicksal der Herzogtümer einen Beschluß fassen sollten. Endlich die fortwährende Begünstigung der Augustenburgischen Agitation in Holstein, obwohl Preußen ausdrücklich erklärt hatte, daß es die Rechte des Herzogs von Augustenburg nicht anerkenne. Der Spruch der preußischen Kronsyndici, der sich gegen das Bestehen Augustenburgischer Rechtsansprüche auf das Gesamtgebiet der Herzogtümer erklärte und für den Entschluß des Königs mitentscheidend war, ist Anfang Juli 1865 erfolgt, siehe v. Sybel 4, 138.

109. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 132. Berner II, 115. Die „Karolyische Note" ist die österreichische Depesche vom 31. März, in der jede offensive Absicht Österreichs entschieden bestritten und sein treues Festhalten an der Bundesverfassung betont

wurde; Preußens Antwort erfolgte am 6. April, siehe Schultheiß, Europ. Geschichtskalender, 1866, Ergänzungsheft, S. 28 u. 31.

110. Aus dem Leben König Karls von Rumänien, I, 11 f. Berner II, 116. Der Sohn des Fürsten Karl Anton, Prinz Karl, war am 13. April zum Fürsten von Rumänien gewählt worden. Da König Wilhelm als Oberhaupt des Hohenzollernschen Gesamthauses galt und auch die Mitglieder der schwäbischen Linie, die seit dem 13. Jahrhundert von der fränkisch-preußischen getrennt war, seit der Abtretung ihrer Gebiete an Preußen als preußische Prinzen angesehen wurden, so war zur Annahme der Wahl die Zustimmung des Königs erforderlich. Die Bedenken des Königs sind aus diesem Schreiben ersichtlich; Bismarck setzte es jedoch durch, daß der Prinz die Wahl annahm und vor erfolgter Zustimmung der Großmächte nach Rumänien ging.

111. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 137. Berner II, 120. Vgl. das oben zu Nr. 109 Bemerkte. Der Brief des Generals v. Manteuffel, Gouverneurs von Schleswig, ist bisher nicht bekannt geworden. Offenbar hatte er vor einem Zurückweichen vor Österreich, wie es in Olmütz 1850 stattgefunden hatte, gewarnt. — Im Konseil vom 28. Februar hatte Bismarck die Ermächtigung erhalten, diplomatische Vorkehrungen für den möglichen Fall eines Krieges gegen Österreich zu treffen. — In Augsburg fand am 22. April eine Konferenz der Minister von neun mittleren deutschen Staaten statt, um über deren Stellung zu dem drohenden Konflikt und zu dem preußischen Reformantrage (s. folg. Anm.) zu beraten. Lauenburg war im Gasteiner Vertrage gegen eine Geldentschädigung an Preußen überlassen worden.

112. v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866, III, 13. Berner II, 124. Bisher ist nur dieses Bruchstück des Briefes bekannt geworden. Louis ist der spätere Großherzog Ludwig IV. von Hessen, Gemahl der Prinzessin Alice (Tochter der Königin Viktoria von England), Sohn des damaligen Großherzogs Ludwig III. (1848 bis 1877). — Der preußische Antrag auf Reform des Bundes und Einberufung eines deutschen Parlamentes wurde am 9. April gestellt und am 11. Mai durch den Bundestagsgesandten mündlich genauer erläutert.

113. L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, I, 330. Berner II, 125. In den katholischen Kreisen des Rheinlandes sah man den bevorstehenden Kampf Preußens gegen das katholische Österreich sehr ungern, wie z. B. mit besonderer Deutlichkeit aus den Aufzeichnungen und Briefen August Reichenspergers hervorgeht. Der Erzbischof hatte dieser Stimmung in einem Schreiben an den König Ausdruck gegeben (gedruckt bei Schneider I, 326).

114. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 152. Berner II, 128. Am 14. Juni war in Frankfurt die Entscheidung

gefallen, indem nach der Annahme des gegen Preußen gerichteten österreichischen Antrages durch die Mehrheit des Bundestages der preußische Gesandte den Bund für gebrochen erklärt, Preußens Austritt angezeigt und die deutschen Fürsten zum Abschlusse eines neuen Bundes auf veränderter Grundlage aufgefordert hatte. Bereits vorher hatte Preußen allen Regierungen mitgeteilt, daß es die Stimmenabgabe für den österreichischen Antrag als Kriegserklärung ansehen werde. Es gewährte den gegnerischen Höfen dann noch eine Frist von 24 Stunden zur eventuellen Erklärung voller Neutralität, die aber von keinem benutzt wurde. Am 16. Juni begann der Einmarsch in Böhmen.

115. H. v. Krosigk, Generalfeldmarschall v. Steinmetz, S. 218. Berner II, 130. Gemeint sind die Siege bei Nachod, Skalitz und Schweinschädel vom 27. bis 29. Juni.

116. Oncken, Heldenkaiser, S. 97. Am 3. Juli war der große für den ganzen Krieg entscheidende Sieg bei Königgrätz erfochten worden.

117. Berner II, 131.

118. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, II, 47.

119. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 155. Berner II, 137. Alle diese Pläne von Gebietsaustauschungen zwischen den süddeutschen Staaten wurden später aufgegeben, da Bismarck von dem Grundgedanken ausging, daß man diejenigen Staaten, deren Gebiet man aus irgendwelchen Gründen verkleinern wollte, ganz annektieren, diejenigen aber, welche man bestehen lasse, in ihrem Länderbestande nicht antasten solle, damit sie später zuverlässige Bundesgenossen werden könnten.

120. Berner II, 137. Es war dem Könige von angesehenen Männern aus Hannover eine Adresse übergeben worden, die ihn bat, das Königreich weiterbestehen zu lassen.

121. Berner II, 143 (aus dem Reichsanzeiger 1888).

122. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 159. Berner II, 159.

123. Roon, Denkwürdigkeiten, 2, 335. Berner II, 168. Das Gesetz war am 18. Oktober vom Reichstage angenommen worden.

124. L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, II, 5. Berner II, 168. Um den neuen Provinzen es zu erleichtern, sich in den preußischen Staatsverband hineinzuleben, sollte ihnen eine beschränkte Selbstverwaltung für Angelegenheiten rein provinzieller Natur eingeräumt und zur Bestreitung der dadurch erwachsenden Kosten ein besonderer Provinzialfonds bereitgestellt werden. Viele Konservative sahen in dieser provinzialen Selbstverwaltung, deren Ausdehnung auf die alten

preußischen Provinzen bereits erwogen wurde und später auch durchgeführt worden ist, eine Gefahr für die Staatseinheit und opponierten im preußischen Herrenhause gegen das Gesetz. Der König hatte auf einem Hoffeste einigen Mitgliedern der konservativen Partei sein Mißfallen über diese Haltung ausgesprochen; dies hatte den früheren Staatsminister v. Bodelschwingh veranlaßt, das hier erwähnte Schreiben an den König zu richten. — Über das Hausvermögen des Königs Georg von Hannover war im Mai 1867 ein Vergleich zwischen diesem und der Krone Preußens zustande gekommen.

125. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 180. Berner II, 176. Der Brief zeigt, wie intensiven Anteil der König auch an solchen Vorgängen des inneren Staatslebens nahm, die an sich seinem Interessenkreise ferner lagen, wenn sie ihm von besonderer Wichtigkeit zu sein schienen.

126. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 183. Berner II, 179.

127. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 184. Hier erfahren wir die sehr wichtige Tatsache, daß Kaiser Napoleon dem englischen Botschafter gegenüber direkt ausgesprochen hat, daß jeder Versuch Preußens, die süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund hineinzuziehen, einen Krieg mit Frankreich zur Folge haben werde.

128. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 189. Berner II, 183. Bismarck hatte durch den Geheimrat Wehrmann dem Könige sein Abschiedsgesuch überreichen lassen. Den Anlaß dazu bot die Meinungsverschiedenheit über die Steuerfragen, die in den Briefen Nr. 125 und 126 hervorgetreten war. Außerdem spielte die Behandlung der Stadt Frankfurt a. M., welche die Übernahme eines Teiles der in der Zeit ihrer selbständigen staatlichen Existenz kontrahierten Schulden durch den preußischen Staat wünschte, eine Rolle; endlich Personalfragen, bei denen es sich hauptsächlich um das Verbleiben oder Nichtverbleiben des bisherigen Gesandten v. Usedom am italienischen Hofe in Florenz handelte.

129. Berner II, 184 (aus dem Auktionskatalog von A. Cohn). Es handelt sich hier um die schon im vorigen Briefe berührte Finanzfrage. Die Stadt Frankfurt wünschte die Übernahme von 3 Millionen Schulden durch Preußen, während das Ministerium höchstens 2 Millionen bewilligen wollte.

130. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 195. Berner II, 185. Die Memeler Angelegenheit betrifft den Bau einer Eisenbahn von Tilsit nach Memel, deren Erledigung mit dem Bau einer russischen Anschlußbahn in Verbindung stand. General v. Tottleben hatte nun

im Auftrage des Kaisers Alexander erklärt, daß die russische Strecke konzessioniert sei und sofort in Angriff genommen werden solle; durch diese Mitteilung trat nach des Königs Ansicht die Sache in ein neues Stadium ein.

131. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 202. Berner II, 190. Der Finanzminister v. d. Heydt, der schon in den vorhergehenden Jahren eine von Bismarcks Ansichten abweichende Finanzpolitik befürwortet hatte, war bei der Aufstellung des neuen Budgets mit seinen Plänen nicht durchgedrungen und hatte seinen Abschied eingereicht, den er in der gnädigsten Form unter der Verleihung des Schwarzen Adlerordens erhielt; an seine Stelle trat Otto Camphausen, der Bruder des Ministerpräsidenten von 1848. Camphausen stand den liberalen Anschauungen nahe, was dem König nicht unbedenklich erschien.

132. Berner II, 192 (aus Hagen, Prinz Albrecht von Preußen). Kaiser Alexander von Rußland hatte dem Könige das Großkreuz des Georgsordens verliehen. Prinz Albrecht befand sich gerade in Rußland.

133. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 207. Berner II, 196. Der Plan, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, Sohn des Fürsten Karl Anton, zum spanischen Könige zu wählen, war bereits im Jahre 1869 in der spanischen Presse erörtert worden; eine erste Anregung hatten die Hohenzollern abgewiesen, ohne mit König Wilhelm über die Sache in Verbindung zu treten. Im Frühling 1870 erschien als Vertreter der provisorischen Regierung Spaniens Don Salazar y Mazarredo, der Hauptvertreter dieser Kanditatur in Spanien selbst, in Berlin, um die Sache nochmals in Anregung zu bringen und auch die preußische Regierung dafür zu interessieren. Sein Beglaubigungsschreiben muß Bismarck dem Könige übersandt haben, der völlig überrascht war. Bismarck betrieb die Annahme der Kandidatur mit höchstem Eifer, und es ist ausschließlich seinem Drängen zuzuschreiben, daß Prinz Leopold sich schließlich zur Annahme entschloß. Sein Eingehen auf die spanischen Pläne bildete bekanntlich den Anlaß zum Ausbruche des deutsch-französischen Krieges.

134. Oncken, Unser Heldenkaiser, S. 185. Berner II, 199. Dieser und die folgenden Briefe bieten äußerst interessante Stimmungsbilder aus den kritischen Tagen in Ems, wo Benedetti mit dem Könige verhandelte und die Entscheidung über Krieg und Frieden bevorstand.

135. Oncken, S. 186. Berner II, 200. Der Herzog von Gramont, französischer Minister des Auswärtigen, hatte bereits in seiner früheren Stellung als französischer Botschafter in Wien heftige Abneigung gegen Preußen an den Tag gelegt; daß er zum Kriege um jeden Preis entschlossen gewesen sei, ist nach den französischen Quellen

nicht anzunehmen, vielmehr wollte er Zurückziehung der Kandidatur unter ausdrücklicher Zustimmung des preußischen Königs, so daß die Angelegenheit vor der französischen Kammer in wirksamer Weise als Zurückweisung einer unbefugten preußischen Einmischung in die französische Interessensphäre dargestellt werden konnte. König Wilhelm, der alles tun wollte, um den Krieg zu vermeiden, hatte in der Tat den Fürsten Karl Anton aufgefordert, die Kandidatur zurückzuziehen, wollte jedoch nicht, daß seine Mitwirkung den Franzosen bekannt werde.

136. Oncken, S. 187. Berner II, 202.

137. Oncken, S. 188. Berner II, 203. Bismarck hatte offenbar versucht, von Varzin aus, wo er seinen Urlaub verbrachte, den König zum Abbruch der weiteren Verhandlungen mit Benedetti zu bestimmen, und wollte jetzt, da die Besprechungen trotzdem weitergingen, wenigstens selbst dabei anwesend sein. Er ist jedoch nicht nach Ems gekommen, sondern hat auf die Nachricht, daß die Kandidatur des Prinzen Leopold zurückgezogen sei, seine Reise in Berlin unterbrochen.

138. Oncken, S. 190. Berner II, 205. Es war der Jahrestag des Todes der Kaiserin von Rußland, Schwester König Wilhelms. Fürst Karl Anton von Hohenzollern hatte auf den Wunsch König Wilhelms im Namen seines abwesenden Sohnes die Zurückziehung der Kandidatur in Telegrammen nach Madrid und Paris ausgesprochen. In Frankreich wollte man deswegen mit dieser Lösung nicht zufrieden sein, weil die Beteiligung Preußens an der Zurücknahme nicht ersichtlich war und keine authentische Erklärung des Prinzen selbst vorlag.

139. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, II, 86. Berner II, 206. Das vorliegende Schreiben bildet einen Teil der berühmten Emser Depesche, die Geheimrat Abeken über diese Vorgänge an Bismarck richtete.

140. Oncken, S. 190. Berner II, 207. Der Vorschlag der französischen Minister, daß König Wilhelm ein Schreiben des oben bezeichneten Inhaltes an Kaiser Napoleon richten solle, sollte offenbar als Ersatz dienen, wenn Benedetti die geforderte Erklärung von ihm nicht erhalte.

141. Oncken, S. 192. Berner II, 208.

142. Oncken, S. 194. Berner II, 210. Die Veröffentlichung der Emser Depesche durch Bismarck mit der darin enthaltenen Zurückweisung der neuen französischen Forderungen hatte in Paris den endgültigen Entschluß zum Kriege herbeigeführt.

143. Oncken, S. 196. Berner II, 212.

144. Oncken, S. 196. Berner II, 214.

145. Oncken, S. 97. Berner II, 216.

146. Oncken, S. 198. Berner II, 217. Der Kronprinz hatte am 4. August bei Weißenburg und am 6. August bei Wörth die ersten großen Siege über die Franzosen erfochten.

147. Oncken, S. 198. Berner II, 218.

148. Oncken, S. 199. Berner II, 220. Die Kaiserin Eugenie, die während der Abwesenheit Napoleons beim Heere die Regentschaft führte, versuchte vergebens durch die Entlassung Gramonts und einiger anderer Minister die erregte Stimmung gegen die Dynastie, welche sich nach den ersten Niederlagen zeigte, zu beschwichtigen.

149. Oncken, S. 145. Berner II, 226. Aus den bei Oncken vollständig mitgeteilten Kriegsbriefen habe ich hier nur die wichtigsten ausgewählt.

150. Oncken, S. 202. Berner II, 226.

151. Oncken, S. 205. Berner II, 233. In Varennes war König Ludwig XVI. von Frankreich, als er im Jahre 1791 seinen bekannten Fluchtversuch unternahm, erkannt und gefangengenommen worden.

152. Berner II, 235.

153. Oncken, S. 150 (Faksimile).

154. Oncken, S. 152.

155. Oncken, S. 206. Berner II, 236.

156. Oncken, S. 215. Berner II, 238.

157. Bernstorff, Im Kampf um Preußens Ehre, S. 635. Die Kaiserin hatte Schritte getan, um die preußische Regierung zu bewegen, mit ihr als der Vertreterin ihres gefangenen Gatten in Verhandlungen über den Frieden einzutreten. Sie hoffte, wenn in dieser Weise die napoleonische Dynastie von dem Sieger als die legitime Regierung Frankreichs anerkannt werde, den republikanischen Bestrebungen gegenüber ihrem Sohne die Herrschaft retten zu können. Die Verhandlungen scheiterten daran, daß die Kaiserin die Abtretung von Elsaß und Lothringen nicht glaubte bewilligen zu können, da sie unmöglich hoffen konnte, die Sympathien der Nation wiederzugewinnen, wenn sie mit einem Frieden, der eine Gebietsabtretung enthielt, vor das Land hintreten mußte.

158. Berner II, 242.

159. Oncken, S. 216. Berner II, 243. Erzherzog Johann von Österreich sollte bei der erwähnten Gelegenheit einen Trinkspruch auf die Einheit Deutschlands, so weit die deutsche Zunge klinge, ausgebracht

haben und erschien deswegen, als man 1848 einen nationalgesinnten deutschen Fürsten an die Spitze der provisorischen Zentralgewalt setzen wollte, als der geeignete Mann für diese Stellung, obwohl er sonst keine besonderen Verdienste aufzuweisen hatte. Welche Proklamation hier gemeint ist, weiß ich nicht. — Erzbischof Ledochowsky von Gnesen-Posen war nach Versailles gekommen, um Preußens Eintreten für die Erhaltung der von Italien bedrohten weltlichen Herrschaft des Papstes zu erreichen. — Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, die seit dem 23. Oktober in Versailles geführt wurden, zeigten, daß Baden, Hessen und auch Württemberg unter annehmbaren Vorbehalten in den Norddeutschen Bund einzutreten bereit seien, während Bayern große Schwierigkeiten machte, so daß die Verhandlungen mit dem größten süddeutschen Staate zeitweise dem Scheitern sehr nahe waren.

160. Berner II, 248. Die Frage, ob Paris beschossen werden solle, hat zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den entscheidenden Persönlichkeiten im Hauptquartiere geführt. Bismarck war von Anfang an für die Beschießung, von der er einen bedeutenden Eindruck auf die Bevölkerung erwartete, während in militärischen Kreisen starke Bedenken gegen den Erfolg einer nicht genügend vorbereiteten Beschießung bestanden. Bismarck führt in seinen Gedanken und Erinnerungen das Widerstreben des Kronprinzen, Moltkes und Blumenthals mit Unrecht auf hinter den Kulissen tätige weibliche Einflüsse zurück. Der König entschied dahin, daß die Beschießung begonnen werden solle, sobald die erforderliche Anzahl von Geschützen zur Stelle sei.

161. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 278. Berner II, 250.

162. Oncken, S. 218. Berner II, 251. Nach dem Abschluß der Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten waren die vereinbarten Verträge dem Norddeutschen Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt worden, ebenso nach erfolgter Zustimmung der deutschen Fürsten zu dem bayerischen Angebot der Kaiserkrone auch die Einfügung des Kaisertitels in den Text der Bundesverfassung. Namentlich das letztere war von dem Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Delbrück, in einer etwas trockenen und ungeschickten Art vorgebracht worden, die auch in dem Tagebuche des Kronprinzen als unwürdig getadelt wird. Der bayerische Landtag hat erst am 21. Januar, also drei Tage nach der Proklamation, mit knapper Mehrheit die erforderliche Zustimmung zum Eintritte Bayerns in das Reich gegeben. — Die heftigen Streitigkeiten, zu denen es vor der Proklamation wegen der genauen Formulierung des Titels gekommen ist, hat Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen und der Großherzog von Baden in den von Lorenz benutzten Aufzeichnungen geschildert. Die äußere Anordnung der Feier hatte der Kronprinz geleitet.

163. v. Tümpling, Geschichte des Geschlechts von Tümpling. Berner II, 255. Ähnlich wie in dem vorigen Schreiben zeigt sich hier, wie schwer es dem Kaiser wurde, sich in die neuen Verhältnisse zu finden; die alte Forderung, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle, schreckte ihn noch immer und ließ ihn die Annahme des Kaisertitels fast als ein Unrecht gegenüber Preußen und seinen großen geschichtlichen Traditionen erscheinen.

164. Oncken, S. 219. Berner II, 255. Es waren die Truppen, welche die schweren Kämpfe bei Orléans zu bestehen gehabt hatten.

165. Oncken, S. 220. Berner II, 256. In Bordeaux war die französische Nationalversammlung zusammengetreten, welche die Friedensbedingungen genehmigen sollte.

166. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 215. Berner II, 257. Die französischen Unterhändler hatten sich am 27. Februar mit Bismarck über die Friedensbedingungen vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung geeinigt.

167. Oncken, S. 220. Berner II, 258. Nachdem die Nationalversammlung in Bordeaux den Friedensbedingungen zugestimmt hatte, wurden sie am 2. März unterzeichnet. Es war vereinbart worden, daß die deutschen Truppen zwar in das eroberte Paris einziehen, aber nur so lange in der Stadt bleiben sollten, bis die Nationalversammlung den Frieden genehmigt haben würde. Die Schnelligkeit, womit der Beschluß der Nationalversammlung erfolgte, hatte zur Folge, daß nur ein Teil der Truppen nach Paris hineinkam. — Die Berichte Stoffels, des französischen Militärattachés bei der Berliner Botschaft, hatten bereits vor dem Kriege die Leistungsfähigkeit der deutschen Truppen und die Gefahren eines Kampfes sehr eingehend und sachkundig geschildert; sie wurden aber von dem französischen Kriegsminister gar nicht gelesen.

168. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 215. Berner II, 267.

169. L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, II, 177. Berner II, 272.

170. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 315. Berner II, 272.

171. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 217. Berner II, 273.

172. Berner II, 274 (aus dem Reichsanzeiger 1888).

173. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 218.

174/175. L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms, III, 250. Berner II, 275. Es handelt sich um ein Ballett, das unter dem Titel Militaria den siegreichen Krieg verherrlichen sollte.

176. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 220. Berner II, 278.

177. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 228. Berner II, 284. Das Herrenhaus hatte die von der Regierung vorgelegte Kreisordnung für die östlichen Provinzen, welche den Gedanken der Selbstverwaltung im Sinne der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung auch auf dem Lande zu größerer Geltung bringen sollte, am 31. Oktober abgelehnt, weil sie eine Einschränkung der Rechte der Großgrundbesitzer bedeutete. Es handelte sich daher um die Frage, auf welche Weise diese Opposition zu brechen sei. Bismarck hatte eine grundsätzliche Änderung in der Zusammensetzung des Herrenhauses ins Auge gefaßt, wozu sich der Kaiser aber nicht verstehen wollte.

178. H. Kohl, Dreißig Jahre preußisch-deutsche Geschichte, S. 180. Berner II, 293. Seit dem Anfang des Jahres 1872 war der Kulturkampf ausgebrochen und hatte im Frühjahr 1873 durch die sogenannten Maigesetze seinen Höhepunkt erreicht. Da die Befolgung der in diesen Gesetzen enthaltenen Vorschriften vom Papste untersagt worden war, sahen sich viele Katholiken in schwere Gewissenskonflikte gebracht, und es wurde von seiten der Kurie der Versuch gemacht, durch einen persönlichen Brief des Papstes an Kaiser Wilhelm eine Änderung der Maigesetze herbeizuführen. Der Papst ging dabei von der Annahme aus, daß der Kaiser selbst über die Tragweite der von seiner Regierung vorgeschlagenen Gesetze nicht völlig im klaren gewesen sei. Ich habe die vorliegende Erwiderung hier aufgenommen, obwohl der Stil des Briefes einen weitgehenden Einfluß Bismarcks auf die Form seiner Abfassung vermuten läßt. Die Gründung der Zentrumspartei, welche prinzipiell die kirchlichen Gesichtspunkte über die politischen stellte, hatte mit zum Ausbruch des Kampfes beigetragen.

179. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 365. Berner II, 296. Roon hatte einige Monate lang, da Bismarck sich zu sehr überlastet fühlte, auch die Stellung eines preußischen Ministerpräsidenten innegehabt. Er war mit dem ganzen Gange der inneren Politik, der seinen streng konservativen Anschauungen widersprach, und auch mit dem Kulturkampfe nicht einverstanden, und dies war wohl neben Gesundheitsrücksichten ein Grund für seinen Rücktritt.

180. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 387. Berner II, 297.

181. Berner II, 298 (aus dem Reichsanzeiger 1874). In London hatten große Versammlungen der englischen Protestanten stattgefunden, welche der preußischen Regierung ihre Zustimmung zu ihrem Vorgehen

im Kulturkampfe aussprachen. Lord Russel hatte diese Beschlüsse durch Vermittelung der deutschen Botschaft an den Kaiser gelangen lassen.

182. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 408. Berner II, 300. Das Gesetz, welches die obligatorische Einführung der Zivilehe anordnete, den Taufzwang aufhob und die Führung der Zivilstandsregister besonderen vom Staate angestellten Beamten an Stelle der Geistlichen übertrug, war am 9. März 1874 vom preußischen Landtage angenommen worden. — In der militärischen Frage hatte ein scharfer Gegensatz bestanden zwischen der Reichsregierung, welche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf 401 659 Mann forderte und die dazu nötigen Mittel sich dauernd bewilligen lassen wollte, und der Mehrheit des Reichstages, welche sowohl gegen die Höhe der Summe als gegen die dauernde Festlegung des Militäretats Bedenken hatte. Auf den Antrag Bennigsens wurde schließlich ein Kompromiß vereinbart, welches die geforderte Präsenzstärke auf sieben Jahre bewilligte, das sogenannte Septennat.

183. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 245. Berner II, 300. Auf Bismarck war in Kissingen von einem gewissen Kullmann ein Attentat verübt worden (13. Juli 1874); jedoch hatte er nur eine leichte Verletzung davongetragen.

184. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 249. Berner II, 301. Der Kultusminister Dr. Falk war der Hauptvertreter der Kulturkampfpolitik und begünstigte auch innerhalb der evangelischen Kirche die freieren Richtungen. Es handelt sich hier um die Ausdehnung der preußischen Gesetzgebung über die Zivilehe auf das Reich, die damals geplant wurde und trotz der Abneigung des Kaisers durch das Gesetz vom 6. Februar 1875 zustande kam.

185. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 412. Berner II, 302.

186. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 250.

187. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 251.

188. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 262. Der Brief zeigt die zarte Rücksichtnahme des Kaisers auf seinen großen Ratgeber auch in kleineren Angelegenheiten. Es handelte sich um die Prinzessin Olga von Salm-Salm; da Bismarck keine Einwendung erhob, erfolgte die Erhebung des Herrn Padberg in den Adelstand und seine Vermählung mit der Prinzessin.

189. Preußische Jahrbücher, 88, 372. Rudolf v. Delbrück, der einer der tätigsten Mitarbeiter Bismarcks in der Periode der Reichsgründung gewesen war, namentlich in der Zeit der schwierigen Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten über ihren Eintritt in das

Reich, und der besonders in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen bisher eine maßgebende Stellung innegehabt hatte, nahm seinen Abschied hauptsächlich deswegen, weil er als überzeugter Freihändler den von Bismarck geplanten Umschwung der Handelspolitik nach der schutzzöllnerischen Seite hin nicht mitmachen wollte.

190. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 268. Berner II, 310. Die Eisenzölle sollten am 1. Januar 1877 gänzlich fallen, wie bereits 1873 vom Reichstage beschlossen worden war. Auch Bismarck, der bereits den Übergang zum Schutzzoll erwog, teilte die vom Kaiser geäußerten Bedenken hiergegen. Da aber der Finanzminister Camphausen energisch für die Aufrechterhaltung des gefaßten Beschlusses eintrat, sind die Eisenzölle tatsächlich aufgehoben worden.

191. Preußische Jahrbücher, 88, 372. Delbrück hatte den Kaiser zur Feier seines 70jährigen Offiziersjubiläums eine Abschrift aus den Tagebüchern seines Vaters Friedrich Delbrück übersandt, der 1806 Erzieher der Prinzen Friedrich Wilhelm und Wilhelm gewesen war und in seinem Tagebuche Eintragungen über diese Tage gemacht hatte. Vgl. jetzt G. Schuster, Die Jugend des Königs Friedrich Wilhelm IV. und des Kaisers und Königs Wilhelm I., Tagebuchblätter ihres Erziehers Friedrich Delbrück, II, 84 f.

192. Berner II, 314. Die Ansprache wurde gehalten gelegentlich der Einstellung des ältesten Enkels des Kaisers, des jetzigen Kaisers Wilhelm II., als diensttuenden Offiziers in die Armee.

193. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 436. Berner II, 317. Bismarck hatte im April 1877 seinen Abschied erbeten, im wesentlichen wohl um sich zu überzeugen, bevor er den großen von ihm geplanten Umschwung in der inneren Politik in die Wege leitete, ob er das Vertrauen des Kaisers noch in so vollem Maße besitze, daß er auf unbedingten Rückhalt bei ihm gegenüber den zu erwartenden Schwierigkeiten und Anfeindungen werde rechnen können. Es ist das Gesuch, das der Kaiser durch die Bemerkung „Niemals" auf dem Rande abgelehnt haben soll.

194. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 270. Berner II, 319. Der Prediger Sydow hatte in einem Vortrage im Jahre 1872 die wunderbare Geburt Christi geleugnet; das Konsistorium wollte ihn infolgedessen seines Amtes entsetzen; der Oberkirchenrat aber hob dieses Urteil auf und bestrafte ihn nur mit einem Verweise. Der Prediger Hoßbach, über dessen Probepredigt unser Brief sich ausspricht, wurde in der Tat nicht bestätigt, später aber an einer anderen Kirche angestellt.

195. Berner II, 322 (aus der Kreuz-Zeitung). Die neue Synodalordnung vom 20. Januar 1876 stellte neben den Oberkirchenrat eine

alle sechs Jahre zusammentretende Generalsynode, in der das Laienelement ziemlich stark vertreten war. Der Konsistorialpräsident Hegel, der orthodox gesinnt war, hatte mit dem liberalen Präsidenten des Oberkirchenrates Herrmann wegen verschiedener Fragen, namentlich wegen der Behandlung der freier gesinnten Prediger, heftige Zusammenstöße gehabt, was ihn veranlaßte, sein Entlassungsgesuch einzureichen.

196. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 438. Berner II, 322. Die Ernennung von Roons Sohn zum Kommandeur des Königs-Grenadier-Regimentes erfolgte an dem Tage, wo dieses Regiment sein 200 jähriges Jubiläum feierte. — Elsaß-Lothringen hatte der Kaiser im Mai 1877 zum ersten Male seit der Eroberung des Landes besucht. — Über die kirchlichen Fragen vgl. die Anmerkungen zu den vorigen Briefen. — Im Frühling 1877 war der Krieg zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochen; die russischen Truppen hatten die Donau überschritten und zunächst eine Reihe von Erfolgen erzielt; dann aber hatte das unvorsichtige Vorgehen eines Teiles der russischen Truppen über die Balkanpässe, während das nördlich vom Balkan gelegene Gebiet noch großenteils von den Türken besetzt war, die Russen in eine sehr schwierige Lage gebracht. Sie wurden von türkischen Truppen im Rücken bedroht und standen in Gefahr, von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten zu werden. Erst die Heranziehung neuer Verstärkungen und das Eingreifen König Karls von Rumänien in den Kampf hat die Russen aus dieser Lage befreit. — Das Gut Gütergotz war von Roon 1868 angekauft, 1873 aber wieder verkauft worden.

197. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 277. Berner II, 328. Bismarck hatte anfangs die Absicht, den großen Plan einer Reform der Finanzen und des Zollwesens mit Hilfe der nationalliberalen Partei durchzuführen, und wollte, wenn diese ihn dabei unterstützen würde, ihren Führere Bennigsen in das Ministerium aufnehmen. Um sich von Bennigsens Gesinnung zu überzeugen, hatte er diesem im Dezember 1877 zu sich nach Varzin eingeladen. Die Sache scheiterte daran, daß Bennigsen die Aufnahme von zwei weiteren Parteigenossen in das Ministerium forderte und für das geschlossene Mitgehen auch des linken Flügels seiner Partei bei den geplanten Maßregeln doch keine Garantie übernehmen konnte. Bismarck gedachte dem Kaiser über diese Angelegenheiten erst Vortrag zu halten, wenn er sich über die Haltung Bennigsens und der Nationalliberalen selbst Klarheit verschafft habe.

198. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 279. Berner II, 329. Bismarck hatte durch den Grafen Lehndorff mündliche Mitteilungen über seine Verhandlungen mit Bennigsen und deren Scheitern an den Kaiser übersandt. — England wollte eine Festsetzung Rußlands auf der Balkanhalbinsel unter keinen Umständen dulden und

drohte mit Krieg, wenn das türkische Gebiet so geschmälert werde, daß dem türkischen Reiche die Existenzmöglichkeit genommen werde; auch wollte es eine Besetzung Konstantinopels durch die Russen, selbst für kurze Zeit, nicht dulden. Der Leiter der englischen Politik war Benjamin Disraeli, der kurz vorher von der Königin Viktoria zum Earl of Beaconsfield erhoben worden war.

199. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 443. Berner II, 330. Die Eroberung von Plewna und die Kapitulation der dort eingeschlossenen türkischen Armee hatten den Krieg zugunsten der Russen entschieden. Die von Rußland im Vertrage von San Stefano der Türkei auferlegten Bedingungen waren aber derartig, daß England sie ohne Schädigung seiner Interessen nicht glaubte zulassen zu dürfen; dadurch rückte die Gefahr eines Krieges zwischen Rußland und England noch einmal in unmittelbare Nähe. Es war der vermittelnden Tätigkeit Bismarcks zu danken, daß man sich schließlich auf die Berufung eines Kongresses nach Berlin einigte, wo die Friedensbedingungen einer Revision unterzogen werden sollten. — Das Stellvertretungsgesetz vom 17. März 1878 ermächtigte den Reichskanzler, die Unterstaatssekretäre mit seiner Vertretung im Bereiche ihres Ressorts unter eigener Verantwortlichkeit derselben zu beauftragen; sie konnten dann auch die Gegenzeichnung kaiserlicher Verordnungen übernehmen. — Der Tod Papst Pius' IX. am 7. Februar 1878 und die Wahl des versöhnlicher gesinnten Leo XIII. zu seinem Nachfolger eröffnete die Aussicht auf eine Beilegung des Kulturkampfes, dessen Fortdauer der Kaiser persönlich sehr ungern sah. — Die Versuche des Hofpredigers Stöcker zur Begründung einer christlich-sozialen Partei wurden von den Sozialdemokraten heftig bekämpft, wobei sich Most besonders hervortat.

200. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 450. Berner II, 334. Der Klempnergeselle Hödel hatte am 11. Mai in Berlin auf den Kaiser geschossen, ihn aber nicht getroffen.

201. Berner II, 338. Am 2. Juni hatte Dr. Nobiling ein zweites Attentat auf den Kaiser versucht und ihn verwundet. Der Kaiser mußte infolgedessen den Kronprinzen mit seiner Vertretung beauftragen und war erst gegen Ende des Jahres so weit hergestellt, daß er selbst die Regierung wieder übernehmen konnte. Die städtischen Behörden von Berlin sprachen ihm zu seiner Wiederherstellung ihre Glückwünsche aus.

202. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 471. Berner II, 339. Bismarck hatte dem Reichstage das Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vorgelegt und durch eine Auflösung des Reichstages gleich nach dem zweiten Attentat die Annahme des Gesetzes mit einigen Milderungen durchgesetzt. Das Weihnachts-

geschenk bestand in einer zur Erinnerung an die Rettung des Kaisers geprägten Medaille.

203. Berner II, 340 (aus dem Reichsanzeiger 1888).

204. Roon, Denkwürdigkeiten, III, 493. Berner II, 341.

205. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 287. Berner II, 342. Die auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesenen sozialdemokratischen Abgeordneten Fritzsche und Hasselmann hatten trotzdem ihren Sitz im Reichstage eingenommen; als die Regierung Genehmigung zu ihrer strafrechtlichen Verfolgung und Verhaftung verlangte, lehnte der Reichstag im Interesse der Wahrung der Immunität seiner Mitglieder den Antrag ab (19. Februar). — Das Panzerschiff „Der Große Kurfürst" war am 30. Mai 1878 an der englischen Küste mit einem anderen deutschen Kriegsschiffe, dem „König Wilhelm", zusammengestoßen und mit dem größten Teil seiner Besatzung untergegangen.

206. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang. I, 289. Berner II, 343. v. Forckenbeck war damals Präsident des Reichstages.

207. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 294. Berner II, 347. Bismarck hatte nach erfolgter Verständigung mit dem Zentrum das neue Zollgesetz, welches die Grundlage seiner Finanzreform bilden sollte, im Reichstage zur Annahme gebracht (12. Juli).

208. Busch, Bismarck, Some secret pages of his history, III, 285. (Englisch.) Berner II, 349. Gemäß den Beschlüssen des Berliner Kongresses wurden die neuen Grenzen auf der Balkanhalbinsel durch eine aus Vertretern der verschiedenen Großmächte bestehenden Kommission im einzelnen festgelegt. Bei der Abgrenzung Bosniens kam es zwischen den österreichischen und russischen Kommissaren zu Streitigkeiten, wobei die deutschen Vertreter auf die Seite der Österreicher traten. Infolgedessen griff in weiten Kreisen Rußlands eine Mißstimmung gegen Deutschland Platz, die sich vereinzelt schon während des Berliner Kongresses gezeigt hatte, wenn Deutschland nicht ohne weiteres auf alle russischen Wünsche einging, sondern die Gegensätze durch Vermittelung auszugleichen versuchte. Diese Mißstimmung hatte auch Ausdruck gefunden in einem Briefe des Kaisers Alexander an Kaiser Wilhelm, der einige drohende Wendungen enthielt. Bismarck hielt die Lage für so gefährlich, daß er auf den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Österreich gegen einen etwaigen Angriff Rußlands drang. Während er selbst in Wien Besprechungen darüber mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Andrassy und dem Kaiser Franz Josef führte, begab sich aber Kaiser Wilhelm,

der jeder gegen Rußland gerichteten Aktion abgeneigt war, zu einer Besprechung mit seinem Neffen, dem russischen Kaiser, nach Alexandrowo und erhielt dort von dem Zaren beruhigende und die brieflichen Äußerungen abschwächende Erklärungen. Es liegt über diese Besprechung eine ausführliche Aufzeichnung des Kaisers vor (gedruckt bei Busch und Berner a. a. O.), die er an Bismarck übersandte. Er suchte diesen zu bestimmen, von dem Gedanken eines gegen Rußland gerichteten Bündnisses mit Österreich ganz abzusehen oder wenigstens dem Vertrage eine so allgemeine Fassung zu geben, daß auch Rußland davon verständigt und zum Beitritt aufgefordert werden könne. Bismarck bestand jedoch auf seinem Plane und setzte schließlich mit vieler Mühe den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses ohne die vom Kaiser gewünschten Änderungen durch.

209. Busch, Bismarck, Some secret pages of his history, III, 268. (Englisch.) Berner II, 361. Die Abschnitte, deren Veränderung der Kaiser wünschte, besagten: Artikel I, daß Deutschland und Österreich sich verpflichteten, einander mit ihrer gesamten Kriegsmacht gegen einen russischen Angriff beizustehen; Artikel II, daß beide Staaten wohlwollende Neutralität bewahren würden, wenn einer von ihnen von einer anderen Macht als Rußland angegriffen werden sollte, daß sie aber mit gesamter Macht in den Kampf einzugreifen verpflichtet seien, falls Rußland den Angreifer unterstütze; der III. Artikel des am 7. Oktober unterzeichneten Vertrages schreibt die Geheimhaltung dieses Bündnisses vor, dessen Veröffentlichung erst im Februar 1888 erfolgte. Weitere Artikel enthält der Vertrag nicht; der bisher nicht bekannte Entwurf, von dem hier die Rede ist, muß noch einen IV. Artikel enthalten haben.

210. Berner II, 368 (aus v. Lüdinghausen, Geschichte des 2. Garderegimentes zu Fuß).

211. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 306. Berner II, 384.

212. v. Hirschfeld, Großherzog Friedrich Franz II., III, 383. Berner II, 387.

213. v. Poschinger, Unter Friedrich Wilhelm IV., III, 399. Berner II, 389. Otto v. Manteuffel, der leitende Minister der Reaktionszeit, war am 26. November 1882 gestorben. Bemerkenswert ist die Äußerung des Kaisers, daß er die Trennung von ihm, die bei Antritt der Regentschaft erfolgte (s. oben Nr. 79), oft bereut habe; es zeigt dies, einen wie tiefen Eindruck der scharfe Kampf gegen die liberale Mehrheit während der Konfliktszeit in ihm hinterlassen hatte.

214. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 316. Berner II, 394. Die Einweihung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald

hatte am 28. September 1883 stattgefunden. — Bei der Unterredung mit dem Fürsten Dolgorucky muß es sich um beruhigende Erklärungen des Zaren Alexanders III. wegen der in den letzten Monaten vorgenommenen Truppenkonzentration an der russischen Westgrenze gehandelt haben.

215. G. Kögel, Rudolf Kögel, S. 163. Berner II, 395. Es handelte sich um die Feier des 400jährigen Geburtstages Martin Luthers.

216. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 317. Berner II, 395. Der Kronprinz war auf Bismarcks Anregung zur Erwiderung eines Besuches des spanischen Königs Alphons' XII. nach Madrid gesandt worden und hatte auf der Rückreise auch den König von Italien und den Papst in Rom aufgesucht. — Die Ernennung des Grafen Orloff unterblieb infolge der Abneigung des Kaisers.

217. G. Kögel, Rudolf Kögel, S. 163. Berner II, 379. Die Kirche war als Dank für die Errettung des Kaisers bei den Attentaten des Jahres 1878 errichtet worden.

218. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 321. Berner II, 400. Graf Herbert Bismarck war in außerordentlicher Mission nach Petersburg geschickt worden, wo General v. Schweinitz Botschafter war. — Frankreich setzte damals alle Kraft an die Eroberung seiner hinterindischen Kolonien und die vollständige Bezwingung von Tunis und Madagaskar. — Der kleine Freund, König Alphons XII. von Spanien.

219. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 327. Berner II, 403.

220. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 331. Berner II, 406. Das Bild war die Kaiserproklamation in Versailles von Anton v. Werner.

221. Berner II, 408. Es handelte sich offenbar um den schon damals bestehenden Plan einer Vermählung des Fürsten Alexander von Bulgarien mit der Prinzessin Viktoria von Preußen, Tochter des Kronprinzen Friedrich Wilhelm. — Die Auflehnung gegen den Pariser Frieden bestand in der Annahme der Regierung über Ostrumelien, die ihm von seiten der dort siegreich gebliebenen revolutionären Partei angeboten worden war, durch den Fürsten Alexander. Der dadurch erregte Zorn des Zaren führte bekanntlich zur Gefangennahme und zur Abdankung des Fürsten.

222. Berner II, 409 (aus Th. v. Toeche-Mittler, L. v. Ranke an seinem 90. Geburtstage).

223. H. Kohl, Dreißig Jahre preußisch-deutsche Geschichte, S. 295. Berner II, 412.

224. G. Kögel, Rudolf Kögel, S. 194. Berner II, 413.

225. Oncken, Unser Heldenkaiser, S. 239. Berner II, 415.

226. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, 337. Berner II, 416. Die Denkschrift bezog sich wohl auf die Vorgänge, welche die Abdankung des Fürsten Alexander von Bulgarien im Herbst 1886 herbeigeführt hatten. Vgl. oben Nr. 221.

227. H. Kohl, Dreißig Jahre preußisch-deutsche Geschichte, S. 303. Berner II, 418.

228. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Anhang II, 300. Berner II, 424. Die schwere Erkrankung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der sich bereits seit längerer Zeit zur Kur in San Remo befand, verursachte dem Kaiser in den letzten Zeiten seines Lebens schwere Sorge.

Register

Gedruckt in der Pierer-
schen Hofbuchdruckerei
in Altenburg S.-A.

Briefe der Herzogin Elisabeth von Orleans (Liselotte). Auswahl in zwei Bänden, herausgeg. von Hans F. Helmolt. Mit zwei Bildnissen in Heliogravüre. Zweite Auflage. In Halbpergament M. 16.—.

Gleich wertvoll als kulturhistorische Dokumente vom Hofe Ludwigs XIV. wie als Äußerungen einer der besten und charaktervollsten Frauen der deutschen Geschichte.

Briefe eines Unbekannten. Aus dessen Nachlaß neu herausgegeben von Karl Graf Lanckoroński und Wilhelm Weigand. Mit zwei Bildnissen in Heliogravüre. Zwei Bände. In Leinen M. 12.—; in Halbleder M. 15.—.

Der „Wiener Unbekannte", Alexander von Villers, hat in seinen Briefen ein Werk hinterlassen, das in einer künstlerischen Form, wie sie zu seiner Zeit nur Schopenhauer und Nietzsche zu handhaben vermochten, alle Probleme von Welt, Natur und Kunst von neuem aufrollt.

Johann Heinrich Mercks Briefe an die Herzogin-Mutter Anna Amalia und an den Herzog Karl August von Sachsen-Weimar. Zum ersten Male herausgegeben und erläutert von Hans Gerhard Gräf. Geheftet M. 8.—; in Halbleder M. 10.—.

Die Veröffentlichung dieser Briefe ist mit Genehmigung Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs von Sachsen zum ersten Male aus den Handschriften erfolgt.

Weimar in den Befreiungskriegen. Drei Teile. Erster Teil: Erinnerungen aus den Kriegszeiten von 1806—1813. Vom Kanzler Friedrich von Müller. Mit einem Bildnis. Geheftet M. 2.50; in Leinen M. 3.50. — Zweiter Teil: Johannes Falks Kriegsbüchlein. Darstellung der Kriegsdrangsale Weimars in dem Zeitraum von 1806—1813. Aus Aktenstücken und Originalbriefen einiger deutscher Männer. Weimar 1815. Mit einem Bildnis. Geheftet M. 2.—; in Leinen M. 3.—. Der dritte Teil, welcher Berichte, Briefe von Zeitgenossen, Aufrufe und sonstige Dokumente enthalten wird, erscheint im Sommer 1911.

Memoiren der Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth, Schwester Friedrichs des Großen. Deutsch von Annette Kolb. Zwei Bände. Mit drei Porträts in Heliogravüre. In Leinen M. 14.—; in Halbleder M. 16.—.

Kein Abdruck der alten deutschen Ausgabe, sondern eine neue Übertragung der französischen Originalausgabe. Zur Klärung der historischen Probleme ist die Paralleldarstellung der gleichen Geschehnisse aus der Feder Friedrichs des Großen sowie eine Auswahl der Korrespondenz der Markgräfin mit Voltaire beigegeben.

Wilhelm von Humboldts Briefe an eine Freundin. Zum ersten Male nach den Handschriften herausgegeben von Albert Leitzmann. Zwei Bände. Mit einem Porträt. In Leinen M. 8.—; in Leder M. 10.—.

Dieses seit einem halben Jahrhundert besonders bei den Frauen beliebte Briefbuch wurde hier zum erstenmal in der echten Form gedruckt, während es früher durch allerhand Kürzungen und Änderungen entstellt war.

Die Briefe des Junius. Übertragen von Felix Paul Greve. Geheftet M. 5.—; in Leinen M. 6.—.

Klassische politische Essays aus der Zeit der englischen Verfassungskämpfe.

Die Briefe der Frau Rath Goethe. Gesammelt und herausgegeben von Albert Köster. Mit zwei Brief-Faksimiles. Vierte, vermehrte Auflage. Zwei Bände. Geheftet M. 10.—; in Halbleder M. 14.—.

Martin Luthers Briefe. In Auswahl herausgegeben von Reinhard Buchwald. Zwei Bände. Mit einem Porträt Luthers von Lukas Cranach. In Leinen M. 12.—; in Leder M. 18.—.

Das Werk will kein Erbauungsbuch sein noch konfessionellen Zwecken dienen. Eine Biographie in Selbstzeugnissen, ist es vielmehr geeignet, jedem ein eigenes Urteil über Luthers historische Stellung und ein Verhältnis zu seiner Persönlichkeit zu verschaffen.

